

HISTORISCH
POLITISCHE
MITTEILUNGEN

Archiv für
Christlich-Demokratische
Politik

3/1996

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

3. Jahrgang
1996



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

3. Jahrgang 1996

Herausgeber:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Schriftleitung:

Dr. Günter Buchstab

Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Dr. Felix Becker (Redaktion)

Anschrift von Schriftleitung und Redaktion:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel. 02241 / 246 210

Fax 02241 / 246 669

e-mail: x.400: c=de; a=dbp; p=kas; o=wd; s=zentrale-wd

internet: zentrale-wd@wd.kas.de

Verlag:

Böhlau Verlag GmbH & Cie, Theodor-Heuss-Straße 76, D-51149 Köln

Die Zeitschrift »HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN/Archiv für Christlich-Demokratische Politik« erscheint einmal jährlich mit einem Heftumfang von ca. 260 Seiten. Der Preis beträgt DM 38,-. Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

© 1996 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Einbandgestaltung: Stephanie Jancke, Köln

Satz: Richarz Publikations-Service, Sankt Augustin

Druck und Verarbeitung: Druckerei Plump KG, Rheinbreitbach

ISSN 0943-691X

Inhalt

AUFSÄTZE

| | |
|--|-----|
| <i>Anselm Doering-Manteuffel u.a.:</i> Wie westlich sind die Deutschen? | 1 |
| <i>Winfried Becker:</i> Katholizismus – pluralistische Gesellschaft – Christliche Demokratie. Entwicklungslinien in Deutschland und Frankreich | 39 |
| <i>Ulrich Reusch:</i> Diplomatie zwischen Totalitarismus und Demokratie. Der Heilige Stuhl, Frankreich und die Idee des europäischen Gleichgewichts 1939-1945 | 59 |
| <i>Bruno Béthouart:</i> Der Widerstand der christlichen Gewerkschafter in Frankreich, 1940-1944 | 85 |
| <i>Stefan Donth:</i> Die Gründung der SED in Sachsen | 103 |
| <i>Gerhard Besier:</i> Die Ost-CDU, ihre Religionspolitik und das MfS | 133 |
| <i>Carlo Masala:</i> Die CDU und die Democrazia Cristiana Italiana, 1949-1969. Eine schwierige Beziehung | 145 |
| <i>Martin Sebaldt:</i> Wissenschaft und Politik. Zur organisierten Interessenvertretung von Forschung und Lehre in der Bundesrepublik Deutschland | 163 |

DOKUMENTATION

Hans-Otto Kleinmann:

Adenauer, Albers und die Anfänge der CDU-Sozialausschüsse.
Unveröffentlichte Briefe 195

Heinrich Krone, 1895-1995. Ansprache von Hans-Peter Schwarz
zum 100. Geburtstag 207

ARCHIVALISCHE NACHRICHTEN

Helge Heidemeyer:

Neubeginn im Bundestag. Zur Stellung und Arbeit der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion im Spiegel ihrer Akten, 1949-1953 215

LITERATURBERICHT

Manfred Agethen:

Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1990. Neuere Literatur (1990-
1996) 235

ABSTRACTS (255) – Résumés (258) – Resúmenes (261) –
Zusammenfassungen (265) 255

Die Mitarbeiter dieses Bandes 269

Wie westlich sind die Deutschen?

Von Anselm Doering-Manteuffel
in Verbindung mit Julia Angster, Michael
Hochgeschwender, Gudrun Kruij und Thomas Sauer

Die Frage zu stellen, wie westlich die Deutschen seien, ruft bisweilen Verwunderung hervor, denn in der Bundesrepublik gilt es als ausgemacht, daß unser Staatswesen und seine Gesellschaft selbstverständlich integrierte Bestandteile »des Westens« bilden. Diese Auffassung wird auch nach der Vereinigung mit Land und Leuten der ehemaligen DDR nicht in Zweifel gezogen. Das politische System, die Wirtschaftsordnung und sämtliche Bündnisstrukturen weisen Deutschland in der Tat als ein festes Element der westlichen Welt aus. Skeptische Stimmen, die eine neue Orientierung aus der Tradition des deutschen kulturellen Sonderbewußtseins in der Gesellschaft der Bundesrepublik nach 1990 wahrzunehmen meinen oder sie sogar einfordern, finden nicht viel Resonanz. Dies mag unter anderem daran liegen, daß beide Formen der Skepsis auf allzu undifferenzierten Grundannahmen beruhen. Die Kritiker bundesrepublikanischer Westlichkeit tendieren häufig zu globalen politischen Vorstellungen, die aus Deutschlands geographischer Mittellage ideelle Folgerungen deduzieren; deren Gegner wiederum neigen dazu, die politischen und kulturellen Normen aus den Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts als überzeitlich zu postulieren und somit dem historischen Umbruch von 1989/90 zu wenig historisches Gewicht zuzuerkennen. Praktisch gesehen scheint die Stabilität der parlamentarischen Demokratie derzeit den Argwohn nicht zu rechtfertigen, daß die »Offensive der Antiwestler« der deutschen Gesellschaft ins Mark gehen könne.¹

Und doch: Deutschlands »Westlichkeit« unterliegt einem Wandel, der seit 1990 offenbar nur verstärkt wahrgenommen wird. Tatsächlich ist dieser Wandel schon seit den siebziger Jahren in Gang, und er läuft auch nicht auf eine Abkehr Deutschlands vom »Westen« hinaus, sondern auf die Transformation von politisch-ideellen Wertorientierungen, welche die Nachkriegsjahrzehnte besonders stark geprägt haben. Da aber Deutschlands »Westlichkeit« nach 1945 ein Kennzeichen allein der Bundesrepublik war und die DDR dieser,

¹ Vgl. Rainer ZITELMANN u.a., *Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland*, Berlin 1993; Dan DINER, *Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1993; Richard HERZIGER/Johannes STEIN, *Endzeit-Propheten oder Die Offensive der Antiwestler. Fundamentalismus, Antiamerikanismus und Neue Rechte*, Reimbek 1995.

entsprechend der Logik des Kalten Krieges, ihre eigene ›Antiwestlichkeit‹ entgegenstellte, wird der ohnehin in Gang befindliche Transformationsprozeß bestimmter politischer und ideeller Wertvorstellungen in der deutschen Gesellschaft nach der Vereinigung notwendigerweise verstärkt.

Um die immanente Logik dieses Prozesses verstehen zu können, ist es hilfreich, das Wurzelgeflecht näher zu betrachten, in dem die ›Westlichkeit‹ der Bundesrepublik Deutschland verankert ist. Denn es handelt sich hier nicht um den zeitgeschichtlichen Ausdruck des historischen Grundsachverhalts, daß Deutschland als Land in der Mitte Europas mit Westeuropa eng verzahnt ist und daß sich die geistigen und kulturellen Einflüsse stets miteinander vermischen, weil die Strömungen sowohl von West nach Ost als auch von Ost nach West verlaufen. Die spezifische Form bundesdeutscher Westlichkeit entstand vielmehr nach 1945 als Reaktion auf die NS-Herrschaft und den Zweiten Weltkrieg, als Produkt der Besatzungspolitik der westlichen Siegermächte einerseits und der politischen Westorientierung aller Bundesregierungen seit Konrad Adenauer andererseits sowie als Reaktion auf die fanatische Abgrenzung der Nationalsozialisten gegen alles ›Undeutsche‹. Zu den endogenen Faktoren, welche diesen Verlauf begünstigten, gehörten sicher auch Prozesse gesellschaftlicher Modernisierung, die gesteigerte soziale Mobilität in der Nachkriegszeit, Technisierung und Urbanisierung, deren Folgen man mit dem US-amerikanischen Modell am wirksamsten begegnen zu können glaubte. Wichtige gesellschaftliche Gruppen suchten also aus eigenem Antrieb, ohne den Druck der Besatzungspolitik, Orientierung am westlichen Vorbild. Und dieses Vorbild waren die USA, das damalige Musterland an Modernität, Zivilität, Macht und Wohlstand und zugleich der machtvolle Schutz gegen den bedrohlichen Sowjetkommunismus.²

Zugleich dürfen exogene Kausalitäten aber nicht außer acht gelassen werden. Im Rahmen des Kalten Krieges, der ja auch ein Ringen zweier konkurrierender Hegemonialsysteme war, aus deren Konflikt auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs ein erheblicher gesellschaftlicher Konformitätsdruck resultierte, hatten die USA als Hegemon des westlichen Lagers ein legitimes Interesse daran, den eigenen Machtbereich systematisch und intentional zu konsolidieren. Dies geschah auf allen denkbaren Ebenen, militärisch, wirtschaftlich und sozial, aber eben auch im ideell-kulturellen Bereich. Der Transfer westlich-liberaler Werthaltungen, der sich in der Regel auf dem Wege von sehr flexiblen ideologischen Angeboten vollzog, war ein notwendiger Bestandteil der Flankierung politischer und wirtschaftlicher

² Siehe dazu das Kapitel »Zur Orientierung an den USA und zum Stellenwert der ›Amerikanisierung‹« bei Axel SCHILDT, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und ›Zeitgeist‹ in der Innenpolitik der 50er Jahre*, Hamburg 1995, S. 398-423.

Hegemonie der USA; er war ferner kulturelle Hegemonie³ zumindest seitens der wichtigsten US-amerikanischen ideologischen Strömungen, insofern es nicht darum ging, die US-amerikanischen Angebote unter Druck durchzusetzen. Die USA nahmen nationale und weltanschauliche Residuen stets in Kauf, wenn zugleich ausreichende Folgebereitschaft bei weiten Teilen zumindest der intellektuellen und politischen Eliten der betroffenen Länder vorhanden war. Folgerichtig setzten sie bei dem Bemühen, ihre ideellen Angebote durchzusetzen, nicht selten auf indirekte Transfermaßnahmen, wobei transnational agierenden Organisationen eine besonders herausragende Rolle zukam.

Die Frage nach der Westlichkeit der Deutschen in der Gegenwart respektive der jüngeren Zeitgeschichte richtet sich also auf eine spezifische, aus den Zeitumständen bedingte Form der politisch-ideellen, wirtschaftlichen und kulturellen Hinwendung zum amerikanisch dominierten Westen nach dem Zweiten Weltkrieg und auf die Art und Weise der Anverwandlung amerikanisch geprägter Vorstellungen über die innere Ordnung und die Werthaltungen einer modernen Massengesellschaft im ›amerikanischen Jahrhundert‹.

Die zeithistorische Forschung hat bisher überwiegend auf zwei Ebenen die Einflußnahme der westlichen Siegermächte und insbesondere der Amerikaner auf die Deutschen untersucht. Auf der einen Ebene gilt das Augenmerk zunächst der Besatzungspolitik im engeren Sinne, der politischen Neuordnung, Wirtschaftsorganisation, Umerziehung, Bildungspolitik sowie späterhin – für die Zeit ab 1949 – der Ausgestaltung des westlichen Bündnisses unter Einschluß der Bundesrepublik. Auf der anderen Ebene werden die Einflüsse untersucht, welche die materielle Präsenz der Amerikaner hier im Land auf das Alltagsleben und die Popularkultur ausübte.⁴

Dies war die Ebene, auf der fast unvermittelt am Beginn der achtziger Jahre intensive Forschungsaktivitäten zum Phänomen der ›Amerikanisierung‹ in mehreren Ländern Westeuropas nahezu gleichzeitig einsetzten. In Holland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und schließlich Deutschland erwachte ein Interesse zuerst an der materiellen, dann auch an der ideellen Dimension von ›Amerikanisierung‹ in den westeuropäischen Ge-

3 Im strengen Sinne meint der vermutlich von Antonio Gramsci erstmals verwendete Begriff der ›kulturellen Hegemonie‹ eine Vorherrschaft auf kultureller Ebene, die gerade nicht äußeren Druckes bedarf, sondern auf der Folgebereitschaft weiter Kreise der Bevölkerung basiert. Der zugrundeliegende Kulturbegriff ist mit dem weitgefaßten angelsächsisch-kulturanthropologischen Verständnis von Kultur nahezu identisch.

4 Ausführlich und mit detaillierten Nachweisen ist dies behandelt bei Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 35 (1995), S. 1-34.

sellschaften.⁵ Das wissenschaftliche Interesse richtete sich allenthalben auf den Kontext jenes tiefgreifenden soziokulturellen Wandels der westeuropäischen Gesellschaften, der von den vierziger bis zu den sechziger Jahren erfolgte und zur mehr oder weniger stark ausgeprägten Anverwandlung atlantischer, insbesondere US-amerikanischer Kulturmuster führte. Es galt ebenso den Ideen, die während der Kernzeit der westeuropäisch-atlantischen Integrationspolitik die Diskussion über soziopolitische Ordnungsvorstellungen hinsichtlich ›Modernisierung‹ und ›Fortschritt‹ in der Systemkonkurrenz mit dem kommunistischen Block beeinflussten. Die überraschende Intensität und internationale Verbreitung dieses Forschungsinteresses im Verlauf der achtziger Jahre mochte damit zusammenhängen, daß damals jene Generation an den Hochschulen tätig wurde, deren Jugendzeit mit der Periode der stärksten, überwiegend positiv empfundenen Präsenz der USA in Westeuropa zusammenfiel und die nun nach den Zusammenhängen der eigenen soziokulturellen Prägung und der generationentypischen Wertorientierungen fragte. Aus der Rückschau wird heute allerdings auch die zeitliche Nähe dieser Fragestellungen zum allmählich zu Ende gehenden Ost-West-Konflikt erkennbar. In den Jahren der Debatte über die NATO-Nachrüstung wurde die amerikanische Sicherheitspolitik im westlichen Bündnis – verstärkt durch die Propaganda in Teilen der Friedensbewegung – vielfach als bedrohlich empfunden; seit 1985/86 verdichtete sich, wenn auch recht undeutlich, obendrein das Gefühl, daß sich die USA von Westeuropa mehr und mehr abwendeten. Ein Grundmuster der Nachkriegspolitik schien sich aufzulösen; das wurde eher verspürt als reflektiert wahrgenommen. Aber dieses Gefühl verbreitete sich zum einen in den Kreisen jener Kritiker der USA, die schon seit den siebziger Jahren beim Blick auf Amerika eher den Kapitalismus und Imperialismus der Vereinigten Staaten anprangerten und am Beginn der achtziger Jahre im Sinne interessierter Gruppen der Friedensbewegung gegen die amerikanische Politik redeten. Dieses Gefühl verbreitete sich ebenso auch unter den eher atlantisch gesinnten Befürwortern der bundesdeutschen Westorientierung, die in der amerikanischen Präsenz in Deutschland und Europa die Gewähr für die Stabilität des politischen und ökonomischen Gefüges sowie der Verfassungsordnung und Geltung der Grundwerte erblickten.

⁵ Rob KROES (Hrsg.), *Image and Impact: American Influences in the Netherlands since 1945*, Amsterdam 1981; Denis LACORNE/Jacques RUPNIK/Marie-France TOINET (Hrsg.), *L'Amérique dans les Têtes. Un Siècle de Fascinations et d'Aversions*, Paris 1986; David REYNOLDS, *Whitehall, Washington and the Promotion of American Studies in Britain during World War Two*, in: *Journal of American Studies* 16 (1982), S. 165-188; DERS., *Rich Relations. The American Occupation of Britain, 1942-1945*, London 1995; Reinhold WAGNLEITNER, *Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg*, Wien 1991.

Solcher Zeitgeist drängte die Frage nach der Genese jener westeuropäisch-amerikanischen Wertegemeinschaft, die jetzt offenbar zu Ende ging, förmlich auf; auch die weitere Frage nach den Amerikanisierungseinflüssen auf Massenkultur und Alltagswelt bekam dadurch eine ganz aktuelle Bedeutung. Es bedurfte nicht erst der ›Wende‹ von 1989, um den Entstehungsbedingungen einer amerikanisch geprägten Wirklichkeit in der westdeutschen Gesellschaft verstärkt nachzuspüren. Die Ahnung von einer fundamentalen Veränderung in den Ost-West-Beziehungen und, damit zusammenhängend, ein spürbares Nachlassen des Zwangs zur Kohärenz innerhalb der Blöcke ließen vielmehr die beiden Nachkriegsjahrzehnte in einem veränderten Licht erscheinen: Die Zeit nach 1945 erwies sich plötzlich als eine Vergangenheit, deren Bezug zur Gegenwart nicht mehr klar zu erkennen schien.

Dem geistigen Klima jenes knappen halben Jahrzehnts vor der ›Wende‹ entstammt denn auch der gedankliche Ansatz eines zeitgeschichtlichen Forschungsprojekts, über dessen Fragerichtung und analytischen Ertrag dieser Beitrag informieren soll. Unter dem Titel ›Westernization‹ wurde die politisch-ideelle Entwicklung in Westdeutschland von den vierziger bis zu den sechziger Jahren im Hinblick auf solche Amerikanisierungstendenzen untersucht, die nicht entweder bloß im Bereich der Warenwelt und der Alltagskultur anzutreffen oder als direktes Ergebnis der amerikanischen Besatzungs- und Umerziehungspolitik anzusprechen waren. Das Forschungsinteresse galt vielmehr verschiedenen, einigermaßen klar umgrenzten Gruppen, deren gesellschaftliche Einflußnahme und Multiplikatorenfunktion offenkundig war, jedoch nicht oder nicht primär auf amerikanische Veranlassung hin erfolgte.⁶

Im Zentrum der Untersuchungen stand die Frage nach der kulturellen Hegemonie, die die USA über die westeuropäischen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg auszuüben suchten. Gewiß, ohne den Antikommunismus der westlichen Demokratien und die ideologisch stimulierte Angst vor der sowjetischen Bedrohung wäre die Bereitschaft zur Akzeptanz amerikanischer Wertvorstellungen über gesellschaftliche Ordnung und politische Kultur weniger verbreitet gewesen. Aber diese Bereitschaft zur Akzeptanz ist ein historisches Faktum. Das gilt in besonders ausgeprägtem Maß für Westdeutschland, wo gerade auch der bürgerliche Konservatismus nicht nur eine entschiedene Hinwendung zur parlamentarischen Demokratie vollzog, sondern zu einem gewichtigen prozentualen Anteil die demokratischen Wertvorstellungen von Freiheit, Eigentum und Selbstbestimmung

⁶ Vgl. dazu A. DOERING-MANTEUFFEL, *Dimensionen* (wie Anm. 4), S. 25-34. Das Projekt wird seit 1992 am Seminar für Zeitgeschichte in Tübingen durchgeführt und von der Volkswagen-Stiftung gefördert.

des Individuums gerade in ihrer amerikanischen Lesart sich anverwandelte.

Die amerikanischen Bestrebungen, in Deutschland eine kulturell hegemoniale Stellung einzunehmen und die gesellschaftlichen Ordnungskonzepte zu beeinflussen, richteten sich indessen nicht in erster Linie auf bürgerliche Gruppen oder Parteien, sondern auf die SPD und die Gewerkschaften. Die Gründe dafür lagen in dem starken Einfluß, welchen der amerikanische Linksliberalismus in der Epoche des New Deal auf die Politik der USA ausgeübt hatte. Dieser Einfluß bestimmte auch noch in der Nachkriegszeit das Weltbild und die Wertvorstellungen einer Gruppe von amerikanischen Intellektuellen, die sowohl in der Besatzungspolitik als auch im transatlantischen Kulturaustausch tätig waren. Sie förderten in der SPD und in den Gewerkschaften jene Kräfte, die sich in der ideologischen und sozialökonomischen Wertorientierung dem amerikanischen linksliberalen Denken gegenüber aufgeschlossen zeigten und damit eine gewisse Abgrenzung zur ideologischen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung vollzogen sowie deutliche Distanz zum prononcierten Nationalismus der SPD unter Kurt Schumacher bekundeten. Die Vorstellungen von liberaler Demokratie, welche im amerikanischen Verständnis in den Diskussionen über soziale Ordnungsmodelle und gesellschaftliche Reform zur Geltung kamen, wurden deshalb in besonderem Maß von den westlich orientierten Kräften in der SPD und den Gewerkschaften, für die prototypisch Willy Brandt genannt werden muß, aufgegriffen und politisch umgesetzt. Darüber hinaus aber und auf breiter Front wirkte der Einfluß solcher Vorstellungen auf jene Menschen in der Bundesrepublik ein, die die soziokulturellen Gegebenheiten in der Ära Adenauer als Beharrung und Stagnation wahrnahmen und deshalb auf Reform und Emanzipation drängten.

Sehr verkürzt gesagt, war der amerikanische Einfluß auf der politisch-ideellen Ebene – der Einfluß intellektueller Provenienz –, der in Deutschland zur Wirkung kam, von 1945 an in *einem* wesentlichen Strang linksliberal geprägt. Dieser Tatbestand wurde infolge der weltpolitischen Gegebenheiten zunehmend vom Antikommunismus überdeckt, und zwischen 1952 und 1957 waren die früheren geistigen Impulse zeitweilig kaum noch spürbar. Gleichwohl, die bereitwillige Westorientierung breiter Teile der bundesrepublikanischen Gesellschaft vom Kriegsende an wirkte sich in einem Zeitraum von etwa zwei Jahrzehnten auch dahin aus, daß vornehmlich von jüngeren Intellektuellen in den sechziger Jahren Reformdruck und Emanzipationsverlangen gewissermaßen nach amerikanischer Grammatik artikuliert wurde. Die ›linke‹ Phase in der politischen und kulturellen Entwicklung der alten Bundesrepublik seit den späten sechziger Jahren erhielt ihre Schubkraft und bezog ihr spezifisches inhaltliches Profil ganz wesentlich aus westlich-amerikanischen Einflüssen. Daß sich die linke Kritik am westlichen Kapi-

talismus und am amerikanischen Imperialismus in Vietnam dann gegen die USA als Staatswesen richtete, widerspricht dem nicht. Es verweist vielmehr auf den Sachverhalt, daß dieser Prozeß der deutschen ›Westlichung‹ seit 1945 an der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren abgeschlossen war und sich die Entwicklung auf der Grundlage des Gewordenen nunmehr selbständig vollzog.

Wo die Westorientierung der Bundesrepublik und die Anbindung an den politischen Seniorpartner USA die Parteiräson bestimmte, wie das für die CDU unter Adenauer und Erhard galt, verlief die ›Westernisierung‹ anders. Die CDU-nahen Kräfte in der deutschen Gesellschaft vollzogen die Hinwendung zu den USA vorwiegend als politische Entscheidung, mit der man sich an die äußeren Gegebenheiten anpaßte. Die USA boten Schutz vor der sowjetischen Bedrohung, sie garantierten eine Verfassungsordnung, in der das Recht des – allerdings personal interpretierten – Individuums und das Privateigentum verbürgt waren. Diese grundsätzlich proamerikanische Haltung war der politischen Großwetterlage angepaßt. Zugleich aber bestand für die Menschen in diesem Kontext keine Veranlassung, sich jenen gesellschaftspolitischen und soziokulturellen Ordnungsvorstellungen stärker zu öffnen, die aus dem Umfeld des amerikanischen Linkliberalismus stammten und ihren Adressaten in der Sozialen Demokratie suchten. Deshalb blieben sie jenen ›linken‹ Einflüssen gegenüber unzugänglich. Und der bürgerliche Konservatismus, den Konrad Adenauer repräsentierte, besaß in der amerikanischen Mittelschicht ein breites, wenn auch weltanschaulich nicht im strengen Sinn identisches Widerlager und wurde in der schärfsten Spannungsphase des Kalten Krieges auch von Politikern wie Eisenhower und Dulles repräsentiert.

Zur sukzessiven ›Westernisierung‹ der westdeutschen Bevölkerung gehört deshalb eine Entwicklung hinzu, die weniger theoretisch und ideologisch, sondern stärker praktisch und interessenpolitisch charakterisiert war. Das war die Hinwendung zu den USA als der führenden Macht im westlichen Bündnis. Soweit Deutschland ein Partner in diesem Bündnis sein durfte, verstand es sich deshalb fast selbstverständlich, daß die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Normen, die man deutscherseits mit Amerika assoziierte, auch hierzulande allgemeinverbindliche Werte bildeten. In unserem Forschungsprojekt fanden wir unter den bürgerlichen Elitezirkeln, die näher untersucht wurden, eine solche Einstellung als dominierendes Muster. Man kann dies als den *anderen* wesentlichen Strang des amerikanischen Einflusses auf die ideelle Westorientierung der deutschen Bevölkerung bezeichnen.

Was hat das für Konsequenzen für die Westlichkeit der Deutschen heute? Es erscheint symptomatisch, daß nach einer Allensbacher Meinungsumfrage vom März 1996 in den neuen Bundesländern vor allem die CDU-Wähler

die Grundwerte der Bundesrepublik Deutschland stützen.⁷ Diese Grundwerte betreffen die ›Freiheitliche Demokratische Grundordnung‹, wie sie im Grundgesetz unter Aufsicht der Westmächte festgelegt wurde, und die Wertvorstellungen hinsichtlich des westlichen politischen und wirtschaftlichen Systems, welches unter den Einwirkungen amerikanischer Hegemonie seine Konturen ausbildete. In Westdeutschland stützen mindestens die klassischen Parteien der BRD-Geschichte CDU/CSU, SPD und FDP die Grundwerte; für die große Mehrzahl ihrer Wähler darf diese Feststellung ebenso getroffen werden. Die Parteien repräsentieren unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte, die in der einen oder der anderen hier skizzierten Form eine Phase der US-amerikanisch veranlaßten ›Westernisierung‹ durchlaufen haben. In Ostdeutschland repräsentiert die CDU den Wertekodex der alten Bundesrepublik, nicht nur deshalb, weil es sich um die gegenwärtige Regierungspartei im Bund handelt, sondern weil die CDU auf Grund ihrer Entstehungsgeschichte schlechthin ›die Partei der BRD‹ ist: Ihre Parteitradition ist um die Staatsgründung in Westdeutschland herumgruppiert, eine zusammenhängende Vorgeschichte gibt es eigentlich nicht. Die SPD in Ostdeutschland hingegen kann sich auf Traditionen und Werthaltungen einer langen Parteigeschichte beziehen und dabei die BRD-Phase der Sozialdemokratie, mithin auch deren ›Westernisierung‹, nahezu ausblenden; damit gerät die Orientierung an den Grundwerten der Bundesrepublik Deutschland leicht in den Schatten. Dazu mag auch die nach 1968/69 erkennbar werdende Reideologisierung der West-SPD einen gewissen Beitrag geleistet haben, wurde dadurch doch ein wesentliches Element strategischer US-amerikanischer Einflußnahme auf die deutschen politischen Eliten, das in den sechziger Jahren unter dem Stichwort des »Endes der Ideologie« firmierte, deutlich relativiert. Und die PDS muß ein Interesse daran haben, gerade die nichtwestlichen Möglichkeiten und Tendenzen in der ostdeutschen SPD aktiv zu fördern. Somit scheint sich eine neue Entwicklung abzuzeichnen: Die Elemente in der deutschen Westlichkeit, die sich infolge der amerikanischen kulturellen – zu schweigen von der politischen und wirtschaftlichen – Hegemonie herausgebildet haben und schon seit den siebziger Jahren einer sukzessiven Umformung innerhalb der deutschen Gesellschaft ausgesetzt waren, werden verstärktem Veränderungsdruck ausgesetzt sein. Das muß kein Schade sein, denn an der grundsätzlichen Westlichkeit Deutschlands dürfte solange nicht realistisch zu zweifeln sein, wie die Einbindung in die bestehenden Bündnisysteme gewährleistet ist.

⁷ Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Die Einsamkeit der CDU-Wähler im Osten. In den neuen Bundesländern stützen sie nahezu allein die Grundwerte*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. April 1996.

Auf den folgenden Seiten werden aus dem Kontext des Forschungsprojekts zur politisch-ideellen Westorientierung der Bundesrepublik in den fünfziger und sechziger Jahren zunächst die Begriffsbestimmungen des Terminus ›Westen‹ skizziert, um ihn als analytische Kategorie handhabbar zu machen (I: Deutsche Tradition und westliches Denken / Gudrun Kruij). Es folgt ein Überblick über die Entstehung und Eigenart des amerikanischen Selbstverständnisses, welches sich im Linksliberalismus seit den dreißiger Jahren ausformte (II: Die ›amerikanische Mission‹ / Michael Hochgeschwender). In den beiden folgenden Abschnitten werden Reaktionen gesellschaftlicher Gruppen in der Bundesrepublik auf das ›Angebot des Westens‹ skizziert. So gab es auf der einen Seite ausgesprochene Protagonisten ›westlicher‹ Wertvorstellungen (III: Das Angebot des Westens und seine deutschen Protagonisten / Julia Angster) und auf der anderen Seite prononcierte Kräfte der Beharrung ebenso wie Residuen bemerkenswerter Resistenz (IV: Kräfte der Beharrung und die Resistenz von ›deutschen‹ Werten / Thomas Sauer).

I. Deutsche Tradition und westliches Denken

Zur Einbettung der einzelnen Themen, die innerhalb des Forschungsprojekts ›Westernization‹ gezielt untersucht wurden, stellte sich zunächst die Frage, wie der Begriff ›Westen‹ inhaltlich zu bestimmen sei. Als gemeinsamer analytischer Bezugsrahmen erschien eine möglichst präzise Definition dieser zentralen Interpretationskategorie als unerläßlicher Hintergrund, um die jeweiligen Forschungsergebnisse in ihre spezifischen geistesgeschichtlichen Traditionsstränge einzubetten und so zu bestimmen, welche Werte nach 1945 tatsächlich neu übernommen wurden, welche älteren Leitbilder weitgehend unverändert weiterwirkten und inwieweit sich unterschiedliche Positionen anglich oder miteinander verschmolzen.

Der Begriff ›Westen‹ hat eine doppelte Bedeutung: Zum einen handelt es sich um eine geographische Angabe, zum anderen steht er seit über hundert Jahren für ein bestimmtes Wertesystem. Während des Kalten Krieges differenzierte kaum jemand zwischen diesen beiden Bedeutungen; ob ein Land dem ›doppelten Westen‹ angehörte war relativ eindeutig festgelegt durch seine Mitgliedschaft in den jeweiligen politischen und militärischen Bündnissystemen.⁸ Seit 1989 reicht diese Definition jedoch nicht mehr aus. Der ideologische Gegenpol des ›Ostens‹ fiel weg; ursprünglich zum ›Osten‹ gehörende Länder drängen in die westlichen Bündnissysteme. Das Bewußtsein einer besonderen Stellung Deutschlands als Mittler zwischen Ost und West aufgrund der geopolitischen Lage des Landes in der Mitte

⁸ D. DINER, *Verkehrte Welten* (wie Anm. 1), S. 118.

Europas erhält wieder verstärkt Auftrieb, ebenso die Rückbesinnung auf die geistesgeschichtlichen Strömungen von Romantik und Idealismus.

Eine wichtige Grundlage für die Wertegemeinschaft des Westens ist demgegenüber die europäische Aufklärung und damit die Bedeutung der Vernunft und der Wert des einzelnen Individuums; gemeinsame Traditionen werden außerdem in der griechischen Antike und dem Christentum gesehen. Diese Wurzeln skizzieren bereits im Groben das Wertesystem des Westens und schließen zugleich Länder wie Japan aus, die zwar gelegentlich »auf dem Weg nach Westen« gesehen werden, diese geistesgeschichtlichen Grundlagen aber in keiner Form teilen. Der »Weg nach Westen« dieser Länder bedeutet vielleicht die Übernahme westlicher Wirtschafts- und Politikprinzipien, nicht jedoch zwangsläufig die Eingliederung in die ursprünglich dazugehörige Wertegemeinschaft. Schon aus diesen kurzen Bemerkungen ergibt sich, daß »Westen« im hier gemeinten Sinn nicht schlechthin mit einem militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Bündnissystem identisch sein kann, sondern eine primär ideelle Größe darstellt, deren reale Handlungsfähigkeit wiederum nicht mit den von ihr geteilten Werten in eins fällt.

Dennoch ist die Zugehörigkeit zu dieser Wertegemeinschaft keineswegs für immer festgelegt, sondern flexibel. Dies zeigen zum einen die Überlegungen zu Japan, die oft implizieren, der asiatische Staat übernehme auf die Dauer eben doch die westlichen Ideale, zum anderen die Diskussionen um den angeblichen Sonderweg der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert.⁹ Der Diskussion um den deutschen Sonderweg lag die Annahme zugrunde, es gebe einen Normalweg, den alle zivilisierten Länder der westlichen Wertegemeinschaft gingen – und auch gehen mußten. Die Besonderheiten jedes einzelnen Landes wurden zuwenig beachtet. Jeweilige nationale Spezifika schließen natürlich die prinzipielle Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Wertesystem nicht aus. In jedem Land vermischen sich verschiedene Traditionsstränge; ursprünglich fremde Werte und Verhaltensweisen werden übernommen, allerdings nicht unkritisch kopiert, sondern den Bedingungen im eigenen Land angepaßt. Doch in Deutschland führten die historischen Bedingungen und Denkmuster dazu, daß sich vor 1945 die Führungsschicht des Landes in der Regel selbst in Frontstellung zur westlichen Wertegemeinschaft sah und glaubte, ein besseres Gegenmodell bieten zu können. Die Überzeugung, daß am »deutschen Wesen die Welt genesen« solle, spiegelt das Selbstbewußtsein wider, das nach dem Zweiten Weltkrieg in der Kritik der Alliierten an diesem deutschen Wesen resultierte und seine Umerziehung

⁹ Johann Baptist MÜLLER, *Deutschland und der Westen*, Berlin 1989; Nicolai HAMMERSEN, *Politisches Denken im deutschen Widerstand. Ein Beitrag zur Wirkungsgeschichte neokonservativer Ideologien 1914-1944*, Berlin 1993, S. 90-262.

zu den als allgemeingültig verstandenen westlichen Werten vordringlich erscheinen ließ.¹⁰

Die Überzeugung, daß es einen einheitlichen Weg der westlichen Länder und ein für alle gültiges Wertesystem gebe, ging im wesentlichen von Amerika aus.¹¹ Mitte des letzten Jahrhunderts entstand dort die Theorie des ›manifest destiny‹ der USA: Das eigene Wertesystem wurde als universal erachtet und die Aufgabe Amerikas darin gesehen, die Menschheit damit zu beglücken.¹² Das konnte entweder durch das eigene Vorbild geschehen oder durch militärische und ökonomische Interventionen. Die sogenannten westlichen Werte werden aufgrund dieser erzieherischen Mission der USA daher oft als ›amerikanische‹ Werte gesehen, obwohl sie auch durch die Französische Revolution mitgeprägt wurden. Allerdings waren viele der Ideen von 1789 bereits im Rahmen der Amerikanischen Revolution vorgedacht worden und hatten in der Unabhängigkeitserklärung sowie in der Verfassung der USA eine erste schriftliche Form gefunden. Schon dort wurden die Menschen- und Bürgerrechte für universal erklärt und das Recht auf Selbstbestimmung eingefordert. Als ›Land der unbegrenzten Möglichkeiten‹ war Amerika für viele in Europa vor allem in Krisenzeiten das verlorengegangene Paradies. Das förderte dort – insbesondere nach 1945 – die weitgehende Akzeptanz der selbstaufgelegten Führungsrolle der Vereinigten Staaten, obwohl weiterhin Kritik an amerikanischen Werten und Lebensformen existierte. Für Deutschland bestimmt Dan Diner die Haltung zu den USA sogar als »Indikator für die Verwestlichung«¹³ und impliziert damit, daß die Deutschen erst durch die Zäsur des Jahres 1945 ihren Weg in die westliche Wertegemeinschaft gefunden haben.

10 Kurt JÜRGENSEN, *The Concept and Practice of »Re-Education« in Germany 1945-50*, in: Nicholas PRONAY/Keith WILSON (Hrsg.), *The Political Re-Education of Germany and her Allies after World War II*, London 1985, S. 83-96.

11 Damit ist selbstredend nicht gemeint, daß die französische Revolution nicht auch maßgeblich daran beteiligt war, ein bestimmtes Verständnis von ›Westen‹ mit auszuprägen. Dennoch – unter den konkreten politischen, ökonomischen, sozialen und militärischen Bedingungen der frühen Nachkriegszeit bis weit in die sechziger Jahre hinein erwies sich die angelsächsische Variante des Aufklärungsgedankengutes als weitaus relevanter als alle vergleichbaren Modelle. Von daher erscheint es zulässig, vor allem Entstehung und Folgen des angelsächsischen Musters von Westlichkeit zu untersuchen, wenn man sich der Ideengeschichte der frühen Bundesrepublik zuwendet.

12 Der Begriff des ›Manifest Destiny‹ und die Ausformulierung der dahinterstehenden Idee geht wesentlich auf John L. O'Sullivan zurück. Vgl. John L. O'SULLIVAN, *On Texas Annexation and Manifest Destiny, 1845*, in: Sean WILENTZ (Hrsg.), *Major Problems of the Early Republic, 1787-1848. Documents and Essays*, Lexington 1992, S. 525-528. 1845 bezog sich ›Manifest Destiny‹ noch auf die Eroberung des amerikanischen Kontinents; spätestens seit dem spanisch-amerikanischen Krieg galt das Konzept dann als universelle Aufgabe der USA in der Welt.

13 D. DINER, *Verkehrte Welten* (wie Anm. 1), S. 119.

Die Werte dieser Gemeinschaft sollen im folgenden kurz skizziert werden. Welche Ideale wurden vertreten? Welcher Kritik waren diese Ideale in Deutschland vor 1945 ausgesetzt, und was wurde ihnen dort entgegengestellt? Selbstverständlich handelt es sich bei dieser Gegenüberstellung zweier verschiedener Wertegemeinschaften um Stereotype, nicht um eine genaue Nachzeichnung der Wirklichkeit. Die idealtypische Unterscheidung zwischen deutschen und westlichen Idealen war für unser Projekt notwendig, um verschiedene Traditionsstränge und ihre Vermischung aufspüren zu können; gleichzeitig war uns dabei stets bewußt, daß derartige Vermischungen sowohl vor als auch nach 1945 stattgefunden haben. Von einer krassen Zäsur in Form einer »Stunde Null« kann nicht gesprochen werden.

Das Fundament der westlichen Werte ist die individuelle Freiheit und die Demokratie als Gesellschaftsform. Die eigene Freiheit, die ihre Grenze bei der Freiheit des Nächsten findet, führt zu einem Pluralismus, den große Dissenstoleranz auszeichnet. Der Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen findet durch gewaltfreie, rechtliche und allgemein akzeptierte Spielregeln statt. Im Ergebnis führt der Pluralismus zu geistiger, ökonomischer, sozialer und politischer Dynamik, wobei die Absicherung des Einzelnen dabei durch die Menschen- und Bürgerrechte geleistet wird. Freiheit ist die Grundkategorie, auf die alle anderen Werte zurückgeführt werden können; im freien Spiel der Kräfte wird die beste Regulierung aller Konflikte, der Garant für die Selbstentfaltung des Einzelnen und für die gerechte Aufteilung aller Ressourcen gesehen. Im ökonomischen Bereich spiegelt sich diese Wertschätzung der Freiheit im Konzept der freien Marktwirtschaft wider, auf der politischen Ebene im Ideal der freien Wahl; Freizügigkeit, freie Berufswahl und Bildungsfreiheit illustrieren, daß das Ideal auch in das Privatleben der Einzelnen hineinreicht.

Auch in Deutschland wurde Freiheit zur Grundkategorie, an der sich Staat und Gesellschaft messen lassen mußten; hinter dem gleichen Begriff steckte jedoch eine konträre Auffassung. Der als egoistisch empfundenen Freiheit des Westens wurde die Freiheit zur Mitarbeit am großen Ganzen und zum »Nachvollzug des Notwendigen« (Hegel) gegenübergestellt.¹⁴ Die unterschiedliche Besetzung des gleichen Begriffs machte es möglich, daß zu fast allen westlichen Idealen ein deutsches Gegenbild gezeichnet wurde.¹⁵ Negativ wurde vermerkt, daß die USA keine Gemeinschaft, sondern nur eine Gesellschaft seien, die keinen Staat besitze. Dies ist aus der Geschichte der Vereinigten Staaten als Kolonie durchaus erklärlich: der

14 Friedrich MEINECKE, *Die deutsche Freiheit*, in: Bund deutscher Gelehrter und Künstler (Hrsg.), *Die deutsche Freiheit. Fünf Vorträge*, Gotha 1917, S. 14-39.

15 Leonard KRIEGER, *Europäischer und amerikanischer Liberalismus*, in: Lothar GALL (Hrsg.), *Liberalismus*, Königstein/Ts 1985, S. 147-161, sowie N. HAMMERSEN, *Politisches Denken im deutschen Widerstand* (wie Anm 9).

›Staat‹ befand sich lange nicht in Amerika, sondern in England; die Siedler waren daher weitgehend auf sich selbst gestellt. In Deutschland war dagegen der Staat Garant für Ordnung und Wohlfahrt und hatte eine Existenzberechtigung aus sich selbst heraus – das heißt, sogar unabhängig von den Regierten. Die Mitarbeit an diesem Gemeinwesen war daher eine Ehre. Der amerikanische, auf dem Individuum beruhende Freiheitsbegriff, der die Gemeinschaftsbildung verhinderte, führte nach deutscher Auffassung nur zu Egoismus und Kapitalismus ohne Sinn für höhere Werte. Während in den USA angeblich nur *der* Verdienst zählte, hatte in Deutschland *das* Verdienst Bedeutung. Doch nicht nur der Freiheitsbegriff verhinderte nach deutscher Überzeugung in den USA den Sinn für höhere Werte, sondern auch die Regierungsform der Demokratie. Die als pöbelhaft geltende Herrschaft der unwissenden und ungebildeten Masse konnte sich unmöglich für ein abstraktes Allgemeinwohl einsetzen, sondern nur Einzelinteressen verfolgen. In die gleiche Richtung ging auch die Ablehnung des Ideals der Gleichheit: In ihr wurde eine Nivellierung gesehen, die jede höhere Kultur unmöglich mache. Amerika galt gerade in dieser Hinsicht als besonders westlich, da ›dort die Sonne der Kultur untergehe‹.¹⁶

Positiv gegenübergestellt wurde diesen westlichen Werten die Verantwortung für das Höhere, für Kunst und Kultur, die tiefsinnige Persönlichkeit des gebildeten, einsamen Denkers und die gewachsene organische Gemeinschaft. Der Schutz des Einzelnen durch Bürger- und Menschenrechte war im Grunde nicht notwendig, wenn jeder sich für das Ganze verantwortlich fühlte. In bester Tradition des deutschen Idealismus wurde hier also ein sehr positives Bild des Menschen gezeichnet, dem insgesamt die Ideologie des Abendlandes zugrundelag, nicht die des Westens. Als Alternativmodell zum ›Westen‹ erstreckt sich das ›Abendland‹ geographisch weiter nach Osten, umfaßt ganz Europa und eher Rußland als die USA. Im Gegensatz zu den mehr der Aufklärung verpflichteten Werten des Westens beruht es auf den gefühlsbetonterem Strömungen von Romantik und Idealismus. Sachlich und chronologisch besitzt die Auseinandersetzung zwischen ›westlichen‹ und ›deutschen‹ Werten im skizzierten Sinn absolute Priorität. Dabei kam dem amerikanischen Denken bereits seit dem Ersten Weltkrieg eine anfangs zwar unterschätzte, aber doch maßgebende Funktion zu. Die Werke John Deweys, Thorstein Veblens und George Santayanas boten seit 1915 das ideengeschichtliche Material, auf dem dann nach 1945 die amerikanische Kritik an den ›deutschen‹ Traditionen basierte. Der Antikommunismus, obgleich er in den fünfziger und sechziger Jahren als Antitotalitarismus wesentlich zur schnellen Westorientierung der Bundesrepublik beitrug, war also nicht

¹⁶ Nikolaus LENAU, zitiert nach: Hans KOHN, *Europa und die Neue Welt. Die Einheit der atlantischen Kultur*, in: *Die politische Meinung* 5 (1960), Heft 51, S. 55-63, hier S. 59.

die Hauptursache angelsächsischer Versuche, in Konkurrenz zu ›deutschen‹ Ordnungsmodellen eine marktorientierte Westlichkeit herzustellen. Er übte eher eine transitorische und katalytische Funktion aus.

Selbstverständlich gab es schon vor 1945 in Deutschland andere Stimmen zu den westlich-amerikanischen Idealen und auch zu Amerika selbst. Vor allem in den unteren Schichten und der Jugend war das angeblich klassenlose Amerika als das Sinnbild für eine bessere Welt verbreitet. Die USA und die von ihnen vehement vertretenen Werte wurden in der deutschen Öffentlichkeit dennoch häufig als Bedrohung vertrauter Lebenswelten und tradierter Gewohnheiten gesehen. Amerika war das Sinnbild für Modernisierung und das gefährlich Neue, das sich auch in Deutschland abzuzeichnen begann. Erst die spezielle historische Situation in Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg förderte eine relativ umfassende ideelle Öffnung für die amerikanisch-westlichen Werte, die die USA als universal empfanden und dementsprechend verbreiten wollten.

II. Die ›amerikanische Mission‹

Die Vereinigten Staaten von Amerika stellen einen Sonderfall des allgemeinen Typus aufgeklärter Gesellschaften dar, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt vorherrschender intellektueller Diskurse und deren politisch-gesellschaftlicher Wirksamkeit analysiert. Diese Sonderstellung findet ihren Ausdruck auf zwei Ebenen, die jedoch eng miteinander verknüpft sind. Zum einen sind die USA nicht so sehr in den primär naturrechtlich-rationalistischen Zweig der Aufklärung, wie er sich im kontinentaleuropäischen Rahmen, insbesondere in Frankreich manifestiert hat, einzuordnen, sondern in die generell mit totalisierenden Zielsetzungen und Aussagen zurückhaltendere angelsächsische Variante.¹⁷ Zum anderen gibt es wohl kein anderes Land, das auf die Dauer gesehen so sehr von einer bestimmten Form des Liberalismus geprägt worden ist wie die USA.¹⁸ Man könnte als erste These formulieren, daß es nicht die bloße Existenz liberaler Diskurse ist, die die Exzeptionalität¹⁹ der USA ausmacht, denn die gibt es in fast

¹⁷ Zum angelsächsischen Aufklärungsdenken, seinem Bezug zu den USA und deren spezifischem Freiheitsverständnis vgl. Lewis PERRY, *Intellectual Life in America. A History*, Chicago ²1989, S. 152.

¹⁸ Vgl. allg. zur Bedeutung liberaler Ideologie für das politische System in den USA: Kenneth M. DOLBEARE/Linda J. MEDCALF, *American Ideologies Today: Shaping the new Politics of the 1990's*, New York ²1993, bes. S. 22-28.

¹⁹ Vgl. allg. David K. ADAMS/Cornelis A. VAN MINEN (Hrsg.), *Reflections on American Exceptionalism*, Staffordshire 1994; s. ferner Hans VORLÄNDER, ›American Creed‹, *liberale Tradition und politische Kultur der USA*, in: *Liberaler Demokratie in Europa und den USA. Festschrift für Kurt Shell*, hrsg. v. Franz GRESS und Hans VORLÄNDER, Frankfurt 1990, S. 11-33.

allen Gesellschaften des atlantischen Kulturkreises, sondern vielmehr die fast vollkommene Ausschließlichkeit, mit der diese spezifische Form des Liberalismus langfristig das geistige Klima des Landes zu beherrschen vermochte, oder, um es mit den Worten des amerikanischen Historikers Richard Hofstadter zu formulieren: »It has been our fate as a nation not to have ideologies but to be one.« An gleicher Stelle spricht Hofstadter noch präziser von einer »one-ideology-society«.²⁰ Gemeint ist die faktische, spätestens seit der Jacksonian Era (1825-1845) andauernde kulturelle Hegemonie des Lockeanismus.²¹ Dieser weltanschauliche Ordnungsrahmen, in dessen Mittelpunkt der vernunfthafte, freiwillliche, fortschrittsoptimistische Besitzbürger steht, habe, so wenigstens die Ansicht der liberalen Historiker der vierziger und fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts, dafür gesorgt, daß die Geschichte der USA im Vergleich zu der der europäischen Staaten deutlich kontinuierlicher und stabiler verlaufen sei. Aus diesem Grunde sei die lockeanische Verbindung von individueller Freiheit, egalitärem Anspruch, minimaler Staatsmacht und absoluter Priorität des Privateigentums unter dem Mantel der »rule of law« die schlechthin gültige Antwort auf die Modernisierungskrisen industrialisierter Massengesellschaften, wie sie sich mit der industriellen Revolution erst im transatlantischen Umfeld herausgebildet hätten und wie sie nun im 20. Jahrhundert auf globaler Ebene entstünden. Diese Dominanz, aufbauend auf einer auch ideengeschichtlich als Identität postulierten ideologischen Entwicklung der USA, umfasse alle wichtigen politischen Strömungen der USA, d.h. »radicalism«, »liberalism« und »conservatism«, spätestens seit dem endgültigen Ausfall rivalisierender, als »aristokratisch« empfundener, vom anthropologischen Pessimismus geprägter Ideologien im Amerikanischen Bürgerkrieg.²² Weder könne sich unter diesen Gegebenheiten ein genuiner Konservatismus entfalten noch

20 Richard HOFSTADTER, *Anti-Intellectualism in American Life*, New York 1963, S. 43.

21 So zumindest die inzwischen verschiedentlich im historischen Detail fragwürdig gewordene, für das US-amerikanische Selbstverständnis um die Mitte des Jahrhunderts aber prägende These der Historiker des »consensus liberalism«. Eine wenig ausgereifte Frühform dieses Paradigmas findet sich bei Daniel J. BOORSTIN, *The Genius of American Politics*, Chicago 1953; wesentlich präziser sind Louis HARTZ, *The Liberal Tradition in America. An Interpretation of American Political Thought since the Revolution*, San Diego 1991 (Neudruck der Ausgabe von 1955), und Richard HOFSTADTER, *The American Political Tradition and the Men who made it*, New York 1973. Vgl. bes. Godfrey HODGSON, *America in our Time. From World War II to Nixon. What Happened and Why*, New York 1978, S. 67-98. Zur Kritik des Konsensparadigmas vgl. Richard J. ELLIS, *American Political Cultures*, New York 1993. Eine neuere Zusammenfassung bieten: K.M. DOLBEARE/L.J. MEDCALF, *American Ideologies Today*, und James P. YOUNG, *The Theory of the Liberal Consensus and the Politics of Interpretation*, in: F. GRESS/H. VORLÄNDER, *Festschrift Shell* (wie Anm. 19), S. 34-48. S. a. die jüngst erschienene Monographie von James P. YOUNG, *Reconsidering American Liberalism. The troubled Odyssey of the Liberal Idea*, Boulder 1996.

22 Dieser weite Begriff des liberalen lockeanischen Konsenses, den man unter den Bedingungen des Kalten Krieges möglicherweise besser als breiten, antikommunistischen

sei eine wirkliche Attacke gegen das Privateigentum als konstituierendem Faktor der Identität des Individuums unter den Bedingungen amerikanischer Ideologie denkbar. Es existiere in den USA ein »liberaler Konsens«, der derart tief verwurzelt und dogmatisch sei, daß man nicht hinter ihn zurückfallen könne, ohne prinzipielle amerikanische Werte aufzugeben. Wie stark dieser Anspruch war, zeigte sich noch in den Versicherungen der entstehenden Neuen Linken in den USA zu Beginn der sechziger Jahre, man strebe eine wahrhaft amerikanische Form des Sozialismus mit stark individualistischen Elementen an.²³

Dennoch – und dies wäre eine weitere hier zu vertretende These – ist, bei aller eingeräumten realen Dominanz des lockeanischen Ordnungskonzeptes in den USA festzustellen, daß das ideologische Angebot, mit dessen Hilfe die USA ihre politisch-ökonomische Hegemonie auf internationaler Ebene nach dem Zweiten Weltkrieg zu flankieren suchten, Produkt der Krisenerscheinungen der dreißiger Jahre ist, die zu einer internen Ausdifferenzierung des US-amerikanischen ideologischen Potentials nicht unmaßgeblich beigetragen haben. Sicherlich wird der Kern dieses neu entstehenden ideologischen Bündels, das aus insgesamt vier Grundkomponenten besteht, vom lockeanischen besitzbürgerlichen Individualismus gebildet. Auf der anderen Seite erkannten die Vertreter des entstehenden Konsensliberalismus unter dem Eindruck der anhaltenden Rezession und dem von progressiver und radikaler Seite ausgelösten Reformdruck, daß die wirtschafts- und sozialpolitischen Instrumentarien des klassischen Liberalismus nicht mehr ausreichten, um des entstehenden Problemdrucks Herr zu werden. Im Gegensatz zu den bisherigen Lösungsmodellen, wie sie immer auch bei den »liberals« im engeren Sinn, d.h. im Gegensatz zu den allliberalen »conservatives«, vertreten wurden, rang man sich jetzt nicht allein zu einer stärkeren Betonung des egalitären Prinzips der Rechte und Freiheiten des »common man« durch, sondern auch zu neuen Formen staatsinterventionistischer Wirtschaftspolitik, dem sogenannten New Deal. Spätestens mit dem Ende der dreißiger Jahre wurde dieser neuen sozial- und wirtschaftspolitischen Konzeption mit dem keynesianischen Instrumentarium der fiskalpolitischen Globalsteuerung das abschließende Element hinzugefügt.²⁴ Damit verfügte der amerikani-

Konsens bezeichnet, ist streng zu trennen vom engeren liberalen Konsens, der weitgehend identisch ist mit dem antitotalitären Flügel des »New Deal Liberalism«. In der Folge wird der Begriff im engeren Sinn verwendet; für den verbleibenden rechten Flügel des breiten Konsenses wird entweder von »conservatives« oder von Altliberalen gesprochen. Das begriffliche Problem ergibt sich, weil die Vertreter des Konsensparadigmas zwischen der Analyse ihrer eigenen ideologischen Grundlagen und ihren historisch-genetischen Aussagen zum Stand amerikanischer weltanschaulicher Diskurse nie hinreichend präzise unterschieden haben.

²³ David Zane MARKOWITZ, *The Radical Soap Opera*, Harmondsworth 1976, S. 16; vgl. allg. Todd GITLIN, *The Sixties. Years of Hope, Days of Rage*, New York ³1993.

²⁴ Richard H. PELLIS, *The Liberal Mind in a Conservative Age. American Intellectuals in*

sche Konsensliberalismus als zunehmend dominanter werdende Form in den inneramerikanischen ideellen Diskursen über ein bündiges Konzept »entideologisiert«²⁵ Angebote zur Sozialreform, das sich als Mittel der Bewältigung von Krisenerscheinungen und Reformdruck bestens bewährt hatte. Innerhalb der USA entstand aus dem New Deal von Franklin Delano Roosevelt die sogenannte »New Deal Order«, ein sozialreformistisches Bündnis von Arbeitern, linken, aber antikommunistischen Intellektuellen, Katholiken, Schwarzen und Finanzkapital, das sich als Machtbasis der Demokratischen Partei bis tief in die sechziger Jahre hinein bewährte und gewissermaßen die soziale und innenpolitische Basis der Konsensideologie darstellte, die in der Regel von Intellektuellen ausformuliert wurde²⁶ und – wenigstens in den Augen ihrer Kritiker – mit einem erheblichen Konformitätsdruck verbunden war.

Mit der Hinwendung zu etatistischen Konzepten der Sozialreform und ihrer Einbettung in einen allliberalen Rahmen verfügten die USA seit den dreißiger Jahren über ein weltanschauliches Angebot, das mit parallel laufenden Entwicklungen innerhalb der nichtkommunistischen europäischen Linken durchweg kompatibel war. Man näherte sich dieser entstehenden Mitte, dem »vital center«, wie Arthur M. Schlesinger es einmal genannt hat,²⁷ jedoch aus unterschiedlichen Richtungen. Die europäische Sozialdemokratie war seit den Revisionismusedebatten dabei, sich von totalisierenden, hegelianischen Endzielvorstellungen unter dem Eindruck neukantianischer

the 1940's and 1950's, Middletown 1984, S. 119; Larry L. GERBER, *The Limits of Liberalism. Josephus Daniels, Henry Stimson, Bernhard Baruch, Donald Richberg, Felix Frankfurter and the Development of Modern American Economy*, New York 1983, S. 325; G. HODGSON, *America in Our Time* (wie Anm. 21), S. 77f.; vgl. allg. John K. GALBRAITH, *American Capitalism*, Boston 1952, der an dieser Entwicklung einen nicht unmaßgeblichen Anteil hatte, sowie Steve FRASER/Gary GERSTLE (Hrsg.), *The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930-1980*, Princeton 1989. S. ferner: William R. BROCK, *Welfare, Democracy, and the New Deal*, New York 1988. Der Rolle keynesianischer Elemente im New Deal steht Lloyd C. GARDNER, *A Covenant of Power. America and World Order from Wilson to Reagan*, London 1984, S. 31, eher skeptisch gegenüber.

²⁵ Zum Konzept der »Entideologisierung«, das aus dem seit etwa 1955 in konsensliberalen Kreisen propagierten Gedanken vom »end of ideology« abgeleitet wurde, s. Wolfram BURISCH, *Ideologie und Sachzwang. Die Entideologisierungstheorie in neueren Gesellschaftstheorien*, Diss. Tübingen 1967. Unverzichtbar sind außerdem: Daniel BELL, *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, Glencoe 1960, sowie zusammenfassend und die vorwiegend neulinke Kritik berücksichtigend Chaim I. WAXMAN (Hrsg.), *The End of Ideology Debate*, New York 1968.

²⁶ Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Gruppe der New York Intellectuals; im politischen Bereich wären die Americans for Democratic Action (ADA) als Träger des liberalen Konsenses im engeren Sinn zu nennen. Vgl. Alan M. WALD, *The New York Intellectuals. The Rise and Fall of the Anti-Stalinist Left From the 1930's to the 1980's*, Chapel Hill 1987; Stephen M. GILLON, *Politics and Vision: The ADA and American Liberalism, 1947-1985*, New York 1987.

²⁷ Arthur M. SCHLESINGER jr., *The Vital Center. The Politics of Freedom*, Boston 1949.

Skepsis und realpolitischer Notwendigkeiten zu verabschieden, der amerikanische Liberalismus hingegen näherte sich langsam der Vorstellung einer nicht umfassenden sozialen Utopie als Regulativ des sozialreformerischen Anspruches. Auf der anderen Seite blieb die Ideologie der amerikanischen Mission auch in ihrer neuen »sozialliberalen« Ausprägung zutiefst amerikanisch. Dafür sorgten zwei Elemente, die ebenfalls mit der »New Deal Order« bzw. dem »consensus liberalism« als antikommunistischer Variante dieser Ordnung verbunden wurden: der Pragmatismus,²⁸ der vornehmlich von John Dewey politisch als antitotalitäre, reformoffene Philosophie operationalisiert worden war, und der liberale Internationalismus.²⁹

Der Pragmatismus als die amerikanischste aller Philosophien sorgte gewissermaßen für die reflektierte und in Ansätzen systematisierte Rechtfertigung der liberalen, pluralistischen Demokratie als die einer modernen Massen- und Industriegesellschaft angemessene Staatsform. Zugleich sorgte die pragmatistische Soziologie durch ihre aus dem Positivismus übernommene fortschrittsorientierte Wissenschaftsgläubigkeit dafür, daß mit dem Gedanken des »social engineering«³⁰ staatsplanerische Tätigkeiten im sozialen Gebiet und auf dem Felde der Nationalökonomie widerspruchsfrei in einen liberalen Gesamtrahmen einzubetten waren. Dabei ist zu beachten, daß der Pragmatismus als auf reale Einzelfälle bezogene, auf Mittel und Zwecke allgemein reflektierende Handlungstheorie zwar nie eine geschlossene Sozialphilosophie entwickelte, zugleich aber auch keine Philosophie rationalen Systemerhalts oder rationaler Systemrechtfertigung war, sondern sich stets als kritische Reflexion innersystemischer Unzulänglichkeiten verstand und diesem Anspruch – bei aller Ablehnung radikaler Reformansätze – auch gerecht geworden ist. In der Außenperspektive des Konsensliberalismus als Träger der amerikanischen Mission seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte der Pragmatismus überdies den Vorteil, als philosophische Waffe gegen die Totalitätsansprüche neuhomistischer oder hegelianischer Systeme zu dienen, also auch gegen den Marxismus, und sich zudem gegen existentialistische Philosophie bzw. gegen die kantianische Skepsis instrumentalisieren

28 Cornel WEST, *The American Evasion of Philosophy. A Genealogy of Pragmatism*, Madison 1989, bes. S. 69-111; vgl. Ludwig MARCUSE, *Amerikanisches Philosophieren. Pragmatisten, Polytheisten, Tragiker*, Hamburg 1959, ein Werk, das u.a. dazu diente, pragmatistisches Gedankengut in Westdeutschland heimisch zu machen, sowie zur Sozialtheorie des Pragmatismus: Hans JOAS, *Pragmatism and Social Philosophy*, Chicago 1993.

29 Eine neuere Gesamtdarstellung internationalistischer Gedankengutes in der amerikanischen Geschichte dieses Jahrhunderts bietet: Tony SMITH, *America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*, Princeton 1994.

30 Vgl. allg. John J. JORDAN, *Machine-Man Ideology: Social Engineering and American Liberalism, 1911-1939*, Chapel Hill 1994; unter dem Blickwinkel internationalistischer Instrumentalisierbarkeit auf der Ebene von Wissenschaftspolitik s. Bernhard PLÉ, *Wissenschaft und säkulare Mission. Amerikanische Sozialwissenschaft im politischen Bewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1990, bes. S. 145.

zu lassen, also der angestrebten und als notwendig empfundenen ›Entideologisierung‹ der modernen Industriegesellschaften Vorschub zu leisten. Gerade der Verzicht auf eine Auseinandersetzung mit der reichen europäischen erkenntnistheoretischen Tradition erschwerte jedoch die Rezeption pragmatistischer Ideale außerhalb der USA.

Damit wäre der innen-, sozial-, und wirtschaftspolitische Bezugsrahmen des ›consensus liberalism‹ grob abgesteckt. Es fehlt bislang die Einbettung in das außenpolitische Hegemonialstreben der USA.³¹ Bereits seit dem spanisch-amerikanischen Krieg von 1898, dann natürlich durch den Ausgang des Ersten Weltkrieges erheblich begünstigt, hatte in den Kreisen der amerikanischen ›liberals‹ die Reflexion über eine systematischere Rechtfertigung der nunmehr faktisch erreichten politisch-ökonomischen Hegemonie und ihrer weltanschaulichen Absicherung begonnen. Schon früh, anfangs aber eher unkoordiniert, war dabei der Export amerikanischer Kultur, besonders der Massenkultur, aber auch amerikanisierter Formen der Industrieorganisation, in das Blickfeld gerückt. Die theoretische Absicherung dieses faktischen Hegemonialisierungsprozesses fiel dem liberalen Internationalismus zu, der vor allem von Woodrow Wilson und seinem Kreis entscheidend ausformuliert worden war. Zwei Komponenten bestimmten den Internationalismus: der allgemeine Anspruch, die Welt für die Demokratie zu sichern, als moralisch-politisches Postulat und das Streben nach Öffnung der Märkte.³² Beide sind als gemeinsame Ideale ernst zu nehmen. Die Politik der Internationalisten ist ohne das moralisch begründete Freiheitspathos, das eine säkularisierte Variante des religiös motivierten Exzeptionalismus der Kolonialzeit, der ›City Upon the Hill‹ und des ›Neuen Jerusalem‹, war, schlechterdings nicht zu verstehen. Die liberalen Internationalisten waren zutiefst davon überzeugt, daß es das gesellschaftliche und ideologische Angebot der USA als de facto fortgeschrittenster, stabilster und freiheitlichster, d.h. auch erfolgreichster Macht der Erde war, das allen anderen Nationen als Muster für die Lösung endogener Modernisierungskonflikte dienen sollte. Damit wurde parallel auf einer deutlich weniger idealistischen Ebene der

31 Die folgende Passage stützt sich weitgehend auf die Ergebnisse der gemäßigt revisionistischen Historiographie, wie sie Emily S. ROSENBERG, *Spreading the American Dream. American Economic and Cultural Expansion, 1898-1945*, New York 1982, Frank A. NINKOVICH, *The Diplomacy of Ideas: U.S. Foreign Policy and Cultural Relations, 1938-1950*, Cambridge 1981 und – weiter gefaßt – Michael H. HUNT, *Ideology and U.S. Foreign Policy*, New Haven 1987, vorgelegt haben. Aus orthodox internationalistischer Perspektive ist T. SMITH, *America's Mission* (wie Anm. 29), hinzuzuziehen. Vgl. ferner Theodor von LAUE, *The World Revolution of Westernization. The Twentieth Century in Global Perspective*, New York 1987.

32 Ein weiterer konstituierender Aspekt gerade des ›Wilsonian Internationalism‹ ist der Gedanke an ein System der kollektiven Sicherheit, der in diesem Zusammenhang aber weniger wichtig ist.

Anspruch des ›manifest destiny‹ globalisiert und ein praktisches Hegemonialstreben abgesichert, das sich nun nicht mehr allein auf Nordamerika oder die westliche Hemisphäre bezog, sondern weltweite Geltung beanspruchte. Die Liberalen ließen damit zugleich die Vorstellungen der ›conservatives‹ weit hinter sich, die zwar die faktische ökonomische Hegemonie der USA durchaus billigten, sich aber dem Ansinnen entzogen, diese Vorherrschaft durch stete Intervention (damit ist nicht allein militärische Intervention gemeint) zu festigen. Dieser politische Anspruch ließ sich bestens mit dem jedem Liberalismus immanenten Anspruch auf apriorische Universalität vereinbaren, d.h. mit dem Glauben, die vernunftthaft erkennbaren Inhalte und Folgerungen liberaler Weltanschauung müßten überall in vernunftthaften Akten nachvollziehbar sein; ein Problem, dessen theoretische Fundierung die amerikanische Liberalismustheorie bis heute nicht umfassend geklärt hat. Dieses moralisch begründete Hegemonialstreben des liberalen Internationalismus war schließlich auf das engste mit ökonomischen Motiven verknüpft. Die lockeanische Hochschätzung des Privateigentums mutierte hier zum Anspruch auf Öffnung der Weltmärkte, dem Gedanken des ›open door‹ und der ›one world‹. Behandelte man amerikanische Außenpolitik des 20. Jahrhunderts primär unter dem Gesichtspunkt eines ökonomischen Determinismus, könnte man auf den Gedanken kommen, es handele sich um den durchgehenden Versuch, auf Autarkie basierende Wirtschaftssysteme aufzubrechen, diese der Hegemonialstellung des stärksten Wettbewerbers zu unterwerfen, um anschließend die errungene politisch-ökonomische Hegemonialstellung durch kulturelle Exporte auf einer Massenbasis abzusichern. Wie allerdings bereits gesagt, wird eine derartig deterministische Sicht, die nicht beide Aspekte des Internationalismus berücksichtigt, also die ökonomische und die ethische, dem Phänomen nicht gerecht.

Mit diesem weltanschaulichen Angebot, das sich durch ein hohes Maß an Elastizität auszeichnete, kamen die Amerikaner in das besetzte Deutschland der Nachkriegszeit und damit gingen sie auch in den Kalten Krieg. Sie mußten sich nicht ad hoc eine Ideologie der Freiheit schaffen, sondern verfügten traditionell darüber, auch wenn sie in den 30er Jahren erhebliche Veränderungen erfahren hatte. Der Versuch, diese Ideologie global durchzusetzen, vollzog sich sowohl auf der Ebene von Regierungshandeln,³³ als auch auf einer verdeckteren Ebene im Handeln der ›covert action‹-Abteilungen der CIA,³⁴ etwa bei der ideellen Infiltration von Arbeiterparteien, Studentenorganisationen und Gewerkschaften. Auf der transnationalen Ebene

33 Bezogen auf Deutschland vgl. Hermann-Josef RUPIEPER, *Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag*, Opladen 1993, s. bes. S. 19-24.

34 Die derzeit umfassendste und zuverlässigste Darstellung dieser Zusammenhänge bietet John RANELAGH, *The Agency. The Rise and Fall of the CIA*, New York 1987.

finden sich ebenfalls Bemühungen zum Transfer amerikanischer Werthaltungen.³⁵ Der Kalte Krieg, d.h. die Auseinandersetzung mit dem Marxismus, speziell in seiner extrem banalisierten stalinistischen Variante, war dabei keinesfalls konstitutiv für die amerikanische Mission, sondern hatte eine eher katalytische Funktion. Ein Element des ›consensus liberalism‹, das bislang nicht angesprochen wurde, weil es nicht eigentlich zum konstitutiven weltanschaulichen Bestand dieser Ideologie gehörte, gewann dann allerdings in der konkreten Auseinandersetzung des Kalten Krieges erheblich an Gewicht: der Antitotalitarismus, der in seiner liberalen Variante in amerikanischen Intellektuellenkreisen der dreißiger Jahre seinen Ausgang genommen hatte.³⁶ Als integratives Element, mit dessen Hilfe sowohl antikommunistische Linke als auch konservative Spektren in den westlichen Gesellschaften der Nachkriegszeit angesprochen werden konnten, vor allem wenn der Antitotalitarismus primär als Antikommunismus verstanden wurde, erwies er sich als ausgesprochen nutzbringend beim untergründigen, aber intentionalen Transfer spezifisch amerikanischer ideologischer Muster nicht allein nach Westdeutschland. Damit war aber zugleich die Gefahr verbunden, daß die sozialen Reformanliegen, welche die amerikanischen ›liberals‹ gleichfalls weitertransportieren wollten, zurückgestellt würden, um auf diese Weise den breiten gesellschaftlichen antikommunistischen Konsens abzusichern. Die informelle Koalition mit den altliberalen ›conservatives‹ und den europäischen Konservativen war den amerikanischen ›liberals‹ zwischen 1947 und 1953 wichtiger als alle Versuche, die eigene Weltanschauung durchzusetzen. Dies sollte sich erst nach dem Tode Stalins wieder ändern.

Der geschilderte liberale Konsens ist Mitte der sechziger Jahre zerbrochen. Er scheiterte an den wachsenden Widersprüchen innerhalb der sozialen Träger der ›New Deal Order‹, am Ausscheren der radikaleren Vertreter wegen des US-Engagements in Vietnam, das die gesellschaftlichen Visionen der ›Great Society‹ ernsthaft in Frage stellte und nicht zuletzt am Triumphalismus der intellektuellen Trägerschichten des Konsenses. Im Jahre 1950 hatte der bedeutende liberale New Yorker Literaturkritiker Lionel Trilling festgestellt, der Liberalismus habe nun keinen ernstzunehmenden intellektuellen Rivalen mehr und die einzige Gefahr für ihn bestehe in dieser

³⁵ Als Beispiel mag hierfür der Congress for Cultural Freedom dienen, eine Organisation liberaler und sozialdemokratischer antikommunistischer Intellektueller vorwiegend aus den USA und Westeuropa. Vgl. Pierre GRÉMION, *Intelligence de l'Anticommunisme. Le Congrès pour la Liberté de la Culture*, Paris 1995, und Peter COLEMAN, *The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for Mind in Postwar Europe*, London 1989.

³⁶ Irving HOWE, *The New York Intellectuals*, in: *Commentary* 23 (Oct. 1968), S. 31. Vgl. ferner: Sidney HOOK, *Out of Step. An Unquiet Life in the Twentieth Century*, New York 1987, S. 248-274, zum Committee for Cultural Freedom, einer antitotalitären Organisation vornehmlich liberaler Intellektueller unter der geistigen Federführung des pragmatistischen Philosophen John Dewey, die von 1939-1941 existierte.

absoluten Dominanz. Er sollte recht behalten. Kein halbes Menschenalter später stritten sich Neue Linke und Neokonservative um den leeren Thron des ›consensus liberalism‹ in den USA.

III. Das ›Angebot des Westens‹ und seine deutschen Protagonisten

Zum ›Westen‹ hatte sich das Deutsche Reich nicht zugehörig gefühlt, weder in politischer Hinsicht noch als Teil einer kulturellen Wertegemeinschaft.³⁷ Die Bundesrepublik Deutschland dagegen beansprucht genau diese Zugehörigkeit für sich. Sie hat sich im Laufe ihrer Geschichte zu einem Musterland des Westens, zum ›amerikanischsten‹ aller westeuropäischen Länder entwickelt. Sie ist, wie ihr zum 40. Jahrestag ihres Bestehens von Nachbarn und Verbündeten bestätigt wurde, im Kreis der atlantisch-westlichen Wertegemeinschaft fest verwurzelt.

Diese ideelle Verwestlichung war nicht ausschließlich das Produkt der alliierten Besatzungspolitik nach 1945. Zwar kann die Politik der Reeducation und Reorientation unter OMGUS und HICOG von 1946/47 bis 1952 in ihrer Bedeutung für die Entwicklung einer stabilen parlamentarischen Demokratie in Westdeutschland gar nicht überschätzt werden. Vor allem die USA traten, wie es Hermann-Josef Rupieper formuliert hat, »als ›Geburts-helfer‹ der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft auf. Sie unterstützten die demokratischen Kräfte in der deutschen Gesellschaft, sorgten für die Ausschaltung der nationalsozialistischen Eliten und begleiteten den gesamten Prozeß über die Gründung der Bundesrepublik bis zur Unterzeichnung des Generalvertrages.«³⁸ Dennoch aber wäre ohne die Bereitschaft von Teilen der westdeutschen Bevölkerung, die Demokratisierungspolitik mitzutragen, die Einwurzelung einer liberaldemokratischen und pluralistischen politischen Kultur in die Gesellschaft der Bundesrepublik nicht denkbar gewesen.³⁹

37 Für den Gegensatz zwischen einer organisch gewachsenen ›Gemeinschaft‹ (wie für Deutschland reklamiert) und der auf rationalem Zweckdenken beruhenden, vertraglich zusammengeschlossenen ›Gesellschaft‹ des angelsächsischen Westens s. Ferdinand TÖNNIES, *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundriß der reinen Soziologie*, [1887] Darmstadt 1991. Für das Geschichts- und damit auch Selbstbild von Kaiserreich und Weimarer Republik vgl. beispielhaft Heinrich v. TREITSCHKE, *Das constitutionelle Königthum in Deutschland* [1869/1871], in: DERS., *Historische und politische Aufsätze*, 3. Bd., Leipzig 1915, S. 429-561. Ernst TROELTSCH, *Der Ansturm der westlichen Demokratie*, in: *Die deutsche Freiheit. Fünf Vorträge*, Gotha 1917, S. 79-113; DERS., *Die deutsche Idee von der Freiheit* [1916], in: DERS., *Deutscher Geist und Westeuropa. Gesammelte kulturphilosophische Aufsätze und Reden*, Tübingen 1925, S. 5-107; Otto HINTZE, *Das monarchische Prinzip und die constitutionelle Verfassung*, in: *Preußische Jahrbücher* Bd. 144, 1911, S. 381-412; Georg v. BELOW, *Deutsche Reichspolitik einst und jetzt*, Tübingen 1922, s. bes. »Das 19. und 20. Jahrhundert«, S. 32-53.

38 Hermann-Josef RUPIEPER, *Die amerikanische Demokratisierungspolitik in Westdeutschland 1945 bis 1952*, in: Heinrich OBERREUTER/Jürgen WEBER (Hrsg.), *Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland*, München 1996, S. 197-216, hier S. 216.

39 Vgl. EBD.

Die Auseinandersetzung um westliche Wertvorstellungen im politischen, sozialen und kulturellen Bereich wurde spätestens mit dem Ende der Besatzungszeit zu einer innerdeutschen Kontroverse um die Ausgestaltung von Staat und Gesellschaft und um die Haltung zu Modernisierungserscheinungen. Denn mit der politischen Integration in das westliche Bündnissystem und der wirtschaftlichen Anbindung an die westliche Welt war die ideelle Westorientierung der BRD keineswegs abgeschlossen. So sehr eine national-neutralistisch motivierte Ablehnung der Westintegration auf politischer und wirtschaftlicher Ebene mit einem antiwestlichem Affekt verbunden war, so wenig mußte ein Eintreten für eine europäische und atlantische Einbindung der Bundesrepublik auf eine »kulturelle Westlichkeit« hindeuten. Diese Bündnissysteme bildeten vielmehr bloß den Rahmen, innerhalb dessen sich in der Bundesrepublik zwischen Mitte der vierziger und Mitte der sechziger Jahre ein fundamentaler Wertewandel vollziehen konnte.

Die Reaktion der Deutschen auf das »Angebot des Westens« war ganz und gar nicht einheitlich; sie reichte von verachtungsvoller Ablehnung bis zur begeisterten Annahme. Wie schon in der »Amerikanismus-Debatte« der Weimarer Zeit⁴⁰ standen eine positive Bewertung der ökonomischen Modernisierung – und damit der Segnungen der materiellen Amerikanisierung⁴¹ – und eine feindselige und herablassende Haltung gegenüber kulturellen Modernisierungserscheinungen oft nahe beieinander. In der unmittelbaren Nachkriegszeit stieß die amerikanische wie insgesamt die alliierte Kulturpolitik auf Skepsis und Ablehnung. Nachdem die erste Phase des Schocks der totalen Niederlage und der Orientierungslosigkeit vorüber war, und sich die Furcht vor einer strengen Bestrafung durch die Sieger gelegt hatte, die die Erfahrungen des Bombenkrieges und die nationalsozialistische Propaganda hatten erwarten lassen, wurden Entnazifizierung, Reeducation und Reorientation als massive Eingriffe der Besatzer in die deutsche Gesellschaft zunehmend zurückgewiesen. Von den Amerikanern brauchten sich die Deutschen, so fand man, keine Kultur beibringen zu lassen.⁴² Auch wenn viele die in der Demokratisierungspolitik angebotene politische Kultur als Chance zum Neubeginn verstanden, war gerade die Kritik an der parlamentarischen Demokratie weit verbreitet. Theodor Eschenburg, ab 1952 Professor für Politikwissenschaft in Tübingen, meinte, die demokratische Herrschaftsform der Bundesrepublik sei ebenso improvisiert wie es die Weimarer Demokratie

40 Vgl. hierzu u.a. Gesine SCHIWAN, *Das deutsche Amerikabild seit der Weimarer Republik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 26/86, S. 3-15; vgl. auch Werner KREMP, *In Deutschland liegt unser Amerika. Das sozialdemokratische Amerikabild von den Anfängen der SPD bis zur Weimarer Republik*, Münster 1993.

41 Vgl. Kaspar MAASE, *Bravo Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992.

42 Vgl. D. DINER, *Verkehrte Welten* (wie Anm. 1), S. 117-167.

gewesen sei – die Demokratie sei in Deutschland unbeliebt, die Parteien verhaßt. Arthur Kummernuss, Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, war 1949 der Ansicht, die Demokratie passe nicht zu den Deutschen, diese bräuchten vielmehr einen starken Staat.⁴³ Selbst Konrad Adenauer begegnete dem Grundgesetz mit Skepsis, weil es den Westdeutschen von Amerikanern und Franzosen aufgezwungen worden sei.⁴⁴ Deutsche Traditionen wurden gegen die Reformvorstellungen der Sieger verteidigt, und zwar so erfolgreich, daß die 1949 gegründete Bundesrepublik in den Augen amerikanischer Beobachter als Konsolidierung einer autoritär-hierarchischen Gesellschaftsordnung erschien.⁴⁵ So scheiterten die westlichen Alliierten mit dem Versuch, das deutsche Sozialversicherungssystem zu reformieren,⁴⁶ ebenso im Bereich der Schul- und Bildungsreform in Bayern, wo die amerikanische Militärregierung mit dem Kultusminister Alois Hundhammer aneinandergeriet und nachgeben mußte;⁴⁷ ebensowenig ließ sich eine Reform des öffentlichen Dienstes durchsetzen.⁴⁸ Diese Residuen deutscher Tradition waren bei Gründung der Bundesrepublik noch viel zu mächtig.

Eine tatsächliche Verwestlichung setzte erst mit dem Ende der Besatzungsherrschaft ein, als sich ab etwa 1953 Wohlstand breit machte, der eine materielle Modernisierung – als Amerikanisierung – breiterer Bevölkerungsschichten ermöglichte. Ein übriges tat der Konformitätsdruck im Kalten Krieg. Ein aggressiver, fast hysterischer Antikommunismus verband zu Anfang der fünfziger Jahre nahezu das gesamte politische Spektrum der Bundesrepublik vom rechten Rand der CDU bis in die linken Flügel der SPD und der Gewerkschaften.⁴⁹ Das Bedrohungsgefühl durch den gemeinsamen Gegner half sicherlich, Ressentiments auch gegen ›Amerika‹ und sein Gesellschaftsbild zu übertünchen.

Etwa zeitgleich begann ein regelrechter Elitenaustausch. Positionen als Entscheidungsträger und Multiplikatoren in Politik und Wirtschaft, Parteien und Verbänden, Presse und Rundfunk, in den Kirchen, in Literatur, Wissenschaft und Lehre wurden im Laufe der nächsten zehn Jahre von Personen

43 H.-J. RUIEPER, *Wurzeln* (wie Anm. 33), S. 16 (Eschenburg); S. 17 (Kummernuss).

44 Hans-Jürgen GRABBE, *Das Amerika-Bild Konrad Adenauers*, in: *Amerika-Studien* 31/1986, S. 315-323, hier: S. 319.

45 H.-J. RUIEPER, *Wurzeln* (wie Anm. 33), S. 37-60.

46 Hans Günter HOCKERTS, *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957*, Stuttgart 1980.

47 Winfried MÜLLER, *Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht 1945-1949*, München 1995.

48 H.-J. RUIEPER, *Amerikanische Demokratisierungspolitik* (wie Anm. 38), S. 210.

49 Vgl. Axel SCHILDT, *Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Strömungen in den 50er Jahren*, in: Axel SCHILDT/Arnold SYWOTTEK, *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, S. 627-635, hier S. 630-632.

besetzt, die dem Westen und seinen politischen und sozialen Wertvorstellungen gegenüber offen waren. Ob die Reform ihr tatsächliches Anliegen war oder ob sie aus beruflichen Gründen nur reformbereit waren, ändert nichts daran, daß mit deutschnationalen Ressentiments und der Ablehnung des westlich-liberalen Parlamentarismus seit Ende der fünfziger Jahre kein Einfluß mehr zu gewinnen war.

Westliche Werte waren auch und gerade nach dem Ende der Besatzungszeit in der BRD auf vielfältigste Weise präsent. Amerikahäuser mit ihren Bibliotheken standen dafür geradezu symbolisch. Zahllose Reisen – Schüleraustausch, Geschäftsreisen der Unternehmer, Informationsreisen der Gewerkschafter – brachten Westdeutsche in unmittelbaren Kontakt mit den USA.⁵⁰ In Wissenschaft und Politik waren zahlreiche Remigranten tätig, die ihre Erfahrungen aus beiden Kulturen einbrachten. Publikationen über Politik und Gesellschaft in Amerika boomten, und Billy Wilders Filme taten ein übriges.

Von einer reinen Übernahme westlicher Wertvorstellungen kann aber keine Rede sein. Vielmehr wurde das Neue mit eigenen Traditionen verbunden und den eigenen Bedürfnissen gemäß »anverwandelt«. Im Lauf von 20 Jahren nach Kriegsende nahm jedoch der Anteil des deutschen traditionellen Staats- und Gesellschaftsverständnisses stetig ab, derjenige atlantisch-westlicher Vorstellungen zu. Dieser Wandel fand in den unterschiedlichsten Feldern statt und wurde von den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen getragen. Verantwortlich für diese Entwicklung waren häufig Personen, die schon in den 20er Jahren für westliches Denken offen, damals aber marginalisiert und ohne Einfluß gewesen waren. Viele von ihnen waren ins Exil gegangen, viele nach Großbritannien oder in die USA und hatten dort mit den verschiedensten Exilgruppen und auch mit Verbänden und Parteien der Gastländer zusammengearbeitet. Mit Ausnahme der kommunistischen Organisationen, die spätestens ab 1943 ausgegrenzt wurden, entwickelte sich hier der Keim eines pluralistischen, demokratischen Grundkonsenses, der von den Remigranten auch in die Aufbauphase der Nachkriegszeit hineingetragen wurde. Dieser Befund gilt für so unterschiedliche Bereiche wie Sozialdemokratie und Gewerkschaften, Unternehmer, Rundfunk, Presse und Publizistik, Politik- und Sozialwissenschaft.⁵¹

⁵⁰ Vgl. u.a. Werner LINK, *Deutsche und Amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945-1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen*, Düsseldorf 1978; H.-J. RUPIEPER, *Wurzeln* (wie Anm. 33).

⁵¹ Vgl. u.a. Axel SCHILDT, *Reise zurück aus der Zukunft. Beiträge von intellektuellen USA-Remigranten zur atlantischen Allianz, zum westdeutschen Amerikabild und zur »Amerikanisierung« in den fünfziger Jahren*, in: *Exilforschung* 9 (1991), S. 25-45; Hubertus BUCHSTEIN, *Auf der gemeinsamen Suche nach einer »modernen Demokratietheorie«*; Otto Suhr, Franz L. Neumann und Ernst Fraenkel, in: Gerhard GÖHLER/Bodo ZEUNER (Hrsg.),

Besonders deutlich zeigt sich dies anhand der Entwicklung von SPD und DGB in den fünfziger Jahren. Der Weg zum Godesberger Programm bzw. dem Düsseldorfer Programm bedeutete einen Prozeß der Entideologisierung und Entdogmatisierung, der sich nicht zuletzt auf eine Auseinandersetzung mit westlichen Politik- und Gesellschaftsvorstellungen zurückführen läßt.⁵² Die Träger dieser Entwicklung hatten in den zwanziger und dreißiger Jahren nicht zu den traditionellen Sozialdemokraten gehört, sondern zu linken Splittergruppen wie KPO, SAP, ISK und Neu Beginnen, hatten sich im Exil in Skandinavien, Großbritannien und den USA intensiv mit sozialistischen Konzepten und Demokratietheorie auseinandergesetzt und sich gemeinsam mit der SPD um die Nachkriegsplanung für Deutschland bemüht. Die im Exil begonnene Zusammenarbeit mit Regierung, Parteien und Verbänden der Gastländer wurde im besetzten Deutschland fortgeführt und überdauerte auf transnationaler Ebene auch das Ende des Besatzungsstatus. Nach Kriegsende traten die meisten in die SPD ein bzw. arbeiteten aktiv in den Gewerkschaften mit und trugen hier maßgeblich zu einer Abkehr vom traditionellen Dogmatismus bei. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik wurde akzeptiert, soziale Marktwirtschaft als auch und gerade für die Arbeiterbewegung akzeptable Wirtschaftsweise anerkannt und keynesianische Wirtschaftspolitik in die eigenen Programme übernommen.⁵³ Die Wertewelt des amerikanischen New Deal fand Eingang in das Selbstverständnis der westdeutschen Arbeiterbewegung. Hierzu trugen nicht zuletzt auch die intensiven Kontakte zwischen den westdeutschen und den amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen bei, die in der frühen Nachkriegszeit begannen und bis weit in die fünfziger Jahre hinein aufrecht erhalten wurden. Mit dem Godesberger Programm kam eine Entwicklung zum Abschluß, die letztlich in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ihren Ausgang genommen hatte.⁵⁴

Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, Baden-Baden 1991, 171-194; Sabine LEMKE-MÜLLER, *Ethischer Sozialismus und soziale Demokratie. Der politische Weg Willi Eichlers vom ISK zur SPD*, Bonn 1988; Klaus VOIGT (Hrsg.), *Friedenssicherung und europäische Einigung. Ideen des deutschen Exils 1933-1945*, Frankfurt/M. 1988; Fritz EBERHARD, *Arbeit gegen das Dritte Reich*, Berlin 1974; *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, 3 Bde., München 1980-1983.

52 Vgl. u.a. Susanne MILLER, *Der Weg zum Godesberger Grundsatzprogramm* [1994], in: DIES., *Sozialdemokratie als Lebenssinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD*, Bonn 1995, S. 297-305; Helga GREBING, *Der Sozialismus*, in: Axel SCHILDT/Arnold SYWOTTEK (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau* (wie Anm. 49), S. 646-658; DIES., *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick*, München 1966; S. LEMKE-MÜLLER, *Ethischer Sozialismus und soziale Demokratie* (wie Anm. 51); Klaus SCHÖNHOVEN, *Die deutschen Gewerkschaften*, Frankfurt/M. 1987; Hans-Otto HEMMER/Kurt Th. SCHMITZ (Hrsg.), *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute*, Köln 1990.

53 Michael HELD, *Sozialdemokratie und Keynesianismus. Von der Weltwirtschaftskrise bis zum Godesberger Programm*. Frankfurt/M. 1982.

54 W. LINK, *Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute* (wie Anm. 50);

Gegen Ende der fünfziger Jahre war insgesamt der Prozeß der Westorientierung, der seit der Konsolidierung der Adenauer-Ära wirksam geworden war, weitgehend abgeschlossen. Die Bundesrepublik hatte sich der westlichen Wertegemeinschaft angeschlossen, auch wenn auf den ersten Blick noch immer Adenauers »autoritäre Kanzlerdemokratie«⁵⁵ das politische Klima prägte und die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger und frühen sechziger Jahre bei aller Westlichkeit eng und provinziell blieb, »motorisiertes Biedermeier« herrschte.

Von nun an unterlag die Bundesrepublik dem gesamtwestlichen gesellschaftlichen Wandel, der sich mit dem Aufkommen der »New Left« in Westeuropa und Nordamerika ab 1957/58 abzuzeichnen begann und bald einer ganz neuen Form der politischen Auseinandersetzung breite Wirksamkeit verschaffen sollte: den neuen sozialen Bewegungen, wie der Friedensbewegung, der Frauen-, der Menschenrechts- und der Ökobilbewegung sowie der Außerparlamentarischen Opposition.⁵⁶

Zu Beginn der sechziger Jahre machten die »Spiegelkrise« und die Reaktion der Öffentlichkeit deutlich, wie sensibel die westdeutsche Gesellschaft für den Bereich der Meinungsfreiheit geworden war; wie sehr die Rolle der Presse als Kontrollorgan der Regierung inzwischen im öffentlichen Bewußtsein verankert war.⁵⁷ Auch in der Geschichtswissenschaft machte sich der gesellschaftliche Wandel der sechziger Jahre bemerkbar. Die durch die Fischer-Kontroverse um die deutsche Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg ausgelöste Theoriedebatte wurde, verstärkt durch einen Generationswechsel, zum »Katalysator einschneidender Veränderungen« in der Neueren Geschichtswissenschaft. Traditionellen historistischen Denkmustern traten nun sozial- und strukturgeschichtliche Forschungsansätze an die Seite.⁵⁸ Besonders deutlich ist der amerikanische Einfluß auf die westdeutsche Politik- und

Horst LADEMACHER (Hrsg.), *Gewerkschaften im Ost-West-Konflikt. Die Politik der American Federation of Labor nach dem II. Weltkrieg*, Melsungen 1982; Robert H. ZIEGER, *The CIO 1935-1955*, Chapel Hill 1995.

55 Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie*, in: *Der Staat* 30 (1991), S. 1-18; H.-J. RUIEPER, *Amerikanische Demokratisierungspolitik* (wie Anm. 38), S. 207.

56 Karl A. OTTO, *Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-70*, Frankfurt/M. 1977; Helmut SCHELSKY, *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*, Düsseldorf 1957; G.A. ALMOND/S. VERBA (Hrsg.), *The Civic Culture Revisited*, Boston 1980; Karl W. BRAND, *Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen*, in: R. ROTI/D. RUCIIT (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1987, S. 30-44; Arthur MARWICK, *British Society since 1945*, London 1982.

57 Martin LÖFFLER, *Der Verfassungsauftrag der Presse. Modellfall »Spiegel«*, Karlsruhe 1963; Jürgen SEIFERT (Hrsg.), *Die Spiegelaffäre*. 2 Bde., Freiburg 1966; David SCHOENBAUM, *Ein Abgrund von Landesverrat. Die Affäre um den Spiegel*, Wien 1968.

58 Zitat s. Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Deutsche Zeitgeschichte nach 1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), S. 1-29; vgl. Arnold SYWOTTEK, *Die Fischer-*

Sozialwissenschaft der Nachkriegszeit; erwähnt seien hier nur die Arbeiten von Ralf Dahrendorf, Ernst Fraenkel und Hans-Peter Schwarz.⁵⁹ Als Auseinandersetzung um das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft und damit um sozialwissenschaftliches Selbstverständnis muß der Positivismusstreit in der Sozialwissenschaft, die »Auseinandersetzung der Frankfurter Schule mit dem logischen Positivismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus«, als ein Markstein gelten.⁶⁰ Auch im kulturellen Bereich ließen die Folgen des Wandels nicht lange auf sich warten: die Politisierung des Theaters wurde manifest, als Rolf Hochhuths »Stellvertreter« aus dem Jahr 1963 eine öffentliche Debatte um die Rolle der Katholischen Kirche im Nationalsozialismus auslöste, die auch vor hergebrachten Autoritäten und Tabus nicht mehr haltmachte. »Daß man Papst Pius XII., der bei seinem Tod im Jahre 1958 überall in der westlichen Welt geachtet und verehrt wurde, nun auf der Bühne der Mitverantwortung für den nationalsozialistischen Judenmord bezichtigte, machte den Umschwung des Klimas drastisch spürbar.«⁶¹

Kurz, der gesellschaftliche Wandel war seit Ende der fünfziger spürbar und wurde im Lauf der sechziger Jahre immer deutlicher. Es handelte sich jedoch, dies sei hier noch einmal betont, nicht mehr um die Annäherung der Bundesrepublik an die westlich-atlantische Wertegemeinschaft, die ja für sich auch nicht statisch war, sondern vielmehr um den Mitvollzug einer gesellschaftlichen Veränderung, die für Westeuropa und Nordamerika insgesamt wirksam war.

Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung historisch-politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik, in: Immanuel GEISS/Bernd Jürgen WENDT (Hrsg.), *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Düsseldorf 1973, S. 19-47; Volker BERGHAIN, *Die Fischer-Kontroverse – 15 Jahre danach*, in: *GG* 6 (1980), S. 403-419; Wolfgang JÄGER, *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, Göttingen 1984. Allgemein zur Entwicklung der deutschen Historiographie nach 1945 siehe Bernd FAULENBACH, *Die deutsche Historiographie und die Nachkriegsentwicklung in Deutschland*, in: *Von der Aufgabe der Freiheit. Festschrift für Hans Mommsen*, hrsg. v. Christian JANSEN u.a., Berlin 1995, S. 99-116.

⁵⁹ Vgl. z.B. Ralf DAHRENDORF, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1966; Ernst FRAENKEL, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart 1964; Hans-Peter SCHWARZ, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 bis 1949*, Neuwied 1966.

⁶⁰ Hans Joachim DAHMS, *Positivismusstreit. Die Auseinandersetzung der Frankfurter Schule mit dem logischen Positivismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus*, Frankfurt/M. 1994; s. die Beiträge in: *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie* von Theodor W. Adorno, Hans Albert, Ralf Dahrendorf, Jürgen Habermas, Harald Pilot und Karl R. Popper, München 1993 (1969).

⁶¹ Zitat s. Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 4), Stuttgart 1984, S. 432; Vgl. Hermann GLASER, *Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 2: *Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition 1949-1967*, Frankfurt/M. 1990, S. 246.

IV. Kräfte der Beharrung und die Resistenz von ›deutschen‹ Werten

Wie bei geistig-ideellen Veränderungsprozessen in modernen, komplexen Gesellschaften generell nicht anders zu erwarten, hat auch die Verwestlichung der Bundesrepublik keineswegs die gesamte Bevölkerung in gleichem Maße erfaßt. Vielmehr bestanden häufig alte, traditionell deutsche Wertemuster weiter und wurden von ihren Trägern gegen den Ansturm der westlich-amerikanischen Ideologieangebote verteidigt. Obwohl mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen offenbar wurde, kann von einer daher motivierten, sofortigen und nachhaltigen Neuorientierung der Deutschen nicht gesprochen werden. Die Kontinuität der ideellen Dispositionen überwog zunächst bei weitem die Neuansätze.⁶² Das Bekenntnis zu explizit nationalsozialistischen Wertvorstellungen war zwar öffentlich tabuisiert, latent aber weiterhin vorhanden. Demoskopische Daten aus den vierziger und frühen fünfziger Jahren⁶³ legen diesen Befund nahe: 1948 hielten 57 Prozent der Westdeutschen den Nationalsozialismus für eine im Grunde gute Idee, die nur schlecht ausgeführt worden sei, und drei Jahre später nannten 40 Prozent auf die Frage, wann es ihnen am besten gegangen sei, die Zeit zwischen 1933 und 1938. Die Umfrageergebnisse brachten zugleich einen Tatbestand ans Licht, der überraschte: So sehr sich das NS-Regime bemüht hatte, die Bevölkerung zu indoktrinieren, so wenig war es ihm gelungen, der Mehrheit die ›essentials‹ der braunen Ideologie zu vermitteln; die Kenntnisse über das nationalsozialistische Programm erwiesen sich nach zwölfjähriger Herrschaft als höchst diffus. Die Befragten beurteilten vor allem die soziale und wirtschaftliche Sicherheit der dreißiger Jahre positiv. An zweiter Stelle lobten sie die öffentliche Ruhe und Ordnung, die nach den Wirren in der Endphase der Weimarer Republik unter Hitler eingeleitet sei, als besondere Leistung des Nationalsozialismus. Damit bekannten sie sich subjektiv zwar zu den ›guten‹ Seiten der Diktatur, in Wahrheit aber rekurrierten sie auf traditionell deutsche Werte, die sich die NS-Propagandisten geschickt zu Nutze gemacht hatten, um die Deutschen für ihr Programm zu gewinnen. Die stark ausgeprägte etatistische Tradition des Bürgertums und die weit

62 Vgl. A. SCHILDT, *Moderne Zeiten* (wie Anm. 2), S. 319.

63 Die Umfrageergebnisse des Allensbacher Instituts für Demoskopie sind wiederholt dahingehend interpretiert worden, z.B. von Edgar PIEL, *Spuren der NS-Ideologie im Nachkriegsdeutschland*, in: H. OBERREUTER/J. WEBER (Hrsg.), *Freundliche Feinde?* (wie Anm. 38), S. 145-163. Martin und Sylvia GREIFFENHAGEN, *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*, München 1993, S. 57 f. Felix Ph. LUTZ, *Empirisches Datenmaterial zum historisch-politischen Bewußtsein*, in: *Bundesrepublik Deutschland. Geschichte – Bewußtsein* (Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 273), Bonn 1989, S. 150-169. A. SCHILDT, *Moderne Zeiten* (wie Anm. 2), S. 306 f.

verbreitete nationalistische Grundhaltung hatten dem ideologischen Werben zu einigem Erfolg verholfen.

Die Wertwandelforschung seit den sechziger Jahren hat die These empirisch untermauert, daß sich die Wertekategorien in modernen Gesellschaften besonders stark und nachhaltig durch den Generationswechsel verändern. Die Individuen wechseln ihre grundlegenden Verhaltensdispositionen dagegen kaum.⁶⁴ Es ist also durchaus naheliegend zu vermuten, daß die ›deutschen‹ Werte mit der ›Stunde Null‹ nicht einfach verschwanden. Wo aber wurden sie, so ist die Frage nach Gegenkräften gegen eine Verwischung der Bundesrepublik zu präzisieren, hochgehalten und weiterhin propagiert? Die demoskopischen Daten leiden für eine derartige Analyse an einem Defizit, das im Nachhinein nicht mehr zu beheben ist. Da sie kaum nach Angaben über Sozialniveau, Parteizugehörigkeit, Konfessionsbindung sowie Alter und Geschlecht differenziert sind, eignen sie sich nicht als Grundlage weitergehender Nachforschungen. Also müssen andere Wege gegangen werden, wenn man nach Antworten auf die Frage sucht, in welchen gesellschaftlichen Teilbereichen traditionelle Wertvorstellungen weitergalten, die gegen das für Deutschland neue atlantisch-westeuropäische Wertesystem immunisierend wirkten. Der geistesgeschichtliche Zugriff läßt eine Reihe von Gruppierungen in den Blick treten, deren Gedanken- und Ideenwelt sich vorwiegend in althergebrachten Bahnen bewegte und sich grundlegenden Veränderungen lange oder dauerhaft verweigerte.

An erster Stelle sind hier die Parteien vom rechten und linken Rand des bundesdeutschen Parteienspektrums zu nennen, die sich nicht in den demokratischen Grundkonsens des westlichen Teilstaats einbinden ließen. Überzeugte Nationalsozialisten, die ihre braune Vergangenheit nur unzureichend zu verbergen suchten und trotz der Niederlage und der deutschen Kriegsverbrechen mehr oder weniger unverblümt an die NS-Zeit anknüpfen wollten, gründeten in Niedersachsen die Sozialistische Reichspartei (SRP).⁶⁵ Vor allem ehemalige NSDAP-Funktionäre, jüngere Frontoffiziere und einstige HJ-Mitglieder waren in der Partei zu finden. Die Mitglieder und Anhänger der SRP kamen aus Personengruppen, die so stark von der nationalsozialistischen Ideologie geprägt worden waren, daß sie

64 Ronald INGLEHART, *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*, Frankfurt 1995, S. 167 f.

65 Zur SRP siehe Horst W. SCHMOLLINGER, *Die sozialistische Reichspartei*, in: Richard STÖSS, *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Bd. 4, (Sonderausgabe) Opladen 1986, S. 2274-2336. Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2), Stuttgart 1981, S. 130-133. Manfred ROWOLD, *Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik* (Bonner Schriften zur Politik- und Zeitgeschichte, Bd. 9), Düsseldorf 1974, S. 30 f.

sich auch nach 1945 davon nicht frei machen konnten. Die Partei, die auf dem Höhepunkt ihrer politischen Erfolge immerhin 40.000 Mitglieder hatte, konnte bei den niedersächsischen Landtagswahlen im Mai 1951 16 Mandate gewinnen. Ihre erklärten Hauptziele, das Deutsche Reich wiederherzustellen und die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu beseitigen, waren für das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1952 Grund genug, die SRP zu verbieten. Ihre Anhänger und Mitglieder suchten danach in anderen rechtsextremen Organisationen Unterschlupf, eine Reihe von ihnen spielte später in der NPD eine Rolle, andere akzeptierten das politische System der Bundesrepublik und paßten sich in die großen Volksparteien ein.

Auf der linken Seite des westdeutschen Parteiensystems standen die Kommunisten. Die KPD war als marxistisch-leninistische Partei in erster Linie auf Moskau hin orientiert und sah den Westen ausschließlich als ideologischen und militärischen Gegner. Im Klassenkampf hatten westlich-demokratische Werte keinen Platz, traten nur als Gegenpol zu den eigenen Gesellschaftsentwürfen in den Blick. Da die KPD direkt von der SED abhängig war, folgte sie auch dem dezidiert nationalen Kurs der ostdeutschen Einheitspartei Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre, lehnte sie die Oder-Neiße-Linie ab und bekämpfte die Abtrennung des Saargebiets. Als die westdeutschen Kommunisten den Stalinkult von der SED übernahmen, verloren sie viel von ihrer Anziehungskraft. Die sich mehr und mehr verhärtenden Fronten im Ost-West-Konflikt taten ein übriges. Zwischen 1948 und 1951 halbierte sich die Mitgliederzahl der KPD. Nach ihrem Verbot im Jahre 1956 gründeten die Kommunisten mit der DKP geraume Zeit später eine neue Partei, die allerdings politisch bedeutungslos blieb. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges hatte die kommunistische Ideologie keine Anziehungskraft für weitere Bevölkerungskreise der Bundesrepublik.⁶⁶

Zu den Kennzeichen der bundesdeutschen Gesellschaft gehört – wie in anderen westlichen Staaten auch – ein breit ausdifferenziertes Verbandswesen. Einige dieser zahlreichen Organisationen verstanden es geradezu als ihre Hauptaufgabe, traditionell deutsche Wertvorstellungen zu konservieren. Dazu gehörten zum Beispiel die Soldatenverbände. Die hier organisierten früheren Militärs stellten ein beachtliches Potential für antiwestliche Einstellungen dar.⁶⁷ Sie sahen sich als Bewahrer der militärischen Tradition Deutschlands und verteidigten deren Werte wie Pflichterfüllung, Treue, Gehorsam und militärische Opferbereitschaft. Die einstigen Offiziere und Berufssoldaten führten ihr militärisches Ethos auf preußische Wurzeln zurück und versuchten sich als mißbrauchte Opfer des Nationalsozialismus zu

⁶⁶ Vgl. Dietrich STARITZ, *Die Kommunistische Partei Deutschlands*, in: Richard STÖSS, *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Bd. 3, (Sonderausgabe) Opladen 1986, S. 1663-1809.

⁶⁷ H.-P. SCHWARZ, *Ära Adenauer* (wie Anm. 65), S. 133 f.

rechtfertigen. In ihrem Kampf um gesellschaftliche Anerkennung griffen sie deshalb bewußt den Gedanken der staatsloyalen, aber politisch »neutralen« Reichswehr des Kaiserreichs und der Weimarer Republik auf. Die Vorstellung von einer Armee, die in der demokratischen Gesellschaft verankert, sich am Leitbild des »Staatsbürgers in Uniform« orientieren und dem Konzept der »Inneren Führung« verpflichtet sein sollte, konnten sie wenig Sympathie abgewinnen.⁶⁸ Aus ihren Reihen kam später nicht geringer Widerstand gegen die Pläne Wolf Graf Baudissins, der seine Reformpläne mit Hilfe anpassungsbereiter ehemaliger Wehrmachtsoffiziere dennoch grundsätzlich durchsetzen konnte.⁶⁹ Er verpflichtete das Offizierskorps auf den Ehrbegriff der Männer des 20. Juli und verankerte die seit 1956 entstehende Bundeswehr in der Tradition der Militärführung aus der Zeit der Befreiungskriege und der Preußischen Reformen. Diese war nicht nur wesentlich älter, aus ihr konnten auch Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde entlehnt werden, die leichter mit demokratischem Bewußtsein zu verbinden waren als das soldatische Sonderbewußtsein des späten Kaiserreichs und der Weimarer Republik⁷⁰.

Höchstwahrscheinlich gab es in den fünfziger Jahren noch eine ganze Reihe weiterer Organisationen und Interessengruppen, in denen rückwärtsgewandtes Gedankengut tradiert wurde. Sie dienten unter anderem der Selbstvergewisserung derer, die sich nicht auf die veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit einstellen wollten, sondern ihr Heil in Nostalgie und politischen Anachronismen suchten. Man könnte hier beispielsweise an Altherrenschaften studentischer Korporationen denken oder auch an Teile der Vertriebenenverbände.

Der Blick soll aber im folgenden von solchen Vereinigungen weg, auf Parteien und gesellschaftliche Großgruppen gelenkt werden, die am demokratisch-antikommunistischen Konsens der Bundesrepublik partizipierten, in Teilbereichen aber von antiwestlichen Haltungen bestimmt wurden.

Unter den Parteien, die den Konzentrationsprozeß der fünfziger Jahre überlebten, war in der FDP der prozentuale Anteil an »Antiwestlern« unter den Mitgliedern am größten. Sie formierten sich in einem starken nationalliberalen Flügel,⁷¹ der andere Werteprioritäten setzte als der liberalde-

68 Vgl. Hans-Jürgen RAUTENBERG, *Zur Standortbestimmung für künftige deutsche Streitkräfte*, in: *Anfänge westdeutscher Verteidigungspolitik 1945-1956*, Bd. 1: *Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan*, München 1982, S. 737-879, hier S. 806.

69 Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Ära Adenauer* (wie Anm. 65), S. 287-282.

70 H.-J. RAUTENBERG, *Standortbestimmung* (wie Anm. 68), S. 831. Vgl. auch Donald ABENHEIM, *Bundeswehr und Tradition. Die Suche nach dem gültigen Erbe des deutschen Soldaten* (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 27), München 1989.

71 Siehe dazu Lothar ALBERTIN, *Das theoriearme Jahrzehnt der Liberalen*, in: Axel SCHILDT/Arnold SYWOTTEK (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau* (wie Anm. 49), S. 659-676.

mokratische. Die Nationalliberalen – am stärksten in Nordrhein-Westfalen vertreten – wollten die Besitzverhältnisse der Ruhrindustrie konservieren und setzten dabei auf ein streng liberal-kapitalistisches, antisozialistisches Wirtschaftskonzept. Ihr Kurs wurde vor allem von den konservativen Industrieeleiten an Rhein und Ruhr unterstützt, weil er sowohl mit deren ökonomischen wie auch politischen Interessen konform ging. Sozialisierungs- und Mitbestimmungsforderungen zurückzuweisen, gewerkschaftlichen Einfluß auf die Firmenleitung möglichst auszuschalten und die soziale Komponente im Erhardschen Wirtschaftssystem so gering wie möglich zu halten, kam den Wünschen der Unternehmerkreise entgegen. Um einen breiteren Rückhalt bemüht, fanden die Nationalliberalen ihr Wählerpotential unter Flüchtlingen und Vertriebenen sowie unter nach wie vor nationalsozialistisch beeinflussten Offizieren und Beamten.⁷² Sie alle wurden mit einer nationalen Rhetorik angesprochen, die sich im Rückgriff auf den Nationalismus der zwanziger Jahre als vom nationalsozialistischen Mißbrauch gereinigt präsentierte. Daß die Nationalliberalen auf der Rückgabe der Ostgebiete beharrten, eine Ehrenerklärung für die deutschen Soldaten forderten und die Entnazifizierung kritisierten, unterschied sie nicht grundsätzlich von anderen bürgerlichen Parteien. Das nationale Pathos allerdings, mit dem diese Themen behandelt wurden, war besonders stark ausgeprägt, bediente sich des althergebrachten Vokabulars und wies unzweifelhaft in die Vergangenheit zurück.

Auf traditionelle Denkmuster ganz anderen Ursprungs griffen konservative Katholiken zurück, unter denen die Unionsparteien ihre treuesten Anhänger hatten. Ihre religiös begründeten Moralvorstellungen wurzelten wie die katholische Soziallehre in der kirchlichen Lehrtradition, die universale Gültigkeit beanspruchte. Sie enthielt einen reichen Fundus an Wertorientierungen, die mit denen einer westlich-pluralistischen Gesellschaft kollidieren mußten. So rangierte beispielsweise für Katholiken der Schutz von Religion, Sitte und Moral eindeutig über dem Ideal der Pressefreiheit. Die Kampagnen der fünfziger Jahre gegen ›Schmutz und Schund‹ zielten darauf, eine beschränkte Pressezensur in der Bundesrepublik einzuführen. Die Kritik am ›westlichen Materialismus‹ der USA, um ein weiteres Beispiel zu nennen, fußte zwar auch im bürgerlich-konservativen Gefühl der Überlegenheit der europäischen Kultur,⁷³ basierte aber vor allem auf konservativ-ständestaatlichen Ideen der katholischen Soziallehre, die mit einer offenen westlichen Gesellschaft oftmals unvereinbar waren. Kirchliche Kreise propagierten die Orientierung an einer naturrechtlich begründeten, vormodernen

72 Vgl. Theodor ESCHENBURG, *Jahre der Besatzung 1945-1949* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1), Stuttgart 1981, S. 202-205.

73 Vgl. A. SCHILDT, *Ideologien* (wie Anm. 49), S. 627-635.

Sozialordnung unter dem Schlagwort vom »christlichen Abendland«. ⁷⁴ Diese Formel griff bis auf die Antike sowie auf ein idealisiertes Geschichtsbild des Mittelalters und der Frühneuzeit zurück, in dem das Christentum als geistig führende Macht bei der kulturellen Einigung der Völker Europas erschien. Im Hinblick auf die westeuropäische Integration waren die Abendlandvorstellungen durchaus innovativ, kultur- und gesellschaftspolitisch dagegen reaktionär. ⁷⁵ Indem nämlich die Geschichte der Moderne als ein fortdauernder Abfall von Gott, als Säkularisation, verstanden wurde, wurde die »Rechristianisierung« ⁷⁶ der Gesellschaft zum Programm erhoben und damit einer kirchlichen Monopolstellung bei der Werte begründung das Wort geredet, die dem Pluralismus zuwider lief.

Die außen- und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen in der Bundesrepublik akzeptierten die meisten Katholiken dagegen vorbehaltlos. Der Gedanke an ein vereintes Europa lag ihnen nicht fern, da sie sich als Mitglieder einer weltumspannenden religiösen Gemeinschaft ohnehin von der supranationalen »Zentrale« in Rom regiert sahen. Und im ökonomischen Bereich konnte nicht übersehen werden, daß in der Sozialen Marktwirtschaft eine Reihe von Grundforderungen der kirchlichen Soziallehre erfüllt waren. Deren Prinzipien – Subsidiarität, Solidarität und Personalität – waren Bestandteil des westdeutschen Wirtschaftssystems geworden. Zudem darf ein wichtiger Faktor nicht vergessen werden: Der Antikommunismus konnte im Katholizismus auf eine lange Geschichte zurückschauen. Zugleich wird an dieser Tatsache besonders deutlich, daß die deutschen Katholiken sich nicht vornehmlich aus Sympathie für westlich-atlantische Werte zur Bundesrepublik bekannten. Vielmehr entsprachen einige dieser Werte durchaus der eigenen, römisch-katholischen theologischen wie religiös-sittlichen Tradition; man könnte deshalb auch von einer nicht genuin westlichen »Westlichkeit« des deutschen Katholizismus sprechen.

Daß das Denken vieler Katholiken gesellschaftspolitisch dagegen traditionellen Bahnen verhaftet blieb, lag nicht zuletzt daran, daß sich das katholische Milieu, jene konfessionell begrenzte Lebenswelt, die im Kulturkampf

⁷⁴ Zum Abendlandbegriff siehe Heinz HÜRZEN, *Der Topos vom christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen*, in: Albrecht LANGNER (Hrsg.), *Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800* (Beiträge zur Katholizismusforschung), Paderborn 1985, S. 131-154.

⁷⁵ Vgl. A. SCHILDT, *Moderne Zeiten* (wie Anm. 2), S. 333 f.

⁷⁶ Vgl. Wolfgang LÖHR, *Rechristianisierungsvorstellungen im deutschen Katholizismus 1945-1948*, in: Jochen-Christoph KAISER/Anselm DOERING-MANTEUFFEL (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland* (Konfession und Gesellschaft, Bd. 2), Stuttgart 1990, S. 25-41. Martin GRESCHAT, »Rechristianisierung« und »Säkularisierung«. Anmerkungen zu einem europäischen interkonfessionellen Interpretationsmodell, in: ebd., S. 1-24.

entstanden war, als äußerst stabil erwiesen hatte.⁷⁷ Vor allem in geschlossenen katholischen, ländlichen Gebieten bestimmte die Kirchengzugehörigkeit weiterhin die sozialen Kontakte sowie den Tages- und Jahresrhythmus. Erst zu Beginn der sechziger Jahre setzte ein massiver Erosionsprozeß des katholischen Milieus ein, in dessen Gefolge sich auch die Wertorientierungen der Katholiken zunehmend veränderten.

Der Katholizismus der fünfziger und frühen sechziger Jahre stellte keineswegs einen monolithischen Block dar. Gegenüber dem sowohl politisch wie theologisch und konfessionell fraktionierten Protestantismus war er aber in sich wesentlich geschlossener. Das Bild des Protestantismus ist deshalb facettenreicher und geistesgeschichtlich schwerer in den Griff zu bekommen.⁷⁸ Vereinfachend lassen sich in der neugegründeten EKD zwei Richtungen ausmachen, die miteinander um den rechten Weg der Kirche stritten:⁷⁹ auf der einen Seite konfessionelle Lutheraner aus dem »gemäßigten« Flügel der Bekennenden Kirche (BK), vorwiegend in den sogenannten intakten Landeskirchen Bayerns, Württembergs und Hannovers beheimatet; auf der anderen Anhänger der Barth'schen Theologie, die dem »radikalen« bruderrätlichen Flügel der BK entstammten.⁸⁰ Letztere forderten einen grundlegenden Neuanfang der evangelischen Kirche, die sich aufgrund der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre und dadurch bedingtem Obrigkeitsgehorsam am Aufkommen des Nationalsozialismus mitschuldig gemacht habe. Ihre politischen Vorstellungen zielten auf eine direkte Demokratie mit ausgeprägten plebiszitären Elementen.⁸¹ Die Kirche sollte ein extensiv

77 Karl GABRIEL, *Zwischen Tradition und Modernisierung. Katholizismus und katholisches Milieu in den fünfziger Jahren der Bundesrepublik*, in: Anselm DOERING-MANTEUFFEL/Kurt NOWAK (Hrsg.), *Kirchliche Zeitgeschichte. Urteilsbildung und Methoden* (Konfession und Gesellschaft, Bd. 8), Stuttgart 1996, S. 248-262.

78 Zu den grundlegenden politischen Orientierungen führender deutscher Protestanten vgl. die Einleitung zu »Zum politischen Weg unseres Volkes«. *Politische Leitbilder und Vorstellungen im deutschen Protestantismus 1945-1952. Eine Dokumentation*, bearb. v. Dorothee BUCHHAAS-BIRKHOLZ, Düsseldorf 1989, S. 9-33.

79 Die Reste der stark nationalsozialistisch geprägten ehemaligen Deutschen Christen spielten kirchenpolitisch in der Bundesrepublik keine Rolle mehr.

80 Zu den theologischen und kirchenpolitischen Wurzeln der Spannungen zwischen den beiden Gruppen, die im Kirchenkampf der dreißiger Jahre liegen, siehe Klaus SCHOLDER, *Kirchenkampf*, in: DERS., *Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft. Gesammelte Aufsätze*, hrsg. von Karl Otmar von Aretin und Gerhard Besier, Berlin 1988, S. 170.

81 In der Literatur sind deshalb die Barthianer häufig als die alleinigen »Väter« einer protestantischen Demokratiekonzeption dargestellt worden, vgl. z.B. Ernst WOLF, *Volk, Nation und Vaterland im protestantischen Denken von 1930 bis zur Gegenwart*, in: Horst ZILLESSEN (Hrsg.), *Volk – Nation – Vaterland. Der deutsche Protestantismus und der Nationalismus* (Veröffentlichungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 2), Gütersloh 1970, S. 172-212, hier S. 208 f. Wolfgang HUBER, *Protestantismus und Demokratie*, in: DERS., *Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland*, München 1990, S. 11-36, besonders S. 29-31.

ausgelegtes ›Wächteramt‹ wahrnehmen, das – im Extremfall – mit prophetischem Anspruch auftreten konnte. Auch wenn das Modell einer plebiszitären Demokratie, etwa nach Schweizer Vorbild, nicht als antiwestlich bezeichnet werden kann, entspricht es nicht den repräsentativ-demokratischen politischen System der westeuropäisch-angloamerikanischen Staaten. Die Forderung bruderrätlicher Kreise nach einer Neuwahl des Bundestages, auf dem Höhepunkt des Wiederbewaffnungsstreits⁸² Anfang der fünfziger Jahre erhoben, weil die Abgeordneten für eine solch weitreichende, bei der Wahl noch nicht vorhersehbare politische Entscheidung kein Mandat hätten, offenbart ein tiefsitzendes Mißtrauen gegen das repräsentativ-parlamentarische System.⁸³ Dazu kam ein Antiamerikanismus, der – wie etwa bei Martin Niemöller – teilweise irrationale Züge tragen konnte. Niemöller, einer der bekanntesten Vertreter des deutschen Protestantismus im In- und Ausland und Leitfigur einer zwar kleinen, aber politisch äußerst aktiven Gruppe in der evangelischen Kirche, lehnte nicht nur die Westintegration der Bundesrepublik ab, sondern den westlichen Teilstaat überhaupt.⁸⁴ Konfessionelle Motive spielten dabei eine entscheidende Rolle, hatte doch der deutsche Protestantismus durch die Teilung des Landes seine Kermlande an den kommunistischen Osten verloren. Die Frage der Wiedervereinigung spielte deshalb auch für evangelische Bundesbürger eine viel wichtigere Rolle als für katholische. Das führte dazu, daß der Blick vieler Protestanten deutschlandzentriert blieb, daß der Europagedanke und die Idee enger transatlantischer Bindungen ihnen fremd blieb. Das galt so gut wie für alle Richtungen, vom ›linken‹ bruderrätlichen bis hin zu ›rechten‹ konservativen, in denen zum Teil der alte ›Pastorennationalismus‹⁸⁵ der Weimarer Zeit weiterlebte.

Eine Ausnahme bilden hier nur jene Protestanten, die schon seit den zwanziger Jahren engagiert an der ökumenischen Zusammenarbeit partizipierten. Sie waren mit der Welt des angelsächsischen Protestantismus

82 Zum Wiederbewaffnungsstreit, der den deutschen Protestantismus vor eine Zerreißprobe stellte, siehe Johanna VOGEL, *Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1949-1956* (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Bd. 4), Göttingen 1978.

83 Konsequenter weitergedacht, läuft diese Forderung darauf hinaus, das imperative Mandat einzuführen. In der Regel sind die parlamentarischen Entscheidungen einer Legislaturperiode bei der Wahl nämlich noch nicht absehbar. Welche Abstimmungen von so weitreichender Bedeutung sind, daß der einzelne Abgeordnete dabei nicht allein seinem Gewissen, sondern dem Willen seiner Wähler folgen muß, unterliegt allein subjektiven Kriterien.

84 Zur Person Martin Niemöllers siehe Martin GRESCHAT, *Martin Niemöller*, in: DERS. (Hrsg.), *Gestalten der Kirchengeschichte*, Bd. 10,2, Stuttgart 1993, S. 187-204.

85 Die sukzessive Lösung des deutschen Protestantismus von seinem national-protestantischen Paradigma behandelt Günther VAN NORDEN, *Der deutsche Protestantismus: Zwischen Patriotismus und Bekenntnis*, in: Günther HEYDEMANN/Lothar KETTENACKER (Hrsg.), *Kirche in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat*, Göttingen 1993, S. 88-108.

vertraut, sprachen vielfach Englisch und knüpften nach 1945 an die Vorkriegskontakte wieder an. Ihnen fiel es deshalb leichter, die Entscheidung für eine politische Westintegration der Bundesrepublik zu akzeptieren, zumal die Deutschen materiell und ideell von der Zusammenarbeit mit englischen, amerikanischen und westeuropäischen Kirchenvertretern profitierten. Von diesen wurden jene Neuansätze im deutschen Protestantismus unterstützt, die auf eine institutionalisierte öffentliche Präsenz der Kirche zielten,⁸⁶ die evangelischen Akademien ebenso wie der Deutsche Evangelische Kirchentag. Die ökumenische Zusammenarbeit führte nun aber nicht dazu, daß auf deutscher Seite mit einem Schlag gesellschaftspolitische Ideen der westlichen Partner übernommen wurden. Vielmehr ist ein ausgesprochenes Theoriedefizit festzustellen; pragmatisches Handeln mit dem Ziel, der scheinbar orientierungslos gewordenen deutschen Bevölkerung christliche Werte zu vermitteln und den kirchlichen Einfluß in der Öffentlichkeit zu stärken, stand ganz im Vordergrund. Erst im Laufe der Zeit gelangten auf diesem Wege auch westlich-amerikanische Leitbilder nach Deutschland. Sie wurden dort aktiv und freiwillig übernommen, wo sie sich in deutsche Vorstellungen, die weiterhin vorherrschten, einpassen ließen. Am stärksten war das im ökonomischen Bereich der Fall, in dem der Vorsprung Amerikas für jeden offensichtlich war; am wenigsten auf bildungspolitischem Gebiet, auf dem traditionelles, autoritäres Denken allen egalitären amerikanischen Tendenzen widerstand. Als in den sechziger Jahren die Studentenbewegung ihre Forderungen nach Partizipation und Mitbestimmung erhob, standen die Vertreter des prinzipiell ›westoffenen‹ Protestantismus deshalb auch völlig verständnislos vor diesem gesamtwestlichen Phänomen. Hier stieß die konservative ›Westlichkeit‹ im deutschen Protestantismus an ihre Grenzen.

Insgesamt ist an den skizzierten Beispielen erkennbar, daß die Ausgangslage für eine Verwestlichung der Bundesrepublik in den frühen fünfziger Jahren keineswegs allzugroßen Optimismus rechtfertigte. Neben kleinen Gruppen, die aus Überzeugung, bewußt und aktiv, auf eine geistig-ideelle Verankerung im Westen hinarbeiteten, gab es eine Fülle von Residualbereichen, in denen traditionell deutsche und konservativ-anti- oder nichtwestliche Werte aus anderen Quellen tradiert wurden. Wie die Träger solcher Einstellungen für den westlich-demokratischen Grundkonsens der Bundesrepublik gewonnen werden konnten, ob sie nicht vielmehr ihre Wertekategorien unter dem Deckmantel dieses Konsenses konservierten und wie erfolgreich die Protagonisten westlicher Werte und Einstellungen letztendlich waren,

⁸⁶ Zu den verschiedenen theologischen und kirchenpolitischen Konzepten, wie die Kirche ihren Öffentlichkeitsauftrag wahrzunehmen habe, vgl. Martin GRESCHAT, *Kirche und Öffentlichkeit in der deutschen Nachkriegszeit (1945-1949)*, in: *Kirchen in der Nachkriegszeit. Vier zeitgeschichtliche Beiträge*, Göttingen 1979, S. 100-124.

muß in wissenschaftlichen Einzelstudien genauer untersucht werden.⁸⁷ Hier öffnet sich ein weites Feld für künftige zeitgeschichtliche Untersuchungen zum kultur- und geistesgeschichtlichen Profil der bundesdeutschen Gesellschaft.

⁸⁷ Anfänge dazu wurden am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen mit dem einleitend erwähnten Forschungsprojekt »Westernization« gemacht. So sind Studien zum Kongress für kulturelle Freiheit, zur Führungsriege des Springer-Konzerns, zu einem konservativen Elitenzirkel der Evangelische Kirche sowie zur Rolle von Remigranten in der SPD und den Gewerkschaften zur Zeit in Arbeit oder kurz vor dem Abschluß.

Katholizismus – pluralistische Gesellschaft – Christliche Demokratie. Entwicklungslinien in Deutschland und Frankreich

Von Winfried Becker

Zur Verdeutlichung der zu behandelnden Problemfelder sei eine kurze Vorbemerkung vorausgeschickt. Sie enthält zwei mehr oder weniger gängige Einwände gegen die Zuordnung von Katholizismus und Pluralismus, wie sie das Thema vorgibt. Erstens: Angesichts der in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachtenden kulturellen Wandlungen und des vielfach angemahnten Eintritts in eine multikulturelle Gesellschaft scheint der herkömmliche Kulturfaktor Kirche reduziert, seiner gleichsam historisch legitimierte, herausragende Stellung beraubt zu sein. Darüber hinaus scheinen die Einheit der katholischen Kirche, die frühere Geschlossenheit der katholischen Lebensform und ihres Milieus, soweit überhaupt noch vorhanden und nicht weggebrochen oder eingeschmolzen, in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu zeitgemäß definierten Prinzipien der Liberalität und Toleranz zu geraten, die von einer absoluten Gleichrangigkeit der Kulturen, Lebensformen und Mentalitäten ausgehen. Diese Gleichwertigkeit wird begründet mit der normativ nicht mehr hinterfragbaren Dignität der Einzelentscheidung von Individuen und von ad hoc mit Letztverantwortlichkeit ausgestatteten Gruppen. Die Proklamation multikultureller Selbstverwirklichung enthält, so verstanden, bohrende Anfragen auch an den Kern und die Grundsubstanz des Glaubens. Zum Abschied vom »eindimensionalen kulturellen Weltbild als Norm des Glaubens« wird aufgefordert, zur Praktizierung eines »kulturellen, theologischen Pluralismus«, die allein zum »lernbereiten Dialog« im Rahmen einer geradezu abrufbaren friedlichen und »gewaltfreien Weltkultur« qualifiziere.¹ Der besondere Charakter der katholischen Konfession, ja des Christentums überhaupt, relativiert sich unter der pluralistischen Perspektive der Öffnung zu benachbarten Weltreligionen. Unter dem entgrenzenden Blickwinkel eines multikulturell verstandenen Pluralismus erscheint es als plausibel, wenn nicht als unabweisbar, sich definitiv von einem unitarisch-hierarchisch vorgegebenen Normenkodex zu verabschieden und das herkömmliche Konfessionsverständnis auf einen weitgefaßten Ökumenismus hin zu überschreiten, etwa die Gemeinsamkeiten der »Abrahamsreligionen«

¹ Bernhard HÄRING, zit. nach Michael KLÖCKER, *Katholisch – von der Wiege bis zur Bahre. Eine Lebensmacht im Zerfall?*, München 1991, S. 33-36.

Judentum – Christentum – Islam aufzusuchen. Erst so könne der unbefriedigende Antagonismus von katholischer Kirche und pluralistischer Gesellschaft endgültig überwunden werden, paßten sich Theologie und Kirche dem unaufhaltsam ablaufenden multikulturellen Pluralisierungsprozeß ein.

Anstelle dieses progressiven läßt sich ein zweiter, eher traditionelle Grundlagen in Rechnung stellender Einwand gegen die Vereinbarkeit von Pluralismus und Katholizismus formulieren. Etwa im Blick auf die erst 1963 offiziell aufgegebenen Reserve des Hl. Stuhls gegenüber säkular definierten Grund- und Menschenrechten² könnte man behaupten, daß das Prinzip des Pluralismus sich zwar für Staat und Gesellschaft eigne, nicht aber für die »societas perfecta« der Kirche. Diese sei dazu verpflichtet, die Unabhängigkeit und Einheit ihrer Verkündigung zu suchen, zu wahren und festzuhalten. Diese Ansicht läßt sich mit guten Gründen, besonders von theologischem Standpunkt aus, vertreten. Angesichts heutiger Debatten provoziert sie aber fast den Einwand, daß die katholische Kirche die demokratischen Menschenrechte neuerdings für die Gesellschaft zwar akzeptiere oder gar fordere, daß sie diese aber in ihr selber nicht unumschränkt gelten lasse. Die Kirche erschiene dann aus einer solchen Perspektive als unzeitgemäß geschlossene Gemeinschaft in einer offenen Gesellschaft. Diese Sichtweise besaß Vorläufer im kulturprotestantischen Denken des 19. Jahrhunderts, wo die hierarchische, römische, mittelalterlich geschlossene Priesterkirche als ein unzeitgemäßes Relikt inmitten der »modernen«, einem aufgeklärten Individualismus verpflichteten nationalen oder universalen Kultur aufgefaßt werden konnte. In einer heute sehr veränderten Situation wird ebenfalls die vermeintliche Rückständigkeit der katholischen Kirche und vieler ihrer Anhänger gegenüber den Errungenschaften der modernen, pluralistischen Gesellschaft konstatiert. Daraus wird gefolgert, daß die Kirche sich selbst innerlich wandeln, pluralisieren müsse, um den Anschluß an die moderne, auf das Individualitäts- und Pluralitätsprinzip gegründete moderne Zeit nicht zu verpassen. Diese zweite These ist also geeignet, zur ersten, zur »aggiornamento-These« der multikulturellen Entgrenzung, direkt überzuleiten.

1. Der Dualismus von Staat und Kirche als freiheitliches Verfassungsprinzip europäischer Geschichte

In der Tat befindet und befand sich die katholische Kirche – wie andere christliche Kirchen auch – immer in einem gewissen Spannungsverhältnis zu

² *Pacem in terris* (1963). Jean IMBERT, *Repères historiques*, in: Pierre COLIN (Hrsg.), *Les catholiques français et l'héritage de 1789. D'un centenaire à l'autre 1689-1989. Actes du colloque de l'Institut catholique de Paris, Paris 9-11 mars 1989*, Paris 1989, S. 251 f.

der sie umgebenden, anders gearteten Welt und Gesellschaft. Ein Gegensatz zwischen der die eigene Identität wahrenden Dogmatik und Verfassung der christlichen Kirchen und gewissen Eigengesetzlichkeiten unterschiedlicher Kulturkreise und Gesellschaften, auch der säkularisierten Gesellschaft, kann sogar als notwendig und unaufhebbar angesehen werden. Das Einnehmen von eigenen Standpunkten und Positionen bildet erst die Voraussetzung für die Entfaltung einer pluralistischen Staats- und Gesellschaftsverfassung, wie in Analogie zum Parteien- und Gruppenpluralismus behauptet werden kann. Die unduldsam betriebene Auflösung dieses Spannungsverhältnisses zwischen Kirche und Gesellschaft, Kirche und Welt würde vermutlich, wie ein Blick in die Geschichte lehren mag, zu totalitären oder diktatorischen Phänomenen führen: zum angeblichen Gottesstaat des Täuferreiches oder zur Unterwerfung der Kirchen unter die säkulare Natur- oder Vernunftreligion des revolutionären Staates. So wäre durchaus in Zukunft auch die Diktatur der stärksten, sprich der kämpferischsten oder der am meisten intransigenten Kräfte in einer multikulturellen Gesellschaft leicht denkbar. Beziehen wir einen der demokratischen Staatsauffassung entsprechenden Standpunkt der Interdependenz, so läßt sich zeigen, daß die mehr oder minder angefochtene Existenz der Kirche in einer pluralen Welt eine Selbstverständlichkeit bedeutet, mehr noch: Die produktive Spannung zwischen katholischer oder christlicher Identität und staatlich-gesellschaftlicher Pluralität ist als eine der großen Errungenschaften der europäischen Geschichte und des vom Christentum beeinflussten Kulturkreises zu werten.

Beginnend unter den Karolingern, vollzog sich im deutschen Reich des Mittelalters die grundlegende Entwicklung zum Dualismus zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt. Sie begann damit, daß die fränkischen Könige dem Papst ihren Schutz angedeihen ließen, ohne ihn in seiner Lehrgewalt anzutasten. Später wurden die Bischöfe und Äbte mit Besitz und weltlichen Gerechtsamen dotiert. Andererseits besann sich das Reformpapsttum auf die Unverfügbarkeit des geistlichen Amtes. In den Fürstenkonkordaten von 1447/48 erhielten die deutschen Territorialherren (Besetzungs-)Rechte über kirchliche Stellen und zogen somit kirchliche Belange in die staatliche Rechtssphäre. Trotz der Trennung von Spiritualien und Temporalien im Wormser Konkordat von 1122 blieb die Verflechtung beider Bereiche praktisch erhalten, sogar über das Zeitalter der Glaubensspaltung hinaus, das im konfessionsgebundenen Staat neue Formen einer engen Verbindung von Kirche und Staat entwickelte.

Zu Ansätzen des Pluralismus gelangte allerdings das Heilige Römische Reich deutscher Nation gerade aufgrund der schweren Kämpfe und Wirren des konfessionellen Zeitalters. Sie zeigten sich in den Regelungen, die auf Reichsebene, zwischen den Reichsständen, über das Zusammenleben der Konfessionen getroffen wurden. Der Augsburger Religionsfriede von

1555 erließ das Verbot, Krieg, Fehde oder sonstiges gewalttätiges Vorgehen als Mittel zu wählen, um die Einheit der Religion wiederherzustellen. Die Reichsacht gegen die Glaubensabtrünnigen wurde abgelöst durch die Einbeziehung des Luthertums in den Land- und Religionsfrieden. Etwa hundert Jahre später erkannte der Westfälische Friede die drei Konfessionen im Reich an und beendete damit die Dynamik der Veränderung, die sich aus dem Zugeständnis des »ius reformandi« an die Reichsstände ergeben hatte. Die Konfessionsgrenzen wurden im Prinzip auf dem Status quo des Normaljahres von 1624 eingefroren. Der epochemachende Kompromiß des Westfälischen Friedens, den erstmals auch auswärtige europäische Mächte garantierten, kam nicht nur den Landesherrn, sondern auch manchen Gruppen von Mediat-Untertanen und den Stadtbürgern zugute. Ihm lag eine modern zu nennende Einsicht zugrunde: den Geltungsbereich der religiösen Wahrheit von den Verpflichtungen zu unterscheiden, welche die rechtliche Ordnung und die staatliche Gemeinschaft auferlegten. Dies geschah noch nicht in theoretischer Form, sondern praktisch und notgedrungen in der gegenseitigen Zubilligung von Rechten, einschließlich des Rechts auf die Bewahrung der zu einem bestimmten Zeitpunkt gewählten bzw. geltenden Konfession. Die Duldung der verschiedenen Konfessionen war an die ständische Friedens- und Rechtsgemeinschaft gebunden. Die damit gegebene, zeitspezifische und begrenzte Pluralität erwies sich als positive Begleiterscheinung der im historischen Rückblick häufig kritisierten (Teil-) Autonomie und Partikularität territorialer Herrschaftsträger, welche dem Niedergang der Königsgewalt abgerungen worden war. Auf Reichsebene galt in Religionsfragen nicht mehr die Mehrheitsentscheidung. Vielmehr diente zur Beilegung konfessioneller Streitigkeiten die »itio in partes«, die gütliche Verhandlung und Vereinbarung zwischen den Religionsparteien auf der Basis der Parität. Zur Beilegung der immer wieder ausbrechenden Zwistigkeiten über das »exercitium religionis« wurden eigene Verhandlungspartner, die aus allen drei Reichsständen (Kurfürsten, Fürsten, Städte) zusammengesetzt wurden, geschaffen: die konfessionellen Corpora. Das Corpus evangelicorum vertrat die protestantischen, das Corpus catholicorum die katholischen Reichsstände. Die Berufung auf das Recht der uneingeschränkten Religionsausübung in fremdkonfessioneller Umgebung rief eine egalisierende Tendenz innerhalb der hierarchisch-korporativen Schichtung von Fürsten, Rittern, Grafen und Herren, von Städten und Landesuntertanen hervor. Denn am Reichstag in Regensburg wurden nicht nur Streitigkeiten zwischen unbedeutenden und mächtigen Reichsständen ausgetragen, etwa Reichsabtei Werden gegen Kurbrandenburg oder Stift Hildesheim gegen Braunschweig-Celle. Vielmehr konnten auch Untertanen gegen ihre Landesherrn klagen, wobei die Remonstranzen gegen kleine Hoheitsträger sich erfolgversprechender angelassen zu haben scheinen als die gegen große Territorialstaaten: So

beschwerten sich z.B. Untertanen von Kurpfalz und Brandenburg-Ansbach gegen ihre Territorialherren. Auch die Stifte Trier, Speyer, Kempten, das Erzherzogtum Österreich, die Herzogtümer Hannover und Braunschweig sowie die Reichsstadt Köln hatten mit Konfessionsbeschwerden ihrer Landeskinder oder Bürger zu kämpfen.³

In ihrem geistlich-weltlichen Doppelcharakter vom Vernunftrecht der Aufklärung angegriffen, wahrte die adlige Reichskirche, die allerdings von den Herrscherhäusern der Wittelsbacher und Habsburger gestützt wurde, den katholischen Konfessionsstand im Reich bis zum Umbruch von 1803.⁴ Den Übergang zum expansiven Machtstaat des Absolutismus hatten die Hoch- und Erzstifte allerdings nicht mitvollziehen können. Sie entfalteten dieser Entwicklung gegenüber eine retardierende, aufs Ganze gesehen humanisierende Funktion. Sie halfen, die Polarisierung zwischen der überlieferten Religion und dem rationalistischen Antiklerikalismus, der für das revolutionäre Frankreich so kennzeichnend werden sollte, in Grenzen zu halten. Sie sorgten für kulturelle Vielfalt in Deutschland. Auch sie öffneten sich der Aufklärung, die hier wie andernorts den in der Alten Welt üblichen Drangsalierungen, greifbar in den Hexenprozessen, in Folter, Vertreibung und bitterem Exulantenschicksal, immer mehr die Grundlagen entzog. Aber ihnen gelang etwas vielleicht noch Bemerkenswerteres. Sie schufen ein Klima dafür, daß sich Vernunft und Rationalität in gelehrter Betätigung entfalten konnten, ohne daß dies zum unüberwindlichen Glaubenszweifel führte. Dafür mag der Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz als Beispiel stehen.

2. Alternative zur Französischen Revolution: Joseph Görres

Die durch die Französische Revolution ausgelösten Erschütterungen Europas beraubten die Kirchen ihrer engen Verbindung mit den Staaten und Dynastien. Dies galt für Italien, wo die napoleonischen Staatsgebilde dem Kirchenstaat fürs erste den Garaus machten; es galt für Frankreich, wo das Königtum von Gottes Gnaden gewaltsam beseitigt wurde. In Deutschland verlor die katholische Kirche ihren halbstaatlichen Charakter in der großen Säkularisation. Sie geriet aber ähnlich wie in Frankreich und Italien auch in geistliche Bedrängnis, ausgelöst durch die Aufhebung oder Verwaisung

3 [Christian Leonhard LEUCHT], *Des Heiligen Römischen Reichs-Staats Acta vom ietzigen XVII. seculo sich anfehnd ...* Tom. 1-5, Frankfurt a.M., Leipzig 1715-1722 (mit reichhaltigem, unausgewertetem Material); vgl. zu den hier entwickelten Gedanken Winfried BECKER, *Pluralismus. Historische Wurzeln*, in: *zur debatte* 23/3, Mai/Juni 1993, S. 1 f.

4 Heribert RAAB, *Reich und Kirche in der frühen Neuzeit. Jansenismus, kirchliche Reunionsversuche, Reichskirche im 18. Jahrhundert, Säkularisation, Kirchengeschichte im Schlagwort. Ausgewählte Aufsätze*, Freiburg/Schweiz 1989.

vieler Bistümer, die kirchenpolitischen Eingriffe der im Rheinbund und Deutschen Bund gestärkten Territorialstaaten, durch die Probleme der Seelsorge, der Bildung und angemessenen Vertretung jener katholischen Bevölkerungsteile, die durch die staatlichen Umwälzungen fremdkonfessionellen Obrigkeiten unterstellt worden waren. Die deutschen Katholiken verloren weitgehend ihren staatlichen Rückhalt. Sie waren deswegen umso eher bereit, sich der geistlichen Leitungsgewalt des Hl. Stuhls zu unterstellen, »ultramontan« zu werden. Um sich aber im Staat mit ihren berechtigten Anliegen zur Geltung zu bringen, benötigten sie eine parlamentarische und publizistische Vertretung. Indem sich diese Bestrebungen den allgemeinen liberalen Tendenzen einordneten, schlug schon vor 1848 in Köln, Mainz und München die Geburtsstunde des politischen Katholizismus. Die rechtlich nicht begründete Gefangensetzung des Kölner Erzbischofs Clemens August Droste zu Vischering, Joseph Görres' Protest aus München (»Athanasius«) und der ebenfalls publizistisch tätige Kreis um das ultramontane Mainzer Priesterseminar riefen Resonanz und Solidarität in der Bevölkerung hervor.

Wenn wir die geistigen Hintergründe dieser komplexen Vorgänge zu erfassen suchen, müssen wir Görres' Auseinandersetzung mit dem Epochenereignis der Revolution, mit der »Zeitenwende«, beachten. Die Revolution hatte mit der nationalistischen zugleich eine global-menschheitliche Mission beansprucht. Universell ansetzend, zugleich geschichtlich denkend, suchte Görres den Standort des infolge der Restauration vorläufig beruhigten Europa im Weltganzen zu bestimmen. In Nordamerika und Asien sieht er extreme, freilich einander entgegengesetzte Bestrebungen und Prägungen am Werk. Der nordamerikanische Freistaat verkörpert für ihn das Prinzip der »Autonomie«.⁵ Von der Gemeinde steige induktiv die Willensbildung zum zentralen Punkt empor und bediene sich des Majoritätsprinzips. Sie sei dem beständigen Wechsel und dem zuweilen anarchisch-demagogische Züge annehmenden Kampf zwischen Majorität und Minorität ausgeliefert. Das Gegenprinzip des »Fatalism«, der zur Despotie geneigten Herrschaft einer aristokratisch-monarchischen »Minorität«, die alles von oben nach unten gemäß der »Deduction« bestimme, kennzeichnet nach Görres das asiatische Staatsmodell. Trotz des äußeren Gegensatzes würden sich die Extreme berühren. Der beiden gemeinsame Charakter der Übertreibung setze sie den Wechselbädern der »Überschnellung und Erstarrung« aus. So könne die Starrheit des asiatischen Prinzips rasch in die unkontrollierbare Abfolge anarchischer Revolten und die krampfhaftige Dauerspannung des

⁵ Joseph GÖRRES, *Weltlage* (1838), in: DERS., *Aufsätze in den Historisch-politischen Blättern*, Teil 1, 1838-1845, hg. v. Götz von PÖLNITZ (= J. GÖRRES, *Gesammelte Schriften*, Bd. 16/1), Köln 1936, S. 10, 8-13.

amerikanischen Systems in »Atonie«⁶ umschlagen. Dem zu seiner Zeit noch herrschenden Weltteil Europa hat Görres den Part der Vermittlung zwischen diesen Extremen zugebracht. Auf Europa passe folglich das gemäßigte, das »constitutionelle« Prinzip.⁷ Dieses verbinde die Einheit der Monarchie ausgleichend mit den demokratischen Organen der »Selbstbestimmung«.

Da Europa selbst ein Spielball der Revolutionen geworden war, waren diese Ausführungen nur bedingt als Beschreibung von Realität zu werten. Aber gerade weil Görres, um Analogien zum Naturgeschehen bemüht, gewissermaßen ein Ideal, ein Wunschbild entwarf, wurden Umriss seiner wichtigsten Anforderungen an Staat und Gesellschaft deutlich. Görres bekennt sich zum Stabilitätsprinzip, während er die auch in Europa und Südamerika zu beobachtende Instabilität der unkontrollierbaren Abfolge von Revolution und Reaktion verwirft. Er wendet sich offenbar gegen die Herrschaft anarchistischer und despotischer Tendenzen im politischen Leben, bevorzugt den Ausgleich zwischen den politischen Kräften. Er verweist auf eine zeitenthobene Wahrheit, die mitten in dem Ringen zwischen alter und neuer Ordnung Beachtung beanspruchen könne, das Christentum. Die Ordnung des revolutionären Zeitalters mag das Christentum nur als eine »Sache der vereinzelt Persönlichkeit« ansehen, »untauglich, so auch entbehrlich zur Begründung einer gesellschaftlichen Ordnung ins Große, Bleibende und Gesicherte hinaus«.⁸ Nach Görres' Meinung soll aber das Christentum ein Vermächtnis der »alten Ordnung« für die »neuanwachsende« bilden. Es eignet sich dafür zumal in seiner für Europa charakteristischen, mit dem Römertum und Germanentum amalgamierten Form. Görres vermeidet es, diese für ein ausgeglichenes Staatswesen erforderliche Mitgift nur durch historische Untersuchung zu legitimieren oder sie bloß mittels einer antirevolutionär-organischen Denkfigur einzuführen; er verweist auf die Realität der Gegenwart: Sind es doch ganze Völker, von denen die jüngste Revolutionsgeschichte zu berichten weiß, die sich zu Anwälten christlicher Denkart aufschwangen, so die »Bretonen, Vendeer«, die katholischen Kantone der Schweiz, die Tiroler, überhaupt die »Bergländer«, die »am meisten von der Freiheit zu sagen und am besten in ihr zu handeln wissen«.⁹

Den soziologisch auszumachenden Träger christlicher Gesinnung trifft Görres viel eher im Volk als in den Fürsten an. Sein kritischer, universalhistorischer Blick sieht das Ende der verantwortungslosen Fürsteherrschaft nach deren Versagen in der vorrevolutionären Zeit gekommen. Die Wehrfreiheit, die Rede- und Gedankenfreiheit, Geschworenengerichte, den

6 EBD. S. 13.

7 EBD. S. 16.

8 EBD. S. 19 ff.

9 EBD. S. 18 f.

billigen Verdienst, die freie Zustimmung zu selbstgegebenen Gesetzen – all dies können die Völker als ihnen zustehende Rechte selbstbewußt fordern (1819).¹⁰ An die Könige und Fürsten, den Adel, die Minister und Höflinge richtet der Publizist mahnende Worte. Doch er verfällt keineswegs einer Mythisierung des Volkes, wie seine Warnung vor dem gottfernen Radikalismus der Masse zeigt, für die der Ruf nach der Freigabe des Barrabas, in der Leidensgeschichte Jesu, das biblische Menetekel geworden ist.¹¹ Gemeint ist jenes Volk, in dem das Gefühl der Notwendigkeit der Leitung durch »eine höhere übergreifende Macht aufgegangen« ist,¹² das an die Macht des Geistes glaubt, das zur »Bürgertugend«, zur »Gesetzlichkeit« und zur »bürgerlichen Ordnung« – trotz deren Unvollkommenheit – steht.¹³ Die Konfession und der Glaube der Menschen verleihen der Selbstbestimmung des Volkes ihre tiefere Berechtigung. Die Zubilligung der Gewissensfreiheit und der paritätischen Behandlung der Katholiken, die der Staat Preußen seinen Bürgern verweigert,¹⁴ prangen als wichtigste Insignien auf dem neuen Palladium der Volksfreiheit. Von daher rückt Görres die Herbeiführung des konfessionellen Friedens gleichberechtigt neben die Schaffung der »Nationaleinheit«. Die Freiheit der Kirche und ihrer Gläubigen darf nicht vom Staat gegängelt werden. Der Friede der Welt hängt an der Anerkennung des Unterschiedes zwischen Staat und Kirche, aber auch an der »Versöhnung desselben in einer höheren Ordnung der Dinge zu gemeinsamem Gedeihen«.¹⁵

Letzten Endes konfrontiert Görres die abstrakten Errungenschaften und Menschheitsideale des ersten revolutionären Zeitalters der europäischen Geschichte mit seinem theonom ausgerichteten Staatsbegriff. Der revolutionären Emanzipation des Volkes, die schließlich in die Oligarchie des Direktoriums und das Kaisertum Napoleons einmündete, setzt Görres eine Vorstellung von christlicher Demokratie, wenn auch nicht Republik, entgegen. Die Freiheit der Völker und der Staaten wird umfassender als bei den Vernunftrepublikanern, unter Einbeziehung der christlichen Transzendenz, interpretiert. Das Spannungsfeld zwischen Volks-Kirche und Fürsten-Staat

10 Joseph GÖRRES, *Teutschland und die Revolution*, in: DERS., *Politische Schriften (1817-1822)*, hg. v. Günther WOHLERS (= J. GÖRRES, *Gesammelte Schriften*, Bd. 13), Köln 1929, S. 138 ff.

11 DERS., *Die Moral aus den Vorgängen in der Schweiz*, in: DERS., *Aufsätze in den Historisch-politischen Blättern*, Teil 1, 1838-1845 (wie Anm. 5), S. 221.

12 DERS., *Kirche und Staat nach der neuesten Schrift des Erzbischofs von Cöln, Clemens August Freiherrn Droste zu Vischering*, ebd., S. 160 f.

13 DERS., *Teutschland und die Revolution* (wie Anm. 10), S. 138, 141 f.

14 DERS., *König Friedrich Wilhelm III. und sein Nachfolger*, in: DERS., *Aufsätze in den Historisch-politischen Blättern*, Teil 1, 1838-1845 (wie Anm. 5), S. 96.

15 DERS., *Kirche und Staat nach der neuesten Schrift des Erzbischofs von Cöln* (wie Anm. 12), S. 161.

liefert die Maßstäbe, die es erlauben, die kirchen- und allgemeinpolitischen Kompetenzen staatlicher Stellen, soweit sie auf Verweigerung des konfessionellen Selbstbestimmungsrechts und Ablehnung eines höheren Gesetzes hinauslaufen, als Idolatrie und Omnipotenzlehre des Staates zu bezeichnen. Erst wenn die isolierte Betrachtung des Staates überschritten, wenn der Mensch als Ganzes, auch als gläubiges Wesen, in den Blick genommen wird, werden die eigentlichen Freiheits- und Gestaltungsräume politisch-gesellschaftlichen Verhaltens sichtbar. Görres gelangt zu axiomatischen Aussagen über ein am Gemeinwohl orientiertes, konstitutionelles, gemäßigtes, stabiles Staatswesen der Mitte.¹⁶ Trotz der antirevolutionären Ausgangspunkte des späten Görres birgt die Betonung der Entscheidungs- und Gewissensfreiheit des Volkes, zuletzt des einzelnen Menschen, eine latente Bestreitung von Fürstenwillkür und Standesvorrechten.

3. Katholizismus in Frankreich

Der französische Katholizismus entwickelte einen faszinierenden intellektuellen Reichtum, aber eine vergleichsweise geringe politische Repräsentanz. Auf unauffällige, doch nachdrückliche Weise wirkte er dennoch in der französischen Gesellschaft. Der polarisierenden Sprengwirkung des Gegensatzes von Revolution und Gegenrevolution ausgesetzt, fand sich die entstehende katholische Bewegung wegen der Kirchenfeindlichkeit der Revolution zunächst an die Seite der gegenrevolutionär-konservativen Kräfte versetzt. Als ihre ersten konservativen Anwälte werden gerne die Staatstheoretiker Joseph Marie de Maistre und Louis Gabriel Ambroise de Bonald genannt. In ihren Ideen hat Waldemar Gurian¹⁷ die konservative Entsprechung zu Rousseaus aufgeklärtem Konstrukt eines allumfassenden Gesellschaftsvertrags gesehen. Doch der monarchistisch gesinnte de Maistre verstand die von ihm hochgeschätzte Autorität des Papstes auch als Einschränkung der nach der revolutionären Lehre unbegrenzten Staatsgewalt. Den totalen Anspruch der aufgeklärten Vernunft bestritt der junge Félicité de Lamennais kühn mit der Vorstellung eines alle Erkenntnis erst fundierenden allgemeinen Glaubens, der sich im »sens commun« oder in der »raison générale« offenbarenden »vérité absolue«.¹⁸ Ein »traditionalistischer Fideismus« wurde gegen den Rationalismus ausgespielt, der Gegensatz zwischen der Autorität

16 DERS., *Teutschland und die Revolution* (wie Anm. 10), S. 142; DERS., *Joseph Freiherr von Giovanelli. Bruchstücke zur Geschichte und Charakteristik Tirols*, in: DERS., *Aufsätze in den Historisch-politischen Blättern*, Teil 2, 1845-1848, hg. v. Götz von PÖLNITZ, Köln 1939, S. 221.

17 *Die politischen und sozialen Ideen des französischen Katholizismus 1789/1914*, München-Gladbach 1929, S. 60-62.

18 Gerhard VALERIUS, *Deutscher Katholizismus und Lamennais. Die Auseinandersetzung in der katholischen Publizistik 1817-1854*, Mainz 1983, S. 14-16.

(der Religion) und der Revolution so theologisch unterbaut. Mit gleicher Entschiedenheit hat Lamennais bald darauf die Demokratie als das allein zukunftsweisende Prinzip auch für die Kirche reklamiert. Seine Freiheitsidee hat Papst Gregor XVI. als untragbares Zugeständnis an den kirchen- und autoritätsfeindlichen revolutionären Liberalismus gedeutet und folglich lehramtlich verworfen. Obwohl es als nicht zulässig erschien, die universale Kirche auf eine bestimmte Staatsform festzulegen, war das Handeln der Kurie damals entscheidend von der Ablehnung der negativen Seiten des Liberalismus bestimmt, die im Syllabus errorum Papst Pius' IX. von 1864¹⁹ gipfeln sollte.

Lamennais hat das Tor zum sogenannten liberalen Katholizismus in Frankreich aufgestoßen. Er war der Meinung, daß »im Liberalismus etwas zu Beständiges und zu Allgemeines zu beobachten« sei, »als daß der Irrtum sein einziges Prinzip sein könnte«. Dieses sah er in dem »Empfinden, das überall, wo das Christentum regiert, einen Teil der Bevölkerung im Namen der Freiheit aufstehen läßt,« ... »ein gerechtes und wahres Empfinden, das identisch ist mit der Unfähigkeit eines jeden christlichen Volkes, ein Zwangsregime oder das Joch einer rein menschlichen Macht zu ertragen.«²⁰ Den Gedanken des Widerstandsrechts gegen eine ungerechte Herrschaft hat 1831 die Mainzer Zeitschrift »Der Katholik« von Lamennais rezipiert.²¹ Konkret leitete Lamennais aus seinem Liberalismus-Verständnis die Forderungen nach der Freiheit der Kirche, nach Religions- und Gewissensfreiheit, nach Unterrichts-, Presse- und Vereinigungsfreiheit ab.²² Lamennais' Schüler, vor allem der Graf Charles de Montalembert, zogen daraus praktische Konsequenzen. Die Distanzierung des »liberalen Katholizismus« vom Restaurations- und Bürgerkönigtum und von einem neuen Bund von Thron und Altar reflektierte eine allgemeinere Tendenz in Europa. Diese trat etwa auch in den antijosephinischen Bestrebungen der österreichischen Bischöfe während der Revolution von 1848 hervor. Allerdings schwingen sich die Österreicher und die Deutschen nicht zu Lamennais' radikaler Konsequenz einer Trennung von Kirche und Staat (»freie Kirche im freien Staat«) auf, wie auch diese Formel unter den französischen Katholiken umstritten blieb. Angesichts der Verfassungssituation im Deutschen Bund boten die katholisch regierten Staaten den Katholiken immer noch eine

19 Vom 8.12.1864. Druck: Ernst Rudolf HUBER, Wolfgang HUBER, *Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts*, Bd. 2, Berlin 1976, S. 400-407 (über Staat und Kirche insbes. § V u. VI).

20 *Des progrès de la révolution et de la guerre contre l'église*, 1829. Zit. nach VALERIUS (wie Anm. 18), S. 17 f.

21 VALERIUS (wie Anm. 18), S. 201.

22 EBD. S. 19. Vgl. Ross William COLLINS, *Catholicism and the Second French Republic 1848-1852*, New York 1980, S. 41 ff., 59 f.

Stütze gegenüber den protestantischen Fürstentümern. Die Ausbreitung des katholischen Vereinswesens und der Assoziationen, 1833/35 gründete Frédéric Ozanam die Vinzenzvereine, schien der optimistischen Einstellung zum Trennungsgedanken für Frankreich zeitweise rechtzugeben.

Wie allerdings ein religions- und kirchenfeindlicher Staat sich der gesetzlichen Trennung zum Nachteil für die Kirche und ihre Gläubigen bedienen konnte, zeigt die Geschichte der Dritten Republik. Die Säkularisierung des Schulwesens, besonders der Primarschulen, entzog mit Absicht den lehrenden Orden die Grundlage. Das Trennungsgesetz überließ den kirchlichen Organisationen nur die Nutznießung des nun vom Staat übernommenen kirchlichen Vermögens. Die hergebrachte Pfarrstruktur sollte durch die Einrichtung von »associations culturelles« der Laien ersetzt werden. Der Staat zahlte den Geistlichen, abgesehen von einer Besitzstandswahrung für die 1905 im Amt stehenden Priester, keine Gehälter und Pensionen mehr.²³ Schon vorher hatten Jules Ferrys Unterrichtsgesetzgebung und der 1877 einsetzende Linkstrend der Republik die Katholiken im konservativ-royalistischen Lager festgehalten. Zwischen dem Traditionalismus und dem Faschismus ist Charles Maurras' identitätsstiftendes Konstrukt einer engen Gemeinschaft zwischen der katholischen Kirche und der französischen Nation anzusiedeln.²⁴ Wenn Maurras glaubte, erst ein solcher Bund könne Frankreichs Größe sichern, verkannte er trotz mancher berechtigter Kritik an Fehlentwicklungen des Republikanismus dessen aufsteigende Tendenz, die auch durch die Dreyfus-Affäre Bestätigung gefunden hatte. Papst Leo XIII. Aufruf zum Ralliement löste zwar die Katholiken vom unfruchtbaren Verharren in der monarchistisch inspirierten Systemkritik, förderte aber die Spaltung des französischen Katholizismus zutage. Liberale Orléanisten vom Schlage d'Haussonvilles bestritten dem Papst das Recht zur politischen Weisung an die Katholiken, die Aussöhnung mit der Republik anzustreben. Von den sogenannten Intransigenten und Ultramontanen waren aber viele bereit, den von Leo XIII. 1892 erneut gewiesenen Kurs einzuschlagen: in Einigkeit und mit legalen Mitteln den Mißbrauch der Gesetzgebung für antikirchliche Zwecke zu verhindern.²⁵ Trotz ihres parteipolitisch und sozial zukunftsverheißenden Ansatzes blieben die zweite »démocratie chrétienne«

23 Jean-Marie MAYEUR, *La séparation des églises et de l'état*, Paris 1991.

24 Die römische Kirche stehe als die vorrevolutionäre Kirche der Zivilisation, der Ordnung und Moral, die römisch-griechische Zivilisation und das »authentische Frankreich« manifestierend, gegen den Barbarismus. Oscar L. ARNAL, *Ambivalent Alliance. The Catholic Church and the Action Française 1899-1939*, Pittsburgh/Pa. 1985, S. 19 f.; Winfried BECKER, *Ch. M. Ph. Maurras*, in: *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon*, hg. v. Traugott BAUTZ, Bd. 5, Herzberg 1993, Sp. 1063-1071 (Lit.).

25 Au milieu des sollicitudes, 20.2.1892. Jean-Marie MAYEUR, *Les débuts de la IIIe République 1871-1898*, Paris 1973, S. 201 f.

mit den Abbés Gayraud und Lemire (seit 1890) sowie Marc Sangniers Sillon-Bewegung (seit 1910) im politischen Leben Frankreichs zunächst ohne größere Gestaltungschance.

Dies änderte sich auch in der Zwischenkriegszeit nicht wesentlich. Der Parti démocrate populaire (1924-1940), der die inkohärenten vorangegangenen katholischen Gruppierungen umfaßte, war nicht einmal in allen Regionen Frankreichs vertreten.²⁶ Doch strahlte der (unpolitische) *Renouveau catholique* mit Paul Claudel, Francis Jammes, François Mauriac, Jacques Maritain und Emmanuel Mounier nach Deutschland aus.²⁷ Staatstragende Kräfte der ausgehenden Dritten Republik wurden die rechten (zentristischen), die linken Republikaner und die Sozialisten (SFIO). Trotz ihres Übergangs zum Ralliement gewannen die französischen Katholiken in den zwanziger und dreißiger Jahren kein politisches Gewicht. Umso bedeutsamer war die Stellung des französischen Episkopats. Das Schicksal, auf ihre geistliche und institutionelle Existenz mit allen Vor- und Nachteilen zurückverwiesen zu sein, hatte schon die große Revolution der französischen Kirche vorgezeichnet. Von dieser Konstellation ausgehend, hatten deren Erben, der laizistische und zentralistische Republikanismus, die französischen Katholiken immer wieder an die historisch überlebten Mächte des legitimistischen und des liberal-cäsaristischen Monarchismus zu ketten versucht, mit allerdings immer geringerem Erfolg. Aus den regen Diskussionen der dreißiger Jahre über personal oder liberal-säkular aufgefaßte Demokratie entstanden im französischen Katholizismus neue politische und soziale Gruppierungen. Sie sollten in der Vierten Republik in den parteipolitischen Neubeginn des *Mouvement républicain populaire* münden.²⁸ Diese christlich-demokratische Partei konnte sich als gleichwertige Kraft neben dem Gaullismus und den Sozialisten zwar nicht behaupten, beeinflußte aber doch die Entwicklung dieser stärkeren Lager, indem er immer wieder politische Persönlichkeiten an sie abgab.

4. Der politische Katholizismus in Deutschland

Die Entwicklung des deutschen Katholizismus verlief anders, brachte eine eigenständige Größe, einen Faktor *sui generis* des politischen, sozialen und

²⁶ Jean-Claude DELBREIL, *Centrisme et Démocratie chrétienne en France. Le Parti Démocrate Populaire des origines au M.R.P. (1919-1944)*, Paris 1990, S. 71 ff.

²⁷ Karl Heinz BLOCHING, *Die Autoren des literarischen renouveau catholique Frankreichs. Biographisch-bibliographische Skizzen*, Bonn 1966.

²⁸ René RÉMOND, *Les catholiques dans la France des années 30*, Paris 1960 u. 1979, S. 110 ff., 239 f.; Jean-Dominique DURAND, *L'Europe de la Démocratie chrétienne*, Brüssel 1995.

kulturellen Lebens hervor. Dessen immer noch anzutreffende Kennzeichnung als rückwärtsgewandt, autoritätshörig oder zumindest konservativ läßt drei wichtige Sachverhalte außer acht. Der deutsche Katholizismus war eine, freilich konfessionell begrenzte, Volksbewegung. Er entwickelte sich zugleich zu einer parlamentarischen Kraft; aus diesen beiden Gründen war er im 19. Jahrhundert modern zu nennen. Außerdem bewahrte er Abstand von dem sich nach 1871 durchsetzenden liberal-protestantischen Milieu wie von den Sozialdemokraten. Das Zentrum definierte sich nicht interessen- oder machtpolitisch oder soziologisch im Sinne des Erhalts von bestimmten Herrschaftspositionen. Es war aber auch keine revolutionäre Bewegung, sondern maß das Bestehende an Grundsätzen des Rechts, deren Grundlagen wiederum in den religiös fundierten Ideen der Moral gesehen wurden.

Der parlamentarische Zusammenschluß der deutschen Katholiken erfolgte im Jahr 1848. Der Katholische Klub der Frankfurter Paulskirche und die erste in Mainz stattfindende Versammlung der katholischen Vereine Deutschlands waren von volkstümlichen Kräften getragen. Davon zeugten die Petitionsbewegung und die Ausbreitung der Piusvereine in Stadt und Land. Der Ruf nach Freiheit und nach einem Ausgleich der politischen und gesellschaftlichen Gegensätze beherrschte die ersten programmatischen Äußerungen. Mit ihrer Wendung gegen das Staatskirchentum und für grundgesetzlich verbriefte kirchliche Freiheit setzten sich die rheinischen und die aus Preußen kommenden Katholiken gegen die Süddeutschen, besonders die Österreicher, durch.²⁹ Dennoch wurde es nicht leicht, in einer zentralen, von säkular-politischen Kräften dominierten Versammlung kirchenpolitische Mindestforderungen wie die Selbständigkeit der Religionsgesellschaften, die allerdings den Staatsgesetzen unterworfen wurden, und den unter geistlicher Aufsicht zu erteilenden Religionsunterricht durchzusetzen.³⁰

Diese Schwierigkeiten lassen erkennen, daß die Bildung christlicher Parteien in Deutschland durch die föderalistische Verfassungsstruktur erleichtert wurde. Regionale Schwerpunkte katholischer Parteibildung lagen in den rheinisch-westfälischen³¹ und schlesischen Gebietsteilen der preußischen Monarchie, in Bayern, Baden und Hessen. Die Vertreter starker katholischer Minoritäten, aber auch der Volksmehrheit wie in Bayern, formulierten ihre

29 Gönfried MAYER, *Österreich als »katholische Großmacht«*. Ein Traum zwischen Revolution und liberaler Ära, Wien 1989, S. 72-106.

30 Heinz HÜRTE, *Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960*, Mainz 1986, S. 79-108.

31 Winfried BECKER, *Zentrum*, in: Anselm FAUST in Verbindung mit Norbert ANDERNACH und Dieter LÜCK (Hrsg.), *Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon*, Düsseldorf 1993, S. 489-493 (Lit.); weitere Literatur: DERS., *Christliche Parteien und Strömungen im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Forschungsbericht 1986-1994*, in: *Historisches Jahrbuch* 114/II (1994) S. 451-478.

Vorbehalte gegen die bürokratisch-antiklerikal-liberal oder protestantisch-staatskirchlich eingestellten Regierungen. Der Föderalismus und die Achtung des Rechtsstandpunkts sind dann wesentliche Programmpunkte der im Vorfeld der Reichsgründung zusammentretenden Deutschen Zentrums-*partei* geworden. Deren wichtigster Vorläufer, die Katholische Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses, hatte sich 1852 zwecks Vertretung der kirchlichen und politischen Rechte der katholischen Minderheit in Preußen gebildet. Zwanzig Jahre später, als das kleindeutsche Reich geschaffen wurde, versetzten die Ausschaltung Österreichs und die Bildung eines einheitlichen nationalen Staates unter preußischer Vorherrschaft die deutschen Katholiken insgesamt in eine Minoritätssituation. Dennoch wäre es eine verkürzte Sichtweise, die Zentrums*partei* auf eine katholische Interessenvertretung zu reduzieren. Sie hatte von vornherein ein politisches Programm, erstrebte neben der kirchlichen Freiheit die Wahrung der Länder- und überhaupt verfassungsmäßiger Rechte, den Schutz der Familie und des Elternrechts sowie eine ausgeglichene Sozialstruktur der im Übergang zur Industrialisierung begriffenen Gesellschaft. Die Zentrums*partei* stand darum von vornherein dem Beitritt gleichgesinnter Protestanten offen.

Doch abgesehen von einigen protestantischen Hospitanten bei der Reichstags- und bei der preußischen Landtagsfraktion blieb das Zentrum ganz auf den katholischen Volksteil beschränkt. Denn im Hohenzollernreich verschärfen sich die konfessionellen Gegensätze unter dem Einfluß aktueller weltanschaulicher Entwicklungen. Der Nationalliberalismus und die Fortschrittspartei bekennen sich zu einer übersteigerten Staatsidee. Sie schreiben dem modernen, »sittlichen« Staat in Abwandlung der Hegelschen Staatslehre das Monopol der Erziehung der Nation zu. Der nationale, den Kulturfortschritt verkörpernde Staat wurde auf die Emanzipation von der »römischen« Kirche und von deren mittelalterlicher Priesterherrschaft gegründet. Ähnliche Ideen begegneten bei den republikanischen Antiklerikalen in Frankreich. In Deutschland gaben Konservative und Liberale darüber hinaus das Kaiserreich als eigentliche Erfüllung der Reformation, als Errungenschaft des seit der Reformation siegreich vordringenden protestantisch-germanischen Geistes aus. Bismarck und auch der liberale Katholik Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst faßten die auf dem 1. Vatikanischen Konzil definierte päpstliche Unfehlbarkeit in Glaubens- und Sittenfragen als unerträglich, die deutschen Katholiken dem Staat entfremdenden weltlichen Souveränitätsanspruch einer auswärtigen Macht auf. Vor diesem Ideenhintergrund werden die während der siebziger Jahre erlassenen Kulturkampfgesetze verständlich.

Das Zentrum übernahm im Reichstag und in den Landtagen die Verteidigung seiner Wählerschaft und der katholischen Kirche. Die demokratischen Institutionen des Parlaments und der Presse verblieben als einzige Foren, von

denen aus die Angriffe zurückgewiesen werden konnten. Vor allem der Zentrumsparlamentarier Windthorst verknüpfte argumentativ die kirchliche mit der staatsbürgerlichen Freiheit.³² Er forderte die gleichberechtigte Behandlung der Konfessionen, Protestanten, Katholiken und auch Israeliten, auf der Basis des Rechtsstaats. Der Geschichtsklitterung vom providentiellen Sieg des Hohenzollerniums über den Romanismus im Krieg von 1870/71³³ setzte er die Rückbesinnung auf die wahren Traditionen der rechtlich-paritätischen Duldung und Toleranz der Konfessionsparteien im Alten Reich entgegen. Die Monopolstellung des neuen Staates auf den Gebieten des Unterrichts, der Schule, der Kultur suchte er mit der Erläuterung des Subsidiaritätsprinzips zu entkräften. Auch der Staat unterstehe einem höheren Gesetz und müsse dieses in den kirchlichen Institutionen achten.

Der Kulturkampf hat das Selbstverständnis des Zentrums wesentlich geprägt. Doch sein politisches Programm, auch seine nationale Einstellung waren soweit entwickelt, daß es sich in der Niederlage von 1918 zur positiven Mitarbeit an dem republikanischen Staat entschloß, der ihm allein zur Wiederherstellung eines geordneten Gemeinschaftslebens imstande zu sein schien. Das Zentrum war maßgeblich an der Ausarbeitung der religionsrechtlichen Artikel der Weimarer Reichsverfassung beteiligt. Deren Bedeutung erhellt auch daraus, daß sie im wesentlichen vom Parlamentarischen Rat in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland übernommen worden sind. Immer noch auf die katholische Bevölkerung beschränkt, fand das Zentrum nicht genug Wähler, um zu einer prägenden politischen Kraft der Weimarer Republik werden zu können. Während sich die »Verfassungspartei der Instabilitätsrepublik« (R. Morsey) in Koalitionen und Kompromissen verschleiß, während die liberal-bürgerliche Mitte gänzlich ausdünnete, erstarkte der vom nationalen Ressentiment zehrende Nationalsozialismus. Bis zur letzten Minute von manchen Zentrumsabgeordneten, darunter Adenauer, erwogene Versuche, die NSDAP mittels parlamentarischer Zusammenarbeit zu »zähmen«³⁴, blieben angesichts der Gesamtsituation aussichtslos. Teile

32 Margaret Lavinia ANDERSON, *Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks*, Düsseldorf 1988; Winfried BECKER, *Bismarck, Windthorst und der Kulturkampf*, in: Norbert GLATZEL und Eugen KLEINDIENST (Hrsg.), *Die personale Struktur des gesellschaftlichen Lebens*, Berlin 1993, S. 490-509; vgl. den Ausstellungskatalog aus Anlaß des 100. Todestages: *Ludwig Windthorst 1812-1891. Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks*, hg. v. Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 21991; Hans-Georg ASCHOFF, Heinz-Jörg HEINRICH (Hrsg.), *Ludwig Windthorst. Briefe 1834-1880*, Paderborn 1995.

33 Günter BRAKELMANN, *Kirche und Krieg. Der Krieg 1870/71 und die Reichsgründung im Urteil des Protestantismus*, in: DERS., *Kirche in Konflikten ihrer Zeit*, München 1981, insbes. S. 92 ff.

34 Jean de Pange über ein Gespräch vom 4.3.1933 mit Adenauer. Hans-Peter MENSING, »... den Kopf oben halten, sich nicht unterkriegen lassen ...«. *Einige Ergänzungen der biographischen Dokumentation »Adenauer im Dritten Reich«*, in: *Geschichte im Westen* 9/1 (1994) S. 85.

der katholischen Publizistik hatten aus einem organisch-föderalistischen Standpunkt ebenfalls Kritik an der individualistischen Demokratie und am Staat von Weimar geübt. Selbst der rheinische Demokrat Adenauer rief die katholische Jugend zur »Unterordnung unter das Gemeinwohl« und zur »Einordnung in die Gesamtinteressen der deutschen Nation« auf.³⁵

5. Die Christlichen Demokraten und der Neuaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg

Die tiefe Zäsur des Jahres 1945 führte in einen neuen Geschichtsabschnitt. Dies wurde auch darin sichtbar, daß erstmals die christlichen Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland, in Italien und Frankreich mehrheitsfähig wurden und die Regierungsverantwortung in Koalition mit anderen Parteien übernehmen konnten. Sie erhielten dadurch die Möglichkeit zur aktiven (Mit-)Gestaltung der inneren und äußeren Politik ihrer Staaten. Nur der Partito popolare italiano hatte schon 1919 neben Sozialisten und Liberalen fast ein Drittel der Stimmen erringen können. Doch die durch das päpstliche Wahlverbot von 1874 gehemmte, nun erst politisch hervortretende gesellschaftliche Kraft des italienischen Katholizismus war nicht darauf vorbereitet gewesen, die schwere Krisensituation des durch den Ersten Weltkrieg mehr erschütterten als gestärkten Italien zu meistern.³⁶

Erst die Erfahrung, die die Menschen in Europa mit drei totalitären Diktaturen, mit Besatzungsherrschaft und Krieg gemacht hatten, verhalf den christlich-demokratischen Parteien zum Durchbruch: den Unionsparteien in Westdeutschland, der Democrazia Cristiana in Italien und den Volksrepublikanern in Frankreich.

Erst die nationalsozialistische Herrschaft und ihr von außen herbeigeführter Zusammenbruch beseitigten die beharrlichen Widerstände gegen einen interkonfessionellen parteipolitischen Zusammenschluß in Deutschland.³⁷ Der vom politischen Katholizismus zu den Unionsparteien sich vollziehende Übergang war einschneidend und tief. Er wurde nur möglich, weil auch evangelische Wählerschichten für die Union – dieser Name war der »Union« der protestantischen Reichsstände von 1608 entlehnt – gewonnen werden konnten. Welche weltanschaulichen oder mentalen Gründe evangelische Christen bewegten, die neue Union mitzutragen und sie zu wählen, ist noch nicht genügend erforscht. Das Erlebnis der faschistischen Diktatur, die Resistenza gegen die Fremdherrschaft und das politische Vakuum bei Kriegsende

35 EBD, S. 87.

36 John MOLONY, *The Emergence of Political Catholicism in Italy. Partito popolare 1919-1926*, London, Totowa/N.J. 1977, S. 66 ff.; Gabriele De ROSA, *Il movimento cattolico in Italia. Dalla Restaurazione all'età giolittiana*, Rom, Bari 1979 (1966), S. 385-388.

37 Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945-1982*, Stuttgart 1993.

begünstigten in Italien das Entstehen einer sich entschlossen gegen den starken Kommunismus durchsetzenden *Democrazia Cristiana*.³⁸ In Frankreich errang der MRP allerdings nur in der unmittelbaren Nachkriegszeit große Wahlerfolge. Zusammen mit den Sozialisten und den Kommunisten ging er zunächst das programmatisch nicht überzeugende Regierungsbündnis des »tripartisme« ein.³⁹

Generell läßt sich mit einigen Einschränkungen behaupten, daß unter den Regierungen der Christdemokraten sich das bisher oft spannungsgeladene Verhältnis zwischen Staat und Kirche außerordentlich beruhigte. Das hatte tiefere, allgemeinpolitische Gründe. Der Nationalismus und die laizistisch-säkularistischen Ideologien des 19. Jahrhunderts hatten offensichtlich Schiffbruch erlitten. In der abschreckenden Gestalt des Mittel- und Osteuropa dominierenden Sowjetkommunismus erfuhren sie zwar eine zeitgemäße Fortsetzung und besondere Ausprägung. Aber diese Bedrohung im Verein mit dem Sicherheitsangebot der »pax americana« bestärkte die neuen Staatsmänner Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi und Robert Schuman in der Absicht, eine Politik der europäischen Einigung zu beginnen, die sich an den von den Diktatoren mißhandelten Werten des christlichen Humanismus orientierte. Darüber hinaus galt es, den Wiederaufbau und die Rekonstruktion Europas anzugehen. Dafür sollten auch jene moralischen Werte nutzbar gemacht werden, deren Vermittlung zum Auftrag der Kirchen gehörte.

Eine gewisse Konvergenz der Ziele von Kirche und Staat zeichnete sich ab, die im Grundsätzlichen galt, in Einzelfragen aber wiederum rasch Belastungen ausgesetzt wurde. Auch so ist zu erklären, daß das rechtliche Verhältnis von Kirche und Staat beispielsweise in der Bundesrepublik sehr günstig ausgestaltet werden konnte. Die Staatsräson forderte von den Politikern und Beamten nicht mehr, autonome und doktrinäre Positionen einzunehmen, die im Sinne einer gegen sogenannte klerikale Übergriffe zu sichernden nationalen und traditionellen Überlegenheit der staatlichen Sphäre hätten bestimmt werden müssen. Von daher ergaben sich Anhaltspunkte zur Definition eines Typus des »christlichen Politikers«, der sich der Sphäre von Kirche und Staat gleichermaßen zugehörig fühlte und von dieser doppelten Grundlage aus die Gestaltung seines politischen Auftrages anging.

In Frankreich noch weniger als in Deutschland und in Italien betrachtete sich die Christliche Demokratie als verlängerter Arm der Kirche. Dabei mögen drei Erfahrungsmomente eine gewisse Rolle gespielt haben: erstens

38 Francesco TRANIELLO, Giorgio CAMPANINI (Hrsg.), *Dizionario storico del movimento cattolico in Italia 1860-1980*, Vol. I/1-2, II, III/1-2; Torino 1981-1984.

39 Pierre LETAMENDIA, *Le M.R.P.*, Bordeaux 1975 (ungedruckt); DURAND (wie Anm. 28), S. 273 ff.

das Bewußtsein einer unaufhaltsam fortschreitenden Säkularisierung aller Lebensbereiche, das in Frankreich länger ausgebildet worden und stärker verbreitet war als in Italien und Westdeutschland; die Erinnerung an das Versagen auch kirchlicher Repräsentanten unter dem Nationalsozialismus; drittens die Erinnerung an die kurialen Verurteilungen christlicher Demokraten in Frankreich, Belgien und Italien. Die von Kurt Schumacher und anderen perhorreszierte Einheitsvorstellung eines »karolingischen Europa« und einer einträchtig von Westalliierten und Klerikalen beherrschten Bundesrepublik schreckte die Wähler nicht. Sie erwarteten von den christlich-demokratischen Parteien Wohlfahrt, Schutz und Frieden nach den Erfahrungen mit Diktatur oder Fremdherrschaft. Es vollzog sich eine demokratisch legitime Verschiebung im Parallelogramm der politischen Kräfte. Die Ausrichtung an neuen demokratischen Mehrheiten veränderte gegenüber dem 19. und frühen 20. Jahrhundert besonders in Deutschland und Italien entscheidend die Zielvorgaben der Innen- und Außenpolitik. Die Bereitschaft zum weltweiten Handelsaustausch, zur europäischen Integration, zum atlantischen Bündnis und zur sozialen Marktwirtschaft ersetzte und ergänzte die vorher allzu oft im nationalen Alleingang bestimmten Ziele der Selbstbehauptung und des Überlebens der Staaten. In einer sich rasch wandelnden Welt, die mehr als je die Chancen der inneren Demokratie und des internationalen Austauschs entdeckte, erwiesen sich Werte als entwicklungsfähig, denen in der von nationalistischer und sozialistischer Agitation heimgesuchten Zwischenkriegszeit das Echo versagt geblieben war: Dazu gehörten die Selbstverwaltung und besonders der Föderalismus, der in seiner antitotalitären Dimension auf das Innere der Staaten, in seiner übernationalen Ausrichtung auf Europa bezogen werden konnte.⁴⁰

6. Zusammenfassung

Eine dualistische Zuordnung von Kirche und Staat bildet auf sehr unterschiedlichen Stufen historischer Realisierung ein wesentliches Merkmal der europäischen Kulturentwicklung. Auf die Dauer setzte sich kein Cäsaropapismus durch, der Kultstaat der Antike wurde überwunden.

Im Alten Reich legten rechtliche Regelungen, so unvollkommen und zeitbedingt sie waren, Grundsteine für ein friedliches Zusammenleben der christlichen Konfessionen und für die Entwicklung zur Parität, damit gewissermaßen auch schon zum Rechtsstaat. Im 19. Jahrhundert erhielt die Forderung nach Grundrechten und bürgerlicher Freiheit eine zusätzliche Fundierung durch den Ruf nach Religionsfreiheit gemäß christlichem Verständnis.

⁴⁰ Eugenio GUCCIONE, *Municipalismo e federalismo in Luigi Sturzo*, Torino 1994.

Einen Ausweg aus der revolutionären oder absolutistischen Willkür und Unterdrückung und aus der daraus resultierenden Instabilität der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse bot nach Görres die Besinnung auf ein das Gleichgewicht der Kräfte verwirklichendes Gemeinwesen der Mitte. Dieses sollte von einem Volk getragen werden, dem der Staat die Freiheit der Gewissensentscheidung einräumte, sich nach den Geboten eines höheren Gesetzes zu richten. Infolge der Französischen Revolution löste sich die katholische Kirche in Frankreich ruckartig, in Deutschland allmählich aus der Verflechtung mit dem Staat. Besonders die katholische Bewegung in Deutschland reklamierte einen Freiheitsraum zur Verwirklichung ihrer Ziele. Soweit sie sich dabei nationalistischen und kollektivistischen Tendenzen widersetzte, leistete sie einen Beitrag zur Entstehung einer pluralistischen Kultur.

Erst nach der Katastrophe zweier Weltkriege, nach dem gescheiterten Experiment der totalitären Diktatur im 20. Jahrhundert, erhielten die christlichen Bewegungen und Parteien, die sich während des 19. Jahrhunderts vielfach in eine unfruchtbare Oppositions- oder Assimilationsstellung versetzt sahen, den entscheidenden Zustrom von Wählern und damit den Auftrag zur politischen Gestaltung. Trotz der Erschütterung der Glaubensbindungen, zumal im deutschen Nationalsozialismus und im italienischen Faschismus, errangen sie nun demokratische Mehrheiten.

Der Aufbau Europas und die Einleitung einer neuen freiheitlich-sozialen Entwicklung waren zwar gewiß nicht allein, aber doch wesentlich auch dem Wirken jener politischen Kräfte zu verdanken, die ihren politischen Auftrag – trotz einer gewissen Entkonfessionalisierung und Entkirchlichung ihrer Tradition – nicht dem Pragmatismus oder weltimmanenten Heilslehren verdankten, sondern sich einem transzendenten Menschenbild christlicher Inspiration verpflichtet wußten.

Diplomatie zwischen Totalitarismus und Demokratie. Der Heilige Stuhl, Frankreich und die Idee des europäischen Gleichgewichts 1939-1945*

Von Ulrich Reusch

Protokollarisch, aber auch politisch nimmt der Heilige Stuhl eine Sonderstellung in den internationalen Beziehungen ein. So berichtete bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa der amerikanische Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl nicht ohne Stolz nach Washington, die Chefs der Missionen beim Heiligen Stuhl seien durchweg herausragende Persönlichkeiten ihrer Nationen, wie es bei Jacques Maritain der Fall sei, dem neu ernannten Botschafter Frankreichs.¹ Schon diese schlichte Beobachtung widerspricht einer weitverbreiteten Behauptung, daß der Vatikan eine »quantité négligeable« in der internationalen Politik des Zweiten Weltkrieges gewesen sei.² Als intimer Kenner der römischen Kurie und gut unterrichteter Zeitgenosse kam der renommierte Kirchenhistoriker Hubert Jedin denn auch zu einem ganz anderen Resultat, das sowohl allgemeine historische Erfahrungen als auch eigene Eindrücke aus der Zeit seines vatikanischen Exils während des Krieges reflektiert: Die »Vatikanbotschaft, nicht so sehr durch die Tagespolitik belastet wie andere große Botschaften, (bietet) einem politischen Kopf die Chance [...], wirklich große Politik wenn nicht zu machen, so doch vorzubereiten. Der Vatikan mit seinen weltweiten Beziehungen und seinen großen Traditionen ist dafür eine gute Basis.«³

Im Bewußtsein der wachsenden Bedeutung des Heiligen Stuhles vor Beginn, aber auch noch während des Krieges – z.B. als Terrain für eventuelle Friedensfühler – bauten die Staaten ihre Beziehungen zum Vatikan aus oder

* Erweiterte Fassung eines Aufsatzes in französischer Sprache in *Francia* 18/3 (1991), S. 55-72. Er beruht auf umfangreichen Forschungen über den Vatikan im Zweiten Weltkrieg, die in den Jahren 1984 bis 1989 mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchgeführt wurden und deren monographische Darstellung beabsichtigt ist. Vgl. Bericht über die 36. Versammlung deutscher Historiker in Trier, 8. bis 12. Oktober 1986, Stuttgart 1988, S. 112 f.

1 Der amerikanische Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl Harold H. Titmann an Staatssekretär Edward R. Stettinius, 26. Juni 1945; Ennio DI NOLFO (Hrsg.), *Vaticano e Stati Uniti 1939-1952, dalle carte di Myron C. Taylor*, Mailand 1978, Nr. 244, S. 459.

2 So aber meint Wolfgang SCHIEDER, *Pius XII. im Zweiten Weltkrieg*, in: *Historische Zeitschrift* 207 (1968), S. 346-356.

3 Hubert JEDIN, *Lebensbericht. Mit einem Dokumentenanhang*, hrsg. von Konrad Reppen (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, A, Bd. 35), Mainz 1984, S. 217.

bahnten solche Beziehungen überhaupt erst an.⁴ Im Urteil der Zeitgenossen hing der weltweite Prestigezuwachs des Heiligen Stuhls untrennbar und ursächlich mit der Politik und der Person Pius' XII. zusammen. Der diplomatisch geschulte und staatsmännisch auftretende Pontifex personifizierte eine Kirche, deren moralische Autorität dem Totalitarismus trotzte und deren korporative Konstanz den Gedanken an das alte Europa wachhielt.

Die diplomatischen Vertretungen beim Heiligen Stuhl wurden dementsprechend nicht allein Berufsdiplomaten überlassen, sondern vielfach ausgesuchten Vertretern nationaler Eliten anvertraut. Großbritannien war durch einen Angehörigen der Hocharistokratie, den Gesandten (später Sir) D'Arcy Osborne, einen Freund der königlichen Familie, vertreten.⁵ Die Vereinigten Staaten entsandten 1940 mit dem früheren Präsidenten von US-Steel und Vertrauten Roosevelts, Myron C. Taylor, einen herausragenden Repräsentanten des Ostküstenestablishments, der selbst einmal als möglicher Kandidat der Demokraten für das Präsidentenamt im Gespräch gewesen war.⁶

Auch das Deutsche Reich und das Königreich Italien erwiesen dem Vatikan hochrangige Reverenz. Sie ließen sich durch angesehene, meist adelige Angehörige der alten Beamtenschaft vertreten und signalisierten – oder besser simulierten – dadurch gleichsam eine vom Regime losgelöste Kontinuität in ihren Beziehungen zum Heiligen Stuhl. Als 1943 das faschistische Italien seinen bisherigen Außenminister, den Mussolini-Schwiegersohn Graf Galeazzo Ciano, und das Dritte Reich den bisherigen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Ernst Baron von Weizsäcker, entsandten,⁷ deutete alles auf eine Aufwertung der Beziehungen hin, hatten doch die neuen Botschafter bis dahin die Diplomatie der Diktatoren dirigiert; daß beide als offene oder geheime Dissidenten der offiziellen Diplomatie galten oder jetzt als solche angesehen wurden, gab dem Revirement noch besonderen Reiz. Zur Diplomatie der Kriegführenden gegenüber dem Vatikan gehörte nicht nur, daß, sondern – mehr noch – durch wen man beim Heiligen Stuhl vertreten war.

Frankreich war da keine Ausnahme, im Gegenteil. Mit dem Diplomaten

4 Vgl. Robert A. GRAHAM, S.J., *Vatican Diplomacy. A Study of Church and State on the International Plane*, Princeton, N.J. 1959, S. 17-34, 305-325.

5 Owen CHADWICK, *Britain and the Vatican during the Second World War*, Cambridge 1986.

6 Im Jahre 1930, vgl. Ted MORGAN, *FDR. A Biography*, London 1986, S. 325, und im übrigen DI NOLFO (Anm. 1).

7 Vgl. Ulrich REUSCH, *Der Vatikan und die deutsche Kapitulation*, in: Winfried BECKER (Hrsg.), *Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Symposium an der Universität Passau 30.-31.10.1985* (Passauer Historische Forschungen, 5), Köln 1987, S. 211-244, hier S. 221.

François Charles-Roux⁸, dem Literaten Graf Wladimir d'Ormesson⁹, dem Politiker Léon Bérard und dem Philosophen Jacques Maritain¹⁰ war die Grande Nation gleich viermal nacheinander durch Mitglieder der Académie Française vertreten. Frankreich – die Dritte Republik ebenso wie der État Français des Marschalls Pétain und das Freie Frankreich des Generals de Gaulle – blieb vor, während und nach dem Kriege mit seiner intellektuellen Elite beim Vatikan vertreten. Über alle Umbrüche des Krieges hinweg demonstrierte Frankreich beim Heiligen Stuhl als einer supranationalen Instanz die Kontinuität seiner geistigen und nationalen Existenz. Damit bewegte sich die Vatikan-Diplomatie Frankreichs in einer ganz anderen Dimension als etwa die Diplomatie Deutschlands. Als Ernst von Weizsäcker im Sommer 1943 von der Wilhelmstraße an den Vatikan wechselte, übrigens ziemlich lange nachdem die Diplomatie des Dritten Reiches praktisch zum Erliegen gekommen war, vermutete er oder versprach sich dort »am meisten Einflußmöglichkeiten und zugleich einen guten Ausguckposten, bis der Moment wirklichen Eingreifens gekommen wäre«,¹¹ wobei unklar ist, wer oder was damit konkret gemeint war.

Demgegenüber waren die – verschiedenen – französischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl während des Krieges weniger von Erwägungen kurzfristiger Taktik bestimmt als vielmehr langfristiger-grundsätzlicher Natur. Den jeweiligen Führungen Frankreichs ging es nicht so sehr um unmittelbare Vorteile für Kriegführung oder Kriegspropaganda, sondern – je nach dem – um den Fortbestand, die Fiktion oder die Forderung nach staatlicher Souveränität und Selbständigkeit. Sämtliche französische Vertreter beim Heiligen Stuhl vertraten die Grande Nation als eine christliche, katholische Nation, ja als allerchristlichste Nation. Anders ausgedrückt: In der nationalen Krise, in der Katastrophe von Krieg und Kapitulation, suchte Frankreich,

⁸ François CHARLES-ROUX, *Huit ans au Vatican 1932-1940*, Paris 1947.

⁹ Wladimir d'ORMESSON, *De Saint-Petersbourg à Rome*, Paris 1969; DERS., *Mission à Rome. Allocutions à la Colonie Française Ecclésiastique et Laïque de Rome 1948-1956*, Paris 1956. Vom selben Autor stammt der Artikel *Le Saint-Siège et la paix*, in: *Revue des deux mondes* 62 (1941, April); da d'Ormesson sich zu dieser Zeit vor den französischen Behörden versteckt halten mußte, fehlt jede Verfasserangabe (Mittteilung des Sohnes André Graf d'Ormesson).

¹⁰ Bei der Gründung seines Comité National Français gedachte De Gaulle auch Jacques Maritain aus dem amerikanischen Exil in den Kreis der zehn Kommissare zu berufen; dieser lehnte jedoch ab. Vgl. Jean LACOUTURE, *De Gaulle, I: Le Rebelle 1890-1944*, Paris 1984, S. 498. Sein philosophisches Werk wurde in Italien durch den seinerzeitigen Substituten im päpstlichen Staatssekretariat und nachmaligen Papst Paul VI., Giovanni Battista Montini, eingeführt, der dessen auch später noch mit Stolz gedachte. Vgl. Robert A. GRAHAM, S.J., G.B. *Montini Substitute Secretary of State (in tandem with Domenico Tardini)*, in: *Paul VI et la modernité dans l'Eglise. Actes du colloque organisé par l'Ecole Française de Rome* (Collection de l'Ecole Française de Rome, 72), Rom 1984, S. 67-82, hier S. 78.

¹¹ Richard von WEIZSÄCKER (Hrsg.), *Ernst von Weizsäcker. Erinnerungen*, München-Leipzig-Freiburg i. B. 1950, S. 322.

Vichy-Frankreich ebenso wie das Freie Frankreich, Rückhalt oder Rückversicherung beim Heiligen Stuhl.

Die folgenden Betrachtungen sind Teil einer umfassenden Untersuchung über die Stellung des Heiligen Stuhles in der internationalen Politik des Zweiten Weltkrieges und behandeln die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Frankreich, nicht aber die Haltung des französischen Klerus, zwischen Kollaboration und Widerstand. Jedoch blieb die Tatsache, daß – so Jacques Duquesne – »die meisten französischen Bischöfe und Priester sich mit einem politischen Regime, dem von Vichy, in einer Weise kompromittieren, wie sie es seit der Restauration niemals mehr getan hatten«,¹² naturgemäß nicht ohne Auswirkungen auf die Frankreich-Politik des Vatikans. Die römische Kurie war während des Krieges in erster Linie um die Wahrung der Einheit des europäischen wie des Weltkatholizismus bemüht. Sie blieb daher stets bedacht, die Gläubigen vor einem unlösbaren Loyalitätskonflikt zwischen Nation und Religion zu bewahren.¹³ Das galt für Frankreich ebenso wie für die katholische Minorität in Deutschland. Deshalb enthielt sich der Vatikan jeder expliziten Verurteilung der einen oder anderen Seite. Er übte Neutralität, die nicht etwa auf Indifferenz gründete, sondern »Unparteilichkeit« für sich in Anspruch nahm.¹⁴

Nach Auffassung informierter Zeitgenossen war die damit gebotene Zurückhaltung die Voraussetzung für eine eventuelle Friedensvermittlung des Vatikans.¹⁵ Ein weiterer Grund für das sogenannte »Schweigen« Pius' XII. lag in dem Amtsverständnis des römischen Pontifex, das auf eine Arbeitsteilung zwischen Papsttum und Ortskirchen hinauslief. So erklärte Pius dem Bischof von Berlin mit Schreiben vom 30. April 1943: »Den an Ort und Stelle tätigen Oberhirten überlassen Wir es abzuwägen, ob und bis zu welchem Grade die Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen und Druckmitteln im Falle bischöflicher Kundgebungen sowie andere vielleicht durch die Länge und Psychologie des Krieges verursachten Umstände es ratsam erscheinen lassen, [...] ad maiora mala vitanda Zurückhaltung zu

¹² Jacques DUQUESNE, *Les catholiques français sous l'occupation*, neue Aufl., Paris 1986, S. 8.

¹³ Ulrich REUSCH, *Neutralität zwischen den Fronten*, in: *Rheinischer Merkur/Christ und Welt*, 16 (20. April)/1990, S. 28; vgl. auch unten Anm. 15.

¹⁴ Papst Pius XII. an den Erzbischof von München Michael Kardinal von Faulhaber, 31. Januar 1943; *Lettres de Pie XII aux évêques allemands 1939-1944* (Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale, 2), Vatikanstadt 1967, Nr. 96, S. 293. Im folgenden zit. ADSS = Secrétairerie d'Etat de Sa Sainteté, *Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale*, bearb. von Pierre BLET, Angelo MARTINI, Robert A. GRAHAM (ab Bd. 3), Burkhart SCHNEIDER, 11 Bde., Vatikanstadt 1965-1981.

¹⁵ Der Gesandte Großbritanniens beim Heiligen Stuhl Sir D'Arcy Osborne an Außenminister Ernest Bevin, »Annual Report for the Year 1945«, 22. Februar 1946: Public Record Office (künftig zit. PRO), FO 371/60803, ZM868/868/57.

üben. Hier liegt einer der Gründe, warum Wir uns selbst in Unseren Kundgebungen Beschränkungen auferlegen [...]«.¹⁶

Daß ein solches Schweigen aus Verantwortung Papst und Kirche später einmal in einem höchst problematischen Licht erscheinen lassen könnte, war Pius XII. durchaus bewußt; er nahm eine solche Interpretation in Kauf.¹⁷ Und so wird bis heute darüber gestritten, ob der Papst und hier speziell der französische Episkopat energischer, also vor allem expliziter, die Verletzung von Menschenrechten, die Verfolgung von Minderheiten und Andersdenkenden und schließlich die physische Vernichtung der Juden hätten anprangern müssen oder können. Mit den Mitteln historischer Wissenschaft läßt sich diese Frage letztlich nicht beantworten.¹⁸ Aus heutiger Sicht muß jedenfalls verwundert, daß das Schicksal der Juden – bekanntlich auch von den Alliierten mit höchster Zurückhaltung behandelt¹⁹ – in den Beziehungen des Vatikans zu den Mächten nicht besonders hervortrat. Im großen und ganzen verstanden, ja billigten westliche Beobachter die Raison päpstlicher Politik, die darauf hinauslief, von womöglich folgenschweren Provokationen des Nazi-Regimes abzusehen.

Eugenio Pacelli war – auch nach dem Urteil französischer Quellen – ein ebenso passionierter wie ambitionierter Diplomat.²⁰ Als politischer Papst hatte Pius XII. stets die Große Politik der Mächte im Blick. In ihrem Lichte erwog der Papst ständig mögliche Chancen und drohende Risiken einer aktiven Friedenspolitik der Kurie. Indem er – letztlich erfolgreich – jede Kompromittierung der Kirche vermied, zog er zwangsläufig die Dauerkritik der Kriegführenden auf sich, die – entsprechend ihrer jeweiligen Interessenlage – eindeutige Stellungnahmen des Papstes forderten. Einflußreiche Kreise der westlichen Allianz machten dem Vatikan den Vorwurf übervorsichtigen Verhaltens, und vom Führer des Freien Frankreichs, von General de Gaulle, wird sogar berichtet, er habe in Momenten der Verärgerung von dem »Nazi-Papst« gesprochen.²¹

Tatsächlich war der Papst für die Diplomatie aller Kriegführenden ein unbequemer Partner. Trotz seiner teils selbst auferlegten, teils erzwungenen

16 Pius XII. an den Bischof von Berlin Konrad Graf von Preysing, 30. April 1943: ADSS 2, Nr. 105, S. 324.

17 Vgl. Anm. 15.

18 Ulrich REUSCH, *Approaches to Authenticity. Holy See, Holocaust, and Hochhuth's 'historical drama' »Der Stellvertreter«*, in: Hochhuth's »The Representative« at the Glasgow Citizens', 1986, hrsg. von Claude SCHUMACHER und Derek FOGG, unter Mitarbeit von Joyce Allan, Glasgow 1988, S. 15-33.

19 Vgl. Martin GILBERT, *Auschwitz and the Allies*, London 1981.

20 Ulrich REUSCH, *Ein schwerer Schlag für die Diktatoren. Pius XII.: Politiker und Pontifex für Europas Schicksalsstunde - Vor 50 Jahren wurde Eugenio Pacelli zum Papst gewählt*, in: *Rheinischer Merkur/Christ und Welt*, 8 (24. Februar) 1989, S. 24.

21 Alexander WERTH, *De Gaulle. A Political Biography*, Harmondsworth 1969, S. 222.

Passivität galt der Vatikan während des ganzen Krieges bei den Mächten als ein potentieller Akteur und wurde entsprechend als Faktor in das politische Kalkül aller Seiten einbezogen. Mal massiv umworben, mal insgeheim gefürchtet, aber kaum einmal offen herausgefordert, wuchs der Vatikan in die Rolle einer – ja eigentlich der einzigen – internationalen Instanz hinein, der globale Geltung zugebilligt wurde. Die Wahrung strikter Neutralität oder – was der Vatikan zu sagen vorzog – Unparteilichkeit war gleichermaßen Voraussetzung wie Preis für eine Politik, die dem Heiligen Stuhl weltweite Geltung sicherte, indem sie jeder auch nur denkbaren Kompromittierung durch einen der Kriegführenden auswich.

Moralische Autorität und weltweites Ansehen des Papsttums beruhten letztlich auf der Einhaltung strikter Neutralität. Die zahlreichen päpstlichen Verlautbarungen während des Krieges summierten sich zu einer Friedensethik, die allen Parteien unbequem war. Mit seinem vorbehaltlosen Friedensgebot war der Papst, der jedem möglichen Mißbrauch seines Amtes durch die Kriegspropaganda auswich, nicht nur für die Aggressoren Hitler und Mussolini, sondern auch für die letztlich siegreichen Alliierten Churchill, Roosevelt und Stalin stets problematisch. Denn die Diplomatie der Kurie hielt konsequent an zwei Prinzipien fest: an den traditionellen Normen und Formen des Völkerrechts und an der Idee des europäischen Gleichgewichts. Diese Konstanten päpstlicher Politik waren nicht Produkte überkommenen Denkens, sondern gründeten auf einer geradezu rigorosen Friedensethik. Eine Friedensordnung von nationaler Selbstbestimmung und internationalem Gleichgewicht, wie sie dem Papst als gerecht vorschwebte, war mit Eroberungskriegen und Hegemonialbestrebungen gleichermaßen unvereinbar. Pius XII. hat die Selbstzerstörung des alten Europas als Folge des Weltkrieges ebenso vorhergesehen wie die Teilung der Welt in Ost und West als Ergebnis des »Kalten Krieges«. Die Kirche aus der Katastrophe seiner Zeit zu retten war für ihn die größte Herausforderung seines Amtes.

Am 24. August 1939 beschwor Pius die Welt mit den Worten: »Mit dem Frieden ist nichts verloren, mit dem Krieg kann alles verloren sein.«²² Die päpstliche Politik ließ sich dementsprechend von der dreifachen Frage leiten, zunächst wie der Krieg verhindert, dann wie er eingedämmt und schließlich wie er möglichst rasch beendet werden könne. Ihre kompromißlose Kampf-ansage an den Krieg enthielt Konfliktstoff genug, und zwar mit allen Kriegführenden.

Auf diesem Hintergrund entwickelte sich die Spaltung Frankreichs nach dem Waffenstillstand vom 22. Juni 1940 zu einer Dauerbelastung der französisch-vatikanischen Beziehungen während des Weltkrieges. Obwohl von Deutschland besiegt und zunächst teilweise, schließlich sogar ganz

²² ADSS 1, Nr. 113, S. 232.

besetzt, blieb Frankreich für den Vatikan das wichtigste katholische Land in Europa – wobei sämtliche Vertreter Frankreichs den Heiligen Stuhl in dieser Vorstellung zu bestärken suchten. Nicht nur die betont vatikanfreundliche Haltung des Vichy-Regimes, sondern mehr noch der Kampf des Freien Frankreichs an der Seite der westlichen Alliierten sorgte dafür, daß Frankreich ein Aktivposten im diplomatischen Denken des Vatikans blieb. Indes wurde die abwartende oder »diplomatische« Attitüde des Heiligen Stuhls nirgends so radikal kritisiert wie von französischer Seite. Der Grund dafür war die Spaltung der französischen Nation – wenn auch nicht immer eindeutig – in einen kämpfenden und einen kollaborierenden Teil, wobei beide Seiten je nach Bedarf ihre Katholizität herauskehrten und vom Prestige des Papstes zu profitieren suchten.

Die französisch-vatikanischen Beziehungen standen – anders als die Beziehungen des Heiligen Stuhles zu den Vereinigten Staaten und zu Großbritannien, aber auch zu Deutschland – in einer ganz unmittelbaren Relation zum Verlauf des Krieges. Folglich nahm das Freie Frankreich in dem Maße an Bedeutung zu, wie Vichy-Frankreich an Bedeutung verlor. Das Vichy-Regime blieb zwar für die förmliche Legitimation seiner Staatlichkeit nach außen auch auf funktionierende Beziehungen zum Vatikan angewiesen; diese verloren indes ihre politisch-praktische Bedeutung im November 1942, als das Regime nach dem Abbruch der Beziehungen zu den USA und der deutschen Besetzung seiner »freien Zone« außenpolitisch nur noch ein Schattendasein führte. Bezeichnenderweise hatte in der Folge der Botschafter des Marschalls Pétain, Léon Bérard, viel weniger, d.h. vor allem seltener, Zugang zum Staatssekretariat Seiner Heiligkeit als sein deutscher Kollege. Offenbar wollte die Kurie sich nicht unnötig durch die Beziehungen zu einem Regime kompromittieren, dessen Rolle in Europa so oder so ausgespielt schien.

Doch ganz so eindeutig waren die Verhältnisse im Grunde nicht. Schon die Wahl des Vichy-Botschafters Bérard, der im November 1940 die Geschäfte aufnahm, verriet Geschick. Der Jurist, Politiker und Intellektuelle gehörte zwar zur Rechten, wurde aber auch auf der politischen Linken geschätzt und nicht zuletzt auch vom Grafen d'Ormesson als ein durchaus würdiger Nachfolger angesehen.²³ Der Sekretär der Botschaft, Jacques de Blesson, galt als Mann de Gaulles, und es war ein offenes Geheimnis

²³ So berichtet der britische Gesandte Osborne in seinem Tagebuch (unveröffentlicht, in Privatbesitz, bekannt geworden vor allem durch das Buch – s. oben Anm. 5 – von Prof. Dr. Sir Owen Chadwick, der dem Verfasser Einsicht gewährte) unter dem 4. Oktober 1940. Aufschlußreich ist auch ein privater Briefwechsel zwischen d'Ormesson und Bérard, dessen eine Hälfte sich im Nachlaß d'Ormesson (im Besitz von André Graf d'Ormesson) befindet. Vgl. im folgenden auch Osborne an Außenminister Eden, 10. Dezember 1940: PRO, FO 371/30178, R45/45/57.

in Rom und anderswo, daß er mit dem Führer des Freien Frankreichs in Verbindung stand.²⁴ Mithin war die offizielle Vertretung Frankreichs beim Vatikan keineswegs ausschließlich von Vichy bestimmt, sondern ließ verschiedene Interpretationen und damit auch verschiedene Optionen französischer Vatikan-Politik zu. Die Botschaft reflektierte in nuce die Gespaltenheit und die Komplexität der französischen Situation.

Während Vichy-Frankreich intakte diplomatische Beziehungen zum Vatikan gleichsam vorgefunden und entsprechend fortgeführt hatte, mußte das Freie Frankreich erst einmal Beziehungen herstellen. Dabei waren die vielfältigen Verbindungen des Kardinals Tisserant nützlich, der sich als beherzter Anwalt des Freien Frankreichs betätigte, indem er mit den verschiedenen diplomatischen Vertretungen beim Vatikan in regem Verkehr stand. Wie keine andere Macht auf alliierter Seite war das Freie Frankreich auf die Anerkennung durch den Vatikan angewiesen: Zum einen galt es, die katholischen Kreise innerhalb Frankreichs an sich zu binden, zum anderen die Anerkennung als die alleinige Regierung aller Franzosen zu gewinnen. Der Heilige Stuhl zögerte indes die Anerkennung de Gaulles lange – in den Augen des Generals zu lange – hinaus.

»Opus iustitiae pax«, Friede ist das Werk der Gerechtigkeit, so lautete der programmatische Wahlspruch Pius' XII., der seit 1912 als päpstlicher Spitzendiplomat ständig mit der Wahrung oder Wiederherstellung des Friedens in Europa befaßt gewesen war. Als Nuntius in Deutschland hatte Eugenio Pacelli erfahren müssen, daß die Friedensordnung von Versailles – wie er sie sah – mit unversöhnlichem Haß und unverhältnismäßiger Härte den Frieden bedrohte, anstatt ihn zu sichern. Vor allem weil das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt wurde, provozierte der Vertrag von Versailles den Ruf nach Revisionen und lieferte allzu einfache (je nach dem auch willkommene) Legitimationen für neue Gewalt.²⁵

Diese historischen Erfahrungen setzte Pius in seiner ersten Enzyklika nach Kriegsausbruch um.²⁶ Unmittelbar nach dem Ende des Polenfeldzuges war es gar nicht nötig, den Aggressor Deutschland beim Namen zu nennen. Der Krieg war noch lange nicht entschieden, und auch deshalb war die Enzyklika vom 20. Oktober 1939 – wie es sich für eine Enzyklika gehört – an alle

24 Msgr. A. Jullien (Vatikanstadt) an den Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten René Massigli (Algier), 7. Juni 1944: Ministère des affaires étrangères/Archives diplomatiques (künftig zit. MAE), Guerre 1939-1945, Alger 1470, fol. 15.

25 Der französische Botschafter beim Heiligen Stuhl Bérard an Staatschef Marschall Pétain, 2. Februar 1942, über die Einstellung des Papstes und des Kardinalstaatssekretärs Maglione: Archives Nationales/Section Contemporaine (künftig zit. AN), 2 AG (Archives du Cabinet du Chef de l'Etat), 492, c.c.72.

26 Enzyklika »Summi Pontificatus« vom 20. Oktober 1939: ADSS 1, Nr. 213, S. 315-323, hier S. 319.

adressiert: »Die Stunde des Sieges ist ein Stunde des äußeren Triumphes für die Seite, die ihn errungen hat; aber gleichzeitig auch die Stunde der Versuchung, in der der Engel der Gerechtigkeit mit dem Dämon der Gewalt kämpft«, warnte der Papst die Sieger von heute ebenso wie die Sieger von morgen. Nach der Enzyklika »Summi Pontificatus« war ein dauerhafter Friede nur auf der Grundlage der Gerechtigkeit möglich. Daraus folgte die Frage des Papstes an alle Kriegführenden: »Werden die Friedensverträge, wird die neue internationale Ordnung nach dem Ende des Krieges von Gerechtigkeit und Billigkeit gegen alle beseelt sein, von dem Geist, der befreit und befriedet, oder werden sie eine bedauerliche Wiederholung alter und neuer Irrtümer bringen?«

Die »alten Irrtümer«, das waren unausgesprochen, aber eindeutig die Irrtümer von Versailles und Saint-Germain. Aber die »neuen«? Eine mögliche Antwort auf diese Frage liefert uns der französische Botschafter Charles-Roux in seinen Memoiren über seine vatikanischen Mission. Die Kurie hatte demnach zwar Verständnis für gewisse Revisionen der europäischen Ordnung, wie Deutschland sie nach Versailles verlangte, aber überhaupt keine Sympathien für die einseitige Revisionspolitik, die das Dritte Reich dann mit gewaltsamen Methoden verfolgte. Der »coup de force rhéna« von 1936, Deutschlands Einmarsch in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes, war der Wendepunkt; denn Hitler brach nun seinerseits internationales Recht, und – schlimmer noch – er provozierte damit einen neuerlichen Krieg. Angesichts der »remilitarisation de la Rhéanie« hatten Pius XI. und Kardinalstaatssekretär Pacelli gegenüber Charles-Roux erklärt:²⁷ »Wenn Sie umgehend 200.000 Mann hätten aufmarschieren lassen, hätten Sie [...] der ganzen Welt einen gewaltigen Dienst erwiesen!«

Nicht mehr Deutschland oder der deutsch-französische oder der deutsch-polnische Gegensatz, sondern der Nationalsozialismus war nunmehr für den Heiligen Stuhl der eigentliche Friedensstörer der europäischen Ordnung. Dem Nazismus, seit 1939 im unseligen Bündnis mit dem Bolschewismus, ging es um mehr als um die Hegemonie auf dem Kontinent. Der Heilige Stuhl sah die gesamte europäische Zivilisation gleichermaßen, wenn auch nicht immer gleichzeitig, bedroht vom atheistischen Totalitarismus von rechts wie von links, vom Nazismus ebenso wie vom Bolschewismus.²⁸

So löste der deutsche Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 nicht nur in Frankreich, sondern auch im Vatikan eine gewisse Erleichterung aus.²⁹ Die Kurie ließ sich aber weder von Deutschland noch von Italien

²⁷ Siehe Anm. 8, S. 106.

²⁸ Vgl. Depesche Nr. 98 des französischen Botschafters beim Heiligen Stuhl Bérard an den Ministerpräsidenten und Außenminister Pierre Laval, 28. Juli 1942 (Kopie): AN, 2 AG, 492, c.c.72.

²⁹ Vgl. ADSS 5, S. 4 f.

dazu bewegen, den verbrecherischen Angriff auf die Sowjetunion als einen »antibolschewistischen Kreuzzug« zu begrüßen oder gar zu rechtfertigen. Der Unterstaatssekretär Monsignore Domenico Tardini machte dem italienischen Botschafter Attolico unmißverständlich klar, daß zwischen der religiösen Situation in Rußland und Deutschland zwar ein gradueller Unterschied bestehe, daß im Grundsatz aber in beiden Ländern die gleiche Repression herrsche: »[...] zu viele Gerüchte lassen befürchten, daß Deutschland eines Tages, in einer ferneren Zukunft, noch darüber hinausgehen wird. Genau aus diesem Grunde übrigens, wie auch für den Augenblick, ziehe ich der Vorstellung des Kreuzzugs das Sprichwort vor: »Ein Teufel jagt den anderen«, und um so besser, wenn dieser andere der schlimmere ist.«³⁰

Für die Kurie war weder mit Nazi-Deutschland noch mit Sowjet-Rußland ein gerechter und dauerhafter Friede möglich; denn ein Sieg Deutschlands hätte ebensowenig wie ein Sieg Rußlands das europäische Gleichgewicht wiederhergestellt, im Gegenteil.³¹ Nach Tardini gab es »zwei Gefahren für die Zivilisation, den Nazismus und den Kommunismus: beide materialistisch, antireligiös, totalitär, tyrannisch, grausam, militaristisch«. Nur »wenn der augenblickliche Krieg diese beiden Gefahren (Nazismus und Kommunismus) eliminiert«, schloß Tardini am 30. Mai 1943, »wird es für Europa möglich sein, Frieden zu finden in der Einheit und im Zusammenwirken aller Länder.«³²

In diesem Moment drohte jedoch schon vom Kommunismus die augenscheinlich größere Gefahr. Die Kurie befürchtete, daß eine siegreiche Sowjetunion über Europa eine Hegemonie des Kommunismus errichten würde, und warnte den Westen wenn auch indirekt, so doch eindringlich vor den Folgen des Bündnisses mit Rußland. Nach der Auffassung des Kardinalstaatssekretärs Maglione läge im wohlverstandenen Interesse Großbritanniens »ein Block westlicher Mächte, stark genug, sich einer deutschen oder russischen Hegemonie zu erwehren, ein wiederhergestelltes Frankreich, ein ungeschwächtes Italien, ein ruhiges Spanien.«³³

In verschiedenen Vorstellungen an die Adresse der Alliierten nahm die Kurie somit bereits 1943 die Konstellation des »Kalten Krieges« mit ihrem Gleichgewicht des Schreckens gedanklich vorweg. Dabei wurde Frankreich in die Front des Westens eingereiht. Aber wo sollte Deutschlands Platz sein?

30 Vermerk von Msgr. Tardini, 5. September 1941: ADSS 5, Nr. 62, S. 182-184, hier S. 184.

31 Vermerk von Kardinalstaatssekretär Maglione über das vom sowjetischen Imperialismus bedrohte europäische Gleichgewicht, 27. März 1943: ADSS 7, Nr. 150, S. 277 f., vgl. auch S. 20.

32 Vermerk von Msgr. Tardini über die Unterrichtung des britischen Geschäftsträgers Montgomery, 30. Mai 1943: ebenda, Nr. 216, S. 378-380.

33 S. Anm. 31, hier S. 278.

Im Januar 1943 entschlossen sich Churchill und Roosevelt in Casablanca, bis zum vollständigen Sieg zu kämpfen, und forderten die Achsenmächte zur bedingungslosen Kapitulation auf. Von Anfang an hielt die Kurie die Formel von der bedingungslosen Kapitulation für einen fatalen Fehler: Sie steigere den äußeren Widerstandswillen des Dritten Reiches und entmutige alle Kräfte des inneren Widerstandes gegen Hitler, trage also zur Verschärfung und Verlängerung des Krieges in Europa bei. Für die Kurie stand außerdem fest, daß die Alliierten mit der Formel von der bedingungslosen Kapitulation alle Hoffnungen auf separate Friedensschlüsse zerstörten und jeder Friedensvermittlung – auch einer des Papstes – von vornherein die Grundlage entzogen; gleichzeitig zementierten sie ihr Bündnis mit der Sowjetunion und eröffneten einer siegreichen Roten Armee den Zugang nach Mitteleuropa.³⁴ Deshalb kämpften Papst und Kurie öffentlich und auf diplomatischem Wege bis zum Sommer 1944 immer wieder gegen die »unvernünftige« Forderung, mit den Worten Tardinis »formula (idiotissima!)«, nach bedingungsloser Kapitulation an, die nichts anderes als einen »ungleichen Gewaltfrieden« verhiß und den Papst an das Trauma des Versailler Diktates erinnerte.³⁵

Pius plädierte demgegenüber immer wieder für »einen Verständigungsfrieden, der einerseits die Schuldfrage und die Forderung der Wiedergutmachung (so berechtigt in sich beide sein können) nicht zur Grundlage nimmt, andererseits alle Eroberungen zurückerstattet und keinem Volk den Verzicht auf substantielle Rechte oder Lebensnotwendigkeiten zumutet, den man auf das eigene Volk angewandt für undurchführbar halten würde«. ³⁶ Wen wundert es, daß der Papst mit dieser Friedensethik, die einem kategorischen Imperativ nachgebildet war, bei den Kriegführenden kein Gehör fand?

Während des Krieges hat keine Macht den Heiligen Stuhl so wichtig genommen wie Vichy-Frankreich, und das nicht nur wegen der Religiosität des Marschalls Pétain.³⁷ »Die Kirche ist eine Größe, mit der man von gleich zu gleich verhandelt«, so begannen die »Verhaltensregeln in Sachen

34 Vgl. REUSCH (Anm. 7).

35 Vgl. Aufzeichnungen Msgr. Tardinis (Empfehlungen an die britische Regierung), 31. März 1943, mit Aufzeichnungen aus dem Gedächtnis vom 4. September 1944: ADSS 7, Nr. 153, S. 281-283. Aufzeichnungen Tardinis vom 11. Dezember 1944: ebenda, 11, Nr. 446, S. 632. Pius XII. an die Kardinäle und Prälaten der Römischen Kurie, Ansprache vom 2. Juni 1944: ebenda, Nr. 205, S. 341-347, hier S. 347.

36 Pius XII. an den Erzbischof von Breslau Adolf Kardinal Bertram, 6. Januar 1944, mit einer Erklärung des Friedensappells in der Weihnachtsbotschaft 1943: ADSS 2, Nr. 115, S. 351-353, hier S. 353.

37 Vgl. Aufzeichnung über eine Unterredung des Persönlichen Vertreters des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika beim Heiligen Stuhl Myron C. Taylor mit dem amerikanischen Botschafter in Vichy Admiral William D. Leahy, 7. September 1941: DI NOLFO (wie Anm. 1), Nr. 46, S. 142.

Religionspolitik«³⁸ entsprechend einer Notiz des Chefs des Zivilkabinetts des Staatschefs, André Lavagne, für den Marschall, datiert vom 19. Mai 1943: »Die Kirche ist eine Macht, mit der der Staat in diplomatischer Weise entsprechend dem Grundsatz der Gleichheit verhandeln muß.« Als einzigartige Institution in der Geschichte sei die Kirche jedem Staat im Hinblick auf Organisation und Kontinuität überlegen. Man dürfe nie vergessen, »daß ja die Kirche ein Oberhaupt, daß sie ein unfehlbares Gedächtnis, daß sie Daseinsberechtigung in einer Lehre, daß sie die Ewigkeit auf ihrer Seite hat«. Folglich suche die Kirche keine kurzfristigen Vorteile und mache keine Konzessionen unter Zeitdruck oder Zwang. »Die Kirche [...] weiß mit Geduld zu warten, denn ihre Erwartungen sind von langfristiger Natur. Als zweitausendjährige Institution birgt sie alle Lehren der Geschichte und der Diplomatie in sich; sie erinnert sich an die Vergangenheit und denkt an die Zukunft, und zwar in sehr großen Zeiträumen«.

Dank ihrer geistigen und geschichtlichen Unabhängigkeit war die Kirche mit ihrem supranationalen Charakter für das katholische Frankreich eine stabilisierende Größe, aber zugleich auch ein unkalkulierbarer Faktor für die nationale Politik. So hatte derselbe Lavagne am 4. August 1941 »zu einer Religionspolitik des Französischen Staates« notiert: »Der katholische Glaube hängt eigentlich von einer auswärtigen Macht ab: vom Vatikanstaat [...] Auch wenn der Französische Staat die besten Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl unterhält, wird er sich immer gegen eine unvermeidliche und schwere Gefahr wappnen müssen: Die Kirche ist eine Institution, die von Menschen repräsentiert und regiert wird, und im Entscheidungszentrum dieser Institution sind diese Menschen in den wenigsten Fällen Franzosen [...]«.³⁹ Die französische Kirche habe bisher von ihren traditionellen Sonderrechten, den Privilegien der gallikanischen Kirche, profitiert: »Diese Regelungen stellen insoweit eine glückliche Lösung dar, als sie, indem sie der Kirche dienen, gleichzeitig für Frankreich vorteilhaft sind.« Der Französische Staat müsse die gallikanische Libertät der Kirche »mit Entschiedenheit« verteidigen und in nicht allzu ferner Zukunft im Rahmen eines Konkordates zu sichern suchen.

Daß es dazu, zu einem Konkordat oder einer konkordatsähnlichen Regelung, nicht kam, beweist zum einen die relative Schwäche des Französischen Staates und belegt zum anderen, daß der Heilige Stuhl nicht bereit war, weitreichende Verträge mit einem Regime zu schließen, das

38 »Règles à suivre en matière de politique religieuse«, 19. Mai 1943: AN, 2 AG, 492, c.c.72.

39 Der Chef des Zivilkabinetts des Staatschefs Lavagne: »Note sur une politique religieuse de l'Etat français«, 4. August 1941: ebenda. Pétains Exemplar trägt offenbar dessen handschriftlichen Vermerk: »Sehr interessant. Ich gratuliere Ihnen und danke Ihnen«: ebenda, 616.

niemals das ganze Frankreich repräsentierte.⁴⁰ Für den Heiligen Stuhl war Vichy-Frankreich eine vorübergehende Erscheinung des Krieges und keine reelle Macht in einem künftigen europäischen Gleichgewicht, das sich im Zuge einer europäischen Friedensordnung einstellen würde, ja müßte.

Für das Regime von Vichy bot die Botschaft beim Heiligen Stuhl die seltene Chance, authentische Aufschlüsse über die internationale Situation zu erhalten. So berichtete Botschafter Bérard am 2. Februar 1942 an Pétain: »[...] um den Heiligen Stuhl herum gibt es eine sehr aktive kirchliche Propaganda zugunsten Englands und seiner Alliierten.«⁴¹ Diese verharmlose den Bolschewismus und wolle den Heiligen Stuhl davon überzeugen, daß er vom Erfolg der Alliierten nur profitieren könne, selbst wenn Stalin in Europa an Einfluß gewinnen sollte. »Sie haben sich wiederholt bei Pius XII. über seine Zurückhaltung und Vorsicht in Tat und Wort beklagt, die sie auf das Konto von Furcht und Schwäche verbuchen [...]«. Damit, so Bérard, verlangten diese Kreise vom Papst etwas Unmögliches in einem von Hitler eroberten Europa. Für den Heiligen Stuhl seien die Lehre der Kirche und der Totalitarismus des Nationalsozialismus ihrem Wesen nach unvereinbar. »Es steht fest, daß die ganze Frontstellung zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Dritten Reich eigentlich auf diesen unüberbrückbaren Gegensatz im Grundsätzlichen zurückgeht. Dieser Gegensatz ist latent, aber tief und schwer.« Im Verlauf des Krieges hätten der Papst und seine Umgebung immer deutlicher erkannt, »daß es in einem Europa, zu dessen Ordnung und Lenkung Deutschland nach einem totalen Sieg seiner Streitkräfte ausersehen wäre, keinen Platz mehr für die katholische Kirche, ja nicht einmal mehr für das Christentum geben würde«.

Diese Erkenntnis, die von Bérard offensichtlich geteilt wurde, will nicht recht passen zu dem Postulat einer Religionspolitik, wie Lavagne sie ein halbes Jahr zuvor für den Marschall Pétain folgendermaßen definiert hatte: »[...] die katholische Kirche zu begünstigen, die den Glauben der überwältigenden Mehrheit der Franzosen repräsentiert.«⁴² Das Fazit ist einfach zu ziehen: Für die Kirche, für den Heiligen Stuhl war in Hitlers Europa ebensowenig ein Platz wie für Frankreich.

Für Bérard gab es kein »Schweigen« Pius' XII. Denn tatsächlich verurteile der Papst »maßvoll und entschieden«, was es an Unchristlichem in den Plänen und Taten aller Kriegführenden gebe. Dabei höre der Papst nicht auf, an die Bedingungen eines gerechten und dauerhaften Friedens zu gemahnen.⁴³ Bei alledem »wird er die Position politischer Neutralität nicht

⁴⁰ Verschiedene, zum Teil »geheime« Aufzeichnungen über die Konkordatsfrage vom 28. und 30. Januar und vom 3. Februar 1943: ebenda, 492, c.c.72.

⁴¹ Siehe Anm. 25.

⁴² Siehe Anm. 39.

⁴³ Siehe Anm. 25.

verlassen, die er zu bewahren entschlossen ist«, denn er empfinde »Sorge und Verantwortung gegenüber der Gesamtheit der katholischen Welt«. Darüber hinaus gebe es noch einen weiteren Grund für die Zurückhaltung Pius' XII., der »aufgrund seiner Karriere schließlich über langjährige diplomatische Praxis verfügt: Er setzt seine Autorität nicht nutzlos aufs Spiel, er unternimmt im Gegenteil die größten Anstrengungen, sie zu sichern, für den Fall, sie eines Tages im Interesse des Friedens ausüben zu können.«

Damit deckte sich die Auffassung Bérards ganz mit der seines britischen Kollegen aus der Rückschau von 1945.⁴⁴ Jetzt, zu Anfang des Jahres 1942, schloß die Kurie im Hinblick auf einen Gleichstand der Kräfte und Ressourcen Friedensfühler nicht aus. Bérard jedoch hielt sich bedeckt: »Dies ist nur, so möchte ich betonen, eine Hypothese, zweifellos plausibel, aber eine bloße Hypothese.«⁴⁵ Bei einer Neuordnung Europas würden Papst und Kurie, inspiriert von der »italianité«, ohne indes vom Klima des Faschismus befangen zu sein, darauf achten, daß Italien die Folgen des Krieges nicht zu hart zu spüren bekomme. Was Frankreich betraf, so enthielt Bérards Lagebeurteilung bezeichnenderweise nichts dergleichen.

Ende Januar, Anfang Februar 1943 war die vatikanische Politik Vichys gescheitert.⁴⁶ Bérards Avancen in Richtung auf ein mögliches Konkordat wurden von den französischen Kreisen in Rom ungünstig aufgenommen. Auch die Reise des Kardinals Suhard in den Vatikan hatte sich nach der Einschätzung des Zivilkabinetts von Marschall Pétain als Fehlschlag erwiesen: Der Heilige Stuhl sei unter den gegebenen Verhältnissen in Frankreich zu einem Konkordat nicht bereit. Selbst der französische Episkopat wünsche ein Konkordat derzeit nicht. Zu der Klimaverschlechterung hatte nicht zuletzt die Judenpolitik des Regimes beigetragen, neben dem Konkordat der Hauptgesprächsgegenstand zwischen dem Papst und Suhard: »Besonderen Anstoß nimmt man in Rom an der immer schärfer werdenden Haltung des Generalbevollmächtigten für die Judenfragen.« Der Eifer des Generalbevollmächtigten störe die guten Beziehungen zwischen Frankreich und dem Heiligen Stuhl, und überhaupt habe die Gründung des Kommissariats für Judenfragen eine Mauer zwischen den beiden Seiten errichtet.⁴⁷

Seit dem Sommer 1941 wußte das Zivilkabinett um die entschiedene Haltung des Papstes in der Judenfrage: »Denn Papst Pius XII.«, so schloß man dort, »hält sich getreulich an eine ungebrochene Tradition der Kirche, indem er sich gegen jede Verfolgung wendet, die auf einem

44 Siehe Anm. 15.

45 Siehe Anm. 25.

46 Siehe Anm. 40.

47 Vermerk des Chefs des Zivilkabinetts, 30. Januar 1943: AN, 2 AG, 492, c.c.72.

rassischen Kriterium gründet«.48 Seit 1939 habe der Papst immer wieder seine Sorge für die Verfolgten öffentlich zum Ausdruck gebracht – »das Ganze in solchen Wendungen, die es unmöglich machen, darin nicht direkte Anspielungen auf die Juden zu erblicken«. Deshalb hatte Marschall Pétain den Papst im September 1941 wissen lassen, daß die Judenpolitik Frankreichs »total« verschieden sei von der Italiens und »daß ich mich auch in Zukunft an diese Vorgehensweise halten werde«.49 Doch im Februar 1943 war Pétains Position offenkundig haltlos geworden. Möglicherweise hoffte das Regime jetzt noch auf einen Friedensvorstoß Italiens via Vatikan an die Adresse der Alliierten. Entsprechende Gerüchte knüpften sich an die Ernennung des Grafen Ciano zum Botschafter beim Vatikan. Ciano galt als Anhänger der Idee, einen romanischen Block zu bilden.⁵⁰

Wie beurteilte Vichy im Sommer 1943 die »Haltung des Heiligen Stuhles zur internationalen Politik«?⁵¹ Als erfahrener Diplomat werde Pius XII. sich nicht mit einer verfrühten Friedensinitiative kompromittieren, wie es 1917 unter Benedikt XV. der Fall gewesen sei. Pius werde gewiß nur dann seine guten Dienste anbieten, wenn sie von allen Kriegführenden akzeptiert würden. Voraussetzung für eine päpstliche Friedensvermittlung sei die Ausschaltung der totalitären Regime, weil diese das päpstliche Friedensprogramm nicht akzeptieren würden. Im Falle einer Friedenskonferenz werde der Papst mit aller Macht intervenieren, »um dabei die Sache der Schwachen zu vertreten«, was konkret heißen dürfte: zugunsten Italiens und der Wiederherstellung eines unabhängigen Polens. Die katholische Welt, namentlich Spanien und Portugal, unterstütze das päpstliche Friedensprogramm. Der Papst setze auch große Hoffnungen auf die Vereinigten Staaten, viel mehr als auf Großbritannien.

Langfristig aber messe der Papst Frankreich eine große Rolle in Europa zu: »Man kann sagen, daß Frankreich die einzige europäische Nation ist, in der das Papsttum einen aktiven, nachdrücklichen und nachhaltigen Anwalt seiner Position gefunden hat« – im Gegensatz zu dem nicht-katholischen England, dem unbedeutenden Belgien und einem halbherzigen Italien. Nur Frankreich besitze religiöse Eliten, für die die Kurie Bewunderung hege. Und allein der Papst sei in der Lage, den Siegern klarzumachen, daß Frankreich nur dann eine Rolle in Europa spielen könne, wenn es »im Vorfeld«

48 Vgl. undatierten (wohl Sommer 1941) Vermerk des Zivilkabinetts des Staatschefs »Le Saint-Siège et la Question Juive«: ebenda, 452, ccXXIII.

49 Der Chef des Staates an den Botschafter beim Heiligen Stuhl (zwecks Übermittlung an Seine Heiligkeit), 26. September 1941: ebenda.

50 Aufzeichnungen (vermutlich des Geheimdienstes) für den Chef des Zivilkabinetts, 10. März 1943: ebenda.

51 »Note sur l'attitude du Saint-Siège en matière internationale«, ohne Datum, nach Juni 1943, für den Staatschef: ebenda, 494.

wiederhergestellt werde. Was Frankreich betreffe, so gebe es im Grunde eine natürliche Konvergenz zwischen der päpstlichen und der amerikanischen Politik. Deshalb gelte für die französische Politik der Grundsatz: »Hilf dir selbst, dann hilft dir der Papst«.

Nicht nur Vichy-Frankreich, auch das Comité National Français in London beobachtete in dieser Zeit der Kriegswende aufmerksam die Haltung des Heiligen Stuhles. Am 22. April 1943 hatte der Commissaire National aux Affaires Étrangères, René Massigli, die Gelegenheit zu einer vertraulichen Unterredung mit dem britischen Gesandten beim Vatikan, Osborne, der sich einige Wochen »auf Urlaub« in London aufhielt. Osborne gab der Hoffnung Ausdruck, daß es bald möglich wäre, Italien und Deutschland zu trennen, und daß der Abfall Italiens von der Achse alsbald den Abfall Ungarns und Rumäniens nach sich ziehen würde. Was den Heiligen Stuhl betraf, so hielt Massigli aus dem Gespräch fest: »M. Osborne erklärt die Zurückhaltung des Vatikans mit dem großen Wunsch Pius' XII., eine herausragende Rolle in den Friedensverhandlungen zu spielen.«⁵² Eng mit der Friedensinitiative Benedikts XV. vom August 1917 verbunden, »hat er das Scheitern dieser Initiative als persönliche Niederlage empfunden; es drängt ihn, hier wieder anzusetzen, und gerade weil er seine Chancen nicht schmälern möchte, wahrt er im Augenblick eine überlegte Zurückhaltung«.

In dieser Situation war es wichtig, auf eine geeignete Weise offizielle Beziehungen zwischen dem Comité National Français und dem Heiligen Stuhl herzustellen. So hatte Massigli bereits mit Schreiben vom 15. Februar 1943 den Kardinal Tisserant gebeten, als Sachwalter der Interessen des Freien Frankreichs beim Vatikan zu fungieren.⁵³ Nun konnte Osborne berichten, daß »Kardinal Tisserant den Brief gut aufgenommen hat [...] Er hat mit dem Papst selbst die Frage der Vertretung des Kämpfenden Frankreichs beim Heiligen Stuhl besprochen. Der Papst glaubt seine Zustimmung nicht dazu geben zu können, daß ein Franzose mit dieser Vertretung beauftragt wird, schon gar nicht in offizieller Mission. Dagegen erklärt Kardinal Tisserant sich persönlich bereit, uns als Vermittler immer dann zur Verfügung zu stehen, wenn dies notwendig sein wird«. Gleichzeitig erhielt Massigli letzte Klarheit darüber, »daß wir M. Blesson, den Botschaftsrat der Vichy-Botschaft, als einen der unseren ansehen können«.⁵⁴

52 Vermerk, »geheim«, Massigli »Le Saint-Siège et la Paix«, 22. April 1943: MAE, Guerre 1939-1945, Alger 1470, fol. 5.

53 Der Kommissar für die Auswärtigen Angelegenheiten René Massigli (London) an Kardinal Eugène Tisserant (Vatikanstadt), 15. Februar 1943: ebenda, fol. 1 f.

54 Vermerk, »geheim«, Massigli über die Unterredung mit dem britischen Gesandten beim Heiligen Stuhl Sir D'Arcy Osborne in London, 22. April 1943: MAE, Guerre 1939-1945, Londres, CNF 275, fol. 64.

Dennoch war das Ganze mehr als unbefriedigend. In einem Vermerk vom 13. Mai 1943 mußte das Commissariat National aux Affaires Étrangères feststellen: »Die Beziehungen des Kämpfenden Frankreichs mit dem Heiligen Stuhl wurden seit der Bildung des Comité National über Mgr. Godfrey, den Apostolischen Delegaten in London, als Mittelsmann abgewickelt [...] Trotz allem muß deutlich festgestellt werden, daß die Bilanz der verschiedenen Verhandlungen, die wir über den Kanal von Mgr. Godfrey aufgenommen haben, ganz und gar negativ ist.«⁵⁵ Der Grund dafür war leicht gefunden: »Es scheint, daß der Heilige Stuhl im Einklang mit seiner uralten politischen Tradition entschlossen ist, keinerlei Präferenz gegenüber einem neuen politischen Organismus zu erkennen zu geben, die sich störend auf seine Beziehungen zu Vichy auswirken könnte, der in seinen Augen immer noch legalen Regierung.« Schließlicb aber konnte doch eine praktische Lösung für das Problem gefunden werden. Auf Vermittlung von Kardinal Tisserant akzeptierte das Staatssekretariat einen französischen Priester im Vatikan als inoffiziellen Vertreter des Freien Frankreichs. Am 24. Mai nahm Msgr. Julien diese Mission an. Der Apostolische Delegat Godfrey war bereit, fortan dessen Korrespondenz in seinem Diplomatengepäck mitzubefördern.⁵⁶

Kurz zuvor hatten die römischen Reisepläne des Erzbischofs von New York, Francis Spellman, die Phantasie des Commissariat aux Affaires Étrangères beflügelt: »Zweifellos ist der Gedanke erlaubt, daß der Papst diese Gelegenheit hat nutzen wollen, um einen hohen amerikanischen Prälaten mit einer Mission umfassender Art zu betrauen und über ihn den Bischöfen vertrauliche Hinweise zur vatikanischen Politik zu übermitteln.«⁵⁷ Daraufhin kabelte das Washingtoner Verbindungsbüro des Freien Frankreichs nach London: »Bezüglich der Aktivitäten von Monsignore Spellman wird größte Geheimhaltung geübt. Selbst die für gewöhnlich sehr gut unterrichteten diplomatischen Missionen sind diesbezüglich auf Vermutungen (angewiesen?) [...] Was die mit dieser Reise anvisierten Ziele betrifft, kann ich Ihnen lediglich unter Vorbehalt die hier geläufigsten Meinungen mitteilen. Erstens bezüglich Spanien: Versuch, über katholische Kreise die Alliierten günstig zu beeinflussen. Zweitens bezüglich Rom: Bemühung, unter der Autorität des Heiligen Stuhls katholische Elemente Europas zusammenzufassen, die sich im Widerstand gegen den Nazismus (?) befinden, und Versuch, die nationalsozialistische Aktivität durch eine umfassende katholische Aktion zu ersetzen mit dem Ziele, Europa gegen den Kommunismus

55 Commissariat für Auswärtige Angelegenheiten, Vermerk über die Beziehungen zum Heiligen Stuhl, London, den 13. Mai 1943; ebenda, fol. 66.

56 Verschiedene Schreiben und Vermerke, Ende April bis 26. Mai 1943 (Geheimvermerk des Commissariates): MAE, Guerre 1939-1945, Alger 1470, fol. 6, 7, 11, 12.

57 Nationales Französisches Komitee, London, an Libfrance-Washington, Chiffretelegramm Nr. Diplo/273 vom 24. März 1943; ebenda, Londres, CNF 275, fol. 62.

zu schützen; politischer Ausdruck dieser Vorstellung könnte die Formation einer christlich geprägten Donau-Konföderation sein, die einen Block gegen die sowjetische Flutwelle bilden soll.«⁵⁸

Das waren Spekulationen, gewiß, aber immerhin insoweit interessant, als es darum ging, einen Block in Europa gegen die expandierende Macht der Sowjetunion zu bilden. Tatsächlich war die Eindämmung der Sowjetunion die hauptsächliche Sorge des Heiligen Stuhls. Als Msgr. Godfrey dem Commissaire aux Affaires Étrangères am 26. Mai 1943 anvertraute, daß er in Kürze als Geschäftsträger auch bei der polnischen Exilregierung akkreditiert werde, notierte Massigli: »Dabei handelt es sich unbestreitbar um eine Manifestation des Vatikans, der sich anschickt, für Polen in seinem Konflikt mit der UdSSR Position zu beziehen.«⁵⁹ Die vielfältigen diplomatischen Aktivitäten des Vatikans oder um den Vatikan erklären, warum Massigli am 17. November 1943 gegenüber dem Erzbischof von Algier ausführte, »daß das Nationale Französische Befreiungskomitee das größte Interesse daran hat, mit dem Heiligen Stuhl in direkte Beziehungen zu treten, sobald die Situation [in] Rom es erlauben wird.«⁶⁰

Dieser Moment schien mit der Befreiung Roms durch die Alliierten am 4. Juni 1944 gekommen. Einen Tag zuvor hatte das »Comité Français de la Libération Nationale« in Algier den neuen Namen »Gouvernement provisoire de la République française« angenommen, am 6. Juni erfolgte die Landung alliierter Streitkräfte in der Normandie, acht Tage später ist de Gaulle dort und bestellt in Bayeux den ersten »commissaire de la République«.⁶¹ Damit begann ein monatelanges Ringen der Regierung des Generals de Gaulle um die internationale Anerkennung als die legitime und legale Regierung Frankreichs. In diesem Zusammenhang ist das Bestreben Massigli's zu verstehen, »ohne Verzug« offizielle Beziehungen zum Vatikan herzustellen, wie er Kardinal Tisserant am 12. Juni schrieb,⁶² nachdem de Gaulle am Vortage Massigli und anderen telegraphisch erläutert hatte, wie er die delikate Frage der Anerkennung der Hoheit der Provisorischen Regierung gegenüber den Alliierten zu verfolgen gedenke.⁶³

58 Libfrance-Washington an Nationales Französisches Komitee, London, Chiffretelegramm Nr. Diplo/1610 vom 16. April 1943 (»geheim«); ebenda, fol. 63. – Die runden Klammern im Klartext des Fernschreibens bezeichnen Konjekturen oder Unsicherheiten der Entschlüsselung; statt »nazisme« könnte auch »marxisme« gemeint gewesen sein.

59 Vermerk Massigli's, 26. Mai 1943; ebenda, Alger 1470, fol. 13.

60 Zur Weiterleitung an den Kardinalstaatssekretär, Massigli an den Erzbischof von Algier Msgr. Leynaud unter Bezug auf eine Unterredung vom selben Tage, 17. November 1943; ebenda, fol. 3.

61 Charles de GAULLE, *Letres, Notes et Carnets*, [VI:] Mai 1945 – Juin 1951, Paris 1984, S. 13.

62 Der Kommissar für die Auswärtigen Angelegenheiten Massigli (Algier) an Kardinal Tisserant (Vatikanstadt), 12. Juni 1944; MAE, Guerre 1939-1945, Alger 1470, fol. 17.

63 Der Chef der Provisorischen Regierung der Französischen Republik General de Gaulle an

Noch bevor der Chef du Gouvernement Provisoire in dieser Sache zu Präsident Roosevelt nach Washington reiste,⁶⁴ begab er sich am 30. Juni zum Papst – ein Schritt, der dem General persönlich gewiß nicht leicht gefallen ist.⁶⁵ Immerhin brachte die Privataudienz bei Pius XII. einen deutlichen Prestigegewinn für den Chef der Provisorischen Regierung,⁶⁶ denn in der Öffentlichkeit, zumal in Frankreich, entstand sofort der Eindruck, daß der Papst den General anerkannt habe,⁶⁷ und das zu einer Zeit, da mit der Säuberung des hohen französischen Klerus begonnen wurde.⁶⁸ Vom Inhalt der Unterredung wissen wir nur von de Gaulle selbst.⁶⁹ In seiner offiziellen Erklärung hieß es dazu: »Seine Heiligkeit der Papst hegt nach meinem Eindruck große und väterliche Sorge hinsichtlich der Prüfungen, die der Christenheit auferlegt sind. [Er] richtet sein besonderes Interesse auf alles, was die schwierige Gegenwart und die große Zukunft Frankreichs betrifft.«⁷⁰

In seinen »Memoires de Guerre« berichtete der General hingegen in einer Weise von der Audienz, die Alexander Werth ein kleines Meisterstück von »vacherie«⁷¹ nennt: »Den Einsichten seiner ewigen Weisheit folgend, hatte der Heilige Stuhl bis dahin völlige Zurückhaltung gegenüber dem Kämpfenden Frankreich, dann gegenüber der Regierung von Algier gewährt [...] Uns war bewußt, daß die Niederlage Hitlers und seines Systems vom Heiligen Vater gewünscht worden war, und wir wollten daher, soweit wie möglich, Beziehungen mit ihm anknüpfen.« Kardinal Maglione »sah das Verschwinden von Vichy voraus und erklärte, mich als den eigentlichen Chef der französischen Regierung anzusehen [...] Die Zukunft Europas nach der Niederlage des Reiches und dem Aufstieg der Sowjets betreffend, sagte ich, daß die Bedingung eines neuen Gleichgewichtes die innere und äußere Wiederherstellung Frankreichs sein werde. Ich verlangte vom Vatikan, dabei mit seinem immensen Einfluß zu helfen.«⁷²

den Kommissar für die Auswärtigen Angelegenheiten und andere, Fernschreiben vom 11. Juni 1944: Charles de GAULLE, *Lettres, Notes et Carnets*, [V:] Juin 1943 – Mai 1945, Paris 1983, S. 242 f.

64 MORGAN (Anm. 6), S. 723.

65 WERTH (Anm. 21), S. 165.

66 Vgl. LACOUTURE (Anm. 10), S. 782 f.

67 Notiz Msgr. Tardinis vom 2. Juli 1944 auf das Telegramm des Nuntius in Frankreich Nr. 497: ADSS 11, Nr. 266, S. 422 mit Fußnote 5.

68 Der Nuntius in Frankreich Valerio Valeri an Kardinal Maglione, Fernschreiben Nr. 497 vom 29. Juni 1944: ebenda.

69 Vgl. ebenda, S. 422, Fußnote 5.

70 Presseerklärung, ausgegeben im Palais Farnèse (Sitz der französischen Botschaft) zu Rom am 30. Juni 1944: de GAULLE (Anm. 63), S. 256.

71 WERTH (Anm. 21), S. 165.

72 Charles de GAULLE, *Mémoires de Guerre*, II: *L'Unité 1942-1944*, Paris 1956, S. 232 f.

Aber noch wurde diese Lagebeurteilung von Pius XII. nicht geteilt. Davon merkt man in de Gaulles »Memoires« nicht viel, die den Papst an dieser Stelle in den höchsten Tönen als weitsichtigen Denker und Hirten preisen. »Wir sprechen über katholische Völker, deren Schicksal auf Messers Schneide steht. Was Frankreich betrifft, so glaubt er, daß es in erster Linie durch sich selbst bedroht sein wird. Er sieht die Möglichkeit, daß es trotz seiner schweren Schläge zu einer großen Rolle in der Welt zurückfinden wird, in der so viele menschliche Werte in größter Not sind, aber auch die Gefahr, daß es in die Spaltungen zurückfallen kann, die nur zu oft sein Genie lähmen. Deutschland, das ihm aus verschiedener Hinsicht besonders am Herzen liegt, gilt in diesem Moment seine Hauptsorge. ›Armes Volk«, wiederholte er mir gegenüber, ›wie sehr wird es leiden.«⁷³

Das dürfte de Gaulle ebenso wenig gefallen haben wie die eindringlichen Warnungen vor den Sowjets, die – so der Papst – heute nach Polen und morgen nach ganz Mitteleuropa griffen. Der Papst »glaubt, daß die Christenheit deswegen schwerste Prüfungen durchmachen wird und daß einzig und allein die feste Verbindung der vom Katholizismus geprägten europäischen Staaten: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, Portugal, die Gefahr wird bannen können. Mir wird klar, daß dies das grand dessein des Papstes Pius XII. ist.«⁷⁴

Die hier vorausgesetzte Rehabilitation Deutschlands konnte dem General schwerlich gefallen, jedenfalls nicht zu diesem Zeitpunkt. Der Papst dachte jedoch an die Gefahr für das europäische Gleichgewicht, die von Rußland und vom Kommunismus ausgehen müsse, und auch deshalb hielt die Kurie an ihrem Widerstand gegen die Formel der bedingungslosen Kapitulation unbeirrt fest.⁷⁵ Daß die Kurie so unrecht gar nicht hatte, erfuhr de Gaulle wenig später in Washington. Der General war besorgt und betroffen angesichts der Vorstellungen von Präsident Roosevelt, die Welt künftig durch eine Art Vier-Mächte-Direktorat von USA, UdSSR, Großbritannien und China zu kontrollieren und Westeuropa in eine amerikanische Einflußsphäre zu verwandeln.⁷⁶ Monate später kamen auch der Kurie ganz ähnliche Bedenken gegen die Konstruktion der »Organisation der Vereinten Nationen«, die dem Vatikan wie ein Kartell der vorgenannten Großmächte erschien.⁷⁷

73 Ebenda, S. 234.

74 Ebenda.

75 Der Apostolische Delegat in Washington Cicognani an Kardinalstaatssekretär Maglione, 17. Juni 1944: ADSS 11, Nr. 256, S. 411 f.

76 WERTH (Anm. 21), S. 165 f.

77 Aktenvermerk des deutschen Botschafters beim Heiligen Stuhl Ernst von Weizsäcker über eine Unterredung mit Unterstaatssekretär Msgr. Tardini, 8. November 1944 (und weitere Vermerke): Auswärtiges Amt/Politisches Archiv (AA), Botschaftsaktien: Rom-Vatikan 1006. – Von Weizsäcker hatte am 20. Oktober eine Denkschrift über das »Völkerbundsprojekt« der

Die Audienz de Gaulles bei Pius hatte ein für das Freie Frankreich wichtiges mittelbares Ergebnis: Jetzt war der Vatikan mit der Entsendung eines offiziellen Repräsentanten der Provisorischen Regierung einverstanden, jedoch unter der Voraussetzung, daß damit »keinerlei Publizität verbunden werde«.⁷⁸ Verständlicherweise wollte und konnte man sich mit dieser Bedingung nicht abfinden. Am 7. August 1944 telegraphierte Massigli an Hubert Guérin,⁷⁹ den neu ernannten »Bevollmächtigten Gesandten und Delegierten der Provisorischen Regierung der französischen Republik beim Heiligen Stuhl«: Das Ziel seien immer noch normale diplomatische Beziehungen als »Vorspiel zur Errichtung eines vertrauensvollen Einvernehmens zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Frankreich von morgen«.⁸⁰ Gleichzeitig kündigte Massigli an, daß die Wiederherstellung der »republikanischen Legalität« im metropolitane Frankreich auch zu »den notwendigen Anpassungen« beim französischen Episkopat führen werde. Die von der Regierung gewünschte »harmonische Zusammenarbeit« habe »selbstverständlich eine aufrichtige Zustimmung der kirchlicher Würdenträger Frankreichs zur wiederhergestellten Einheit der ganzen Nation« zur Voraussetzung.

Doch ließ sich die Kurie durch solche Drohungen ebensowenig wie durch die freiwillige Resignation Bérards am 24. August 1944⁸¹ zur Aufnahme ordentlicher Beziehungen mit der neuen Regierung bewegen. Selbst als Ende September fast das ganze metropolitane Frankreich fest in der Hand de Gaulles war,⁸² mochte sich der Papst anders als die Regierungen der Alliierten zu einer offiziellen Anerkennung der Provisorischen Regierung und zu normalen Beziehungen nicht verstehen. Dabei verwies der Vatikan auf seinen Grundsatz, daß eine während eines Krieges mit Gewalt begründete Regierung vor Abschluß eines Friedensvertrages nicht anerkannt werden

Alliierten »propos de Dumbarton Oaks« überreicht und notierte u. a.: »Tardini stimmte der von mir ihm vor etwa 14 Tagen übersandten persönlichen Stellungnahme zu diesen Vorschlägen bei. Er wiederholte dann, das ganze Projekt sei nichts als eine Verlängerung der Kriegs-Allianz der »Vereinigten Nationen«. Die gedachte Organisation könne nur so lange funktionieren, als die Alliierten untereinander einig wären [...] Ich ergänzte Tardini's Stellungnahme dahin, daß das Projekt, selbst wenn die Alliierten weiterhin einig bleiben würden, völlig verfehlt sei, da es eben nichts weiter im Auge habe, als die Sicherung von zufälligen Kriegsgewinnen, ohne den lebendigen Bedürfnissen der Völker Rechnung zu tragen. Tardini gab dies zu [...]«.

⁷⁸ Vgl. Fernschreiben aus Neapel nach Algier, 16. Juli 1944: MAE, Guerre 1939-1945, Alger 751, fol. 261.

⁷⁹ Über Guérin vgl. de Gaulle an seinen Bruder, den Senator Pierre de Gaulle, 18. August 1949: »ein sehr zuverlässiger Mann [...], der mir persönlich sehr ergeben ist. Er wird Dir ein guter Rargeber sein [...]«: de GAULLE (Anm. 61), S. 371 f.

⁸⁰ Massigli an den Vertreter der Provisorischen Regierung beim Heiligen Stuhl Guérin, 7. August 1944: MAE, Guerre 1939-1945, Alger 1470, fol. 22 f.

⁸¹ Vgl. CHADWICK (Anm. 5), S. 306.

⁸² De GAULLE (Anm. 61), S. 14.

könne.⁸³ Damit pokerte Pius, wie die Franzosen erfuhren, gegen den Rat seiner Unterstaatssekretäre Tardini und Montini, sehr hoch, zumal er die Frage der sofortigen Aufnahme ordentlicher Beziehungen mit dem Verbleib des Nuntius bei der Vichy-Regierung, Valerio Valeri, im Amte und mit dem Verzicht auf eine Säuberung des französischen Episkopates verknüpfte. Nach zähen Verhandlungen, die zeitweise bis an den Rand des Bruches gingen, lenkte der Vatikan schließlich aber doch auf einen Kompromiß ein, der im Dezember 1944 zur offiziellen Anerkennung der Provisorischen Regierung und zur Wiederherstellung ordentlicher Beziehungen führte.⁸⁴

Daß der Heilige Stuhl im Falle Frankreichs, und das auch noch relativ rasch, von seinen Grundsätzen abwich, ist ein Beweis für die große Bedeutung, die der Vatikan Frankreich gerade zu diesem Zeitpunkt⁸⁵ beimaß. Frankreich war um so wichtiger geworden, als das Schicksal Deutschlands besiegelt schien. Nach dem mißglückten Attentat vom 20. Juli 1944 hatte der Papst die Hoffnung auf einen Umsturz in Deutschland und deshalb auch seinen öffentlichen Widerstand gegen die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation des Reiches aufgegeben. Der Vormarsch Rußlands ließ sich von Deutschland aus nicht mehr bremsen.⁸⁶

Noch bevor in Paris bekannt wurde, daß die Kurie in der Frage des Nuntius zum Einlenken bereit sei und – so Guérin – »daß die Frage der ›Normalisierung‹ der diplomatischen Beziehungen auf einem guten Weg zur Lösung sich befindet«,⁸⁷ warnte die Kanzlei de Gaulles den Generalsekretär des Außenministeriums, Chauvel, vor dem Bruch mit dem Heiligen Stuhl, der von den Gegnern Frankreichs gewünscht werde: Frankreich brauche derzeit – so wie auch nach dem Kriege – mehr denn je die Unterstützung des Heiligen Stuhles. Auch der Heilige Stuhl setze seinerseits die größten Erwartungen in Frankreich, und Pius XII. sei Frankreich gegenüber durchaus günstig gestimmt.⁸⁸

83 Vgl. CHADWICK (Anm. 5), S. 306, sowie die allgemeinen Ausführungen im Zusammenhang mit dem Fall Kroatien in der Einleitung von ADSS 4, S. 46.

84 Verschiedene Dokumente von August 1944 bis Januar 1945; MAE, Z Europe 1944-1949, S-Siège, 2.

85 Über die insoweit weitsichtige, wenn auch nur persönliche Haltung Kardinalstaatssekretär Magliones, der überhaupt als ein großer Freund Frankreichs galt, vgl. die Notiz des britischen Gesandten beim Heiligen Stuhl Osborne während seinesurlaubes in London vom 16. April 1943: Um der doppelten sowjetischen Gefahr in Europa – Kommunismus und russischer Expansionismus – zu begegnen, sei es für Maglione »wesentlich, daß ein starkes Frankreich wiederhergestellt würde«; PRO, FO 371/37538, R3586/174/57.

86 Vgl. REUSCH (Anm. 7), S. 229, 231.

87 Guérin an das Außenministerium, Fernschreiben Nr. 29, 29. November 1944; MAE, Z Europe 1944-1949, S-Siège, 2, fol. 64-66, hier 66.

88 Präsidialamt der Provisorischen Regierung, Abteilung I, an den Generalsekretär des Außenministeriums J. Chauvel, 1. Dezember 1944; ebenda, S-Siège, 5, fol. 3 f.

Diese Einschätzung, die nicht zuletzt auf den frühen Besuch des Generals im Vatikan zurückging, war richtig. Schon im Oktober hatte Guérin Tardini mit den Worten zitieren können: »Vertrauensvolles Einvernehmen und gemeinsames Vorgehen von Frankreich und Heiligem Stuhl werden im Vatikan sehnlich gewünscht, denn das entspräche einem übergeordneten Interesse Europas und der Welt.«⁸⁹ Die offizielle Anerkennung der französischen Regierung durch den Heiligen Stuhl erfolgte »ein wenig verspätet«⁹⁰ am 15. November 1944.⁹¹ Die französische Enttäuschung über diese Verzögerung war jedoch nicht so groß wie umgekehrt die Erleichterung, die beide Seiten ob des doch noch glücklichen Ausgangs empfanden.

In seiner Weihnachtsansprache 1944 ergriff der Papst nach der Meinung des Quai d'Orsay⁹² offen die Partei der westlichen Demokratien.⁹³ Das niemals zuvor so eindeutige Bekenntnis eines Papstes zur Demokratie richtete sich nicht allein gegen das Dritte Reich, den Nationalsozialismus oder gegen den Faschismus, deren Schicksal besiegelt war, sondern auch gegen den Kommunismus und damit unmittelbar gegen den russischen Vormarsch in Europa. Auch die sowjetische Propaganda verstand diese Ansprache als ein Programm für die Nachkriegszeit, »die Proklamation einer Koalition mit den anglo-amerikanischen Demokratien, die Notwendigkeit der Ausrottung des Hitlerismus und die Proklamation der Unabhängigkeit der kleinen Staaten«, was »einer Predigt zugunsten der Bildung eines antisowjetischen Blocks und der Neuauflage der Politik des »cordon sanitaire« gegen die Sowjetunion, traurigen Angedenkens, gleichkomme«.⁹⁴

Damit ließ selbst die sowjetische Propaganda keinen Zweifel an der Realität des russischen Expansionismus. Dem Vatikan nächstehende Kreise bezogen auch ein vom Nationalsozialismus gereinigtes Deutschland in die »europäische Front« ein. Guido Gonella, Papst-Berater und einer der Köpfe der Christdemokraten Italiens, bezweifelte, ob es im Hinblick auf »die Fortsetzung seiner antisowjetischen Funktion« sinnvoll sein könne,

⁸⁹ Guérin an Außenministerium, »streng vertraulich«, 12. Oktober 1944; ebenda, 2. fol. 17-20, hier 19.

⁹⁰ Vermerk für den Minister, 19. Dezember 1944; ebenda, fol. 89 f.

⁹¹ Guérin an Außenministerium, 5. Dezember 1944; ebenda, fol. 69.

⁹² »Pius XII. segnet den unaufhaltsamen Weg der Völker zur Demokratie«: Der Vertreter der Provisorischen Regierung beim Heiligen Stuhl Guérin an Außenminister Georges Bidault, 28. Dezember 1944; ebenda, S-Siège, 8. fol. 19-23.

⁹³ REUSCH (Ann. 7), S. 233 f.; vgl. britischer Gesandter beim Heiligen Stuhl Sir D'Arcy Osborne an Außenminister Anthony Eden, 26. Dezember 1944; »Wir können die Anwesenheit Seiner Heiligkeit auf dem demokratischen Festwagen [englisch: bandwagon] nur begrüßen«: PRO, FO 371/50061, ZM236/38/57. – Text der Ansprache: *Acta Apostolicae Sedis*, Vatikanstadt, 37 (1945), S. 10-23.

⁹⁴ Vermerk des Außenministeriums »Der Vatikan und die internationale Politik«, 4. Mai 1945; MAE, Z Europe 1944-1949, S-Siège, 8. fol. 60-70, hier 68.

Deutschland für längere Zeit zu besetzen oder zu teilen oder gar in eine sowjetische Republik umzuwandeln.⁹⁵

Wie der französische Geschäftsträger beim Vatikan, Bourdeillette, nach Paris zu berichten wußte, habe der Papst den Emissär des Präsidenten Roosevelt, Harry Hopkins, am 30. Januar 1945 vor den Folgen des zu erwartenden völligen Sieges der Sowjetunion für die Zukunft Polens und Ungarns, ja überhaupt vor den Gefahren für das Gleichgewicht in Europa eindringlich gewarnt. Alle Staaten, so Pius XII., hätten das Recht auf Unabhängigkeit und Freiheit. »Die vatikanischen Kreise«, folgerte Bourdeillette, »zeigen sich zufrieden über diesen Meinungs-austausch und sehen in der Visite von M. Hopkins ein Zeichen der Bereitschaft M. Roosevelts, den Heiligen Stuhl von Friedensverhandlungen nicht fernzuhalten«.⁹⁶

Das jedoch war ein Irrtum. Tatsächlich wurde dem Heiligen Stuhl jeder Einfluß auf die Nachkriegsordnung Europas verwehrt – ebenso wie übrigens Frankreich. Im März 1945 waren sämtliche Hoffnungen des Vatikans auf eine Wiederherstellung der alten Ordnung Europas verflogen. Die Chance eines »Kompromißfriedens« war endgültig zerstört, die Niederlage Deutschlands »als Folge eines bis zum Äußersten geführten Kampfes« war total, und Rußlands »übermächtige Position in Europa« schien zementiert.⁹⁷ Damit war die Friedenspolitik Pius' XII. am Ende.

Guérin berichtete an Außenminister Bidault: »Am Vorabend des Sieges der Alliierten kann der Ausgang des Krieges, so wie er sich wohl bald wird einstellen müssen, im Vatikan also nur ziemlich düstere Gedanken hervorrufen. Mgr. Tardini sagte mir zwei oder drei Tage, bevor die Ergebnisse der Krim-Konferenz bekannt wurden, daß es vielleicht eine Chance für Frankreich wäre, nicht an den Entscheidungen beteiligt gewesen zu sein, die in Jalta erarbeitet würden«. Der Kommunismus erscheine dem Heiligen Stuhl »wie eine Art steigender Sumpf, der die zivilisierte Welt zu verschlingen droht. Schließlich nehmen der Verlauf des Krieges und der totale Kriegseinsatz dem Heiligen Stuhl jede Hoffnung, jene Rolle zu spielen, nach der die höchste geistige Autorität der Welt in einer derart bewegten Epoche hätte greifen können«.⁹⁸

Es sei nur natürlich, so Guérin, daß der Heilige Stuhl jetzt »Stützen von außen« suche. »Bei den großen katholischen Nationen ist augenblicklich aus einsichtigen Gründen kein entsprechender Halt zu finden, weder bei

95 Guérin an Bidault, 2. Januar 1945: ebenda, fol. 37-39.

96 Der französische Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl Jean Bourdeillette an das Außenministerium, 2. Februar 1945: ebenda, fol. 41.

97 Guérin an Bidault: »Der Heilige Stuhl vor dem Ausgang des Krieges. Seine Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und mit Frankreich« (zur Unterrichtung des neuen Botschafters Frankreichs beim Heiligen Stuhl Jacques Maritain), 17. März 1945: ebenda, fol. 49-57, hier 50.

98 Ebenda.

Italien, noch bei Spanien. Was Großbritannien betrifft, so hat man dort nur begrenztes Interesse an den Belangen und der Politik des Vatikans.

Diese Beobachtung Guérins ruft die Konstellation der europäischen Mächte gegenüber dem Vatikan in Erinnerung, wie sie sich für die Diplomaten Vichys im Jahre 1943 darstellte. Aber jetzt, 1945, stellten die Vereinigten Staaten von Amerika einen neuen Faktor dar. So würde sich mit den Vereinigten Staaten eine »Tag für Tag herzlichere« Zusammenarbeit entwickeln. Mit neidvollem Respekt betrachtete Guérin die besonderen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Washington. Diese guten Beziehungen ohne historische Parallele seien politisch keineswegs gefestigt. Dennoch sei es unangebracht zu folgern, daß sie nur ephemären Charakter hätten und »daß wir in dieser Hinsicht einen Fuß in die Tür bekommen müssen«. ⁹⁹ Guérin empfahl vielmehr eine Position geduldigen Abwartens: »Der Heilige Stuhl ist im jetzigen Moment geneigt, sich Frankreich zuzuwenden und dort den Rückhalt zu suchen, den keine andere Macht in Europa ihm zu gewähren imstande ist.«

In den folgenden Monaten, so berichtete der französische Botschafter Jacques Maritain, kam die Kurie immer mehr zu der Erkenntnis, daß die Einheit des Deutschen Reiches in der Mitte des geteilten Europas eine Illusion der Vergangenheit sei. ¹⁰⁰ Die Politik der Zukunft mußte nach der Kooperation des Westens und nach der Einigung Westeuropas streben. In dem Maße, in dem der Papst bei der Politik der Westmächte Rückhalt suchte und fand, wuchs auch die Bedeutung des wiedererstarkenden Frankreichs im kurialen Denken: Angesichts der bevorstehenden Tilgung des Reiches von der politischen Landkarte Europas würde allein Frankreich als Großmacht auf dem Kontinent übrigbleiben, um ein Gegengewicht zur Sowjetmacht zu bilden. Der Vatikan dachte nach wie vor in den Kategorien eines europäischen Mächte-Gleichgewichts. Neu war jedoch die Entschlossenheit, mit der der Papst seit der Jahreswende 1944/45 die Partei der westlichen Demokratien ergriff. Dahinter stand wohl die Erkenntnis, daß die Freiheit des Westens, und mit ihr und in ihr die Freiheit der Kirche, nach einer Bündelung aller Kräfte verlangte. Insoweit war die erfolgreiche Wiederannäherung zwischen Frankreich und dem Vatikan eine wesentliche Voraussetzung für die Reorientierung und Reduzierung der vatikanischen Politik auf Westeuropa.

⁹⁹ Ebenda, fol. 52-54.

¹⁰⁰ Der Botschafter Frankreichs beim Heiligen Stuhl Jacques Maritain an Außenminister Georges Bidault: »Der Heilige Stuhl und das deutsche Problem«, 12. Oktober, »Haltung des Heiligen Stuhls zum deutschen Problem«, 24. Oktober, »Pius XII. und das deutsche Problem«, 26. November 1945; ebenda, fol. 127-129, 132-135, 147-149.

Der Widerstand der christlichen Gewerkschafter in Frankreich, 1940-1944*

Von Bruno Béthouart

Am 6. August 1946 wird in der französischen Nationalversammlung ein Gesetz über Sozialleistungen für Familien beraten. Der zuständige Minister und Vater des Projekts, Robert Prigent, kommt aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit.¹ Dasselbe gilt für den Vorsitzenden des zuständigen Ausschusses für Arbeit und soziale Sicherheit, Henri Meck. Ihre Partei, der Mouvement Républicain Populaire (MRP), ist aus dem französischen Widerstand hervorgegangen.

Die Zahl der christlichen Gewerkschafter in der MRP-Fraktion ist mit 40 von insgesamt 150 Abgeordneten (1946) beachtlich,² ihr Einfluß auf die Sozialpolitik beeindruckend. Der Schlüssel zum Verständnis ihres Erfolgs liegt im Widerstand gegen das Vichy-Regime und die Besatzungsmacht. Mehrheitlich erteilten sie der »nationalen Revolution« von Marschall Pétain eine Absage und schlossen sich dem Widerstand an. Diese Entwicklung soll nachfolgend dargestellt werden. Voran geht ein Blick auf die Anfänge der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Anfänge der christlichen Gewerkschaftsbewegung

Schon vor der Gründung des christlichen Gewerkschaftsbundes CFTC (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens) am 2. November 1919 in Paris setzen sich Katholiken aus der Arbeiterschaft und anderen Schichten mit der sozialen Frage auseinander.³ Einen wichtigen Anstoß für ihr soziales Engagement gibt 1891 die Enzyklika *Rerum Novarum* Leos XIII. Die soziale Bewegung, die in die Katholische Aktion einmündet, erhält damit eine klare Orientierung.

* Leicht gekürzte Übersetzung aus dem Französischen.

1 Siehe *Journal des Débats de l'Assemblée nationale*.

2 Jacques TESSIER, *La CFTC. Comment fut maintenu le syndicalisme Chrétien*, Paris 1987, S. 34.

3 Michel LAUNAY, *Le syndicalisme chrétien en France, de 1885 à nos jours* (Bibliothèque d'Histoire du Christianisme 6), Paris 1984, S. 27.

Im Rhonetal bereiten Maurice Guérin und Marius Gonin, der Gründer der im Raum Lyon verbreiteten »Chronique sociale«, der christlichen Gewerkschaftsbewegung den Boden.⁴ Mit der Gründung der Textilgewerkschaft (Union syndicale textile) und der Metallgewerkschaft (Union syndicale métallurgique) in Lille entsteht 1893, zwei Jahre vor Gründung der sozialistischen Confédération Générale du Travail (CGT), der später mächtigsten Gewerkschaft, im Norden ein Zentrum gewerkschaftlichen Wirkens.

Neben diesen Anfängen im Arbeitermilieu entwickelt sich ein weiteres Modell gewerkschaftlicher Arbeit im Umfeld der Frères des Écoles chrétiennes in Paris, deren Spiritualität durch Benoît Joseph Labre geprägt ist. Einer der Erzieher, Frère Hiéron, gründet hier mit ehemaligen Schülern eine Gewerkschaft der Angestellten in Handel und Industrie (Syndicat des Employés du Commerce et de l'Industrie, SECI). Auf das katholische Bekenntnis der Mitgliedschaft wird ausdrücklich Wert gelegt. Jules Zirnheld, Charles Viennet und Gaston Tessier übernehmen die Führung. 1913 zählt die Organisation mehr als 13.000 Mitglieder.⁵ Über Paris hinaus, wo sich die Mehrzahl der Mitglieder befindet, werden Ortsgruppen in Toulouse, Bordeaux, Le Mans, Laval, Calais und Arras gegründet. Die ersten Frauengewerkschaften entstehen um 1900 in Lyon, Voiron (Departement Isère) und Paris. Sie stehen den Schwestern von St. Vincent de Paul nahe. Die Zeitschrift »L'Employé« versucht mit der Rubrik »propos d'un prolétaire« eine Brücke zur Arbeiterschaft zu schlagen.⁶

Der Erste Weltkrieg zerstreut die Aktiven, führt aber auch zu fruchtbaren Begegnungen. So entsteht 1917 in Blois die Zeitschrift »L'âme française«. Mit ihrer Beilage »La Vie Sociale« bietet sie ein neues Diskussionsforum, das Ausgangspunkt für eine breite Sammlungsbewegung der christlichen Gewerkschafter wird, die dann 1919 in die Gründung der CFTC mündet. Zirnheld wird erster Vorsitzender, Gaston Tessier wird Sekretär. Das personelle Gerüst der neuen Organisation kommt aus dem SECI. Die 350 Delegierten vertreten 100.000 Mitglieder. Mit der sozialistischen CGT und ihrer mehr als eine Million zählenden Mitgliedschaft freilich, von der sich 1922 die kommunistische CGTU abspaltet, kann sich die CFTC nicht vergleichen.

Zu den herausragenden Persönlichkeiten der neuen konfessionellen Gewerkschaft gehören Henri Meck, seit 1922 Generalsekretär der Bergarbei-

4 Xavier de MONTCLOS, François DELPECH, Pierre BOLLE (Hrsg.), *Églises et Chrétiens dans la IIe Guerre Mondiale. La région Rhône-Alpes*, Lyon 1978, S. 23 ff.

5 M. LAUNAY (wie Anm. 3), S. 20-25.

6 Dazu Dokumente und persönliche Aufzeichnungen von Jules Catoire, in: Archiv Jules Catoire, St. Nicolas les Arras.

tergewerkschaft in der CFTC,⁷ sowie das »Trio des Nordens«, Charlemagne Broutin, Georges Torcq und Louis Blain. Die Zeitung »Nord Social« wird von vielen christlichen Gewerkschaftern in ganz Frankreich gelesen.⁸ Die Angestellten, die zu Beginn der 30er Jahre in der CFTC noch in der Mehrheit sind, werden von Marcel Poimboeuf geführt. Die regionalen Schwerpunkte der christlichen Gewerkschaften sind dieselben wie die des SECI: der Norden, das Elsaß, der Jura und die Gegend um Lyon und St.Étienne sowie Toulouse, Bordeaux und Nantes mit Umgebung.⁹

Die Metaller in der CFTC entwickeln im Norden Frankreichs, in Paris und in der Region um Nantes Schwerpunkte. Die Mitgliederzahlen bei den Eisenbahnern steigen. Die Bergarbeiter des Pas-de-Calais bilden mit mehr als 10.000 zählenden Mitgliedern die Speerspitze der Gewerkschaftsbewegung im Bergbau. Sie werden von Jules Catoire geführt.

Diese Männer sind gewohnt, im kirchlichen Raum Hindernisse zu überwinden. Oft begegnen sie Indifferenz. Viele geben den allgemeinen Gewerkschaften den Vorzug. Auch müssen sie Einschüchterungsversuchen der Unternehmer widerstehen, vor allem im Metall- und Textilbereich. Sie erfahren jedoch auch Unterstützung von Teilen der katholischen Hierarchie. Das gilt insbesondere für den Kardinal von Lille, Achille Liénart, und Mgr. Saliège in Toulouse.¹⁰

Die Bewährungsprobe von 1936

Die Volksfront von 1936 bringt mit Unterstützung der Kommunisten die Sozialisten und Radikalen an die Macht. Es folgen Streiks und Fabrikbesetzungen. Schon kurz nach Abschluß der Matignon-Verträge am 5. Juni zwischen den Arbeitgebern und der CGT als einzigem Verhandlungspartner zeichnen sich in verschiedenen Berufssparten und Regionen des Landes Versuche ab, eine Monopolgewerkschaft zu schaffen. Im Großraum Paris, in Nancy und im Département Rhône werden CFTC-Mitglieder gedrängt, der CGT beizutreten. An der unteren Loire, in St. Nazaire, wird christlichen Gewerkschaftern mit dem Verlust des Arbeitsplatzes gedroht, wenn sie nicht der CGT beitreten. Das Steinkohlebecken des Pas-de-Calais ist der Ort der schärfsten Auseinandersetzungen. In einem Flugblatt der CGT, das an den den Grubentoren verteilt wird, heißt es: »Auf Beschluß der vereinigten

7 *Dictionnaire des personnalités religieuses d'Alsace*, hrsg. v. Bernard VOGLER, Paris 1987, vol. 2, S. 287 f., Art. »Henri Meck« (Ch. BAECHLER).

8 Archiv der CFTC Lens, Pas-de-Calais.

9 *Dictionnaire du monde religieux dans la France contemporaine*, hrsg. v. André CAUDRON, vol. 3, Paris 1990, Art. »Lille-Flandes«.

10 Jean Louis CLÉMENT, *Monseigneur Saliège, archevêque de Toulouse, 1929-1956*, Paris 1994, S. 35.

Gewerkschaftsorganisation kann keiner von Euch ab morgen, Samstag, den 20. Juni, einfahren, wenn er nicht die Mitgliedskarte des Syndicat des Mineurs du Pas-de-Calais besitzt ...«

Jules Catoire versucht vergeblich mit den Verantwortlichen der CGT zu verhandeln. Wo die Machtverhältnisse ungünstig sind, empfiehlt er das System der doppelten Mitgliedschaft. Wo der Widerstand stark ist, wie in Marles, bleiben die Mitglieder ihrer Gewerkschaft treu. Es gelingt Catoire, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Aus ganz Frankreichs kommen Spenden für diejenigen, die von der Arbeit ausgeschlossen sind. An die Regierung Blum gehen Appelle und die Bitte einzugreifen. Henri Meck wird zusammen mit Maurice Schuman im Arbeitsministerium vorstellig. Die christliche Bergarbeitergewerkschaft wird zum Vorbild, zum Symbol gewerkschaftlicher Freiheit.

Gegen Nationalsozialismus und Besatzungsmacht

Die Konferenz von München läßt viele Gewerkschafter aufatmen. Sie wollen an die Unabwendbarkeit eines Konfliktes nicht glauben.¹¹ Alle jedoch betrachten den Nationalsozialismus als eine Form von Totalitarismus. Die Leitartikel von Georges Bidault in der christlich-demokratischen Zeitschrift »L'Aube« lenken ebenso wie »La Chronique sociale« und die Artikel der Priester Lebreton und Fessard in »Les Études« seit 1938 die Aufmerksamkeit auf die Gefahr des Nationalsozialismus. Die klare Haltung des Papstes bestärkt die christlichen Gewerkschafter und die ihnen nahestehenden Organe in ihrer Haltung. Die Enzyklika Pius' XI. »Mit Brennender Sorge« vom 14. März 1937 wird ebenso in »L'Aube« veröffentlicht wie die Verurteilung des Kommunismus durch »Divini Redemptoris« vom 19. März 1937. Wie der Papst, so verurteilen auch die französischen Christdemokraten die Irrlehren des Marxismus. Hinzu kommt ab Sommer 1940 Kritik an der Strategie der französischen Kommunisten, deren Parteiorgan »L'Humanité«, das jetzt im Untergrund arbeitet, die Bewegung de Gaulles als »von Grund auf reaktionär und antidemokratisch« denunziert.

Bereits am 26. Mai 1940, wenige Tage nach dem deutschen Angriff (10. Mai), zieht sich die Verwaltung der CFIC von Paris in das Departement Maine et Loire zurück. Am Tag des deutschen Einmarsches in Paris (15. Juli) kehrt Tessier in die Hauptstadt zurück und nimmt die Räumlichkeiten der CFIC in seine Obhut. Auf die Gesetze vom 16. August, mit welchen die Regierung Pétain die Auflösung der Gewerkschaften verfügt, antwortet er am 21. August mit einer scharfen Verurteilung. Ebenso wenig zögert er,

¹¹ *Églises et Chrétiens* (wie Anm. 4), S. 55.

die Durchsüchung des Gewerkschaftssitzes durch die deutschen Behörden anzuprangern. In der Folge wird er wie Jules Catoire leidenschaftlicher Anhänger de Gaulles.

Für Robert Prigent ist klar, daß »es zur Verfolgung der Katholischen Aktion kommen wird«. Er beschließt, Widerstand zu leisten, eine Entscheidung, die weniger patriotischen als religiösen Motiven entspringt.¹² Paul Bacon, ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär und später Mitgründer des MRP, sucht nach seiner Demobilisierung im Sommer 1940 das Generalsekretariat der Ligue Ouvrière Chrétienne (LOC) in Lyon auf. In Ste. Foix les Lyon, wo Kardinal Gerlier der christlichen Arbeiterbewegung ein Gebäude zur Verfügung gestellt hat,¹³ trifft er auf Stanislas Fumet, den Chefredakteur der von den Dominikanern herausgegebenen Zeitschriften »La Jeunesse ouvrière«, »Sept« und »Temps Présent«, die den Nazismus bekämpfen,¹⁴ und auf Marcel Poimboeuf, den Führer der Angestelltengewerkschaft, der sich ebenfalls nach Lyon zurückgezogen hat.

Kritik an Marschall Pétain

Es dauert einige Zeit, bis sich erste Kritik rührt. Kardinal Gerlier gesteht später:¹⁵ »Ich habe selbst gesagt: Pétain, das ist Frankreich, und Frankreich, das ist Pétain. Wenn Sie wüßten, wie sehr ich das bereue.« Dabei hatte Gerlier nur ausgesprochen, was die Mehrheit der Katholiken und ihrer Bischöfe sowie die Mehrheit der Franzosen 1940 denkt. Manche, wie der Bischof von Arras oder Kardinal Liénart, sind dem »Helden von Verdun« persönlich verbunden. Arras ist Pétains Geburtsort. Liénart wurde von Pétain im Ersten Weltkrieg ausgezeichnet. Manche betrachten ihn als Mann der Vorsehung, der das Land »wiederherstellen« werde.

Einige Bischöfe lassen es also offensichtlich an der Distanz fehlen, die politische Klugheit gebietet. Andere Würdenträger indessen sind schnell von den Ansichten des Marschalls enttäuscht und halten mit Kritik nicht zurück. So kritisiert Saliège die Schulpolitik. Für Unruhe unter den Bischöfen sorgen 1941 Pläne für eine Einheitspartei und eine staatliche Jugendorganisation. Schließlich erinnert Saliège daran, daß »unser Gott nicht der Staat, nicht die nationale Gemeinschaft« sein darf.

12 Interview mit Robert Prigent, 27.12.1991.

13 Interview mit Paul Bacon, 25.7. 1992.

14 *Églises et Chrétiens* (wie Anm. 4), S. 169, 174-176 und 337.

15 Archiv der Assumptionisten, Rom, Papiers Merklen, cahier J 519, S. 78.

Der Kampf gegen die Charta der Arbeit

Im Juli 1940 sucht Zirnheld als Vorsitzender der CFTC das Gespräch mit den Behörden des Vichy-Regimes. Auch die CGT macht einen Vorstoß. Die Gewerkschafter müssen nicht lange warten, um über die Absichten der Regierung aufgeklärt zu werden.

Bei der Einbringung des Gesetzes vom 16. August 1940 über »die vorläufige Organisation der industriellen Produktion« fordern die Vertreter der Regierung, namentlich der Minister für industrielle Produktion und Arbeit René Belin, nicht nur eine schnelle Wiederbelebung der Produktion. Sie stellen auch die bestehende soziale Ordnung in Frage und fordern eine völlige Neuordnung der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen.¹⁶ Artikel 1 schafft »die Verbände ab, die auf nationaler Ebene die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zusammenführen«. Damit ist die CFTC ebenso aufgelöst wie die CGT und der Verband der Arbeitgeber. Artikel 2 setzt für jede Industrie- oder Handelsbranche ein Organisationskomitee ein, das vorläufig mit der Leitung der Produktion beauftragt wird. Die örtlichen Gewerkschaften sind der Kontrolle dieser Organisationskomitees unterworfen. Die Ausführungsbestimmungen der Auflösungsdekrete erscheinen im Journal Officiel vom 9. November 1940. Das von neun Vertretern der CGT und drei christlichen Gewerkschaftern (Maurice Bouladoux, Gaston Tessier und Jules Zirnheld) unterzeichnete »Manifest der Zwölf« vom 15. November verurteilte die Maßnahmen des Vichy-Regimes.

Im Oktober konstituiert sich auf Initiative von Louis Naillot vom regionalen Gewerkschaftsbund im Departement Rhône (Union Départementale du Rhône) und Marcel Poimboeuf, dem Generalsekretär des Angestelltenverbandes (Fédération des Employés) in der Südzone, ein »interregionales Verbindungskomitee der christlichen Gewerkschaftsorganisationen«.¹⁷ Paul Bacon, Führungsmitglied der Ligue Ouvrière Chrétienne (LOC) und Redakteur der Zeitschrift »Monde Ouvrier«, flieht nach Lyon und gründet dort das Centre Ouvrier d'Études et d'Information (COEI), das sich zum Ziel setzt, die Gewerkschafter gegen »die Bauernfängerei« mit der geplanten Charta der Arbeit zu schützen, mit der das Vichy-Regime die Gesellschaft auf eine korporatistische Grundlage stellen will.

Uneinigkeit in den Gewerkschaften

Die Ablehnung der Charta wird freilich nicht von allen christlichen Gewerkschaftern geteilt und noch weniger von der Gesamtheit der französischen

¹⁶ M. Launay, *Les Syndicats chrétiens du Nord de la France, 1940-1944*, in: *Revue du Nord* 238, Juli-Sept. 1978, S. 475-495.

¹⁷ Bericht von Jules Catoire, Archive Catoire (wie Anm. 6).

Katholiken. Viele erwarten von Pétain Rettung von den »Übeln der Zeit«. Die ständestaatlichen Prinzipien widersprechen nicht der päpstlichen Soziallehre. Sie zeigen einen Ausweg aus dem Klassenkampf. In der Führung der CFTC widersetzt sich Jean Pérès, der Sekretär der Metallergewerkschaft, der auch Charlemagne Broutin als Verantwortlicher des Regionalverbandes Nord angehört, am entschiedensten einer kategorischen Ablehnung der Charta. Die Gewerkschaftszentrale ist damit nicht nur offiziell aufgelöst, sondern auch noch in zwei Lager geteilt, die »Lyoner Gruppe« und die »Pariser Gruppe«.

In dieser Situation stützt sich Gaston Tessier auf die Lyoner Gruppe und auf die regionale Union des Nordens. Die Union Départementale (UD) des Pas-de-Calais ist die Seele ungebrochenen Festhaltens am freien Gewerkschaftswesen. Jeder Versuch der Beeinträchtigung ihres Wirkens, woher er auch kommt, wird von den Freunden Catoires sofort zurückgewiesen. Am 17. November 1940, nach der Auflösung der CFTC, erklärt Louis Delaby in Lens:¹⁸ »Was die Gegner gewerkschaftlicher Freiheit nicht geschafft haben, was die geschworenen Feinde der christlichen Gewerkschaftsbewegung in 20 Jahren nicht erreicht haben, das schafft diese aus unserem Unglück geborene Regierung im Handumdrehen ... Wir wollen nicht glauben, daß der Auftrag der christlichen Gewerkschaftsbewegung in einem Moment beendet ist, in dem er sich tatsächlich mehr als je zuvor als unverzichtbar erweist.« Der Präsident der aufgelösten CFTC, Jules Zimheld, erklärt: »Wenn wir unsere Pflicht erfüllt haben, wird die Vorsehung uns helfen; wenn man uns zwingt, gegen unsere Pflicht zu handeln, dann hören wir auf.« Wenige Wochen später, am 28. Dezember, verstummt die Stimme Zimhelds für immer. In einem Rundbrief vom 4. Januar 1941 schreibt Tessier:¹⁹ »Wir können sagen, daß die jüngsten Ereignisse ihn sehr betroffen haben. Sie haben seinen Lebensweg verkürzt.«

Im Dezember 1940 organisiert Jean Brodier vom Bund freier Gewerkschaften (Union Départementale des Syndicats Libres) im Departement Haute Garonne in Toulouse ein Treffen, um regelmäßige Kontakte zwischen den nun im Untergrund arbeitenden Vertretern der CFTC und der CGT zu arrangieren. Toulouse ist ein Zentrum des Widerstandes im unbesetzten Teil Frankreichs geworden. Am 1. Mai 1941 erklärt Mgr. Saliège zum Fest der Arbeit in der Basilika Notre-Dame de la Daurade:²⁰ »Man kann Frankreich nicht wiederaufbauen, wenn man Eure Rechte nicht beachtet ... Ich bete für die Freiheit der Gewerkschaften.«

¹⁸ Louis DELABY, *La Trouée*, Liévin 1977, S. 129 und 135.

¹⁹ Bericht von J. Tessier für die CFTC, Paris, 31. 1. 1974, in: Archiv Catoire (wie Anm. 6).

²⁰ J.L. CLÉMENT (wie Anm. 10), S. 179.

Welch ein Unterschied zu den Ausführungen des Bischofs von Arras, Mgr. Dutoit, der im Januar 1941 erklärt: »Die Kollaboration ist das Zeichen, unter dem man den zukünftigen Frieden schließen muß, wenn er von Dauer sein soll.«

1941 findet ein im Untergrund vorbereitetes Papier weite Verbreitung, das an die traditionelle Position der christlichen Gewerkschaften zugunsten des »syndicat libre dans la profession organisée« erinnert. Marcel Poimboeuf wird beauftragt, diese Position in eine Kommission einzubringen, die mit dem Entwurf der zukünftigen Charta beauftragt ist. Zusammen mit Tessier erhebt er öffentlich Protest gegen das Votum zugunsten der Einheitsgewerkschaft.

Am 20. Juli richten die Verantwortlichen der Union Régional der christlichen Gewerkschaften Nordfrankreichs an Marschall Pétain eine Denkschrift, die zuvor Kardinal Liénart vorgelegen hat.²¹ Sie erinnern an den Grundsatz gewerkschaftlicher Freiheit in den Berufsverbänden und betonen ihr Festhalten am gewerkschaftlichen Pluralismus. Liénart unterstützte in einem Begleitwort diese Haltung. Jedoch verlangt er in einer Veranstaltung in Lille im Juli 1941, die Gewerkschafter sollten »nicht eine rein ablehnende Haltung einnehmen«. Broutin glaubt weiterhin an einen Ausgang zugunsten gewerkschaftlicher Freiheit, wie er am 22. August 1941 in einem Brief an Kardinal Liénart kundtut. Vor allem aber warten die Gewerkschafter auf den Gesetzestext.

Das Gesetz vom 4. Oktober 1941 über die »Charta der Arbeit, veröffentlicht im Gesetzblatt vom 26. Oktober, verändert grundlegend die gewerkschaftlichen Strukturen: Die Einheitsgewerkschaft wird auf allen Ebenen eingeführt, betrieblich, lokal, regional und national. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gemeinsame Organismen schaffen, um berufliche und soziale Konflikte zu regeln. Artikel 73 legt fest, daß die Mitglieder der Gewerkschaftsleitung von der Verwaltung bestimmt werden.

Bei einem Treffen in Lens am 4. November 1941 entscheiden sich die christlichen Gewerkschafter des Pas de Calais im Interesse des gewerkschaftlichen Pluralismus und gewerkschaftlicher Freiheit für eine »würdige Form der Enthaltung«.

Ablehnung oder Zustimmung unter Bedingungen?

Die Gesamtheit der nationalen Gewerkschaftsvertreter verurteilt das neue Gesetz. Aber die Führung bleibt in diesem November 1941 über die Frage gespalten, welche Haltung man einnehmen soll. Einige wollen aus Realismus

²¹ Archiv Catoire (wie Anm. 6).

oder aus Neigung für Vichy »den Versuch wagen«, andere lehnen die staatliche Einmischung ab und plädieren für eine bedingungslose Ablehnung. Die Diskussion bleibt am Ende des Jahre 1941 offen.

Jules Mennelet organisiert am 16. November in Paris ein Treffen der EX-CFTC. Im Gefolge von Gaston Tessier, Georges Torcq, Charlemagne Broutin und Jules Catoire verteidigen die Männer aus dem Norden ihre Entscheidung gegen ein Arrangement mit der neuen Lage. Ein Teil der Delegierten hinter Jean Pérès will, obwohl auch sie das Gesetz ablehnen, den Versuch bedingter Zustimmung wagen. Am nächsten Tag beschließen die Vertreter aus dem Norden, Pétain zu schreiben, um »ihre große Enttäuschung« über die Charta auszudrücken, die »das genaue Gegenteil von dem bezweckt, was wir anstreben«. Zusammenfassend verlangen die Gewerkschaftsführer in ihrem Schreiben, vor der Umsetzung des Gesetzes »die Gesamtheit des Problems neu zu überdenken, damit ein furchtbares Mißverständnis sich nicht noch verschlimmert. Die Charta muß das Vertrauen der Arbeiterschaft gewinnen, um Früchte zu tragen. Dieses Vertrauen aber besteht nicht.«

Am 15. Februar 1942 wird in Paris ein Verbindungskomitee des christlichen Gewerkschaftsbundes geschaffen; es bestätigt die strikte Ablehnung der Einheitsgewerkschaft und beschließt »neue Vorstöße zu unternehmen, um den gewerkschaftlichen Pluralismus zu erhalten.« Die Hoffnung auf eine Änderung der Regierungsposition bleibt lebendig. Tessier weist nach wie vor jede Form des Arrangements zurück. Am 7. und 8. September 1942 zeigen indes die ersten Ausführungserlasse zum Gesetz vom 4. Oktober, daß alle Hoffnungen auf ein Revirement vergebens waren.

Das Vertrauen der Gewerkschafter in die Gerechtigkeit ihres Kampfes wird durch Mitglieder des Klerus bestärkt. So ergreift der Generalvikar der Diözese Arras, Mgr. Hoguet, in einem Briefwechsel mit Pater Villain S.J., dem Direktor der Action Populaire, eindeutig Partei für diejenigen, die eine Mitwirkung im neuen System verweigern. Im Namen des Naturrechts auf freie Vereinigung und wegen des Eingriffes in die Wahlfreiheit der Arbeiter spricht er der Einheitsgewerkschaft jede Legitimität ab: »Wäre es nicht schlimm, wenn das Volk den Eindruck bekäme, daß wir Katholiken, nachdem wir alle unsere Freiheiten erlangt haben, die seinigen leichtfertig verspielen? Wir würden die Arbeiterklasse von uns stoßen, und es würde viele Jahre dauern, um den Schaden wiedergutzumachen, den wir verursacht hätten.«

Eine Minderheit der Gewerkschafter des Nordens, eine Mehrheit der christlichen Gewerkschafter von der Seine und andere aus der freien Zone teilen diese Ablehnung nicht. Die Tendenz zum Arrangement wird verstärkt durch die Veröffentlichung einer Erklärung des Episkopats vom 22. Oktober 1942, mit der die christlichen Gewerkschaftern aufgefordert werden, die Charta zu akzeptieren.

Angesichts dieser undurchsichtigen Situation fordern die Gewerkschaften des Nordens Tessier auf, für den 15. und 16. Mai 1943 eine Generalversammlung einzuberufen. Sie beschließt ein formelles Verbot der Mitwirkung in den gesetzlich geschaffenen neuen Organen. Ein geheimes »Nationales Verbindungskomitee« unter der Leitung eines Zentralbüros wird gegründet, dem Gaston Tessier als Vorsitzender und Jean Brodier als Sekretär vorstehen. Das Sekretariat des Komitees wird beim Gewerkschaftsbund des Département du Nord angesiedelt. Robert Vansielegem stellt den Betrieb sicher.

Der Verband der Eisenbahner schließt sich nach anfänglichem Zögern am 19. Dezember 1943 an. Nur die Fédération Française des Syndicats Professionnels de Marins (FFSPM), der Gewerkschaftsverband der Hochseefischer, fügt sich nicht den Beschlüssen.²² Seit 1932 der CFTC angeschlossen, ist diese 6000 Mitglieder starke Gewerkschaft, davon allein 3000 in der Bretagne, ähnlich wie die Bauernverbände, gegenüber Vorschlägen der Regierung empfänglich, die auf die Einrichtung einer Berufskorporation, eine neue institutionalisierte Berufsausbildung und ähnliches zielen.

In den Organisationen des Widerstandes, die entstehen, kann die CFTC nun mit einer Stimme sprechen. Mit Hilfe des zwischenverbandlichen Komitees der Résistance organisieren Delegierte der CFTC mit der CGT eine gemeinschaftliche Widerstandsaktion. Am Sitz der CFTC-Gewerkschaft Union de l'Ouest des Cheminots (Eisenbahner des Westens) in der Rue de Budapest 16 in Paris kommen die Abgesandten der beiden großen Zentralen zusammen. Ende des Jahres 1943 findet ein Treffen von 25 christlichen Gewerkschaftern und 30 Vertretern der CGT in Toulouse statt. Eine Delegation wird von Mgr. Saliège empfangen.

Die Übereinstimmung im großen, welche in den Jahren 1942/43 in der CFTC erreicht wurde, darf nicht den Einsatz einzelner und kleiner Gruppen von christlichen Gewerkschaftern gegen die Vichy-Regierung und die Besatzer vergessen machen.

Im Widerstand

Ende 1940 nimmt Marcel Poimboeuf, der sich nach Lyon zurückgezogen hat, Verbindung mit der Widerstandsbewegung »Combat« von Henri Frenay und der »Libération Sud« von Emmanuel Astier de la Vigerie auf. Er wird Mitglied des Exekutivkomitees der Bewegung »Libération«, dem Mitglieder der CGT und der Sozialistischen Partei (PS) angehören sowie der ehemalige Gewerkschaftsführer Yvon Morandat aus Savoyen. Morandat war im Juni 1940 nach London gegangen. Im Oktober 1941 springt er in der Gegend

²² Archives Nationales, Fonds FFSPM, 50 AS.

von Toulouse mit dem Fallschirm ab. Seine Aufgabe soll es sein, die Widerstandsaktionen der Gewerkschafter zu koordinieren. Zunächst von Jean Brodier et Marcel Vanhove in Empfang genommen, geht er nach Lyon, wo er, versteckt im Hause von Louis Naillod in Villeurbane, die Gewerkschafter ermutigt, sich stärker am Kampf für die Befreiung zu beteiligen.

Die französische Arbeiterbewegung (Mouvement Ouvrier Français, MOF), Ergebnis des Willens gewerkschaftlicher Einheit im Widerstand, nutzt den 1. Mai 1942, um an den Internationalen Gewerkschaftsverband einen Kampfaufruf gegen die Besatzer zu richten. Sie erinnert an ihren Wunsch, »bei der Sabotage der Fabrikation für den Feind im Rahmen unserer Möglichkeiten zu helfen«. Am 14. Juli findet in Lyon ein großer Protestmarsch statt. Im Oktober 1942, als die ersten Listen von Zwangsarbeitern publik werden, ruft die MOF zum Streik auf.

In der besetzten Zone

Hier ist das Risiko des Widerstands erheblich größer. Zwischen November und Dezember 1940 gründen Gewerkschafter ein »Komitee für wirtschaftliche und gewerkschaftliche Studien«, aus dem die »Befreiungsbewegung Nord« (Libération Nord) hervorgeht. Einige Treffen finden im Pariser Domizil von Paul Vernayras statt, dem Delegierten der Union Départementale (UD) Aube der CFTC.²³ Die Verbindung mit London wird durch Pierre Brossolette hergestellt. Er ist Mitglied der Widerstandsgruppe des Colonel Rémy, der Confrérie Notre Dame. Die Postgewerkschafter organisieren Widerstand in den Behörden. Mit Hilfe des Vorsitzenden der UD Saône et Loire der CFTC, Edouard Morin, – das Département Saône et Loire ist durch die Demarkationslinie zweigeteilt – kann ein geheimer Grenzverkehr organisiert werden.

In Nordfrankreich sind christliche Gewerkschafter an der Bewegung »Stimme des Nordens« (Voix du Nord) beteiligt. Sie wird von dem Christdemokraten Natalis Dumez und dem Sozialisten Jules Notour geleitet. Dumez und Notour gründen im September 1940 ein geheimes Fluchthilfenetz. Ebenfalls gründen sie ein Blatt, aus dem die Tageszeitung »La Voix du Nord« hervorgeht, die zunächst mit einer Auflage von 900, dann mit 4000 Exemplaren erscheint. Der Industrielle Jean Catrice, vor dem Krieg Mitglied des Parti Démocrate Populaire (PDP), übernimmt in der Folge die Funktion des Delegierten der Voix du Nord im Conseil National de la Résistance (CNR).

²³ Interview mit Paul Vernayras, 4.3.1993.

Die »Organisation Civile et Militaire« (OCM) stellt ebenfalls einen bevorzugten Ort des Engagements für die Mitglieder der CFTC dar. Sie geht auf ein Treffen von Zivilisten und Militärs zurück, das Ende 1940 stattfand und formierte sich 1941 als Widerstandsgruppe in der besetzten Zone. Der CFTC-Funktionär Jean Delvallez nimmt eine führende Stellung ein. Robert Prigent wird als Delegierter der OCM für die Assemblée Consultative in Algier benannt. Die Suche nach einem Kader für die Organisation, die Ausbildung kleiner Gruppen für die Sabotage, der Nachrichtendienst, die Bildung von Fluchthilfenetzen und ein Dienst für gefälschte Papiere zählten zu den Zielen. Mit der Verhaftung eines Kontaktmannes der Gruppe, Roland Farjon, in Paris am 23. Oktober 1943 gelangt die Gestapo in den Besitz der Namen der Verantwortlichen der OCM von Arras und Frévent. Fernand Lobbedez, ehemaliger Bürgermeister von Arras, und A. Guidet, Bürgermeister von Bapaume, werden in die Todeslager verschleppt.

Im Freien Frankreich

Einige Gewerkschafter gehen auf Bitten des Comité National Français, in dem sich schon die zukünftige Nationalversammlung abzeichnet, in den freien Teil Frankreichs. Im April 1943 wird Marcel Poimboeuf dazu bestimmt, neben Georges Buisson von der CGT die CFTC zu repräsentieren. Über Radio London klagt er die Zwangsarbeit an.

Im Herbst 1941 entschließt sich der im Januar 1941 aus Ungarn zurückgekehrte Jesuitenpater Chaillet, Professor für Theologie in Fourvière, sich in das Abenteuer des »Témoignage Chrétien« zu stürzen.²⁴ Das erste Heft unter dem Titel »France, prends garde de perdre ton âme« vom November 1941 wird zunächst in der Rhonegegend verteilt. Bald aber findet »Témoignage Chrétien« überall in der Freien Zone Verbreitung. Von 1943 an wird eine Kurzfassung in den Arbeitervierteln und in den Firmen verteilt. So erreicht man breite Volksschichten. Die Verteilung zielt nicht nur auf eine räumlich weite Verbreitung, es sollen auch alle sozialen Schichten erreicht werden. 150.000 Exemplare werden in Umlauf gebracht.

Erste Bemühungen, »Témoignage Chrétien« über die Demarkationslinie nach Norden zu bringen, bleiben ohne Erfolg, bis René Théry und Jules Catoire den Aufbau eines Verteilernetzes für die Departements Nord und Pas-de-Calais übernehmen. Der Sitz der Union de l'Ouest des Cheminots in der Rue de Budapest in Paris dient als Lager, von wo aus Marcel Vanhove die Verteilung für die nördliche Zone sichert. Als theoretisches Organ bietet

²⁴ *Églises et Chrétiens* (wie Anm. 4), Art. «TC dans la région Rhône-Alpes» (Renée Bedarida), S. 245-247.

»Témoignage Chrétien« der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein Forum und einen geistigen Bezugspunkt zugleich.

Die Befreiung

Ab Herbst 1943 vervielfachen sich die Widerstandsaktionen. Der Sitz der Union de l'Ouest des Cheminots in Paris wird zum Nervenzentrum der »Résistance-fer«, des »eisernen Widerstandes« der Eisenbahner. Sie beliefern die Alliierten mit Auskünften über die Zugbewegungen und sorgen dafür, daß die Verantwortlichen der Widerstandsbewegungen ihre Ziele erreichen. Der Gewerkschaftssitz ist zugleich Treffpunkt des geheimen Vorstandes der CFTC und verschiedener Widerstandsgruppen. Auf Initiative des Generalsekretärs der Jeunesse Étudiante Chrétienne, des Jurastudenten Charles Verny, wird in Paris die »Organisation Civile et Militaire des Jeunes« (OCMJ) gegründet.

Manchmal wagen es Gruppen der Francs-Tireurs-Partisans oder der Organisation de la Résistance de l'Armée die Besatzer herauszufordern. Joseph Martin aus Auray, Mitglied des Parti Démocrate Populaire (PDP) und der Widerstandsbewegung Voix du Nord, führt im Kohlegebiet des Pas-de-Calais ein 600 Mann starke Gruppe an, zu der zahlreiche Bergleute aus der CFTC gehören. Sie errichten Verstecke, betreiben Sabotage, retten englische Piloten, schmuggeln, verbreiten Zeitschriften usw. Seit 1944 kommt es zu bewaffneten Aktionen.

Opfer unter den Gewerkschaftern

Überall in Frankreich fallen Gewerkschafter dem Kampf zum Opfer, besonders in den Partisanengruppen. Georges Bernard, 22 Jahre alt, wird nach zweifachem Todesurteil erschossen. André Etcheverlopoo, Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft von Toulouse, wird von der Miliz erschossen. Der stellvertretende Sekretär der UD von Montauban, Labouisse, wird als Partisanenkämpfer gehängt. Der Vorsitzende der örtlichen Gewerkschaftsbundes von Montluçon, Forest, wird bei militärischen Operationen getötet, ebenso Côme Chevalier vom Syndicat Libre des Mineurs (SL) des Pas-de-Calais. Henri Clément, Vorsitzender des Angestelltenbundes und Mitglied des Vorstandes der CFTC, und Yves Bodiguel, Sekretär der UD Loire-Inférieure, kommen in Konzentrationslagern ums Leben. Gilbert Dru von der Jeunesse Étudiante Chrétienne und Francis Chirat von der Jeunesse Ouvrière Chrétienne werden in der Unterkunft von Maurice Guérin, der von der Gestapo gesucht wird, verhaftet und am 27. Juli erschossen.

Fest steht allerdings, daß der bewaffnete Kampf von den militanten Kommunisten der CGT mit größerer Entschiedenheit geführt wird als von den christlichen Gewerkschaftern. Sie bevorzugen andere Formen des Widerstandes, die weniger gewalttätig sind und mehr in Übereinstimmung mit ihren religiösen Überzeugungen stehen.

Präsenz in den politischen Instanzen

Auf Drängen der Emissäre von General de Gaulle regroupiert sich der innere Widerstand. Am 27. Mai 1943 begrüßt Jean Moulin als Vertreter der Führung des Freien Frankreich in der Rue du Four den Conseil National de la Résistance (CNR). Gaston Tessier, der die CFTC vertritt, wird zum Vorsitzenden der Kommission für Nachschub und Versorgung gewählt. Jean Brodier wird Mitglied der Kommission für Arbeit. Paul Bacon tritt in die Mannschaft von Georges Bidault ein, der nach der Verhaftung von Jean Moulin, alias »Rex«, die Leitung des CNR übernimmt. Paul Bacon wird Mitglied der Gruppe für politische Planung. Sie ist beauftragt, die Zukunft des Landes vorzubereiten. Dabei geht es vor allem um die Organisation der Arbeit und den Platz der Gewerkschaften, die Reform der Unternehmen und die Art und Weise der Beteiligung der Arbeiter.

In der Assemblée Consultative in Algier ist neben Marcel Poinboeuf ein anderer Widerstandskämpfer gewerkschaftlichen Ursprungs sehr aktiv, Robert Prigent. Er wird schnell Sekretär der Gruppe »Résistance«. Mit dem Verfassungsrechtler Hauriou erarbeitet er im Namen der Gruppe »Résistance« ein Gesetz, das nach der Befreiung in Kraft treten soll: das Wahlrecht für Frauen. In kleineren Zirkeln treffen sich in Algier Christen wie François de Menthon, Diethelm und Bourgoin mit dem Dominikanerpater Carrière. Aus ihren Gesprächen geht eine kleine Broschüre mit dem Titel »Un groupe de catholiques prend position« hervor.

Die Assemblée Consultative Provisoire löst die Versammlung von Algier nach der Befreiung Frankreichs ab. Im Oktober 1944 werden vier Funktionäre der CFTC als Vertreter in diesem Gremium ernannt: Maurice Guérin, die Seele des Widerstands in Lyon, Marcel Poinboeuf, der inzwischen aus Algier zurückgekehrt ist, André Paillieux, der Mann der Eisenbahner, und Jules Catoire, der Mann der Bergarbeiter. Mit ihnen nehmen an den Sitzungen teil Gaston Tessier für den CNR und Paul Vernayras für die Résistance. Ihre Redebeiträge behandeln Fragen der Lohnpolitik, die Forderung eines gesetzlich gewährleisteten Mindestlohnes, die Anhebung der Familienunterstützung, Hilfe für alte Arbeiter und ähnliche Fragen. Sie fordern Nationalisierungen, die Einrichtung einer Sozialversicherung, die Wahl von Betriebsräten und das Recht gewerkschaftlicher Betätigung für Beamte.

Die Befreiungskomitees in den Departements

In den einzelnen Departements entstehen ab Ende 1943 Befreiungskomitees (Comités Départementaux de Libération, CDL). Am 23. Oktober konstituiert sich das Pariser Komitee. André Paillieux vertritt die christlichen Gewerkschafter. Das Komitee trifft allerdings nur einmal zusammen, weil die Gestapo Mitglieder beobachtet. Eine kleine Gruppe trifft sich später in der Wohnung von Paul Vernayras in der Rue Manin. In Caen wird Armand Huet, ein Funktionär der Eisenbahngewerkschaft, Sekretär des CDL des Calvados. Marius Crozet vertritt die CFTC im CDL von Lyon und Louis Naillod im Departement Rhône. Andere Gewerkschafter sind in dieser Instanz des Widerstandes anwesend: Rose, der in Savoyen den Vorsitz übernimmt, César Monnet, Antoine Buisson und Mlle Coutaz im Departement Ain.

Das Befreiungskomitee des Departements Nord wird von Jean Catrice gegründet. An seine Seite tritt als Emissär de Gaulles und Kommissar der Republik François Louis Closon. Das erste Treffen findet am 6. November 1943 im Hause von Jules Defaux statt, dem zukünftigen Vorsitzenden des MRP im Departement Nord. Jules Catoire wird beauftragt, Félix Cabouat, den von de Gaulle für das Departement Pas-de-Calais gewählten Kommissar der Republik zu begleiten. Ende November hält das Befreiungskomitee dieses Departements in Lens seine konstituierende Sitzung ab. Jules Catoire wird Sekretär. Félix Pierrain, alias »Dominique«, vertritt die CFTC.²⁵

In einigen Regionen, wie z.B. im Süd-Westen, führt das Übergewicht der Kommunisten in den Befreiungskomitees zu Spannungen mit den anderen Gruppen. In Toulouse bestehen Spannungen zwischen dem Komitee und dem Kommissar der Republik.²⁶ Mgr. Saliège unterstützt seit September 1944 die Schaffung christlicher Komitees. Diese wollen Christen nach dem Beispiel der CFTC zusammenzuführen, ohne sie in Abhängigkeit von der CFTC zu bringen.

Christlicher Widerstand in politischer Verantwortung

In den Monaten vor der Befreiung beginnen sich politische Strukturen zu bilden, um der in der Résistance engagierten Strömung der katholischen Soziallehre ein Forum der Meinungsäußerung zu bieten. Paul Bacon wird mit André Colin und Pierre Henri Teitgen von Georges Bidault beauftragt, im Großraum Paris die MRL zu organisieren, aus der später die MRP hervorgeht. Er erhält von Bidault die Zusage, in der zukünftigen Partei

²⁵ Interview mit Jules Catoire, 19.7.1985.

²⁶ J.L. CLÉMENT (wie Anm. 10), S. 311.

satzungsgemäß berufsübergreifend und auf nationaler Ebene Arbeitervertretungen zuzulassen. Bacon wird bei seiner Aufgabe von Maurice Neuville unterstützt, der vordem der Führung der CFTC in Lyon angehörte und als Experte in Fragen der Sozialversicherung gilt.

Im Norden wollen Jean Catrice und Jules Catoire ebenfalls ein politisches Auffangbecken für Christen bilden, die in der Résistance gekämpft haben. Während die Gruppe von Georges Bidault in Paris mit Paul Bacon die MRL vorbereitet, rufen Catrice und Catoire die Sammlungsbewegung der Résistants d'Inspiration Chrétienne (RIC) ins Leben. Das Gründungstreffen findet im Juli 1944 in Roubaix statt. Fast die Hälfte der Gründungsmitglieder im Pas-de-Calais sind Mitglieder der CFTC. Die junge Partei erweist sich nach der Befreiung im September 1944, bevor sie dann im November im MRP aufgeht, als überaus erfolgreich.

Schlußfolgerung

Der politische Weg der christlichen Gewerkschafter ist geprägt durch die Erfahrung des Widerstandes. Von Anfang an waren sie dem Druck einer abweisend eingestellten Arbeitgeberschaft ausgesetzt. In den 30er Jahren, besonders 1936, müssen sie der Herausforderung der CGT begegnen. Sie sind gewöhnt, mit Anfeindungen zu leben, gewöhnt an ihren Minderheitenstatus in Gesellschaft und Kirche. Sie sind kampfbereit, besonders wenn es um die Frage gewerkschaftlicher Freiheit geht.

Der Widerstand christlich-demokratischer Gewerkschafter ist vielseitig: Sie streiten für die freie Gewerkschaft, sie kämpfen gegen die Charta der Arbeit; sie wirken mit in den verschiedenen Widerstandsgruppen im Netz der Untergrundorganisationen; sie tragen bei zum spirituellen Widerstand, wovon vor allem »Témoignage Chrétien« zeugt.

Nach den durch Meinungsverschiedenheiten über die Charta der Arbeit verursachten Spannungen ermöglicht die wiedergefundene Einheit, die vor allem von den Mitgliedern im Norden und in Lyon und namentlich von Gaston Tessier getragen wird, der CFTC die Zusammenführung der aus den verschiedenen Bewegungen (Mouvement Ouvrier Chrétien, Jeunesse Ouvrière Chrétienne, Mouvement Populaire) kommenden Kräfte. Ihr entschlossener Widerstand schafft in gewissem Sinne Ausgleich für das Schockerlebnis der politischen Säuberung, die nach der Befreiung in einigen Diözesen unvermeidlich wird.²⁷ Er führt zur Mitwirkung in den Gremien und Organisationen, die das zukünftige Frankreich gestalten, im Conseil

²⁷ So etwa im Falle des Bischofs von Arras, Mgr. Dutoit, der sich aufgrund seiner allzu wohlwollenden Äußerungen über das Vichy-Regime gezwungen sieht, dem »odium plebis« zu weichen und seinen Amtsverzicht zu erklären.

National de la Résistance, in der Assemblée Consultative von Algier und Paris sowie in den Comités Départementaux de Libération. Er legitimiert den Anspruch der christlichen Gewerkschafter auf Mitgestaltung und politische Mitverantwortung für das neue Frankreich. Eine neue Zeit bricht an: die Zeit der »Revolution durch das Gesetz«²⁸.

²⁸ So der Slogan des M.R.P. beim ersten Parteitag in Paris am 25./26. November 1944.

Die Gründung der SED in Sachsen*

Von Stefan Donth

Einleitung

Trotz der besonderen Bedeutung, die der Vereinigung von KPD und SPD in der DDR-Geschichtswissenschaft zukam, wurde bis zur Wende keine unvoreingenommene Darstellung zur Gründung der SED vorgelegt.¹ Die wichtigsten Quellen blieben unzugänglich, so daß auch die westliche Forschung auf publiziertes Material und auf Erinnerungsberichte in den Westen geflohener Sozialdemokraten angewiesen war.² Nach dem Ende der SED-Herrschaft verbesserten sich die Zugangsbedingungen zu den Archivalien

* Die vorliegende Darstellung basiert auf meiner Magisterarbeit »Die sächsische KPD 1945/46«, die 1995 am Historischen Seminar der Universität Leipzig entstanden ist.

1 Vgl. beispielsweise Günter BENSER, *Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945)*, Berlin (Ost) 1985; Karl-Heinz GRÄFE, *Die Zerschlagung des faschistisch-imperialistischen Staatsapparates und die Herausbildung der Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht im Ergebnis der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus durch die Sowjetunion und im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Revolution (1945/46). Unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im damaligen Land Sachsen*, Diss. masch., Halle 1971; Hans-Joachim KRUSCH, *Zur Gründung der SED im April 1946. Die Vereinigung von KPD und SPD in den Bezirken*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)* 34 (1986), S. 195-209; Walter LÖSCHER, *Zur Geschichte des Vereinigungsprozesses von KPD und SPD zur SED im heutigen Bezirk Dresden (1945-1946)*, Dresden 1976; Helfried WEHNER, *Proletarischer Internationalismus und sowjetische Besatzungspolitik. Ein Beitrag zur antifaschistisch-demokratischen Entwicklung im damaligen Land Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der sozialistischen Besatzungspolitik*, Diss. B masch., Halle/Saale 1969.

2 An dieser Stelle kann nur auf eine kleine Auswahl einschlägiger Veröffentlichungen hingewiesen werden: Beatrix BOUVIER/Horst-Peter SCHULZ (Hrsg.), »... die SPD aber aufgehört hat zu existieren«, *Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung*, Bonn 1991; Erich W. GNIFKE, *Jahre mit Ulbricht*, Köln 1990; Beatrix W. BOUVIER, *Antifaschistische Zusammenarbeit, Selbständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz. Die Rolle der Sozialdemokratie beim administrativen und parteipolitischen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone 1945 auf regionaler und lokaler Ebene*, in: *Archiv für Sozialgeschichte (AfS)* XVI (1976), S. 417-468; Lucio CARACCILO, *Der Untergang der Sozialdemokratie in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Otto Grotewohl und die »Einheit der Arbeiterklasse«*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZG)* 26 (1988), S. 281-318; Werner MÜLLER, *Sozialdemokratische Politik unter sowjetischer Militärverwaltung. Chancen und Grenzen der SPD in der sowjetischen Besatzungszone zwischen Kriegsende und SED-Gründung*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 23 (1987), S. 170-206; Frank Thomas STÖSSEL, *Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945-1954*, Köln 1985. Der westliche Forschungsstand zur Geschichte der KPD und SPD wird in den Artikeln des SBZ-

grundlegend. Die Forschung widmet sich seither vor allem der Rekonstruktion von Ereignissen auf der zentralen Ebene; erste Dokumenteneditionen, die auch die regionale Entwicklung untersuchen, schlossen schon bald die empfindlichsten Lücken.³ Dennoch ist unser Wissen über die Etappen des Vereinigungsprozesses in den Ländern und Provinzen der SBZ bis heute immer noch ungenügend. Auch die Gründung der SED in Sachsen, das als hochindustrialisiertes Land in den Jahren vor 1945 eine Hochburg der Arbeiterbewegung war und wo für die weitere Geschichte der SBZ mit dem Volksentscheid 1946 eine wichtige Weichenstellung erfolgte, ist erst in den Ansätzen erforscht.⁴

Auf der Grundlage der Bestände zur Geschichte der KPD und der SPD in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in Berlin und im Sächsischen Hauptstaatsarchiv in Dresden, die neben den Protokollen wichtiger Sitzungen auch zahlreiche Berichte über politische Ereignisse, die innerparteiliche Entwicklung bei Kommunisten und Sozialdemokraten, den Stand der Vereinigungsbewegung, die Einwirkungen der sowjetischen Besatzungsmacht und den Widerstand großer Teile der SPD umfassen, sollen, ausgehend von den Exilplanungen der KPD-Führung in Moskau, die Etappen des Vereinigungsprozesses in Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der »Einheitsbereitschaft« der Sozialdemokraten und des Vorgehens der KPD untersucht werden. Dabei können aber nicht nur die Entscheidungen der Landesleitungen beider Parteien im Mittelpunkt stehen, denn während man dort den Sozialdemokraten

Handbuches zusammengefaßt. Vgl. Werner MÜLLER, *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)*, in: Martin BROZAT/Hermann WEBER (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, München 21993, S. 440-459, und Werner MÜLLER, *Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)*, in: EBD., S. 460-480. Zum Forschungsstand zur SED-Gründung vgl. Dietrich STARITZ/Hermann WEBER (Hrsg.), *Einheitsfront – Einheitspartei. Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa 1944-1948*, Köln 1989.

3 Vgl. Andreas MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition* (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 16), Bonn 1995; Rolf BADSTÜBNER/Wilfried LOTH (Hrsg.), *Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, Berlin 1994; Günter BENSER/Hans-Joachim KRUSCH (Hrsg.), *Protokolle des Sekretariats des ZK der KPD Juli 1945 bis April 1946* (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946, Bd. 1), München 1993; DIES., *Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des ZK der KPD Juli 1945 bis Februar 1946* (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946, Bd. 2), München 1993.

4 Vgl. hier Stefan CREUZBERGER, »Klassenkampf in Sachsen«. *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Volksentscheid am 30. Juni 1946*, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 2 (1995), S. 119-130; Franz WALTER, *Freital: das »Rote Wien Sachsens«*, in: Franz WALTER/Tobias DÜRR/Klaus SCHMIDTKE, *Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hoffnung und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, Bonn 1993, S. 39-181; Jürgen TUBBESING, *NKFD-Antifaschistischer Block-Einheitspartei. Aspekte der Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Leipzig*, Beucha 1996.

Zugeständnisse machte, wurde in den einzelnen Städten und Gemeinden die SPD oft unter Druck gesetzt. Darüber ist bisher wenig bekannt. Abschließend soll nach der Berechtigung des Terminus »Zwangsvereinigung« gefragt werden.

1. Die Nachkriegsplanungen der KPD-Führung in Moskau 1944

Die Planungen der Parteiführung der KPD im Moskauer Exil, die nach der Teheraner Konferenz (18. November – 1. Dezember 1943) der Alliierten mit der Bildung einer zwanzigköpfigen Arbeitskommission am 6. Februar 1944 in ihr letztes Stadium traten, mußten sich in besonderem Maße den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion unterordnen und können nun durch neu erschlossene Quellen genauer untersucht werden.⁵

Stalin war nach den bis jetzt zugänglichen Informationen daran interessiert, durch eine weitere Zusammenarbeit mit den Verbündeten von den ehemaligen Kriegsgegnern möglichst hohe Reparationen zu erhalten, die Neuerwerbungen an seiner Westgrenze zu legitimieren und ein Mitspracherecht in der Weltpolitik zu erlangen.⁶ Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben ließen die deutschen Kommunisten keinen Zweifel an ihrem Ziel aufkommen: »Wir sehen, für unser Volk wäre es das allerbeste, wir würden ein sozialistisches Deutschland, einen Sowjetstaat haben.«⁷ Da jedoch die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion diesen Vorstellungen widersprachen, mußte die KPD nach den Worten Ulbrichts eine »ganz nüchterne Realpolitik« betreiben.⁸ Unter der Bezeichnung »antifaschistisch-demokratische Umwälzung«, die den Begriff »Sozialismus« bewußt vermied und statt dessen die Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1848/49 proklamierte, sollten die in den Augen der KPD für den Nationalsozialismus verantwortlichen Kreise der deutschen Gesellschaft, wie etwa »Monopolkapitalisten« und »Junker«, durch eine Veränderung der Eigentumsstrukturen entmachtet werden. Im Zuge einer weitgehenden »Entnazifizierung« sollte ein neuer Staatsapparat entstehen. Andere politische Gruppierungen, von deren Neu- bzw. Wiedergründung man nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus

5 Siehe Peter ERLER/Horst LAUDE/Manfred WILKE (Hrsg.), »Nach Hitler kommen wir«. *Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland*. Berlin 1994.

6 Vgl. *Der Weg nach Pankow. Zur Gründungsgeschichte der DDR*, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, München 1980, S. 32 f.

7 Wilhelm Florin. »Was würde sein, wenn Deutschland ein Sowjetstaat werden würde?«, maschinenschriftliche Ausarbeitung, o. D. (1944), in: P. ERLER u.a. (wie Anm. 5), S. 127.

8 So Ulbricht am 2.2.1944. Vgl. Alexander FISCHER, *Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945*, Stuttgart 1975, S. 83.

ausging, sollten in einen »Block der kämpferischen Demokratie« eingebunden und so an einer Fundamentalopposition zur Politik der KPD gehindert werden.⁹

Diese sollte die Führungsrolle bei den gesellschaftlichen Veränderungen übernehmen und »Tatsachen schaffen«, um der Sowjetunion entscheidenden Einfluß auf die Umgestaltung Deutschlands zu sichern und die Entwicklung hin zum sozialistischen Endziel offenzuhalten. Dazu war der rasche Aufbau der Partei notwendig. Zuerst wollte die Parteiführung »eine zielklare bolschewistische Partei mit fester revolutionärer Disziplin und einer in den Massen verwurzelten Organisation« schaffen, die als eine »vom Geiste des Marxismus, Leninismus und Stalinismus erfüllte einheitliche Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse« angesehen würde.¹⁰ Damit waren die Schritte zu einer Neubestimmung des Verhältnisses der KPD zur SPD vorgegeben, mit der »vorläufig keine Einheitspartei« gebildet werden sollte. Doch in deren Gründungsphase wollten die Kommunisten »selbst Hand anlegen in der Schaffung einer solchen Sozialdemokratie, die mit uns zusammenarbeitet«¹¹. Erst nach dem Abschluß des Aufbaus eigener Strukturen dachte die KPD an eine Vereinigung mit der SPD, denn die geplanten gesellschaftlichen Veränderungen ließen sich nach kommunistischem Verständnis nur mit einer politisch einheitlich agierenden Arbeiterschaft durchsetzen. Deshalb war die Gründung einer gemeinsamen Partei mit den Sozialdemokraten in den Augen der KPD-Führung »die politisch entscheidende Frage, die alle anderen Fragen aufs tiefste beeinflußt«¹².

In den ersten Wochen des Jahres 1945 stellte die Parteiführung der KPD in Zusammenarbeit mit der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (PURKKA) die späteren »Initiativgruppen« auf. Die bekannteste der drei Initiativgruppen war die Berliner Gruppe unter Leitung Ulbrichts, die in der westlichen Forschung durch die Erinnerungen von Wolfgang Leonhard früh Beachtung gefunden hat. Die »Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet« vom 5. April 1945 regelten die Aufgaben der Initiativgruppen und betonten besonders das Unterstellungsverhältnis der deutschen Kommunisten und ihrer Mitarbeiter unter die Befehlsgewalt der sowjetischen Besatzungsmacht. Die Gruppen sollten die Rote Armee beim Aufbau neuer deutscher Verwaltungen unterstützen, selbst Schlüsselstellungen in den Personalämtern übernehmen und gemeinsam mit der PURKKA einen Bericht über Organisation und Bewußtseinsstand von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern

9 Vgl. u.a. das »Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie« von Ende 1944 in: P. ERLER u.a. (wie Anm. 5), S. 290-303.

10 Beratung der KPD-Führung am 5.12.1943, in: EBD., S. 100.

11 Sepp Schwab am 24.4.1944, in: EBD., S. 168.

12 EBD.

erstellen sowie mit der Herausgabe von Zeitungen beginnen. Diese Strategie zielte darauf ab, den Kommunisten einen Vorsprung gegenüber politischen Konkurrenten zu verschaffen.¹³

Die Leitung der für Sachsen vorgesehenen Gruppe übernahm Anton Ackermann, der neben den KPD-Funktionären Hermann Matern, Fred Oelßner, Kurt Fischer, Peter Florin, Georg Wolff, Heinrich Greif, Artur Hofmann, Ferdinand Greiner und Egon Dreger noch zehn in Antifa-Lagern geschulte deutsche Kriegsgefangene angehörten. Sie flogen am 1. Mai 1945 nach Deutschland.¹⁴

2. Die »Gruppe Ackermann« und die Neuformierung von KPD und SPD in Sachsen

Die Zusammenarbeit der »Gruppe Ackermann« mit der Roten Armee gestaltete sich anfangs schwierig, weil die sowjetischen Besatzungsbehörden in ihrer Aufbauphase nicht einheitlich auf politische Entwicklungen reagierten. Erst mit der Bildung der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS) am 9. Juli 1945, zu deren Chef Generaloberst Katukow ernannt wurde, konnte dessen Stellvertreter für Zivilangelegenheiten, Generalmajor Dubrowskij, eine einheitlichere Linie der Besatzungsmacht durchsetzen. Die SMAS wies den örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen entsprechend, ähnlich wie die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), eine Reihe von Abteilungen und Untergliederungen auf. Dieses flächendeckende Netz von Kommandanturen war den zentralen Strukturen in Berlin-Karlshorst entsprechend gegliedert und eng mit deutschen Dienststellen verzahnt, die die sowjetischen Entscheidungen umsetzen mußten.¹⁵

Die Mitarbeiter der »Gruppe Ackermann« arbeiteten nicht wie die »Gruppe Ulbricht« in Berlin von einem zentralen Ort aus, sondern waren über das ganze sowjetisch besetzte Gebiet Sachsens verteilt. Die Tätigkeit der Gruppenmitglieder Matern, Fischer, Greif und Welz in Dresden hatte

¹³ Siehe P. ERLER u.a. (wie Anm. 5), S. 380-386.

¹⁴ Vgl. Gerhard KEIDERLING (Hrsg.), »Gruppe Ulbricht« in Berlin. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993, S. 106-286, sowie die Materialien Ackermanns in Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), Zentrales Parteiarhiv (ZPA), Nachlaß (NL) 109/5.

¹⁵ Vgl. zur Geschichte der SMAD und der SMAS Jan FOITZIK, *Befehls- und Kommunikationsstruktur der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)*, in: Klaus SCHÖNHOFEN/Dietrich STARITZ (Hrsg.), *Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag*, Köln 1993, S. 324-351, und DERS., *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD)*, in: M. BROZAT/H. WEBER (wie Anm. 2), S. 8-69, sowie H. WEINER (wie Anm. 1).

jedoch für die weitere politische Entwicklung in Sachsen besondere Bedeutung, denn die durch sie hier aufgebaute Stadtverwaltung wurde zum »Muster und zum Ausgangspunkt für die Bildung der Landesverwaltung Sachsen«. ¹⁶

Eine wichtige Weichenstellung für die weitere Entwicklung war die Auflösung der von Kommunisten und Sozialdemokraten unmittelbar nach dem Ende des NS-Staates gegründeten einheitlichen Arbeiterparteien durch die »Gruppe Ackermann«. Emotional geprägt von der gemeinsam erduldeten Verfolgung im Dritten Reich und der Ansicht, daß eine einheitlich handelnde Arbeiterbewegung die Machtergreifung Hitlers hätte verhindern können, wollte ein großer Teil der in Deutschland gebliebenen Mitglieder von KPD und SPD eine einheitliche Arbeiterpartei gründen, um eine Wiederholung der Katastrophe zu verhindern. ¹⁷ Diese Bestrebungen standen jedoch im Gegensatz zur Politik der KPD Führung, die zuerst die Partei neu aufbauen wollte und aus diesem Grund die Initiativgruppen gezielt auf zu erwartende »Abweichungen« vorbereitet hatte. ¹⁸ Es war eine wichtige Aufgabe der »Gruppe Ackermann«, anhand der von Ulbricht erarbeiteten »Anweisungen für die Anfangsmaßnahmen zum Aufbau der Parteiorganisation« den Kurs der Parteiführung durchzusetzen und die einheitlichen Parteien aufzulösen. Die Initiativgruppen waren angehalten, in jedem Ort eine Kommission einzusetzen, die die Mitglieder überprüfen und Parteileitungen einsetzen sollte. ¹⁹

Im folgenden soll nun die Entwicklung in den sächsischen Großstädten und wichtigen Regionen des Landes untersucht werden, um feststellen zu können, wie stark die »Einheitsbereitschaft« innerhalb der Mitgliedschaft von KPD und SPD war und wie die »Gruppe Ackermann« dagegen vorgegangen ist.

In Chemnitz versuchten ältere KPD- und SPD-Mitglieder, eine gemeinsame Partei zu gründen; sie konnten sich aber nicht durchsetzen, weil Ackermann ihre Bestrebungen innerhalb der KPD zurückdrängte und sich bei vielen Sozialdemokraten die Ansicht durchsetzte, daß man mit den Kommunisten nicht auf ehrlicher Basis zusammenarbeiten könne und daher die SPD in bewußter Anlehnung an die Zeit vor 1933 wieder aufbauen

¹⁶ Anton ACKERMANN, *Von der Geburt der neuen Staatsmacht*, in: *Staat und Recht* 14 (1965), S. 673. Ackermann hat in seinen Erinnerungen darauf hingewiesen, »daß der Magistrat in Dresden einige Tage vor dem Berliner gebildet wurde und seine Tätigkeit aufnahm«. SAPMO-BA, ZPA, NL 109/5, Bl. 65.

¹⁷ Siehe EBD., Bl. 90.

¹⁸ Vgl. Wolfgang LEONHARD, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Leipzig 1990, S. 369.

¹⁹ Die »Anweisungen« legte Ulbricht am 15.2.1945 vor. Siehe P. ERLER u.a. (wie Anm. 5), S. 327 f.

müsse.²⁰ Diese Politik stieß auf Zustimmung in der Bevölkerung, denn bereits im Oktober 1945 hatte die SPD ca. 22 000 Mitglieder. Die KPD, die zu diesem Zeitpunkt nur 12 500 Mitglieder zählte²¹, beobachtete die wachsende Stärke der SPD mißtrauisch und hatte zur besseren Kontrolle und Steuerung der sozialdemokratischen Bestrebungen schon am 27. Mai 1945 ein »Antifaschistisches Komitee« gegründet, dem neben Mitgliedern beider Parteien auch Vertreter bürgerlicher Gruppierungen angehörten. Damit wurde der »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« in Chemnitz früher als in Berlin gegründet.²²

Auch in anderen Städten, in denen Mitarbeiter der Initiativgruppe die politische Entwicklung steuerten, kann eine ähnliche Situation beobachtet werden. In Görlitz hatten Sozialdemokraten und Kommunisten Gespräche über die Gründung einer »vereinigten sozialistischen Arbeiter- und Bauernpartei« auf der Grundlage des »Kommunistischen Manifestes« aufgenommen, ehe die Mitarbeiter der Initiativgruppe für die Bildung von zwei eng zusammenarbeitenden Parteien eintraten und sich damit gegen erhebliche Widerstände durchsetzen konnten. Erst nachdem die Sozialdemokraten von der Entwicklung in Berlin erfahren hatten, gründeten sie am 23. Juni 1945 eine SPD-Ortsgruppe.²³ Auch in Freiberg und Riesa wurden gemeinsame Parteien aus KPD- und SPD-Mitgliedern von Mitgliedern der Initiativgruppe aufgelöst.²⁴ Weitere Beispiele für gemeinsame Parteien sind aus Döbeln und Oschatz überliefert. Dabei ist das Verhalten der Oschatzter Sozialdemokraten besonders interessant, denn diese waren sich hier ihrer organisatorischen Überlegenheit bewußt und wollten gegenüber den Kommunisten die Führung übernehmen.²⁵

²⁰ Siehe die Erinnerungen Hermsdorfs in B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 252, und G. BENSER (wie Anm. 1), S. 100.

²¹ Siehe A. MALYCIJA (wie Anm. 3), S. LI, und Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStA), Bezirksparteiarchiv der SED Dresden (SED-BPA Dresden), I/A/018.

²² Vgl. Johannes EMMRICH, *Die Entwicklung demokratischer Selbstverwaltungsorgane und ihr Kampf um die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Chemnitz vom 8.5.1945 bis Mitte 1948*, Diss. masch., Leipzig 1974, S. 39.

²³ Siehe die tagebuchähnlichen Aufzeichnungen der Mitglieder der »Gruppe Ackermann«, Hofmann und Oehler, die sich vom 13.5. bis 7.8.1945 in der Stadt aufhielten, in SAPMO-BA, ZPA, NL 76/139 und das »Material zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Görlitz« in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/034/1-3.

²⁴ Für Freiberg siehe den wahrscheinlich im März 1946 entstandenen Bericht in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/038 und Ute MEISTER, *Der Weg zur Einheit der Arbeiterbewegung in Freiberg (Mai 1945 bis April 1946)*, in: *Regionalgeschichtliche Beiträge aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt*, 1981, Heft 3, S. 5-13. Für Riesa siehe den wahrscheinlich im Juni 1945 angefertigten Bericht der Initiativgruppenmitarbeiter Baust und Speiser in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/021 und den Bericht über eine Versammlung vom 11.6.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/035.

²⁵ Für Döbeln siehe den Bericht vom 16.3.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/038 und das Protokoll der Unterbezirksversammlung vom 3.6.1945 in SächsHStA, SED-BPA

Als Beleg für die in Teilen der Mitgliedschaften beider Parteien populäre Bildung einheitlicher Parteien kann die Entwicklung in den bis Anfang Juli 1945 durch amerikanische Truppen besetzten westlichen Teilen Sachsens, zu denen Leipzig sowie das Vogtland, Zwickau, Glauchau und Hohenstein-Ernstthal gehörten, und dem besatzungslosen Gebiet um Schwarzenberg gewertet werden. Die Ausgangsbedingungen der Kommunisten unterschieden sich hier gravierend von denen im sowjetisch besetzten Gebiet Sachsens, weil die Amerikaner politischer Tätigkeit im allgemeinen restriktiv gegenüberstanden, die Arbeit der KPD behinderten und in einigen Fällen sogar verboten. Dennoch lassen sich hier, wie beispielsweise in Glauchau, Plauen und Zwickau, Bildungen gemeinsamer Parteien von Kommunisten und Sozialdemokraten nachweisen, die sich aber nicht durchsetzen konnten, da in den meisten Orten KPD und SPD getrennte Parteistrukturen aufbauten.²⁶ Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung in Leipzig, denn hier arbeitete ein Teil der Sozialdemokraten mit den Kommunisten und anderen Hitlergegnern aus dem »Nationalkomitee Freies Deutschland« zusammen. Der größte Teil der SPD-Mitglieder stand dieser Bewegung allerdings skeptisch gegenüber und ging schon bald dazu über, die SPD wieder aufzubauen.²⁷ Im unbesetzten Gebiet um Schwarzenberg hatten Kommunisten am 3. Juni 1945 eine Ortsgruppe der KPD gegründet, der sich einige Sozialdemokraten und Angehörige kommunistischer Splittergruppen der Weimarer Republik anschlossen.²⁸

Die »Gruppe Ackermann« mußte sich auch mit den an verschiedenen Orten ausgerufenen sogenannten »Sowjetrepubliken« auseinandersetzen. Hier hatten besonders radikal vorgehende Kommunisten versucht, mit Unterstützung der Roten Armee sofort mit dem Aufbau eines sozialistischen »Sowjetdeutschland« zu beginnen, in dem die Kommunisten die alleinige Führung beanspruchten und eine Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften ablehnten.²⁹ Das bekannteste Beispiel einer sächsischen »Sowjetrepublik« ist Meißen. Ackermann hat sich in einen unveröffentlichten Erinnerungen ausführlich mit den Ereignissen in der Stadt beschäf-

Dresden, I/A/018. Für Oschatz vgl. die Erinnerungen Trabalskis in B. BOUVIER/IL-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 203 f., sowie den KPD-Bericht vom 19.3.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/041.

26 Siehe hier die entsprechenden Schreiben der KPD vom März 1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/019, I/A/038 und I/A/041. Für die Entwicklung in Zwickau ist der »Bericht über die Parteiarbeit in Zwickau«, der den Zeitraum vom 21.4.-30.5.1945 umfaßt, aus SAPMO-BA, ZPA, NL 182/855 herangezogen worden.

27 Siehe J. TUBBESING (wie Anm. 4), S. 89-92, und Klaus-Dietmar HENKE, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1995, S. 701-714.

28 Siehe Werner GROSS, *Die ersten Schritte. Der Kampf der Antifaschisten in Schwarzenberg während der unbesetzten Zeit Mai-Juni 1945*, Berlin (Ost) 1961.

29 Vgl. F. T. STÖSSEL (wie Anm. 2), S. 126.

tigt.³⁰ Am 27. Mai 1945 hatte er erstmals Meißen aufgesucht, wo der Ortskommandant die Verwaltung als Sowjetorgan bezeichnete und stolz darauf war, daß es nur eine Partei gebe. Nach dem Einmarsch der Roten Armee hatte die KPD versucht, alle Hitlergegner zu einer Partei zusammenzuschließen, die Bildung der SPD verhindert und die Diktatur des Proletariats ausgerufen. Die Stadtverwaltung Meißen firmierte als »Rat der Volkskommissare«. Es gelang hochrangigen Vertretern der Besatzungsmacht und Ackermann nur mit Mühe, die »Sowjetrepublik« aufzulösen.³¹ Ackermann ordnete am 30. Mai 1945 die Einberufung einer Funktionärskonferenz an. »Dort wurde das erste Mal von dem Genossen Ackermann die Notwendigkeit erörtert, daß außer der KPD auch eine SPD in Meißen wie im Landes- und Reichsmaßstab wieder gebildet werden soll. Viele der alten Meißner KPD- und SPD-Genossen konnten diese Auffassung des Genossen Ackermann anfangs nicht verstehen.«³² Andere »Sowjetrepubliken« existierten beispielsweise in Schellerhau im Erzgebirge, Schmiedeberg und Radeburg bei Dresden.³³

Besonders gut kann das Vorgehen der Gruppe Ackermann bei der Steuerung des politischen Neuaufbaus in Dresden untersucht werden. Die Gründung einer einheitlichen Partei wurde hier von einem großen Teil der Mitgliedschaft beider Parteien unterstützt, denn nach der Besetzung der Stadt durch die Rote Armee hatten sich zahlreiche Gruppen aus KPD- und SPD-Mitgliedern gebildet. Die Sozialdemokraten, die sich auf ihre traditionelle Stärke in der Elbestadt stützen konnten, versuchten, die Politik dieser Gruppierungen zu bestimmen. Das gelang anfangs auch, doch die Kommunisten, die sich wegen des sozialdemokratischen Übergewichts zurückgehalten hatten, begannen schon bald mit Unterstützung der sowjetischen Besatzer und der »Gruppe Ackermann« selbstbewußter zu agieren.³⁴ Hermann Matern, der den Aufbau der KPD in Dresden leitete, hatte dennoch große Schwierigkeiten, die Kommunisten Dresdens

30 Siehe die Darstellung Ackermanns »Über meine Erlebnisse und Erfahrungen in Meißen im Mai 1945« vom 15.9.1965 in SAPMO-BA, ZPA, NL 109/5, Bl. 114-124. Daneben wurde hier noch ein Exposé von Alexander Wehowsky, der ab Dezember 1945 KPD-Kreisvorsitzender in Meißen war, über die Geschichte der Meißner Arbeiterbewegung aus dem Jahre 1951 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/1990 herangezogen.

31 Zur Reaktion der Besatzungsbehörden siehe Norman M. NAIMARK, *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation 1945-1949*, Cambridge, Mass., London 1995, S. 265-267.

32 Bericht aus Meißen vom März 1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/041.

33 Vgl. zu Schellerhau G. BENSER (wie Anm. 1), S. 100 f., zu Radeburg den Erinnerungsbericht Erich Glasers in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.041/002, Bl. 263. Die Quellen zu den Ereignissen in Schmiedeberg sind in den Beständen SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/012, I/B/013 und I/B/008 überliefert.

34 Vgl. die Erinnerungen Wends in B. BOUVIER/IL-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 230.

vom Kurs der Parteiführung zu überzeugen und die Auflösung der mit SPD-Mitgliedern gebildeten Gruppierungen durchzusetzen. Wie sich ein Mitarbeiter Materns, Erich Glaser, später erinnerte, war die politische Linie der Dresdner KPD-Mitglieder »nicht immer den augenblicklichen Aufgaben entsprechend.« Den in allen Stadtteilen eingesetzten Kommissionen sei es erst nach längeren Diskussionen gelungen, die »KPD-Genossen« zu bewegen, die »SPD-Genossen davon zu überzeugen, daß sie stillschweigend wieder aus der KPD austreten und die Ortsgruppe der SPD bilden«³⁵.

Matern begründete sein Vorgehen damit, daß eine Wiedergründung von KPD und SPD deshalb erfolgen müsse, weil ein Teil der Sozialdemokraten, der sich nicht in den gemeinsamen Gruppierungen der Anfangszeit engagiert hatte, »unter dem Schutz der westlichen Mächte auf der Gründung einer SPD bestehen« werde. Diese könnte »aber eine Zusammenarbeit mit der KPD vielleicht ablehnen.« Um das zu verhindern, müsse die KPD »vorbeugen« und »einen führenden Kreis in der SPD haben, der mit uns zusammenarbeitet und eine Spaltung von vornherein unmöglich macht«³⁶. Aus diesem Grund behinderte die KPD die Konstituierung der SPD in Dresden so lange, bis mit Otto Buchwitz, der durch die Erlebnisse während seiner Haft zu einem der entschiedensten Verfechter der politischen Einheit der beiden Arbeiterparteien geworden war, eine den Kommunisten genehme Führungsperson zur Verfügung stand.³⁷ Mit der Hilfe von KPD und SMAS übernahm Buchwitz am 9. Juli 1945 den SPD-Landesvorsitz. Bereits am 3. Juli 1945 gründete er gemeinsam mit Matern den Aktionsausschuß von KPD und SPD und vertrat in den Monaten bis zur Vereinigung eine eng an den Vorgaben der KPD orientierte Politik.³⁸

Eine quantifizierende Betrachtung der verschiedenen Handlungsmuster der überlebenden Kommunisten in Sachsen ist wegen der Quellenlage sehr schwierig. Die zahlenmäßige Größe der auftretenden Gruppen sollte allerdings nicht überschätzt werden. Neben der ausgesprochen starken Aktivität der Kommunisten in den genannten Gebieten gab es auch Regionen, in denen sich die überlebenden Kommunisten passiv verhielten und die weitere Entwicklung abwarteten. Nach einer Einschätzung Ulbrichts verhielten sich die meisten KPD-Mitglieder jedoch »sektiererisch«, d.h. sie

35 SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.041/002, Bl. 263 ff.

36 Bericht über eine Besprechung des Genossen Matern in Dresden am 6.7.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/091.

37 Siehe das Schreiben Fischers vom 15.6.1945 an Paul Gärtner in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.03.002. Die Geschichte des Gründungsvorgangs der SPD schätzte die KPD intern mit den Worten ein: »Erst durch weitere Aussprachen mit dem Genossen Buchwitz und anderen SPD-Führern kam es zur Gründung der SPD.« SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/043, Bl. 53.

38 Vgl. die Erinnerungen Kadens in SAPMO-BA, ZPA, NL 76/37, Bl. 9 und Otto BUCHWITZ, *Brüder, in eins nun die Hände*, Berlin (Ost) 1956, S. 33.

gründeten mit den Sozialdemokraten gemeinsame Parteien oder riefen wie in Meißen »Sowjetrepubliken« aus.³⁹

3. Das Verhältnis von KPD und SPD von der Legalisierung der Parteien durch die SMAD im Juni 1945 bis zur ersten Sechziger-Konferenz Ende Dezember 1945

Nachdem die SMAD im Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 Parteien in der SBZ legalisiert hatte, wandte sich die KPD mit ihrem in Moskau erarbeiteten »Aufruf« am 11. Juni 1945 an die Bevölkerung. Sie forderte gesellschaftliche Umgestaltungsmaßnahmen wie eine Bodenreform und die Enteignung von »Nazibonzen und Kriegsverbrechern« und sprach sich für eine Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften im »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« aus. Man lehne es ab, »Deutschland das Sowjet-system aufzuzwingen«⁴⁰.

In Sachsen übernahm Matern als Politischer Sekretär der Bezirksleitung die Führung der KPD und trieb den Aufbau der Partei zielstrebig voran. Besondere Aufmerksamkeit widmete er dabei dem Ausbau eines Schulungssystems, um in der Mitgliedschaft den Kurs der Parteiführung durchzusetzen. Die Bezirksleitung untermauerte ihren Führungsanspruch auch dadurch, daß sie die meisten regionalen und lokalen Leitungen im Land einsetzte. Damit wurden Bestrebungen der in Deutschland gebliebenen Kommunisten, eigene Politikentwürfe in der KPD zu verwirklichen, systematisch ausgeschaltet.⁴¹ Das kann vor allem in den Gebieten beobachtet werden, die nach dem Rückzug der Amerikaner Anfang Juli 1945 durch die Rote Armee besetzt wurden. Das ZK der KPD und die Bezirksleitung setzten in Leipzig den Kurs der Parteiführung durch, indem sie am 18. August 1945 Fritz Selbmann ablösten und als Präsidenten des Landesarbeitsamtes nach Dresden beriefen. An seine Stelle trat Ernst Lohagen, der sich im Umgang mit der »Antifa« in Zwickau für den Posten in Leipzig empfohlen hatte.⁴² Besonderen Wert legte Matern auf die Einrichtung von KPD-Betriebsgruppen, die dann später bei der Vorbereitung der Vereinigung von KPD und SPD eine wichtige Rolle spielten. Im August 1945 war der Aufbau der KPD-Parteiorganisation abgeschlossen.⁴³

39 Siehe F. T. STÖSSEL (wie Anm. 2), S. 26.

40 Vgl. den Aufruf in P. ERLER u.a. (wie Anm. 5), S. 390-397.

41 Siehe dazu insbesondere die Protokolle der Sekretariatssitzungen der Bezirksleitung Sachsen der KPD vom 14.8. und 21.8.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/004.

42 Vgl. J. TUBBESING (wie Anm. 4), S. 99.

43 Siehe G. BENSER (wie Anm. 1), S. 190.

Das Schwergewicht der Arbeit der KPD lag im Sommer 1945 jedoch beim Aufbau der Verwaltungen. Zum Präsidenten der im Juli 1945 gebildeten Landesverwaltung wurde zwar der Sozialdemokrat Rudolf Friedrichs ernannt, auch wurden die bürgerlichen Parteien bei der Postenvergabe berücksichtigt, der Kommunist Dr. Kurt Fischer erhielt jedoch als Erster Vizepräsident die Abteilungen Inneres und Volksbildung und damit die Zuständigkeit für die Personalpolitik.⁴⁴ Nach den Worten Fischers war die Landesverwaltung »eine der wichtigsten Positionen zur Durchführung des Programms unserer Partei«. Deshalb befanden sich auch alle wichtigen Posten in den Händen der KPD.⁴⁵ Friedrichs hatte aus diesem Grund »fast täglich« mit den Kommunisten Zusammenstöße.⁴⁶ Auch auf lokaler Ebene dominierten die Kommunisten in den Spitzenpositionen der Verwaltungen. Von den 30 Landräten Sachsens gehörten Ende 1945 insgesamt 19 der KPD, sieben der SPD und je einer der CDU und der LDP an. Die übrigen galten als parteilos.⁴⁷

Der rigorosen Personalpolitik der KPD in den Verwaltungen konnten die Sozialdemokraten anfangs wenig entgegensetzen, da sie nicht auf die Unterstützung der Besatzungsmacht zählen konnten. Der Aufbau der SPD wurde vielmehr von KPD und SMAS in vielen Orten behindert. Die KPD wollte ein Wiedererstehen der »alten« SPD mit allen Mitteln verhindern. Alle Führungspersonlichkeiten, die eine Zusammenarbeit mit der KPD ablehnten, sollten isoliert werden. Die unteren Gliederungen der KPD wurden angewiesen, darauf zu achten, daß sich die Mitgliedschaft der SPD nicht nur aus einem »rechten Haufen« zusammensetzte.⁴⁸

Um die Politik der SPD besser kontrollieren zu können, hatte die SMAD die Bildung von Landesverbänden angeordnet, die es vor 1933 in der SPD nicht gegeben hatte. Das sorgte für große Verwirrung innerhalb der SPD, die durch die KPD und die Besatzungsbehörden oft geschickt ausgenutzt wurde, um Bezirksverbände und Landesvorstand gegeneinander auszuspielen.⁴⁹ Das zeigte sich schon bei den Vorgängen um die Zulassung einer SPD-Parteipresse, da die Sozialdemokraten in dieser Frage keinen einheitlichen Standpunkt vertraten. Die SMAS konnte so die Versuche der Leipziger SPD-Führung, die traditionsreiche »Leipziger Volkszeitung« als eigene Bezirkszeitung beizubehalten, verhindern und statt dessen ab dem 11. September 1945 mit der dem Landesvorstand zugeordneten Zeitung »Die

44 Siehe Helga A. WELSH, *Sachsen*, in: M. BROZAT/H. WEBER (wie Anm. 2), S. 142.

45 Vortrag Fischers vom 26.11.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/007.

46 W. MÜLLER, *Sozialdemokratische Politik* (wie Anm. 2), S. 185.

47 Vgl. G. BENSER (wie Anm. 1), S. 271.

48 So Matern am 1.7.1945 auf einer KPD-Konferenz; in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.5.002.

49 Vgl. A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. XXX f.

Volksstimme« ein ihr genehmes Presseerzeugnis herausgeben lassen.⁵⁰ Die Einflußnahme der Besatzungsmacht auf die Politik der SPD war sehr vielschichtig und reichte von der Teilnahme von Offizieren an Sitzungen der unterschiedlichen Parteigremien bis zu Verhören und Verhaftungen von Parteimitgliedern, die sich den »Hinweisen« und Befehlen »der Freunde« widersetzen. Außerdem wurde von seiten der Roten Armee versucht, durch spezielle Zuteilungen von Lebensmitteln, den »Pajoks«, an ausgewählte Funktionäre deren Politik zu beeinflussen.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß Otto Buchwitz mit Hilfe von SMAS und KPD an die Spitze des Landesvorstandes gelangte. Er fand jedoch in diesem Gremium keine Mehrheit für seinen an die Politik der KPD angelehnten Kurs und blieb deshalb immer auf die Hilfe von Kommunisten und sowjetischen Offizieren angewiesen. Interessant sind die Versuche einzelner Vorstandsmitglieder der SPD, eigene politische Akzente zu setzen. Clemens Döhlitzsch, der aus »gesundheitlichen« Gründen die Führung eines SPD-Gründungszyklus aufgegeben hatte und so den Weg für Buchwitz freimachte, plädierte schon frühzeitig für eine enge Anlehnung der sächsischen SPD an die Brillsche Konzeption in Thüringen. Hermann Brill betrachtete die beiden Parteien KPD und SPD als historisch überholt, denn ein sozialistischer Neuaufbau Deutschlands sollte seiner Meinung nach auf der Grundlage der antifaschistischen Volksausschüsse erfolgen. Weiter kursierten Gerüchte, daß den Sozialdemokraten aus den Reihen der CDU und der LDP angeboten würde, eine gemeinsame Partei gegen die Kommunisten zu bilden. Angesichts der machtpolitischen Realitäten in der SBZ konnten diese Bestrebungen nicht umgesetzt werden.⁵¹

Der Landesvorstand der SPD hatte in den ersten Wochen nach dem Ende des Dritten Reiches nur geringen Einfluß auf den Wiederaufbau der SPD-Parteiorganisationen in Sachsen, der vor allem vom Verhalten der örtlichen Gliederung von Besatzungsmacht und KPD abhängig war. Im folgenden soll am Beispiel von Leipzig und Zittau die Entstehung der SPD-Gliederungen skizziert werden.

In Leipzig begann der Mitte August 1945 durch Matern eingesetzte neue KPD-Vorsitzende Ernst Lohagen gegenüber der SPD eine Politik der Konfrontation, die schon bald zu einem gespannten Verhältnis zwischen beiden Parteien führte. Dazu hatten nicht zuletzt die massiven Behinderungen durch die sowjetische Kommandantur und die in ihrem Fahrwasser agierenden Kommunisten beigetragen, die die Lizenzierung des Leipziger

⁵⁰ Siehe EBD., S. LIII.

⁵¹ Vgl. hier vor allem das Protokoll der Sitzung des SPD-Landesvorstandes vom 7.9.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.03.002.

Bezirksvorstandes der SPD verzögerten.⁵² Im Gegensatz zur KPD, die noch lange mit dem Problem des »Sektierertums« konfrontiert war, worunter im Parteijargon linke Abweichungen von der durch die Parteiführung vorgegebenen politischen Linie verstanden wurden,⁵³ konnten sich die führenden Funktionäre der Leipziger SPD wie der Bezirksvorstandsvorsitzende Stanislaw Trabalski, das Mitglied des Landesvorstandes Rudolf Rothe oder der Gewerkschaftsfunktionär Erich Schilling bald auf eine breite Mehrheit der Mitglieder stützen, die ihren auf Distanz zur KPD gehenden Kurs mittrugen.

In Zittau konnten sich Besatzungsmacht und KPD leichter gegen die Sozialdemokraten durchsetzen. In vielen Orten des Kreises hatten Sozialdemokraten und Kommunisten einheitliche Parteien gebildet. Das kann für Oybin, Oberseifersdorf und Eckartsberg auch dokumentarisch belegt werden.⁵⁴ Bei der Untersuchung der Motive der Sozialdemokraten muß aber berücksichtigt werden, daß neben der Absicht, die für Hitlers Machtergreifung verantwortlich gemachte politische Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung zu überwinden, die Bildung einer gemeinsamen Partei die einzige Möglichkeit für politische Betätigung darstellte, weil die Kommunisten zusammen mit der Besatzungsmacht sozialdemokratische Organisationen massiv behinderten. Nach der Konstituierung der SPD auf Zonen- und Landesebene mußte die KPD auch in Zittau die Gründung einer SPD-Ortsgruppe zulassen, die die Kommunisten jedoch nicht den Sozialdemokraten selbst überlassen wollten. Sie beschlossen deshalb am 18. Juni 1945, daß der ehemalige Sozialdemokrat Otto Herrmann, der 1945 der KPD beigetreten war, die Bildung der SPD steuern sollte.⁵⁵ Die Sozialdemokraten wurden am 13. Juli 1945 in einem Schreiben über die von der KPD gewünschte Vorgehensweise folgendermaßen informiert: »Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Zittau, wird von der Kommunistischen Partei gebildet.«⁵⁶ Am 17. Juli 1945 drängte die KPD, daß nun endlich »frühere sozialdemokratische Genossen, die bereits zu uns gestoßen sind, für den Aufbau einer wirklich revolutionären sozialdemokratischen Partei zu Verfügung« gestellt würden. Dafür waren vier KPD-Mitglieder vorgesehen, von denen einer sich »nicht durchringen« konnte. Herrmann, der die »schwerste Aufgabe, die einem

⁵² Vgl. den Briefwechsel der Leipziger SPD-Führung mit der Kommandantur in A. MALYCHIA (wie Anm. 3), S. 57-61.

⁵³ Siehe dazu die »Übersicht« der Propagandabteilung der SMAD vom 8.11.1945 in Bernd BONWETSCH/Gennadii BORDIUGOV/Norman M. NAIMARK (Hrsg.), *SVAG-Upravlenie propagandy (informatsii) i S.I.Tiulpanov 1945-1949*, Moskau 1994, S. 30.

⁵⁴ Vgl. »Die Geschichte unserer Partei vom Mai 1945 bis März 1946 im Kreis Zittau« in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.30/007.

⁵⁵ Siehe SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/091.

⁵⁶ SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/013, Bl. 4. Das Schreiben ist auch bei A. MALYCHIA (wie Anm. 3), S. 56 veröffentlicht.

gestellt werden kann«, auf sich nahm, wollte eine SPD aufbauen, an der »auch die SPD-Mitglieder ihre Freude [...] haben werden [sic!]«⁵⁷.

Erste Erfolge konnte die KPD schon am 25. Juli 1945 verbuchen, als die Sozialdemokraten unter dem Einfluß Herrmanns erklärten, daß die jetzige SPD mit ihrem früheren Programm nichts mehr gemeinsam habe und sich in Zukunft auf das »Aktionsprogramm der KPD« stützen werde.⁵⁸ Das Vorgehen der KPD in Zittau war kein Einzelfall, denn auch in Großschönau trafen sich Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer »zwanglosen Aussprache über die Bildung einer SPD nach den Richtlinien des ZK der KPD«⁵⁹.

Die vielfältigen Behinderungen hatten dazu geführt, daß die SPD ihre Aufbauphase wesentlich später als die KPD abschließen konnte. Auf dem ersten Landesparteitag der SPD Sachsens vom 5.-7. Oktober 1945 in Freital verhinderten die anwesenden Besatzungsoffiziere Kritik an der Politik der KPD und setzten Buchwitz als Landesvorsitzenden durch.⁶⁰

Eines der wichtigsten Konfliktfelder zwischen SPD und KPD war die kommunistische Personalpolitik in den Verwaltungen. Dadurch spitzte sich das Verhältnis beider Parteien so zu, daß Matern der SPD am 30. August 1945 zusagen mußte, bei der Neubesetzung von freiwerdenden Stellen in Zukunft eine paritätische Besetzung der Verwaltungsposten anzustreben.⁶¹ Es gibt allerdings genügend Beispiele für die weiter andauernden Benachteiligungen der SPD bei der Stellenvergabe.⁶²

Auch bei der Vorbereitung und Durchführung der Bodenreform in Sachsen fühlte sich die Mehrzahl der SPD-Ortsgruppen vom Vorgehen der KPD »überfahren« und verhielt sich passiv.⁶³ In einigen Fällen entwickelten die Sozialdemokraten jedoch eigene Vorstellungen über die Veränderung der Eigentumsstrukturen auf dem Lande. Der Chemnitzer Bezirksvorstand der SPD sprach sich beispielsweise gegen die Schaffung neuen Privateigentums aus und plädierte für eine genossenschaftliche Bewirtschaftung der enteigne-

57 SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/072.

58 SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/013, Bl. 7.

59 Protokoll vom 31.7.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/091.

60 Siehe den Parteitagbericht in SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/B/3.009 und die Erinnerungen Trabalskis in B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 205.

61 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 66 f.

62 An dieser Stelle soll nur auf die Vorgänge im Zusammenhang mit der Ernennung des Kommunisten Oehme zum Görlitzer Oberbürgermeister im September 1945 hingewiesen werden, denn hier wurde dem Kandidaten der SPD, Ressel, von der KPD »Postenstellensucht« vorgeworfen. Das nahm der Präsident der Landesverwaltung, der Sozialdemokrat (!) Friedrichs, zum Anlaß, Oehme zu ernennen. Siehe SächsHStA, Landesregierung Sachsen (LRS), Ministerpräsident (MP), Nr. 505, Bl. 32-38.

63 Siehe z.B. eine Mitteilung vom 1.11.1945 an den SPD-Vorsitzenden von Zittau in SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/B/3.012.

ten Bodenflächen.⁶⁴ Gegen derartige Bestrebungen wandte sich die KPD mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln, wie u.a. das Beispiel Borna zeigt, wo sozialdemokratischer »Widerstand« zu »personellen Konsequenzen im Landratsamt« führte.⁶⁵

Das Vorgehen der KPD bei der Durchführung der Bodenreform und die kommunistische Personalpolitik in den Verwaltungen führten im Herbst 1945 dazu, daß der Gedanke der Schaffung einer gemeinsamen Partei mit der KPD bei der SPD weitgehend an Bedeutung verlor und die SPD-Führung, die sich durch den großen Zuspruch, den ihre Partei in der Bevölkerung der SBZ erfuhr, gestärkt fühlte, ihren Führungsanspruch betonte und sich von der Politik der KPD distanzierte.⁶⁶

Die KPD reagierte darauf mit einer Änderung ihres Kurses. Sie setzte nun die Vereinigung beider Parteien auf die politische Tagesordnung, da ihr die Bestrebungen der SPD nicht mehr beherrschbar erschienen.⁶⁷ Dazu hatten auch die Wahlniederlagen der kommunistischen Parteien in Österreich und Ungarn beigetragen. Durch die Ausschaltung der SPD als selbständiger politischer Kraft hofften SMAD und KPD, eine Wiederholung dieses Desasters bei Wahlen in der SBZ zu vermeiden.⁶⁸ Ackermann schwor die sächsische Bezirksleitung der KPD am 9. November 1945 in Dresden auf den neuen Kurs ein und betonte, daß die Umgestaltung in Deutschland nur mit einer »revolutionären Partei« nach dem Vorbild der KPdSU vollendet werden könne. Da die SPD »keine kämpferische Partei« sei, müsse die KPD die »Einheit der Arbeiterklasse« herstellen.⁶⁹

Die Lage in Sachsen unterschied sich von der in den anderen Ländern und Provinzen der SBZ, weil sich die KPD hier in besonderem Maße auf den SPD-Landesvorsitzenden Buchwitz stützen konnte, der im Dezember 1945 eine Entspannung im Verhältnis zur KPD beobachtete, während seine Vorstandskollegen immer wieder die Benachteiligungen der SPD kritisierten.⁷⁰ Diese Differenzen im SPD-Landesvorstand verhinderten in den fol-

64 Siehe Willi GLIER, *Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der Kampf um die Schaffung der revolutionären Einheitspartei auf dem Gebiet des heutigen Bezirkes Karl-Marx-Stadt (Mai 1945 bis April 1946)* (Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation Karl-Marx-Stadt der SED 1945-1961, Kapitel I), Karl-Marx-Stadt 1984, S. I/39.

65 Bericht aus Borna in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/038.

66 Ein Höhepunkt war sicherlich die Rede Grotewohls am 11.11.1945. Siehe Andreas MALYCHIA (Hrsg.), »Hier stehe ich, ich kann nicht anders!« *Rede Otto Grotewohls am 11. November 1945*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (BzG) 34 (1992), S. 167-184.

67 Eine Änderung des Kurses der KPD kann bereits seit dem 28.9.1945 beobachtet werden. Vgl. Hans-Joachim KRUSCH, *Für eine neue Offensive. Zur Septembertagung 1945 der KPD*, in: BzG 22 (1980), S. 349-360.

68 Siehe A. MALYCHIA (wie Anm. 3), S. LXXII.

69 Vortrag Ackermanns über »Die Lehre von der Partei« vom 9.11.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/003.

70 Siehe A. MALYCHIA (wie Anm. 3), S. LXXIX.

genden Monaten ein einheitliches Auftreten der sächsischen Sozialdemokraten.

Bis zum Dezember 1945 war es der KPD-Führung nicht gelungen, sich mit dem Zentralausschuß der SPD über die Bildung einer gemeinsamen Partei zu einigen. Obwohl die SMAD die sozialdemokratische Parteiführung stark unter Druck setzte, brachte die erste Sechziger-Konferenz am 20./21. Dezember 1945 in Berlin, an der je 30 Funktionäre beider Parteien aus den Parteiführungen in Berlin und den Ländern teilnahmen, für die Kommunisten keinen Durchbruch, denn die Sozialdemokraten hatten aus dem kommunistischen Entschließungsentwurf alle Passagen gestrichen, die konkrete Festlegungen zur Vereinigung enthielten. Das betraf die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten bei Wahlen und die Nennung eines konkreten Vereinigungstermins. Die Sozialdemokraten hatten außerdem den Beschluß durchgesetzt, daß die Gründung einer gemeinsamen Partei nur im Reichsmaßstab erfolgen könne. Sie hatten sich damit fürs erste den Bestrebungen der KPD widersetzt, die die Vereinigung auf Landesebene erlauben wollte. Dennoch entstand in den unteren Parteigliederungen der Eindruck eines Einvernehmens zwischen Zentralausschuß und kommunistischer Parteiführung.⁷¹

4. Die Entwicklung des Verhältnisses beider Parteien bis zur zweiten Sechziger-Konferenz im Februar 1946

Die KPD setzte die Einheitskampagne auf Befehl der SMAD fort und verstärkte den Druck auf die sozialdemokratische Führung, um nun »mindestens im Landes- oder Provinzmaßstabe« beide Parteien zu vereinigen. Dazu sollte der Zentralausschuß der SPD von den Bezirksverbänden isoliert werden.⁷² Im Rahmen dieser Strategie nahm der sächsische SPD-Landesvorsitzende Otto Buchwitz eine Schlüsselstellung ein, denn Matern wollte, gestützt auf sein gutes Verhältnis zu ihm, mit »Differenzierung[en]« die Machtverhältnisse innerhalb der sächsischen SPD durch eine Unterstützung der Befürworter einer Partiefusion und die Isolierung von deren Gegner zu Gunsten der KPD verändern. Matern hoffte, den Widerstand

⁷¹ Das Protokoll liegt in zwei Editionen von Gert GRÜNER/Manfred WILKE (Hrsg.), *Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen KPD und SPD in Berlin 1945/46*, München ²1986, und von Hans-Joachim KRUSCH/Andreas MALYCHA (Hrsg.), *Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946*, Berlin 1990, S. 58-155, vor. Die neuere Edition enthält auch den Entschließungsentwurf der KPD, S. 40-49, und die verabschiedete Entschließung, S. 156-164. Zum Einfluß der SMAD siehe die Erinnerungen Trabalskis bei B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 210.

⁷² So Pieck am 4.1.1946 in G. BENSER/H.-J. KRUSCH (Hrsg.), *Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats* (wie Anm. 3), S. 632.

der SPD durch eine gemeinsame Veranstaltung beider Parteien in Dresden brechen zu können, denn die sächsischen Kommunisten wollten eine regionale Vereinigung vorschlagen und damit die Vereinbarungen der ersten Sechziger-Konferenz unterlaufen.⁷³

Die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Sachsen wurde durch die von Matern geforderte Veranstaltung beider Parteien, der sogenannten »Konferenz der 3.000« am 15. Januar 1946, geprägt. Das Vorgehen der beiden Landesvorsitzenden stieß auf den entschiedenen Widerstand des Leipziger SPD-Bezirksvorstandes, der eine Teilnahme an der Veranstaltung ablehnte und sich mit seiner Weigerung auf eine Mehrheit der Mitglieder stützen konnte. Trabalski versuchte, auch die Chemnitzer SPD von seinem Kurs zu überzeugen, blieb damit aber erfolglos.⁷⁴

Da die KPD dafür gesorgt hatte, daß nur ihr genehme Teilnehmer auf die Konferenz gelangten, war das Ergebnis schon vorgegeben. Dennoch konnten kritische Stimmen aus der SPD nicht gänzlich ausgeschaltet werden, die die Benachteiligungen in den Verwaltungen kritisierten, gleichzeitig allerdings ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Vereinigung betonten. Die Versammlung beschloß in ihrer Entschließung praktisch die organisatorische Vereinigung beider Parteien, denn ein gemeinsames Büro sollte »die Arbeit der beiden Arbeiterparteien in volle Übereinstimmung« bringen.⁷⁵

Diesem Vorgehen konnte die SPD in Anbetracht der tatsächlichen Machtverhältnisse in der SBZ nur wenig entgegensetzen. Dennoch versuchten viele Sozialdemokraten, sich durch Passivität und den Hinweis, erst zentrale Vorgaben abwarten zu müssen, den Aufforderungen der KPD nach engerer Zusammenarbeit zu entziehen. Seit Januar 1946 kann jedoch ein Anwachsen der ablehnenden Haltung und des verdeckten Widerstandes vieler Sozialdemokraten auf regionaler und lokaler Ebene beobachtet werden. So richtete sich die Kritik beispielsweise in Dippoldiswalde und Hoyerswerda gegen die von den Kommunisten vorgegebenen Modalitäten des Zusammenschlusses.⁷⁶ In einigen Orten wie in Hoyerswerda und Niesky forderte die SPD vor einer Vereinigung Wahlen, um die Stärke beider Parteien bestimmen zu können.⁷⁷ Interessant sind in diesem Zusammenhang Hinweise, daß auch

73 Siehe die Rede Materns vom 7.1.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/011, Bl. 105-124.

74 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 300 f.

75 Vgl. das Protokoll der Kundgebung in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/008, sowie die Erinnerungen Trabalskis an den Verlauf der Veranstaltung in B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 210 f.

76 Vgl. SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/010, Bl. 14.

77 Siehe den Bericht vom 18.2.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.007.

besonders radikale Kommunisten in Großenhain und Oelsnitz die Einheit ablehnten.⁷⁸

Quantifizierende Angaben zum Verhältnis von Befürwortern und Gegnern der Einheit in der SPD lassen sich allerdings nur schwer aus den Quellen gewinnen. Zumindest in den sächsischen Großstädten wird man von einem Übergewicht der Gegner der Vereinigung ausgehen können, denn in Leipzig konnte sich mit Trabalski einer der entschiedensten Gegner der KPD im Bezirksvorsitz behaupten und in Chemnitz erzielten die Befürworter der Vereinigung mit den Kommunisten bei den Wahlen zum Bezirksvorstand am 2. Februar 1946 nicht die erforderlichen Delegiertenstimmen.⁷⁹

In Dresden war die Situation unübersichtlicher. Hier lassen sich, im Gegensatz zu Leipzig, zahlreiche Beispiele für eine Zusammenarbeit mit der KPD anführen.⁸⁰ Doch auch in der Landeshauptstadt konnten die Gegner der Kommunisten, wie der Freitaler Oberbürgermeister Arno Hennig, der Dresdner SPD-Unterbezirksvorsitzende Arno Wend und der Zweite SPD-Landesvorsitzende Arno Haufe, den Kurs der SPD beeinflussen. Am 9. Februar 1946 lehnte Arno Wend auf einer gemeinsamen Funktionärskonferenz von KPD und SPD die schnelle Vereinigung beider Parteien ab, weil sie zur »Zerreißung« Deutschlands führe. Er bestand darauf, daß nur ein Reichsparteitag über die Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei befinden könne.⁸¹

Gerade am Beispiel Dresdens können die Auseinandersetzungen um die Abhaltung einer Urabstimmung als Anzeichen für den weit verbreiteten sozialdemokratischen Widerstand gegen die Politik der KPD betrachtet werden. Der erweiterte SPD-Landesvorstand hatte am 21. Januar 1946 beschlossen, daß die Mitgliedschaft das Recht habe, »in Urabstimmungen zur Frage der Vereinigung Stellung zu nehmen« und damit auf den einstimmig angenommenen Antrag einer SPD-Unterbezirkskonferenz in Dresden vom 20. Januar 1946 auf Durchführung einer Urabstimmung zur Frage der Vereinigung reagiert.⁸² Das ist die bislang einzige für Sachsen nachgewiesene einstimmige Annahme des Beschlusses einer Urabstimmung.⁸³

78 Vgl. die Berichte der Kreisleitung Oelsnitz vom 28.2.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/019 und aus Großenhain in SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/002, Bl. 52.

79 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 330.

80 Vgl. die entsprechenden Dokumente in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/019/1. Es ist jedoch zu beachten, daß die SPD solche Vereinbarungen oft nicht freiwillig abschloß.

81 Siehe SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/019/1. Aus den Berichten in diesem Bestand geht hervor, daß Wend von der Polizei überwacht wurde.

82 Zur Sitzung des Landesvorstandes siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. XC, zur Unterbezirksversammlung siehe »Bericht über die Unterbezirkskonferenz am 20.1.1946« in SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.002.

83 So Kaden in seinen Erinnerungen in SAPMO-BA, ZPA, NL 76/37, Bl. 34.

Gerade diese demokratischen Willensbildungsprozesse verdeutlichen die isolierte Position von Buchwitz, der jede weitere Verzögerung des Vereinigungsprozesses entschieden ablehnte und am 23. Januar 1946 in einem Brief an Grotewohl ausführte, daß er »nicht mitschuldig werden [wolle], wenn diesmal wieder die Arbeiterklasse um ihr Recht gebracht wird«⁸⁴. Nach Einschätzung der KPD brachte er damit 80 % der SPD-Funktionäre gegen sich auf.⁸⁵ Seine wichtigsten Opponenten, Trabalski, Wend und Hennig, betrieben deshalb Mitte Januar 1946 seine Absetzung, blieben damit allerdings erfolglos.⁸⁶

Gegen diese Bestrebungen konnte sich die KPD auch mit einer mit Buchwitz abgestimmten Versammlungswelle nicht durchsetzen. Nachdem sich der Zentralausschuß der SPD am 15. Januar 1946 gegen eine »organisatorische Vereinigung beider Arbeiterparteien im Bereich von Bezirken, Provinzen, Ländern oder einer Besatzungszone« ausgesprochen und diese Frage dem »Beschuß eines Reichsparteitages« anheimgelagt hatte⁸⁷, verschärfte die SMA ihren Druck auf die SPD. Am 23. Januar 1946 wurde Pieck von Generalleutnant Bokow, einem Stellvertreter Shukows, von der Anweisung Stalins unterrichtet, daß die KPD sich bei der »Vereinigung der beiden Arbeiterparteien beeilen« müsse. Dazu sollten die Kommunisten mit einer »sorgfältigen Taktik« eine »scharfe Kampagne« gegen ihre Gegner in der SPD beginnen und diese dadurch »isolieren«⁸⁸. Die Eingriffe der Besatzungsmacht in Sachsen können mit einigen Beispielen belegt werden. Die SMAS drohte Trabalski, daß sie »es in der Hand« hätte, die SPD »wie Dreck zu zerdrücken«⁸⁹. Das waren keine Einzelfälle, denn auch in Borna bezeichnete der Kommandant das Verhalten des SPD-Unterbezirksvorsitzenden als »faschistisch«, weil dieser das Vorgehen der Kommunisten mit dem der Nazis verglichen hatte, und enthob ihn seines Postens.⁹⁰ Ähnliche Vorfälle lassen sich auch in Kamenz und Stollberg nachweisen.⁹¹ Durch

84 Andreas MALYCHA (Hrsg.), *Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Dokumentation Teil I*, Berlin 1990, S. 16-18.

85 Siehe das Schreiben der Bezirksleitung Sachsen an das ZK der KPD vom 22.1.1946 über eine Vorstandssitzung der SPD, an der auch 28 Parteischüler teilnahmen, in SAPMO-BA, ZPA, NL 182/855, Bl. 150.

86 Siehe die Erinnerungen von Wend und Trabalski bei B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 232 und S. 212.

87 Siehe H.-J. KRUSCH/A. MALYCHA (wie Anm. 71), S. 172.

88 R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 3), S. 63 f.

89 B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 213.

90 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 314 f.

91 Vgl. den Bericht der KPD aus Stollberg vom 17.3.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/041, und den Bericht der Kamener KPD vom 28.2.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/019.

diese Maßnahmen der SMAS hatte die SPD nach Einschätzung Trabalskis ihre »Bewegungsfreiheit« verloren.⁹²

Das war besonders bei den Wahlen zu den FDGB-Leitungen im Dezember 1945 deutlich geworden, deren Ablauf schon am 22. Oktober 1945 zwischen Pieck und SMAD-Vertretern erörtert worden war. Sie hatten festgelegt, daß die Wahlen so »oft wiederholt« werden sollten, bis die KPD eine Mehrheit erreicht hätte.⁹³ Bevor die KPD in Sachsen mit der Umsetzung dieser Vorgaben begann, wurde der sozialdemokratische Vorsitzende des Landesausschusses des FDGB, Otto Seiffert, im Dezember 1945 abgelöst.⁹⁴ Bei den Wahlen zum Landesvorstand des FDGB am 26./27. Januar 1946 erzielte die KPD durch Manipulationen eine Mehrheit, obwohl die Sozialdemokraten die Masse der Delegierten stellten.⁹⁵

Bereits einen Tag später, am 28. Januar 1946, erzwangen Matern und Buchwitz ein Treffen der Landes- und Bezirksleitungen beider Landesparteien in Dresden, um den letzten Widerstand vor allem der Leipziger Sozialdemokraten zu brechen.⁹⁶ Beide Parteiführer konnten ein einheitliches Auftreten der Sozialdemokraten auf diesem Treffen verhindern. Sie fanden mit ihrer Forderung, »die Vereinigung in Sachsen so schnell als möglich« herbeizuführen, bei dem Präsidenten der Landesverwaltung, Friedrichs, dem Görlitzer Bezirksvorsitzenden Rausch, dem Chemnitzer Bezirksvorsitzenden Friedel und Hartzsch aus Mylau Rückhalt, während Haufe, Wend, Hennig, Trabalski und Bretthorst energisch widersprachen und von Matern als »Saboteure« beschimpft wurden. Mit Hilfe der anwesenden sowjetischen Offiziere konnte sich Matern mit seiner Ansicht durchsetzen, daß der Leipziger SPD-Bezirksvorstand die Beschlüsse des SPD-Landesvorstandes ausführen müsse. Abschließend beschlossen beide Gremien die Bildung eines »Einheitsbüros«⁹⁷.

Nach diesem Treffen verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen KPD und SPD Ende Januar/Anfang Februar 1946 weiter, denn die Mehrheit der Sozialdemokraten bestand nach Meinung von SPD-Landesvorstandsmitgliedern weiter auf der Einhaltung der Beschlüsse der

92 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. XCII.

93 Siehe R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 3), S. 61.

94 Siehe SächsHStA, LRS, MP, Nr. 517, Bl. 29-32.

95 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 434.

96 Ein ausführliches Protokoll des Treffens befindet sich in SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/009, das auch bei A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 315-344 ediert ist. In SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.001, ist ein weiteres Protokoll überliefert, das in einigen Teilen vom o.g. abweicht und interessante Ergänzungen bringt. Ein erkennbarer Grund für die unterschiedlichen Fassungen ist jedoch nicht evident.

97 Die Teilnahme der Offiziere geht aus dem Protokoll einer Besprechung zwischen Buchwitz und den Geschäftsführern der SPD-Pressetriebe Heim und Barke hervor, daß am Abend des 28.1.1946 stattfand. Siehe SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.001.

ersten Sechziger-Konferenz und propagierte einen Reichsparteitag. Die Ansicht, die Vereinigung innerhalb der SBZ oder nur in Sachsen zu vollziehen, würde lediglich von einer Minderheit der Mitgliedschaft vertreten.⁹⁸

Bis Mitte Februar 1946 konnten sich jedoch die Befürworter der Vereinigung in der SBZ innerhalb der SPD durchsetzen. Als Grotewohl, der sich vergeblich um Unterstützung von Schumacher aus dem Westen bemüht hatte, von einem geheimen Treffen der Vorsitzenden von KPD und SPD von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt am 8. Februar 1946 in Leipzig erfahren hatte, gab er auf der folgenschweren Sitzung des Zentralaussschusses mit den Landesvorsitzenden der SPD am 10./11. Februar 1946 seinen Widerstand gegen eine Vereinigung in der SBZ auf.⁹⁹

Angesichts dieser Umstände mußten nun auch die entschiedensten Gegner von Buchwitz resignieren: »Es bleibt uns«, meinte Haufe, »also nichts anderes übrig, als im russischen Sektor die Einigung durchzuführen«¹⁰⁰. Nachdem die innerhalb der Leipziger SPD-Führung diskutierte Selbstauflösung der Partei wegen der zu erwartenden Repressionsmaßnahmen als unrealistisch verworfen worden war,¹⁰¹ versuchten Buchwitz' Gegner, Zeit zu gewinnen, weil sie den Einfluß der SPD in der neuen Partei sichern wollten. Für Arno Wend konnte es »unter gar keinen Umständen in Frage kommen, daß die Organisationsprinzipien der Kommunistischen Partei einfach auf die neue Partei übertragen werden«¹⁰². Doch nicht nur die Führungszirkel forderten Veränderungen am Parteistatut, mehr innerparteiliche Demokratie und eine Wahl der Leitungen der neuen Partei, sondern auch von der Parteibasis sind derartige Bestrebungen überliefert.¹⁰³

Die Chancen der SPD, sich gegen die KPD durchzusetzen, waren äußerst gering. Das Programm der Einheitspartei war bei den Gesprächen Ulbrichts mit Stalin Ende Januar/Anfang Februar 1946 in Moskau bestätigt worden, und in den folgenden Wochen entfaltete die KPD eine beispiellose Propagandakampagne.¹⁰⁴ In diesen Zusammenhang muß der von Ackermann im Februar 1946 veröffentlichte Artikel »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?« betrachtet werden, in dem er die

98 Die Einschätzung des Meinungsbildes der Mitgliedschaft wurde von Meißner auf der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes der SPD am 4.2.1946 zur Diskussion gestellt. Vgl. A. MALYCHIA (wie Anm. 3), S. 434.

99 Siehe L. CARACCILO (wie Anm. 2), S. 311, sowie E. W. GNIFKE (wie Anm. 2), S. 139-145, und die Erinnerungen Trabalskis in B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 212, der die Meinung vertritt: »Schumachers Haltung hat uns das Rückgrat gebrochen.«

100 So Haufe am 13.2.1946 in A. MALYCHIA (wie Anm. 3), S. 440.

101 Siehe die Erinnerungen Trabalskis bei B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 215.

102 Wend am 18.2.1946 in einem Schreiben an Buchwitz und Haufe in A. MALYCHIA (wie Anm. 3), S. 443.

103 Siehe beispielsweise das Schreiben der Leipziger SPD-Führung an die Kommandantur vom 21.2.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.007.

104 Siehe R. BADSTÜBNER/W. LOTTI (wie Anm. 3), S. 68.

These vertrat, daß in Deutschland andere Bedingungen als in Rußland vorlägen und diese einen eigenständigen Weg zum Sozialismus erlauben würden. In der Forschung wird schon lange auf die Bedeutung der Thesen Ackermanns im »politisch-psychologischen Bereich« hingewiesen. Die KPD wollte mit diesen Thesen den Sozialdemokraten den Weg in die Einheitspartei erleichtern.¹⁰⁵ Betrachtet man nämlich die Äußerungen der kommunistischen Führung in ihrer Gesamtheit, dann wird deutlich, daß die KPD nicht vom Marxismus-Leninismus abrückte und diesen auch als das Fundament der Einheitspartei betrachtete. Der Vorsitzende der Zittauer KPD-Unterbezirksleitung, Reinhold Hentschke, brachte das unverblümt zum Ausdruck: »Wir als Kommunisten sind noch dieselben wie früher. Wir haben uns nicht geändert, und wir dürfen uns auch nicht ändern.«¹⁰⁶ Ein Teil der Funktionäre und wohl auch Ackermann selbst glaubten allerdings an die Möglichkeit eines eigenen deutschen Weges zum Sozialismus.¹⁰⁷ Ende Februar 1946 waren die grundsätzlichen Auseinandersetzungen beendet, und die zweite Sechziger-Konferenz legte am 26. Februar 1946 in Berlin die endgültigen Termine der Vereinigung in den Ländern (6./7. April 1946) und für die gesamte SBZ (21./22. April 1946) fest.¹⁰⁸

5. Die letzte Phase des Vereinigungsprozesses in Sachsen

Auf der Reichskonferenz der KPD vom 2./3. März 1946 wurden die Mitglieder noch einmal mit dem Kurs der Parteiführung vertraut gemacht und aufgefordert, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen.¹⁰⁹ Kurz vor dem Abschluß des Vereinigungsprozesses wurde Matern nach Berlin berufen, und Wilhelm Koenen übernahm die Leitung der sächsischen KPD. Die sächsische KPD-Führung wies ihre Mitglieder an, auch in der letzten Phase der Vereinigung die Arbeit in den Betrieben nicht zu vernachlässigen, weil sich die Kommunisten »nirgends und niemals allzu sicher fühlen« könnten. Außerdem sollten wichtige Unterlagen, die über die SPD gesammelt worden waren, an die Bezirksleitung geschickt werden, damit die Sozialdemokraten im Zuge der Vereinigung nicht durch

¹⁰⁵ Siehe Anton ACKERMANN, *Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?*, in: *Einheit 1* (1946), S. 22-32, sowie Dietrich STARITZ, *Ein »besonderer deutscher Weg« zum Sozialismus?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51/52, 25.12.1982, S. 15-31.

¹⁰⁶ So auf einer Versammlung am 7.2.1946 im Zittauer Amtsgericht in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/092.

¹⁰⁷ Siehe W. LEONHARD (wie Anm. 18), S. 480, und E. W. GNIFFKE (wie Anm. 2), S. 155.

¹⁰⁸ Siehe H.-J. KRUSCII/A. MALYCIJA (wie Anm. 71), S. 193-276.

¹⁰⁹ Siehe Günther BENSER/Hans-Joachim KRUSCII (Hrsg.), *Protokoll der Reichskonferenz der KPD 2/3. März 1946* (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/46, Bd. 4), München 1996.

Zufall Einblick in diese Akten nehmen könnten. Die KPD wollte »alle Möglichkeiten ausschöpfen«, um die Sozialdemokraten in der Einheitspartei durch die Kommunisten majorisieren zu können. Koenen ermunterte die Kommunisten, in der Einheitspartei »keine Hemmungen« zu haben.¹¹⁰ In diesem Sinne hatte schon Ende Februar 1946 der Dresdner KPD-Chef Leppi die Ziele der Parteiführung mit den Worten erläutert: »Die Einheitspartei wird nach dem System unserer Partei aufgebaut. Infolgedessen können wir bereits mit einer Planung des Aufbaus aller Leitungen beginnen. Auch in Hinsicht der dazu geeigneten SPD-Leute.«¹¹¹

Trotz der Anstrengungen der KPD, die die Einheitskampagne vor allem durch ihre Betriebsgruppen forcieren ließ, verbesserte sich das Verhältnis zur SPD auch im März 1946 nicht. Buchwitz, der ganz auf den Kurs der KPD eingeschwenkt war, konnte nicht die Versuche der Sozialdemokraten eindämmen, in der neuen Partei Organisationsprinzipien zu verankern, die institutionelle Garantien für ihren weiteren Einfluß bieten sollten. Die Delegierten des letzten SPD-Parteitages in Sachsen entschieden sich einstimmig dafür, die Ortsgruppen als bestimmendes Element der Partei beizubehalten, und wiesen damit den Vorschlag der KPD zurück, die Betriebsgruppen als Grundorganisationen in der SED einzuführen.¹¹²

Um das Verhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern der Vereinigung in den örtlichen SPD-Gliederungen einschätzen zu können, sollen die Berichte der Kreisleitungen der KPD an die Bezirksleitung vom März 1946¹¹³, Materialien der Bezirksleitung vom gleichen Monat, das Protokoll der Sitzung der Bezirksleitung mit den Kreissekretären vom 25. März 1946¹¹⁴ und die »Namentliche Zusammenstellung der Einheitsgegner«¹¹⁵ aus dem KPD-Bestand in Dresden ausgewertet werden. Relativ geringen Widerstand gegen die Vereinigung verzeichnete die KPD nur in den Kreisen Großenhain, Flöha, Kamenz und Plauen. Aus Annaberg wurde gemeldet, daß in die SPD eingeschleuste Kommunisten »Sprecher für die Einheit innerhalb der SPD« seien. In den meisten Kreisen Sachsens stieß die KPD jedoch auf Widerstand unter den Sozialdemokraten, die sich aus unterschiedlichen

110 Siehe das Protokoll der Sitzung der Bezirksleitung vom 25.3.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.5.002, sowie den Beitrag Koenens auf dem Landesparteitag der KPD am 6.4.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/001.

111 Bericht von der Polleitzersitzung am 21.2.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/124.

112 Siehe das Protokoll des SPD-Parteitages vom 6.4.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.002.

113 Siehe den »Monatsbericht für den Monat März 1946« in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/021.

114 Siehe die beiden Protokolle der Zusammenkunft vom 25.3.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.5.002 und SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/007.

115 Siehe SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/008.

Motiven nicht mit der KPD vereinigen wollten. Eine Verweigerungshaltung und Passivität unter großen Teilen der SPD-Mitgliedschaft ist in den Kreisen Auerbach, Bautzen, Döbeln, Freiberg, Hoyerswerda, Oelsnitz und Rochlitz nachweisbar. Das äußerte sich darin, daß bei Vorstandswahlen Gegner der Vereinigung Mehrheiten erzielten und in den örtlichen Einheitsbüros fast nur KPD-Mitglieder arbeiteten. Besonders interessant war das Verhalten der Zwickauer SPD-Führung, die ein Zusammengehen mit CDU und LDP anstrebte, um dem Widerstand gegen die KPD eine größere Durchschlagskraft zu verschaffen. Eine Mehrheit der SPD-Mitglieder soll in den Kreisen Dippoldiswalde, Glauchau, Görlitz, Löbau, Meißen, Oschatz, Stollberg und Weißwasser hinter der ablehnenden Haltung ihrer Vorstände gestanden haben, die oft erst nach »Einflußnahmen« der Kommandanturen ihren Widerstand nicht mehr offen artikulierten und formal mit der KPD zusammenarbeiteten.

Anhand der KPD-Materialien wird deutlich, daß es den Kommunisten nicht gelungen war, eine Mehrheit der Sozialdemokraten von der Notwendigkeit der Vereinigung beider Parteien zu überzeugen. Von einer weit verbreiteten »Einheitsbereitschaft« kann also zu diesem Zeitpunkt keineswegs gesprochen werden.¹¹⁶ Das wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung in Zittau betrachtet.

Die Kommunisten hatten hier den Sozialdemokraten auf drastische Weise klargemacht, worin sie deren Beitrag zum Neuaufbau Deutschlands sahen: »Genossen der SPD, wir brauchen Eure Mitarbeit, aber der entscheidende Faktor sind wir selbst.«¹¹⁷ Während der Vereinigungskampagne arbeiteten Kommandantur und KPD eng zusammen und wurden vom örtlichen SPD-Vorsitzenden, einem für diesen Posten »abgestellten« ehemaligen Kommunisten, unterstützt. Aufschlußreich sind die Anweisungen der KPD über die Zusammensetzung der Delegierten der Vereinigungskonferenz in Zittau: »Diese Delegierten müssen durchaus nicht etwa alle Mitglieder der beiden Parteien sein, denn diese Verschmelzung soll weiteste Kreise der Bevölkerung erfassen und in ihren Bann ziehen. Also Parteilose und Sympathisierende – aber selbstverständlich keine früheren Pgs – sollen geladen werden.«¹¹⁸ Auf diese Weise sollten wohl die nötigen Stimmen für die Einheitspartei durch Claqueure zusammenkommen.

116 So z.B. Walter BÖHME, *Die Gründung der SED in Sachsen. »Ein Sieg über den Opportunismus« oder »Zwangsvereinigung«?*, in: *Historische Blätter aus Politik und Geschichte*, Dresden 1992, S. 21.

117 So der KPD-Kreisvorsitzende Hentschke am 24.1.1946 in einem Gespräch mit dem Mitglied SPD-Landesvorstandes Linden in SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/002, Bl. 60.

118 SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/013, Bl. 119.

Nachdem sich die unteren Ebenen beider Parteien in der zweiten Märzhälfte 1946 zusammengeschlossen hatten, fand mit dem Vereinigungsparteitag am 7. April 1946 in Dresden die Gründung der SED in Sachsen ihren Abschluß. Buchwitz und Koenen wurden zu Vorsitzenden des neuen Landesverbandes gewählt.¹¹⁹ Wie die folgende Tabelle zeigt, hatten die Sozialdemokraten zahlenmäßig ein leichtes Übergewicht in der neuen Partei.

Mitgliederbewegung von KPD und SPD 1945/46 in Sachsen¹²⁰

| | KPD | SPD |
|---------------|---------|---------|
| Oktober 1945 | 71.700 | 77.600 |
| Dezember 1945 | 109.900 | 104.800 |
| Februar 1946 | 150.000 | 184.500 |
| April 1946 | 194.000 | 221.400 |

Trotz dieser Mehrheitsverhältnisse leiteten die Kommunisten in der neuen SED-Landesleitung die Abteilungen, die in den folgenden Jahren die wirtschaftlichen Umwälzungsprozesse steuerten, denn hier sollten die Sozialdemokraten von wichtigen Entscheidungen ferngehalten werden.¹²¹

Die Empfindungen wohl vieler SPD-Mitglieder zur Gründung der SED brachte auf dem letzten Parteitag der sächsischen SPD der Delegierte Opitz so zum Ausdruck: »Wir als Sozialdemokraten, wir opfern bei dieser Ehe alles, auch unseren guten alten Namen.«¹²² Die Gegner der Vereinigung machten aus ihrer Ablehnung auch nach dem Zusammenschluß keinen Hehl. Hans Hermsdorf, der Chemnitzer SPD-Oberbürgermeister, wies am 31. März 1946 kurz vor seiner Flucht in den Westen in einem Brief den Chemnitzer SPD-Bezirksvorsitzenden August Friedel, der in den folgenden Jahren wichtige Funktionen in der sächsischen SED bekleidete, darauf hin, daß eine Mehrheit der SPD-Mitglieder immer für Demokratie eingetreten sei und sich diese nun nicht dazu hergeben wollten, eine beginnende Diktatur zu legitimieren.¹²³ Trabalski faßte seine Meinung in folgendem Satz prägnant zusammen: »Ich kann abschließend nur sagen, den Kommunisten ist die Vereinigung nur mit Gewalt gelungen.«¹²⁴

119 Siehe die Schilderungen des Verlaufes des Parteitages bei Kaden in SAPMO-BA, ZPA, NL 76/37, Bl. 50-53, und bei O. BUCHWITZ (wie Anm. 38), S. 140-154.

120 Zu den Werten für die KPD siehe W. MÜLLER, *KPD* (wie Anm. 2), S. 458 f. Für die SPD siehe W. MÜLLER, *SPD* (wie Anm. 2), S. 479 f.

121 Vgl. hier die Vorgaben Dahlems vom 2.4.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/018.

122 SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.002.

123 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 447 f.

124 B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 217.

Die sächsischen Sozialdemokraten demonstrierten beim letzten SPD-Parteitag in der SBZ noch einmal ihre Stärke. Unter den 60 Leipziger Delegierten, die in einer Urabstimmung gewählt wurden waren, befürworteten nur etwa fünf bis sechs die Vereinigung.¹²⁵ Die sächsischen Sozialdemokraten erreichten trotz der Präsenz der Besatzungsmacht, daß sich die Mehrheit der Parteitagsdelegierten ihrem Antrag anschloß und die Ortsgruppe als unterste Organisationseinheit der SED bestimmte. Damit hatten sie den Vorschlag des Zentralaussschusses abgelehnt, der sich der Vorlage der zweiten Sechziger-Konferenz angeschlossen und Orts- und Betriebsgruppen gleichrangig behandelt hatte.¹²⁶ In der Nacht vor dem Vereinigungsparteitag in Berlin fand deshalb noch eine Konferenz mit der Führung der KPD statt, »denn sonst wäre der Parteitag im Admiralspalast mit einem Eklat geendet«¹²⁷. Die Sozialdemokraten konnten allerdings nur eine formale Aufwertung der Ortsgruppe erreichen, die prinzipielle Gleichstellung mit den Betriebsgruppen blieb bestehen. Mit 21 Gegenstimmen und vier Enthaltungen wurde am 21./22. April 1946 in Berlin die Vereinigung von KPD und SPD beschlossen.¹²⁸

Schon bald nach der Bildung der SED wurden zahlreiche Sozialdemokraten im Rahmen von »Parteisäuberungen« aus der Partei ausgeschlossen. Vor den SED-Partei kontrollkommissionen mußten sie sich zudem in vielen Verfahren für ihre »sozialdemokratische Vergangenheit« verantworten.¹²⁹

Resümee

Erfolgte die Gründung der SED in Sachsen unter Zwang? Um die Gründung der SED angemessen beurteilen zu können, sollen noch einmal kurz die einzelnen Phasen des Vereinigungsprozesses betrachtet werden.

In der ersten Periode vom Mai bis in den August 1945 gab es bei einem großen Teil der Sozialdemokraten das emotionale Bedürfnis, nach den Leiden der NS-Zeit mit den Kommunisten eine gemeinsame Partei zu bilden. Die kommunistische Parteiführung lehnte zu diesem Zeitpunkt eine gemeinsame Partei ab, was sich auch anhand der Behandlung des Angebotes Fechners zur Zusammenarbeit durch Ulbricht im Sommer 1945 zeigen läßt.¹³⁰ KPD und SPD bauten ihre eigenen Parteiorganisationen auf.

¹²⁵ Siehe EBD., S. 216.

¹²⁶ Siehe 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 19. und 20. April 1946 in Berlin, Berlin 1946, S. 120 f.

¹²⁷ So Wend in B. BOUVIER/HL.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 236.

¹²⁸ Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. CVIII.

¹²⁹ Vgl. die Akten der sächsischen Partei kontrollkommission der SED in SächsisSta, SED-BPA Dresden, A/2004 und A/2005.

¹³⁰ Vgl. Norbert PODEWIN, *Walter Ulbricht. Eine neue Biographie*, Berlin 1995, S. 174-177.

In großen Teilen der Sozialdemokratie wirkte in den folgenden Monaten das Vorgehen der KPD, vor allem bei der Stellenbesetzung in den Verwaltungen seit dem Herbst 1945, ermüthend auf die Einheitsbereitschaft. Die Zunahme von lokalen Konflikten zwischen beiden Parteien prägte deshalb den Zeitraum von September bis November 1945, in dem die SPD einen deutlichen Führungsanspruch erhob. Daraufhin begannen SMAD und KPD mit der Forcierung der Einheitskampagne. Zwischen Dezember 1945 und Februar 1946 verlor die SPD dann endgültig ihre Handlungsfreiheit, denn das einheitliche Auftreten der Partei wurde mittels Druck und Verhaftungen unterminiert. Dabei nutzten die Kommunisten geschickt Meinungsverschiedenheiten und Differenzen in den sozialdemokratischen Führungsgremien aus. Buchwitz, der im Landesvorstand der SPD für seinen Kurs keine Mehrheit fand, konnte deshalb auch nicht abgelöst werden. Seit Februar 1946 konnte die SPD keine aktive Politik mehr betreiben.¹³¹

Die KPD verhinderte im Vorfeld der Vereinigung alle demokratischen Willensbildungsprozesse bei den Sozialdemokraten. Das verdeutlichen die Reaktionen der Kommunisten auf den Versuch der Sozialdemokraten, im Rahmen einer Urabstimmung die Mitglieder über die Verschmelzung der Parteien entscheiden zu lassen. Nur in den Westsektoren Berlins konnte am 31. März 1946 eine Urabstimmung stattfinden. 82 % der abgegebenen Stimmen lehnten eine Vereinigung mit den Kommunisten ab, 62 % sprachen sich jedoch für eine Zusammenarbeit mit der KPD aus.¹³²

Die Forschung geht von fünf Gruppen in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft aus. Befürworter und Gegner bildeten beide gleichermaßen eine Minderheit. Daneben gab es Strömungen, die für ein »Überleben« der Sozialdemokratie in der SED kämpften und die Funktionäre, die gerade in der Einheitspartei für ihr persönliches Fortkommen gute Chancen sahen. Die Mehrheit der Mitglieder verharnte jedoch in Passivität und verfolgte den Kurs der Kommunisten mit Mißtrauen. Auch die Opfer der SPD sind hier zu nennen. Nach vorliegenden Schätzungen kam es im Zuge der Parteienverschmelzung in der SBZ zu ca. 20.000 Verhaftungen.¹³³

Die KPD war während des gesamten Zeitraums nicht in der Lage, die Mitgliederzahlen der SPD zu übertreffen. Erst durch das Ausschalten der Sozialdemokratie konnten sich die Kommunisten in der SED zur stärksten politischen Kraft der SBZ entwickeln. Die Sozialdemokraten hatten nicht die Möglichkeit, ihre Meinung in einer freien Entscheidung zum Ausdruck zu bringen. Wie die Berliner Urabstimmung bewies, wäre eine Mehrheit

¹³¹ Das gestand auch Buchwitz später ein. Vgl. W. MÜLLER, *Sozialdemokratische Politik* (wie Anm. 2), S. 199.

¹³² Siehe Hermann WEBER, *Geschichte der DDR*, München 1989, S. 130.

¹³³ Diese Zahl nannte Ollenhauer 1961. Vgl. Dieter RIEKE (Hrsg.), *Sozialdemokraten als Opfer im Kampf gegen die rote Diktatur*, Bonn 1994, S. 47.

unwahrscheinlich gewesen. Auch die Funktionäre, die wie beispielsweise Buchwitz entschieden für den Zusammenschluß mit der KPD eintraten, waren isoliert und hatten keineswegs eine Mehrheit der Mitgliedschaft hinter sich. Unterstützt wird diese Aussage dadurch, daß in Leipzig ca. 18.000 Sozialdemokraten ihr Mitgliedsbuch nicht gegen das der SED umtauschten. Das entspricht zwischen 25 und 35 % der Mitgliedschaft.¹³⁴ Deshalb ist die Gründung der SED in Sachsen, trotz anfänglich großer Bereitschaft zur Zusammenarbeit, als Zwangsvereinigung zu kennzeichnen.¹³⁵

¹³⁴ Vgl. J. TUBBESING (wie Anm. 3), S. 140.

¹³⁵ Vgl. zu dieser Argumentation Werner MÜLLER, *SED-Gründung unter Zwang – Ein Streit ohne Ende? Plädoyer für den Begriff »Zwangsvereinigung«*, in: DA 24 (1991), S. 52-58, im Gegensatz zur Meinung der PDS in Hans-Joachim KRUSCH, *Arbeiterbewegung, gesellschaftliche Forderungen und Einheit der Arbeiterparteien 1945/46*, in: Dietmar KELLER/Hans MODROW/Herbert WOLF (Hrsg.), *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bd. 1, Bonn/Berlin 1993, S. 61-79.

Die Ost-CDU, ihre Religionspolitik und das MfS

Von Gerhard Besier

Einleitung

Zwischen 1990 und 1995 hat sich hinsichtlich der Blockparteiensforschung ein bemerkenswerter Wandel vollzogen. Während Christian von Dittfurth 1991 die Ost-CDU insgesamt noch als willfähiges Anhängsel der SED darstellte,¹ zählen parteinahe Forscher – besonders im Blick auf die Endphase der DDR und mittels einer Differenzierung zwischen Parteiführung und -basis – die größte Blockpartei immer deutlicher zu den Oppositionsgruppen.² Auf diese Umbewertung hat Siegfried Suckut hingewiesen und daran die Warnung angeschlossen, daß die Gefahr von Fehleinschätzungen

1 Christian v. DITTFURTH, *Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt*, Köln 1991. Martin RISSMANN, *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949-1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei*, Düsseldorf 1995, S. 18 f., urteilt ohne Einzelnachweise: »Die als ›Streitschrift‹ konzipierte Arbeit Dittfurths dient tagespolitischen Zwecken und hält aufgrund ihres unkritischen Umgangs mit den Quellen wissenschaftlichen Maßstäben nicht stand.«

2 Vgl. dazu Manfred AGETHEN, *Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der ›Brief aus Weimar‹ und der ›Brief aus Neuenhagen‹*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen (HPM)* 1/1994, S. 89-114; DERS., *Die CDU in der DDR*, in: *Kleine Geschichte der CDU*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Stuttgart 1995, S. 201-249; Michael RICHTER/Martin RISSMANN (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Entstehung und Entwicklung* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln-Weimar-Wien 1995. In der undatierten und nicht mehr weitergegebenen MfS-Information Nr. 502/89 von Mitte November 1989 heißt es über die Emanzipation der Ost-CDU im Prozeß des SED-Machtverfalls: »Dem MfS vorliegenden internen Hinweisen zufolge fanden auf der letzten Sitzung der Volkskammerfraktion der CDU am 3. November 1989 kontroverse Auseinandersetzungen statt. In der Diskussion wurde in sehr aggressiver Form über die ›Anmaßung der führenden Rolle der SED‹ gesprochen und gefordert, daß die befreundeten Parteien entsprechend ihrer Mitgliederzahl in der Regierung und obersten Volksvertretung beteiligt werden [...] Während der Beratung des Hauptvorstandes der CDU [am 10.11.1989] wurden auch Fragen zur Stellung der CDU im Demokratischen Block sowie der inhaltlichen Ausgestaltung der weiteren Parteiarbeit beraten. Dabei wurde sichtbar, daß kirchliche Kräfte der CDU, insbesondere die Unterzeichner des ›Weimarer Briefes‹, starke Positionen errungen haben und der Auffassung sind, mit der Wahl von [Lothar] de Maizière als Parteivorsitzenden ihren Einfluß noch stärker zur Geltung bringen zu können. Intern wurde bekannt, daß die Unterzeichner des ›Weimarer Briefes‹ sowohl unter den bisherigen hauptamtlichen Parteikadern Radzimanowski und Trende als auch bei einzelnen Mitgliedern der CDU-Fraktion Unterstützung erhalten«. BStU [Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR], ZA, ZAIG 3750, Bl. 22-24.

»heute größer [sei] als in den Jahren vor der Vereinigung«³. Als Indiz für die zutreffende Beobachtung dieses Perspektivwechsels kann auch gelten, daß einer der problematischsten Ost-CDU-Funktionäre, nämlich Präsidiumsmitglied Günter Wirth, den Ditfurth noch als einen »herausragenden Kryptokommunisten der DDR« gewürdigt hatte,⁴ seit 1995 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Artikel und Rezensionen zur Vergangenheit seiner Partei schreiben darf.⁵

Nicht nur die Binnenstrukturen der Ost-CDU und ihr Wirken in den verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte bedürfen einer differenzierenden Betrachtung. Auch für ihre einzelnen Arbeitsfelder lassen sich womöglich unterschiedliche Bewertungen geltend machen.

Für den Arbeitsbereich Kirchen stellte Michael Richter 1991 fest: »Mit ihrer Arbeit unterstützte die CDU die SED in ihrem Bemühen, die Eigenständigkeit und den Einfluß der Kirchen einzuschränken. Die CDU war somit in bezug auf die Kirchen zu einem Informationsbeschaffungs- und Beeinflussungsinstrument der SED und des MfS degeneriert.«⁶

Diese summarische Einschätzung läßt sich im einzelnen belegen.⁷ Das soll im folgenden hinsichtlich der Beeinflussung von Ost-CDU-Kirchenpolitikern durch das MfS geschehen. Wie für viele andere Bereiche der DDR-Gesellschaft auch, sind zwar von der Kreissekretärs-Ebene bis hin zur Parteispitze einzelne CDU-Funktionäre und Parteimitglieder bekannt, die gleichzeitig als Inoffizielle Mitarbeiter für das MfS arbeiteten.⁸ Eine quantitative Erhebung für die Gesamtpartei wie für einzelne ihrer Arbeitsbereiche,

3 Siegfried SUCKUT, *Die früheren westdeutschen Forschungen zur Geschichte der Blockparteien – Leistungen und Defizite*, in: Heiner TIMMERMANN (Hrsg.), *DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven*, Berlin 1995, S. 111-115; Zitat: S. 115.

4 Chr. v. DITFURTH (wie Anm. 1), S. 69.

5 Günter WIRTH, *Gegenkultur aus bildungsbürgerlichem Geist*, in: FAZ Nr. 78 vom 1.4.1995 (Glanzbeilage); in der FAZ vom 8.10.1995 rezensierte WIRTH die Arbeit von M. RISSMANN, *Kaderschulung* (wie Anm. 1). Siehe dazu den Leserbrief von Steffen Heitmann, in: FAZ Nr. 268 vom 17.11.1995. Vgl. auch G. Wirths Aktenvermerk vom 6.11.1987 über den FAZ-Empfang anlässlich der 750-Jahrfeier Berlins im Grand-Hotel und sein Gespräch mit FAZ-Herausgeber Johann Georg Reißmüller im Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), VII-010-3338.

6 Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf 1991, S. 328 f.; vgl. auch Martin RISSMANN, *Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR*, in: HPM 1/94, S. 69-88, bes. S. 87 f.

7 Vgl. dazu auch Gerhard BESIER, *Auf der kirchenpolitischen Nebenbühne des SED-Staates: Evangelische Kirche und Ost-CDU*, in: DERS., *Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts*, Ges. Aufsätze, Bd. 2, Neukirchen-Vluyn 1994, S. 190-270.

8 Vgl. die Bestände des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zu dem als IM »Czemy« geführten Lothar de Maizière (BSiU, ZA, HA XX, AP 01236/92; HA XX, AP 14735/92; ZAIG 3500; 3638; 3750; HA XX/4-450; HA XX/4-1981), seit 1986 Vizepreses der Synode des DDR-Kirchenbundes, im November 1989 Nachfolger Gerald Göttings als Vorsitzender der Ost-CDU, 1990 DDR-Ministerpräsident, 1990/91 Bundesminister für besondere Aufgaben; zu Hermann Kalb (GI

die über den Grad der Durchdringung mit Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS Auskunft geben könnte, liegt aber noch nicht vor und wurde von der »Gauck«-Behörde bisher auch noch nicht in Angriff genommen.⁹ Allerdings ist inzwischen deutlich, daß schon seit den frühen 50er Jahren CDU-Funktionäre in Schlüsselfunktionen nebenamtlich auch für das MfS arbeiteten.¹⁰ Im folgenden beschränke ich mich im wesentlichen auf die 50er und 60er Jahre.

1. 1950: Die »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen« der DDR-Regierung und das »Hauptreferat Kirchenfragen« der Ost-CDU wird eingerichtet

Der politisch-ideologische Gleichschaltungsprozeß der Ost-CDU zwischen 1947 und 1952/53¹¹ hatte es zwar nicht vermocht, alle Parteiebene zu erfassen, aber doch zu einem katastrophalen Mitgliederschwund und einem dramatischen Mitgliederaustausch geführt.¹² Die Partei war in wenigen Jahren eine andere geworden. Dennoch gab es auch in der Parteileitung selbst – trotz des Bekenntnisses zu einem »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« – in einzelnen Sachfragen immer wieder Abweichungen von der vorgeschriebenen Parteilinie.¹³ Diese Parteilinie wurde zwar von

»Hugo«, »Hermann«, »Schütz«, BStU, ZA, MfS AIM 12983/63), von 1977-1989 Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen, und zu Wolfgang Heyl (BStU ZA MfS AP 10155/92; 14335/92; 20046/92; 20047/92), 1976-1989 Mitglied des Präsidiums der Volkskammer, im November 1989 für einen Monat Ost-CDU-Vorsitzender, vgl. Bernd-Rainer BARTH u.a. (Hrsg.), *Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch*, Frankfurt/M. 1995, S. 306 f.

9 Auskunft Siegfried Suckut, Abt. BF der Gauck-Behörde vom 13.11.1995.

10 Der gegen Gerald Göting und Otto Nuschke von 1954 bis 1957 gerichtete Operativvorgang »Tarnmanöver« (BStU, ZA, AOP 1194/57, 3 Bde.) wegen des Verdachts der Zerstückelungstätigkeit basiert »auf Informationen inoffizieller Mitarbeiter aus der Parteileitung der CDU« und auf Aussagen Georg Deringers (a.a.O., Bd. 2, Bl. 93). Rechtsanwalt Clemens de Maizière (1907-1980), seit 1946 Mitglied der CDU und bis 1949 Parteisekretär des CDU-Landesverbandes Thüringen, wurde 1957 vom MfS geworben (GM »Clemens«, »Pfehl«, »Anwalt«). Seit 1963 war das kirchenleitende Mitglied des französisch-reformierten Moderamens – in dieser Funktion auch Synodaler der Evangelischen Kirche Berlin Brandenburg – auf der »Kirchenlinie« des MfS eingesetzt (BStU, ASt. Berlin, AIM 5647/88, 11 Bde.).

11 Vgl. dazu Franz-Josef KOS, *Der Erfurter Schauprozeß und die beiden Nachfolgeprozesse 1952/53*, in: Brigitte KAFF (Hrsg.), *»Gefährliche Gegner«. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR*, Düsseldorf 1995, S. 125-158. Siehe auch Norman M. NAIMARK, *The Soviets and the Christian Democrats: The Challenge of a »Bourgeois« Party in Eastern Germany, 1945-1949*, in: *The European Politics and Societies* 9 (1995), S. 369-391.

12 Vgl. dazu Markus KJEFER, *Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen*, in: RICHTER/RISSMANN (wie Anm. 2), S. 152 ff. Von 1949 bis 1958 ging die Zahl der Mitglieder von 206.114 auf 99.372 zurück. Gleichzeitig fand ein enormer personeller Austausch in der Mitgliedschaft ein. Von 1958 bis 1971 stagnierte die Mitgliederzahl. Erst seit 1971 setzte dann wieder ein stetiges Wachstum ein.

13 Vgl. Thomas N. RAABE, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung?*, in: RICHTER/RISSMANN (wie Anm. 2), S. 127-137. Siehe auch DERS., *SED-Staat und katholische Kirche*.

der Abteilung »Leitende Organe der Parteien und Massenorganisationen« im ZK der SED klar vorgegeben, aber trotz grundsätzlicher Loyalität der Blockparteiern manchmal eigenwillig interpretiert.¹⁴

Das galt sogar für Otto Nuschke, der zunächst das volle Vertrauen der SMA genoß.¹⁵ Nach der Umgestaltung der Partei in eine zentral gelenkte Kaderpartei im Jahr 1950 durfte der Parteivorsitzende Nuschke nur noch Repräsentationsaufgaben wahrnehmen, während Generalsekretär Gerald Götting die eigentliche Führung der Partei übernahm.¹⁶ Ihm zur Seite stand Gerhard Fischer, von 1951 bis 1953 Mitarbeiter der CDU-Hauptgeschäftsstelle in Berlin und Göttings Referent, seit April 1952 auch als Geheimer Informator (GI) »Albrecht« für das MfS tätig.¹⁷ Seit seiner Entmachtung versuchte Nuschke einen Brückenschlag zwischen den berechtigten Anliegen der Kirchen einerseits und den kirchenpolitischen Vorgaben der führenden Partei andererseits vorzunehmen.¹⁸

Die Anfang 1950 für Kirchenfragen eingerichtete DDR-Regierungsstelle »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen« wurde Nuschke unterstellt, der sich kirchenpolitisch von dem EKD-Bevollmächtigten am Sitz der DDR-Regierung, Heinrich Grüber¹⁹, und von dem thüringischen Bischof Moritz Mitzenheim²⁰ beraten ließ. Nach Nuschkes Tod im Dezember 1957

Politische Beziehungen 1949-1961 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Bd. 70), Paderborn 1995, S. 85 ff., hier S. 137.

14 Vgl. Markus KIEFER (wie Anm. 12), S. 139-158.

15 Vgl. Frank DIETZE, *Die Ost-CDU*, in: RICHTER/RISSMANN (wie Anm. 2), S. 57.

16 Vgl. zu Götting BSÜ, ZA, AOP 1194/57, 3 Bde.

17 Gerhard Fischer (geb. 1930) machte eine steile Ost-CDU-Karriere und veröffentlichte 1983 im Union-Verlag der CDU ein parteikonformes Lebensbild Otto Nuschkes. Seine Tätigkeit als GI »Albrecht« wurde am 30.11.1962 seitens des MfS eingestellt, weil Fischers Mitarbeit zu wünschen übrig ließ (BSÜ, ZA, AIM 22797/62, I,1 und II, 1-2).

18 Vgl. hierzu und zum folgenden Hermann WENTKER, *Ost-CDU und Protestantismus 1949 bis 1958*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* (KZG) 6 (1993), S. 349-378. Einem sowjetischen Bericht vom 21.6.1955 zufolge setzte sich Nuschke 1951 für die Senkung des Ablieferungs-Solls von Kirchenländereien ein und verteidigte konservative Kirchenführer wie Otto Dibelius. Auch habe er sich gegen die juristisch unhaltbaren Waldheim-Prozesse ausgesprochen (BSÜ, ZA, AOP 1194/57, Bd. 2, Bl. 25-37). Im März 1957 wollte Nuschke einen Artikel in der »Neuen Zeit« (NZ) veröffentlichen, in dem er sich sehr positiv über Dibelius äußerte. Der Absatz wurde vom Chefredakteur der NZ, Schaper, nach Rücksprache mit Götting aus seinem Manuskript gestrichen (a.a.O., Bl. 80-90).

19 Vgl. dazu Gerhard BESIER, *Der SED-Staat und die Kirche*, Bd. 1: *Der Weg in die Anpassung*, München 1993, S. 61 ff.

20 Vgl. zu Mitzenheim BSÜ, ZA 334/66; 11226/92; 12650/92; 11364/92. Aus der Korrespondenz mit Minister Albrecht (Erfurt) im Jahr 1950 sowie seinem Brief an Pfarrer Pasche vom 15.4.1950 (BSÜ, ZA 334/66) geht hervor, daß Mitzenheim zu dieser Zeit der SED-Politik äußerst kritisch gegenüberstand. Aus dem MfS-Bericht Zobel vom 18.2.1953 (BSÜ, ZA 12650/92, Bl. 22-25) geht hervor, daß Mitzenheim von Oberkirchenrat Gerhard Lotz und Kirchenreferent Kurt Alisch, beide Ost-CDU, beeinflusst wurde, mit Generalsekretär Götting Verbindung aufzunehmen. Vgl. dazu Clemens VOLLNHALS, *Oberkirchenrat Gerhard Lotz*

verlor die Ost-CDU diese Regierungsstelle. Sie wurde aufgelöst bzw. zum Staatssekretariat für Kirchenfragen umstrukturiert, dessen Leiter Eggerath, Seigewasser, Gysi²¹ und Löffler ausnahmslos SED-Funktionäre waren.

Ebenfalls 1950 wurde zur Bewältigung der kirchenpolitischen Aufgaben der Ost-CDU das »Hauptreferat Kirchenfragen« gegründet. Die ersten beiden Leiter, Willi Leisner (Februar 1950-August 1952)²² und Kurt Alisch (November 1952-Februar 1953), wurden wegen Abweichungen von der kirchenpolitischen Parteilinie abgelöst.²³ Im Februar 1953 übernahm der Götting völlig ergebene, ehemalige persönliche Referent des Generalsekretärs, Günter Wirth²⁴, die Leitung des Referats, das er in Personalunion mit dem Referat Verbindung zum Ausland führte.²⁵ Nach der von Moskau befohlenen kirchenpolitischen Wende Anfang Juni 1953²⁶ gerieten Götting und Wirth wegen ihrer harten Unterdrückungspolitik gegenüber der Jungen Gemeinde in schwere Bedrängnis.²⁷ Schon im August 1953 übernahm Walter Bredendiek von Wirth das Kirchenreferat, im April 1954 folgte Herbert Trebs²⁸, seit November 1947 CDU-Mitglied. Dieser übernahm kurz darauf – im September 1954 – auch eine Redakteursstelle bei der »Neuen Zeit«, blieb aber im Hauptvorstand der CDU und kümmerte sich noch eine Zeitlang auch um die Kirchenangelegenheiten seiner Partei. Am 1. November 1958 wurde dann der Lehrer und Methodisten-Laienprediger Carl Ordnung Abteilungsleiter für Kultur- und Kirchenfragen bei der CDU-Parteileitung, war aber

und das Ministerium für Staatssicherheit. Zur IM-Akte »Karl«, in: DA 27 (1994), S. 332-336. Später suchte Mitzenheim immer wieder – allerdings nur in persönlichen Briefen – Staats- und Parteifunktionäre zugunsten kirchlicher Anliegen einzunehmen. Vgl. seinen Brief an Seigewasser vom 26.11.1969 (BStU, ZA, 11364/92, Bl. 44-47).

21 Klaus Gysi (geb. 1912) arbeitete seit 1957 auch als Inoffizieller Mitarbeiter »Kurt« für das MfS (BStU, ZA, MfS, AIM 3803/65).

22 Am 5.2.1953 wurde Leisner (geb. am 6.10.1899) arrestiert und blieb für einige Monate in Untersuchungshaft. Vgl. dazu Andreas SCHALÜCK, *Kirchenpolitische Strukturen der Ost-CDU*, in: RICHTER/RISSMANN (wie Anm. 2), S. 64-68. Noch im selben Jahr arbeitete auch er als GM »Schönborn« (Reg.-Nr. MfS 3308/53) für das MfS (BStU, ZA, MfS, AIM 153/58, 12 Bde.).

23 Vgl. hierzu A. SCHALÜCK (wie Anm. 22), S. 63-89.

24 Vgl. zu Wirth die Unterlagen in BStU, ZA, MfS, AP 878/54.

25 Vgl. GM-Bericht »Hartmut« vom 29.1.1953, BStU, ZA, AOP 1194/57, Bd. 1, Bl. 38.

26 Vgl. dazu G. BESIER, *Der SED-Staat und die Kirche*, Bd. 1 (wie Anm. 19), S. 123-131.

27 Götting und Wirth wurden von eigenen Parteifunktionären aufgefordert, ihre Ämter niederzulegen, BStU, ZA, AOP 1194/57, Bd. 1, Bl. 67; 74; 99 f. Wegen seiner SED-kritischen Äußerungen nach dem 17.6.1953 leitete andererseits das Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) gegen Götting einen Überprüfungsvorgang wegen des Verdachts ein, er wolle »unter Ausnutzung seiner Funktion eine Zersetzungsarbeit innerhalb der CDU [...] betreiben mit dem Ziel, die Einheit Deutschlands auf bürgerlich-kapitalistischer Grundlage wiederherzustellen« (SfS-Beschluß vom 12.2.1954, a.a.O., Bl. 110). Seit September 1950 bestand zwischen dem SfS und Götting ein offizieller Kontakt. Im Abstand von vier bis acht Wochen machte Götting dem SfS »offizielle Mitteilungen von Parteiangelegenheiten« (a.a.O., Bl. 107-109). Vgl. auch Leo HAUPTS, *Die Blockparteien und der 17. Juni 1953*, in: Brigitte KAFF (wie Anm. 11), S. 159-193.

28 Vgl. Auskunftsbericht Baldauf vom 1.3.1965, BStU, ZA, MfS, AIM 10990/68, I/1, Bl. 226 f.

aufgrund seines Engagements in der Prager Christlichen Friedenskonferenz kaum präsent.²⁹ Seit 1965 leitete schließlich Gerhard Quast das Hauptreferat Kirchenfragen und brachte Arbeitskontinuität in die Abteilung.

Nicht nur auf zentraler, sondern auch auf Kreis- und Bezirksebene – etwa in Gestalt der Arbeitsgemeinschaften für Kirchenfragen bei den Ost-CDU-Bezirksverbänden – unternahm die CDU seit Anfang der 50er Jahre einige Anstrengungen, den Staat-Kirche-Komplex politisch-ideologisch zu besetzen.³⁰

2. Das MfS spannt seit 1955 ein IM-Netz über die CDU-Domäne »Kirchenpolitik«

Im Zuge der Reorganisation und des Ausbaus des Ministeriums für Staatssicherheit Mitte der 50er Jahre³¹ übernahm der Geheimdienst auch die »Sicherung« des »Hauptreferats Kirchenfragen« der Ost-CDU. Dessen neuer Leiter, Herbert Trebs, wurde im Juli 1954, also drei Monate nach Übernahme des Referats, zum zweiten Mal als »Geheimer Informator« verpflichtet.³² Da Trebs über seine Dienstreisen etc. zuerst dem MfS und dann erst Götting berichtete, war es im Juni 1954 zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem CDU-Generalsekretär, der hiervon erfahren hatte, und seinem Mitarbeiter gekommen.³³

Da die Otto Nuschke unterstehende Regierungsstelle Hauptabteilung »Verbindung zu den Kirchen« ebenfalls fest in CDU-Händen war, aber in den ersten vier Jahren der Behörde »kein inoffizieller Mitarbeiter darin

29 Vgl. zu Ordnung, seit 1952 CDU-Mitglied, B.-R. BARTH u.a. (Hrsg.), *Wer war wer in der DDR* (wie Anm. 8), S. 550. Ordnung wurde vom MfS als IMF »Vogtländer« (Reg.-Nr. XV-3768/76) geführt. Am 18. 12. 1989 wurde der IM-Vorgang gelöscht.

30 Am 4.12.1954 berichtete Trebs (»Anton«) dem MfS über ein Gespräch mit Götting. Danach soll dieser geäußert haben, er wolle »alle christlichen Dinge bei der CDU monopolisieren [...] Wenn er erst erreicht hätte, daß alle christlichen Dinge bei der CDU konzentriert sind, dann hätte er auch gegenüber der SED eine ganz andere Verhandlungsposition. Und auch mit den Kirchen könne er dann anders reden« (BSStU, ZA, AOP 1194/57, Bd. 2, Bl. 11-14).

31 Vgl. Gerhard BESIER/Stephan WOLF (Hrsg.), *»Pfarrer, Christen und Katholiken«. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen*, Neukirchen-Vluyn 1992, S. 10; Roger ENGELMANN/Silke SCHUMANN, *Kurs auf entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57* (BF informiert 1/1995), Berlin 1995.

32 Vgl. Dietmar LINKE, *Theologiestudenten der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank. Darstellung der parteipolitischen Einflußnahme auf eine Theologische Fakultät in der DDR anhand von Dokumenten*, Neukirchen-Vluyn 1994, S. 59.

33 Vgl. Bericht der HA V/3 vom 7.7.1954, BSStU, ZA, AOP 1194/57, Bd. 1, Bl. 120 f. und Bericht des HGI »Winter« vom 24.7.1954, a.a.O., 124-126. Trebs berichtete dem MfS weiterhin über alle Vorkommnisse in seiner Partei, auch über Götting.

vorhanden war«³⁴, suchte das MfS 1955 diesem »Notstand« abzuwehren. Als Anfang September 1955 der damals 24jährige Jurist Gerhard Quast, seit 1949 Mitglied der CDU, in der Behörde neu eingestellt wurde, erfolgte zwei Monate später der Vorschlag, ihn für das MfS anzuwerben, »um über alle Vorgänge in der HA [Hauptabteilung] sowie alle die Pfarrerschaft betreffenden Dinge informiert zu werden«³⁵. Schon einen Monat später konnte die Werbung realisiert werden.³⁶ Der aus kleinen bürgerlichen Verhältnissen stammende Quast nahm neben der hauptamtlichen Tätigkeit in Nuschkes »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen« auch in seiner Partei mehrere Funktionen wahr, so 1956 die des ehrenamtlichen Kreisvorsitzenden des CDU-Kreisverbandes Lichtenberg. Sowohl über die Arbeit in der Regierungsstelle wie über Interna seiner Partei berichtete er regelmäßig dem MfS. Außerdem nahm er im Auftrag des MfS an EKD-Synoden, dem Frankfurter Kirchentag von 1956³⁷ und Veranstaltungen der Evangelischen Akademie teil und gab seinen nebenamtlichen Arbeitgebern auch darüber Informationen.³⁸ Nach der Gründung des Staatssekretariats für Kirchenfragen wurde Quast im April 1957 übernommen – ebenso übrigens wie der Stellvertreter Nuschkes, Hartwig, der ebenfalls Mitglied der CDU war und nun zu Eggeraths Stellvertreter avancierte. Doch Hartwig wurde von Propst Grüber wie seinem Mitarbeiter Schade verdächtigt, für das MfS zu arbeiten;³⁹ nicht zuletzt darum suchten die Kirchen den Kontakt mit ihm zu meiden.

In der neugeschaffenen Behörde wurde Quast vom MfS »für die Einschätzung und Veränderung der Situation innerhalb des Staatssekretariats f. Kirchenfragen«⁴⁰ eingesetzt, obwohl nicht nur die Behördenleitung fest in SED-Hand war, sondern auch Inoffizielle Mitarbeiter mit SED-Parteizugehörigkeit, besonders wäre hier Hans Wilke zu nennen,⁴¹ im

34 Auskunftsbereich über Quast vom 24.3.1960, BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, P, Bl. 55-58; Zitat: 56.

35 Vorschlag zur Anwerbung eines GI vom 9.11.1955, BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, P, Bl. 12

36 Bericht vom 16.12.1956 über die durchgeführte Werbung, a.a.O., Bl. 16 f.; vgl. a.a.O., Bl. 31.

37 Vgl. Bericht Kinza vom 15.8.1956 über Treff mit GI »Otto« vom 14.8.1956, BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, II,1, Bl. 41-47. Siehe hier die detaillierte Schilderung der Behandlung Nuschkes und Dieckmanns durch offizielle Kirchenvertreter in Frankfurt/M. Vgl. auch G. BESIER, *Der SED-Staat*, Bd. I (wie Anm. 26), S. 210.

38 Vgl. Einschätzungen des GI »Otto«, BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, P, Bl. 41 f.; 49 ff.

39 Vgl. Treffbericht Kullik mit Hans Wilke vom 17.5.1958, BStU, ZA, AIM 2968/70, II/4, Bl. 16-23, bes. Bl. 19.

40 BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, P, Bl. 43.

41 Wilke arbeitete seit 1958 in der Behörde des Staatssekretärs für Kirchenfragen. Die Kirchen hatten ihm dazu geraten; sie wußten ebensowenig von seiner SED-Mitgliedschaft (seit 1950) wie seiner Zusammenarbeit mit dem MfS als IM »Horst« (seit 1954) und hielten ihn für »ihren« Mann, BStU, ZA, AIM 2968/70, 6 Bde.

Staatssekretariat arbeiteten. Ende 1959 wollte Quast das Staatssekretariat verlassen, weil ihn die Aufgabenstellung nicht befriedigte. Auf Empfehlung des damaligen Leiters der Abteilung Kaderpolitik bei der Parteileitung der CDU, Hermann Kalb, schrieb er an Staatssekretär Eggerath und stellte diesen vor die Alternative, ihm eine berufliche Perspektive zu bieten oder auf ihn zu verzichten.⁴² Quast blieb vorerst.

Nicht nur zu Kalb, sondern auch zu den anderen Mitgliedern des CDU-Hauptvorstandes – Gerald Götting, Günter Wirth und Herbert Trebs – bestanden enge Kontakte.⁴³ Mitte des Jahres 1965 wechselte Quast dann vom Staatssekretariat für Kirchenfragen in die Leitung des »Hauptreferats Kirchenfragen« beim Hauptvorstand der CDU. Gleichzeitig wurde er innerhalb des MfS von der HA XX/6 in die HA XX/4 umregistriert.⁴⁴

Ein Jahr darauf brachte Roßberg zu Papier, welchen Wert Quast als Inoffizieller Mitarbeiter inzwischen besitze:

»Der GI berichtet jetzt über interne Vorgänge in seiner Abteilung u. um seinen Parteivorsitzenden Gerald Götting. Mit seiner Hilfe konnten bereits pol. op. wichtige Aufgaben durchgesetzt werden, wie zielgerichteter Einfluß auf die theol. Fakultät u. auf einzelne Persönlichkeiten. Die beim Treff abgesprochenen Richtlinien setzt er jetzt auch gegenüber seinem Vorgesetzten [Götting] durch. Was ebenfalls überwunden werden konnte, war die Scheu, interne Materialien der CDU auszuhändigen [zur Einsichtnahme oder leihweise]. In der Vergangenheit übergab jetzt der IM schon mehrmals solche Materialien.«⁴⁵

Roßbergs Einschätzung legt nahe, daß Quast in einem Loyalitätskonflikt zwischen seiner Partei einerseits und dem MfS andererseits stand, den er zunächst dadurch zu lösen suchte, daß er dem MfS interne Vorgänge in der CDU nicht mitteilte und die Anweisungen seines offiziellen Vorgesetzten Götting mehr beherzigte als die seines Führungsoffiziers. In einer Art »Erziehungsprozeß« meinte Roßberg dann diesen Konflikt beseitigt zu haben.⁴⁶

Als Beispiel für ganz analoge Verhältnisse auf Kreis- und Bezirksebene kann die Anwerbung Manfred Berlings durch die MfS-Kreisdienststelle Rostock gelten. Der ehemalige Diakon stand von 1957 bis 1965 im kirchlichen Dienst und arbeitete dann bei der Abteilung Volksbildung als Lehrausbilder für den polytechnischen Unterricht. 1965 kandidierte er für die CDU als Stadtverordneter und wurde in die Rostocker Stadtverordnetenversammlung

42 Vgl. Schreiben Quast an Eggerath vom 12.12.1959, a.a.O., Bl. 53 f.

43 Vgl. Auskunftsbericht über Quast vom 22.9.1961, BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, P, Bl. 70 f.

44 Vgl. Aktenvermerk Roßberg vom 3.7.1965, a.a.O., Bl. 75.

45 Einschätzung Quasts durch Roßberg vom 3.12.1966, a.a.O., Bl. 87 f.

46 Einschätzung Roßberg vom 1.4.1969, a.a.O., Bl. 89 f.

gewählt.⁴⁷ 1969 – im Jahr seiner Werbung⁴⁸ – wurde er hauptamtlicher Mitarbeiter im CDU-Bezirksverband Rostock. Bertling unterhielt gute Kontakte zu seinem früheren Arbeitsfeld; zunächst dachte das MfS daran, ihn nach einem Theologiestudium »erneut in den hauptamtlichen Kirchendienst einzuschleusen«⁴⁹. Auf »persönlichen Wunsch«⁵⁰ von Gerald Götting wurde Bertling 1971 als Kreissekretär nach Greifswald versetzt, um dort die darniederliegende Parteiarbeit wieder aufzubauen und unter den Universitätslehrern wie in kirchlichen Kreisen für seine Partei zu werben.⁵¹ Während das MfS Bertling zunächst auf den Bereich Kirche ansetzte, erstreckte sich die inoffizielle Tätigkeit zunehmend auch auf den Parteibereich.⁵²

3. CDU-Funktionäre stehen im Loyalitätskonflikt zwischen Partei und MfS

Soweit sie – wie Trebs und Quast – einen Loyalitätskonflikt zwischen Partei und Staatssicherheit verspürten, suchten die Parteifunktionäre und -mitglieder diesen durch das Bemühen zu lösen, im Falle der Vergabe von Stellen eindeutig Parteimitglieder zu bevorzugen und zu diesem Ziel auch die MfS-Kontakte zu nutzen. So legten Trebs und Quast besonderes Gewicht auf eine angemessene Beteiligung der Ost-CDU an den personellen und sachlichen Entscheidungen im Bereich der theologischen Fakultäten/Sektionen. Die »Kontrolle der theol. Fakultäten« gehörte ausdrücklich zu den Schwerpunkten von Quasts inoffizieller Tätigkeit für das MfS.⁵³ Ob er durchschaute, daß auch SED-Religionspolitiker und SED-nahe Theologen enge Kontakte zum MfS unterhielten und dadurch die MfS HA XX/4 unversehens zu der Stelle wurde, die für einen gewissen Interessenausgleich zu sorgen hatte, geht aus den Akten nicht hervor. Auf Drängen Gerald Göttings wurde

47 Vgl. Ermittlungsbericht vom 12.2.1969, BStU, ASt. Berlin, AIM 8199/91, I, 1, Bl. 49 f.

48 Bericht über die durchgeführte Werbung vom 25.3.1969, a.a.O., Bl. 20 f. Bertling wählte den Decknamen »Heinrich Schade« und unterzeichnete eine handschriftliche Verpflichtungserklärung (a.a.O., Bl. 23).

49 Einschätzung vom 30.5.1972, a.a.O., Bl. 24 f.

50 Einschätzung vom 30.5.1972, a.a.O., Bl. 24.

51 Vgl. Kurzeinschätzung vom 15.1.1980, a.a.O., Bl. 124-127.

52 Vgl. Einschätzung vom 27.8.1980, a.a.O., Bl. 129 f.; Aktenvermerk vom 26.3.1987, a.a.O., 175.

53 Einschätzung Roßberg vom 1.4.1969, BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, P, Bl. 89-91. Ein anderer Schwerpunkt lautete: »Weiterer Ausbau des Kontakts zu Konsistorialrat Stolpe, Berlin. Zwischen beiden besteht eine halboffizielle Verbindung. Der Kontakt ist für die Informationsbeschaffung von großer Bedeutung« (a.a.O., Bl. 90 f.). Vgl. zum Kontakt Quast-Stolpe auch Treffbericht Roßberg vom 3.8.1966 (a.a.O., Bl. 81-85); auch G. BESIER, *Auf der kirchenpolitischen Nebenbühne des SED-Staates* (wie Anm. 7), passim. Am 17.3.1970 wurde der GI-Vorgang »Otto« eingestellt (a.a.O., Bl. 92).

jedenfalls Gerhard Bassarak⁵⁴ – übrigens gegen den Willen des Dekans und CDU-Mitgliedes Hans-Hinrich Jenssen⁵⁵ – an der Berliner theologischen Fakultät etabliert.⁵⁶ Auch Herbert Trebs wurde 1966 mit ausdrücklichem Einverständnis des CDU-Hauptvorstandes auf seine Berliner Dozentur berufen.⁵⁷ Ein klares Interesse der CDU-Leute an einer Bestandserhaltung ihrer Partei und deren Einflußbereich ist also immer wieder festzustellen. Sehr viel schwieriger ist es, im einzelnen zu zeigen, daß damit auch eine inhaltliche Alternative zur SED verbunden war.

Nach Überzeugung des MfS bildete die Kombination von CDU-Mitgliedschaft mit inoffizieller Geheimdienstarbeit eine gute Voraussetzung für die angestrebte Partei-, Universitäts- oder sogar Kirchenkarriere. Sobald eine Beförderung auch durch Fürsprache des MfS gelungen war, vergaß der Führungsoffizier nie, die Beteiligung seiner Behörde zu erwähnen. Nicht selten rekrutierten sich CDU-Kreissekretäre aus den Reihen ehemaliger kirchlicher Mitarbeiter oder Theologiestudenten.⁵⁸ In diesen Fällen war die Loyalität gegenüber dem MfS oft höher als gegenüber der Partei.

Die Führungsoffiziere setzten bei ihren Inoffiziellen Mitarbeitern eine strikte Bejahung der DDR, »Treue zum Sozialismus« und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse voraus. Auf feinere Unterscheidungen wie die Beobachtung ideologischer Differenzen zwischen der SED und ihrer größten Blockpartei legten sie dagegen keinen Wert, da ein kompromißloses Votum zugunsten der SED-Parteilinie ihrer Rolle als Berater und vorsichtiger Interpret der persönlichen wie beruflichen Situation des IM nur geschadet hätte. Überdies hätte ihr offenes politisches Urteil den Informationsfluß stören können.

Die Erziehung zu ideologischer Standfestigkeit gehörte nicht zum pädagogischen Programm des Führungsoffiziers. Seine operative Psychologie konzentrierte sich vielmehr auf etwas anderes: die Bereitschaft des IM, ihm rückhaltlos zu vertrauen, offen und ohne Aufforderung alles mitzuteilen und Aufträge auszuführen. Diese Zielvorstellungen minderten die

54 Vgl. zu Bassarak D. LINKE (wie Anm. 31), S. 70, 523. Götting bezichtigte Bassarak der »Wühlarbeit gegen die CDU« und wollte ihn offenbar kaltstellen. Treffbericht Roßberg über Gespräch mit Quast vom 13.7.1966, BStU, ZA, AIM 3010/68, A.II, Bl. 78-80.

55 Zu den Querelen über die Nachfolge im Amt des Dekans vgl. Treffbericht Roßberg über Gespräch mit Quast vom 18.8.1967, a.a.O., Bl. 107-110. Vgl. auch G. BESIEN, Auf der kirchenpolitischen Nebenbühne des SED-Staates (wie Anm. 7), S. 213 f.

56 Vgl. Treffbericht Roßberg über Gespräch mit Quast vom 6.10.1967, BStU, ZA, AIM 3010/68, A.II, Bl. 111-118; hier: 116 f.

57 Zu Trebs (IM »Antone«) vgl. D. LINKE (wie Anm. 31), S. 59, 62 f., 523. Vgl. auch Treffbericht Roßberg über Gespräch mit Quast vom 4.11.1966 (BStU, ZA, AIM 3010/68, A.II, Bl. 86-88) und Treffbericht Roßberg vom 4.10.1966 über Gespräch mit Quast (a.a.O., Bl. 89-95).

58 Vgl. z.B. den Fall Manfred Potschka (IM »Stier«), BStU, ASt. Leipzig, MfS, AIM 10843/87, II, Bl. 1-7.

Loyalitätskonflikte deutlich, da der MfS-Offizier eher in der Rolle des Moderators verharrte als direkt auf die parteipolitischen Inhalte und innerparteiliche Querelen Einfluß zu nehmen. Bei den in den 50ern blutjung in den CDU-Parteiapparat Übernommenen konnte man ohnedies eine grundsätzliche Loyalität gegenüber der SED voraussetzen.⁵⁹ Abweichungen von der vorgegebenen kirchenpolitischen Parteilinie wurden innerparteilich geahndet, wie die Beispiele Leisner und Alisch zeigen. Es gehörte zu den Zielen der Parteileitung unter Götting, die Parteimitglieder über entsprechende Kadermaßnahmen organisatorisch und politisch-ideologisch straff zu führen, so daß sich das MfS um die innerparteiliche Machtabsicherung gar nicht zu kümmern brauchte.⁶⁰ Nicht immer gelang es freilich der Führungselite um Götting, den Widerspruch an der Parteibasis vollkommen zu unterdrücken. Mehr als auf der zentralen Ebene wurde ein Grundwiderspruch thematisiert: Mit der von der SED angestrebten Zurückdrängung des Christentums mußte auch die CDU fortschreitend an Bedeutung verlieren. Dieser wachsende Bedeutungsverlust war seit den 70er Jahren mit Händen zu greifen.⁶¹ Eigenwillige Äußerungen von der Basis und Konkurrenzverhalten gegenüber der SED auf Orts- und Kreisebene wurden zwar vom MfS als »Oppositionspolitik« notiert und weitergemeldet, aber man griff nicht direkt ein. Auch im Falle Bertling mischte sich das MfS nicht ein, als der IM in Frankfurt/O. mit anderen einen kleinen Putsch gegen die CDU-Parteiführung inszenierte. Bertlings Führungsoffizier riet ihm »auftragsgemäß« lediglich ab, seine Pläne weiter zu verfolgen.⁶² Nachdem Bertlings Pläne gescheitert waren, wurde er als Sekretariatsmitglied der CDU abberufen und aus dem Bezirksvorstand ausgeschlossen. Dadurch verlor er seinen Wert für das MfS; der IM-Vorgang wurde abgeschlossen.

Obwohl die CDU – im Vergleich zur SED – bis in die 70er Jahre hinein über kirchenpolitisch weit besser geschulte Funktionäre verfügte – wodurch lange eine gewisse Abhängigkeit der führenden Partei von ihrer Blockpartei gegeben war –, bildete das knappe Reservoir an fähigen Kadern die Hauptschwachstelle auch der Ost-CDU.⁶³ Die Schulungsinhalte

59 Vgl. A. SCHALÜCK (wie Anm. 22), S. 88.

60 Vgl. dazu M. KIEFER (wie Anm. 12), S. 139 ff.

61 Vgl. zur Nichtbeteiligung der CDU am »Spitzengespräch« vom 6. März 1978 G. BESIER, *Der SED-Staat und die Kirche*, Bd. 2: *Die Vision vom »Dritten Weg«*, Berlin 1995, S. 99 ff. u. 243 ff.; siehe auch Bertlings Protest gegen die Ausschaltung der CDU, Information vom 17.3.1978, BStU, ASt. Berlin, AIM 8199/91, Bd. 1, Bl. 110.

62 Vgl. Abschlußbericht zum IMS »Heinrich Schade« vom 22.12.1987, BStU, ASt. Berlin, AIM 8199/91, Bl. 192 f.

63 Vgl. dazu M. KIEFER, in: RICHTER/RISSMANN, *Ost-CDU* (wie Anm. 2), S. 141. Nach Trebs' »Memorandum über die Reorganisation der kirchenpolitischen Arbeit der CDU« vom 12.11.1964 verfügte die Partei nur über fünf Fachleute (neben ihm selbst Bredendiek, Eberhard Klages, Ordnung und Wirth) mit kirchenpolitischen Kenntnissen und Erfahrungen mit Partei-

wiesen schwere Mängel auf, die Schulungsmotivation ließ entsprechend zu wünschen übrig,⁶⁴ Hier konnte das MfS keine Hilfestellungen leisten, zumal es von diesem Problem in dem genannten Zeitraum selbst betroffen war.

und Kirchen-Apparaten und litt außerdem unter vollkommener Konzeptionslosigkeit auf dem Felde der Kirchenpolitik (BStU ZA MfS A 10990/68, Bd. VII, Bl. 88-56. Zu Klages, der vom MfS als GI »Ehrlich« geführt wurde, vgl. BStU ZA MfS A 471/79, 6 Bde.

64 Vgl. dazu M. RISSMANN, Kaderschulung (wie Anm. 5).

Die CDU und die Democrazia Cristiana Italiana, 1949-1969 Eine schwierige Beziehung

Von Carlo Masala

1. Theoretische Vorüberlegungen

Die grenzüberschreitende Interaktion von Parteien, läßt sich – politikwissenschaftlich betrachtet – dem Phänomen der transnationalen Beziehungen zuordnen. Transnationale Beziehungen werden durch gesellschaftliche Akteure gestaltet, die durch ihre Kontakte über nationale Grenzen hinweg für die Außenbeziehungen eines Staates bedeutsam sind.¹ Die gesellschaftlichen Akteure wirken meist als Mitglieder von Koalitionen, welche die Regierungsstellen legitimieren und/oder kontrollieren. Sie sind aber auch in der Lage, diese Regierungsstellen zu umgehen und direkt – entweder gegenüber ausländischen Regierungen oder den ihnen entsprechenden Gruppen anderer Gesellschaften – tätig zu werden. Eine Voraussetzung für funktionierende transnationale Beziehungen ist auch, daß es sich bei den beteiligten Gesellschaften um offene, demokratische Gesellschaften handelt, die ihren gesellschaftlichen Gruppen ein höchstmögliches Maß an Handlungsfreiheit zugestehen. Allgemeine Thesen über die Wirkung gesellschaftlicher Gruppen in den transnationalen Beziehungen lassen sich nicht aufstellen. Vielmehr sind es verschiedene Hypothesen, die sich – in Anlehnung an Keohane/Nye – formulieren lassen.²

Interessanter für die vorliegende Studie scheint die Frage nach der Funktion transnationaler Beziehungen für die bilateralen Beziehungen. In der Literatur unterscheidet man zwischen Transmissionsfunktion, unterstützender, beratender und initiierender Funktion sowie zwischen dissoziativer und assoziativer Wirkung, welche die Aktivitäten gesellschaftlicher Akteure auf die zwischenstaatlichen Beziehungen ausüben können.³ Da sich diese Studie mit den transnationalen Beziehungen einer Partei beschäftigt, muß noch folgende Ergänzung hinzugefügt werden: In der Regel verhält es sich so, daß Parteien

1 Vgl. Werner LINK, *Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute, 1945-1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen*, Düsseldorf 1978, S. 5.

2 Robert O. KEOHANE/Joseph NYE (Hrsg.), *Transnational Relations and World Politics*, 2. Aufl., Boston 1973, S. XII.

3 LINK (wie Anm. 1), S. 23-25.

gleicher ideologisch-programmatischer Ausrichtung Kontakte miteinander unterhalten, die dem Informationsaustausch, aber auch der Koordinierung gemeinsamer Aktivitäten auf internationaler Ebene dienen. Die Homologie, die aus der strukturellen Ähnlichkeit der Kooperationspartner resultiert, sollte dabei die Zusammenarbeit erleichtern. Für Parteien, die sich auf nationaler Ebene in der Opposition befinden, stellen solche Parteikontakte ein wichtiges Instrument dar, um sich – in Ermangelung von Regierungskontakten – sozusagen aus erster Hand über die Situation in anderen Ländern zu informieren und so den Informationsvorsprung, über den Regierung und Parlamentsmehrheit verfügen, in gewissem Maße zu kompensieren. Dies geschieht in stärkerem Maße dann, wenn der Kooperationspartner einer Partei, die sich in der Opposition befindet, eine Regierungspartei ist. Befinden sich beide Kooperationspartner jedoch in der Regierungsverantwortung, dann ist es durchaus denkbar, daß sich die Beziehungen zwischen den Parteien ausdünnen, da viele der Probleme, die sich im Verhältnis zweier Parteien zueinander ergeben, in Regierungsgesprächen bearbeitet und gelöst werden. Wie sich diese Problematik im Verhältnis zwischen der CDU und der Democrazia Cristiana Italiana (DC) im Zeitraum von 1949 bis 1969 darstellte, soll mit vorliegendem Aufsatz analysiert werden.

2. De Gasperi als Garant für die italienische Stabilität und Solidarität, 1945-1954

Es gehörte zu den Traditionen der katholischen Parteien vor dem Zweiten Weltkrieg, daß dem Gedankenaustausch mit verwandten Parteien großer Wert beigemessen wurde. Schon früh gab es Kontakte zwischen katholischen Politikern aus Italien und Deutschland. 1921 besuchte eine Delegation um den Führer des italienischen Partito Popolare, Don Luigi Sturzo, Deutschland. Der Gruppe gehörte auch der spätere italienische Ministerpräsident de Gasperi an. Sie traf auch den damaligen Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer.⁴ Das Anliegen der italienischen Delegation, die Möglichkeiten zur Bildung einer christlich-demokratischen Internationalen zu sondieren, blieb jedoch ohne nennenswerte Folgen, da sowohl in Italien wie auch in der Weimarer Republik die nationalen Probleme so dringlich waren, daß der Gedanke der Koordinierung zwischen den katholischen Parteien in Europa nicht auf der Agenda katholischer Politik stand.⁵

⁴ Vgl. hierzu Rudolf LILL/Stephan WEGENER, *Die Democrazia Cristiana Italiens (DC) und die Südtiroler Volkspartei (SVP)*, in: Hans-Joachim VEEN (Hrsg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bd. 3, Paderborn u.a. 1991, S. 17-203, hier S. 162, Fußnote 161.

⁵ Renzo DE FELICE, *Il Partito Popolare Italiano*, Bari 1976.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wurde an diese Vorkriegstradition angeknüpft. Bereits 1946 trafen führende Vertreter christlich-demokratischer und konservativer Parteien westeuropäischer Staaten zusammen, um über Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit zu diskutieren. Ergebnis war 1947 die Gründung der Nouvelles Equipes Internationales (NEI).⁶ Obwohl ihre Bedeutung für die operative Politik christlich-demokratischer Parteien nie besonders hoch war, ist ihr Stellenwert als Diskussionsforum für die Entwicklung gemeinsamer europäischer Grundlagen der christlichen Demokratien nicht zu unterschätzen. Die Protokolle der NEI-Sitzungen geben detailliert darüber Auskunft, mit welcher Intensität die nationalen Vertreter um eine gemeinsame christliche Grundlage demokratischer Politik in Europa rangen.⁷ 1948 verschaffte der Generalsekretär der CDU in der britischen Besatzungszone, Josef Löns, Adenauer eine Einladung als Beobachter zur Luxemburger Tagung der NEI. Zentrales Thema dieser Tagung war die deutsche Frage und die Einheit Europas. Nach dem 1981 verfaßten Gedächtnisbericht von Hans August Lückner hinterließ Adenauers Rede und sein Auftreten einen nachhaltigen Eindruck auf die Delegierten. Adenauer selbst war von der Möglichkeit, die Außenkontakte seiner Partei zu verbessern, äußerst angetan. Auch vermerkte er wohlwollend die Zustimmung, die für seine deutschlandpolitischen Positionen seitens der italienischen Delegierten geäußert wurde.⁸ Wichtiger als die NEI-Treffen waren jedoch die Diskussionszirkel, die der lettische Journalist Victor Koutzine in Genf für führende christlich-demokratische Politiker Westeuropas veranstaltete.⁹ Sie gaben de Gasperi und Adenauer Gelegenheit, sich persönlich näherzukommen und ihre Gedanken über die europäische Einigung auszutauschen.

Am 14. Juni 1951 reiste Adenauer nach Italien. Zur Frage, warum sein erster offizieller Staatsbesuch ausgerechnet nach dort führt, schreibt Hans-Peter Schwarz: »Die Antwort ist einfach und ein klein wenig deprimierend. Weil er derzeit nur in Italien uneingeschränkt willkommen ist.«¹⁰ Aus den regelmäßigen Begegnungen zwischen Adenauer und de Gasperi resultierte

6 Petra POPPE, *Die Europakonferenzen der christdemokratischen Parteiführer 1945-1950*, Magister-Arbeit, Universität Trier 1990, und Karl J. HAHN/Friedrich FUGMANN, *Historie, structure, action de la Démocratie Chrétienne en Europe*, Rome 1975.

7 Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin bei Bonn (ACDP), IX-022-011.

8 Der Gedächtnisbericht ist zu finden in ACDP IX-022-011/2.

9 Arnulf BARING, *Im Anfang war Adenauer. Die Entstehung der Kanzlerdemokratie*, München 1971, S. 64-65.

10 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952*, München 1994, S. 866-867; zum Besuch Adenauers in Rom vgl. auch Christian VORDERMANN, *Deutschland-Italien 1949-1961. Die diplomatischen Beziehungen* (Italien in Geschichte und Gegenwart, Bd.3), Frankfurt u.a. 1995, S. 59-60.

eine gegenseitige Hochschätzung, wie sie sich nur selten im persönlichen Verhältnis von Staatsmännern finden läßt. Obwohl de Gasperi ein Mann der christlich-demokratischen Linken war, der dem Wirtschaftsliberalismus wesentlich kritischer gegenüberstand als Adenauer, einte beide die feste Überzeugung, daß der demokratische Westen Europas in enger Zusammenarbeit mit der Hegemonialmacht USA der bolschewistischen Gefahr entgegentreten müsse. Und diese Gegenmachtbildung, so waren sich beide einig, sei nur zu realisieren, wenn sich die westeuropäischen Staaten zusammenschließen würden. Für de Gasperi galt es darüber hinaus, einen möglichen deutschen Wiederaufstieg in integrative Strukturen einzubetten und ihn so für alle europäischen Staaten akzeptabler zu gestalten.¹¹ Für Adenauer war de Gasperi, wie er nicht müde wurde zu betonen, ein Garant dafür, daß Italien nicht dem Kommunismus anheimfallen würde. »Wenn in Frankreich eine Volksfrontregierung kommt und möglicherweise auch in Italien, dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland verhandelt wird, weil die Vereinigten Staaten dann sagen werden, diesem Europa ist nicht zu helfen, denn es will sich nicht helfen lassen. Dann aber würden sich die Vereinigten Staaten zurückziehen, und dieses Westeuropa käme unter sowjetischen Einfluß in dieser oder jener Form. Jedenfalls ginge dann alles das, was uns zusammenhält [...], verloren.«¹² Die Furcht vor einer kommunistischen Machtübernahme in Italien war für Adenauer bis zum Ende seiner Kanzlerschaft und noch weit darüber hinaus ein Leitmotiv seiner Italienpolitik.

Sorge bereitete ihm deshalb auch der innere Zustand der italienischen Schwesterpartei, in der es seit ihrer Gründung einen starken linkskatholischen Flügel gab, der der Einbindung Italiens in das amerikanische Sicherheitssystem der Nachkriegszeit äußerst kritisch gegenüberstand. Er hätte eher befürwortet, wenn Italien in dieser macht- und ordnungspolitischen Auseinandersetzung neutral geblieben wäre. Vor allem die innerparteilichen »correnti« um Giuseppe Dossetti kritisierten die eindeutig atlantische Ausrichtung der Außenpolitik de Gasperis.¹³

¹¹ Diese Einschätzung läßt sich für Adenauer wiederfinden bei Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer und Europa*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 22 (1979), S. 471-523; zur europapolitischen Einstellung de Gasperis vgl. den äußerst instruktiven Aufsatz von Pietro PASTORELLI, *La politica europeistica dell'Italia negli anni cinquanta*, in: *Storia Contemporanea* 4 (1984), S. 723-743.

¹² So Adenauer in der Bundesvorstandssitzung vom 12. Juli 1956, in: *Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen«*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, bearb. v. Günter BUCIISTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Düsseldorf 1990, S. 928.

¹³ Zu dieser Diskussion in den linkskatholischen Kreisen der DC vgl. Guido FORMIGONI, *La sinistra cattolica italiana e il patto atlantico*, in: Ottavio BARIÉ (Hrsg.), *L'alleanza occidentale*, Bologna 1988, S. 209-260; Piero PASTORELLI, *L'adesione dell'Italia al patto atlantico*, in: Giuseppe ROSSINI (Hrsg.), *De Gasperi e l'età del centro (1947-1953)*, Roma 1984, S. 75-93.

Anfang der 50er Jahre nahmen die innerparteilichen Kämpfe in der DC an Heftigkeit zu. Die zahlreichen »correnti« mit ihren Führern und publizistischen Apparaten stritten sich um die programmatische und politische Führerschaft in der Partei. Obgleich de Gasperi in seiner Stellung als Ministerpräsident und Generalsekretär der Partei die programmatische und politische Entwicklung bis zum Zeitpunkt seines Abtretens 1954 eindeutig dominierte, drohten die Konflikte die Partei zu spalten. Hinzu gesellten sich die ständig schlechter werdenden Wahlergebnisse bei den Parlamentswahlen. In fünf Jahren, von 1948 bis 1953, sank der Stimmenanteil der DC von 48,5 auf 40,1 Prozent.¹⁴

Die Einschätzung Adenauers bezüglich der zentralen Rolle de Gasperis für die Außenpolitik Italiens, aber auch für den Zusammenhalt der DC, wurde von seinen Mitarbeitern geteilt. In den Vorbereitungsunterlagen für seinen Rombesuch 1951 ist zu lesen: »Treibende Kraft des Wiederaufbaus [...] ist Ministerpräsident de Gasperi.« Die DC werde »durch die gemeinsame katholische Weltanschauung zusammengehalten. Im übrigen aber vereint sie unter ihrem Dach sehr verschiedene Elemente, vor allem auf sozialer Ebene [...]. Die bisherigen Wahlergebnisse haben gezeigt, auf welcher labiler Grundlage das Werk [das politische System und die DC, C.M.] de Gasperis steht.«¹⁵

Um die Entwicklung in der italienischen DC besser verfolgen zu können, begann die CDU, ihre bisher nur persönlichen Kontakte auf eine feste, institutionalisierte Basis zu stellen. Der engen Zusammenarbeit, die sich zwischen Adenauer und de Gasperi bis zu dessen Tod 1954 entwickelte, fehlte es bis dahin an einer adäquaten Entsprechung auf Parteiebene. Und angesichts der immer komplizierter werdenden Situation innerhalb der DC erschien es ratsam, einen solchen engen, institutionalisierten Kontakt herzustellen. 1952 nahm der Bundesgeschäftsführer der CDU, Bruno Heck, erstmalig an einem Parteitag der italienischen DC teil und zeigte sich äußerst beeindruckt von der präzisen Regie.¹⁶ Über die politische Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen deutschen und italienischen Christdemokraten schrieb er in einem Brief an Lina Morina, die DC-Verantwortliche für internationale Kontakte der Partei: »Unsere gemeinsame Aufgabe ist, Europa vor der bolschewistischen Barbarei zu bewahren. Europa aber wird nur bestehen können, wenn es seinem Ursprung treu bleibt, Europa steht

14 Vgl. ISTITUTO CENTRALE DI STATISTICA (Hrsg.), *Annuario statistico italiano*, edizione 1977, S. 99-100.

15 Stiftung Bundeskanzler Adenauer-Haus, Rhöndorf (SiBKAIH), 12.42, »Politische Aufzeichnung über Italien 1951«.

16 Vgl. Adenauer: »Es muß alles neu gemacht werden«. *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953*, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), Stuttgart 1986, S. 210.

und fällt mit Rom, von dem es ausgegangen ist und zu dem es nach den Verirrungen der Neuzeit wieder zurückkehren muß.«¹⁷

Diese besondere Stellung der italienischen Christdemokraten für die CDU fand ihre Entsprechung auf italienischer Seite. Nach dem Scheitern des EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung schrieb Iginio Godani in der von de Gasperi gegründeten Wochenzeitschrift »La Discussione«, daß der Bau Europas zwar in Lille und Köln (wo 1954 die Parteitage des MRP und der CDU stattfanden) unterstützt werde, jedoch mehr in Köln als in Lille.¹⁸ Der Aufbau eines geeinten Europas auf christlicher Basis, als Garant für die freie Entwicklung der westlichen Welt könne – darin waren sich führende italienische und deutsche Christdemokraten einig – nur in enger Zusammenarbeit beider Parteien erfolgen. Und auch Konrad Adenauer war sich der Bedeutung der engen Zusammenarbeit zwischen CDU und DC für den Aufbau Europas bewußt: »Beide Parteien«, so äußerte er in einem Interview mit der Deutschlandkorrespondentin der DC-Parteizeitung *Il Popolo*, »gehen ja von der Überzeugung aus, daß der Kampf des Materialismus nur dann zu Gunsten der christlich-abendländischen Kultur ausgehen kann, wenn in allen europäischen Ländern der Gedanke, daß in diesem weltanschaulichen Kampf nur weltanschauliche Überzeugung schließlich den Ausschlag geben kann, herrschend ist. Unsere Arbeit für die christlich-abendländische Kultur stützt die Democrazia Cristiana und umgekehrt wird die Arbeit der Democrazia Cristiana uns stützen.«¹⁹

3. Das Problem des Centro-Sinistra, 1954 -1963

Vorerst jedoch mehrten sich bei Adenauer die Befürchtungen, daß die DC im Begriff sei, ihre bisherige Politik zu ändern (insbesondere in der Frage des innenpolitischen Umgangs mit den Kommunisten) und ihre führende Stellung innerhalb des italienischen Parteiensystems zu verlieren. Die Wahl des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers Amintore Fanfani zum Generalsekretär der DC auf dem 5. Nationalen Parteitag im Juni 1954 in Neapel markierte einen Generationenwechsel. Mit ihm übernahm die sogenannte »seconda generazione« die wichtigsten Ämter in Partei und Regierung.²⁰ Unter seiner Regie wurde die DC aus einer losen Vereinigung zum Zwecke der Wahl de Gasperis, die finanziell abhängig vom italienischen Arbeitgeberverband (CONFINDUSTRIA) und dem »mondo cattolico« war,

17 Entwurf Heck, 30. Nov.1952, an Lina Morino (nach Besuch des DC-Parteitages vom 21.-26. November), ACDP VII-004/197-1.

18 *La Discussione* vom 13. Juni 1954.

19 StBKAH 11.02, *Interview mit Fr. Gouven vom 18. Juni 1954.*

20 Vgl. Rudolf LILL/Stephan WEGENER (wie Anm. 4), S. 59-61.

zu einer Mitgliederpartei mit festen Organisationsstrukturen und einem größeren Parteiapparat ausgebaut.

Die Transformation vom »Wahlverein« zur Mitgliederpartei brachte es auch mit sich, daß von seiten der DC ein institutionalisierter Dialog mit den deutschen Christdemokraten gesucht wurde. Wie bereits gezeigt, korrespondierte dieser Wunsch der Italiener mit dem deutschen Anliegen nach verbesserten Kontakten, um einen besseren Überblick über die innerparteiliche Entwicklung zu haben. Die Kontakte auf Regierungsebene konnten nur bedingt dazu beitragen, die innerparteiliche Entwicklung in all ihren Facetten im Auge zu behalten. Zu diesem Zwecke kamen am 11.-12. Dezember 1954 zwei hochrangige Delegationen beider Parteien am Mailänder Sitz der DC zu einem allgemeinen Informationsaustausch zusammen. Das Protokoll dieser Zusammenkunft gibt beredt Auskunft darüber, wie gering das Wissen voneinander war. Die zwei Tage wurden von wechselseitigen Fragen über den Parteaufbau, die Parteifinanzierung, die Mitgliederrekrutierung und andere Themen dieser Art dominiert.²¹ Fragen der politischen Entwicklung nahmen nur einen nachgeordneten Stellenwert ein. Schnell kamen beide Delegationen überein, den Dialog zu institutionalisieren und Funktionären beider Parteien die Gelegenheit zu geben, die politische Arbeit des anderen näher kennenzulernen. Doch dieser Austausch fand in der Folgezeit – den Akten der Bundesgeschäftsstelle der CDU folgend – lediglich zweimal statt und schief dann wegen organisatorischer Schwierigkeiten ein.

Bei dem Treffen im Dezember 1954 stieß der Bericht des stellvertretenden Bundesgeschäftsführers, Konrad Kraske, über die Wahlkampforganisation der CDU, und den Einsatz vom Filmen des Bundespresse- und Informationsamtes (BPA) über die Entwicklung in der DDR und der Sowjetunion auf besonderes Interesse der Italiener. Neben der Erläuterung der rechtlichen Aspekte, bat Fanfani auch darum, solche Filme bei den Wahlkämpfen der DC einsetzen zu können. Kraske sagte die Prüfung zu und konnte drei Monate später Fanfani mitteilen, daß das BPA bereit sei, den italienischen Christdemokraten Filme für deren Wahlkämpfe zur Verfügung zu stellen.²² Da die italienische Bevölkerung mit der Realität der kommunistischen Diktatur in Osteuropa keine unmittelbare Erfahrung hatte, erhoffte man sich vom Einsatz solcher Filme Aufklärung und Abschreckung. Das Material sollte die DC in ihren Bemühungen unterstützen, den permanenten Stimmengewinn des Partito Comunista Italiana bei National- und Regionalwahlen einzudämmen.

Die Beziehungen zwischen beiden Parteien gestalteten sich nach de Gasperis Tod (19.8.1954) trotz dieser Institutionalisierung schwierig. Ein

²¹ Vgl. ACDP VII-004-397/4.

²² Vgl. Schreiben Kraskes an Fanfani vom 1. März 1955, ACDP VII-004-197/1.

Grund ist sicherlich in der divergierenden Entwicklung beider Parteien zu suchen. Während die bundesdeutsche CDU stets einen vehementen Antikommunismus propagierte und praktizierte, kam die italienische Schwesterpartei, aufgrund der unterschiedlichen politischen Realität in Italien, nicht umhin, nach Wegen zu suchen, um mit dem PCI einen *modus vivendi* zu finden, dergestalt, daß die kommunistische Partei zwar von der Regierungsausübung ferngehalten wurde, zugleich aber bei innenpolitischen Entscheidungen zumindest bei der Meinungsbildung miteinbezogen wurde. Seitens der deutschen Schwesterpartei wurde eine solch pragmatische Politik stets aufs schärfste verurteilt.

Vor allem Konrad Adenauer war es, der darin eine große Gefahr nicht nur für Italien, sondern auch für Deutschland sah. Seine Skepsis gegenüber der neuen Generation der DC-Führer, die anfänglich daher rührte, daß er kaum ein Mitglied dieser neuen Generation persönlich kannte, wurde in der Folgezeit bestätigt. Zwar wurde nach de Gasperis Tod die vom diesem vorgegebene außenpolitische Leitlinie der Westintegration weitergeführt, aber gegen Ende der 50er Jahre schickte sich die *seconda generazione* an, neue Akzente in der italienischen Außenpolitik zu setzen. Die grundsätzliche Westorientierung Italiens wurde hierbei nicht in Frage gestellt, mit Rücksichtnahme auf die innenpolitisch immer bedeutender werdenden Sozialisten unter ihrem Führer Pietro Nenni verzichtete man aber bewußt auf eine aktive Rolle im europäischen Integrationsprozeß.

Neben seiner außenpolitisch motivierten Sorge betrachtete Adenauer auch die sich gegen Ende der 50er Jahre abzeichnende »apertura a sinistra« mit Argwohn. Von dem Führer der Sozialdemokraten, Giuseppe Saragat, hatte Adenauer eine gute Meinung. Seinen eigenen Aussagen vor dem Bundesvorstand der CDU am 12. Juli 1953 zufolge, hatte er die DC sogar dazu ermutigt, Gespräche mit Saragat zu führen, um Möglichkeiten für eine politische Zusammenarbeit auszuloten. »Herr Saragat sieht die ganze außenpolitische Lage, insbesondere das Verhältnis von Europa zu Rußland und zu Amerika, genauso, wie wir sie auch sehen.«²³ Die Sozialisten unter ihrem Führer Pietro Nenni waren in den Augen Adenauers lediglich ein Appendix der Kommunistischen Partei und jede Annäherung der DC an den PSI würde einer Einflußsteigerung des PCI auf die italienische Politik gleichkommen. Auf die Gefahr eines Zusammengehens von DC und PSI machte er auf der Bundesvorstandssitzung der CDU vom 22. September 1960 aufmerksam und bezeichnete einen solchen Fall als eine »Katastrophe für Europa«.²⁴ Eine italienische Regierung unter Beteiligung

²³ Adenauer am 12. Juli 1956, in: *Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen (wie Anm. 13), S. 928.*

²⁴ *Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen«. Protokolle des CDU-Bundesvorstandes*

des Partito Socialista wäre in allen fundamentalen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, so Adenauers Auffassung, zur Untätigkeit verdammt, da der PSI nach wie vor ein neutrales Italien als Ziel seiner Außenpolitik betrachtete.²⁵

Auf Grund dieser grundsätzlichen Divergenzen dünnten sich in den Jahren 1957-1963 die Beziehungen zwischen beiden Parteien aus. Dies bedeutete jedoch nicht, daß die CDU ihre Bemühungen um einen engen Kontakt mit der DC aufgegeben hätte. Adenauer, der seine Sommerferien seit 1959 in Cadenabbia verbrachte, nutzte diese Gelegenheit stets, um dort oder im nahegelegenen Mailand mit führenden Vertretern der italienischen Christdemokraten und der italienischen Regierung über den Stand und die Probleme der deutsch-italienischen Beziehungen und der Beziehungen zwischen beiden Parteien zu sprechen.

So spärlich die Zusammenarbeit beider Parteien im bilateralen Bereich auch war, so eng arbeiteten sie in internationalen Gremien zusammen. Hier war die enge Zusammenarbeit auch geboten, da beide Parteien sowohl in den NEI und als auch im Büro der Fraktion der christlichen Demokraten im Europäischen Parlament (EP) die stärksten Parteien waren, ohne deren Einverständnis kaum eine politische Entscheidung getroffen werden konnte. Bei der Benennung von Kandidaten für Führungsaufgaben in diesen Gremien fand die enge Koordination und Kooperation zwischen deutschen und italienischen Christdemokraten wiederholt ihren Niederschlag.

So wurde die Kandidatur von M. Sabatini zum Vizepräsidenten der Agrarkommission von den deutschen Mitgliedern im Sekretariat der christlich-demokratischen Fraktion im EP nachdrücklich unterstützt.²⁶ Und auch hinsichtlich der Nachfolge von M. Turani, dem Präsidenten der Kommission für den Gemeinsamen Markt, stimmten sich, so ist im Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 11. Mai 1964 nachzulesen, Deutsche und Italiener ab, um einen geeigneten Kandidaten zu finden.²⁷ Auf der folgenden Sitzung am 8. Juni präsentierte Aldo Moro im Namen der italienischen Delegation, ohne vorherige Absprache mit den deutschen Delegierten, Senator Carboni als Nachfolger für den verstorbenen Turani. Carboni stieß jedoch bei den Mitgliedern des Büros auf wenig Gegenliebe, und so traf man den Entschluß,

1957-1961, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 24), Düsseldorf 1994, S. 812.

25 Pietro NENNI, *Gli anni del centro-sinistra. Diari 1957-1966*, Mailand 1982, und auch die die programmatischen Erklärungen des PSI in *L'Avanti*.

26 Procès-Verbal des réunions du Bureau du groupe qui ont eu lieu le 7 et le 8 janvier 1964 chaque fois à l'issue de la réunion du Groupe Maison de l'Europe, Strasbourg, ACDP IX-001-1.

27 Vgl. Procès-Verbal de la réunion du Bureau le 11. mai 1964, S. 5, ACDP IX-001-1.

»de renvoyer une discussion sur ce point à sa réunion au cours de la Session de Juin«²⁸.

Doch gab es in dieser internationalen Zusammenarbeit auch kritische Momente, nämlich dann, wenn nationale Interessen eines der beiden Länder berührt wurden. Als es 1957 um die Frage ging, wer Präsident der neugegründeten Kommission der EWG werden sollte, beklagte sich Außenminister von Brentano bei Adenauer über das italienische Anliegen, diesen Posten mit einem Italiener zu besetzen. Ohne seine eigentliche Motivation zu nennen (Brentano plädierte, wie Adenauer auch, für Walter Hallstein), argumentierte Brentano gegen einen italienischen Präsidenten unter Zuhilfenahme abgegriffener Vorurteile: Er kenne die Fehler der Italiener und fürchte, daß ein italienischer Präsident diese Kommission mit der Unbekümmertheit leite, die den Italienern in diesen Fällen zu eigen ist, und »die Interessen seines Landes in sachlichen Bereichen ebenso wie in personellen Bereichen vertreten würde«²⁹.

Trotz der intensiven Kooperation in den internationalen Gremien christ-demokratischer Politik verbesserten sich die Beziehungen zwischen beiden Parteien nicht. Mit größtem Argwohn begegnete Adenauer der sich abzeichnenden Zusammenarbeit zwischen DC und PSI in einer Centro-Sinistra-Regierung, die auch in US-amerikanischen Regierungskreisen Beifall fand.³⁰ Auf der Bundesvorstandssitzung der CDU am 14. März 1963 führte er mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen in Italien aus: »Für uns Europäer ist der Ausgang der Wahlen natürlich von Bedeutung, auch vom militärischen Standpunkt aus. Wenn dort die Öffnung nach links derartig weit ginge, daß eine starke Linke die Regierung übernehme, dann würde das auch militärisch und politisch die Lage in Westeuropa beeinflussen.«³¹

Die Eindrücke, die er im Sommer aus Italien mit nach Bonn brachte, gaben weiteren Anlaß zur Sorge. Am 24. September 1963 führte er vor der CDU/CSU-Fraktion aus: »Gerade unsere Partei, die seit jeher enge Beziehungen zur DC gehabt hat, ist dazu berufen, in noch engere Verbindung zu treten und der DC in der schwierigen Situation von heute zu helfen.«³² Er bezog sich damit auf eine schwere innerparteiliche Krise der DC. Diese Krise war direkte Folge der Wahlniederlage und der Diskussion um die Bildung der Centro-Sinistra-Regierung. Es sei die prekäre Lage in Europa, die der

28 Procès-Verbal de la réunion du Bureau du Groupe qui a eu lieu le 8 juin 1964, ACDP IX-001-1.

29 StBKAH 11.02, Brentano an Adenauer 22. Dez. 1957.

30 Michal LEEDEN, *West European Communism and American Foreign Policy*, Brunswick 1987.

31 CDU-Bundesvorstand 14. März 1963, S. 11, ACDP VII-001-012/1.

32 ACDP VIII-001-1009/3, Fraktionsprotokolle 24. Sept. 1963 – 29. Juli 1964, Protokoll der Sitzung vom 24. Sept. 1963, S. 2.

CDU die Pflicht auferlege, noch enger mit der DC zusammenzuarbeiten, so der Bundeskanzler auf der Fraktionssitzung.³³

Auch auf dem 12. Bundesparteitag der CDU am 14.-17. März 1964 warnte er vor der »apertura a sinistra«. Er fürchte, »daß Chruschtschow dieses Ziel verfolgt, in der Hoffnung auf diese Weise ganz Westeuropa – nämlich Deutschland, Italien und Frankreich – in den sowjetischen Sog zu bringen. Vom russischen Standpunkt aus betrachtet, meine Damen und Herren, ist diese Politik eine sehr gute Politik: Sowjetrußland mit der Bundesrepublik im Gefolge und – wenn möglich noch mit Frankreich und Italien – würde eine militärische und wirtschaftliche Macht darstellen, die den Vereinigten Staaten bei weitem überlegen wäre.«³⁴

In Italien schien für Adenauer die Gefahr am größten, daß die kommunistische Partei die Macht, womöglich auf legalem Wege, erringen würde. Deshalb wurde seitens der CDU immer wieder auf den innerparteilichen Willensbildungsprozeß in der DC dahingehend eingewirkt, daß diejenigen Kräfte unterstützt wurden, die sich explizit gegen die Bildung einer Centro-Sinistra-Regierung wandten.

Seitens der italienischen Schwesterpartei wurde versucht, erneut ein offizielles Treffen zwischen CDU und DC zustandezubringen. Im Oktober 1963 ersuchte der Leiter der Abteilung für Internationale Politik beim Parteivorstand der DC, Luciano de Falco, den Pressereferenten bei der deutschen Botschaft in Rom, bei Adenauer zu sondieren, ob die Kontakte zwischen DC und CDU wiederaufgenommen werden könnten. Es läßt sich vermuten, daß De Falco, der einer gemäßigten Gruppierung angehörte, in der Wiederaufnahme solcher Kontakte eine Möglichkeit sah, den Kurs der »apertura a sinistra« der Gruppe um Fanfani zu korrigieren.³⁵ In der Folge lud Konrad Adenauer den neu gewählten DC-Führer Mario Rumor zu einem Treffen nach Deutschland ein, das jedoch erst nach dem CDU-Parteitag vom März 1964 stattfinden sollte. Seitens der DC hätte man ein solches »Gipfeltreffen« gern schon früher gesehen, wie die Telegramme de Falcos zeigen.³⁶ Dies wurde jedoch seitens der CDU-Führung aus terminlichen Gründen abgelehnt.³⁷

Die Wahl Rumors war für Adenauer ein positives Zeichen, da er zu ihm »freundschaftliche Beziehungen«³⁸ unterhielt. Dementsprechend freundlich

33 ACDP VIII-001-1504/1.

34 Eröffnungsrede Adenauers auf dem 12. Bundesparteitag der CDU, gedruckt in: CDU-BUNDESVORSTAND (Hrsg.), Der 12. Bundesparteitag der CDU in Hannover, Hamburg 1964, S. 30.

35 Vgl. ACDP VII-004-197/1.

36 Vgl. ebd.

37 Vgl. Fernschreiben von Blankenhorn an die Bundesgeschäftsstelle der CDU vom 6. Febr. 1964, ACDP VII-004.

38 Vgl. ACDP VIII-001-1009/3.

war sein Glückwunschtelegramm. Er drückt den Wunsch aus, »daß wir nach unserem Parteitag im kommenden März möglichst bald die Freude haben, eine Delegation Ihrer Parteileitung unter Ihrer Führung [...] hier begrüßen zu können.«³⁹ Eine der Intentionen mag dabei sicherlich gewesen sein, daß dadurch der Kurs der DC in Richtung »centro-sinistra« zumindest modifiziert, wenn nicht gar umgekehrt werden könnte.

Daß es um die Beziehungen beider Parteien nicht zum besten bestellt war, lag unter anderem auch an der Reise einer italienischen Parlamentarierdelegation in die DDR, die im Oktober 1963 stattfand. Der Leiter dieser Delegation, der PSI-Politiker Minassi, sagte in einem Interview mit der Hallenser SED-Bezirkszeitung »Freiheit« wörtlich: »Auch meine christlich-demokratischen Kollegen [...] haben bereits so viele Eindrücke gewonnen, daß sie die Existenz der DDR voll anerkennen.«⁴⁰ Seitens der DC erfolgte zunächst keinerlei Dementi. Der DC-Parlamentarier Aldo Bassi, Teilnehmer der Delegation, erklärte im italienischen Fernsehen sogar: »Ich war stark beeindruckt von dieser Reise.« Die Person Ulbrichts habe »einen großen Eindruck« auf ihn gemacht.⁴¹

Daß solche Äußerungen bei der CDU-Führung großen Unmut auslösen mußten, war abzusehen. Der Fall, so Konrad Kraske, müsse Gegenstand von Beratungen zwischen der CDU und der DC werden.⁴² Das DC-Parteiorgan *Il Popolo* sah sich erst nach den Äußerungen Bassis dazu veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß es sich um die Äußerungen einzelner Parlamentarier handle, die nicht repräsentativ seien für die Haltung der Gesamtpartei. Diese würde nach wie vor für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes eintreten, wie sie es seit jeher getan habe.⁴³

Die innerparteiliche Entwicklung in der DC, die wegen ihrer vielen »correnti« von ihrer Struktur her wesentlich heterogener und klientelistischer war als die CDU, wurde von Adenauer stets mit Sorge verfolgt. Dabei lastete Adenauer die Entwicklung in der italienischen Politik und innerhalb der DC sehr stark dem Architekten des »centro-sinistra«, Amintore Fanfani, an. Botschafter Hans Heinrich Herwarth, der 1965 beim Quirinal sein Amt antrat, berichtet in seinen Memoiren, daß Altkanzler Adenauer ihm vor

39 ACDP VII-004, Telegrammentwurf für Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Konrad Adenauer an den Politischen Sekretär der DC Italiens vom 18. Febr. 1964. Das Telegramm selbst war in den Beständen des ACDP nicht mehr vorhanden. Es ist jedoch anzunehmen, daß es gleichen Wortlauts ist.

40 Dieses Interview wurde in Auszügen in einem Brief von Ministerialdirigent Krueger an den Bundesgeschäftsführer der CDU, Konrad Kraske, ohne Angabe von Quellen wiedergegeben, vgl. Brief von Ministerialdirigent Werner Krüger (Ministerium für innerdeutsche Beziehungen) an Konrad Kraske vom 10. Okt. 1963, ACDP VII-004.

41 Ebd.

42 Brief Kraske an Krueger vom 14. Okt. 1963, ACDP VII-004.

43 *Il Popolo*, 17. Okt. 1963.

seiner Abreise nach Rom aufgetragen habe, er solle Amintore Fanfani recht herzlich grüßen und fragen, wann er denn endlich gedenke, sein Restaurant aufzumachen. Mit dieser ironischen Bemerkung wollte Adenauer bedeuten, daß er liebend gern den Rückzug Fanfanis (der ein ausgezeichnete Koch war) aus der aktiven Politik erlebt hätte.⁴⁴ Interessanter Weise deckte sich Adenauers Einschätzung Fanfanis mit der des Sozialdemokraten Giuseppe Saragat. Dieser äußerte am 14. September 1964 vor seiner Wahl zum Staatspräsidenten gegenüber Fritz Erler und dem deutschen Botschafter in Rom, Blankenhorn, daß er Fanfani mitsamt dem linken Flügel der DC für gefährlich halte. Fanfani schrecke zur Durchsetzung seiner politischen Ziele auch nicht davor zurück, auf die Kommunisten zurückzugreifen.⁴⁵ Gegenüber Papst Paul VI. sagte Adenauer, daß Fanfani in seinen Augen »unzuverlässig« sei; mit seiner Politik treibe er Italien in die Arme des Kommunismus. Der Führer der Sozialisten, Pietro Nenni, sei da »klarer«, da er keinen Hehl daraus mache, daß er seine Anweisungen direkt aus Moskau beziehe.⁴⁶

4. Kooperation auf kleiner Flamme, 1964-1969

Schwere Verstimmungen hatte der Abschluß des deutsch-französischen Vertrages vom Januar 1963 in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Italien ausgelöst. Bald aber verbesserten sich die Beziehungen wieder. Dies wirkte sich jedoch nur marginal auf die Beziehungen zwischen den Parteien aus. Im Vorfeld der Bildung der Centro-Sinistra-Regierung war es vereinzelt zu Klagen von DC-Vertretern gekommen, daß die CDU die DC in ihrem innerparteilichen Kampf gegen die Bildung der Centro-Sinistra-Regierung und somit auch gegen den Fanfani-Flügel in der Partei allein gelassen hätte. Um einer weiteren Ausdünnung der ohnehin schon spärlichen Kontakte zwischen CDU und DC vorzubeugen, schlug Adenauer dem italienischen Ministerpräsidenten Leone im August 1963 vor, Mitglieder der DC zu einem regelmäßigen Austausch in die Akademie Eicholz einzuladen.⁴⁷ Doch vorerst sollte es auch zu diesem Austausch nicht kommen.

Erst mit der Gründung der Konrad-Adenauer-Stiftung 1964 kam es dann zu Ansätzen gemeinsamer Bildungsarbeit, die jedoch nie besonders intensiv betrieben wurde. Bis 1967 gab es so gut wie keinerlei Austausch,

⁴⁴ Hans von Herwarth, *Von Adenauer zu Brandt. Erinnerungen*, Berlin 1990, S. 288.

⁴⁵ Vgl. Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Saragat, Erler und Blankenhorn am 14. Sept. 1964, in: *Archiv der Sozialen Demokratie*, Bonn (AdSD), SPD-PV 11771.

⁴⁶ *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, Bd. II, hrsg. vom INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE, München 1994, Dok. 342, S. 1134.

⁴⁷ Ebd., Dok. 363, S. 1228.

sieht man einmal von den bildungspolitischen Veranstaltungen der KAS in Zusammenarbeit mit dem Büro für Internationale Politik der DC ab. Die Beziehungen zwischen Erhard und seinen italienischen Amtskollegen waren auch nicht mehr von der persönlichen Bindung geprägt, wie dies unter Adenauer der Fall war. Aber Erhard opponierte, im Gegensatz zu Adenauer, nicht mehr gegen die Einbeziehung der PSI in die italienische Regierung. Er sah dies als ein Faktum an, mit dem er umzugehen habe.⁴⁸

Als der deutsche Generalkonsul in Mailand, Dankmar Seibt, im Oktober 1967 sein Amt antrat, schickte er CDU-Generalsekretär Konrad Kraske einen Brief, in welchem er diesen von der Aufnahme seiner neuen Tätigkeit in Kenntnis setzte. Handschriftlich vermerkte Seibt zusätzlich seine persönlichen Eindrücke von Gesprächen mit DC-Politikern: »Von italienischer Seite bin ich auf folgendes Problem angesprochen worden, daß ich Ihnen bei dieser Gelegenheit handschriftlich niederlegen will. [...] Der Kontakt der SPD zu den italienischen Sozialisten sei besser als der der CDU zur DC. Herr Kohn-Brandenburg vom SPD-Parteivorstand sei kürzlich hier gewesen. Als ich am Do[nn]erstag, den 28.9., in Rom zu meiner Dienstantrittsreise Herrn Botschafter von Herwarth meinen Besuch machte (Herr von Herwarth war in der ganzen Woche nur an diesem Vormittag in Rom!), mußte ich lange warten, weil besagter Herr Kohn-Brandenburg beim Botschafter war (eine Stunde). Man sieht, wie ernst die Dinge von der SPD genommen werden, die eben ihren ständigen Verbindungsmann in Rom hat, während die CDU sich darauf beschränkt, dann und wann mal einen prominenten Politiker nach Rom zu entsenden.« Und weiter berichtete Seibt von seinen Gesprächen mit DC-Politikern, es herrsche die Meinung: »Die CDU ließe sich von der SPD den Rang ablaufen. In den kommenden Jahren bliebe es bei der Großen Koalition. Hätte man einen ständigen Verbindungsmann gehabt, wäre nicht die Panne beim Adenauerbegräbnis passiert, zu dem sich der Generalsekretär der DC, Signor Rumor, angesagt habe, der protokollarisch ganz schlecht behandelt wurde und daher sehr beleidigt wieder zurückgekehrt sei. Dabei wäre Rumor genauso wichtig wie Moro, da er eines Tages auch Staatspräsident sein könnte. Die Frage wurde gestellt, wer von der CDU zum DC-Parteitag Ende November in Mailand käme.«⁴⁹

In seinem Antwortschreiben gab der Generalsekretär der CDU seine Sichtweise zum Problem wieder. »Ihre Bemerkungen über die Bemühungen der SPD sind mir außerordentlich wichtig. Unsere eigenen Beziehungen

48 Die Folge aus dieser Einsicht war das Treffen zwischen Erhard und Nenni am 28. Jan. 1964 in Rom. Vgl. *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964*, Bd. I, hrsg. vom INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE, München 1995, Dok. 29, und Archivio Pietro Nenni bei der Fondazione Nenni (Rom), b. 110 fasc. 2364.

49 Brief von Dankmar Seibt an Konrad Kraske vom Oktober 1967, ACDP VII-004-197/2.

nach Italien waren tatsächlich in früheren Jahren besser. Wenn sie sich inzwischen verschlechtert haben, so liegt das allerdings weniger an uns, als an der schwierigen Figur von Herrn Rumor. In dieses Kapitel gehören selbstverständlich Herrn Rumors Klagen über seine angeblich schlechte Behandlung beim Begräbnis Adenauers. Rumor selbst findet natürlich, daß er spätestens hinter dem amerikanischen und dem französischen Präsidenten rangiert hätte. Er war deshalb zutiefst getroffen, daß das Protokoll – mit unserer vollen Zustimmung – sogar noch den italienischen Ministerpräsidenten vor ihn setzte.«⁵⁰

In der Folgezeit bemühte sich die CDU, ihre Kontakte zur DC zu verbessern, zumal die innerparteiliche Entwicklung in der DC eine Annäherung der DC an den PCI befürchten ließ. Es war der damalige Bundestagsabgeordnete und Präsident der Europäischen Union junger Christdemokraten, Egon Klepsch, der diesbezüglich die Initiative ergriff und sich in einem Schreiben an den Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden Kurt Georg Kiesinger anbot, die Kontakte zur italienischen Schwesterpartei zu pflegen, da er dort »einige Leute kenne«.⁵¹ Unterstützung fand Klepsch mit seiner Initiative bei Referatsleiter Hange im Bundeskanzleramt, der Klepschs Vorschlag in einem Brief an Kiesinger vom 22. Februar 1968 unterstützte.⁵² Am 12.3.1968 schrieb Kiesinger an Klepsch, daß er dessen Initiative begrüße und ihn von nun an mit der ständigen Kontaktwahrung zur DC beauftrage.⁵³

Dies trug jedoch nur bedingt zur Verbesserung der Kontakte bei. Neben dem personellen Faktor lag ein wesentlicher Grund in der unterschiedlich programmatischen Entwicklung. Dieser Faktor zog sich wie ein roter Faden durch die Beziehungen beider Parteien. Die DC galt den CDU-Spitzen als wankelmütig, intern zerstritten und vor allem nicht dezidiert antikommunistisch. So schrieb der Bundestagsabgeordnete Werner Marx, der im Auftrag der CDU am DC-Parteitag vom Juli 1969 teilnahm, an Kiesinger: »Ich habe dreieinhalb Tage lang den Kongreß der DC beobachtet und dabei ein nicht allzu günstiges Bild gewonnen. Die Gefahr, daß starke Kräfte in dieser Partei den Schulteranschluß mit den Kommunisten herstellen, ist nur vorläufig gebannt.«⁵⁴

50 Brief von Kraske an Seibt vom 11. Okt. 1967, ACDP VII-004-197/2.

51 Brief von Klepsch an Kiesinger o. O. o. J. (vermutlich Januar 1968), ACDP VII-004-197/3.

52 Brief von Hange an Kiesinger vom 22. Febr. 1968, ACDP VII-004-197/3.

53 Brief von Kiesinger an Klepsch vom 12. März 1968, ACDP VII-004-197/3.

54 Brief von Werner Marx an Kiesinger vom 2. Juli 1969, ACDP VII-004-197/3.

5. Zusammenfassung

Das Verhältnis von CDU und DC im hier behandelten Zeitraum ist im wesentlichen durch drei Elemente gekennzeichnet: a) durch die engen persönlichen Beziehung, die Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi miteinander unterhielten; b) durch die drohende Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme in Italien und die daraus resultierenden Folgen für die Bundesrepublik, die aus der Sicht aller CDU-Politiker eine enge Zusammenarbeit erforderlich machte und c) durch das gemeinsame Ziel eines geeinten Europas. Betrachtet man den Gesamtzeitraum, gelangt man zu folgenden Ergebnissen:

1) In den unmittelbaren Nachkriegsjahren gab es eine sehr enge Beziehung zwischen Adenauer und de Gasperi. In allen zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik Europas herrschte zwischen beiden Männern grundsätzliche Übereinstimmung. Um Europa davor zu bewahren, in den sowjetischen Herrschaftsbereich zu fallen, mußten die westeuropäischen Demokratien sich integrieren und in enger, freundschaftlicher Beziehung zu den Vereinigten Staaten stehen. Nur so sei es möglich, den Frieden und die Freiheit zu bewahren. Dieses Bekenntnis schloß ebenfalls ein, daß es den kommunistischen Parteien in Westeuropa nicht ermöglicht werden dürfte, an den Regierungen beteiligt zu werden. Die Beziehungen zwischen DC und CDU waren in dieser Phase nur sehr gering ausgeprägt. Sie wurden durch die Beziehungen der beiden Regierungschefs zueinander ersetzt. Hinzu kommt, daß sowohl CDU als auch DC zum damaligen Zeitpunkt keine Mitgliederparteien waren, sondern eher Wahlvereine, so daß es einer engen Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien auch nicht bedurft hätte. Eine intensive Kooperation zwischen DC und CDU gab es lediglich innerhalb der NEI, doch ist die Bedeutung dieser Kooperation für die Entwicklung der europäischen Integration, wie gezeigt, eher marginal einzuschätzen.

2) Nach dem Tode de Gasperis übernahm eine junge Generation christlich-demokratischer Politiker die Führung in der DC und in der Regierung Italiens. Aus innenpolitischen Zwängen heraus war diese Gruppe nicht mehr strikt antikommunistisch bzw. antisozialistisch ausgerichtet, wie es de Gasperi war. Die Zusammenarbeit mit einer PSI, die der Aktionseinheit mit den Kommunisten eine Absage erteilt hatte, war für diese »seconda generazione« eine durchaus denkbare Möglichkeit, die Stabilität des politischen Systems Italiens zu garantieren. Adenauer stand dem gesamten Prozeß der »apertura a sinistra« ablehnend und skeptisch gegenüber. Er sah darin den Versuch der Kommunisten, indirekt – via PSI – an der Regierung in Italien beteiligt zu werden. Dem sei zuvorzukommen, insistierte Adenauer in persönlichen Gesprächen mit den maßgeblichen Führern der DC. Auch versuchte er, engere Parteikontakte herzustellen, die der CDU Einflußmöglichkeiten auf

die innere Entwicklung der DC verschaffen sollten. Doch kamen diese institutionalisierten Kontakte nie über ein Anfangsstadium hinaus (siehe 1955 und 1963). Auch die gemeinsame Zielsetzung der europäischen Integration wurde zwischen Adenauer und de Gasperi bzw. dessen Nachfolger im Rahmen der Montanunion betrieben. Die Parteien spielten in diesem Prozeß lediglich eine untergeordnete Rolle. Dies sollte sich 1965 mit der Gründung der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) in Rom ändern.

3) Nach dem Rücktritt Adenauers als Bundeskanzler (1963) und Vorsitzender der CDU (1966) normalisierten sich die Beziehungen zwischen DC und CDU. Die »apertura a sinistra« wurde zwar nach wie vor nicht als die beste aller Lösungen betrachtet, aber sie wurde akzeptiert. Doch die Beziehungen beider Parteien zueinander verbesserten sich dadurch nicht.

4) Daß sich die Beziehungen zwischen CDU und DC im gesamten Zeitraum 1949-1969 so schwierig gestalteten, ist in erster Linie auf die äußerst heterogene Struktur der DC zurückzuführen. So lange de Gasperi lebte, war er in der Lage, die verschiedenen »correnti« innerhalb der DC zu einen bzw. ihren Streit nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Nach seinem Tod jedoch brachen die Richtungskämpfe offen aus. Sie dauerten weit über das Jahr 1969 hinaus.

5) Die Existenz dieser »correnti« mit ihren teils extrovertierten Führern machte es schwierig, Beziehungen zu der gesamten DC in Form institutionalisierter Parteikontakte zu unterhalten. Beziehungen zwischen den beiden Parteiapparaten wären darüber hinaus auch wenig effektiv gewesen, da dem Parteiapparat der DC nicht die Bedeutung in der programmatischen Entwicklung der Partei zukam, wie der Bundesgeschäftsstelle der CDU in Bonn. An die Stelle von institutionalisierten Kontakten mußten die persönlichen Beziehungen zu einzelnen Correnti-Führern treten. Nur so konnte sich die CDU ein einigermaßen klares Bild vom inneren Zustand der DC verschaffen.

6) So war es also die Aufgabe von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und anderen CDU-Politikern, die Beziehungen zur DC zu pflegen und auszubauen. Daß es dabei zu Irritationen kam, ließ sich nicht vermeiden. Doch alles in allem konnten schwerwiegende Konflikte vermieden werden. Die transnationale Zusammenarbeit hat sich, insgesamt gesehen, als stabil erwiesen.

7) Bezogen auf die Entwicklung der Gesamtbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien überwogen die assoziativen Wirkungen zwischengesellschaftlicher Kontakte. Dies war, wie in den theoretischen Vorüberlegungen bereits angedeutet, auch nicht anders zu erwarten, da die interagierenden Akteure zugleich in ihren nationalstaatlichen Systemen über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg Regierungsparteien wa-

ren. Somit standen die Parteibeziehungen in einem direkten Zusammenhang mit den zwischenstaatlichen Beziehungen. Die engen zwischenstaatlichen Beziehungen, eingebettet in das Sicherheitssystem der transatlantischen Staatengemeinschaft, schufen eine ideale Voraussetzung für enge Beziehungen zwischen den Parteien. Seitens der Democrazia Italiana und der CDU sind diese Voraussetzungen auch genutzt worden, auch wenn die engen, mehr oder weniger freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Parteiführern die Beziehungs- und Interaktionsdichte zwischen beiden Parteien bestimmten.

Wissenschaft und Politik.
**Zur organisierten Interessenvertretung von Forschung
und Lehre in der Bundesrepublik Deutschland**

Von Martin Sebaldt

Einführung

»Man sagt, und ich unterschreibe das: Politik gehört nicht in den Hörsaal. Sie gehört nicht dahin von seiten der Studenten ... Aber Politik gehört allerdings auch nicht dahin von seiten des Dozenten. Gerade dann nicht, wenn er sich wissenschaftlich mit Politik befaßt, und dann am allerwenigsten. Denn praktisch-politische Stellungnahme und wissenschaftliche Analyse politischer Gebilde und Parteistellung ist zweierlei ... Dem Propheten wie dem Demagogen ist gesagt: »Gehe hinaus auf die Gassen und rede öffentlich.«¹

Was Max Weber bereits in seinem berühmten Vortrag von 1919 thematisierte, besitzt auch heute noch Brisanz und Aktualität: Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Hat es ersterer darum zu gehen, die objektive Erkenntnis zu mehren, so dient letztere dem Zweck, allgemein verbindliche Entscheidungen zu treffen und zu implementieren. Freilich sind beide Bereiche in der Praxis schwerer voneinander zu scheiden, als es auf den ersten Blick scheint. Schon Weber selbst wies auf die diesbezüglichen Rollenkonflikte hin, denen ein wissenschaftlich wie politisch arbeitender Mensch ausgesetzt sei. Und auch die permanente und legitime Forderung an die Wissenschaft, sinnvolle Entscheidungsoptionen zu empfehlen, zwingt die Forschung zu explizit normativen und damit auch politischen Stellungnahmen.² Und schließlich unterliegt auch die Wissenschaft dem Zwang, für ihre eigenen Belange politisch tätig werden zu müssen, mit eigenen Verbänden und Interessenorganisationen sich ihre Handlungsressourcen und ihre gestalterischen Freiräume zu sichern.

¹ Max WEBER, *Vom inneren Beruf zur Wissenschaft*, in: DERS., *Soziologie, universalgeschichtliche Analysen, Politik. Mit einer Einleitung von Eduard Baumgarten*, hrsg. und erläutert von Johannes WINCKELMANN, 5., überarb. Aufl., Stuttgart 1973, S. 325-326 (erstn. 1919).

² Auch aus diesem Grunde kann sich die Wissenschaft der Werturteilsproblematik nicht so einfach entziehen, wie es die apodiktische Bemerkung Webers glauben machen möchte. Vgl. zu diesem Zusammenhang Werner J. PATZELT, *Sozialwissenschaftliche Forschungslogik. Einführung*, München, Wien 1986, S. 206-210.

Der letzte Aspekt ist Thema der folgenden Abhandlung. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklung des bundesdeutschen Kräftefeldes von politisch tätigen Wissenschaftsorganisationen zu dokumentieren und nach Erklärungen für die erhobenen Befunde zu suchen.³

Dabei soll in drei Schritten vorgegangen werden: Erstens ist der gesamtgesellschaftliche Kontext einzuführen, in dessen Rahmen sich die rasante Entwicklung der Interessengruppenlandschaft im Bereich der Wissenschaft vollzogen hat. Zweitens soll es darum gehen, die Vielzahl wissenschaftlicher Verbände typologisch zu ordnen, um sie einer gezielten Untersuchung zugänglich zu machen. Und drittens sollen in der hier gebotenen Kürze exemplarisch ausgewählte, dabei aber typische Organisationen einer detaillierten Analyse unterzogen werden.

Das Kräftefeld bundesdeutscher Interessengruppen im allgemeinen und wissenschaftlicher Organisationen im speziellen diachron zu analysieren ist ein methodisch diffiziles Unterfangen. In Gestalt der seit 1974 jährlich vom Deutschem Bundestag publizierten »Lobbylisten« liegt jedoch eine Quelle vor, die als Grundlage für eine solche Studie sehr gut geeignet ist. Alle Organisationen, die offiziell bundespolitisch aktiv werden wollen (Teilnahme an parlamentarischen Anhörungen etc.), müssen sich in diesem Kompendium registrieren lassen.⁴ Das Spektrum der in der Bundesrepublik politisch

3 In der sozialwissenschaftlichen Forschung ist dieses Thema bisher nur recht stiefmütterlich behandelt worden. Zwar existieren mehrere Pionierstudien, doch sind sie bereits veraltet. Vgl. Hans W. HETZLER, *Soziale Strukturen der organisierten Forschung. Trägerkraft und Organisation außeruniversitärer Forschungseinrichtungen*, Düsseldorf 1970; Valentin von MASSOW, *Organisation der Wissenschaft und der Wissenschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M., Bonn 1968; Frank PFETSCH, *Determinanten des Wachstums wissenschaftlicher Organisationen in Deutschland*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 23 (1971), S. 704-726; Wolfgang TREUE, *Die Organisationen der Wissenschaft*, in: *Verbände und Herrschaft, Pluralismus in der Gesellschaft. Mit Beiträgen von Josef Bennemann u.a.* (Handbücher der Politischen Akademie Eichholz, Bd.3), Bonn 1970, S.415-458; eine Spezialstudie bildet Johannes T. THEISSEN, *Die Rolle der Interessenverbände im Hochschulbereich unter besonderer Berücksichtigung von »Bund Freiheit der Wissenschaft« und »Bund demokratischer Wissenschaftler«*, Diss., Bonn 1984.

4 Denn laut Beschluß des Deutschen Bundestages vom 21.09.72 wird nur denjenigen Interessengruppen Zugang zu parlamentarischen Entscheidungsgremien gewährt, die sich in der Liste registrieren lassen und dabei Angaben zu folgenden Punkten machen: 1. Name und Sitz der Organisation, 2. Adresse, 3. Weitere Adressen, 4. Vorstand und Geschäftsführung, 5. Interessensbereich, 6. Mitgliederzahl, 7. Anzahl der angeschlossenen Organisationen, 8. Verbandsvertreter, 9. Anschrift am Sitz von Bundestag und Bundesregierung. Ausgenommen von dieser Registrierungspflicht bleiben laut Beschluß des Präsidiums des Deutschen Bundestages vom 14.03.73 nur Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie deren Dachorganisationen, da sie keine Verbände im Sinne der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages darstellen. Vgl. Bundesanzeiger Nr. 199 vom 20.10.72. Die einzelnen Listen werden ebenfalls im Bundesanzeiger veröffentlicht, meist im September des jeweiligen Jahres. Vgl. dazu den Vorspann der Lobbyliste von 1994; konkret ist festgelegt: »Das Präsidium des Deutschen Bundestages hat am 25. September 1979 entschieden, nur die Verbände in der öffentlichen Liste

aktiven Verbände wird also von den Lobbyisten sehr zuverlässig erfaßt, da zudem keine ernsthaften Gründe existieren, sich dieser Registrierung zu entziehen, sondern sie letztlich nur Vorteile in Form von Beteiligungschancen bringt. Ausschließlich landespolitisch tätige Organisationen sind somit allerdings nicht berücksichtigt. Doch ist durch dieses Selektionskriterium keine wesentliche Verzerrung der Daten zu erwarten, sind doch diese Interessengruppen im wesentlichen die Landesverbände der entsprechenden Bundesorganisationen, repräsentieren also ein spezifisch landespolitisch gefärbtes Spektrum der bundespolitischen Szene von Verbänden.

Die folgende Abhandlung fußt auf der Auswertung der Listen der Jahre 1974 bis 1994. Die Eingrenzung des Untersuchungszeitraums ist also durch die Quellen diktiert. Doch scheint ein Zeitraum von zwanzig Jahren durchaus ausreichend, um fundierte Aussagen über die Entwicklung des bundesdeutschen Kräftefeldes von Wissenschaftsorganisationen treffen zu können.

1. Organisierte Dienstleistungsgesellschaft: Wissenschaft und ihre Interessengruppen im Verbund des Tertiären Sektors

Die deutsche Gesellschaft ist eine Dienstleistungsgesellschaft, und sie tut dies durch eine Vielzahl unterschiedlichster Interessengruppen kund. Weit mehr als 1500 Organisationen sind derzeit offiziell bundespolitisch tätig, und eine deutliche Mehrheit von ihnen repräsentiert den tertiären Sektor, jenen also, in dem jegliche Form von Dienstleistung erbracht wird. Zu ihm gehören auch die an dieser Stelle interessierenden Wissenschaftsorganisationen.⁵ Tabelle 1 ist dies klar und deutlich zu entnehmen.

Schon 1974 macht der tertiäre Sektor über 60 % des gesamten Funktionsspektrums aus. Der sekundäre, jegliche Form industrieller Produktion umfassende, bleibt schon deutlich unter 30 %, der primäre, der mit der Gewinnung organischer und anorganischer Rohstoffe befaßt ist, reicht kaum mehr an die 6 %-Marke heran. Ein kleiner Anteil von meist großen Spitzenverbänden repräsentiert darüber hinaus mehrere oder alle Funktionssektoren. Über die Jahre hinweg haben sich diese Disparitäten eher noch vergrößert.

weiterzuführen, die bis zum 30. September jeden Jahres entweder die bisherigen Antworten bestätigen oder Änderungen für die nächste Veröffentlichung mitteilen. Die Mitteilungen sind zu richten an die Präsidentin des Deutschen Bundestages – Referat WD 3 – Bundeshaus, Görresstraße 15, 53113 Bonn.«

⁵ Es fehlt an dieser Stelle der Raum für umfassendere Ausführungen zur Entwicklung des gesamten bundesdeutschen Spektrums an Interessengruppen. Vgl. dazu jetzt meine kürzlich fertiggestellte Habilitationsschrift, die eine umfassende empirische Dokumentation dieses Sachverhalts bietet. Auf ihr fußt in Teilen auch die vorliegende Darstellung: Martin SEBALDT, *Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen*, 2 Bde., Passau 1996, insb. Kap.2.

Tabelle 1: Die deutsche Verbändelandschaft, gruppiert nach den repräsentierten Funktionssektoren

| Jahr | Funktionssektor (Absolutwerte und Prozentanteile) | | | | |
|------|---|--------|----------|---------|--------|
| | Allgemein | Primär | Sekundär | Tertiär | Summen |
| 1974 | 25 | 36 | 182 | 392 | 635 |
| | 3,9 | 5,7 | 28,7 | 61,7 | 100,0 |
| 1975 | 27 | 37 | 198 | 450 | 712 |
| | 3,8 | 5,2 | 27,8 | 63,2 | 100,0 |
| 1976 | 28 | 37 | 211 | 493 | 769 |
| | 3,6 | 4,8 | 27,4 | 64,1 | 99,9 |
| 1977 | 34 | 39 | 224 | 534 | 831 |
| | 4,1 | 4,7 | 27,0 | 64,3 | 100,1 |
| 1978 | 37 | 42 | 234 | 576 | 889 |
| | 4,2 | 4,7 | 26,3 | 64,8 | 100,0 |
| 1979 | 39 | 43 | 247 | 613 | 942 |
| | 4,1 | 4,6 | 26,2 | 65,1 | 100,0 |
| 1980 | 38 | 44 | 253 | 661 | 996 |
| | 3,8 | 4,4 | 25,4 | 66,4 | 100,0 |
| 1981 | 39 | 44 | 259 | 694 | 1036 |
| | 3,8 | 4,2 | 25,0 | 67,0 | 100,0 |
| 1982 | 41 | 44 | 269 | 750 | 1104 |
| | 3,7 | 4,0 | 24,4 | 67,9 | 100,0 |
| 1983 | 44 | 47 | 282 | 788 | 1161 |
| | 3,8 | 4,0 | 24,3 | 67,9 | 100,0 |
| 1984 | 43 | 53 | 282 | 814 | 1192 |
| | 3,6 | 4,4 | 23,7 | 68,3 | 100,0 |
| 1985 | 44 | 53 | 284 | 849 | 1230 |
| | 3,6 | 4,3 | 23,1 | 69,0 | 100,0 |
| 1986 | 48 | 54 | 291 | 894 | 1287 |
| | 3,7 | 4,2 | 22,6 | 69,5 | 100,0 |
| 1987 | 51 | 58 | 290 | 931 | 1330 |
| | 3,8 | 4,4 | 21,8 | 70,0 | 100,0 |
| 1988 | 51 | 60 | 297 | 968 | 1376 |
| | 3,7 | 4,4 | 21,6 | 70,3 | 100,0 |
| 1989 | 55 | 69 | 308 | 1010 | 1442 |
| | 3,8 | 4,8 | 21,4 | 70,0 | 100,0 |
| 1990 | 58 | 71 | 317 | 1055 | 1501 |
| | 3,9 | 4,7 | 21,1 | 70,3 | 100,0 |
| 1991 | 59 | 72 | 326 | 1121 | 1578 |
| | 3,7 | 4,6 | 20,7 | 71,0 | 100,0 |
| 1992 | 54 | 67 | 311 | 1049 | 1481 |
| | 3,6 | 4,5 | 21,0 | 70,8 | 99,9 |
| 1993 | 55 | 68 | 320 | 1087 | 1530 |
| | 4,0 | 4,4 | 20,9 | 71,0 | 100,3 |
| 1994 | 64 | 68 | 319 | 1121 | 1572 |
| | 4,1 | 4,3 | 20,3 | 71,3 | 100,0 |

1994 beträgt der Anteil des tertiären Sektors bereits über 70 %, hat also um knapp 10 % gegenüber 1974 zugelegt, während der sekundäre Sektor dramatisch von 28,7 auf 20,3 % gefallen ist. Auch der schon relativ kleine primäre Sektor rutscht noch einmal um über ein Prozent ab. Der Anteil der übersektoral repräsentierenden Interessengruppen ändert sich indessen kaum. Freilich sei darauf hingewiesen, daß absolut gesehen in allen Sektoren ein Zuwachs zu verzeichnen ist; die relativen Unterschiede sind hier entscheidend.

Auf der Ebene des Spektrums organisierter Interessen zeichnet sich also die immer noch anhaltende Entwicklung und Entfaltung der Dienstleistungsgesellschaft deutlich ab. Das Bild wäre jedoch zu grob und undifferenziert, konzentrierte man sich bei der Analyse nur global auf die Funktionssektoren. Denn sie bilden eben kein homogenes Ganzes, sondern werden von Interessen und Interessengruppen ganz unterschiedlicher Politiksektoren gebildet.

Der tertiäre Sektor, dem an dieser Stelle die Aufmerksamkeit gilt, gestaltet sich in der Tat sehr heterogen. Wie Tabelle 2 zeigt, umfaßt er nicht weniger als 39 ihm klar zuzuordnende Politiksektoren, die der Übersichtlichkeit halber zu Politikfeldgruppen zusammengefaßt sind.⁶ Die an dieser Stelle interessierenden Wissenschaftsorganisationen sind dabei in den Sektoren »Wissenschaft« und »Schulwesen« (Hochschul-, Hochschullehrer- und Studentenverbände) zu finden:

Tabelle 2: Politiksektoren des Tertiären Sektors

| Politiksektor | Jahr (Absolutwerte und Entwicklungszu-/abnahme) | | | | | | | | | | |
|--------------------|---|--------------|--------------|--------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | 1974 | 1976 | 1978 | 1980 | 1982 | 1984 | 1986 | 1988 | 1990 | 1992 | 1994 |
| Alle Verbände | 635 100,0 | 769 121,1 | 889 140,0 | 999 156,9 | 1164 173,9 | 1192 187,7 | 1287 202,7 | 1378 216,7 | 1501 236,4 | 1481 233,2 | 1572 247,6 |
| Bildung allgemein | 10 100,0 | 11 110,0 | 18 180,0 | 16 160,0 | 19 180,0 | 18 180,0 | 20 200,0 | 21 210,0 | 25 250,0 | 25 250,0 | 24 240,0 |
| Wissenschaft | 7 100,0 | 11 157,1 | 19 271,4 | 30 428,6 | 35 500,0 | 37 528,6 | 49 700,0 | 81 871,4 | 67 957,1 | 69 985,7 | 81 1157,1 |
| Kultur | 0 - | 0 - | 1 100,0 | 1 100,0 | 1 100,0 | 4 400,0 | 4 400,0 | 4 400,0 | 5 500,0 | 5 500,0 | 6 600,0 |
| Kunst | 4 100,0 | 9 225,0 | 10 250,0 | 13 325,0 | 16 400,0 | 15 375,0 | 13 325,0 | 14 350,0 | 15 375,0 | 15 375,0 | 15 375,0 |
| Schulwesen | 19 100,0 | 25 131,6 | 27 142,1 | 29 152,6 | 30 157,9 | 33 173,3 | 38 199,5 | 36 189,5 | 40 210,5 | 42 221,1 | 41 215,8 |
| Verplegungswesen | 3 100,0 | 3 100,0 | 4 133,3 | 4 133,3 | 4 133,3 | 5 166,7 | 5 166,7 | 5 166,7 | 5 166,7 | 5 166,7 | 5 166,7 |
| Erziehung | 0 - | 1 100,0 | 1 100,0 | 1 100,0 | 2 200,0 | 2 200,0 | 3 300,0 | 3 300,0 | 3 300,0 | 4 400,0 | 4 400,0 |
| Finanzen allgemein | 5 100,0 | 7 140,0 | 10 200,0 | 10 200,0 | 9 180,0 | 10 200,0 | 10 200,0 | 11 220,0 | 13 260,0 | 12 240,0 | 14 280,0 |
| Bankwesen | 12 100,0 | 15 125,0 | 18 133,3 | 17 141,7 | 18 150,0 | 19 158,3 | 18 150,0 | 18 150,0 | 18 150,0 | 19 158,3 | 19 158,3 |
| Börse | 1 100,0 | 2 200,0 | 2 200,0 | 2 200,0 | 2 200,0 | 2 200,0 | 2 200,0 | 3 300,0 | 4 400,0 | 4 400,0 | 3 300,0 |

⁶ Es fehlt an dieser Stelle der Raum für Ausführungen zur Entwicklung der Systematik der Politiksektoren. Vgl. dazu meine Habilitationsschrift (wie Anm. 5), Anhang 4.

| | | | | | | | | | | | |
|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Steuerwesen | 8 100 0 | 9 112 5 | 8 100 0 | 6 75 0 | 6 75 0 | 6 75 0 | 7 87 5 | 7 87 5 | 7 87 5 | 7 87 5 | 8 100 0 |
| Buchführung | 0 - | 0 - | 0 - | 0 - | 1 100 0 | 2 200 0 | 2 200 0 | 2 200 0 | 2 200 0 | 3 300 0 | 3 300 0 |
| Gesundheit allgemein | 0 - | 0 - | 0 - | 0 - | 1 100 0 | 1 100 0 | 4 400 0 | 4 400 0 | 4 400 0 | 3 300 0 | 4 400 0 |
| Medizinisches Personal | 20 100 0 | 24 120 0 | 29 145 0 | 29 145 0 | 34 170 0 | 35 175 0 | 38 190 0 | 41 205 0 | 50 250 0 | 50 250 0 | 53 265 0 |
| Pflegepersonal | 1 100 0 | 4 400 0 | 4 400 0 | 5 500 0 | 6 600 0 | 6 600 0 | 6 600 0 | 6 600 0 | 6 600 0 | 7 700 0 | 9 900 0 |
| Vorsorge | 2 100 0 | 4 200 0 | 4 200 0 | 4 200 0 | 5 250 0 | 6 300 0 | 6 300 0 | 9 450 0 | 10 500 0 | 11 550 0 | 11 550 0 |
| Therapie | 4 100 0 | 6 150 0 | 8 200 0 | 11 175 0 | 11 175 0 | 11 175 0 | 11 175 0 | 12 300 0 | 12 300 0 | 13 325 0 | 15 375 0 |
| Rettungswesen | 2 100 0 | 2 100 0 | 3 150 0 | 8 300 0 | 8 400 0 | 8 400 0 | 12 600 0 | 12 600 0 | 12 600 0 | 9 450 0 | 11 550 0 |
| Krankenanstalten | 2 100 0 | 2 100 0 | 3 150 0 | 2 100 0 | 2 100 0 | 2 100 0 | 2 100 0 | 2 100 0 | 2 100 0 | 3 150 0 | 3 150 0 |
| Krankenversicherung | 2 100 0 | 3 150 0 | 3 150 0 | 2 100 0 | 3 150 0 | 4 200 0 | 4 200 0 | 5 250 0 | 5 250 0 | 5 250 0 | 6 300 0 |
| Innere allgemein | 0 - | 1 100 0 | 2 200 0 | 2 200 0 | 3 300 0 | 3 300 0 | 2 200 0 | 2 200 0 | 2 200 0 | 2 200 0 | 2 200 0 |
| Verwaltung | 4 100 0 | 4 100 0 | 4 100 0 | 4 100 0 | 5 125 0 | 4 100 0 | 4 100 0 | 4 100 0 | 4 100 0 | 5 125 0 | 6 150 0 |
| Polizei | 3 100 0 | 3 100 0 | 3 100 0 | 3 100 0 | 3 100 0 | 3 100 0 | 3 100 0 | 3 100 0 | 4 133 3 | 4 133 3 | 4 133 3 |
| Justiz allgemein | 2 100 0 | 2 100 0 | 2 100 0 | 2 100 0 | 2 100 0 | 2 100 0 | 2 100 0 | 2 100 0 | 3 150 0 | 4 200 0 | 4 200 0 |
| Rechtsberufe | 8 100 0 | 9 112 5 | 10 125 0 | 12 150 0 | 13 162 5 | 13 162 5 | 16 200 0 | 17 212 5 | 21 262 5 | 19 237 5 | 23 287 5 |
| Strafvollzug | 0 - | 0 - | 0 - | 0 - | 0 - | 0 - | 0 - | 1 100 0 | 2 200 0 | 3 300 0 | 3 300 0 |
| Geographie | 1 100 0 | 1 100 0 | 1 100 0 | 1 100 0 | 3 300 0 | 3 300 0 | 3 300 0 | 3 300 0 | 3 300 0 | 5 500 0 | 6 600 0 |
| Sozialversicherung | 3 100 0 | 4 133 3 | 4 133 3 | 5 166 7 | 6 200 0 | 6 200 0 | 6 166 7 | 5 166 7 | 5 166 7 | 5 133 3 | 4 133 3 |
| Auto | 3 100 0 | 4 133 3 | 4 133 3 | 6 200 0 | 6 200 0 | 6 200 0 | 6 200 0 | 6 200 0 | 6 200 0 | 6 200 0 | 6 200 0 |
| Eisenbahn | 4 100 0 | 6 150 0 | 6 150 0 | 6 150 0 | 6 150 0 | 6 150 0 | 8 200 0 | 8 200 0 | 9 225 0 | 10 250 0 | 11 275 0 |
| Luftfahrt | 4 100 0 | 6 125 0 | 6 150 0 | 6 150 0 | 7 175 0 | 6 150 0 | 6 125 0 | 7 175 0 | 9 225 0 | 6 200 0 | 9 225 0 |
| Reisewesen | 2 100 0 | 2 100 0 | 3 150 0 | 5 250 0 | 9 450 0 | 9 450 0 | 9 450 0 | 8 400 0 | 8 450 0 | 9 450 0 | 10 500 0 |
| Zweirad | 1 100 0 | 1 100 0 | 1 100 0 | 1 100 0 | 2 200 0 | 3 300 0 | 2 200 0 | 2 200 0 | 2 200 0 | 2 200 0 | 2 200 0 |
| Transportwesen | 13 100 0 | 13 100 0 | 14 107 7 | 18 123 1 | 19 146 2 | 21 161 5 | 23 176 9 | 28 200 0 | 26 200 0 | 22 169 2 | 23 178 9 |
| Schifffahrt | 5 100 0 | 7 140 0 | 8 160 0 | 8 160 0 | 8 160 0 | 8 160 0 | 8 160 0 | 9 180 0 | 11 220 0 | 13 260 0 | 13 260 0 |
| Handel | 70 100 0 | 84 134 3 | 106 154 4 | 112 160 0 | 120 171 4 | 126 180 0 | 130 185 0 | 131 187 1 | 133 190 0 | 128 182 9 | 127 181 4 |
| Wirtschaftliche Dienstleistungen | 29 100 0 | 38 124 1 | 38 131 0 | 43 137 9 | 45 152 2 | 46 158 6 | 52 179 3 | 53 182 8 | 60 206 9 | 61 210 3 | 64 222 7 |
| Werbewirtschaft | 5 100 0 | 5 100 0 | 7 140 0 | 10 200 0 | 10 200 0 | 10 200 0 | 10 200 0 | 12 240 0 | 12 240 0 | 12 240 0 | 13 260 0 |
| Versicherungswirtschaft | 6 100 0 | 9 150 0 | 9 150 0 | 9 150 0 | 11 183 3 | 11 165 0 | 12 180 0 | 13 195 0 | 14 210 0 | 13 195 0 | 15 225 0 |
| Summe der Politiksektoren | 255 100 0 | 344 129 9 | 395 149 4 | 438 164 5 | 492 184 9 | 512 193 2 | 552 208 3 | 539 221 9 | 640 241 5 | 641 241 9 | 680 256 8 |

Größe Disparitäten zeigen sich hier. Während es Politiksektoren gibt, deren Entwicklungsindex-Wert sogar hinter demjenigen der gesamten Verbändelandschaft zurückbleibt, nähern sich andere der 1000-Punkte-Marke oder überschreiten sie sogar deutlich. Offensichtlich »boomen« also bestimmte Politiksektoren und produzieren in der Folge eine Menge neuer Interessenorganisationen, während andere stagnieren oder sogar an Terrain verlieren.

Unbestrittener Spitzenreiter ist dabei in der Tat der Sektor Wissenschaft, der 1974 mit kärglichen sieben Interessengruppen begann, heute aber die imponierende Zahl von insgesamt 81 Organisationen umfaßt. Der Drang nach Erforschung der menschlichen Existenz, ihrer naturgeschichtlichen Grundlagen wie ihrer Gefährdungen spiegelt sich in diesem exponentiellen Wachstum eindrucksvoll wider. Auffallend ist demgegenüber aber, daß dem Sektor »Schulwesen« ein derartiges Entwicklungspotential nicht eigen ist. Mit einem Indexwert von 215,8 im Jahre 1994 bleibt er sogar noch unter dem Gesamtdurchschnitt. Bereits dies ist ein erster klarer Hinweis darauf, daß auch die Landschaft der Wissenschafts- und Hochschulorganisationen nicht homogen zusammengesetzt ist, sondern vielmehr aus recht unterschiedlichen Teilen besteht. Dem wird im folgenden Abschnitt auf den Grund zu gehen sein.

Auf die Entwicklung der übrigen Sektoren sei in der hier gebotenen Kürze eingegangen: Der Kultursektor hat sich im Politikfeld »Bildung« ebenfalls recht gut entwickelt und reflektiert das Bedürfnis des Menschen nach niveauvoller, dabei abwechslungsreicher Unterhaltung recht deutlich. Im Politikfeld »Gesundheit« ist der starke Anstieg im Sektor »Pflegepersonal« auf einen Endwert von 900 besonders augenscheinlich. Die Überalterung unserer entwickelten Industriegesellschaft und der immer größere Bedarf an geschulten Fachkräften zur Betreuung hilfloser alter Menschen produzieren postwendend eine immer vielfältigere Verbandslandschaft zur politischen Repräsentation dieser Berufsinteressen. Für die Bereiche Vorsorge und Rettungswesen gilt letztlich dasselbe. Der Sektor Reisewesen im Politikfeld »Verkehr« schließlich wächst auch deutlich überproportional an. Hier verfünffacht sich die Zahl der Verbände im Laufe von zwanzig Jahren und spiegelt das extrem gestiegene Reisebedürfnis der Deutschen und den entsprechend boomenden Reise- und Tourismusmarkt anschaulich wider.

Sich kaum verändernde Politiksektoren finden wir gehäuft im Politikfeld »Inneres«: Sowohl der Sektor »Inneres allg.« wie auch die beiden anderen Bereiche Polizei und Verwaltung legen zwischen 1974 und 1994 kaum zu. Nur der erstgenannte Sektor erreicht einen Indexwert von 200; die anderen beiden bleiben deutlich darunter. Der Befund ist plausibel: Verwaltung und Polizei bestanden in der heutigen Form bereits zu Beginn der siebziger Jahre. Folglich hatte sich das zugehörige Verbandssystem zu dieser Zeit

schon voll entfaltet; Erfordernisse, es über die Jahre hinweg grundlegend zu modifizieren, bestanden offensichtlich nicht. Andernfalls hätte es zu Neugründungen kommen müssen, die aber die Ausnahme bleiben.

Auch im Sektor Sozialversicherung tut sich wenig. Hier gilt dasselbe: Das Sozialversicherungssystem hat sich seit 1974 kaum verändert, die zugehörige Verbandsstruktur ebenso.

Handel und Bankwesen entwickeln sich ebenfalls nicht so rasant. Doch gerade hier lohnt sich ein Blick auf die stark voneinander abweichenden Absolutzahlen: Während im Bankwesen eine starke Konzentration im Verbandswesen vorherrscht, die Zahl der Verbände von 1974 bis 1994 nur um sieben von 12 auf 19 zunimmt, steigt die Zahl im Großsektor Handel, der ungleich komplexer strukturiert ist, von 70 auf 127. Trotz unterdurchschnittlicher Indexentwicklung ist die absolute Zunahme im Handelssektor mit über 50 Verbänden also trotzdem recht respektabel, erfolgt allerdings von einem schon 1974 sehr hohen Ausgangspfad aus. Beide Sektoren, Handel wie Bankwesen, sind also gut entwickelte, denen gleichwohl noch einige Entwicklungspotentiale innewohnen.

Letztlich also wird deutlich, daß nur per Saldo eine deutliche Entwicklung hin zur organisierten Dienstleistungsgesellschaft festgestellt werden kann. Längst nicht jeder Politiksektor zeichnet für diese Entwicklung in gleichem Maße verantwortlich. In besonderem Maße tut dies allerdings der Bereich der Wissenschaft; jener des (Hoch-)Schulwesens birgt nur unterdurchschnittliche Entwicklungspotentiale.

2. Verbände der Wissenschaft: Das Kräftefeld deutscher Forschungs- und Hochschulorganisationen im diachronen Überblick

Das Kräftefeld deutscher Wissenschafts- und Hochschulorganisationen hat, global betrachtet, im Rahmen des bundesdeutschen Interessengruppenspektrums eine stürmische Entwicklung erfahren. Tabelle 3 ist dies sehr deutlich zu entnehmen.

1974 waren in der ersten Lobbyliste erst 14 Organisationen registriert, heute sind es bereits knapp 100. So hat sich die Zahl der akkreditierten Interessengruppen dieser Bereiche also knapp versiebenfacht, während die Gesamtzahl der registrierten Verbände nur knapp um das Eineinhalbfache stieg.⁷

⁷ Vgl. dazu die Gesamtzahlen in Tabelle 1.

Tabelle 3: Typen deutscher Wissenschafts- und Hochschulverbände und ihre quantitative Bedeutung in diachroner Perspektive

| Jahr | Verbandstypus (Absolutwerte und Prozentanteile) | | | | Summe |
|------|---|---------------|------------------|---|-------------|
| | Wissenschaftliche Gesellschaft | Berufsverband | Hochschulverband | Verband hochschulexterner Forschungseinrichtungen | |
| 1974 | 3 21,4 | 6 42,9 | 2 14,3 | 3 21,4 | 14 100,0 |
| 1975 | 4 26,7 | 7 48,7 | 2 13,3 | 2 13,3 | 15 100,0 |
| 1976 | 6 31,6 | 8 42,1 | 3 15,8 | 2 10,5 | 19 100,0 |
| 1977 | 7 31,8 | 9 40,9 | 3 13,6 | 3 13,6 | 22 99,9 |
| 1978 | 10 35,7 | 11 39,3 | 4 14,3 | 3 10,7 | 28 100,0 |
| 1979 | 13 43,3 | 11 36,7 | 4 13,3 | 2 6,7 | 30 100,0 |
| 1980 | 22 55,0 | 12 30,0 | 4 10,0 | 2 5,0 | 40 100,0 |
| 1981 | 24 58,5 | 11 26,8 | 4 9,8 | 2 4,9 | 41 100,0 |
| 1982 | 28 62,2 | 12 26,7 | 3 6,7 | 2 4,4 | 45 100,0 |
| 1983 | 30 62,5 | 12 25,0 | 4 8,3 | 2 4,2 | 48 100,0 |
| 1984 | 31 62,0 | 12 24,0 | 4 8,0 | 3 6,0 | 50 100,0 |
| 1985 | 35 61,4 | 13 22,8 | 5 8,8 | 4 7,0 | 57 100,0 |
| 1986 | 40 64,5 | 13 21,0 | 5 8,1 | 4 6,5 | 62 100,1 |
| 1987 | 45 67,2 | 13 19,4 | 5 7,5 | 4 6,0 | 67 100,1 |
| 1988 | 49 67,1 | 14 19,2 | 5 6,8 | 5 6,6 | 73 99,9 |
| 1989 | 50 66,7 | 14 18,7 | 5 6,7 | 6 8,0 | 75 100,1 |
| 1990 | 53 67,1 | 14 17,7 | 5 6,3 | 7 8,9 | 79 100,0 |
| 1991 | 62 69,9 | 16 17,8 | 5 5,6 | 7 7,8 | 90 100,1 |
| 1992 | 58 67,4 | 18 20,9 | 5 5,8 | 5 5,8 | 88 99,9 |
| 1993 | 60 68,2 | 18 20,5 | 5 5,7 | 5 5,7 | 88 100,1 |
| 1994 | 68 70,8 | 17 17,7 | 5 5,2 | 6 6,3 | 96 100,0 |

Jedoch geht dieser Anstieg ganz eindeutig auf das Konto der wissenschaftlichen Gesellschaften: Waren 1974 nur lediglich drei von ihnen registriert, so sind es 1994 bereits 68. Ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl von Wissenschafts- und Hochschulverbänden wuchs dementsprechend dramatisch von 21,4 % auf 70,8 % an. Demgegenüber haben alle anderen Verbandstypen prozentuale Einbußen erlitten, jedoch keine absoluten Verluste vorzuweisen. So steigt die Zahl der wissenschaftlichen Berufsverbände

zwischen 1974 und 1994 von sechs auf 17, was jedoch einen anteiligen Rückgang von 42,9 % auf 17,7 % bedeutet. Neue Verbände der Hochschulen erscheinen im Laufe der letzten zwanzig Jahre nur mehr selten auf der politischen Bühne. Waren 1974 zwei von ihnen registriert, so sind es heute fünf. Gleiches gilt für die Verbände hochschulexterner Forschungseinrichtungen, deren Zahl im Untersuchungszeitraum von drei auf sechs ansteigt.

Das größte Entwicklungspotential bergen also die Wissenschaftsdisziplinen selbst, während sich das Spektrum an Berufsverbänden und Organisationen der Forschungsinstitutionen im Grunde seit zwanzig Jahren kaum verändert hat. Wie die nun folgenden Detailanalysen zeigen werden, sind die zuletzt genannten Bereiche von einem »Establishment« an Verbänden dominiert, das so schon 1974 existierte. Die Ausdifferenzierung und immer größere arbeitsteilige Organisation der Wissenschaft selbst jedoch produziert permanent die Abspaltung neuer Disziplinen und in der Folge das Entstehen neuer, für sie verantwortlich zeichnender wissenschaftlicher Gesellschaften.

3. Erscheinungsformen von Wissenschaftsverbänden

a) Wissenschaftliche Gesellschaften

Überblick

Nicht weniger als 86 verschiedene wissenschaftliche Gesellschaften waren bzw. sind seit 1974 in den verschiedenen Lobbylisten registriert. Dies ist Übersicht 1 zu entnehmen.

Sie stellen eher lockere Wissenschaftler-Verbände dar, die nicht in dem Maße formalhierarchisch organisiert sind, wie Verbände es sonst zu sein pflegen. Dies resultiert zum einen aus dem Organisationszweck: Wissenschaft verträgt keine hierarchisch geplante und gesteuerte Entscheidungsfindung, sondern verlangt den »herrschaftsfreien Diskurs«. Zum zweiten sind freigeistige Wissenschaftler in der Regel auch schwer in eine formale Organisation zu integrieren.

Das sehr heterogene Tableau dieses Organisationstyps ist ein guter Indikator für das geradezu exponentielle Wachstum der Wissenschaftslandschaft: Neue Wissenschaftsdisziplinen, die sich aus traditionellen heraus entwickelt haben, organisieren sich über kurz oder lang auch in eigenen Vereinigungen.

Die vergleichsweise jungen Sozialwissenschaften können hier als gutes Beispiel herangezogen werden: Die Soziologen haben sich mit der »Deutschen Gesellschaft für Soziologie« (derzeit 1083 Mitglieder) eine Wissenschaftsgesellschaft geschaffen, die primär der Weiterentwicklung

Übersicht 1: Wissenschaftliche Gesellschaften

| Nr. | Verbandsname | Jahr |
|-----|---|-----------|
| 1 | Alois-Wegener-Stiftung | Seit 1987 |
| 2 | Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (1976-1979; Arbeitsgemeinschaft Wissenschaftlich-Medizinischer Fachgesellschaften) | Seit 1976 |
| 3 | Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung | Seit 1987 |
| 4 | Bad Nauheimer Kreis für Wissenschaft und Kunst | 1992-1993 |
| 5 | Bund Deutscher Physiatern | Seit 1984 |
| 6 | Columbus-Academia-Gesellschaft für Zukunftsfragen | 1986-1991 |
| 7 | Deutsche Arbeitsgemeinschaft genealogischer Verbände | Seit 1992 |
| 8 | Deutsche Bunsen-Gesellschaft für Physikalische Chemie | Seit 1985 |
| 9 | Deutsche Gesellschaft für Dokumentation Vereinigung für Informationswissenschaft und -praxis | Seit 1985 |
| 10 | Deutsche Gesellschaft für Dynamische Psychiatrie | 1988-1991 |
| 11 | Deutsche Gesellschaft für Ernährungsgeschichte | Seit 1983 |
| 12 | Deutsche Gesellschaft für Erbschaftskunde | 1994 |
| 13 | Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaften | 1990-1991 |
| 14 | Deutsche Gesellschaft für Fachanerkennung | 1978-1983 |
| 15 | Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung | 1975-1984 |
| 16 | Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe | Seit 1986 |
| 17 | Deutsche Gesellschaft für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde Kopf- und Hals-Chirurgie | Seit 1991 |
| 18 | Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft | Seit 1985 |
| 19 | Deutsche Gesellschaft für Herpetologie und Terrarienkunde - Landesverband Berlin | Seit 1987 |
| 20 | Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde | Seit 1984 |
| 21 | Deutsche Gesellschaft für Klinische Chemie | 1980-1993 |
| 22 | Deutsche Gesellschaft für Laboratoriumsmedizin | Seit 1987 |
| 23 | Deutsche Gesellschaft für manuelle Medizin | Seit 1991 |
| 24 | Deutsche Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie | Seit 1993 |
| 25 | Deutsche Gesellschaft für medizinische Psychologie (1980-1991; Gesellschaft für medizinische Psychologie) | Seit 1980 |
| 26 | Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Neurowissenschaften | 1980-1991 |
| 27 | Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (1980-1989; Deutsche Gesellschaft für Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie) | Seit 1980 |
| 28 | Deutsche Gesellschaft für Psychologie | Seit 1988 |
| 29 | Deutsche Gesellschaft für Psychosomatische Medizin | 1981-1991 |
| 30 | Deutsche Gesellschaft für Rechtsmedizin | Seit 1991 |
| 31 | Deutsche Gesellschaft für Reserarch | 1994 |
| 32 | Deutsche Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Sexualforschung (1980-1991; Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung) | Seit 1980 |
| 33 | Deutsche Gesellschaft für Soziologie | 1994 |
| 34 | Deutsche Gesellschaft für Sprechwissenschaft und Sprechtherapie (1974-1979; Deutsche Gesellschaft für Sprechkunde und Sprechtherapie) | Seit 1974 |
| 35 | Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie | Seit 1978 |
| 36 | Deutsche Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie | Seit 1985 |
| 37 | Deutsche Gesellschaft für Zytologie | Seit 1992 |
| 38 | Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Mikrosvdziose | Seit 1989 |
| 39 | Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung des Herzinfarktes | 1978-1981 |
| 40 | Deutsche Hämostasegesellschaft zur Bekämpfung von Blutungsstörungen | Seit 1983 |
| 41 | Deutsche Haut- und Allergologie (1990-1991; Deutsche Stiftung für Psoriasis- und Neurodermitis-Forschung) | Seit 1990 |
| 42 | Deutsche Keramische Gesellschaft | Seit 1977 |
| 43 | Deutsche Meteorologische Gesellschaft | Seit 1984 |
| 44 | Deutsche Numismatische Gesellschaft, Verband der Deutschen Münzvereine (1979-1991; Verband der Deutschen Münzvereine) | Seit 1979 |
| 45 | Deutsche Orchideen-Gesellschaft | Seit 1988 |
| 46 | Deutsche Physikalische Gesellschaft | Seit 1991 |
| 47 | Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft | 1980-1983 |
| 48 | Deutsche Sektion der Internationalen Gesellschaft für Medizinische Biologie und Klimatologie | 1994 |
| 49 | Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft | Seit 1986 |
| 50 | Deutscher Arbeitskreis für Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik | Seit 1980 |
| 51 | Deutscher Eisenbahn-Verein | Seit 1988 |
| 52 | Deutscher Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine | Seit 1983 |
| 53 | Deutsches Kollegium für psychosomatische Medizin | Seit 1980 |
| 54 | Forschungsgemeinschaft Funk | 1994 |
| 55 | Forschungsgemeinschaft Musikinstrumente | 1979-1991 |
| 56 | Forschungsgemeinschaft Landschaftsentwicklung - Landschaftsbau | Seit 1982 |
| 57 | Forschungsring für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise | 1982-1983 |
| 58 | Forum für Zukunftsenergien | 1991-1993 |
| 59 | Forum Intellektuellen für Frieden und Gesellschaftliche Verantwortung | Seit 1980 |

| | | |
|----|---|-----------|
| 60 | Genetisches Netzwerk | Seit 1990 |
| 61 | Genealogische-Hereditäre Forschung, Internationale Vereinigung ohne Gewinnzweck | 1980-1991 |
| 62 | Geschichtswissenschaft | Seit 1993 |
| 63 | Gesellschaft Deutscher Chemiker | Seit 1982 |
| 64 | Gesellschaft Deutscher Lebensmitteltechnologe (1987-1991: Verband der Lebensmitteltechnologe) | Seit 1987 |
| 65 | Gesellschaft für Informatik | Seit 1984 |
| 66 | Gesellschaft für Rechts- und Verwaltungsinformatik | Seit 1986 |
| 67 | Gesellschaft für Verbraucherschutz | 1994 |
| 68 | Gesellschaft für Zukunftsfragen | 1978-1983 |
| 69 | Gesellschaft zur Förderung der Krebstherapie | Seit 1991 |
| 70 | Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften | Seit 1992 |
| 71 | Hochschullehrergesellschaft für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie | 1981-1982 |
| 72 | Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin | 1994 |
| 73 | Internationale Gesellschaft für Ganzheitliche Zahn-Medizin | 1994 |
| 74 | Internationale Gesellschaft für Urheberrecht (1974), Internationale Gesellschaft für Urheberrecht, 1975-1990, Internationale Gesellschaft für Urheberrechte | Seit 1974 |
| 75 | Internationale medizinische Gesellschaft für Elektroakupunktur nach Volf | 1994 |
| 76 | Regionalseniorenrat Medien- und Informationsdienst | Seit 1991 |
| 77 | Schmalenbach-Gesellschaft, Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft Köln-Bonn (1974-1979; Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft) | Seit 1974 |
| 78 | Schutzgemeinschaft für Deutsche Heraldik u. Briefmarkenkunde (1982-1983; Schutzgemeinschaft für Deutsche Heraldik) | Seit 1982 |
| 79 | Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für interpersonelle Probleme | Seit 1984 |
| 80 | Verband Deutscher Vereine für Anzeigen- und Textarbeitsunde | Seit 1986 |
| 81 | Verein für ein integriertes Marketing | 1994 |
| 82 | Verein zur Förderung EDV-gestützter lernwissenschaftlicher Forschungen | Seit 1991 |
| 83 | Vereinigung Deutscher Wissenschaftler | 1979-1991 |
| 84 | Vereinigung zur Förderung der christlichen Sozialwissenschaften | Seit 1982 |
| 85 | Zentrale für Fallstudien | Seit 1965 |
| 86 | Zentrum für interaktive Medien | 1994 |

der Disziplin dient. Ein parallel dazu existierender Berufsverband hat die ökonomischen Interessen der Soziologen zu vertreten.⁸ Die noch jüngere Disziplin Politikwissenschaft hat ihren Leitverband »Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft« seit 1986 ebenfalls registrieren lassen.

Schon 1980 erschien die Deutsche Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Sexualforschung in der Liste. Ihr geht es um »Durchführung und Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung und Verbreitung ihrer Erkenntnisse; Unterrichtung der MdB und der Bundesregierung über neue sexualwissenschaftliche Erkenntnisse; Befürwortung der Berücksichtigung sexualwissenschaftlicher Erkenntnisse bei politischen Entscheidungen«⁹.

1982 kommt die Vereinigung zur Förderung der christlichen Sozialwissenschaften hinzu, eine mit derzeit sieben Mitgliedern sehr kleine Organisation. Sie interessiert »die Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf dem Gebiet der christlichen Gesellschaftslehre.« Dazu sollen die »Herausgabe von wissenschaftlichen Arbeiten«, die »Vergabe von Forschungsaufträgen«, die »Unterstützung von Forschungsvorhaben« und die »Durchführung von wissenschaftlichen Veranstaltungen und wissenschaftlichen Tagungen im In- und Ausland« dienen.¹⁰

⁸ Vgl. dazu Übersicht 2.

⁹ Lobbyliste 1994, S. 138. Mitgliederstand 1994: 250.

¹⁰ Lobbyliste 1994, S. 326.

Der Sozialwissenschaftliche Studienkreis für internationale Probleme, der im folgenden Jahr hinzutritt, hat dagegen die Aufgabe, »sozialwissenschaftliche Studien zur Analyse der Beziehungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und zur Analyse internationaler Probleme, insbesondere der sozialen und kulturellen Probleme der gegenwärtigen Wandlungsprozesse in Europa und in den Entwicklungsländern anzuregen und zu fördern« und »die Ergebnisse solcher Studien für die Praxis der Verbesserung internationaler Beziehungen auszuwerten und andererseits organisatorische Maßnahmen auf diesem Gebiet auf ihren Erfolg hin zu untersuchen«¹¹.

Zwischenzeitlich spielte auch die mittlerweile wieder aufgelöste Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung eine nicht unwesentliche Rolle und verschaffte einer Modeströmung der Politikwissenschaft der siebziger und frühen achtziger Jahre sogar eine eigene organisatorische Infrastruktur. An inneren Zerwürfnissen ging sie aber schließlich zugrunde.¹²

Für andere Disziplinen ist eine derartige Diversifizierung gleichermaßen charakteristisch. So seien der Medizin zugehörige Gesellschaften hier exemplarisch aufgezählt, um den Sachverhalt zu veranschaulichen: Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften, Deutsche Gesellschaft für Dynamische Psychiatrie, Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, Deutsche Gesellschaft für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Kopf- und Hals-Chirurgie, Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde usw. – insgesamt nicht weniger als 26 medizinische Wissenschaftsgesellschaften!

Global betrachtet läßt die ausgeprägt arbeitsteilige Organisation des Spektrums wissenschaftlicher Gesellschaften der interorganisatorischen Konkurrenz nur relativ wenig Raum. Ausnahmen von dieser Regel sind gleichwohl zu beobachten. So haben sich im Bereich der Psychologie und der Psychotherapie mehrere Organisationen mit sich zum Teil erheblich überschneidenden Tätigkeits- und Interessensfeldern gebildet.

Die Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie, seit 1980 registriert, ist der eigenen Aussage nach »eine wissenschaftliche Gesellschaft, die qualifiziert weitergebildete Psychoanalytiker verschiedener Fachrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland vereinigt. Sie nimmt zugleich die berufsständischen Interessen ihrer Mitglieder wahr«¹³. Die Deutsche Gesellschaft für medizinische Psychologie dagegen »vertritt als einziger Dachverband (jetzt auch für die

11 Satzung, § 2.

12 Vgl. dazu Ingo AREND, *Von der Kriegsverhinderung zur Friedenssicherung. Folgerungen aus der politischen Geschichte der Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Ulrike C. WASMUTH (Hrsg.), *Friedensforschung. Eine Handlungsorientierung zwischen Politik und Wissenschaft*, Darmstadt 1991, S. 28–46.

13 Lobbyliste 1994, S. 136. Mitgliederstand 1994: 1600.

neuen Bundesländer) die Interessen der »Medizinischen Psychologie«¹⁴. Der scharfe Konflikt zwischen der »etablierten« Schulmedizin und der oft als Scharlatanerie abgetanen Psychologie ist hier förmlich mit Händen zu greifen, in konkurrierenden Verbandsstrukturen gleichsam geronnen.¹⁵

Doch damit nicht genug: 1983 erscheint der Deutsche Arbeitskreis für Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik auf der Bonner Bühne. Sein Zweck ist, »wissenschaftlich fundierte Entwicklung von Gruppenaktivitäten auf psychoanalytischer, tiefenpsychologischer und sozialpsychologischer Grundlage zu fördern« und »die gewonnenen Erfahrungen und Forschungsergebnisse für Prävention, Diagnostik, Therapie, Rehabilitation und Organisationsentwicklung im Bereich der Gesundheit, Bildung, Arbeit und auf anderen Gebieten des privaten und öffentlichen Lebens zu vermitteln und nutzbar zu machen«¹⁶. Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie als der Entwicklung der Wissenschaft dienende Organisation läßt sich 1988 in die Liste aufnehmen, um die »Förderung und Verbreitung der wissenschaftlichen Psychologie« und die »Sicherung und Erweiterung der Stellung der Psychologie an Hochschulen und Forschungsanstalten sowie in der Öffentlichkeit«¹⁷ zu verfolgen.

Zwischenzeitlich war auch noch die Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft präsent, ist mittlerweile aber wieder von der Bonner Bühne verschwunden.

Portrait 1: Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften

Die am 10.11.1962 gegründete »Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften«, die in der Lobbyliste seit 1976 registriert ist, bildet im Tableau der wissenschaftlichen Gesellschaften insofern einen Sonderfall, als sie als Dachorganisation und Dialogforum für eine Vielzahl einzelner medizinischer Fachgesellschaften dient. Dem Selbstverständnis nach dient sie der »Förderung fächerübergreifender wissenschaftlich-medizinischer Aufgaben und Ziele und der Verbindung zur ärztlichen Praxis. Sie fördert die Zusammenarbeit ihrer Mitgliedsgesellschaften und vertritt die Interessen der wissenschaftlichen Medizin in Zusammenarbeit mit anderen ärztlichen Organisationen und gegenüber Parlamenten, Regierungen und der

14 Lobbyliste 1994, S. 136. Mitgliederstand 1994: 291.

15 Vgl. zu diesem Problemkomplex Manfred CRAMER, *Zum Problem der Interessenvertretungen im Bereich der Klinischen Psychologie*, in: Heinrich KEUPP/Manfred ZAUMSEIL (Hrsg.), *Die gesellschaftliche Organisierung psychischen Leidens. Zum Arbeitsfeld klinischer Psychologen*, Frankfurt a.M. 1978, S. 269-297.

16 Lobbyliste 1994, S. 153. Mitgliederstand 1994: 530.

17 Lobbyliste 1994, S. 137. Mitgliederstand 1994: 1600.

Öffentlichkeit.«¹⁸ Mitglied kann dabei jede selbständige wissenschaftlich-medizinische Fachgesellschaft werden; über Aufnahmeanträge entscheidet die Delegierten-Konferenz. Seit 1976 hat die Zahl der Mitglieder ganz erheblich zugenommen, wie Tabelle 4 zu entnehmen ist:

Tabelle 4: Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften; Zahl der angeschlossenen Organisationen¹⁹

| Jahr | Angeschlossene Organisationen |
|------|-------------------------------|
| 1976 | 24 |
| 1977 | 24 |
| 1978 | 24 |
| 1979 | 24 |
| 1980 | 50 |
| 1981 | 50 |
| 1982 | 50 |
| 1983 | 50 |
| 1984 | 62 |
| 1985 | 62 |
| 1986 | 67 |
| 1987 | 70 |
| 1988 | 71 |
| 1989 | 74 |
| 1990 | 73 |
| 1991 | 75 |
| 1992 | 75 |
| 1993 | 75 |
| 1994 | 75 |
| 1995 | 96 |

Waren zu Beginn des Untersuchungszeitraums nur 24 Gesellschaften Mitglied, so sind es achtzehn Jahre später bereits imponierende 96.²⁰ Zentrales Beschlußorgan ist die Delegiertenkonferenz, die in der Regel zweimal im

¹⁸ Satzung, 3. Aufl., 1992, § 2 Abs. 1.

¹⁹ Die Daten für 1995 wurden ergänzt aus: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft*, 45. Ausg., Darmstadt u.a. 1995, S. 739.

²⁰ Nicht alle 96 Mitgliedsgesellschaften können hier genannt werden. Per Zufallsstichprobe seien zehn herausgegriffen: Deutsche Gesellschaft für Allgemeinmedizin; Deutsche Gesellschaft für Endokrinologie; Deutsche Gesellschaft für Biologische Psychiatrie; Deutsche Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie, Epidemiologie; Deutsche Gesellschaft für Ärztliche Hypnose und Autogenes Training; Deutsche Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin; Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Traumatologie; Deutsche Migräne- und Kopfschmerzgesellschaft; Gesellschaft für Medizinische Ausbildung; Vereinigung der plastischen Chirurgen. Die komplette Liste findet sich in: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft* (wie Anm. 19), S. 739-744.

Jahr tagt.²¹ Jede Mitgliedsgesellschaft ist dort mit einem Delegierten vertreten. Stimmengewichtungen je nach Größe der Gesellschaften werden also nicht vorgenommen. Aus dem Kreise der Delegierten wird das geschäftsführende Präsidium gewählt, dem insgesamt fünf Personen angehören. Die laufenden Angelegenheiten werden von der in Düsseldorf beheimateten Geschäftsstelle aus betreut, der auch ein »Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit« angeschlossen ist. Allein dies ist schon ein deutlicher Indikator für die große Bedeutung von Public Relations selbst für wissenschaftliche Fachgesellschaften.

Portrait 2: Deutsche Meteorologische Gesellschaft e.V.

Auf eine lange Tradition kann bereits die Deutsche Meteorologische Gesellschaft zurückblicken, die hier als klassisches Beispiel für eine »einfache« wissenschaftliche Fachgesellschaft einer näheren Betrachtung unterzogen werden soll. 1883 gegründet, geht es ihr dem Selbstverständnis nach um die »Pfleger und Förderung der Meteorologie als reiner und angewandter Wissenschaft sowie die Verbreitung meteorologischer Wissenschaft«²². Zudem ist sie auch für die Vertretung der Belange der Physikalischen Ozeanographie zuständig. Vor allen Dingen durch Publikationen und wissenschaftliche Tagungen sucht sie die Interessen der Meteorologie zu vertreten. In der Lobbyliste ist sie seit 1984 registriert, und den verschiedenen seither publizierten Listen ist auch ein rapider Mitgliederzuwachs der DMG zu entnehmen. In Tabelle 5 sind die Daten aufgelistet.

Von 1984 bis 1994 steigt die Zahl von 1100 auf über 1700 an. Mitglieder können dabei sowohl natürliche wie juristische Personen werden. Explizit ist durch die Satzung die Möglichkeit eröffnet, Korporationen, wie andere wissenschaftliche Gesellschaften, Institute, Behörden, Firmen u.a., als sog. »korporative Mitglieder« aufzunehmen. Auch eine bloße Assoziation von Korporationen ist möglich. Der föderalen Struktur Deutschlands trägt sie durch ihre Untergliederung in regionale Zweigvereine Rechnung, die ihre gebietspezifischen Aufgaben in Eigenregie bearbeiten. Der mindestens alle drei Jahre einzuberufenden Mitgliederversammlung obliegt die Diskussion und die Beschlußfassung über das wissenschaftliche Programm der Gesellschaft und die Entlastung des Vorstands, nicht aber dessen Wahl. Der Geschäftsführende Vorstand wird vielmehr durch eine Urwahl der Mitglieder bestimmt. Dem erweiterten Vorstand gehören zudem die Vorsitzenden der Zweigvereine an. Auch Satzungsänderungen können nur durch Urabstimmung vollzogen werden.

²¹ Auch die nun folgenden Informationen sind der Satzung zu entnehmen.

²² Satzung, § 2 Abs. 1.

Tabelle 5: Deutsche Meteorologische Gesellschaft; Zahl der Mitglieder²³

| Jahr | Mitgliederzahl |
|------|----------------|
| 1984 | 1100 |
| 1985 | 1100 |
| 1986 | 1150 |
| 1987 | 1250 |
| 1988 | 1300 |
| 1989 | 1300 |
| 1990 | 1300 |
| 1991 | 1300 |
| 1992 | 1768 |
| 1993 | 1766 |
| 1994 | 1784 |
| 1995 | 1754 |

Ein ehrenamtlich geführtes Sekretariat, das in Traben-Trarbach residiert, unterstützt den Geschäftsführenden Vorstand bei seiner laufenden Arbeit. Dies zeigt deutlich, wie begrenzt in der Regel die finanziellen Ressourcen einfacher wissenschaftlicher Gesellschaften sind. Professionelle Öffentlichkeitsarbeit über die Herausgabe der eigenen Zeitschrift hinaus – hier der Mitteilungen der DMG – ist meist nicht möglich.

b) Berufsverbände

Überblick

Das Feld der wissenschaftlichen Berufsverbände ist demgegenüber schon wesentlich überschaubarer. Grob läßt es sich zunächst in die beiden Gruppen »Forscherverbände« und »Studentenverbände« untergliedern, wobei letztere nur im weitesten Sinne als Berufsverbände zu bezeichnen sind, indem sie die beruflichen Interessen der wissenschaftlich Auszubildenden zu vertreten haben. Das Tableau der Verbände ist in Übersicht 2 zusammengestellt.

Verschiedene Verbände existieren hier, die sich die Vertretung der in Forschung und Lehre Tätigen ganz allgemein zur Aufgabe gemacht haben. So geht es dem »Bund Freiheit der Wissenschaft« global darum, »die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium zu wahren und zu fördern, sich jeder Unterwerfung unter die Machtansprüche einzelner Gruppen oder Interessen zu widersetzen, auf eine Politik zu drängen, die eine stetige

²³ Die Daten für 1995 wurden ergänzt aus: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft* (wie Anm. 19), S. 643.

Übersicht 2: Berufsverbände

| Nr. | Verbandsname | Jahr |
|-----|--|-----------|
| 1 | Berufsverband deutscher Markt- und Sozialforscher | Seit 1988 |
| 2 | Berufsverband Deutscher Soziologen | Seit 1978 |
| 3 | Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler | Seit 1991 |
| 4 | Bund Freiheit der Wissenschaft | Seit 1974 |
| 5 | Bundesarbeitsgemeinschaft der Akademischen Rate in der Bundesrepublik Deutschland | 1977-1983 |
| 6 | Bundesarbeitskreis kritischer Jurisprudenz | Seit 1992 |
| 7 | Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen | Seit 1988 |
| 8 | Cartellverband der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen | Seit 1985 |
| 9 | Coburger Convent der Landsmannschaften und Turnerschaften an deutschen Hochschulen | Seit 1982 |
| 10 | Deutsche Burschenschaft | Seit 1984 |
| 11 | Deutsche Kommission für Ingenieurausbildung | Seit 1974 |
| 12 | Deutscher Akademikerinnenbund | Seit 1976 |
| 13 | Deutscher Hochschulverband (1974-1988: Hochschulverband) | Seit 1974 |
| 14 | Deutsches Studentenwerk | Seit 1974 |
| 15 | Förderkreis inhaarerer Fernstudierender | 1992-1993 |
| 16 | Gesellschaft zur Förderung medizinischer Ausbildung | Seit 1991 |
| 17 | Hochschulverband Bundverengung | Seit 1974 |
| 18 | Ring Christlich-Demokratischer Studenten | Seit 1980 |
| 19 | Sozialistischer Hochschulverband | 1978-1987 |
| 20 | Verband der deutschen Ingenieurwissenschaften (1974-1980: Verband Deutscher Diplom-Ingenieure) | 1974-1991 |
| 21 | Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten | 1975 |
| 22 | Vereinigung umweltschaftlicher Berufsverbände Deutschlands | Seit 1992 |

Verbreiterung der Bildungschancen mit der Aufrechterhaltung der Leistungsmaßstäbe verbindet«²⁴. Der dem linken politischen Spektrum zuzuordnende »Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler« betont dagegen vor allem die Themen »Risikoproblematik der Forschungs- und Technologiepolitik, Bildungs- und Hochschulreform, Politische Ökologie, Frauenforschung und -politik, Feminismus, Grundrechte und Demokratie, ... Wissenschaft und Frieden, ... Friedens- und Arbeiterbewegung«²⁵. Schon spezifischer orientiert ist der »Hochschullehrerbund«, der in erster Linie die Interessen der Fachhochschullehrer vertritt. Geschlechtsspezifisch agiert dagegen der Deutsche Akademikerinnenbund, der sich ganz allgemein die »Förderung wissenschaftlicher Arbeit, Austausch wissenschaftlicher und beruflicher Erfahrung, Mitarbeit der Akademikerin an den Aufgaben des öffentlichen Lebens«²⁶ zur Aufgabe gemacht hat.

Zudem existieren noch disziplinspezifische Berufsverbände. Wie schon weiter oben erwähnt, hat sich die Soziologie einen eigenen Berufsverband geschaffen, der sein Tätigkeitsfeld so umreißt: »Kollegialer Erfahrungsaustausch und Interessenvertretung außeruniversitär arbeitender Soziologen; berufliche Weiterbildung; Unterstützung der praktischen Anwendung der Soziologie; Entwicklung von Standards der anwendungsorientierten Soziolo-

24 Lobbyliste 1994, S. 53. Mitgliederstand 1994: 7000.

25 Lobbyliste 1994, S. 43. Mitgliederstand 1994: 1600.

26 Lobbyliste 1994, S. 151. Mitgliederstand 1994: 2000.

gie; Information über Berufstätigkeit; Hilfe beim Übergang von Ausbildung in Berufstätigkeit.«²⁷

Auch die anwendungs- und marktorientierte sozialwissenschaftliche Forschung hat sich ihre eigenen Interessenorganisationen geschaffen. Der Berufsverband deutscher Markt- und Sozialforscher ist dem Selbstverständnis nach »ein berufsständischer, auf Praxis ausgerichteter wissenschaftlicher Fachverband. Er repräsentiert die Gesamtheit der Markt- und Mediaforscher und empirischen Sozialforscher in der Bundesrepublik Deutschland«²⁸.

Studentenverbände setzen demgegenüber begrifflicher Weise andere Schwerpunkte. Mehrere von ihnen (Cartellverband, Coburger Convent, Deutsche Burschenschaft) verstehen sich in erster Linie als organisierte Interessenvertretung studentischer Korporationen. Andere dagegen haben sich zum Ziel gesetzt, politisch gleichgesinnte Studenten zu organisieren und ihnen ein hochschulpolitisches Sprachrohr zu verleihen (RCDS, Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen). Jedoch existieren auch noch spezifischer orientierte Studentenvertretungen, die keiner der beiden Gruppen zuzuordnen sind. So setzt sich der 1989 gegründete »Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen« hochschulpolitisch für eine juristische Ausbildung ein, »die Theorie und Praxis vernetzt und so die sozialen Bezüge des Rechts reflektiert und den kritischen Umgang mit Recht fördert.« Eher dem linken politischen Spektrum zugehörig, begreift er sich »als Teil der BürgerInnenbewegung« und setzt sich »für eine Demokratisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen ein.« Verbunden fühlt er sich »anderen sozialen Bewegungen, wie der Frauenbewegung, den Gewerkschaften, der Ökologie- und Friedensbewegung und der Dritte-Welt-Solidarität«²⁹.

Der »Förderkreis inhaftierter Fernstudenten«, der inzwischen aber wieder von der Bonner Bühne verschwunden ist, machte sich dagegen ganz spezifisch die Betreuung der in Strafvollzugsanstalten einsitzenden Studenten »in materieller und personeller Hinsicht (Bücher, Computer etc., allgemeine Treffen und persönliche Besuche)«³⁰ zur Aufgabe.

Portrait 1: Deutscher Hochschulverband

Die wichtigste und einflußreichste Organisation deutscher Hochschullehrer ist unbestritten der Deutsche Hochschulverband, der 1950 gegründet wurde. Freilich stellt er keine reine Neugründung dar, sondern lediglich eine Wiedergründung des Verbandes Deutscher Hochschulen, der seit 1907 existierte

27 Lobbyliste 1994, S. 40. Mitgliederstand 1994: 500.

28 Lobbyliste 1994, S. 40. Mitgliederstand 1994: 769.

29 Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen, Selbstdarstellung, o. O., o. J. 1994 umfaßt er ca. 600 Einzelmitglieder, die sich in 24 Gruppen sammeln. Vgl. Lobbyliste 1994, S. 59.

30 Lobbyliste 1993, S. 216.

und von den Nationalsozialisten aufgelöst worden war. Ganz allgemein tritt er für eine »unparteiische Wissenschaft in einem freiheitlichen Rechtsstaat ein. Dabei ist das Wohl der Hochschule Richtschnur seines Handelns«³¹. Im speziellen aber hat er sich »aller Fragen anzunehmen, die den Wirkungskreis der Hochschullehrer und ihre Stellung in Staat und Gesellschaft berühren.« Dabei vertritt er die »ideellen und materiellen Interessen der Hochschullehrer bei den Behörden und in der Öffentlichkeit. Er berät seine Mitglieder in allen Fragen, die mit ihrer Tätigkeit in Forschung, Lehre und akademischer Selbstverwaltung einschließlich Nebentätigkeiten zusammenhängen«³². Die Mitgliedschaft ist streng auf Hochschullehrer an wissenschaftlichen Hochschulen (Universitätsprofessoren, Professoren an einer sonstigen wissenschaftlichen Hochschule, außerplanmäßige Professoren, Honorarprofessoren, Privatdozenten und sonstige Habilitierte) in Deutschland bzw. auf deutsche Hochschullehrer an ebensolchen Hochschulen im Ausland begrenzt.³³ Fachhochschullehrer organisieren sich daher im schon beschriebenen Hochschullehrerbund.

Der Deutsche Hochschulverband ist entsprechend der deutschen Universitätslandschaft sehr heterogen aufgebaut: Basiseinheiten sind die Hochschulverbandsgruppen jeder Einzeluniversität, die sich in jedem Bundesland zu Landesverbänden zusammenschließen. Dabei kommt Landesverbänden wie Hochschulverbandsgruppen eine weitgehende Autonomie in universitäts- bzw. landesspezifischen Angelegenheiten zu. Seit 1974 konnte die Organisation ihre Mitgliederzahl fast verdoppeln, wie Tabelle 6 zu entnehmen ist.

Waren zu Beginn des Untersuchungszeitraums lediglich 8600 Hochschullehrer Mitglied im Verband, so sind es 1994 bereits weit über 15000. Dies ist nicht nur ein klarer Indikator für die Integrationskraft der Organisation, sondern auch für den ganz erheblichen personellen Ausbau der deutschen Universitäten: 1994 ist das grundsätzlich zur Verfügung stehende Reservoir an Hochschullehrern wesentlich größer als zwanzig Jahre zuvor.

Zentrales Beschlußgremium ist der Hochschulverbandstag, zu dem jede Hochschulverbandsgruppe je zwei Delegierte entsendet. Er wählt auch die Mitglieder des siebenköpfigen Präsidiums, das unter Hinzutritt weiterer Mitglieder auch als erweitertes Präsidium tagen kann. Eine gut ausgebaute und in Bonn residierende Geschäftsstelle zeichnet für die laufenden Angelegenheiten verantwortlich.³⁵ Unter dem hauptamtlichen Geschäftsführer sind

31 Satzung, § 1 Abs. 1.

32 Ebenda, § 1, Abs. 1 und 2.

33 Vgl. dazu und zum folgenden die Satzung.

35 Vgl. zum folgenden *Hochschulverband intern* 1995. Beilage zu *Lehre und Forschung*, S. 18.

Tabelle 6: Deutscher Hochschulverband: Zahl der Mitglieder³⁴

| Jahr | Mitgliederzahl |
|------|----------------|
| 1974 | 8600 |
| 1975 | 8600 |
| 1976 | 8600 |
| 1977 | 8600 |
| 1978 | 8600 |
| 1979 | 10000 |
| 1980 | 11000 |
| 1981 | 11000 |
| 1982 | 11000 |
| 1983 | 11000 |
| 1984 | 11000 |
| 1985 | 11600 |
| 1986 | 12000 |
| 1987 | 12000 |
| 1988 | 12000 |
| 1989 | 12400 |
| 1990 | 12400 |
| 1991 | 12400 |
| 1992 | 14700 |
| 1993 | 14700 |
| 1994 | 14700 |
| 1995 | über 15000 |

allein drei verschiedene Justitiarate (Hochschul- und Beamtenrecht, Berufsberatung; Versorgungs-, Nebentätigkeits- und Steuerrecht; Recht der neuen Länder) angesiedelt, welche die Bedeutung der individuellen Betreuung von Mitgliedern anschaulich machen. Auch für die Mitgliederwerbung ist ein eigener Mitarbeiter zuständig, ein weiterer für den Ausschreibungsdienst. Weitere vier hauptamtlich Beschäftigte sind mit der Öffentlichkeitsarbeit und der Herausgabe der Verbandszeitschrift »Forschung und Lehre« beschäftigt. Insgesamt umfaßt die Geschäftsstelle derzeit 23 hauptamtliche Mitarbeiter und ist damit im Vergleich zu anderen Wissenschaftsverbänden hervorragend ausgestattet. Mitgliederbetreuung wie Öffentlichkeitsarbeit, Lobbying wie Wissenschaftsförderung kann der Deutsche Hochschulverband daher ohne Probleme mit einem hohen Grad an Professionalität betreiben.

Portrait 2: Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen

Der 1987 gegründete »Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen« (LHG) ist ein klassisches Beispiel für einen parteipolitisch orientierten Studenten-

³⁴ Die Daten für 1995 wurden ergänzt aus: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft* (wie Anm. 19). S. 523.

verband. Liberaler individualistischer Tradition gemäß dauerten die Anstrengungen, einen einheitlichen Bundesverband zu formieren, seit Kriegsende über dreißig Jahre, bis sich schließlich im Gründungsjahr sechs unabhängige liberale Hochschulorganisationen zur Fusion bereit erklärten.³⁶ Dem Selbstverständnis nach wirken in ihm »liberale und unabhängige Studenten, die sich gemeinsam für die Idee des politischen Liberalismus einsetzen. Der LHG vertritt die Interessen der Studenten und engagiert sich dabei besonders für deren politische, wirtschaftliche und soziale Belange«³⁷. Konkret geht es ihm dabei um die Erarbeitung von Hochschul- und Studienreformvorschlägen, die Mitarbeit an der Hochschulgesetzgebung und der Sozialgesetzgebung für Studenten und die Vertretung studentischer Interessen im inner- und ausseruniversitären Bereich.

Der Entstehungsgeschichte gemäß ist der LHG von einer weitgehenden Autonomie der Mitgliedsgruppen gegenüber der Bundesorganisation geprägt. Nicht Einzelpersonen können Mitglied werden, sondern nur die Gruppen der verschiedenen Hochschulen.³⁸ Derzeit sind 60 Hochschulgruppen im LHG organisiert und repräsentieren insgesamt ca. 4000 Studenten, wie Tabelle 7 zu entnehmen ist.

Tabelle 7: Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen; Zahl der Mitglieder und der angeschlossenen Organisationen³⁹

| Jahr | Mitgliederzahl | Angeschlossene Organisationen |
|------|----------------|-------------------------------|
| 1988 | 1500 | 35 |
| 1989 | 2000 | 42 |
| 1990 | 2000 | 42 |
| 1991 | 2000 | 42 |
| 1992 | 4000 | 60 |
| 1993 | 4000 | 60 |
| 1994 | 4000 | 60 |
| 1995 | 4000 | 60 |

Gegenüber dem Jahr 1988, in dem der Verband zuerst in der Lobbyliste erscheint, ist dies ein deutlicher Anstieg: Die Zahl der repräsentierten Studenten konnte mehr als verdoppelt werden, und die Menge der Hochschulgruppen wuchs um ca. 75 %.

³⁶ Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen, Informationen für Interessenten und Freunde, o. O., o. J.

³⁷ Lobbyliste 1994, S. 110.

³⁸ Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen, Informationen für Interessenten und Freunde (wie Anm. 36).

³⁹ Die Daten für 1995 wurden ergänzt aus: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft* (wie Anm. 19), S. 442.

Oberstes Beschlußgremium ist die Bundesmitgliederversammlung, zu der jede Mitgliedsgruppe je zwei Delegierte entsendet und die den fünfköpfigen Bundesvorstand wählt. Die Bundesgeschäftsstelle residiert in Bonn, ist aber aufgrund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten des Verbandes nur mit einer personellen Mindestausstattung versehen.

c) Hochschulverbände

Überblick

Lediglich sechs Verbände widmeten bzw. widmen sich der Vertretung der Interessen universitärer Forschungsinstitutionen. Sie sind in Übersicht 3 zusammengestellt.

Übersicht 3: Hochschulverbände

| Nr. | Verbandsname | Jahr |
|-----|---|-----------|
| 1 | Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute | 1978-1991 |
| 2 | Arbeitsgemeinschaft Hochschule | 1974-1981 |
| 3 | Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute | Seit 1983 |
| 4 | Bundesverband Deutscher Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien | Seit 1978 |
| 5 | Hochschulrektorenkonferenz (1974-1990: Westdeutsche Rektorenkonferenz) | Seit 1974 |
| 6 | Schwarzburgbund | Seit 1985 |
| 7 | World University Service Deutsches Komitee | Seit 1992 |

So geht es dem »Schwarzburgbund« ganz allgemein um »Fragen der Hochschul- und Bildungspolitik; Vertretung akademischer Interessen in der Öffentlichkeit« und die »Pflege der Gemeinschaft Studierender und ehemaliger Hochschulübler auf Lebenszeit«⁴⁰. Die jeweilige alma mater bildet hier also das verbindende Element zwischen den Mitgliedern. International tätig ist dagegen der »World University Service«, dem es um internationale Hochschulangelegenheiten, »entwicklungsbezogene Bildungsarbeit« und internationale Forschungsförderung geht.⁴¹

Spezifischer ist die »Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute« orientiert, die seit 1983 registriert ist. Ihr geht es um die »Förderung und Intensivierung der sozialwissenschaftlichen Forschung« und die »Anregung wissenschaftlicher Kommunikation und Kooperation«⁴². Gleichzeitig ist sie rechtlicher Träger des Informationszentrums Sozialwissenschaften.

40 Lobbyliste 1994, S. 261. Mitgliederstand 1994: 3500.

41 Lobbyliste 1994, S. 334. Das deutsche Komitee hat 1994 341 Mitglieder.

42 Lobbyliste 1994, S. 28. 1994 sind 92 Institute Mitglied.

Deutlicher Indikator für die immer noch ausgeprägten Vorbehalte gegenüber nichtuniversitärer akademischer Ausbildung ist schließlich der »Bundesverband Deutscher Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien«. Er tritt seit 1976 für den »Ausbau der Akademien nach einheitlichen Grundsätzen, die Festsetzung von Mindest-Erfordernissen, vor allem für die Zulassungsordnungen, die Studienplätze und die Prüfungsordnungen« ein. Ziel ist vor allem die »Sicherung des wissenschaftlichen Charakters und des fachlichen Ansehens der Akademien« und die »angemessene Bewertung der Abschlußzeugnisse der Akademien«⁴³.

Portrait: Hochschulrektorenkonferenz

Die weitaus wichtigste Interessenvertretung der deutschen Universitäten ist die Hochschulrektorenkonferenz (HRK). 1949 aufgrund der deutschen Teilung lediglich als »Westdeutsche Rektorenkonferenz« gegründet, konnte sie nach der Wiedervereinigung 1990 auf das regional einschränkende Adjektiv im Namen verzichten und firmiert seither unter der neuen Bezeichnung. In der HRK »wirken die Mitgliedshochschulen zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Forschung, der Lehre, der wissenschaftlichen Weiterbildung, des Technologie- und Wissenstransfers, der internationalen Kooperation und zur Vertretung sonstiger gemeinsamer Interessen zusammen und nehmen ihre gemeinsamen Belange wahr«⁴⁴. Mitglieder der HRK, repräsentiert durch die jeweiligen Rektoren bzw. Präsidenten, können alle staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen werden⁴⁵. Seit 1974 ist ein deutlicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, wie Tabelle 8 zu entnehmen ist.

239 Hochschulen sind heute in der HRK vertreten, 1974 betrug die Zahl nur 59. Zwei Gründe sind für diesen rasanten Anstieg verantwortlich zu machen. Zum einen schlägt sich in ihm die Welle an Neugründungen westdeutscher Universitäten in den sechziger und siebziger Jahren nieder, zum anderen hatten nach 1990 auch alle nach der Strukturreform verbliebenen ostdeutschen Hochschulen die Möglichkeit zum Beitritt und nahmen sie auch konsequent wahr. So ist die HRK heute in der Tat ein getreuliches Abbild der deutschen Hochschullandschaft und von daher auch von erheblichem politischen Gewicht.

43 Lobbyliste 1994, S. 102. 1994 sind 80 Akademien Mitglied.

44 Ordnung der HRK, § 1, Abs. 1.

45 Im einzelnen also Universitäten, Technische Hochschulen, Pädagogische Hochschulen, Gesamthochschulen mit Promotionsrecht und Habilitationsrecht für die überwiegende Zahl ihrer Fakultäten bzw. Fachbereiche, Fachhochschulen, Kunst- und Musikhochschulen, Philosophisch-Theologische und Kirchliche Hochschulen sowie sonstige staatlich anerkannte Hochschulen.

Tabelle 8: Hochschulrektorenkonferenz; Zahl der Mitglieder und der angeschlossenen Organisationen⁴⁶

| Jahr | Mitgliederzahl | Angeschlossene Organisationen |
|------|----------------|-------------------------------|
| 1974 | 59 | 11 |
| 1975 | 59 | 11 |
| 1976 | 59 | 11 |
| 1977 | 59 | 11 |
| 1978 | 59 | 11 |
| 1979 | 161 | 11 |
| 1980 | 162 | 11 |
| 1981 | 158 | 11 |
| 1982 | 158 | 11 |
| 1983 | 158 | 11 |
| 1984 | 155 | 11 |
| 1985 | 162 | 11 |
| 1986 | 190 | 11 |
| 1987 | 190 | 11 |
| 1988 | 190 | 11 |
| 1989 | 190 | 11 |
| 1990 | 190 | 11 |
| 1991 | 213 | 16 |
| 1992 | 222 | 16 |
| 1993 | 230 | 16 |
| 1994 | 233 | 16 |
| 1995 | 239 | 16 |

Beschlußgremium der HRK ist das Plenum. Durch einen ausgeklügelten Gewichtungsschlüssel wird hier die Dominanz der wissenschaftlichen Hochschulen sichergestellt:⁴⁷ Hat dort jede Universität, Technische Hochschule bzw. sonstige mit Habilitationsrecht ausgestattete Hochschule ein individuelles Stimmrecht, so kommt allen Fachhochschulen zusammen nur ein Kontingent von 36 Stimmen zu, das wiederum durch einen regionalen Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt ist. Fachhochschulen müssen also mit anderen Worten Stimmführer bestimmen, können im Plenum nicht individuell tätig werden. Gleiches gilt *cum grano salis* auch für die übrigen Hochschulgruppen.

Die ausgeprägt föderale Struktur der HRK spiegelt sich vor allem im Senat wider, der das zentrale Planungsgremium der Organisation darstellt,

⁴⁶ Die Daten für 1995 wurden ergänzt aus: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft* (wie Anm. 19), S. 776.

⁴⁷ Ordnung der HRK, § 8.

Beschlußvorlagen für das Plenum erarbeitet und im Wege des Eilentscheids auch selbst Beschlüsse fassen kann.⁴⁸ Er setzt sich aus Mitgliedern der einzelnen Landesrektorenkonferenzen zusammen, wobei auch hier gewichtet wird: Während Bayern und Baden-Württemberg je vier Senatoren stellen und Nordrhein-Westfalen sogar sechs entsenden darf, müssen sich Hessen und Niedersachsen mit je drei, Sachsen und Berlin mit jeweils zwei begnügen. Der Rest ist gar nur mit je einem Mitglied präsent.

Per Satzung ist auch die Einrichtung eines Sekretariats festgeschrieben, das dem Präsidium zuzuarbeiten hat. Unter der Leitung des Generalsekretärs ist in Bonn eine personell gut ausgestattete Geschäftsstelle tätig, die der HRK auch im politischen Tagesgeschäft den nötigen Einfluß verleiht.

d) Verbände hochschulexterner Forschungseinrichtungen

Überblick

Insgesamt 10 Verbände vertreten bzw. vertreten die Interessen hochschulexterner Forschungseinrichtungen. Sie sind in Übersicht 4 aufgelistet:

Übersicht 4: Verbände hochschulexterner Forschungseinrichtungen

| Nr. | Verbandsname | Jahr |
|-----|--|-----------|
| 1 | Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute | Seit 1985 |
| 2 | Arbeitsgemeinschaft Solartechnik Bergstraße | Seit 1984 |
| 3 | Arbeitskreis Deutscher Marktforchungs-Institute | Seit 1977 |
| 4 | Chinesische Naturkundliche Akademie | 1994 |
| 5 | Deutsche Akademie für kosmetische Chirurgie | 1989-1991 |
| 6 | Deutsche Akademie für Psychoanalyse | 1974-1991 |
| 7 | Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt | 1974 |
| 8 | Forschungsgemeinschaft des Garungsgewerbes | 1974-1978 |
| 9 | Institut für Steuerwissenschaftliche Information | Seit 1990 |
| 10 | Verband Forschender Arzneimittelhersteller (1989-1993 Medizinisch-Pharmazeutische Studiengesellschaft) | Seit 1989 |

Hier finden sich Interessengemeinschaften ganz unterschiedlicher Provenienz. Die »Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute« mit 60 Mitgliedsinstituten im Jahre 1994 etwa möchte »die Zusammenarbeit, den Informationsaustausch und die Abstimmung zwischen den ökologischen Einzelforschern und Forschungsinstituten«⁴⁹ verbessern und deren Interessen gebündelt artikulieren. Das »Institut für Steuerwissenschaftliche Information« beschäftigt sich dagegen mit »Entwicklungen und Tendenzen im Steuerrecht und in angrenzenden Rechtsbereichen«⁵⁰, wobei es Schwerpunkte in den Bereichen Internationales Steuerrecht, Steuerstrafrecht und Rauschgiftkriminalität setzt.

48 EBD., § 13.

49 Lobbyliste 1994, S. 9.

50 Lobbyliste 1994, S. 236.

Auch privatrechtlich organisierte Akademien tauchen hier als Interessenorganisation auf. Beispielhaft ist die seit 1994 registrierte »Chinesische Naturheilkunde Akademie« mit 100 Mitgliedern, deren Zweck die »Verbreitung der Lehre der Traditionellen Chinesischen Medizin (TCM)« ist, »wobei hier in Deutschland von chinesischen Wissenschaftlern, Ärzten, Pharmakologen usw. die theoretische Hinführung zur Traditionellen Chinesischen Medizin und in China praktische Studien in TCM ermöglicht werden sollen«⁵¹.

Forschungseinrichtungen der Industrie sind ebenfalls durch eigene Verbände vertreten. So sammeln sich im »Verband Forschender Arzneimittelhersteller«, der seit 1988 in Bonn präsent ist, im Jahre 1994 sieben pharmazeutische Unternehmen. Seine Aufgabe ist es, »Wert und Bedeutung pharmazeutischer Forschung in der Öffentlichkeit darzustellen und zu vertreten«⁵². Gerade in einer Zeit, die von permanenten Protesten gegen Tierversuche im Rahmen der Arzneimittelforschung geprägt ist, ist das Auftreten dieses Verbandes als organisatorische Gegenkraft besonders symptomatisch.

Leichter hat es da die »Arbeitsgemeinschaft Solartechnik Bergstraße« mit zuletzt 260 Mitgliedern, die »ideell und praktisch die Einführung regenerativer Energiequellen, insbesondere der Sonnenenergie und der Wasserstofftechnologie« fördert, um damit »das Bewußtsein für Energie-sparmaßnahmen in der Bevölkerung zu vertiefen«⁵³. Zu diesem Zwecke unterhält sie Forschungseinrichtungen und wirkt durch die Herausgabe von Informationsmaterial und durch Vortragsveranstaltungen.

Portrait: Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute⁵⁴

Seit 1977 ist in der Lobbyliste der Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute registriert. Dem Selbstverständnis nach geht es ihm um die »Förderung des Gedankens der Marktforschung; Wahrung des Ansehens der Marktforschung und Durchsetzung der Berufsgrundsätze des Arbeitskreises; Schutz der Öffentlichkeit vor unzulänglichen Untersuchungen; ... Förderung der wissenschaftlichen Grundlagenforschung und der Verbindung zu den Hochschulen«⁵⁵. Zu diesem Zweck haben sich derzeit 32 Institute zur Mitarbeit bereit erklärt, nicht wesentlich mehr als 1977, wie Tabelle 9 zu entnehmen ist.

51 Lobbyliste 1994, S. 124.

52 Lobbyliste 1994, S. 306.

53 Lobbyliste 1994, S. 28.

54 In der Lobbyliste von 1994 ist die Organisation noch unter ihrem alten Namen »Arbeitskreis Deutscher Marktforschungs-Institute« verzeichnet.

55 Lobbyliste 1994, S. 31.

Tabelle 9: Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute; Zahl der angeschlossenen Organisationen⁵⁶

| Jahr | Angeschlossene Organisationen |
|------|-------------------------------|
| 1977 | 27 |
| 1978 | 27 |
| 1979 | 27 |
| 1980 | 27 |
| 1981 | 25 |
| 1982 | 29 |
| 1983 | 29 |
| 1984 | 31 |
| 1985 | 29 |
| 1986 | 30 |
| 1987 | 25 |
| 1988 | 26 |
| 1989 | 26 |
| 1990 | 26 |
| 1991 | 26 |
| 1992 | 26 |
| 1993 | 26 |
| 1994 | 26 |
| 1995 | 32 |

Unter ihnen ist mit dem Institut für Demoskopie in Allensbach, Infas, Emnid und Infratest das »Establishment« der deutschen Meinungsforschungsinstitute genauso zu finden wie die Marktforschungsinstitute prominenter Unternehmensberatungsagenturen (Roland Berger).⁵⁷ Die Nennung dieser Namen weist bereits auf die ausgeprägte Heterogenität der Interessen der Mitglieder hin. Der Arbeitskreis kann also nicht mehr als ein lockeres Diskussionsforum für Organisationen unterschiedlichster Provenienz darstellen. Wenn sich das »Roland Berger Forschungsinstitut

⁵⁶ Die Daten für 1995 wurden ergänzt aus: *Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft* (wie Anm. 19), S. 696-697.

⁵⁷ Darüber hinaus sind Mitglied: ALPHA-Institut. Gesellschaft für psychologische Markt- und Kommunikationsforschung; Psyma. Arbeitsgruppe für Psychologische Marktanalysen; ASK Gesellschaft für Sozial- und Konsumforschung; Basisresearch; Burke International; Compagnon Marktforschungsinstitut; FORSA; GfK; Gesellschaft für Marketing-, Kommunikations- und Sozialforschung; IFAK-Institut; Institut für industrielle Markt- und Werbeforschung Prof. Dr. Strothmann; Intermarket; IRES. Gesellschaft für Unternehmens-, Marketing- und Kommunikationsforschung; IVE Research International; Link + Partner; mc markt-consult institut für strukturforschung und marketingberatung; MARPLAN Forschungsgesellschaft; Mafo-Institut; Media Markt Analysen; Dr. Müller Markt- und Sozialforschung; A.C. Nielsen; Sample Institut; Schaefer Marktforschung; Sinus; Institut für Kommunikationsforschung von Keitz; Institut für Marktforschung; polis.

für Markt- und Systemforschung« primär um »Bedarfsprognosen, Potentialerhebungen, psychologische und repräsentative Erhebungen, Telefonsceenings, Szenariotechniken, Kreativ-Workshops, Typologien, Produktpositionierungen, Conjoint-Analysen, ... strategische Kommunikationskonzepte« und »Wettbewerbsanalysen«⁵⁸ kümmert, definiert es sein Wirkungsfeld doch deutlich anders als das Institut für Demoskopie in Allensbach, dem es in erster Linie um »repräsentative Befragungen (allgemeine Bevölkerung, Spezialquerschnitte bei Industrieunternehmen, Handel, Handwerk, freien Berufen, Meinungsführem), psychologische Studien, sozialwissenschaftliche Experimente; ... Produkt- und Werbetests; Copytests; Umfragen im Dienst der Rechtspraxis« und »soziologische und politische Studien«⁵⁹ geht.

Zudem begegnen sich viele Mitglieder auf dem Markt auch als scharfe Konkurrenten. Denn die eben zitierte Tätigkeitsbeschreibung der Allensbacher Demoskopien könnte ebenso von Ennüd, Infas oder Infratest stammen. Kurzum: Der Arbeitskreis umfaßt ein sehr heterogenes Feld an Mitgliedsinstituten und kann daher nicht mehr sein als ein lockerer Verbund.

Fazit

Folgende zentrale Ergebnisse der Studie sind an dieser Stelle noch einmal bilanzierend zusammenzufassen:

1. Im Rahmen der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hin zu einer organisierten Dienstleistungsgesellschaft hat auch das Kräftefeld deutscher Wissenschaftsorganisationen eine stürmische Ausdehnung erfahren. Mehr noch: Es wächst, global betrachtet, zwischen 1974 und 1994 noch wesentlich schneller als die Verbandsspektren anderer Bereiche des tertiären Sektors.

2. Jedoch stellt auch das Kräftefeld deutscher Wissenschaftsorganisationen kein homogenes Ganzes dar. Es setzt sich zusammen aus wissenschaftlichen Gesellschaften, wissenschaftlichen Berufsverbänden, Hochschulverbänden und Verbänden hochschulexterner Forschungseinrichtungen. Das größte Entwicklungspotential ist dabei dem ersten Typus eigen: Für den exponentiellen quantitativen Zuwachs an deutschen Wissenschaftsorganisationen in den letzten zwanzig Jahren zeichnen vor allen Dingen die wissenschaftlichen Gesellschaften verantwortlich. Bei den anderen Gruppen sind die Zuwächse wesentlich bescheidener.

3. Das bedeutet also, daß nur dasjenige Teilspektrum an Vereinigungen sich deutlich ausdehnt, das den Wissenschaftsdisziplinen und ihrer Förderung dient, nicht aber jene Spektren boomen, die sich um die Interessen der

⁵⁸ Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft (wie Anm. 19), S. 696.

⁵⁹ EBD.

Forschungsinstitutionen und um die beruflichen Belange der Wissenschaftler kümmern. Während sich laufend neue Wissenschaftsdisziplinen bilden und sich ihre eigenen Gesellschaften neu schaffen, haben die Kräftefelder beruflicher und forschungsorganisatorischer Wissenschaftsverbände seit Beginn der siebziger Jahre im Grunde kaum wesentliche Veränderungen erfahren. Hier dominieren nach wie vor die großen Leitverbände.

Ist das eingangs zitierte Monitum Max Webers also noch zeitgemäß? Ist die Entwicklung der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft nicht längst über diese Position hinweggegangen und hat den Forschern ein anderes Selbstverständnis verliehen als zu Zeiten des großen sozialwissenschaftlichen Gelehrten? Komplexe Fragen verlangen nach komplexen Antworten: Einerseits ist auch heute noch unbestritten, daß Solidität wissenschaftlicher Forschung nur dort gewährleistet ist, wo diese sich tagespolitischen Opportunitätserwägungen entzieht, sich nicht zu politischen Zwecken instrumentalisieren läßt, sondern ganz im Sinne Webers nach objektiver Erkenntnis sucht. Insofern ist es nach wie vor unbestritten, nach einer klaren Trennung wissenschaftlicher und politischer Arbeit zu suchen. Jedoch hat die Analyse des Spektrums bundesdeutscher organisierter Forschung auch deutlich gezeigt, daß diese Grenzziehung in der Praxis problematisch werden muß. Denn gerade die Entwicklungen der Wissenschaftsdisziplinen selbst generieren politisches Handeln insoweit, als die in ihnen verorteten Forscher ihre Existenzberechtigung *coram publico* begründen wollen und begründen müssen. Mit anderen Worten: Die Kenntnis des wissenschaftlichen Stellenwerts der eigenen Disziplin produziert postwendend politischen Einsatz für ihre Belange. Komplementär dazu wird die Entwicklung der Disziplinen selbst von den politischen Rahmenbedingungen sehr stark geprägt, zumal durch das Instrument der Forschungsförderung. Wo etwa Sonderforschungsbereiche durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft bewilligt bzw. verweigert werden, werden auch die Produktion objektiven Wissens und die Evolution ganzer Wissenschaftssektoren positiv bzw. negativ beeinflusst.

Kurzum: Das Selbstverständnis eines Forschers wird letztlich nicht eindeutig zwischen wissenschaftlicher und politischer Arbeit trennen können, da beide gleichermaßen der »*scientia semper reformanda*« dienen: Wissenschaftliche Arbeit dient im Sinne Karl Poppers der Bereicherung der Welt der objektiven Gedankeninhalte (Welt 3), politische Arbeit der Schaffung und Sicherung der physischen (Welt 1) bzw. personellen und damit individualkognitiven (Welt 2) Basis der Wissenschaft.⁶⁰ Verengte Weber also den Blick auf Poppers dritte Welt, so bringt die Praxis gerade eine enge und zwingende Verknüpfung zwischen allen dreien. Wissenschaft ist

⁶⁰ Karl R. POPPER, *Objektive Erkenntnis. Ein evolutionärer Entwurf*, 2. Aufl. Hamburg 1973, S. 123-140.

ohne ihr entspringendes, aber auch ohne sie bedingtes politisches Handeln nicht denkbar, und insoweit kann Webers Mahnung auch nur auf »Welt 3« bezogen bleiben. Hier hat sie ihre Berechtigung, hier aber findet sie auch ihre Grenzen.

Adenauer, Albers und die Anfänge der CDU-Sozialausschüsse

Unveröffentlichte Briefe

Von Hans-Otto Kleinmann

Die hier erstmals veröffentlichten Briefe Konrad Adenauers aus dem Jahr 1946 stammen aus den Nachlaßpapieren von Johannes Albers, die kürzlich aus Privathand in Teilen an die Hauptgeschäftsstelle der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft in Königswinter gelangt sind. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik wird diesen Nachlaßsplitter, der auch noch andere Adenauerbriefe und weitere Materialien aus der Frühgeschichte der rheinischen CDU und der Sozialausschüsse umfaßt, demnächst zur Aufbewahrung erhalten.

Die abgedruckten fünf Schriftstücke enthalten nichts Neues oder gar Sensationelles. Doch runden sie unsere Kenntnisse über das politische Wirken des Vorsitzenden der CDU der britischen Zone wenige Monate nach seiner Wahl in entscheidenden Punkten ab. Durch die umfangreiche Studie von Horstwalter Heitzer¹ wissen wir über die Parteibildung sowie über die organisatorische und programmatische Parteientwicklung in den Regionen der britischen Zone inzwischen sehr genau Bescheid. Vor allem ist dabei auch die parteipolitische Bedeutung Adenauers schärfer und umfassender beleuchtet worden. Auch die neu aufgefundenen Briefe bestätigen eindrucksvoll, mit welcher Intensität Adenauer von Anfang an die Fäden der Parteientwicklung in der Hand hielt, nicht nur unter regionalem, sondern auch unter gesamtdeutschem Blickwinkel.

Gerade in weitergefaßter Perspektive erscheint das Jahr 1946 als die wohl kritischste Phase der CDU-Geschichte. Es war die ungewisse Situation zwischen der erfolgreichen Gründung und der Bewährung in den ersten Wahlen, die erst im Spätsommer/Herbst 1946 stattfanden. Die Besatzungsbehörden – auch die westlichen – standen der neuen Parteiformation bekanntlich noch unsicher gegenüber. In der britischen Zone war die CDU zwar als Partei auf Zonenebene gegründet, aber sie befand sich noch in einer lästigen Auseinandersetzung mit der konkurrierenden Zentrumspartei. In der amerikanischen Zone war mit der CSU eine bayerische Sonderentwicklung entstanden, deren

¹ *Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 12), Düsseldorf 1988.

Verhältnis zur CDU weitgehend unklar war. In der französischen Zone, besonders in Rheinland-Pfalz, lief der Parteibildungsprozeß erst an, und ein Erfolg ließ sich noch nicht absehen. Prekär war die Lage in der russischen Zone, wo die CDU gleichfalls als Partei auf Zonenbasis organisiert war, aber sich Drangsalierungen von kommunistischer Seite und sowjetischer Eingriffe zu erwehren hatte. Parteiorganisation und Programmatik, nicht zuletzt aber auch die Führung im »Reichszusammenhang« waren im Sommer 1946 noch völlig offene Fragen, über die zwischen den Zonen- und Landesverbänden verhandelt wurde. Auf der Tagung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone am 25./26. April war der Beschluß gefaßt worden, möglichst bald den Zusammenschluß der christlich-demokratischen Parteiverbände »zu einer geschlossenen Partei im gesamten Reichsgebiet«² zu vollziehen. Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, das »organisatorische Bindeglied« der »Union«,³ hatte ihre erste vorbereitende Tagung am 28./29. August 1946; die konstituierende Sitzung fand am 5./6. Februar 1947 statt.

Mit dem »Reichspartei«-Problem und dem Problem des Volkspartei-charakters der CDU gab es zwei sich überlagernde Konfliktfelder, von denen eine hemmende Wirkung auf die Entwicklung der neuen Partei ausging. Seit dem »Reichstreffen« vom 14./16. Dezember 1945 in Bad Godesberg stand die gesamtdeutsche Organisation zur Erörterung an, was auch die Führungsfrage einschloß. Von Berlin aus ging Jakob Kaiser als Vorsitzender der CDU der sowjetischen Zone an die Durchsetzung des Reichsanspruchs, um mit einer »reichsweiten« Organisation (und damit auch mit den Interessen der Westalliierten) im Rücken dem sowjetischen Druck wirksamer Widerstand leisten zu können. Kaiser setzte dabei als Basis im Westen auf die christliche Arbeiterschaft, insbesondere auf seine Spezialklientel, die ehemaligen christlichen Gewerkschafter, die ihn zunächst mehrheitlich als ihren »Führer« anerkannten und sich auch für seine Idee eines »Christlichen Sozialismus« aufgeschlossen zeigten.

Diese Tendenzen stießen bei Adenauer auf entschiedenste Ablehnung. Auch er betrieb nach der Godesberger Reichstagung energisch den Aufbau der Partei als die »vordringlichste aller Forderungen« (6. Januar 1946)⁴. Doch seine Gründe waren denjenigen Kaisers diametral entgegengesetzt: Die Parteiorganisation sollte – sieht man einmal davon ab, daß es auch

² Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, eingeleitet und bearbeitet von Helmuth PÜTZ, Bonn 1975, S. 137.

³ Die Unionsparteien 1946-1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, bearbeitet von Brigitte KAFF, Düsseldorf 1991, S. VII.

⁴ An die Mitglieder des Landesvorstandes der CDU Rheinland, in: Adenauer, Briefe 1945-1947, bearbeitet von Hans Peter MENSING, Berlin 1983, S. 142.

darum ging, seine eigene Führungsposition in der britischen Zone zu festigen – eine enge Verbindung mit den Unionsverbänden der amerikanischen und französischen Zone herstellen, um dem zentralen Anspruch der »Reichsgeschäftsstelle« in Berlin und des Vorsitzenden der Ost-CDU entgegenwirken zu können. Er wollte unter allen Umständen verhindern, daß durch eine »Reichspartei« der CDU mit Sitz in Berlin die sowjetische Politik institutionelle Möglichkeiten für eine Einflußnahme im Westen erhalten würde.

Das Organisationsproblem war auch deshalb so schwierig, weil es zugleich den Volkspartei Charakter der CDU betraf. Bei einer Anzahl von Gründern, z. B. in Frankfurt am Main, nicht zuletzt aber in den Kreisen der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften, so vor allem auch bei Kaiser, gab es Vorstellungen von einer deutschen Labour Party. Apostrophierungen der CDU als »politischer Willensausdruck der christlichen Arbeiterschaft« (Albers)⁵, als »Fackelträger eines neu erwachten christlichen Sozialismus« (Arnold)⁶ oder als nicht »bürgerliche« Partei (Kaiser)⁷, wie sie von Seiten ehemaliger christlicher Gewerkschafter vorgenommen wurden, machten Adenauer nicht geringe Sorgen, waren sie doch geeignet, im bürgerlichen Lager die Attraktivität der CDU als neuartiger, die Konfessions- und Standesgrenzen überwindenden Sammlungsbewegung sozialer, liberaler und konservativer Kräfte nachhaltig zu gefährden; im Originalton: »Mit dem Wort Sozialismus gewinnen wir fünf Menschen und zwanzig laufen weg.«⁸ Andererseits legte aber auch Adenauer großen Wert darauf, den christlichen Arbeitern in der CDU eine politische Heimat zu bieten. Die einheitsgewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer mit dem Verzicht auf Christliche Gewerkschaften machte es nachgerade zur Notwendigkeit, die christlichen Arbeiter parteipolitisch aufzufangen; denn auf keinen Fall sollte wieder zum System konfessioneller Standesvereine der Arbeiter zurückgekehrt werden. So bejahte Adenauer prinzipiell die Zusammenfassung der christlich orientierten Arbeiterschaft in »Sozialausschüssen«, jedoch unter der Bedingung ihrer festen Verankerung in der Partei. Eine erneute Konfessionalisierung der Arbeitervereine wie auch anderer Standesvereine erschien ihm als absolut unverträglich mit der Volksparteikonzeption der CDU.

5 Rundschreiben von J. Albers, 14. Dezember 1945, Nachlaß Michael Rott, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), I-101/16.

6 Aus dem Beitrag Arnolds auf der Düsseldorfer Tagung ehemaliger führender Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung am 16. Februar 1946. J. Albers, 10. März 1946 »Vertraulich! Nur für den innerorganisatorischen Gebrauch«, Nachlaß Rott (wie Anm. 5).

7 Rede auf dem Burgplatz in Essen am 31. März 1946, in: *Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl*, herausgegeben und eingeleitet von Tilman MAYER, Köln 1988, S. 236.

8 Tagung des Zonenausschusses der britischen Zone in Neuenkirchen am 26./28. Juni 1946, PÜTZ (wie Anm. 2), S. 149 f.

In den folgenden Briefen geht es inhaltlich – vor dem skizzierten allgemeinen parteipolitischen Hintergrund – um die Gründung der Sozialausschüsse und ihre Positionierung in der CDU. Die Gestaltung des Verhältnisses von Partei und christlich-demokratischer Arbeiterschaft war für Adenauer mehr als eine organisatorische Angelegenheit. Er sah darin eine Richtungsentscheidung von grundlegender Bedeutung für die Zukunft der »Union«. Seine Auseinandersetzung mit Johannes Albers, dem Vorsitzenden der Kölner CDU und Vorkämpfer des Sozialausschußgedankens, zeigt, daß die größte Schwierigkeit in der Startphase der CDU darin bestand, die spontane, vom Geist des Neubeginns getragene Gründungsbewegung in eine feste Struktur mit dem klaren Profil einer Volkspartei zu überführen und dabei auf politischen Traditionen aufzubauen, ohne restaurativen Tendenzen Raum zu geben.

Die Idee des Sozialausschusses als Zusammenfassung der christlichen Arbeiterschaft erwuchs aus der Tradition der christlichen Arbeiterbewegung. Als mit der Entscheidung für eine einheitsgewerkschaftliche Organisation der Weg zur Neugründung Christlicher Gewerkschaften vorerst verstellt war, wurde – zunächst seit Oktober 1945 in Kreisen der rheinischen CDU, dann auch unterstützt von Kaiser – die Bildung von Sozialausschüssen betrieben. Sie sollten alle diejenigen zu einer Gemeinschaft zusammenfassen, die »in Betrieb, Gewerkschaft, Partei und im Volke ihre Aufgaben als christliche Arbeiter, Angestellte und Beamte erfüllen«⁹. Zu Jahresbeginn 1946 hatte Albers bereits ein Anschriftenverzeichnis früherer christlicher Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre verschickt und über das Angebot an Schulungskursen im Dominikanerkloster Walberberg für das – so die zuerst gewählte Bezeichnung – »Christliche Werkvolk« in der CDU informiert.¹⁰ Am 16. Februar 1946 fand dann in Düsseldorf eine erste überregionale Konferenz von »Vertretern der christlichen Arbeiterschaft Westdeutschlands« statt. In einer EntschlieÙung wurden zwar die christlichen Arbeiter aufgefordert, »Mitglied der Union zu werden«, doch von einer politischen und organisatorischen Integration in die neugegründete Partei war keine Rede.¹¹ Ende März/Anfang April 1946 kam es zu näheren Absprachen zwischen Albers und Kaiser, der in Düsseldorf gefehlt hatte, nun aber bei seinem ersten Auftreten im Westen für seinen christlichen Sozialismus und seinen nationalpolitischen Kurs warb. Auch ein Treffen mit Adenauer kam am 6. April zustande.¹²

9 J. ALBERS, *Was ist und was soll der Sozialausschuß*, 15. Juni 1946, S. 1 (Flugschrift, 8 S., Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung).

10 Nachlaß Franz Wiegert, ACDP I-55-4/2.

11 J. Albers, 10. März 1946 (wie Anm. 6).

12 Über Kaisers erste Reise nach dem Westen im März/April 1946 vgl. Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949*, Stuttgart 1969, S. 69-80.

Adenauer, der die Bestrebungen der ehemaligen Christlichen Gewerkschafter nicht nur wegen der Nähe zu Kaiser, sondern auch wegen der Reaktionen aus den katholischen Arbeitervereinen und evangelischen Unternehmerkreisen in der CDU mit großer Skepsis verfolgte, versuchte zunächst durch Einrichtung eines Wirtschafts- und Sozialausschusses in der rheinischen Partei (10. April), dann auch auf zentraler Ebene (25. April) das Problem parteiorganisatorisch zu unterlaufen und so in den Griff zu bekommen. Deutlich ist sein Bemühen, zuerst in der Partei die Weichen zu stellen, bevor er die heikle Frage grundsätzlich anging. Erst als ihm Albers mit seiner Schrift »Was ist und was soll der Sozialausschuß?« vom 15. Juni den konkreten Anlaß lieferte, ging er in die Offensive und stellte postwendend das Ultimatum: Klarstellung des Charakters der Sozialausschüsse oder Nichtanerkennung durch die Partei (unten I).

Aus dem aufgefundenen Briefwechsel läßt sich schließen, daß daraufhin in mehreren Aussprachen zwischen ihm und Albers ein Lösungsweg gesucht wurde. Zum Ausgleich kam es, so wird erkennbar, etwas früher als bisher angenommen, und zwar unmittelbar im Vorfeld der Essener Rede Adenauers vom 24. August 1946, in der er im Anschluß an das Programm von Neheim-Hüsten seine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternative zur Konzeption des Christlichen Sozialismus präsentierte. Die Kooperation von Adenauer und Albers, die zusammen mit Gustav Heinemann und Georg Jöstingmeier die CDU in den Verhandlungen mit den anderen Parteien und den Briten über die erste Regierungsbildung im neuen Land Nordrhein-Westfalen vertraten, erleichterte ihre Annäherung in der Sozialausschußfrage. Adenauer erklärte sich mit dem Grundgedanken Sozialausschüsse »absolut einverstanden« (unten IV), während Albers für die Sozialausschüsse akzeptierte, daß sie im Auftrag und als Teil der Partei handelten.¹³ In einem offenen Schreiben an die »Freunde« vom 20. September 1946, mit dem noch einmal zur Einführung von Sozialausschüssen aufrief, hieß es dementsprechend: »Die Arbeit muß in engster Anlehnung an die Partei erfolgen.«¹⁴ Der Briefwechsel vom 24. August/3. September 1946 (unten V) war praktisch der Friedenschluß. Damit blieb die sich formierende Partei in der kritischen Phase vor den ersten Nachkriegswahlen ihrem Anspruch treu, konfessions- und schichtenübergreifende Volkspartei zu sein – Grundstein ihres Erfolges als stärkste politische Kraft in Nordrhein-Westfalen. Zugleich unterstreichen die Briefe abermals die aus der Perspektive der späteren »Kanzlerdemokratie« oft unterbewertete Parteiführerqualität Adenauers, ohne die weder sein eigener noch der Aufstieg der CDU hinreichend zu erklären wären.

¹³ J. Albers, »Aufgaben und Ausbau der Sozialausschüsse«, an Adenauer zur Begutachtung geschickt am 7. Januar 1947, vgl. Heitzer (wie Anm. 1), S. 377.

¹⁴ Nachlaß Rott (wie Anm. 5).

I.

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION
DER ZONENAUSSCHUSS
FÜR DIE BRITISCHE ZONE

Köln, den 19.6.1946
Herwarthstraße 17

Herrn
Johannes Albers
Köln
Breitestraße 108

Sehr geehrter Herr Albers!

Die von Ihnen unterzeichnete Schrift »Was ist und was soll der Sozialausschuß?«¹⁵ habe ich erhalten. Sie hatten mir bereits von Ihren Absichten gesprochen, und ich habe Ihnen meine grundsätzlichen Einwendungen dagegen dargelegt. Ich muß nochmals betonen, daß die von Ihnen in Aussicht genommene Erfassung der Arbeitnehmer eine Partei innerhalb der Partei schaffen würde. Was die äußere Aufmachung Ihrer Schrift anbetrifft, so muß ich feststellen, daß es sich danach nicht um eine Publikation der CDU handelt; es ist dies weder im Titel noch in der Unterzeichnung zum Ausdruck gebracht. Sie betonen zu Eingang Ihrer Schrift, daß der Sozialausschuß keine neue Organisation sei. Am Schluß führen Sie aber die Mittel der Arbeit auf, und zwar wollen Sie in Versammlungen, Besprechungen und Konferenzen die wirtschaftliche, politische und gewerkschaftliche Schulung durchführen.

Sie wollen Mitteilungen und eine Zeitschrift herausgeben sowie Tagungen für Orte, Bezirke und Zone veranstalten. Die einzige zonale Instanz der CDU ist der von den Landesverbänden der britischen Zone bestellte Zonenausschuß, der allein auch das Recht zur zonalen Arbeit hat. Es gibt auch außerhalb des Zonenausschusses keine Parteinstanzen, die zonale Tagungen veranstalten können. Dasselbe trifft auf die Landesverbände zu.

In diesem Zusammenhang muß ich auch darauf hinweisen, daß der Sozialausschuß, so wie Sie ihn formuliert haben, nach den Bestimmungen der Militär-Regierung eine neue politische Organisation darstellen würde. Sie stellen als Arbeitsgebiete z.B. neben Partei und Gewerkschaften auch Sozialversicherung, Rechtswesen, Genossenschaften usw., ferner Zusammenarbeit mit den konfessionellen Standesvereinen, – alles Sachgebiete, die von jeder politischen Partei entsprechend ihrer Besonderheit als wichtige Arbeitsgebiete in Anspruch genommen werden müssen.

Die Festlegung der Stellungnahme der CDU zu den von Ihnen genannten Sachgebieten erfolgt eindeutig für den Bereich des Landes durch die Landesvorstände und für die Gesamtpolitik in der Zone durch den Zonenausschuß. Selbst wenn Sie aber Ihren Sozialausschuß als einen Ausschuß des Landesvorstandes betrachten wollten, was aber im übrigen aus Ihrer Veröffentlichung in keiner Weise hervorgeht und was auch der Legitimation durch den Landesvorstand bedürfte, so ist es schlechterdings

¹⁵ Köln, 15. Juni 1946; gedr., 8 Seiten.

ausgeschlossen, daß er dann einseitig nur von Interessenten aus Arbeitnehmerkreisen gebildet wird. Sie sagen z.B. in Ihrer Schrift etwas über das Kulturprogramm, Sie sprechen von Sozialversicherungen, vom Rechtswesen und anderen Dingen. An allen diesen Gebieten hat aber nicht nur ein Stand innerhalb der Partei Interesse, und die Stellungnahme der Partei zu diesen Fragen kann deshalb auch nicht nur auf Grund von Überlegungen Angehöriger eines Standes erfolgen.

Ich bitte Sie deshalb, mir folgende konkrete Fragen zu beantworten:

- 1) Soll der Sozialausschuß ein Ausschuß der CDU sein?
- 2) Wer gehört diesem Ausschuß an?
- 3) Soll es ein Ausschuß der Kölner Partei sein oder der Landespartei Rheinland?
- 4) Bislang zeichnen für alle Publikationen innerhalb der Partei die Vorstände der Landesverbände und der Kreisparteien verantwortlich. Wie sehen Sie dies praktisch gewährleistet?

Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß der Zonenausschuß sich mit der Angelegenheit befaßt. Der Zonenausschuß hat, wie Ihnen bekannt ist, beschlossen, daß in allen Landesverbänden und nach Möglichkeit auch in allen Kreisparteien hauptberufliche Referenten für alle Fragen der Arbeitnehmerschaft (Gewerkschaft, Betriebsräte usw.) tätig sein sollen. Bei der Kreispartei Köln ist dies durch Einstellung des Herrn Hövelborn¹⁶ geschehen. Ich halte dies, abgesehen davon, daß sich der Zonenausschuß dazu für die Landesverbände verpflichtend geäußert hat¹⁷, für die einzige Lösung, welche klar ist und den Notwendigkeiten einer geordneten Parteiorganisation gerecht wird. Solange eine Klarstellung nicht erfolgt ist, kann ich den von Ihnen gegründeten Sozialausschuß in meiner Eigenschaft als Landesvorsitzender und als Vorsitzender des Zonenausschusses nicht als eine Einrichtung der Partei anerkennen.

Ich bitte Sie deshalb möglichst bald um Ihre Stellungnahme. Ich bin der Ansicht, daß in dieser wichtigen Frage ein organisatorisch einwandfreier und klarer Weg mit reinlich abgegrenzten Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten sich finden lassen kann. Ich werde die Angelegenheit dem Zonenausschuß in seiner nächsten Sitzung¹⁸ vorlegen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Adenauer

¹⁶ Karl Hövelborn, ab Oktober 1946 CDU-Stadtverordneter in Köln.

¹⁷ Tagung des Zonenausschusses in Neuenkirchen am 25./26. April 1946 (PÜTZ, wie Anm. 2, S. 140), Punkt 8 der TO: »Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Landesverbänden zu empfehlen, innerhalb der Landesverbände besondere hauptberufliche Referenten für alle Fragen der Arbeiterschaft zu bestellen, die ihrerseits ihr Referat bis zu entsprechenden Einrichtungen in den Kreisparteien und zu Vertrauensleuten in den Ortsparteien und den Betrieben durchorganisieren sollen.«

¹⁸ Tagung des Zonenausschusses in Neuenkirchen am 26./28. Juni 1946, TO 14, PÜTZ (wie Anm. 2), S. 159.

II.

K. Adenauer

Rhöndorf/Rhein, den 6.7.1946
Zennigsweg 8aHerrn
Direktor Hans Albers,
Vorsitzender der CDU Köln
K ö l n
Herwarthstrasse 17

Sehr geehrter Herr Albers!

Anliegend übersende ich Ihnen Abschrift eines Briefes, den ich von Herrn Diözesanpräses Dr. Her(mann) Jo(seph) Schmitt¹⁹, Köln, erhalten habe. Ich hoffe, dass Sie Ihren Plan im Hinblick auf den Beschluss des Zonenausschusses der CDU vom 27.6.46²⁰ fallen lassen und dass sich damit auch der Gegensatz zu den katholischen Arbeitervereinen, deren Wiederaufleben ja unter allen Umständen verhindert werden muss, erledigt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener
gez. Adenauer

Anlage

Auch: StBKAH 08.51; in der Rhöndorfer Ausgabe nicht abgedruckt. Das Schreiben Schmitts an Adenauer vom 1. Juli 1946; Adenauers Antwort, in der er auf den Neuenkirchner Beschluß des Zonenausschusses hinweist, vom 6. Juli 1946 in: Briefe I, S. 282.

¹⁹ (1896-1964), Dr. theol., 1928-1939 Generalsekretär der Katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, 1933 MdR, 1945-1962 Präses der Katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands.

²⁰ Protokoll der Tagung des Zonenausschusses, PÜTZ (wie Anm. 2), S. 159.

III.

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION
DER ZONENAUSSCHUSS
FÜR DIE BRITISCHE ZONE

Köln, den 14.7.1946
Herwarthstraße 17
Fernsprecher 50800

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen: Dr.L./Ne.

Sehr geehrter Herr A l b e r s !

Ihr Schr(ei)b(en) v(om) 5.7.1946 habe ich erhalten.²¹ Wie ich Ihnen bereits mündlich mitteilte, hat der Zonenausschuß der CDU für die brit(ische) Zone die Bildung von sogenannten Sozialausschüssen abgelehnt. Im Protokoll heißt es: »Zu Punkt 14 der Tagesordnung lehnte der Zonenausschuß durch einstimmigen Beschluß die Bildung von Sozialausschüssen in der Form, wie dies in Köln aufgrund des dem Zonenausschuß vorliegenden Materials geschehen ist, ab.«²² Ich darf bemerken, daß das Material, welches dem Zonenausschuß vorgelegen hat, aus einer Anzahl Ihrer Broschüren bestand, insbesondere aus Ihrer Schrift »Was ist und was will der Sozialausschuß«.

Damit ist die Angelegenheit durch die höchste Parteinstanz geklärt. Wir müssen also organisatorisch einen anderen Weg suchen. Auch dieser Weg ist bereits parteiautoritativ durch einen früheren Beschluß des Zonenausschusses vorgezeichnet. Danach sind die Landesverbände verpflichtet, einen hauptberuflichen Sozialreferenten in das Landessekretariat zu berufen. Auch in den Kreisen sollen in den Kreissekretariaten hauptberufliche Sozialreferenten tätig sein. Die Organisation soll fortgesetzt werden bis in den Betrieb. In der Kölner Kreispartei ist der Beschluß durchgeführt²³, nicht dagegen im Landessekretariat. Die Stelle im Landessekretariat muß jetzt schnellstens besetzt werden.

Bei dieser Sachlage muß »der Sozialausschuß« sofort seine Tätigkeit einstellen, unabhängig von Ihren Besprechungen mit Diözesanpräses Dr. Schmitt. Über die

²¹ Albers an Adenauer, Köln, den 5. Juli 1946:

»Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Zu Ihrem Schreiben vom 19.6.46: Ich stehe mit Herrn Diözesanpräses Dr. Schmidt über die Frage des Sozialausschusses in Verhandlungen. Das Ergebnis derselben ist für Aufbau und Gestaltung des Sozialausschusses von Bedeutung. Ich werde wohl in etwa 4 Wochen in der Lage sein, zu Ihrem Brief eingehend Stellung zu nehmen und bitte deshalb um Ausstand bis dahin.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr ...«

²² Protokoll der Tagung des Zonenausschusses, PÜTZ (wie Anm. 2), S. 159.

²³ Siehe Anm. 16.

Besetzung der Stelle im Landessekretariat und über andere Dinge werden wir uns nach meiner Rückkehr von einer Reise²⁴ unterhalten.

Mit freundlichem Gruß
Ihr
gez. Adenauer

IV.

Handschriftlich (s.l.)

23. August 1946

Lieber Herr Albers!

Es war sehr schade, daß wir gestern durch die Briten gestört wurden. Ich bin aber mit dem Verlaufe sehr zufrieden und hoffe auf recht baldige Fortsetzung unserer Aussprache. Mit Ihrem Grundgedanken »Sozialausschüsse« bin ich absolut einverstanden. Bitte lassen Sie mir baldigst Ihre Vorschläge zukommen.

Mit Herrn Bauwens²⁵ habe ich auftragsgemäß gesprochen, Herr Pferd²⁶ war dabei – ich hatte ihn in einer anderen Sache zu mir gebeten. Es liegt zwischen Ihnen und Bauwens ganz offenbar ein Mißverständnis vor. Herr Pferd²⁷ und Herr Löns²⁸ sind im Bilde. Da ich heute vormittag unbedingt fort muß wegen Vorbereitung meiner Essener Rede²⁸ habe ich Herrn Pferd²⁹ gebeten, Sie und Schaeven²⁹ zusammenzubitten. Herr Pferd²⁹ hat gebeten, Herrn Löns auch hinzuzubitten.

herzliche Grüße
Ihr Adenauer

²⁴ Am 17. Juli wurde in Berlin die Entscheidung mitgeteilt, die aufgelösten preußischen Provinzen Nordrhein und Westfalen zu einem Land zusammenzufassen. Die entsprechende Verordnung der britischen Militärregierung wurde am 23. August 1946 erlassen. Vgl. Peter HÜTTENBERGER, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973, S. 227 ff.

²⁵ Peco Bauwens (1886-1963), Dr. jur., Inhaber eines Kölner Bauunternehmens, 1945/46 wie Albers Mitglied der von den Briten ernannten Bürgerschaftsvertretung, 1946/47 Präsident der Industrie- und Handelskammer Köln.

²⁶ Robert Pferd²⁶ (1880-1862), Bankier, 1945/46 Präsident der Industrie- und Handelskammer Köln, Mitglied der Kölner CDU.

²⁷ Dr. Josef Löns (1910-1974), Rechtsanwalt, 1945/46 Referent in der Kölner Stadtverwaltung, 1946-1948 Zonensekretär der CDU.

²⁸ Bei der Wahlkundgebung am 24. August auf dem Essener Burgplatz verkündete Adenauer in neun Leitsätzen das Wirtschaftsprogramm der CDU der britischen Zone (»den Grundstein ... für eine neue Wirtschaftsdemokratie, in deren Mittelpunkt der Mensch steht.«)

²⁹ Peter Josef Schaeven (1885-1958), vor 1933 Zentrum, Mitgründer der CDU in Köln, Generalsekretär der CDU Köln (bis 1958) und der CDU Rheinland, 1946-1958 MdL in Nordrhein-Westfalen.

V.

Dr. K. Adenauer

Rhöndorf/Rhein, den 3.9.1946
Zennigsweg 8a

An den
Sozialausschuss der CDU Köln
K ö l n

Sehr geehrte Herren!

Herzlichst danke ich Ihnen für Ihre Entschliessung und Ihr Schreiben vom 24.8.d.Js.³⁰ Das Vertrauen der Parteifreunde ist wesentlich für jeden, der in der Partei

30 Bei der ersten Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen hatte Carl Severing (SPD) in den Verhandlungen über die Besetzung der Ressorts die Ansprüche der CDU unsachlich mit dem Hinweis auf die »reaktionäre« Einstellung mancher Kandidaten zurückgewiesen. Adenauer verwahrte sich scharf gegen diese diskriminierenden Argumente und führte die CDU, als ihr das umstrittene Innenministerium von den anderen Parteien verweigert wurde, in den Rückzug aus den Beratungen. Über die Vorgänge zwischen dem 1. und 17. August vgl. *Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1950 (Ernenungsperiode und erste Wahlperiode)*, eingel. und bearb. von Michael Alfred KANTHER, (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe K: Kabinettsakten), Bd. 1, Siegburg 1992, S. 2 ff.

Albers, der mit Adenauer zusammen der Verhandlungskommission der CDU angehörte, initiierte unter dem Eindruck von Adenauers Auftreten die folgende Entschliessung der Kölner Sozialausschüsse:

An den Vorsitzenden der CDU
der Nordrheinprovinz
Herrn Oberbürgermeister a.D.
Dr. Konrad Adenauer
Köln/Rhein

Köln, den 24. August 1946

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!

Wir Arbeitnehmer, die in der CDU unsere politische Heimat gefunden haben, beobachten seit einer Reihe von Monaten Ihre Stellung in Wort und Schrift zu den sozialen und wirtschaftlichen Problemen der Zeit. [im Entwurf: 12 Zeilen gestrichen]

Beigeschlossen gestatten wir uns, Ihnen die Entschliessung des Sozialausschusses der CDU von Köln-Stadt und Land zu übersenden. Wir haben diese Entschliessung der »Kölnischen Rundschau« zum Abdruck überreicht. Wir glauben, dass die Stellungnahme des Sozialausschusses uns in der Wahlarbeit unter der Arbeitnehmerschaft helfen wird. Wir freuen uns, Ihnen helfen zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. 2. Vorsitzender des Sozialausschusses der CDU
gez. Geschäftsführer

eine Funktion zu erfüllen hat. Ich freue mich, dass ich Ihr Vertrauen besitze. Sie dürfen versichert sein, dass ich Sie nicht enttäuschen werde.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ihr ergebener
gez. Adenauer

Anlage:

Entschliessung

Der Sozialausschuss der CDU Köln Stadt und Land nahm in der am 23. August 1946 stattgefundenen Sitzung zu den Vorgängen in der Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen Stellung. Er bekennt sich vollinhaltlich zu den Auffassungen der Unterhändler der CDU und spricht ihnen sein vollstes Vertrauen aus.

Insbesondere gilt das Vertrauen dem 1. Vorsitzenden der CDU der Nordrheinprovinz Dr. Konrad Adenauer und dem 2. Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der CDU von Köln Stadt und Land Herrn Johannes Albers.

Weite Arbeitnehmerkreise der CDU, die im Sozialausschuss ihr Organ haben, bedauern die bekannt gewordenen Vorkommnisse. Sie verwahren sich entschieden gegen den Vorwurf der Reaktion.

Die Zusammensetzung der CDU, Ihre Arbeitsweise, die Veröffentlichungen und Reden ihrer führenden Männer sowie ihre bekannte Stellung zu den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und staatspolitischen Problemen der jetzigen notvollen Zeit bieten Gewähr dafür, dass die Reaktion in ihren Reihen keinen Platz hat.

Heinrich Krone, 1895-1995

Ansprache von Hans-Peter Schwarz zum 100. Geburtstag am 1. Dezember 1995 Bonn, Palais Schaumburg

Worin liegt die historische Bedeutung und der Rang Heinrich Krones, an den wir uns heute respektvoll erinnern? Lassen Sie mich folgende vier Gesichtspunkte herausarbeiten, unter denen sich das historische Profil dieses hochverdienten, vorbildlichen Mannes erschließt.

Erster Hauptpunkt: Für den Historiker, dem die ehrenvolle Aufgabe des Festvortrags anvertraut wurde, scheint Heinrich Krone als Typus Erinnerungswürdig – als Typus deshalb, weil er den geschichtlichen Vorgang verkörpert, bei dem die Katholiken – seinerzeit eine politische Minderheit im Deutschen Reich – während der Weimarer Republik zu einer tragenden Schicht des demokratischen Verfassungsstaats wurden und in der Bundesrepublik für gut zwei Jahrzehnte zu der wichtigsten sozialen Basis dieses geglückten zweiten Versuchs. Heinrich Krone verkörperte gewissermaßen das katholische Urgestein, das vor allem in den Anfängen der Bonner Demokratie dem ganzen Unternehmen Halt gab.

Zweiter Hauptpunkt: Gerade das Thema des Festvortrags »Heinrich Krone und die Ära Adenauer« erinnert gewollt oder ungewollt an eine allzu oft vergessene Tatsache. Diese Tatsache ist darin zu sehen, daß nach dem großen Debakel, das 1933 begann und sich 1945 vollendet hatte, die beiseite geschobenen, verfolgten, häufig auch aktiven Widerstand leistenden politischen Eliten von Weimar jene zweite Republik maßgeblich aufgebaut haben, die in Gestalt der Bundesrepublik Deutschland nun schon 46 Jahre Bestand hat. Auch in dieser Hinsicht ist der altgediente, wenn auch damals noch junge Weimaraner Krone typisch. Er erinnert daran, daß Bonn, das nicht Weimar war und nicht Weimar sein wollte, ohne die alten Weimaraner – Adenauer und Heuss, Schumacher, Reuter, Ollenhauer und Reinhold Maier, aber eben auch: Heinrich Krone, nicht denkbar ist.

Dritter Hauptpunkt: Heinrich Krone war mit Leib und Seele Parlamentarier. Er hat das Amt des Volksvertreters durchaus nicht als Sprungbrett zum Ministeramt verstanden, vielmehr jene Aufgabe gestaltet, die nach der Verfassungsordnung des Grundgesetzes dem Bundestag aufgegeben ist: Er soll das Volk vertreten, somit dem Mehrheitswillen Ausdruck geben, die Regierung stützen, in der Öffentlichkeit das Regierungshandeln vertreten,

aber ebenso intensiv die Exekutive kontrollieren und mit dirigieren. Dieser Dialektik war er sich unablässig bewußt. Nicht zuletzt hat er auch persönlich Maßstäbe der Integrität, der schlichten, bedürfnislosen, allein der Sache verpflichteten Lebensführung gesetzt, die schon in den fünfziger und sechziger Jahren, erst recht heute, aus dem Rahmen fielen, ihn eben deshalb aber vertrauenswürdig machten.

Vierter Hauptpunkt: Krone war in der Tat seit Mitte der fünfziger Jahre bis zum Schluß eine Säule der Regierung Adenauers. Auch danach bis zum Beginn der Großen Koalition hat er in der kritischen Übergangsperiode maßgeblich die neue politische Tradition lebendig zu erhalten gesucht.

Soviel im allgemeinen zu diesen vier Hauptpunkten. Lassen Sie mich nun zu jedem der eben angesprochenen Aspekte einige Bemerkungen machen. Sie beanspruchen nicht, in der kurzen verfügbaren Zeit dem weitverzweigten Wirken dieser ragenden Gestalt gerecht zu werden. Aber sie bemühen sich wenigstens um annähernde Gerechtigkeit.

Erster Hauptpunkt also: katholisches Urgestein. Krone verkörperte, so sagte ich, den politischen Führungswillen und die Führungskraft jener aktiven Gruppierungen, die aus den katholischen Jugendverbänden, katholischen Verbindungen und aus intakten Kirchengemeinden kommend, schon in der Wilhelminischen Ära die Außenseiterpositionen der Jahre des Kulturkampfes hinter sich gelassen hatten und in der Weimarer Republik staatstragend geworden waren.

Im Falle Krones kam noch ein weiterer soziologischer Aspekt hinzu. Er stammte nicht nur aus einer frommen katholischen Familie in der niedersächsischen Diaspora, sondern zugleich aus einer Familie, die man entweder zur unteren Mittelschicht oder zur gehobenen Unterschicht rechnen kann – sein Vater ist Siedemeister in einer Zuckerfabrik in Algermissen, Regierungsbezirk Hildesheim. Dieser junge Mann wächst über das Studium der Theologie, der neueren Sprachen, des Lateins, der Volkswirtschaftslehre in die bürgerliche Gesellschaft hinein und promoviert mit 28 Jahren in Kiel zur »Theorie der Stadt«. Wer sich in sein Tagebuch versenkt, ermißt, wie stark dieser anständig breit gebildete, bald ganz in der Politik aufgehende Mann zeitlebens eben nicht nur von den Gewißheiten, Beunruhigungen und Tröstungen seines Glaubens durchdrungen war, sondern ebenso vom Geist und von den Überzeugungen des deutschen Bildungsbürgertums. Das machte ihn zu einem geschätzten Gesprächspartner nicht allein des katholischen Episkopats, sondern ließ ihn auch gerne das Gespräch mit Naturwissenschaftlern, Historikern oder Sozialwissenschaftlern suchen, die über den Tellerrand ihrer jeweiligen Fachdisziplin hinausblickten.

Er macht dann seinen Weg nicht über den Beruf des Philologen, der ihm verschlossen bleibt, sondern über den Windthorstbund und das Zentrum, dessen Stellvertretender Generalsekretär er 1922 wird. Schon 1925 ist er

Reichstagsabgeordneter des Zentrums und bleibt das bis 1933, natürlich – wie wäre dies anders vorstellbar – auf dessen republikanischem, sozialprogressivem linken Flügel. Ein »Schwarzer« also, wie er im Buch steht, und so kommt er auch durchs Dritte Reich – zeitweilig bei der Caritas tätig, zeitweilig auch mit einem Musterköfferchen als kaufmännischer Vertreter reisend, kurze Zeit nach dem 20. Juli auch in NS-Haft genommen.

In den fünfziger und sechziger Jahren ist er dann ein großer und mächtiger Mann. Aber wer ihn in seinem sehr, sehr einfachen Haus aufsuchte, weiß, daß ihm seine Position lebenslang nicht zu Kopfe stieg. Er behielt den einfachen Lebensstil seines Elternhauses bei, was ihn übrigens auch mit Herbert Wehner verband, der es sich lange Jahre nie nehmen ließ, ganz früh, bevor andere Gäste kamen, an jedem Geburtstag Krones bei diesem mit einem Sträußchen Blumen vorbeizuschauen, in der schlichten Wohnstube seinen Schwatz zu halten und sich rasch davonzumachen, bevor die Gratulanten aus den Reihen der CDU mit würdigen Mienen aufkreuzten.

Ich erwähne dies alles auch deshalb, weil sich die frühen Kabinette Adenauers beim Blick auf die Herkunft der Minister überhaupt eher als Regierungen einer »Arbeiter-, Angestellten-, Beamten- und Bauernrepublik« darstellen denn als Gremien von Repräsentanten der alt-etablierten Oberschicht. Das unterscheidet die Bundesrepublik der fünfziger Jahre sehr stark vom damaligen Großbritannien. Sie ist schon damals keine echte Klassengesellschaft mehr, besonders bezüglich der politischen Eliten.

Insofern war Krone der typische Exponent einer Gesellschaft, die ihre früheren Minderheiten und Unterschichten integrierte und aufsteigen ließ. Daß ein solcher Politiker nach Kräften um eine Sozialpolitik des Ausgleichs und der sozialen Befriedung bestrebt war, versteht sich von selbst.

Im ganzen sehr viel schwerer tat sich Krone beim Ausgleich mit politischen Kräften, die ihm weltanschaulich fern standen. Als er zusammen mit vielen anderen im Frühsommer 1945 in Berlin die Christlich-Demokratische Union Deutschlands gründete, erschien ihm eine enge Zusammenarbeit mit gläubigen Christen evangelischer Konfession als ein ganz selbstverständlicher, wünschenswerter Gedanke. Doch wer – etwa bei Lektüre seines Tagebuchs – studiert, wie er zu Eugen Gerstenmaier und besonders zu Gerhard Schröder oder auch Ludwig Erhard eingestellt war, kann sich des Eindrucks doch nicht erwehren, daß entsprechende Reserven nicht bloß in einer ganz natürlichen politischen Rivalität ihre Wurzel hatten, sondern auch eine gewisse Fremdheit zu den Unterschieden, Denkweisen und Strömungen im damaligen Protestantismus verrieten. Und er haßte geradezu Christentum-kritischen Liberalismus und Säkularismus, wie er ihn beispielsweise bei dem CDU-Fraktionskollegen Gerd Bucorius zu verspüren glaubte. Doch auch seine ausgeprägte Abneigung gegenüber Franz Josef

Strauß beruhte zu einem Gutteil darauf, daß er diesen als einen schlechten, sprich: moralisch nicht intakten Katholiken einschätzte. Es gehörte zum fortwährenden Kummer seines Alters, die Gesellschaft, auch die Union und manche ihrer Spitzenpolitiker, immer ungehemmter einem faktischen Säkularismus verfallen zu sehen, ungeachtet schön klingender christlicher Festreden. Das katholische Urgestein hatte das Empfinden, immer tiefer im Schlamm der Amoralität und der Disziplinlosigkeit einzusinken.

Bezüglich des zweiten Punktes kann ich mich viel kürzer fassen, denn einige wesentliche Merkmale des einstigen Zentrumsabgeordneten Krone sind schon angesprochen worden. Das Zentrum war bekanntlich eine Hauptstütze der Weimarer Koalition, und das hieß nicht nur: Koalition mit den Liberalen, sondern ebenso Koalition mit den Sozialdemokraten. Wer in diesem politischen Milieu sozialisiert worden ist, eignet sich nicht zur sterilen Konfrontationspolitik. Die weltanschaulichen Gräben zwischen der antikatholischen, säkularisierten SPD und dem Zentrum waren zwar sehr, sehr tief. Doch in der Sozialpolitik gab es viele Berührungspunkte, auch in jener prekären, vielen im Zentrum und in der SPD damals aber ganz natürlich erscheinenden Kombination des Nationalen mit einer um Ausgleich bemühten Friedenspolitik.

Krone ist in den fünfziger Jahren bald auch zu einer führenden Persönlichkeit der Adenauerschen Koalition geworden, die von dem unbarmherzigen Kanzler immer wieder in heftige Konfrontationen mit der SPD getrieben wurde, während in der großen Volkspartei CDU, beim Umgang mit der CSU und zeitweilig mit FDP und BHE die alten Zentrumskünste des Schnürens von Kompromißpaketen gefragt waren, worin Krone – 1955 bis 1960 Fraktionsvorsitzender – bald exzellierte. Doch sein Tagebuch, dessen erster Band nun vorliegt, beweist, daß er stets zu jenen CDU-Spitzenpolitikern mit einem guten Draht zur SPD gehörte. Wer mit Erich Ollenhauer in kritischer Lage Ende der Weimarer Republik im »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« zusammengearbeitet hat, vergißt das nicht so leicht. Und so war es kein Zufall, daß Krone seit dem Jahr 1961 der Liberalen immer überdrüssiger wurde und in der Großen Koalition eine durchaus denkbare Option gesehen, zeitweilig auch betrieben hat.

Zu dem Weimarer Erbe gehörte übrigens auch eine sentimentale Anhänglichkeit an die alte Reichshauptstadt Berlin. Der Terminus »Weimarer Republik« ist ja durchaus irreführend. Es wäre viel angebrachter, mit Blick auf die Jahre 1919 bis 1933 von der »Berliner Republik« zu sprechen. Zu jener Berliner Republik gehörte aber auch Krone. Wie so viele, die in jungen Jahren in Metropolen gelangen, dort Freunde finden, erste Erfolge haben, auch ihre persönlichen Tragödien erleben, fühlte er sich Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin zutiefst verbunden. Dort besaß er seine politische Verankerung, dort wurde er auch unablässig auf das Leiden und

die Unfreiheit in der Ostzone erinnert, dort atmete er gewissermaßen den Antikommunismus der fünfziger Jahre ein. So war er in der CDU ein sehr gewichtiger Exponent der Berlin-Lobby und der Wiedervereinigungspolitik, allerdings stets gebremst durch Adenauersche Nüchternheit. Er hat zwar auch in Bonn Wurzel geschlagen und mußte erkennen, daß die Bonner Republik seinen Grundüberzeugungen eigentlich eher entsprach als die gescheiterte »Berliner Republik« der Jahre vor 1933. Aber die Prägung durch die jungen Jahre blieb doch.

Nun – drittens – auch ein Wort zum Parlamentarier Krone. Die CDU kennt ja bekanntlich zweierlei Typen von Fraktionsführern: solche, die dem Kanzler – kritisch zwar, doch prinzipiell loyal – den Rücken freihalten und die parlamentarische Arbeit abnehmen, und jene anderen, die nur gerade soviel Loyalität aufbringen, wie dies ihr eigener Ehrgeiz oder – das war bei von Brentano nach 1961 der Fall – ihr eigenes Ressentiment zulassen. Krone gehörte zum ersteren Typus – nicht durchgehend pflegeleicht zwar, aber von niedersächsischer Loyalität. Für Adenauer war das unbezahlbar.

Dies Sich-Begnügen mit dem Amt des Fraktionsvorsitzenden hatte im wesentlichen drei Motive. Das erste war psychologischer Natur: phylogenetisch, wenn ich das einmal so sagen darf, war Adenauer der typische Leitwolf, ein Führungstier, während Krone temperamentsmäßig dazu neigte, sich einem überlegenen politischen Führer unterzuordnen. Der zweite Grund: Krone machte es Spaß, Parlamentarier zu sein, zumal er in den Bonner Jahren nie die Rolle des Hinterbänklers zu spielen hatte. Schon als Fraktionsgeschäftsführer vor 1955 hatte er zur Zeit der Abwesenheit von Brentanos das Fraktionsorchester zu dirigieren, erst recht als Fraktionsvorsitzender zwischen 1955 und 1961. »Seine Aufgabe war es vor allem«, schrieb der scharf beobachtende und scharfzüngige Walter Henkels, »die hitzigen und unbequemen Eiferer zu dämpfen« (das gab es noch häufiger in der damaligen CDU), »die Trägen und Lässigen auf Trab zu bringen« (die gab es gleichfalls) und den Zaghaften Mut zu geben. Das tat er mit der ihm eigenen ruhigen Art. Wer aber Freude an seinem parlamentarischen Amt hat, strebt nicht nach Ministerämtern. Das dritte Motiv für seine Loyalität war die Erkenntnis der Grenzen des eigenen Talents. Das Verwaltungsrecht war ihm fremd. Er besaß keinerlei Erfahrung in der Leitung großer Bürokratien. Auch öffentliche Auftritte waren ihm zuwider, überhaupt die ganze Glamour-Seite eines Ministerlebens. Während der langen Bonner Jahre hat er sich keinen Frack gekauft, und statt sich abends auf Empfängen zu ergehen, zog er es meistens vor, zu Hause Akten durchzuarbeiten oder im Tagebuch einige Denkwürdigkeiten und seine Gedanken dazu festzuhalten.

Wenn ihn daher Adenauer in seiner Not, eine Kanzlerschaft Ludwig Erhards verhindern zu wollen, zwei oder dreimal darauf ansprach, er selbst – Heinrich Krone – könnte und sollte Bundeskanzler werden, ist er

klugerweise nicht darauf eingegangen, obwohl er auch Erhard zum Kanzler für ungeeignet hielt (was ihn aber nicht hinderte, den unklugen und – wie sich zeigte – verhängnisvollen Wunsch der Fraktion bei Adenauer nachhaltig zu vertreten).

Jedenfalls war er weder vom Ehrgeiz getrieben noch vom Willen zur Macht, und so eignete er sich in den letzten Jahren als Fraktionsvorsitzender ganz hervorragend dazu, den Diadochenkampf um die Nachfolge Adenauers hinauszuschieben und nach Kräften zu entschärfen. Die Auseinandersetzungen kamen erst voll zum Ausbruch, als er seine Position an der Fraktionspitze zugunsten eines Sonderministeriums geräumt hatte, dessen Funktion aus Adenauers Sicht darin bestand, sowohl Franz Josef Strauß (solange er noch Verteidigungsminister war) als auch den Außenminister Gerhard Schröder an der vollen Entfaltung zu hindern. Adenauer, ein mitteilvoller Menschenkenner, wußte, daß Krone weder Strauß noch Schröder zugetan war, und sah so eine Möglichkeit, die beiden über den trotz mancher Vorbehalte und Kompromisse doch getreuen Heinrich Krone zu kontrollieren.

Die Bedeutung Heinrich Krones im Zenith der Adenauerjahre und in dessen Spätzeit war also – vierter und letzter Punkt – groß und weitreichend. Zunehmend brachte ihn Adenauer in die Position, als Exponent der immer noch starken katholischen Bataillone in der CDU die weltanschaulich zunehmend heterogene, bald auch zwischen CDU und CSU, ebenso zwischen Atlantikern und Kleineauropern auseinanderstrebende Union auf einer mittleren Linie hinter ihm, dem Kanzler, zu versammeln. Das gelang Krone übrigens auch deshalb, weil ihn mit Staatssekretär Globke, einer anderen Säule der Adenauerschen Kanzlerdemokratie, ein enges Vertrauensverhältnis verband. Mehr und mehr wurde Krone schließlich zum Sachwalter der Parteiräson der Union – in manchem also Wehner zu vergleichen, freilich ohne dessen Abgründigkeit, ohne dessen Ehrgeiz und ohne dessen Streitsucht. Alles in allem war dieser bedächtige Niedersachse in den Adenauerjahren die Inkarnation des alten Zentrums, nunmehr allerdings im Zeichen des Unionsgedankens voll geöffnet für den evangelischen Volksteil, aber immer noch durch feste Glaubensüberzeugungen gekennzeichnet und durch die alte Zentrumstugend des Harmonisierens und Integrierens.

Wer Heinrich Krone so kennenlernen möchte, wie ich ihn eben – sicher nur recht unvollkommen – charakterisiert habe, sei freundlichst aufgefordert, den ersten Band des Tagebuchs Heinrich Krones zu studieren – noch besser nennt man es ein »Erinnerungsjournal«. Es ist von Hans-Otto Kleinmann umsichtig editiert, auch mit einem kundigen Vorwort versehen worden und gewährt sehr aufschlußreiche Einblicke ins Binnenleben der CDU, besonders auf die erste Riege ihrer Repräsentanten, von denen ein halbes Dutzend damals schon mit den Hufen scharfte, um – so die Kräfte und die Aufmerksamkeit des großen Dompteurs Adenauer nachlassen würden –

auszubrechen und die Konkurrenten hinter sich zu lassen. Wer derzeit studiert, was sich zwischen den Enkeln Willy Brandts abspielt, entdeckt beim Studium dieser Eintragungen, deren erster Teil bis 1961 jetzt vorliegt, eine Reihe von Analogien. Bonn bleibt Bonn, und die Berliner Republik auf die wir uns im Kriechgang zubewegen, dürfte sich künftig in dieser Hinsicht nicht anders darstellen.

Doch dieses Tagebuch, das mit einer Eintragung am 1. Januar 1945 beginnt und dessen letzter Eintrag im Jahr 1961 vom 12. November 1961 stammt (34 Jahre ist das nun schon her) – dieses Tagebuch ist viel mehr als eine unschätzbare Quelle zur Adenauer-Ära, überliefert von einem der wichtigsten Repräsentanten dieser Epoche. Es wird zugleich künftig, besser als jede Autobiographie oder Biographie dies könnte, die Erinnerung an Heinrich Krone dauerhaft lebendig halten. Viele Leser werden erst jetzt diesen doch eher verschlossenen Mann voll verstehen, der kompliziert war wie jeder Mensch auf seine Art und Weise kompliziert ist, kompliziert in allen Verästelungen seines Denkens und Fühlens, auch seines Glaubens.

Wer in ruhiger Stunde den ganzen, sehr reichhaltigen Band dieser Tagebuchaufzeichnungen liest, wird feststellen, daß Krone, der vor 100 Jahren ins Leben getreten ist und den wir alle noch in Erinnerung haben wie eine vom Alter zwar gezauste, aber doch ungebrochen ragende Eiche – daß Krone also heute lebendig ist und mit seinen Aufzeichnungen wohl mehr zu packen weiß, als jede Würdigung eines Dritten dies tun könnte.

Denn nichts erweckt bei der politischen Klasse soviel Neugier als das, was Peter Glotz, der zwar nie so einflußreich war wie Heinrich Krone in seinen besten Zeiten, aber den Mächtigen immer nahe, einmal »die Innenansicht der Macht« genannt hat. Doch eröffnet sich hier eben nicht nur »die Innenansicht der Macht«, sondern auch die Innenansicht eines unvergeßlichen Mannes.

Lassen Sie uns zum Schluß nochmals den Blick auf den gesamten Lebensbogen Heinrich Krones richten, der am 1. Dezember 1895 als Sohn eines Arbeiters in Algermissen geboren wurde. Dieser Lebensbogen umspannt fast das ganze 20. Jahrhundert. Mitte der fünfziger Jahre bis in die Anfänge der sechziger Jahre hatte Krone den Höhepunkt seines Einflusses erreicht. Er erlebte auch – durchaus noch einflußreich, wenschon nicht mehr entscheidend – die kritischen Jahre der CDU zwischen 1963 und 1969, dann den Absturz und die lange Oppositionszeit. Als Helmut Kohl 1982 Bundeskanzler wurde, galt der damals 87jährige, fast völlig erblindete Greis schon längst als Nestor der CDU, und dieser sehr beständige Kämpfer für die Wiedervereinigung Deutschlands verstarb am 15. Oktober 1989, etwas mehr als drei Wochen vor dem Fall der Berliner Mauer.

Er stand zwar zeitweilig im ersten Glied, hat aber nie zur obersten Spitze gedrängt. Doch die parlamentarische Demokratie lebt davon, daß sich immer wieder Spitzenparlamentarier finden, die ihren ganzen Ehrgeiz darin setzen,

die Fraktionen und darüber hinaus die Partei zum Dienst am Staat anzuhalten und das Ungestüm der allzu Ehrgeizigen zu bremsen.

So wird man sich vielleicht auch in Zukunft an ihn erinnern, vor allem auch deshalb, weil er ein ganz gerader, unbestechlicher Abgeordneter war. Heute, da der Parlamentarismus in der gesamten westlichen Welt wegen der Raffgier, der Eigennützigkeit und der Volksverachtung mancher Parlamentarier in einen gewissen Mißkredit geraten ist, besteht Anlaß, an das Vorbild Heinrich Krones zu erinnern, den vor langen Jahrzehnten der schon erwähnte Walter Henkels mit wenigen knappen, aber treffenden Adjektiven wie folgt charakterisiert hat: »sauber, anständig, redlich, integer«. So steht er denen in Erinnerung, die ihn kannten, auch mir.

Neubeginn im Bundestag. Zur Stellung und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Spiegel ihrer Akten, 1949-1953

Von Helge Heidemeyer

Seit der Konstituierung moderner Parlamente schließen sich Abgeordnete, die ähnliche politische Vorstellungen vertreten, in Fraktionen zusammen. Mittlerweile haben sich die Fraktionen zu wichtigen Organisationseinheiten innerhalb der Parlamente entwickelt. Im folgenden soll am Beispiel der Unionsfraktion des ersten Deutschen Bundestages (1949-1953) nach der Position der Fraktion im politischen System gefragt werden, um anschließend zu analysieren, ob die überlieferten Aktenbestände die Aufgabenfülle und das politische Gewicht der Fraktion widerspiegeln.

Dabei gilt es, sich die Besonderheiten gerade dieses Beispiels bewußt zu machen. Einmal stellt die 1. Wahlperiode des Bundestages einen außergewöhnlichen Abschnitt der deutschen Parlamentsgeschichte dar: Der Parlamentarismus wurde in diesen Jahren neu aufgebaut. Es gab nur wenige institutionelle Anknüpfungspunkte. Vieles hatte den Charakter des Provisorischen. Und dennoch bewältigte der erste Bundestag ein enormes Arbeitspensum, viele wegweisende Gesetze und Verträge wurden verabschiedet.¹ Die Ergebnisse der Betrachtung gerade dieses Zeitabschnittes sind deshalb nicht ohne weiteres auf die Folgezeit übertragbar. Zum anderen war die CDU/CSU-Fraktion eine der Regierungsfractionen. Oppositionsfractionen haben zum Teil andere Aufgaben, oder die Aufgaben erfahren eine andere Gewichtung. Außerdem stehen Oppositionsfraction und Regierungsfraction in unterschiedlichen Abhängigkeiten. Darauf allgemein einzugehen, erscheint jedoch aufgrund der breiten systematischen Literatur überflüssig.²

¹ Der 1. Bundestag verabschiedete mehr Gesetze als einer seiner Nachfolger (vgl. *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982*, bearb. v. Peter SCHINDLER, Baden-Baden ³1984, S. 681). Erinnerung sei hier an die ersten Verträge, die die Westbindung festigten (Montanunion und Deutschlandvertrag), an die Wirtschaftsgesetzgebung und an die Sozialgesetzgebung, die sich vor allem der Kriegssopfer und Kriegsgeschädigten annehmen mußte.

² Vgl. Herbert BETHIGE, *Fraktion*, in: *Staatslexikon*, Bd. 2, Freiburg 1986; Paul KEVENHÖRSTER, *Fraktion*, in: *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. von Uwe ANDERSEN/Wichard WOYKE, Opladen 1992; Gerald KRETSCHMER, *Fraktionen. Parteien im Parlament* (Wegweiser Parlament), Heidelberg 1984;

1. Die Fraktion als Ort von Entscheidungen in ihren Abhängigkeiten

Zunächst soll eine Konzentration auf die Entscheidungsfunktion innerhalb von Fraktionen erfolgen³ und weitergehend danach gefragt werden, inwieweit Fraktionen ihre Entscheidungen in Konkurrenz zu den anderen politischen Akteuren auch durchsetzen können. Um diese Fragen zu beantworten, wird im folgenden die Binnenstruktur der CDU/CSU-Fraktion im ersten Deutschen Bundestag und ihr Verhältnis zur sie konstituierenden Partei und zur Bundesregierung untersucht.

Fraktionen können sich selbst organisieren. Die dabei entstehende Struktur ist abhängig von der Größe der Fraktionen. Es hat sich jedoch ein Schema herausgebildet, nach dem sich die größeren Fraktionen gliedern – so auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 1949 wählte sie einen Fraktionsvorsitzenden und gab sich einen Fraktionsvorstand, der selbst noch einmal in einen engeren, geschäftsführenden und einen weiteren Vorstand unterteilt ist. Außerdem wird seit 1951 ein parlamentarischer Geschäftsführer bestellt,⁴ der den Fraktionsvorsitzenden bei der politischen Koordination der Fraktionsarbeit unterstützt und organisatorische Aufgaben in der Fraktion wahrnimmt. Offiziell ab 1953 werden in der CDU/CSU-Fraktion Arbeitskreise gebildet, in denen sachlich zusammengefaßt die Beratungsgegenstände behandelt werden. Hinzu kommt die Bestellung von Obleuten unter den Abgeordneten der einzelnen Ausschüsse des Bundestages. Sie nehmen eine doppelte Aufgabe wahr: Sie sollen die Arbeit ihrer Fraktionsmitglieder in dem betreffenden Ausschuß im Sinne der Fraktionsbeschlüsse koordinieren. Daneben sollen sie aber auch den Informationsfluß aus dem Ausschuß in die Fraktion und deren Zentrum gewährleisten. Das Ziel der Fraktionsorganisation ist unschwer zu erkennen: Sie soll den Informationsfluß in die Fraktion optimieren und die Informationen mit dem Fachwissen der Fraktion in der Weise bündeln, daß kompetent und rasch Entscheidungen gefällt werden können.

Die Organisation geht jedoch über diesen Rahmen hinaus. Hier ist besonders an die Bildung von landsmannschaftlichen, konfessionellen oder berufsständischen Gruppen zu denken. So schlossen sich in der ersten Wahlperiode beispielsweise die Abgeordneten aus dem Mittelstand in der CDU/CSU-Fraktion zusammen. Die bekannteste der landsmannschaftlichen

Jürgen JEKEWITZ, *Politische Bedeutung, Rechtsstellung und Verfahren der Bundestagsfraktionen*, in: *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis*, hrsg. von Hans-Peter SCHNEIDER/Wolfgang ZEH, Berlin-New York 1989; und Uwe THAYSEN, *»Fraktionsstaat«: Oder was sonst?*, in: *Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven*, hrsg. von Peter HAUNGS/Eckhard JESSE, Köln 1987.

³ Daneben besitzt sie vor allem noch die Kontrollfunktion gegenüber der Regierung.

⁴ Bis dahin erfüllte hier ein von der Fraktion angestellter sogenannter »politischer Referent« diese Aufgaben.

Organisationen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion ist die Landesgruppe der CSU. Vom Standpunkt der Fraktion aus kann sie trotz ihrer ausgefeilten inneren Organisation durchaus als Landsmannschaft innerhalb der Fraktion aufgefaßt werden.

Konsequenz einer derart ausdifferenzierten inneren Organisation ist, daß innerhalb einer Fraktion verschiedene Kräftezentren entstehen, die sich z.T. in Konkurrenz zueinander befinden. Die Existenz verschiedener Zentren innerhalb der Fraktion läßt die Frage drängender werden, wo denn überwiegend Entscheidungen getroffen werden. Wer hat in der Fraktion die größten Durchsetzungschancen?

Naheliegender ist, daß die Zentralstellen der Fraktion, in denen die Informationen zusammenlaufen, die größten Einflußmöglichkeiten besitzen. Der Fraktionsvorsitzende, Fraktionsvorstand und Geschäftsführer können aufgrund ihrer Position Fragen vorentscheiden und sie der Gesamtfraktion in gefilterter Form zur Abstimmung vorlegen oder den Zeitpunkt bestimmen, zu dem eine Diskussion in der Fraktion stattfindet. Diese Beobachtung⁵ wird durch die Literatur und durch Berichte von Insidern gestützt.⁶ Allerdings darf die Macht des Fraktionsvorstandes nicht überschätzt werden, worauf die zitierten Autoren hinweisen. Sie ist unter anderem auch abhängig vom Führungsstil und der Autorität des Vorsitzenden. Während Adenauer in seiner kurzen Zeit als Fraktionsvorsitzender (1949) die Fraktion eher autoritär führte, befeißigte sich Heinrich von Brentano (1949-1955, 1961-1964) eines kollegialen Stils, der mehr Raum für Diskussionen ließ. Die Fraktion folgt aus pragmatischen Gründen im allgemeinen ihrer Führung, schließlich hat sie ihr selbst das Vertrauen ausgesprochen. Es lassen sich allerdings auch Grenzen der Loyalität aufzeigen, die verdeutlichen, daß sie sich als ganzes durchaus ihres Gewichts bewußt ist und Einspruch erhebt, wenn sie sich allzusehr von ihrer Führung gegängelt oder übergangen fühlt. Es sind aus der CDU/CSU-Fraktion Beispiele bekannt, in denen die Fraktion

5 Im Januar 1953 unterband beispielsweise der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion eine Diskussion über die Behandlung der Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht bezüglich der EVG mit dem Argument, dies sei Sache des Justizministers (vgl. das Protokoll der Fraktionssitzung v. 20. Januar 1953). Eine Edition der Fraktionsprotokolle, vom Autor bearbeitet, wird in Kürze erscheinen.

6 Vgl. Geoffrey PRIDHAM, *Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition, 1945-1976*, London 1977, S. 79; Arnulf BARING, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bd. 28), München-Wien 1969, S. 175, und besonders den Beitrag von Manfred SCHULTE, dem Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion 1967-1974, *Manipulateure am Werk? Zur Funktion von Fraktionsvorständen und der Parlamentarischen Geschäftsführer*, in: Emil HÜBNER/Heinrich OBERREUTER/Heinz RAUSCH, *Der Bundestag von innen gesehen*, München 1969, S. 68-83.

Beschlüsse oder Vorgaben des Vorstandes ignorierte und selbstbewußt eigene Positionen entgegenstellte und durchsetzte.⁷

Neben dem Vorstand gibt es noch andere Gruppen von Abgeordneten, die mit größeren Durchsetzungschancen rechnen können:

Die Meinung von anerkannten *Experten* oder innerhalb der Fraktion gebildeten Expertengruppen kann eine Fraktion nicht ignorieren. So fand im hier behandelten Zeitraum der Rat des Abgeordneten Günter Henle, der ehemals im diplomatischen Dienst stand und nun geschäftsführender Gesellschafter der Klöckner AG war, in außenpolitischen und unternehmerischen Fragen in der CDU/CSU-Fraktion stets Beachtung. Dasselbe gilt für August Neuburger in finanz- und steuerpolitischen Fragen. Die Bedeutung dieser Persönlichkeiten wird auch dadurch hervorgehoben, daß sie die entsprechenden Arbeitsgruppen der Fraktion leiteten oder in ihnen zumindest eine wichtige Rolle spielten und vom Fraktionsvorstand gehört wurden, sofern sie ihm nicht sowieso angehörten wie etwa Neuburger. Daneben spielten sie auch eine führende Rolle in den entsprechenden Ausschüssen des Bundestages. So übernahm der Finanzexperte der Fraktion, Hugo Scharnberg, den Vorsitz im Ausschuß für Geld und Kredit und der Sozialpolitiker Josef Arndgen wurde stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik. Beide gehörten dem Fraktionsvorstand zumindest zeitweise an.

Ebenfalls Beachtung finden die Abgeordneten, die als Vertreter einer bestimmten Gruppe im Bundestag agieren, die *Lobbyisten*. Volksparteien wollen breite Wählerschichten ansprechen und möglichst wenige Gruppen verprellen. Eine breite Gefolgschaft ist deshalb ein Pfund, mit dem sich auch in der Fraktion gut wuchern läßt. Eine Meisterschaft darin entwickelte Linus Kather, der sich unermüdlich für die Vertriebenen in die Bresche warf. Er übernahm auch den Vorsitz des entsprechenden Bundestagsausschusses; ein Sitz im Fraktionsvorstand blieb ihm jedoch versagt. Auf leisere, wenn auch nicht weniger erfolgreiche Art konnte Detlev Struve in der Unionsfraktion die Interessen der Landwirtschaft wahren.⁸ Stets Gehör erhalten die Vertreter großer Gruppen wie der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer, die in den Unionsparteien zum Teil auf eigenständige Vereinigungen wie die Sozialausschüsse zurückgreifen können.

Einfluß nehmen können ebenfalls Fraktionsmitglieder, die einen besonderen Rückhalt in der Partei besitzen, beispielsweise als Vorsitzende eines Landesverbandes, oder ein Amt in der Regierung bekleiden.

Wer sich in einer konkreten Situation durchsetzt, hängt von den Konstellationen und Interessenlagen ab. Insgesamt scheint aber der institutionelle Faktor, eine Position in der Fraktionsführung, gleichmäßigeren Einfluß zu

⁷ Vgl. die Protokolle der CDU/CSU-Fraktionssitzungen vom 1. und 28. Okt. 1952.

⁸ Vgl. Hermann GLÜSING, »Dor warr ik mi um kümmern, Heide 1976, S. 85.

garantieren, da er weniger von konkurrierenden Interessen bestritten wird, als eine herausgehobene persönliche Stellung, wengleich letztere wiederum die Chancen auf einen Platz in der Fraktionsführung erhöht. Vielfältige Gründe können daneben allerdings ein Aufrücken in den Vorstand bewirken. Bei der CDU/CSU-Fraktion gilt es besonders, verschiedene Strukturelemente der Parteianhängerschaft auszubalancieren.⁹

Eine ausdifferenzierte Organisation kann das Auseinanderfallen der Fraktion in konkurrierende Einzelteile bewirken, aber auch integrativ wirken: Abgeordnete mit ähnlichem sozialen Profil oder gleichgerichteten Interessen werden zusammengeführt und erhalten ein Forum, auf dem sie sich artikulieren können. Damit können sie weitgehend an die Fraktion gebunden werden.¹⁰ Bedeutend für den Zusammenhalt einer aus vielen Gruppen bestehenden Fraktion ist weiterhin die Fraktionsdisziplin, die, wie schon Pridham betont,¹¹ auch dann vorhanden ist, wenn dies nach außen hin bestritten wird und nicht formell geregelt ist, denn in der Praxis werden sich die Abgeordneten auch den ungeschriebenen Regeln der Fraktion beugen, um ihren Verbleib in der Fraktion und ihre Wiederwahl nicht zu gefährden.¹² Schließlich ist aber auch jedem Abgeordneten klar, daß die Fraktion nur einigermaßen geschlossen ihre Ziele erreichen und damit die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann. Die Fraktionen der großen Parteien müssen deshalb den Balanceakt schaffen, eine möglichst große Fraktionsdisziplin herzustellen und gleichzeitig die Möglichkeit zu Initiativen von einzelnen Abgeordneten oder Gruppen zu erhalten, wodurch diese ihre Interessen in der Fraktion vertreten sehen und fester an sie gebunden werden.

Als Indikator für die Geschlossenheit der Fraktionen wird üblicherweise das Verhalten der Fraktionen bei namentlichen Abstimmungen im Bundestag herangezogen.¹³ Bei der Analyse dieser Abstimmungsergebnisse läßt sich für die frühen Jahre des Bundestages feststellen, daß in der SPD-Fraktion eine erheblich größere Disziplin herrschte als in der Unionsfraktion.¹⁴ Mit

9 Vgl. Wolfgang SCHROEDER, *Die CDU im Spiegel neuer Studien und alter Quellen*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 1 (1995), S. 122.

10 Vgl. Gerhard SCHULZ, *Die CDU – Merkmale ihres Aufbaus*, in: *Parteien in der Bundesrepublik* (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 6), Stuttgart-Düsseldorf 1955, S. 140.

11 Vgl. G. PRIDHAM (wie Anm. 6), S. 78 f.

12 Nach den Forschungen Saalfelds scheint nonkonformes Verhalten allerdings kein Abschlußgrund für eine Wiederwahl zu sein. Vgl. Thomas SAALFELD, *Parteisoldaten und Rebellen. Eine Untersuchung zur Geschlossenheit der Fraktionen im Deutschen Bundestag (1949-1990)*, Opladen 1995, S. 290-308.

13 Vgl. Heinz MARKMANN, *Das Abstimmungsverhalten der Parteifraktionen in deutschen Parlamenten* (Parteien-Fraktionen-Regierungen. Eine Schriftenreihe für die Wissenschaft von der Politik, Bd. 5), Meisenheim am Glan 1955, und Th. SAALFELD (wie Anm. 12).

14 Vgl. H. MARKMANN (wie Anm. 13), S. 134 f.

ihrem Verzicht auf geschlossenes Auftreten in jedem Einzelfall liefert die CDU/CSU-Fraktion nach außen hin kein monolithisches Bild. Damit erkaufte sie sich jedoch die Integration von vielen unterschiedlichen Teilgruppen. Dennoch wird bei wichtigen Entscheidungen die Fraktionsdisziplin wirksam. So stimmte trotz heftiger Diskussionen und ungeachtet der Informationspolitik der Regierung nur der Abgeordnete Matthias Mehs gegen den Generalvertrag und den EVG-Vertrag.¹⁵ Die Koordinations- und Schlichtungsaufgabe zwischen den einzelnen Gruppen der Fraktion obliegt im Regelfall der Fraktionsführung, was im Ergebnis deren Vormachtstellung stärkt, falls sie die Funktion zur allgemeinen Zufriedenheit ausübt.

Fraktion und Partei sind formell eigenständige Organisationen, hängen faktisch aber in vielfältiger Weise voneinander ab. Zwar beeinflussen die Parteiverbände maßgeblich die Aufstellung der Kandidaten für den Bundestag. Die Fraktionen sind aber kein bloßes Produkt und damit Handlanger der Parteien, sondern entwickeln rasch ein eigenes Bewußtsein und Selbstwertgefühl.¹⁶ Elementar dabei ist die praktische Erfahrung, direkten politischen Einfluß nehmen zu können. Mit ihrer Gestaltungsmöglichkeit macht sich die Fraktion für die Partei unentbehrlich. Nach den Wahlen hat die Partei nur noch begrenzt Einfluß auf die Fraktion. Diese kann politische Entscheidungen treffen und Positionen im Parlament und darüber hinaus besetzen, also Karrierechancen für die Mitglieder der Partei vermitteln. Aufgrund dieser Funktionen in einem festen institutionellen Rahmen kann die Fraktion ein Gegengewicht zur Partei bilden, die bei der politischen Gestaltung auf sie angewiesen ist.

Für die CDU/CSU läßt sich eine starke personelle Verflechtung von Partei und Fraktion feststellen.¹⁷ Insofern verwundert es nicht, daß die Koordinierung zwischen Fraktion und Partei in der ersten Wahlperiode recht reibungslos verlief. Größere Konflikte sind nicht überliefert. Die Eigenständigkeit der Fraktion war dem Anschein nach bei der Union

¹⁵ Vgl. das Abstimmungsergebnis in: *Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte*, 1. Wahlperiode, 255. Sitzung am 19. März 1953, S. 12363 ff.

¹⁶ Vgl. von Brentano vor dem 4. Parteitag der CDU 1953, zitiert in: Ernst DEUERLEIN, *CDU/CSU 1945-1957. Beiträge zur Zeitgeschichte*, Köln 1957, S. 150.

¹⁷ Für die CDU/CSU-Fraktion ergibt sich folgendes Bild: Von den 17 hohen Parteifunktionären (Vorsitzende oder stv. Vorsitzende von Landesverbänden oder CDU-Vereinigungen), die als Abgeordnete in den Bundestag gewählt worden waren, bekleideten allein sieben zumindest zeitweise einen Vorsitzendenposten in der Fraktion, insgesamt zwölf saßen im Fraktionsvorstand. Nur zwei dieser Parteifunktionäre traten nie im Fraktionsvorstand auf. Umgekehrt gehörten vom 1950 gewählten Parteivorstand der CDU, der 26 Personen umfaßte, etwas mehr als die Hälfte, nämlich 14, auch der Fraktion an, darunter die Vorsitzenden Adenauer, Holzapfel und Kaiser. Der Fraktionsvorsitzende erhielt qua Amt eine Stimme im Parteivorstand, aber auch seine Stellvertreter gehörten dem Vorstand an. Insgesamt waren 8 der 14 Fraktionsvertreter im Parteivorstand auch Mitglied des Fraktionsvorstandes.

stark ausgeprägt. Das lag wohl an den Gegebenheiten, unter denen sich die Fraktion konstituierte: 1949 gab es auf christlich-demokratischer Seite keine Bundespartei. Gegenüber den Landes- und Zonenverbänden der Union verfügte die Bundestagsfraktion über ein erhebliches Gewicht und große Freiräume, sofern sie die Parteiverbände angemessen berücksichtigte. Deshalb wurde die CDU/CSU-Fraktion zur Fraktion des institutionalisierten Proporz: Bis in die obersten Ebenen hinein wurde auf ein ausgewogenes Verhältnis im konfessionellen, landsmannschaftlichen und berufsständischen Bereich geachtet.¹⁸ Das Gewicht der Fraktion änderte sich jedoch auch nach der Gründung der Bundespartei 1950 nicht grundlegend, da die Organisation der Partei sich nur langsam entwickelte. Dies wurde von der Fraktion sogar beklagt, da sie sich von dieser Seite Unterstützung erhoffte.¹⁹

Naturgemäß gibt es zwischen Bundesregierung und Regierungsfraktion eine enge Verflechtung, wählt doch der Bundestag den Bundeskanzler. Dabei kann die dominierende Fraktion im Einvernehmen mit den Koalitionsfraktionen den aussichtsreichsten Kandidaten aus ihren eigenen Reihen bestimmen. Im hier behandelten konkreten Fall des ersten Bundeskabinetts waren neben dem Kanzler auch die meisten Minister Mitglied der CDU/CSU-Fraktion.²⁰ Die institutionelle Verflechtung zwischen Mehrheitsfraktion und Regierung ist in weiten Teilen strukturell vorgegeben. Die Regierungsfractionen haben die Politik des Kabinetts zu tragen, sie nach außen zu vertreten und Kritik an ihr aufzufangen. Erfüllt die Fraktion diese Funktion nicht, hat die Regierung ihre Basis verloren.²¹ Das bedeutet für die Fraktion, daß sie in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist: Sie muß bei ihren Äußerungen und Forderungen darauf achten, daß sie realisierbar sind und der Regierungspolitik nicht diametral entgegenstehen. Dennoch dürfte im allgemeinen die Bilanz der Kooperation für die Fraktion positiv ausfallen: Sie kann ihre Interessen mit größter Aussicht auf Durchsetzung einbringen und aus ihren Reihen wichtige Posten besetzen.

18 Vgl. W. SCHIROEDER (wie Anm. 9), S. 122. Mit Kaiser und Albers war fast ununterbrochen ein Vertreter der Arbeitnehmerschaft im Fraktionsvorstand vertreten, seit 1952 mit Schröder ebenfalls ein Exponent des Unternehmerflügels. Die CSU stellte selbstverständlich einen stv. Vorsitzenden (Schäffer, dann Strauß), aber auch alle bislang nicht genannten Fraktionsvorsitzenden nahmen Führungspositionen in großen Landesverbänden ein. Die konfessionelle Zusammensetzung der Fraktionsführung war ausgewogen.

19 Vgl. das Schreiben von Brentanos an Adenauer vom 16. Juni 1951, Bundesarchiv Koblenz (BA), NL 239 (von Brentano)/154.

20 Von den neun CDU/CSU-Ministern waren anfangs vier, nämlich Heinemann, Lukaschek, Niklas und Schubent, nicht Mitglied der Fraktion. Das Verhältnis verbesserte sich noch weiter durch den Eintritt Lehrs für Heinemann und den Gewinn eines Mandats durch Niklas.

21 So ist es der Regierung Schmidt 1982 ergangen.

Im konkreten Fall sah das Verhältnis folgendermaßen aus: Der erste Bundeskanzler traf Entscheidungen nicht mit festen und bestehenden Gremien, also in einem institutionalisierten Rahmen, sondern zog von Fall zu Fall einige wenige, wechselnde Berater hinzu.²² Zu diesem Personenkreis gehörten auch einzelne Abgeordnete, deren Wissen und Urteil er schätzte. Oder er zog sie hinzu, weil er sich ihrer Anhängerschaft in Fraktion oder Partei versichern wollte. Diese Vorgehensweise benachteiligte die Fraktion als Ganzes, indem sie sie von einer kontinuierlichen Einflußnahme abschnitt. Wenn auch von offizieller Seite betont wurde, daß die Zusammenarbeit von Fraktion und Regierung in großer Übereinstimmung verlaufe,²³ läßt sich in der Fraktion doch immer wieder Unmut mit dem Regierungsstil feststellen. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Protokolle der Fraktionssitzungen und Fraktionsvorstandssitzungen die Klage darüber, daß die Fraktion zu wenig oder zu spät an Entscheidungen beteiligt werde.²⁴ Die Fraktion protestierte beim Kanzler und pochte – oft erfolglos – auf ihr Recht auf Mitsprache.²⁵

22 Vgl. insbesondere Jürgen DOMES, *Mehrheitsfraktion und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer* (Politische Forschungen, Bd. 5), Köln-Opladen 1964, S. 162-165, der diesen Kreis untersucht, sowie Jost KÜPPER, *Die Kanzlerdemokratie. Voraussetzungen, Strukturen und Änderungen des Regierungsstiles in der Ära Adenauer* (Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Bd. 79), Frankfurt/Main-Bern-New York 1985, S. 89-121, und G. PRIDHAM (wie Anm. 6), S. 72.

23 Vgl. die Reden des Fraktionsvorsitzenden von Brentano auf den Parteitag der CDU 1951 und 1952. Vgl. *Zweiter Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Karlsruhe, 18.-21. Oktober 1951*, hrsg. v. der CDU Deutschlands, Bonn 1951, S. 47-59, und *Dritter Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Berlin, 17.-19. Oktober 1952*, hrsg. v. der CDU Deutschlands, Bonn 1952, S. 135-137.

24 Vgl. auch Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1981, S. 310 f., und Ernst MÜLLER-HERMANN, *Eines Menschen Weg und Zeit. Ein Politikerleben von 1946 bis 1984*, in: *Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen*, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. 6, Boppard 1989, S. 295.

25 Schon in der Anfangsphase ihrer Arbeit konstituierte die Fraktion einen Ausschuß, der Einfluß auf den personellen Aufbau der Bundesministerien nehmen sollte. Der Kanzler nahm den Ausschuß nach anfänglichen Zusagen, ihn zu berücksichtigen, jedoch nicht weiter zur Kenntnis, worauf er noch im Oktober 1949 seine Arbeit einstellte. Vgl. die entsprechenden Protokolle der Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen vom September und Oktober 1949 sowie Arnulf BARING, *Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949-1964*, Hamburg 1974, S. 36-38, und Udo WENGST, *Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948-1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 74), Düsseldorf 1984, S. 149. Der heftigste Konflikt zwischen Kanzler und Fraktion entbrannte jedoch im Fall des Deutschlandvertrages und des damit gekoppelten EVG-Vertrages. Noch wenige Tage vor der Paraphierung der Verträge kannten weder die Fraktion noch ihr Vorsitzender den Text der Verträge, obwohl von Brentano ihn schon mit deutlichen Worten angemahnt hatte. Hier ging der Fraktionsvorsitzende so weit, dem Kanzler zu erklären, bei dieser

Auch wenn es der CDU/CSU-Fraktion gelang, Druck auf die Regierung oder den Kanzler auszuüben und ihre inhaltlichen Vorstellungen durchzusetzen, so änderten dies nichts daran, daß sie sich in der Regel vom Kanzler übergangen fühlte. Von der Übernahme der politischen Führung²⁶ war die Fraktion in den ersten Jahren der Bundesrepublik weit entfernt. Eigenmächtige Vorstöße gegen den ausdrücklichen Willen der Regierung verliefen oft im Sand,²⁷ und von der Meinung Adenauers abweichende Positionen im personellen und inhaltlichen Bereich konnte die Fraktion selten allein durchsetzen.²⁸

Insgesamt fiel es der Fraktion schwer, sich gegenüber der Regierung zu behaupten. Versuche, die eigene Stärke massiv gegen Kabinettsmitglieder auszuspielen,²⁹ können wohl eher als Rhetorik betrachtet werden, wenn sie auch ein bezeichnendes Licht auf das Selbstbewußtsein der Fraktion werfen. Dem Kanzler gelang es dabei häufig, die Rolle des Schlichters zwischen Kabinett und Fraktion einzunehmen,³⁰ wodurch das Unterordnungsverhältnis zusätzlich betont wurde. Im Ergebnis setzte sich die Fraktion kaum gegen seinen Willen durch, weder initiativ noch in der Bestrebung, von ihm getroffene politische Zielsetzungen abzuändern, sei es, weil sie es nicht

Sachlage könne er die Gefolgschaft der Regierungsfraktion im Bundestag nicht garantieren; vgl. das Schreiben von Brentanos an Adenauer vom 6. Mai 1952, abgedruckt in: BARING, *Bundeskanzler* (siehe oben), S. 97 f., und das Protokoll der Fraktionssitzung vom 2. Mai 1952.

26 Vgl. G. KRETSCHMER (wie Anm. 2), S. 118 f.

27 So im Fall der Mitbestimmung: Die Fraktion brachte zwar zum Ärger des Bundeskanzlers und des Bundesarbeitsministers im Mai 1950 geschlossen einen Antrag zur Mitbestimmung ein, der dann aber bis zur Regelung der Mitbestimmung in der Montanindustrie zurückgestellt wurde. Vgl. A. BARING, *Bundeskanzler* (wie Anm. 25), S. 42-49, sowie *Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951*, bearb. v. Gabriele MÜLLER-LIST (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe, Bd. 1). Düsseldorf 1984, S. XLVII-XLIX, und die entsprechenden Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen von 16. und 17. Mai 1950 und vom 16. März 1951.

28 Die Fraktion konnte Hilpert als Vorstand der Bundesbahn nicht gegen Verkehrsminister Seebohm durchsetzen (vgl. die Behandlung in der Fraktion und deren Vorstand am 6. Nov. 1951, 15. und 17. Januar, 25. März und 1. April 1952), und Neumayer wurde Wohnungsbauminister, obwohl die CDU/CSU-Fraktion Bedenken gegen ihn geltend machte und sich sogar bereits mit Adenauer auf einen anderen Kandidaten, Preusker, geeinigt hatte. Vgl. das Schreiben von Brentanos an Adenauer vom 17. Juli 1952, BA NL 239 (von Brentano)/155. Erfolgreich war die Fraktion beispielsweise bei der Verhinderung der von Adenauer geplanten Umwandlung des Marshallplan-Ministeriums in ein Bundesministerium für europäische Zusammenarbeit, die in der ersten Wahlperiode schließlich ganz unterblieb; vgl. A. BARING, *Bundeskanzler* (wie Anm. 25), S. 108-115.

29 In der Fraktionssitzung am 16. März 1951 entgegnete von Brentano Adenauer auf einen entsprechenden Hinweis, daß die Minister, die den ausgehandelten Kompromiß in der Frage der Mitbestimmung nicht mehr tragen wollten, das Kabinett verlassen mußten.

30 So als die Fraktion mit Minister Seebohm um die Besetzung des Direktorpostens der Deutschen Bundesbahn kämpfte (Schreiben von Brentanos an Adenauer v. 26. März 1952, ACDP VIII-001-292/7).

konnte oder weil sie es der politischen Sache wegen nicht auf einen Konflikt mit Adenauer ankommen lassen wollte.

Das persönliche Verhältnis des Kanzlers zu den führenden Köpfen der Fraktion war einer der Gründe dafür, daß die Fraktion gegen die Unterordnung unter den Willen Adenauers nicht aufbegehrte.³¹ Die gemeinsame Sache und der Erfolg der Regierung, der sich auch in den Wahlergebnissen widerspiegelte, ließen die Fraktion diese Beziehung ertragen. Sie behielt stets den guten Willen zur Zusammenarbeit.³² Nur gelegentlich kam es zu Irritationen, wenn Entscheidungen über die Fraktion hinweg getroffen wurden.

Einen nicht zu unterschätzenden Anteil daran, daß das Einvernehmen zwischen Kanzler und Fraktion trotz der nicht abgestellten Mängel erhalten blieb, ist schließlich sicher auf die Person des Fraktionsvorsitzenden zurückzuführen. Selbst in den Beraterzirkel um Adenauer integriert, fungierte er eher als Mittler zwischen den beiden Sphären denn als leidenschaftlicher Vertreter der Fraktionsinteressen.³³

Die Fraktion allerdings lediglich als Sprachrohr des Bundeskanzlers zu bewerten, geht an den Gegebenheiten vorbei. Wenn auch Adenauer unbestreitbar die Fraktion dominierte, so war sie doch nicht sein willfähiges Instrument. Sie besaß durchaus das Selbstbewußtsein, eigene Positionen zu vertreten. Machtkämpfe bis zum letzten gab es jedoch nicht. Aufgrund vieler Faktoren – dazu gehören persönliche wie seine Autorität – konnte sich Adenauer gewöhnlich durchsetzen und auch über die Fraktion hinweg Entscheidungen treffen. Das hinterließ zwar Mißmut, am Ende aber fanden beide Seiten im Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit doch zueinander.

Die letzten Ausführungen zeigen, wie stark der Handlungsspielraum der Fraktion von persönlichen Beziehungen und dem Gewicht einzelner Protagonisten auf der politischen Bühne beeinflußt werden kann. Der zweite Faktor, der das Erscheinungsbild und die Rolle der Fraktionen im Bundestag entscheidend prägt, ist ihre strukturelle Einbettung in das politische System der Bundesrepublik. Sie erlaubt den anderen politischen Akteuren nicht,

31 Vgl. Eugen GERSTENMAIER, *Adenauer und die Macht*, in: *Konrad Adenauer und seine Zeit*, Bd. 1: *Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, hrsg. v. Dieter BLUMENWITZ/Klaus GOTTO/Hans MAIER/Konrad REPGEN/Hans-Peter SCHWARZ, Stuttgart 1976, S. 47.

32 Am 5. Januar 1953 bat von Brentano den Kanzler höflich, doch eine der nächsten Vorstandssitzungen zu besuchen oder zumindest eine Rücksprache mit dem Fraktionsvorstand zu ermöglichen; BA NL 239 (von Brentano)/155.

33 Vgl. Günter HENLE, *Weggenosse des Jahrhunderts. Als Diplomat, Industrieller, Politiker und Freund der Musik*, Stuttgart 1968, S. 125, und A. BARING, *Außenpolitik* (wie Anm. 6), S. 175 f.

die Fraktion im Prozeß der politischen Entscheidungsfindung zu übergehen. Nur in Zusammenarbeit mit den Fraktionen haben z.B. Gesetzesvorlagen eine Chance auf Durchsetzung. Außerdem stärkt der Akt ihrer Kreation, der freiwillige Zusammenschluß aus freien und allgemeinen Wahlen hervorgegangener Mandatsträger, die Fraktion derart, daß sie auch unter Druck ihre Eigenständigkeit wahren kann. Es ist den Fraktionen aber auch bewußt, daß sie *allein* keine Entscheidungen durchsetzen können. Kompromißbereitschaft ist deshalb immer wieder gefordert. Trotz – oder vielleicht wegen – aller Interdependenzen stellen die Fraktionen im parlamentarischen Leben eine ernstzunehmende politische Kraft dar.

2. Die Fraktionsarbeit im Spiegel der Fraktionsakten

Die Fraktion ist ein wesentlicher Motor der parlamentarischen Arbeit mit verschiedenen inneren Zentren. Trotz vielfältiger Abhängigkeiten besitzt sie ein Eigengewicht, das ihr selbständiges Handeln ermöglicht. Daher ist aus Sicht des Historikers die Frage berechtigt, inwieweit sich die konkrete Arbeit der Fraktion in ihrem Schriftgut niedergeschlagen hat und überliefert ist. Zu fragen ist weiter, inwieweit sich aus den hinterlassenen Akten ein realistisches Bild der Fraktionsarbeit rekonstruieren läßt. Der folgende Überblick über die Materialien der CDU/CSU-Fraktion soll darauf eine Antwort geben. Die Akten der im Mittelpunkt stehenden ersten Wahlperiode werden dabei auch inhaltlich Berücksichtigung finden.

Die Akten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion befinden sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn (Signatur ACDP VIII-001). Die Zugänglichkeit im ACDP ist benutzerfreundlich. Im allgemeinen wird innerhalb der bestehenden allgemeinen Benutzungsfristen von Archivalien großzügig und formlos Einsicht gewährt. Das ist nicht selbstverständlich. So ist die Nutzung der Fraktionsakten im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (ASD) und im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung in München (ACSP) von einer Erlaubnis der Fraktion bzw. Landesgruppe abhängig.

Vor der Beschreibung soll eine Beobachtung erwähnt werden, die sich auf den Bestand insgesamt bezieht: Die Menge des überlieferten Materials nimmt mit den Jahren enorm zu. Gerade aus den Anfangsjahren sind nur spärliche Bestände vorhanden, wofür mehrere Gründe verantwortlich sind: Es gab nur einen rudimentären Apparat für die Fraktion, die meiste Arbeit erledigten die Abgeordneten selbständig. Außerdem gab es keine Stelle, die Altakten aufbewahrt hätte – also wurden sie kurzerhand vernichtet, wenn sie nicht mehr gebraucht wurden und Platz geschaffen werden mußte. Die

Materialfülle wächst mit fortschreitender Zeit und erreicht eine große Dichte ab dem Zeitpunkt, von dem an das Archiv begann, systematisch die Akten der Fraktion zu sammeln.

Als wichtigster Bestandteil der Fraktionsakten müssen die Protokolle der Fraktionssitzungen gelten.³⁴ In den Fraktionssitzungen wird letztlich über die Politik der Fraktion entschieden, hier werden die Entscheidungen über die politischen Linien und tagespolitische Fragen getroffen. Wenn auch andere Gremien und Personen einflußreiche Stellungen einnehmen, so müssen sie sich doch dem Votum der Vollversammlung der Fraktion unterordnen.

Die Erscheinungsform der Protokolle von Fraktionssitzungen ist uneinheitlich und wechselt je nach Bedeutung der in der Sitzung behandelten Themen und nach Stil des Protokollanten erheblich. Zum Teil handelt es sich um magere Ergebnisprotokolle, es gibt aber auch Sitzungen, von denen ausführliche Verlaufsprotokolle angefertigt worden sind, die es erlauben, den Gang der Diskussion detailliert zu verfolgen. Ab dem Ende der sechziger Jahre wechselt der Charakter der Protokolle völlig, denn nun gingen die Fraktionen dazu über, die Sitzungen auf Tonband aufzuzeichnen.

Für die hier betrachtete erste Wahlperiode liegen nur wenige Protokolle von Fraktionssitzungen vor, die den – überaus bedeutsamen – Zeitraum vom Beginn der parlamentarischen Tätigkeit in Bonn bis zum Februar 1950 abdecken. Die folgenden Protokolle bis ins Frühjahr 1954 müssen als verschollen gelten. Sie fehlen in der chronologischen Reihenfolge, und auch intensive Nachforschungen seitens des ACDP konnten keine Informationen über ihren Verbleib hervorbringen. Diese Tatsache wirft ein bezeichnendes Licht auf die Art, wie das Fraktionsbüro selbst mit seinen Altbeständen umgegangen ist, und stellt die Forschung vor große Probleme, die für diese Fehlzeiten auf Ersatzüberlieferungen und Funde von Splintern in anderen Beständen, etwa in Nachlässen, oder auf Presseberichte angewiesen ist.

Die überlieferten Protokolle von Fraktionssitzungen dieses engen Zeitraumes variieren sehr stark in ihrem Umfang. Sie sind zwischen einer und sechzig Schreibmaschinenseiten lang. Je nach Ausführlichkeit erlauben sie gut oder weniger gut, den Gang der Diskussionen nachvollziehen. Den umfangreicheren Niederschriften läßt sich durchaus ein Bild über die Stimmungen innerhalb der Fraktion entnehmen. Im allgemeinen geben allerdings eher die Mitschriften von Sitzungsteilnehmern derartige Stimmungslagen wieder. Geführt wurden die Protokolle vom Sekretär der Fraktion, Armin Hellbach, der von der Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrates übernommen worden war.

34 ACDP VIII-001-1006 ff.

Inhaltlich stehen die Protokolle ganz im Zeichen des Neuaufbaus des parlamentarischen Lebens und des Beginns einer planmäßigen Bundespolitik. Es ging in den Sitzungen zunächst um die Besetzung der Schlüsselpositionen des Staates, d. h. in erster Linie um die Koalitions- und Regierungsbildung und damit im Zusammenhang stehend die Einigung auf einen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. Dabei handelte es sich nicht nur um Personalfragen, die Erörterungen waren gerade in dieser Initialphase stets aufs engste mit prinzipiellen politischen Überlegungen und Grundsatzentscheidungen verbunden. Deshalb gelang es der Fraktion häufig erst nach langen Diskussionen, sich auf eine Entscheidung zu einigen, da sie zudem divergierende Interessen in ihrem Innern ausgleichen mußte. Zu ihrer zweiten Aufgabe gehörte, sich selbst zu organisieren, sich mit den anderen Fraktionen auf die Konstituierung parlamentarischer Gremien zu einigen und diese schließlich zu besetzen. Insbesondere die Auswahl der Mitglieder für die Bundestagsausschüsse nimmt in den Fraktionsprotokollen großen Raum ein. Weiter beschäftigte die Fraktion zu Anfang der Wahlperiode und in ihrem weiteren Verlauf immer wieder die Zusammensetzung des Vorstandes sowie die Schaffung einer Arbeitsordnung und verschiedenster Arbeitsgremien.

Die Fraktion hatte aber nicht die Muße, sich zunächst auf die organisatorischen Fragen zu konzentrieren. Es standen sogleich gewichtige politische Fragen im Raum, zu denen Positionen erarbeitet werden mußten. In der Innenpolitik mußte beispielsweise entschieden werden, ob Bonn oder Frankfurt Regierungssitz werden sollte – eine Entscheidung, bei der aus regionalen Interessen ein einheitliches Votum der Fraktion nur schwerlich zu erwarten war. Auch die Positionierung der Bundesrepublik gegenüber den Alliierten stand bereits im November 1949 auf der Tagesordnung der Fraktion, als Adenauer mit den Hohen Kommissaren das Petersberger Abkommen verhandelte. Bei diesem Thema kam es zu den ersten erheblichen Auseinandersetzungen mit der SPD, was die Fraktion nicht nur beschäftigte, sondern auch im Zusammenhalt bestärkte.

Ergänzt werden die Protokolle der Fraktionssitzungen durch Niederschriften von Sitzungen des Fraktionsvorstands, der die Arbeit großer Fraktionen organisiert.³⁵ Sie liegen für die erste Wahlperiode in der Form von Ergebnisprotokollen durchgängig vor. Nur in Ausnahmefällen lassen sich daraus Rückschlüsse auf gegensätzliche Meinungen oder kontroverse Diskussionen ziehen. Das ist für den Historiker gerade bei der Bedeutung, die dem Fraktionsvorstand als Leitungsgremium zukommt, bedauerlich, da hier auch versucht wurde, innere Divergenzen frühzeitig aus dem Weg zu

35 ACDP VIII-001-1501 ff.

räumen. Aber für den zeitgenössischen Bedarf, Entscheidungen nachprüfbar festzuhalten, war diese Art der Protokollierung ausreichend.

Der Fraktionsvorstand tagte häufiger als die Gesamtfraktion und traf sich regelmäßig vor dem Fraktionsplenum. Er organisierte die Arbeit der Fraktion und traf insbesondere die Vorentscheidungen über die Tagesordnungen der Fraktionsvollversammlungen. Alle von der Fraktion oder einzelnen Fraktionsmitgliedern vorbereiteten Anträge mußten laut Arbeitsordnung der Fraktion zunächst im Fraktionsvorstand beraten werden. Somit durchliefen ihn alle relevanten Tagesordnungspunkte, die, wenn hier eine Haltung eindeutig vorherrschte, die Gesamtfraktion nicht mehr unbedingt beschäftigten. Somit besaß der Vorstand die Möglichkeit, die Informationen zu filtern, die die Fraktion erreichten.

Inhaltlich beschäftigte sich insbesondere der Fraktionsvorstand mit der gesamten Palette der in der Fraktion zu behandelnden Themen. Zu den anstehenden Fragen zog er häufig die Experten der Fraktion hinzu, damit ihr Sachverstand berücksichtigt werden konnte. An den meisten Sitzungen des Fraktionsvorstandes nahmen auch Gäste teil. Leider steht die zeitliche Dauer der einzelnen Fraktionsvorstandssitzungen in einem krassen Mißverhältnis zur Länge der Protokolle, die zwei Schreibmaschinenseiten selten übersteigt, auch wenn der Vorstand viele Stunden tagte.

Für die späteren Jahre liegen als dritte Protokollgruppe die Mitschriften der Sitzungen von in der Fraktion gebildeten Arbeitskreisen vor, die ab 1953 offiziell bestehen. In ihnen wird die Beratung der im Bundestag zur Diskussion stehenden Punkte nach Politikfeldern geordnet wiedergegeben.

Neben dem zentralen Bestand der Protokolle von verschiedenen Gremien der Fraktion liegt im ACDP eine Fülle von Sachakten und Korrespondenzen zur Fraktion vor. Sie sind nach verschiedenen Ordnungsprinzipien abgelegt und zusammengefaßt. Im folgenden wird versucht, einen systematischen Überblick zu geben.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind hier zunächst die Bestände, die sich mit der Organisation der Fraktion selbst befassen. Die Materialien des Fraktionsbüros sind für die CDU/CSU-Fraktion im allgemeinen allerdings erst ab dem Jahr 1977 erhalten. Ältere Bestände liegen lediglich für die Finanzierung der Fraktion, ihre Arbeitsorganisation, ihre Personalentscheidungen bei der Besetzung von Gremien inner- und außerhalb des Bundestages sowie zur Strukturierung der Fraktion vor. Gerade letzteres ist für die weitere Nutzung der Fraktionsakten vorteilhaft, da die Sachakten entweder nach der strukturellen Untergliederung der Fraktion oder in wenigen Fällen nach der Gliederung des Bundestages geordnet sind. Deshalb ist es wichtig, über die Organisation der Fraktion orientiert zu sein und auch besonders Umorganisationen der Fraktionsarbeit, wie sie bei der CDU/CSU-Fraktion 1969 und 1980 stattgefunden haben, nachvollziehen zu können.

Sehr schmal ist in diesem Bereich die Überlieferung für die erste Wahlperiode. Hier haben nur zwei Auflistungen die Jahre überdauert, eine mit biographischen Angaben zu den Abgeordneten und eine zum Abstimmungsverhalten der Fraktion bei namentlichen Abstimmungen in der ersten Wahlperiode.³⁶ Zur Organisation der Fraktionsarbeit liegt nur ein Schreiben vor, das im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer Arbeitsordnung für die Fraktion steht. Die Arbeitsordnung selbst muß anderen Beständen entnommen werden.³⁷

Einen großen Teil des Fraktionsbestandes im Archiv für Christlich-Demokratische Politik macht die allgemeine Korrespondenz aus. Auch für diese Materialien gilt das Problem, daß die Altbestände sehr lückenhaft sind. Erst ab 1963 liegt der Schriftverkehr vollständig vor. Ohne Unterbrechung haben sich die Posteingangsbücher der Fraktion erhalten,³⁸ die für die meisten Nutzer der Akten uninteressant sein dürften, da aus ihnen nicht der Inhalt der Korrespondenz ersichtlich wird. Für manche Fragestellung, insbesondere für quantitative Auswertungen, können sie aber durchaus von Wert sein. Der umfangreiche Schriftwechsel verschafft, auch ohne daß der Schriftverkehr selbst vorliegt, einen Überblick, welche Verbindungen aus der Fraktion heraus bestanden und eventuell, wie sie genutzt wurden. Neben personellen Verschränkungen, die zu einem Teil bereits in den Personalentscheidungen betreffenden Unterlagen der Fraktionsorganisation ihren Niederschlag gefunden haben, wird so das Netz von formellen und informellen Beziehungen innerhalb der Fraktion, zu den Koalitionspartnern, zu den anderen Fraktionen des Bundestages, aber auch zur Partei und zu den verschiedensten Verbänden sichtbar. Die Korrespondenz erlangt damit einen Stellenwert unabhängig vom sachlichen Bezug, da Verbindungen aus der Fraktion heraus deutlich werden, die ihr nicht nur mehr Zugriff auf Informationen versprochen, sondern auch ihre Durchsetzungschancen im politischen Prozeß erhöhen konnten.

Diese Bemerkung zum Stellenwert des Schriftwechsels gilt nicht nur für den Bestand der Korrespondenz selbst, sondern auch für den zweiten größeren Bereich der Fraktionsmaterialien, die thematisch geordneten Bestände. Denn diese setzen sich vorwiegend auch aus dem Schriftwechsel zu den verschiedenen Betreffenden zusammen. Die sachbezogenen Akten lassen sich nach drei Gruppen gliedern: 1. Akten, die nach Tätigkeiten oder Struktur der Fraktion zusammengefaßt sind, die sich also auf technische Aufgabengebiete oder bestimmte Organe der Fraktion beziehen; 2. Akten des

36 ACDP VIII-001-043/1 bzw. 373.

37 Die Arbeitsordnung wurde in der Fraktionssitzung am 12. Dezember 1950 angenommen. Sie ist erhalten im Nachlaß Henle, BA NL 384/71.

38 ACDP VIII-001-225/6.

institutionellen Bestandes, der nach Organisationen, mit denen die Fraktion in engem Kontakt stand, geordnet ist, und 3. die Gruppe der rein nach dem Betreff abgelegten Materialien.

1. Zur ersten Gruppe zählen Bestände, die sich auf die unterschiedlichsten Bereiche der Fraktionstätigkeiten beziehen. Dabei stehen auch die technischen Aufgaben im Mittelpunkt. Es geht z. B. um die Betreuung von Besuchergruppen, die Vorbereitung von Veranstaltungen und Auslandsreisen der Abgeordneten sowie um die Materialien eines in den 70er Jahren tätigen Planungsstabes der Fraktion, also eher um technische Fragen. Die frühesten Überlieferungen aus diesem Bereich datieren allerdings erst von 1954. Dem Aspekt der Öffentlichkeitsarbeit ist weitergehend vor allem der Bestand zum Pressereferat der Fraktion gewidmet. Über die Einrichtung eines Pressereferates der Fraktion wurde schon im September 1949 diskutiert,³⁹ geschaffen wurde es schließlich im Mai 1951.⁴⁰ Zur Frühzeit ist aber auch in diesem Bestand kaum etwas erhalten. Es findet sich nur eine Presseerklärung Johannes Semlers zur Wirtschaftspolitik von 1951 und eine Erklärung von Ernst Müller-Hermann vom Dezember 1952, in der er seine Bedenken gegen den Deutschland- und den EVG-Vertrag äußert.⁴¹

Die Materialien des Pressereferates bilden den ersten nach Institutionen der Fraktion geordneten Aktenbestand und den einzigen, in dem sich Schriftstücke aus der ersten Wahlperiode erhalten haben. Als bedeutendster Institutionenbestand sind die Akten der 1953 eingerichteten Arbeitskreise zu nennen, in denen die wichtigsten Unterlagen zu den betreffenden Themenfeldern (1953-1961: I: Allgemeine und Rechtsfragen, II: Wirtschafts- und Landwirtschaftsfragen, III: Finanz- und Steuerfragen, IV: Sozialfragen, V: Auswärtige und Verteidigungsfragen) zusammengefaßt sind. Es handelt sich dabei um Materialien und Ausarbeitungen, die die Entscheidungen von Arbeitskreisen und zugehörige Korrespondenz, die insbesondere die Informationsbeschaffung und Versuche der Einflußnahme von außen verdeutlicht. Aber auch kleinere Fraktionsgremien haben einen schriftlichen Niederschlag hinterlassen. Hier sind das Europabüro sowie das Frauenreferat der Fraktion zu erwähnen. Die Bestände des Fraktionsvorsitzenden und des Geschäftsführers der Fraktion können ebenfalls hier subsumiert werden, sollen jedoch wegen ihrer Bedeutung weiter unten gesondert behandelt werden.

2. Der Bestand, der sich auf Gremien und Institutionen bezieht, mit denen die Bundestagsfraktion im Austausch stand, ist heterogen. Gerade

39 Vgl. das Protokoll der Fraktionssitzung v. 17. September 1949, abgedruckt in: *Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949*, bearb. von Udo WENGST (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe, Bd. 3), Düsseldorf 1985, S. 442.

40 Vgl. das Protokoll der Fraktionsvorstandssitzung am 21. Mai 1951, TOP 3.

41 ACDP VIII-001-471/3.

in diesem Bereich werden jedoch Verzahnungen und Kontakte auf hoher politischer Ebene besonders deutlich. Erneut handelt es sich bei dieser Überlieferung größtenteils um Korrespondenzen. Zunächst liegt der Schriftverkehr der Fraktion mit den anderen Fraktionen des Bundestages vor, der sich zum Teil auch auf die hinter den Fraktionen stehenden Parteien erstreckt. Ein eigener Bereich beschäftigt sich mit den Koalitionsverhandlungen von 1962, die sich als überaus schwierig erwiesen. Für die erste Legislaturperiode liegt in diesem Bestand auch ein Faszikel vor, der die Korrespondenz der Bundestagsfraktion mit einem Koalitionspartner in der Regierung, der Fraktion der Deutschen Partei, umfaßt. Sie beschäftigt sich einerseits mit technischen Details, die geklärt werden mußten, beispielsweise der Absprache von Ausschußbesetzungen. Andererseits enthalten sie Beschwerden unterschiedlichster Art, die die CDU/CSU gegenüber der DP etwa in bezug auf Äußerungen von DP-Fraktionsmitgliedern oder in bezug auf die Zusammenarbeit vorbrachte. Einen Austausch über im Bundestag anstehende Sachfragen sucht man hier ebenso vergeblich wie Hinweise oder gar Berichte von interfraktionellen Sitzungen, in denen wichtige Fragen im Koalitionskreis vorentschieden wurden, die also von enormer Bedeutung waren, aber nur äußerst spärlich dokumentiert sind.⁴²

Sodann gibt es einen Bereich von Akten, der sich auf die Organe des Bundestages, seine Organisation, die Ausschüsse sowie den Bundestagspräsidenten bezieht. Wie üblich fällt auch hier die Bilanz für unser Fallbeispiel mager aus. Für die Jahre 1949-1953 existiert nur ein Bestand zum Ältestenrat, in dem seine Sitzungsprotokolle unvollständig gesammelt sind.⁴³

Die Fraktionsakten enthalten jedoch nicht nur Bestände zu den Organen des Bundestages, sondern auch zu anderen Bundesorganen. So findet sich Material (vorwiegend Korrespondenz) zu den einzelnen Bundesministerien, zum Kanzleramt, zum Präsidialamt, zum Bundespresseamt, zum Bundesverfassungsgericht und zum Bundesrat, das jeweils die direkten Kontakte der Fraktion erhellt. Die Überlieferung setzt hier üblicherweise Mitte bis Ende der 50er Jahre ein. In die erste Wahlperiode zurück reicht einmal ein Schriftwechsel mit dem Kanzleramt zum aufgedeckten Dokumentendiebstahl aus dieser Behörde im Jahr 1951, zu dem die Unionsfraktion im Bundestag auch einen Untersuchungsausschuß beantragte.⁴⁴ Außerdem findet sich eine solche frühe Akte zum Bundesverfassungsgericht. Sie beschäftigt sich mit zwei Themenbereichen. Einmal enthält sie den Schriftwechsel zur Auswahl und Einsetzung von Richtern des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 1951, einschließlich der überaus kritischen Kommentierung der

42 ACDP VIII-001-418/1.

43 ACDP VIII-001-479/1.

44 ACDP VIII-001-292/8.

Besetzung des Präsidentenamtes mit Hermann Höpker Aschoff. Sodann sind hier die Klageschriften von Mitgliedern der Bundestagsfraktion an das Bundesverfassungsgericht zum Deutschland- und EVG-Vertrag von 1952 archiviert, bereichert um Darlegungen führender Juristen der Fraktion und Korrespondenz dazu aus den Jahren 1952 und 1953.⁴⁵

Ein Teil der Fraktionsakten ist auch dem Verkehr zwischen der Bundestagsfraktion und der CDU-Bundespartei gewidmet. Zu hohe Erwartungen, was die thematische Vielfalt angeht, sind diesem Bestand gegenüber verfehlt, die vorhandenen Materialien verdeutlichen aber das Bemühen von beiden Seiten um eine inhaltliche Koordination. Die Überlieferung setzt erst 1959 ein. Aufschlußreiches Material über die Verzahnung von Partei und Fraktion muß für die ersten beiden Wahlperioden anderen Beständen entnommen werden. Gerade die gegenseitige Beeinflussung dieser beiden politischen Gruppierungen ist für das Verstehen der Geschichte der Fraktion aber unentbehrlich.

3. Der rein nach dem Sachprinzip geordnete Aktenbestand setzt erst spärlich mit der ersten Wahlperiode ein. Nur wenige Bände, so der zum Bundesnotenbankgesetz⁴⁶ und eine Sammlung von Geschäftsberichten der Deutschen Bundesbahn,⁴⁷ reichen in die Anfangsjahre der Bundesrepublik zurück. Das liegt einmal an der lückenhaften Überlieferung der Akten überhaupt, zum anderen aber auch daran, daß aufgrund einer noch wenig ausdifferenzierten Organisation des Fraktionsbüros auch Sachakten dem Bestand der leitenden Persönlichkeiten, dem Fraktionsvorsitzenden und dem Geschäftsführer, zugeordnet blieben.

Aufgrund ihrer zentralen Stellung innerhalb der Fraktion stellen die Bestände der Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsgeschäftsführer einen Lichtblick im undurchsichtigen Gewirr von Kontakten und Entscheidungsvorbereitungen dar. Hier liefen die Fäden zusammen, die meisten Angelegenheiten gingen über deren Schreibtische. Da von beiden seit Beginn ihrer Tätigkeit (Heinrich von Brentano war seit 1949 Vorsitzender, Heinrich Krone wurde 1951 der erste Geschäftsführer der Fraktion) zumeist wenigstens ein Teil des Schriftverkehrs erhalten ist, lassen sich anhand dieser Akten bei systematischer Auswertung die Verbindungen der Fraktionsspitze ermitteln. Dabei darf hier wie allgemein im Zeitalter der Telekommunikation nicht vergessen werden, daß gerade bei informellen Kontakten das Telefon eine große Rolle spielt und der schriftliche Niederschlag nur einen Teil der Außenverbindungen widerspiegelt.

45 ACDP VIII-001-284/4.

46 ACDP VIII-001-292/5.

47 ACDP VIII-001-292/6.

Der Schriftwechsel von Brentanos ist ab 1953 erhalten, der Krones setzt 1952 ein. Er ist thematisch sehr weit gespannt und besteht zu einem großen Teil aus Eingaben an die Fraktion von Verbänden oder Einzelpersonen, die insbesondere zur Beratung anstehende Gesetzesvorhaben in ihrem Sinn beeinflussen wollten.

Wie bereits angedeutet, umfaßt der Bestand des Fraktionsvorsitzenden gerade für die Frühzeit auch Sachakten. Es handelt sich hierbei um Themen, die auch innerhalb der Fraktion für große Spannungen sorgten und bei denen die Fraktionsspitze einen Ausgleich vermitteln mußte, wie bei der Entscheidung über den Bundessitz⁴⁸ und die Bildung des Südweststaates.⁴⁹ Außerdem ist der energische Einsatz des Fraktionsvorsitzenden für eine Personalentscheidung im Sinne der Fraktion gegen die Bestrebungen der Regierung bei der Besetzung des Verwaltungsrates der Bundesbahn dokumentiert.⁵⁰

Die Beschreibung des Bestands der Akten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Archiv für Christlich-Demokratische Politik verdeutlicht zweierlei. Einmal dokumentieren die Materialien das Bemühen, Informationen und Sachverstand zusammenzutragen und Interessenlagen zu eruieren und an die Stellen zu vermitteln, bei denen schließlich Entscheidungen getroffen und politische Linien festgelegt werden. Seltener läßt sich der auf die Entscheidung folgende Akt nachvollziehen, wie die Fraktion in der parlamentarischen Arbeit oder außerhalb des Bundestages versuchte, ihre Beschlüsse durchzusetzen. Ein Gegenbeispiel ist allerdings bereits angesprochen worden: Es ist dokumentiert, wie die CDU/CSU-Fraktion 1952 vergeblich versuchte, ihrem Vorschlag für den Vorstand der Deutschen Bundesbahn Geltung zu verschaffen.⁵¹

Die Bedeutung der Bestände von Fraktionsvorsitzendem und Geschäftsführer unterstreicht aufs neue das Gewicht von Persönlichkeiten und persönlichen Verbindungen für die Fraktion. Aufgrund der geringen Dichte der Fraktionsakten gerade für die Anfangsphase der Arbeit im Deutschen Bundestag ergibt sich deshalb die Notwendigkeit, die Nachlässe der führenden Männer und Frauen der Fraktion, aber auch ihrer wichtigsten Gesprächspartner in Partei und Regierung zu betrachten, um ein zutreffendes Bild der Fraktionsarbeit zeichnen zu können.⁵² Augenfällig wird das für die erste Wahlperiode bei der Person des Fraktionsvorsitzenden. Zwar finden sich im Bestand der CDU/CSU-Fraktion einzelne Schreiben von Brentanos,

48 ACDP VIII-001-292/4.

49 ACDP VIII-001-303/3.

50 ACDP VIII-001-292/7.

51 Vgl. ebd.

52 Auf die große Bedeutung der Nachlässe hat Buchstab bereits hingewiesen. Vgl. Günter BUCHSTAB, *Parteiarchive in Europa I: Grundsätzliche Überlegungen*, in: *Historisch Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 215-221, hier S. 217 f.

einen zusammenhängenden Schriftverkehr aber mit dem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Adenauer, also der wichtigsten Außenverbindung für ihn und die Fraktion, sucht man hier vergebens. Er ist dennoch erhalten, befindet sich jedoch in den privaten Nachlässen von Brentanos und Adenauers.

Für die CDU/CSU-Fraktion der ersten Wahlperiode ist daneben der Nachlaß von Günther Henle im Bundesarchiv (NL 384) außerordentlich aufschlußreich. Henles eigener Registratur bei der Firma Klöckner ist es zu danken, daß alle Rundschreiben der Fraktion und die alltägliche Arbeit des Fraktionsbüros einen dauerhaften Niederschlag gefunden haben. Eingespannt zwischen hauptberuflicher Tätigkeit und Mandat unterhielt er einen umfangreichen Schriftverkehr mit dem Büro. Der Nachlaß zeigt außerdem, wie von Brentano versucht, das Fachwissen dieses Experten für die Fraktion nutzbar zu machen und ihn in die Führungssequipe einzubeziehen, was nur formlos gelang, denn allen Ämtern entzog sich Henle mit der Berufung auf seine berufliche Inanspruchnahme.

Aufgrund der Position der Fraktionen als konstitutivem Element im politischen System der Bundesrepublik stellen ihre Materialien einen wichtigen Bestand dar, der hilft, Hintergründe der Politik transparenter zu machen. Eine abgerundete Vorstellung der Fraktionsarbeit läßt sich daraus aber nicht gewinnen, insbesondere nicht für die frühen Jahre der Bonner Republik. Verhältnismäßig gut dokumentiert sind die Entscheidungen und die Organisation der Fraktionen. Probleme bereiten die Bereiche Willensbildung oder Entscheidungsvorbereitung sowie die persönlichen Beziehungen im Innern und nach außen. Gerade Verhandlungen im Koalitions- oder interfraktionellen Rahmen sind so gut wie nicht dokumentiert. Ein vollständigeres Bild der Arbeit von Fraktion und der Fraktionsorganisation läßt sich nur mit Hilfe weiterer Quellenbestände ermitteln. Hier ist in erster Linie an die Nachlässe der Abgeordneten und ihrer Kontaktpersonen in Regierung und Parteien zu denken.

Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1990

Neuere Literatur (1990-1996)

Von Manfred Agethen

Nachdem die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) am 10. Juni 1945 mit ihrem »Befehl Nr. 2« die Bildung »antifaschistischer Parteien« und »freier Gewerkschaften« in ihrem Besatzungsgebiet gestattet hatte, trat die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDUD, später meist nur CDU) am 26. Juni mit ihrem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit. Bereits am 11. Juni war die (Neu-)Gründung der KPD, am 15. Juni die der SPD erfolgt; am 5. Juli konstituierte sich die Liberal-Demokratische Partei (LDP, seit 1951 LDPD). Diese vier Parteien schlossen sich bereits am 14. Juli 1945 zu einer »Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien« zusammen. In diese – seit Juni 1949 nannte sie sich »Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen« – wurden 1948 auf Drängen der SED auch die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) aufgenommen, die im selben Jahr auf Betreiben der Einheitspartei gegründet worden waren. Auch die ursprünglich als überparteiliche Verbände entstandenen, aber rasch von der SED dominierten Massenorganisationen wurden seit 1947 als mit den Parteien gleichberechtigte Glieder in den »Block« einbezogen. Die Gründung der zwei neuen Parteien und die Instrumentalisierung der Massenorganisationen waren von SMAD und SED primär zur Schwächung und politischen Domestizierung der »bürgerlichen« Parteien CDU und LDP gedacht. Tatsächlich gelang es den Kommunisten in den Jahren 1948 bis 1952, ihnen mißliebigen politischen Kräften, die an parlamentarisch-demokratischen Verfahren oder auch an christlichen Überzeugungen festhalten wollten, durch physischen und psychischen Druck und durch taktische Finessen ihren politischen Willen aufzuzwingen. Die vier »kleineren« Blockparteien und die Massenorganisationen waren in der Folgezeit (und blieben es bis zum Ende der DDR) weitgehend unselbständige Hilfsorgane der SED, die nach außen hin demokratische Verhältnisse vorgaukeln; die kommunistische Einparteienherrschaft kaschieren und als Transmissionsriemen der »führenden Partei« deren politisch-ideologische Vorgaben an die verschiedenen Bevölkerungsgruppen vermitteln sollten.

Als Kernstück des politischen Systems der DDR hat das »sozialistische Mehrparteiensystem« nach der deutschen Wiedervereinigung und der damit

verbundenen Öffnung der Archive das besondere Interesse der Forschung gefunden. Nach der SED gilt dies vor allem für die CDU. Sie war die größte unter den kleineren Blockparteien, die zusammen knapp 500.000 Mitglieder hatten,¹ genoss unter diesen eine bevorzugte Stellung hinsichtlich ihrer Funktionen im Staats- und Wirtschaftsapparat,² vertrat als einzige eine offiziell von der atheistischen SED abweichende Weltanschauung, und sie spielte wegen ihres Bemühens um die christlichen Bevölkerungskreise eine – zumindest zeitweilig – wichtige Rolle in dem für das Gesamterscheinungsbild der DDR wichtigen Staat/Kirche-Verhältnis. Außerdem ist die Aktenlage günstig: Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in Sankt Augustin ist das ehemalige zentrale Parteiarchiv der Ost-CDU vollständig erhalten, dazu die Bestände der Bezirksverbände und – z. T. lückenhaft – der Kreisverbände der Partei.³ Die Akten sind Eigentum der mit Erlaß des Bundesministers des Innern vom 6. April 1992 eingerichteten »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« im Bundesarchiv (SAPMO-BArch). Wie für alle in diese Stiftung eingebrachten Bestände ist auch für die der Ost-CDU die sonst übliche Sperrfrist von 30 Jahren – außer bei datenschutzrelevanten personenbezogenen Akten – aufgehoben. Die Materialien sind also der Forschung zugänglich.

Eine zusammenfassende, monographische Darstellung zur Geschichte der CDU in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1990 ist bislang nicht erschienen.⁴ Noch sind die einschlägigen Akten nicht vollständig erschlossen,⁵ noch

1 Im September 1989 hatte die Ost-CDU 134.500 Mitglieder. Umfassende Angaben zur Mitgliederstärke und zur sozialstatistischen Entwicklung der Partei zwischen 1945 und 1989 in einem Kompendium, das der Ost-CDU-Parteivorstand im Sommer 1990 erarbeiten ließ. Es befindet sich unter der Signatur VII-011-3857 im Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP). Die DBD hatte zum selben Zeitpunkt 125.000, die LDPD 113.000, die NDPD 112.000 Mitglieder.

2 Vgl. Peter Joachim LAPP, *Die »befreundeten Parteien« der SED. DDR-Blockparteien heute*, Köln 1988, S. 78-84.

3 Manfred AGETHEN, *Die Akten der Ost-CDU und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Eine Bestandsbeschreibung*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 2 (1995), S. 309-311.

4 Gute Ansätze auf breiter Quellengrundlage bei Markus KIEFER, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der ehemaligen DDR: Struktur, Programm und Politik einer Blockpartei, 1949 bis 1989*, ungedruckte Magisterarbeit an der Philos. Fakultät der Universität des Saarlandes, 1993. Vgl. auch den Überblick bei Manfred AGETHEN, *Die CDU in der DDR*, in: *Kleine Geschichte der CDU*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Stuttgart 1995, S. 201-249, und die knappe Skizze bei Stephan ZEIDLER, *Entstehung und Entwicklung der Ost-CDU 1945-1989. Zum Wandlungs- und Gleichschaltungsprozeß einer Blockpartei*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«*, B 16-17/96, 12. April 1996, S. 22-30.

5 Neben denen im ACDP kommen vor allem die der Abteilung »Befreundete Organisationen« beim ZK der SED in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) in Frage sowie auch die archivalisch noch kaum

fehlt es an Vorarbeiten, insbesondere an Einzelstudien zu spezifischen Zeitabschnitten oder Feldern der Parteiarbeit.

Die seit 1990 erschienenen Arbeiten zur DDR-CDU konzentrieren sich im wesentlichen auf vier Themenbereiche, die im folgenden behandelt werden sollen:

1. Auf die Anfänge der Partei in der SBZ und den Prozeß der Gleichschaltung mit dem politischen Willen der SED
2. Auf das Verhältnis zur SED sowie auf Rolle und Funktion im »sozialistischen Mehrparteiensystem«
3. Auf die Rolle der CDU im Staat/Kirche-Verhältnis in der DDR
4. Auf den inneren Transformationsprozeß der Partei im Zuge der »Wende« in der DDR

1. Die Anfänge der CDU in der SBZ und der Prozeß der Gleichschaltung mit dem politischen Willen der SED

Michael Richter hat in seiner von Alexander Fischer betreuten Bonner Dissertation die frühen Jahre der CDU in der SBZ/DDR als ein Ringen um den Erhalt christlicher, demokratischer und gesamtdeutscher Optionen gegen den Gleichschaltungsdruck von SMAD und SED gekennzeichnet.⁶ Beide wollten in einem »antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungsprozeß« das stalinistische Grundmodell von Sozialismus auf einen Teil Deutschlands übertragen.⁷ Mit massiven Behinderungen wurden die nichtkommunistischen Parteien CDU und LDP, die mit ihren für die SED unerwarteten Erfolgen bei den Landtagswahlen im Oktober 1946 deren Führungsanspruch

aufbereiteten Akten der MfS-Hauptabteilung XX/1, die zur Sicherung des Staatsapparates auch die Blockparteien zu beobachten hatte.

6 Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 19), 2. korrig. Aufl., Düsseldorf 1991. Vgl. auch Siegfried SUCKUT, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU(D))*, in: *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, hrsg. von Martin BROZAT und Hermann WEBER, München 1990, S. 515-543.

7 Zur SMAD vgl. Jan FOITZIK, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland*, in: *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 6), S. 7-69. Neuerdings: Stefan CREUZBERGER, *Die Sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 3), Weimar-Köln-Wien 1996. Auch: Alexander FISCHER, *Der Einfluß der SMAD auf das Parteiensystem in der SBZ am Beispiel der CDU*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd.IV/1, Baden-Baden 1995, S. 30-40.

gefährdeten, auf den prokommunistischen, am sowjetischen Vorbild orientierten Kurs gezwungen. Bereits im Dezember 1945 setzten die Sowjets die CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber wegen ihres Widerstandes gegen die Praktiken der Bodenreform ab, im Dezember 1947 zwangen sie deren Nachfolger Kaiser und Lemmer wegen ihrer Ablehnung der Volkskongreßbewegung zum Rücktritt. Mindestens bis zur Ausschaltung Kaisers Ende 1947, der seine Partei zum »Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus« machen wollte, war die CDU im Rahmen ihrer Möglichkeiten die wirksamste antikommunistische Kraft in der SBZ. Willkürliche Abberufungen aus politischen Ämtern, lückenlose Kontrolle der CDU-Fraktionen und ihrer Ausschüsse in den Landtagen sowie ihrer Parteitage und Konferenzen, Bespitzelung, Erpressung, Verhaftungen, Schauprozesse und sogar Hinrichtungen⁸ zwangen in den folgenden Jahren aufrechte Demokraten zur Aufgabe, zur Flucht in den Westen oder zur Anpassung an den Kurs der SED.⁹

Die Prozesse der Kontrolle, Einschüchterung und Verfolgung »bürgerlicher« Politiker waren nicht nur auf der Ebene der zentralen Parteileitung in Berlin, sondern auch in den Landesverbänden zu beobachten. In Sachsen, das zum einen wegen seines hohen Industrialisierungsgrades und wegen seiner traditionellen Stärke der Arbeiterbewegung für die Kommunisten von besonderem Interesse war und das zum anderen unter allen CDU-Landesverbänden den stärksten Mitgliederaufschwung nahm – mit von Anfang an deutlichen Kennzeichen einer wirklichen Volkspartei –, zeigte sich schon an der Behandlung der CDU im Zusammenhang der Bodenreformfrage 1945/46, daß die SMAD keine wirklich freie Entwicklung dieser Partei zulassen wollte.¹⁰ Der sächsische Landesvorsitzende Hugo Hickmann wurde im Januar 1950 nach monatelangen Pressekampagnen abgesetzt, weil er den Führungsanspruch der SED in Frage gestellt, die Zusammenarbeit mit

8 Besonders tragisch etwa der Fall Ernst Wilhelm/Johann Muras vom Jahr 1952 in Obergebra in Thüringen, der dringend näherer Beleuchtung bedürfte. Erste Hinweise bei Karl Wilhelm FRICKE, *Opposition, Widerstand und Verfolgung in der SBZ/DDR*, in: Brigitte KAFF (Hrsg.), *»Gefährliche politische Gegner«. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR*, Düsseldorf 1995, S. 9-25, hier 16 f.

9 Vgl. dazu auch Manfred AGETHEN, *Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1953*, in: Jürgen FRÖLICH (Hrsg.), *»Bürgerliche-Parteien in der SBZ/DDR: Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945-1953*, Köln 1994, S. 47-72. Brigitte KAFF (wie Anm. 8), im Blick auf die CDU vor allem interessant die Beiträge von Michael RICHTER, *Vom Widerstand christlicher Demokraten in der DDR*, S. 107-124, und Franz-Josef KOS, *Der Erfurter Schauprozess und die beiden Nachfolgeprozesse 1952/53*, S. 125-158. Richter bringt zahlreiche Beispiele für die Repressionen gegen demokratisch orientierte CDU-Politiker in den Jahren 1948-1952. Kos zeigt am Beispiel von drei Gerichtsverfahren gegen Thüringer CDU-Mitglieder Methoden und ideologische Zielsetzungen von Schauprozessen auf.

10 Ralf BAUS, *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 2 (1995), S. 83-117.

ihr im Landesblockausschuß verweigert und die private Wirtschaft verteidigt hatte.¹¹ Das war der Beginn einer regelrechten Terrorkampagne gegen die CDU in der gesamten DDR und im Ostsektor von Berlin, in deren Folge auch der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Erich Fascher, und der mecklenburgische Wirtschaftsminister Witte abgesetzt wurden. Auch in Thüringen wurden demokratische Politiker und Anhänger des Kaiser-Kurses wie der 1. stellvertretende Landesvorsitzende Hugo Dornhofer, der Minister für Handel und Verkehr Georg Grosse oder der Fraktionsvorsitzende im Landtag Karl Magen systematisch ausgeschaltet.¹²

Nach der Gründung der DDR im Oktober 1949, der die CDU unter Otto Nuschke widerwillig und nur in der Hoffnung auf Erweiterung des politischen Spielraums durch die für Herbst 1950 zugesagten freien Wahlen zugestimmt hatte, verstärkte sich der Druck auf die bürgerlichen Politiker. Bis zum 6. Parteitag der CDU im Oktober 1952, bei der sie die führende Rolle der SED »vorbehaltlos« anerkannte, war die Partei von allen mißliebigen Funktionären gesäubert. Sie verlor durch die Repressionsmaßnahmen bis 1950 ca. 25 Prozent ihrer Mitglieder. Als Ergebnis des Gleichschaltungsprozesses konstatiert Richter »eine entkernte CDU, deren christliche Fassade personell, programmatisch und organisatorisch marxistisch-leninistisch aufgefüllt war«.¹³ Auf eindrucksvoll breiter Materialbasis – die neuen archivalischen Zugangsmöglichkeiten nach dem Ende der DDR konnte er noch nicht nutzen – rekonstruiert Richter die personellen, parteistrategischen und internationalen Zusammenhänge in der SBZ/DDR in der Hochphase des Kalten Krieges. Dabei wird auch klar, daß mit der erzwungenen Anpassung der DDR-CDU an den SED-Kurs der konzeptionelle Konsens mit der West-CDU zwangsläufig verloren ging.

2. Die Rolle im »sozialistischen Mehrparteiensystem«

Wenn 1991 in einem Literaturbericht zur Geschichte der DDR mit Recht beklagt wurde, daß neuere, quellengesättigte Untersuchungen zu den Blockparteien, vor allem zu CDU und LDP, noch nicht vorlägen,¹⁴ so trifft dies heute auf die Ost-CDU in deutlich geringerem Maße zu. So erschien 1995

¹¹ Michael RICHTER (wie Anm. 6), S. 222 ff.

¹² Markus KIEFER, *Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945-1952)*, hrsg. von der CDU Thüringen, Erfurt o. J. (1995). Entsprechende Vorgänge im Landesverband Mecklenburg vgl. bei Friedrich-Wilhelm SCHLÖMANN, *Mit so viel Hoffnung fingen wir an*, München 1991.

¹³ Michael RICHTER (wie Anm. 6), S. 91; vgl. auch Siegfried SUCKUT, *Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung*, in: *Deutschland Archiv* 25 (1992), S. 370-384.

¹⁴ Werner MÜLLER, *Neuere Literatur zur Geschichte und Politik der DDR*, in: *Neue Politische Literatur* 36 (1991), S. 58-75, hier S. 68.

ein Sammelband, in dem 14 zumeist junge Wissenschaftler auf breiter Quellengrundlage (neben Archivalien auch Zeitzeugenberichte) Entwicklung, Rolle und Funktion der DDR-CDU im »sozialistischen Mehrparteiensystem« beleuchten.¹⁵ Meist entstanden die Beiträge im Zusammenhang größerer Forschungsvorhaben. Der Band folgt keinem einheitlichen Gesamtplan, einige Tätigkeitsfelder und Interessengebiete der CDU, wie z. B. die internationalen Kontakte oder die Kulturpolitik, werden fast gar nicht angesprochen, die 60er und 70er Jahre finden, wie schon in der westdeutschen Forschung der Vergangenheit, nur spärliche Berücksichtigung – kein entscheidender Mangel allerdings, weil sich in diesem Zeitraum in den DDR-Parteien in der Tat nicht viel bewegte. Insgesamt entsteht ein durchaus aussagekräftiges Bild, das erste Hinweise zur historischen Einordnung der Ost-CDU, insbesondere zur Einschätzung der jeweiligen Rolle von Funktionären und von Mitgliedern liefert und auf die erheblichen Differenzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Leben der Blockparteien verweist. Schwerpunkte liegen bei der Gründungsphase und den frühen Entwicklungsjahren in der SBZ/DDR, bei den kirchenpolitischen Funktionen der Partei sowie bei ihren internen Organisationsstrukturen.

Die Beiträge im einzelnen: Alexander *Fischer* würdigt Andreas Hermes als herausragende Gründergestalt der CDU in Berlin, zeigt aber zugleich, daß sich seine Hoffnung, Berlin die überzonale Führungsrolle unter allen christlich-demokratischen Gründungen zu sichern, nicht erfüllte.

Manfred *Wilde* stellt mit Friedrich Karl v. Zitzewitz-Muttrin einen vergessenen Mitgründer der CDU vor und skizziert seine Rolle bei der Nahrungsmittelversorgung nach dem Krieg in Berlin.

Stefan *Creuzberger* diskutiert anhand einer sowjetischen und einer amerikanischen Quelle vom März 1948 die Frage, ob Ernst Lemmer – nach Jakob Kaiser von Anfang 1946 bis Ende 1947 der zweite Mann der SBZ-CDU – womöglich aus opportunistischen Gründen zur Abkehr von Kaiser und zu einer Zusammenarbeit mit den Sowjets bereit war, nachdem und obwohl diese kurz zuvor beider Absetzung als CDU-Vorsitzende bewirkt hatten. In vorsichtig abwägender Interpretation legt Creuzberger den Schluß nahe, daß Lemmers in der Tat nicht ganz durchsichtiges Handeln eher pragmatischen und taktischen Überlegungen entsprang: scheinbares Entgegenkommen gegenüber der SMAD, um Arbeitsmöglichkeiten und Überleben der eigenen Partei zu sichern.

Frank *Dietze* untersucht die Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der SBZ/DDR-CDU in den Jahren 1945-1952 und arbeitet das Ringen der Parteileitung um Eigenständigkeit gegenüber dem Dominanzanspruch der SED

¹⁵ Michael RICHTER/Martin RISSMANN (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Weimar-Köln-Wien 1995.

heraus, das schließlich in Anpassung um des politischen Überlebens willen übergang. Zugleich wird klar, daß der Gleichschaltung interne Differenzen in der CDU parallel liefen. So waren vor allem die Landesverbände mit den unter Hermes/Schreiber und Kaiser/Lemmer von Berlin ausgehenden Zentralisierungstendenzen, später, unter Nuschke, mit dessen – wenngleich vor allem pragmatisch bedingtem – Entgegenkommen gegenüber den Kommunisten unzufrieden.

Der Beitrag von Manfred Agethen zum »Fall Brüsewitz« vom August 1976, der die DDR-Gesellschaft wie kaum ein anderes Ereignis in den 70er Jahren erschütterte, macht klar, daß an neuralgischen Punkten der DDR-Geschichte generelle Auffassungsunterschiede zwischen Parteifunktionären und Mitgliedern hinsichtlich des Wesens und der Aufgaben der CDU hervortraten. Denn während weite Teile der Mitgliedschaft erhofft hatten, ihre Partei werde Brüsewitz' Selbstverbrennung als Fanal in seinem Sinne aufnehmen und auf Behinderungen von Christen und Kirchen in der DDR hinweisen, tat diese Brüsewitz im Sinne der SED-Sprachregelung als »Geisteskranken« ab. In ähnlicher Weise hat an anderer Stelle Udo Wengst auf den tiefgreifenden Dissens zwischen Parteileitung und Mitgliedschaft im Zusammenhang der Ereignisse des 17. Juni 1953 hingewiesen.¹⁶ Die von der SED und den »befreundeten Parteien« verbreitete These von der Steuerung des Aufstandes durch »westliche Provokateure und Saboteure« wurde an der Basis klar abgelehnt, die politische Dominanz der SED, die fehlende Rechtssicherheit, die marxistische Ausrichtung des Schul- und Erziehungswesens wurden scharf kritisiert.

Markus Kiefer untersucht die innerparteilichen Lenkungs- und Kontrollstrukturen der CDU in den Jahren 1952 bis 1989 und kann zeigen, daß gezielte Kaderpolitik und lückenloses Informationswesen systemkonformes Verhalten der Parteimitglieder nur partiell sichern konnten. Trotz der Säuberungswellen zu Beginn der 50er Jahre war im Innern der Partei ein starkes Potential an Unmut und kritischer Verweigerung zurückgeblieben, das sich im Zuge der Gorbatschowschen Reformen seit Mitte der 80er Jahre zunehmend artikulierte und auf dem schließlich die demokratische Erneuerung der Partei an der Wende der Jahre 1989/1990 fußte.

Wolfgang Gudenschwager zeigt, daß die CDU an der zunächst Teil- (1956), dann Vollverstaatlichung (1972) privater Betriebe in der DDR, bei der es sich faktisch um staatlich verordnete Zwangsverkäufe handelte und die »auf eine Liquidation des ostdeutschen Mittelstandes hinauslief« (S. 179), mit Vorschlägen, Gutachten und Überzeugungsarbeit bei den betroffenen

¹⁶ Udo WENGST, *Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953*, in: *Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), S. 277-321.

Unternehmern intensiv beteiligt war.¹⁷ Initiative und faktische Durchführung lagen aber eindeutig beim ZK der SED.

Die »operative Westarbeit« als propagandistische Unterstützung des geschichtsteleologisch ohnehin feststehenden »Sieg des Sozialismus« wurde von der SED maßgeblich gestaltet; auch in diesem Feld hatten die kleineren Blockparteien nur Hilfsdienste zu leisten. Der Part der Ost-CDU richtete sich dabei auf die CDU/CSU im Westen, später auch auf die Kirchen in der Bundesrepublik. Martin *Rissmann* untersucht diese Kontakte in der Ära Ulbricht und konstatiert deren schon früh sich abzeichnende Erfolglosigkeit: Der Ost-CDU fehlten organisatorische und finanzielle Beweglichkeit und in den Augen ihrer bundesdeutschen Gesprächspartner vor allem ein überzeugendes Argumentationspotential.

Die Beiträge von Andreas *Schalück*, Hermann *Wentker*, Bernd *Schäfer*, Peter *Maser* und Michael *Richter* beschäftigen sich mit kirchenpolitischen Fragen bzw. mit der Rolle der CDU in der Wende; auf sie wird später eingegangen.

Neben diesem Sammelband sind in den letzten zwei Jahren einige weitere wichtige Beiträge zu Rolle und Funktion der CDU im DDR-System erschienen. Martin *Rissmann* beschreibt in seiner bei Alexander Fischer in Bonn entstandenen Dissertation auf breiter Quellenbasis einschließlich zahlreicher Zeitzeugeninterviews die politisch-ideologische Schulung der CDU-Funktionäre als eine Art »Gleichschaltung nach innen«.¹⁸ Ihr hoher politischer Stellenwert hing mit der existentiell notwendigen ideologischen Übereinstimmung mit der »führenden Partei« zusammen. Rißmann bewertet die Erfolge der Parteschulung mit deutlicher Zurückhaltung. Er macht klar, »daß es der CDU-Parteileitung nur in geringem Maße gelang, breite Teile der Mitgliedschaft zu erfassen und zu instrumentalisieren, und daß sich Formen der Anpassung und einer – zumeist passiven – Verweigerung herausbildeten, die den Lebensbedingungen in einer Diktatur zu entsprechen hatten« (S. 294).

Gleichsam als Nebenprodukt seiner Dissertation hat *Rissmann* in einem kleineren Beitrag die Geschichte der SBZ/DDR-CDU von 1945 bis 1989 zusammengefaßt.¹⁹ Einen solchen Gesamtüberblick hat auf etwas breiterer Basis auch Manfred *Agethen* versucht.²⁰ Wie in den älteren westlichen

17 Vgl. dazu auch Monika KAISER, 1972 – *Knock out für den Mittelstand. Zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe*, Berlin 1990.

18 Martin RISSMANN, *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949-1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 27), Düsseldorf 1995.

19 Martin RISSMANN, *Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 69-88.

20 Manfred AGETHEN (wie Anm. 4).

Arbeiten zur DDR-CDU²¹ erscheint bei beiden die Partei auch nach Kenntnis neuer Quellen im wesentlichen als eine unselbständige, von den Vorgaben der SED abhängige Organisation, die nicht um die politische Macht konkurrierte; dieser Zentralbefund wird sich auch bei der zweifellos notwendigen Auswertung weiterer Akten im Kern nicht ändern.²² Doch lassen beide Beiträge, ebenso wie die in dem besprochenen Ost-CDU-Sammelband, auch Zweifel berechtigt erscheinen, ob die Partei mit Zuschreibungen wie völliger Systemkonformität und SED-Hörigkeit wirklich hinreichend gekennzeichnet ist. Auf jeden Fall sind an diesem Bild zeitliche Differenzierungen und solche zwischen der Funktionselite der Partei und der Mitgliedschaft nötig. Denn bis weit in die 50er Jahre hinein hielt sich an der Basis der Unmut gegenüber dem Führungsanspruch der SED und gegenüber der Anpassungsbereitschaft der eigenen Parteileitung.²³ Auf die Kluft zwischen der Leitungsebene der Partei und der Basis wurde im Zusammenhang der Ereignisse des Juniaufstandes und des Falles Brüsewitz bereits hingewiesen; sie wurde auch nach dem Mauerbau – wenngleich schon in abgeschwächter Form – sichtbar.²⁴ Bis zu diesem Zeitpunkt, so Reißmann, war die Ost-CDU noch keine voll durchgebildete, SED-konforme Kaderpartei; auch in der Folgezeit blieben »Zweifel am Sieg des Sozialismus, an der vielbeschworenen Gefährlichkeit des »westdeutschen Imperialismus« und die Hoffnung auf Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten für die Stimmungslage an der Basis prägend«.²⁵

21 Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West, 1945-1949*, Stuttgart 1969. Siegfried SUCKUT, *Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945-1952)*, in: Hermann WEBER (Hrsg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie*, Köln 1982, S. 117-178. Peter J. LAPP (wie Anm. 2). Vgl. dazu auch Siegfried SUCKUT, *Die früheren westdeutschen Forschungen zur Geschichte der Blockparteien. Leistungen und Defizite*, in: Heiner TMMERMANN (Hrsg.), *DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, 76)*, Berlin 1995, S. 111-115.

22 Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen*, in: Jürgen WEBER (Hrsg.), *Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur* (Akademiebeiträge zur politischen Bildung, 27), München 1994, S. 99-197. Vgl. auch Hermann WEBER, *Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems der SBZ/DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«*, B 16-17/96, 12. April 1996, S. 3-11, und Dietrich STARITZ/Siegfried SUCKUT, *Strukturwandel des DDR-Parteiensystems*, in: Oskar NIEDERMAYER/Richard STÖSS (Hrsg.), *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, Opladen 1993, S. 211-229, hier S. 215.

23 Vgl. dazu mit zahlreichen Beispielen, z.T. auch über die 50er Jahre hinaus, Günter BUCHSTAB, *Widerspruch und widerständiges Verhalten der CDU der SBZ/DDR*, in: *Materialien der Enquete-Kommission* (wie Anm. 7), Bd. VII/1, S. 504-539.

24 Joachim FRANKE, *Zur Reaktion von CDU-Führung und CDU-Basis (Ost) auf den Mauerbau am 13. August 1961*, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 1242-1251. Franke, der ehemalige Archivar der Ost-CDU, spricht sogar von »zwei Welten«, um den Unterschied zwischen Spitze und Basis der Partei zu kennzeichnen.

25 Martin RISSMANN (wie Anm. 19), S. 86.

Im Gegensatz zu den meisten der zuletzt erschienenen Arbeiten zur Ost-CDU war Christian v. Ditfurth offenbar nicht bereit, innerhalb der Partei nach Graden der Anpassungs- und Gefolgsbereitschaft gegenüber der SED zu unterscheiden. Er hat die These vertreten, den meisten »Unionsfreunden«, wie die CDU-Mitglieder sich nannten, sei es ein »inneres Bedürfnis« gewesen, die führende Rolle der SED anzuerkennen. Ditfurth hat damit die Partei pauschal als »Blockflöte« charakterisiert.²⁶ Nach seiner Einschätzung hatten auch die kleineren Blockparteien entscheidenden Anteil an den Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen in der DDR, und von der DDR-Gründung bis zur Wende habe die CDU keinerlei Vorstellungen entwickelt, die denen der SED widersprachen. In seiner bewußt als »Streitschrift« verstandenen Arbeit versucht Ditfurth die »schwer zu bestimmende Grenze zwischen Disziplinierten und Disziplinierenden« innerhalb der Partei erst gar nicht zu ziehen.²⁷

Tatsächlich aber machten die fortdauernde Unzufriedenheit an der Basis und der Mangel an ideologischer Homogenität die »befreundete Partei« in den Augen von SED und MfS zu einem unsicheren Kantonisten,²⁸ der bis zuletzt mißtrauisch beobachtet und kontrolliert wurde, dessen wichtige Kaderentscheidungen von den SED-Leitungen abzusegnen waren und dessen Fortexistenz zeitweilig ernsthaft in Frage gestellt war. Selbst dem allmächtigen Parteichef Götting, der über Jahrzehnte hinweg seine CDU nach den Vorgaben der SED führte, blieb es nicht erspart, daß 1962 das MfS Abhörmaßnahmen gegen ihn plante, weil man ihn als unzuverlässig und bei seiner unumschränkten Machtposition in der CDU als »ernsthafte Gefahrenquelle« im Fall »einer feindlichen Tätigkeit« gegen die Staatspartei einschätzte.²⁹ Insgesamt, so meint Suckut, zeichneten die SED- und MfS-Berichte über CDU und LDP das Bild von Parteien, »die zwar den Staat mittrugen und sich loyal verhielten, deren Mitglieder aber weithin nicht staatskonform dachten ... Unzuverlässige Verbündete also, denen die SED mißtrauisch gegenüberstand.«³⁰

Suckut, der sich seit Beginn der 80er Jahre mit den DDR-Blockparteien, insbesondere mit der CDU beschäftigt, kommt in seinen jüngsten Arbeiten immer mehr zu dem Ergebnis, daß diese doch »nicht so unmittelbar Exekutoren des SED-Willens (waren), wie es das Bild von den

26 Christian von DITFURTH, *Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt*, Köln 1991, Zitat S. 11.

27 Michael RICHTER in einer Rezension zu von Ditfurths Buch, in: *Deutschland Archiv* 25 (1992), S. 661.

28 Siegfried SUCKUT, *Ost-CDU und LDPD aus der internen Sicht von SED und MfS*, in: Jürgen FRÖLICH (wie Anm. 9), S. 103-120.

29 Siegfried SUCKUT, *DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen* (wie Anm. 22), S. 152 ff.

30 Siegfried SUCKUT (wie Anm. 28), S. 107 f. Im Tenor gleich: Günter BUCHSTAB (wie Anm. 23).

»Transmissionsriemen« suggeriert. Sie wiesen rudimentäre Reste politischen Eigencharakters auf, die gerade in den Monaten des Systemwandels 1989/90 bedeutsam wurden«; sie entwickelten »mehr politischen Eigensinn ... als bisher angenommen«. ³¹ Auch Gero *Neugebauer* deutete jüngst an, daß durch weitere quellengestützte Analysen der Blockparteien womöglich festgestellt würde, daß diese doch nicht »nur Zielgruppenorganisation der SED für sperrige Bevölkerungsgruppen« waren, sondern z. T. wohl auch »mit einem autonomen Machtinteresse ausgestattete Organisationen mit parteiähnlichem Charakter«. ³²

Diesen Befund legt auch der erwähnte Beitrag von Manfred *Agethen* ³³ nahe. Hier wird an einigen Feldern der politischen Arbeit der CDU gezeigt, daß das gängige Interpretationsmuster von der bloßen Satellitenpartei differenzierungsbedürftig ist. So hatte sie etwa im Kulturbereich durchaus eigenständige Leistungen aufzuweisen. Die Publikationen der parteieigenen Verlage »Union-Verlag« und Koehler u. Amelang, die Feuilleton-Teile der CDU-Zeitungen und die Beiprogramme der großen Parteiveranstaltungen verwiesen auf ein lebendiges nichtmarxistisches Kulturleben in der DDR. Seit 1982, mit dem Auftreten der »Unabhängigen Friedensbewegung« in der DDR, begann sich die CDU vorsichtig als Umweltpartei zu profilieren. Das Zentralorgan »Neue Zeit« wurde zur einzigen Zeitung in der DDR, die pro Woche eine eigene Seite dem Thema »Umwelt« widmete. Gelegentlich, so in einem umfangreichen Papier an Honecker vom 7. März 1978, wies sie nachdrücklich auf die Benachteiligung von Christen in Staat und Gesellschaft hin. Bei der Bekämpfung der Jungen Gemeinde 1953 und bei der Einführung der Jugendweihe 1954/55 waren zumindest weite Teile der Mitgliedschaft, zeitweilig auch die Parteileitung selbst (Nuschke, Götting), gegen den Kurs der SED. Beim Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch stimmten 1972 von 22 CDU-Volkskammerabgeordneten immerhin 14 gegen das Gesetz und damit gegen die SED. Und schließlich: Wer sich nur gleichförmig mit der staatstragenden Partei hätte verhalten wollen, hätte ohne Not auch in sie eintreten können. CDU-Mitgliedschaft war also in jedem Fall eine Entscheidung gegen die SED.

31 Siegfried SUCKUT, *DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen* (wie Anm. 22), S. 101, und DERS., *Persönlicher oder politischer Eigensinn im demokratischen Block? Bisher verschlossene Archive geben neue Informationen über die Haltung der SED gegenüber den Blockparteien*, in: *Das Parlament*, 8. Mai 1992. Ähnlich auch bereits Peter J. LAPP (wie Anm. 2), S. 149 f.

32 Geo NEUGEBAUER, *SED und Blockparteien als Gegenstand und Problem der empirischen Parteienforschung in der DDR-Forschung*, in: Heiner TIMMERMANN (wie Anm. 21), S. 176-182. Betonung des Akzents der Eigenständigkeit, freilich im Blick auf eigenständige Beiträge zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR, bei Günter WIRTH, *Die Beteiligung der CDU an der Umgestaltung der DDR in den fünfziger Jahren*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 3 (1990), S. 125-151.

33 Wie Anm. 4.

Natürlich kann es mit solchen Hinweisen auf gewisse Elemente der Eigenständigkeit und Formen der Unangepaßtheit – zumindest von Teilen der Mitgliedschaft – nicht darum gehen, die CDU nun plötzlich zu einer Partei von Widerständlern zu stilisieren; das war sie ganz sicherlich nicht – allenfalls in Teilen eine Partei der »Opposition im Wartestand«. ³⁴ Doch wird auch umgekehrt die pauschale Abfertigung der Mitglieder als »Blockflöten« von den heute bekannten Quellen nicht gedeckt. Hier darf in beide Interpretationsrichtungen keine Mythenbildung erfolgen.

3. Die Rolle der CDU im Staat/Kirche-Verhältnis in der DDR

Im Rahmen ihrer Funktion als »Transmissionsriemen« ³⁵ für Ideologie und Politik der Partei der Arbeiterklasse waren der CDU jene Gruppen, die man im Westen zum »Mittelstand« gerechnet hätte – Handwerker, Angestellte, kleine und mittlere Selbständige – und vor allem die christlichen Bevölkerungskreise und die Kirchen als Zielgruppen zugewiesen. Da nach kommunistischem Geschichtsverständnis die Kirchen eigentlich ein Anachronismus waren, zugleich den Absolutheitsanspruch der marxistisch-leninistischen Ideologie in Frage stellten und aus der Sicht der SED möglichst aus dem öffentlich-politischen Raum zu verdrängen waren – darauf ging die Partei- und Staatsführung seit Ende der 40er Jahre aus ³⁶ –, wurde die CDU mit ihrer Aufgabenstellung zu einem schwierigen Balanceakt gezwungen. Denn zugleich wollte und mußte sie ja als »Partei von und für Christen« – wie sie sich verstand – Interessenvertretung gegenüber jenem Staat sein, der Christen und Kirchen in jeder Hinsicht reduzieren oder sie für den Kommunismus, auch mit seiner atheistischen Komponente, gewinnen wollte.

In der Forschung ist dieser Widerspruch zwischen Transmissionsaufgabe und christlicher Interessenvertretung häufig diskutiert und überwiegend ein Scheitern an dieser dilemmatischen Aufgabe konstatiert worden. Hermann Wentker und Gerhard Besier haben die Kirchenpolitik der Ost-CDU – Wentker zunächst nur für die 50er Jahre, Besier für den gesamten Zeitraum bis zum Ende der DDR – als Mißerfolgsgeschichte beschrieben. ³⁷ Wentker

³⁴ Günter BUCHSTAB (wie Anm. 23), S. 538.

³⁵ Laut Dietrich STARITZ/Siegfried SUCKUT (wie Anm. 22), S. 215, findet sich der Begriff erstmals bei John WORTMAN, *The Minor Parties in the Soviet Zone of Germany. The Communist Preparation and Use of »Transmission-Belts« to the East German Middle Class*, Diss. Univ. of Minnesota 1958.

³⁶ Thomas RAABE, *SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949-1961* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte: Reihe B, Forschungen, Bd. 70), Paderborn 1995, hier v. a. S. 252 f.

³⁷ Hermann WENTKER, *Ost-CDU und Protestantismus 1949-1958. Die Partei der »fortschrittlichen Christen« zwischen Repräsentationsanspruch und Transmissionsaufgabe*, in: *Kirch-*

macht dafür neben der strukturellen Aporie auch parteiinterne Richtungskämpfe verantwortlich. Während der Parteivorsitzende Otto Nuschke in den Auseinandersetzungen um die Junge Gemeinde im Frühjahr 1953 anfänglich für den verfassungsmäßig garantierten kirchlichen Freiraum plädierte, traten Götting, Dertinger und die mit Kirchenfragen befaßten Funktionäre der Partei in diesem »Kirchenkampf« unter Respektierung des absoluten Führungsanspruchs der SED auf deren Seite und votierten für die Zerschlagung der Jungen Gemeinde.³⁸ Auch in der Frage der Einführung der Jugendweihe 1954/55 handelten die CDU-Oberen, freilich nach anfänglichem Widerstreben, als Sachwalter der SED und damit gegen die Bedürfnisse der eigenen Mitgliedschaft und der Kirchen, die die Unvereinbarkeit von Jugendweihe und Konfirmation bzw. Kommunion verkündet hatten. Mitgliederverluste und Interessenlosigkeit bei der Zielgruppe der Christen waren die Folge.³⁹

Nuschkes Rolle im Zusammenhang dieser kirchenpolitischen Auseinandersetzungen wäre näherer Beleuchtung wert. Offensichtlich war er noch bis weit in die 50er Jahre hinein – obwohl da schon Götting weitgehend das Sagen in der Partei hatte – um mehr Eigenständigkeit gegenüber der SED bemüht; keineswegs machte er sich eifertig zu ihrem Steigbügelhalter. Besonders unbeliebt machte er sich bei ihr, als er im Sommer 1950 die Überprüfung der bei den »Waldheimer Prozessen« gefällten Urteile verlangte. Selbst Ditsfurth muß zugeben, daß er »zeitlebens kein einfacher Partner der SED« war.⁴⁰ Letztlich gab er aber immer wieder dem Drängen der SED und der Hardliner in der eigenen Partei nach. Sein Verhalten war meist taktisch bestimmt, sein Persönlichkeitsbild bleibt schillernd.⁴¹ Eine auf den neu zugänglichen Quellen fußende Biographie Nuschkes wäre wünschenswert.

Im zeitlichen Anschluß an Wentker untersucht *Besier* die 60er, 70er und 80er Jahre. Er kennzeichnet die kirchenpolitische Rolle der Ost-CDU im

liche Zeitgeschichte 6 (1993), S. 349-378. Gerhard BESIER, *Auf der kirchenpolitischen Neben-
bühne des SED-Staates: Evangelische Kirche und Ost-CDU*, in: DERS., *Die evangelische Kirche
in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Gesammelte Aufsätze*, 2 Bde. (Historisch-theologische
Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bde 5/1 und 5/2) Neukirchen-Vluyn 1994, Bd. 2, S. 190-
270. Deutlich positivere Bewertung der kirchenpolitischen Bemühungen der Ost-CDU, zumindest
für die 50er Jahre, bei Günter WIRTH (wie Anm. 32), v. a. S. 138-149.

38 Laut Christian von DITFURTH (wie Anm. 26), S. 68 f., fiel der Kampf gegen die Junge
Gemeinde »ins Ressort der CDU«. Tatsächlich lagen Initiative und Strategie bei der SED
und ihrer »Kampfreserve« FDJ; der CDU war dabei keine führende Rolle zugedacht; so
Hermann WENTKER, *Von der Kooperation zum Konflikt: Das Verhältnis der Ost-CDU zur Jungen
Gemeinde 1950-1953*, in: Michael RICHTER/Martin RIJSMANN (wie Anm. 15), S. 91-110.

39 Dazu Thomas RAABE (wie Anm. 36), S. 137 f., 198 f., und Hermann WENTKER (wie
Anm. 38), S. 99 f.

40 Christian v. DITFURTH (wie Anm. 26), S. 33.

41 Hermann WENTKER (wie Anm. 37), S. 362 ff.; Thomas RAABE (wie Anm. 36), S. 138
und 266 f.

wesentlichen als einen »fortschreitenden Prozeß der Marginalisierung«,⁴² und er macht dies an mehreren Beispielen klar. Eine herbe Niederlage für die CDU-Kirchenpolitik waren etwa das Siechtum und der schließliche Niedergang des von ihr stark unterstützten »Bundes Evangelischer Pfarrer in der DDR«, der den evangelischen Klerus zur Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus bewegen sollte. Ähnliche Ausrichtung hatte die »Christliche Friedenskonferenz« (CFK). Sie hatte sich von ihrem Entstehen in Prag 1958 als blockübergreifende, ökumenische und friedensengagierte Bewegung zu einer einseitigen Interpretin sowjetischer Friedens- und Abrüstungsvorstellungen mit ausschließlich antiimperialistischem Akzent gewandelt. Ihr internationales Ansehen ging danach stark zurück. In der DDR gelang es nicht, die protestantischen Kirchen zum Beitritt zu bewegen. Die Leitungskader der CFK gehörten in der DDR ausnahmslos der CDU an. So war es auch bei der »Berliner Konferenz Europäischer Katholiken« (BK), dem katholischen Gegenstück zur CFK. Auch hier war der Erfolg mehr als dürftig: Katholische Geistliche enthielten sich aller Kontakte mit ihr und konnten auch für eine Zusammenarbeit mit der CDU nicht gewonnen werden.⁴³

Besier beschreibt auch den schweren Einbruch, den die CDU nach der von ihr entschieden befürworteten und lancierten Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) im Jahr 1969 und dessen offizieller Anerkennung durch die DDR-Regierung (1971) in ihrer kirchenpolitischen Bedeutung erlebte. Die SED glaubte, die nunmehr von der EKD abgespaltenen und aus westlichen »Fesseln« gelösten Gliedkirchen leichter handhaben und unmittelbar an sie herantreten zu können. Die CDU wurde als Zwischeninstanz kaum noch gebraucht, zumal sie ihre Vermittlungsfunktion aus Sicht der SED ohnehin nur unzulänglich erfüllt hatte. In der Folgezeit war eine eigene kirchenpolitische Profilierung der CDU kaum noch erkennbar; zu einem Spitzengespräch zwischen Honecker und den Leitungsgremien des BEK am 6. März 1978 waren keine CDU-Vertreter mehr eingeladen.

Auch der zuvor erhebliche personal- und wissenschaftspolitische Einfluß der CDU an den theologischen Fakultäten der Universitäten ging in der Folgezeit deutlich zurück. Die Partei wick jetzt mehr und mehr auf Sekundärbereiche kirchlicher Arbeit aus, wie die Pflege des lutherischen Erbes als Kulturgut, oder sie widmete sich vorrangig der Friedensarbeit, der Kulturpolitik und dem Umweltschutz. Bei den Vorbereitungen zum

⁴² Gerhard BESIER (wie Anm. 37), S. 191 f.

⁴³ Vgl. auch Bernd SCHÄFER, »Um anzukommen muß man sich »ankömmlich« artikulieren«: Zur »Berliner Konferenz« (BK) zwischen 1964 und 1993, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (wie Anm. 15), S. 111-125.

Lutherjubiläum 1983 in der DDR gestand die SED ihr nur eine Randrolle zu.⁴⁴

Trotz aller Bemühungen – sie reichten von regelmäßigen Gesprächen mit kirchlichen Laien, Pfarrern und kirchenleitenden Persönlichkeiten über Tagungsreihen, Zeitschriften (»Standpunkt«/»Begegnung«) bis hin zu den Arbeitsgruppen »Christliche Kreise« bei der Nationalen Front – blieben die Erfolge der CDU bei Christen und Kirchen eher gering. Von den knapp 8 Millionen Christen in der DDR traten nur etwa 100.000 »ihrer« Partei bei, darunter nur etwa 100 von insgesamt ca. 4.300 evangelischen Pfarrern; unter katholischen Geistlichen hatte sie offenbar gar keine Mitglieder.⁴⁵ In der Tat konnten Christen in der DDR die CDU kaum als Sachwalterin ihrer Interessen gegenüber dem Staat verstehen.⁴⁶ Denn bei Themen, die zwischen Staat und Kirchen strittig waren, stand sie in aller Regel auf seiten des Staates – so bei der Verurteilung des Militärseelsorgevertrages der EKD mit der Bundesregierung 1957, bei der Erneuerung der DDR-Verfassung 1968, obwohl diese den Kirchen starke Einschränkungen auferlegte, bei der sowjetischen Niederschlagung des »Prager Frühlings« 1968, bei der Lösung der evangelischen Gliedkirchen der DDR von der EKD 1969 sowie bei den Problemkomplexen Junge Gemeinde und Jugendweihe in den 50er Jahren.

Besier stellt die Kirchenpolitik der DDR-CDU in zweierlei Hinsicht als Mißerfolgsgeschichte dar: Einmal hat die Partei die von der SED geforderte Aussöhnung zwischen christlicher Ethik und atheistischem Sozialismus nicht geleistet. Zum anderen war sie keine wirkliche Sachwalterin christlicher Interessen gegenüber dem Staat.⁴⁷ Ein MfS-Bericht vom November 1987 stellte lakonisch fest, »daß der Einfluß der CDU in der Kirche gering ist«.⁴⁸ Das Versagen der CDU – so läßt Besier erkennen – trug nicht zuletzt daran Schuld, daß Kirche und Staat seit Beginn der 80er Jahre zunehmend direkt miteinander konferierten und der Kirchenbund dabei eine stärker werdende »Annäherung an wesentliche politische Positionen des SED-Staates« erkennen ließ.⁴⁹

44 Peter MASER, »Nützlich, ehrenvoll und beispielhaft« – Zur Rolle der Ost-CDU im Lutherjahr 1993, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (wie Anm. 15), S. 225-234.

45 Manfred AGETHIEN (wie Anm. 2), S. 234 und 220, gestützt auf entsprechende sozialstatistische Angaben in ACDP VII-011-3857.

46 Thomas RAABE, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung? War die Ost-CDU ein ehrlicher Sachwalter christlicher Anliegen in der DDR?*, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (wie Anm. 15), S. 127-137.

47 Ähnlich auch Robert F. GOECKEL, *Die Rolle der CDU in der Kirchenpolitik der DDR*, in: Horst DÄHN (Hrsg.), *Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz*, München 1993, S. 92-103.

48 Zitiert nach Gerhard BESIER (wie Anm. 37), S. 270.

49 Ebd., S. 265.

4. Die Ost-CDU in der Wende 1989/90

Über die Rolle der CDU in der friedlichen Revolution in der DDR sind bislang außer Zeitungsartikeln nur einige kleinere Aufsätze erschienen.⁵⁰ Die Akten über diese letzte Phase der DDR-Geschichte sind in den Archiven zumeist noch nicht vollständig aufgearbeitet, auch scheinen – dies läßt jedenfalls der zentrale CDU-Aktenbestand im Archiv für Christlich-Demokratische Politik erkennen – in der Hektik der Ereignisse nicht alle Vorgänge und Entscheidungen dokumentarischen Niederschlag gefunden zu haben.

Die schon mehrfach konstatierte Kluft zwischen Parteileitung und Mitgliedschaft der CDU wurde vor allem im Zusammenhang der Wendezeitereignisse in der DDR sichtbar.⁵¹ Spätestens seit Mitte der 80er Jahre wuchs vor dem Hintergrund der Glasnost- und Perestrojka-Politik Gorbatschows in der Sowjetunion und der Reformbewegungen in Polen und Ungarn auch der Druck der Blockparteien-Mitglieder auf ihre Leitungen. Die Menschenrechts-, Friedens- und Umweltschutzpolitik der Kirchen infolge des KSZE-Prozesses erfuhr auch unter CDU-Mitgliedern verstärktes Interesse. Die Informationsberichte aus Kreisen und Bezirken forderten zunehmend parteiinterne Reformen und eine Revision des Verhältnisses zur SED. Am 10. September 1989 brachten vier CDU-Mitglieder, allesamt Kirchenleute, die sich als Sprachrohr der Basis verstanden, in einem Brief an ihre Parteileitung, dem sogenannten »Brief aus Weimar«, die seit Jahrzehnten aufgestauten Unmutspotentiale zur Sprache: Kritik wurde vor allem an den Reisebeschränkungen, an der Pressezensur und der Gleichschaltung der Medien sowie an den Wahlmanipulationen geübt.⁵²

Obwohl die Parteispitze um Götting den Brief zu unterdrücken suchte und sich gegen alle Reformforderungen sperrte,⁵³ konnte sie nicht verhindern,

⁵⁰ Hier sind vor allem die Beiträge von Michael RICHTER zu nennen. Im folgenden wird insbesondere eingegangen auf: *Die Entwicklung der Ost-CDU 1989/90*, in: *Deutschland Archiv* 27 (1994), S. 1015-1025; *Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 115-133; *Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990*, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (wie Anm. 15), S. 235-251.

⁵¹ Vgl. dazu neben den genannten Arbeiten von Richter auch Siegfried SUCKUT, *Vom Blocksystem zur Konkurrenz. Zum Wandel der ehemaligen Blockparteien in der DDR seit dem Herbst 1989*, in: Ilse SPITTMANN/Gisela HELWIG (Hrsg.), *Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, offene Fragen. 23. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der BRD, 5.-8. Juni 1990*, Köln 1990.

⁵² Manfred AGETHIEN, *Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der »Brief aus Weimar« und der »Brief aus Neuenhagen«*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 89-114.

⁵³ Im Gegensatz zu Götting hatte der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach bereits im Sommer 1989 deutliche Distanz von der SED erkennen lassen und »eine Art von Pluralismus«

daß er zum Auslöser und Markstein eines radikalen Erneuerungsprozesses in der Ost-CDU wurde. Es kam in seiner Folge zum Rücktritt Göttings, der die Partei über Jahrzehnte hinweg nahezu autokratisch geführt hatte und zu einem Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 in Berlin. Kurz zuvor hatte die CDU unter ihrem neuen Vorsitzenden Lothar de Maizière bereits aus ihrer Satzung die Anerkennung der führenden Rolle der SED getilgt, und sie war mit Vorstandsbeschluß vom 4. Dezember 1989 aus dem »Demokratischen Block«, dem längst nicht mehr funktionablen Zentrum der »Bündnispolitik« der SED, ausgetreten. Unter de Maizière wies die CDU rasch den stärksten Reformeifer unter allen (ehemaligen) Blockparteien auf.⁵⁴ Bei dem Sonderparteitag im Dezember präsentierte sie sich personell, organisatorisch und programmatisch erneuert. Sie gestand ihre Mitschuld an den »Deformationen« in der DDR, legte den Sozialismusbegriff als »leere Hülse« ad acta und bekannte sich zu innerparteilicher und parlamentarischer Demokratie, zu ökologisch-sozialer Marktwirtschaft und zur nationalen Einheit.⁵⁵

In Richters Darstellung dieser Vorgänge wird erkennbar, daß sich der nur partiell erneuerte Hauptvorstand unter de Maizière und vor allem dieser selbst mit der Abkehr von einer sozialistischen Staatsvorstellung nicht leicht taten; man hatte – anders als weite Teile der Parteibasis – vorerst nur eine demokratische Reform des Sozialismus im Blick. Diese demokratisch-sozialistische Orientierung de Maizières war auch mitbestimmend für das Entstehen zahlreicher christlicher und konservativer Gruppierungen, denen die Abkehr der CDU von sozialistischen Traditionen nicht weit genug ging.⁵⁶ De Maizières Abkehr von einer »prosozialistischen Haltung«⁵⁷ kam letztlich nur auf Drängen der Basis und der westlichen CDU-Spitzen zustande. Die parteiinternen Richtungskämpfe zwischen Anhängern eines nur demokratisch erneuerten Sozialismus und solchen eines demokratischen Staatsmodells nach bundesrepublikanischem Muster hatten zunächst auch Kontakte der Parteileitungen von West- und Ost-CDU verhindert. Erst als diese Auseinandersetzungen nach dem Sonderparteitag, spätestens aber mit dem von Kohl und Rühge geforderten Austritt aus der Regierung Modrow

in der DDR angemahnt. Vgl. Peter J. LAPP, *Ehemalige DDR-Blockparteien auf der Suche nach Profil und Glaubwürdigkeit*, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 62-68.

54 Siegfried SUCKUT (wie Anm. 51), S. 131.

55 »Erneuerung und Zukunft«. *Positionen vom CDU-Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember 1989 in Berlin*, hrsg. von der Geschäftsstelle des Parteivorstandes der CDUD (CDU-Texte 1/90), Berlin(-Ost) o. J. (1990), Zitate (aus dem Hauptreferat de Maizières) S. 10 und 22. Eine genaue Untersuchung der Erneuerungsprozesse im Umfeld des Sonderparteitages wäre ein dringendes Desiderat; er ist allerdings im Ost-CDU-Zentralarchiv nur mäßig dokumentiert.

56 Dazu auch Peter R. WEILEMANN (u. a.), *Parteien im Aufbruch. Nichtkommunistische Parteien und politische Vereinigungen in der DDR* (Deutschland-Report, 8), Melle 1990.

57 Michael RICHTER, *Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989* (wie Anm. 50), S. 131.

Ende Januar 1990 zugunsten der »Demokraten« entschieden waren, wurde der neue Ost-CDU-Hauptvorstand in Berlin für die Parteispitze der West-CDU als politischer Partner annehmbar; mit Kontakten zu Gliederungen der ehemaligen Blockpartei auf Orts- und Kreisebene hatte man schon frühzeitig begonnen.⁵⁸

Angesichts des raschen Autoritätsverfalls der am 17. November 1989 gebildeten Regierung Modrow wurden bereits für den 18. März 1990 Volkskammerwahlen angesetzt. Der West-CDU-Parteivorstand sah nur in einem Wahlbündnis ihrer ehemals SED-hörigen »Schwesterpartei« mit unbelasteten Partnern des demokratischen Neubeginns in der DDR eine Chance auf einen Wahlerfolg. Tatsächlich erreichte die Allianz für Deutschland als Bündnis aus CDU, Deutscher Sozialer Union (DSU) und Demokratischem Aufbruch (DA) mit 47,8 Prozent der Stimmen einen ebenso unerwarteten wie eindeutigen Wahlerfolg, von dem allein 40,6 Prozent auf die CDU entfielen. De Maizière wurde zum Chef einer Koalitionsregierung aus CDU, DSU, SPD und liberalem Parteienbündnis. Kohl und die Spitzen der West-CDU sahen in dem überragenden Wahlsieg der DDR-CDU nicht nur einen Beleg für die Überwindbarkeit ihrer Blockpartei-Belastung, sondern vor allem ein Votum für die rasche Herstellung der deutschen Einheit und für die Übernahme des politischen und wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik. So war auf staatlicher Ebene der Weg frei zur Wiedervereinigung mit der Zwischenstation einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion Anfang Juli 1990, auf parteipolitischer Ebene zu einer Vereinigung von West- und Ost-CDU, die am 1. Oktober 1990 anlässlich des 38. CDU-Bundesparteitages in Hamburg erfolgte. Er ging über in den 1. gemeinsamen Parteitag einer gesamtdeutschen CDU.

Fazit und Ausblick

Noch steht die Forschung zur Ost-CDU und überhaupt zu den Blockparteien der ehemaligen DDR erst am Anfang einer quellengesättigten Aufarbeitung. Doch kann kein Zweifel bestehen, daß auch durch weitere Analysen das Bild von der Ost-CDU als einer im Kern von der SED abhängigen, weitgehend unselbständigen Hilfsorganisation zur Verwirklichung des »real existierenden Sozialismus« sich bestätigen wird. Ebenso wenig kann ein Zweifel bestehen, daß an diesem Bild Differenzierungen sowohl nach zeitlichen Phasen, als auch nach den Graden der Abhängigkeit und der Verantwortlichkeit, also insbesondere hinsichtlich der Beurteilung der Funktionseelite der Partei auf der einen und der Mitgliedschaft auf der anderen Seite notwendig sind.

58 DERS., *Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990* (wie Anm. 50), S. 235 u. 240.

Für die frühen Jahre ist der nach wie vor schwierige Zugang zu russischen Archiven zu bedauern; so kann die an sich evidente sowjetische Lenkung des Transformationsprozesses der »bürgerlichen« Parteien nur unzureichend nachgewiesen werden.⁵⁹ Weiterhin wären für diese Zeit Einzeluntersuchungen zu den Landesverbänden der CDU notwendig, insbesondere im Blick auf ihr Verhältnis zur Zentrale in Berlin. Überhaupt wenden die bisherigen Arbeiten zur Ost-CDU sich vor allem der zentralen Ebene mit den Entscheidungsvorgängen in Berlin zu; die regionalen und lokalen Verhältnisse und damit auch die Parteibasis kommen vorerst nur spärlich ins Blickfeld. Hier wäre es vor allem interessant, die Rolle der Kreissekretäre näher zu beleuchten; mit ihrer Pflicht zur Loyalität gegenüber den Weisungen »von oben« bei gleichzeitiger Nähe zu den Bedürfnissen der Basis standen sie an einer Nahtstelle der Parteiarbeit. Wünschenswert wären auch Biographien der Protagonisten, und zwar sowohl aus der Phase einer noch demokratischen, um Unabhängigkeit ringenden CDU (z.B. Lemmer, Gradl) als auch aus der einer angepaßten CDU (Götting) und aus der Phase des Grenz- und Übergangsbereichs zwischen Widerstand und Gleichschaltung (v.a. Nuschke, Dertinger – die Hintergründe für seine Verhaftung im Januar 1953 sind längst nicht restlos geklärt). Auch die bis zum Mauerbau möglichen Parteikontakte zwischen West- und Ost-CDU sind bislang kaum untersucht, desgleichen die zahlreichen internationalen Kontakte der Ost-CDU, vor allem ins sozialistische Ausland, die durch Göttings langjährige Position als Präsident der Liga für Völkerfreundschaft erleichtert wurden. Hier kämen vor allem die 60er und 70er Jahre in Betracht, die bislang fast unbeachtet blieben. Dringendes Desiderat wäre weiterhin eine umfassende Darstellung von Arbeit, Selbstverständnis und Funktion der Exil-CDU, die sich bis zu ihrer Auflösung nach der deutschen Wiedervereinigung als legale politische Vertretung der CDU in der SBZ/DDR verstand und die von daher als regulärer Landesverband in die bundesdeutsche CDU eingegliedert war. Wünschenswert wären schließlich Untersuchungen zu den Beitrittsmotiven der Ost-CDU-Mitglieder; sie könnten Auskunft über Einstellungen zur SED und damit zum DDR-System überhaupt geben. Doch ist gerade dieser Bereich über archivalische Quellen und auch wegen der Subjektivität der Aussagen bei mündlichen Befragungen schwer zu erschließen. So wird die vieldiskutierte Frage, ob CDU-Mitgliedschaft eher Solidarisierung mit der SED oder eher Absetzung von ihr bedeutete, weitgehend offen bleiben.

⁵⁹ DERS., *Defizite bei der Erforschung des politischen Systems und der Parteien der SBZ/DDR – ein Diskussionsbeitrag*, in: Heiner TIMMERMANN (wie Anm. 21), S. 164.

Abstracts

Anselm Doering-Manteuffel and others: How western are the Germans? (pp. 1-38)

The article reflects upon the framework and the results of a research project concerned with the political and ideological development of the West German society in the decades after World War II. After defining the term ›West‹, it gives a short introduction into the specific ideological development of American self-consciousness in the post-war years, which has developed into consensus liberalism since the 1930s. The reactions shown by different groups of society in West Germany towards the ›offer from the West‹ concerning ideas, concept of order and cultural values are depicted with reference to different forms of active acceptance, passive residual behaviour and resistance.

Winfried Becker: Catholicism – pluralistic society – Christian Democracy. Lines of development in Germany and France (pp. 39-57)

Pluralism, democracy and the Catholic church are often regarded as incompatible. This overview seeks to make it clear that since the Middle Ages the dualism of Church and State, which is a prerequisite for pluralism, has belonged to the liberal principles of the constitution of continental European history. The Church-State relationship proved in the 19th century to be the fertile basis for the formation of a party which, within the framework of fundamental considerations, demanded freedom of religion and rendered an important contribution to the establishment of constitutional rights. The increase of state power in the dictatorships of the 20th century has given new justification to the concept of not letting the individual be subjected to the absolutism of the state or certain ideologies and social groups. It was only after 1945 that parties which assumed the peaceful co-existence of the democratic state and the Christian churches achieved a broad spectrum of impact and gained the trust of voters with no attachment to a particular church.

Ulrich Reusch: Diplomacy between totalitarianism and democracy. The Holy See, France and the idea of the European balance of power 1939-1945 (pp. 59-83)

The Holy See assumes a special position in international relations. Prior to and during the Second World War many states extended or for the first time established relations with the Vatican. This increase of international prestige was mainly due to the politics and the personality of Pius XII who personified a church challenging totalitarianism and representing by virtue of its institutional continuity the idea of ancient Europe. Through all the periods of change, France – the Third Republic as well as the Vichy regime and Free France – demonstrated by the Holy See the continuity of her spiritual and national existence. Yet, both the Vatican and France were allowed no part in forming Europe's post-war-order. When, however, the Vatican by 1944 joined the Allied crusade for democracy in Europe, France regained an important position in the Vatican's concept of European balance vis-a-vis communist threat.

Bruno Béthouart: The resistance of the Christian trade unionists in France, 1940-1944 (pp. 85-101)

The path of the French Confederation of Christian Workers (CFTC, Confédération Française des Travailleurs Chrétiens) is paved with resistance. Christian trade unionists successfully oppose the attempts at repression by the Popular Front (1936) and the communist CGT (Confédération Générale des Travailleurs). Together with the CGT they protest against the disbandment of the trade unions by the Vichy regime. In the Resistance, Christian trade unionists work with all national powers. When the MRL, the forerunner of the Mouvement Républicain Populaire (MRP), is founded, an agreement is made to ensure that employee representation is inherent in the statutes of the party structure. The commitment of Christian trade unionists in the Resistance explains their presence and their importance in the National Assembly after the liberation.

Stefan Donth: The founding of the Socialist Unity Party of Germany (SED) in Saxony (pp. 103-131)

After the end of the war the KPD (German Communist Party) refused to form a single party together with the SPD (Social Democratic Party of Germany). Only when the SPD claimed political leadership did the SMAD (Soviet Military Administration) and the KPD force a unified campaign. The majority of the Saxon social democrats rejected unification on communist terms. The union brought about by the KPD and the SMAD by means of pressure, coercion and the use of tricks can only be labelled a forced union.

Gerhard Besier: The East German Christian Democratic Union party, its policies towards the churches and the Ministry of State Security (pp. 133-144)

From the middle of the 1950s the East German Christian Democratic Union Party was engaged in a continuous struggle against the growing claims of the SED (Socialist Union Party) to dictate the political direction in all Church-State relationships. Since the 'friends of the Union' within church politics were supposed to adhere strictly to the ideological directives set down by the 'leading party', and the 'church-politicians' of the Union had engaged in a second loyalty relationship through their obligation as unofficial collaborators within the Ministry of State Security (the Stasi), the controversies between the CDU and the SED were played out more on a personnel-political rather than on a conceptual level. The CDU sought to compensate for its steadily dwindling importance by influencing the choice of personnel appointed to key positions and by maintaining special contacts to the Church.

Carlo Masala: The CDU and the Democrazia Cristiana Italiana, 1949-1969. A difficult relationship (pp. 145-162)

The relationship between the CDU and the Democrazia Cristiana Italiana during the period between 1949 and 1969 was difficult due to a number of reasons. The most important among these was certainly the heterogeneity and the fractionisation of the Italian party that made it almost impossible for the CDU to establish formal contacts between the two parties. Instead of such formal contacts, personal contacts had to be nurtured and developed between each of the CDU chairmen and the competent leaders of the Correnti in the DC. The state of the relationship between the CDU and the DC was thus dependent on the sympathy and antipathy of each politician. In the light of these facts it is remarkable that there was no major conflict between both parties over the period analysed in the article.

Martin Sebaldt: Sciences and politics. On the organised representation of interests in the field of research and teaching in the Federal Republic of Germany (pp. 163-193)

The last 20 years have seen a dramatic development in the field of German scientific and university associations. Within the context of the general trend to a service-minded society, the number of scientific associations has increased rapidly. In comparison, the numbers of scientific professional associations, university organisations and associations of research institutions outside the universities grew more moderately. In these fields the well known organisations of the 1970s are still dominant. Several examples of scientific associations are analysed in detail to show the great differences in size and internal structure between the different types of organisations.

Hans-Otto Kleinmann: Adenauer, Albers and the beginnings of the CDU social committees. Unpublished letters (pp. 195-206)

One of the most important charter groups of the CDU was the group of early Christian trade unionists who Johannes Albers, founding member and chairman of the CDU in Cologne, began to assemble in 'social committees' as of the end of 1945. The four letters from Konrad Adenauer to Albers published here for the first time show the successful efforts of the subsequent first national chairman in keeping a check on the organisation of the Christian workers in the CDU not only from the point of view of the popular party character of the new grouping but also from the aspect of leadership.

Heinrich Krone, 1895-1995. Address by Hans-Peter Schwarz on Krone's centenary on 1 December 1995 in the Palais Schaumburg at Bonn (pp. 207-214)

In the speech documented here, Schwarz pays tribute to Krone's life and work in four ways. Firstly, as the embodiment of that historic process which turned the German Catholics from a political minority in the empire into a politically important group in the Weimar republic. Secondly, as a representative of those 'old Weimarians' who built up the second German republic after 1945. Thirdly, as a parliamentarian (1949-1969) and parliamentary party leader (1955-1961) in Bonn and fourthly, as a pillar of Adenauer's government.

Helge Heidemeyer: Beginnings in the Bundestag. On the position and work of the CDU/CSU parliamentary party as reflected by their records, 1949-1953 (pp. 215-234)

The records of the parliamentary parties in the German Bundestag are historically speaking of definite importance. However, one cannot gain a complete understanding of the parties' work from the records; this is particularly true of the early years. Questions of organisation and decisions made by the parliamentary parties are relatively well documented. Less well documented are the processes of decision-making as well as personal relationships within the fractions and outside them. Coalition or inter-fractional negotiations are hardly documented at all. A more complete picture would mean the inclusion of additional sources. The prime sources to be considered are the personal papers of the members of parliament and their contact persons in the government and the parties.

Manfred Agethen: The Christian Democratic Union in the SBZ/GDR from 1945 to 1990. A report on literature, 1990-1996 (pp. 235-253)

The East German Christian Democratic Union is depicted in literature as an auxiliary organisation of the SED (Socialist Union Party). The CDU was forced into this role by the Soviet occupying power and the SED after a democratic and pluralistic beginning. However, the party was never completely brought into line: on the one hand the grass roots stayed further from the SED than the party leadership and on the other hand the East German CDU developed, as all GDR block parties, definitely more political independence in certain areas than is suggested by the picture of »transmission belts«.

Résumés

Anselm Doering-Manteuffel et autres: Jusqu'où les Allemands sont-ils occidentaux? (pp. 1-38)

L'article esquisse le cadre et les résultats d'un projet de recherche sur l'évolution politico-idéologique de la société ouest-allemande dans les décennies qui suivirent la Seconde Guerre Mondiale. En partant de la définition du concept d'»occident«, il analyse les origines et le particularisme d'un sentiment d'identité américaine dans les premières années de l'après-guerre qui se forma dès les années trente dans les milieux libéraux de gauche. Face à cette »offre occidentale« d'idées, de conceptions de l'ordre et de valeurs culturelles, il nous présente les réactions des groupes sociaux en Allemagne de l'Ouest en considérant qu'elles prennent des formes aussi diverses que l'acceptation, la persévérance ou la résistance.

Winfried Becker: Catholicisme – société pluraliste – Démocratie Chrétienne. Grands traits de l'évolution en Allemagne et en France (pp. 39-57)

Pluralisme, Démocratie et Église Catholique sont souvent considérés comme incompatibles. Le présent aperçu met en évidence que la dualité Église-État depuis le Moyen-âge, comme condition élémentaire de tout Pluralisme, fait partie des principes constitutionnels libéraux de l'histoire du continent européen. Au 19ème siècle les rapports Église-État se révélèrent un point de départ fécond pour la formation de partis. Partant d'une réflexion fondamentale, on exigeait la liberté de culte, contribuant ainsi d'une façon essentielle à l'avènement des Droits fondamentaux. Le renforcement du pouvoir de l'État dans les dictatures du 20ème siècle confirma indirectement l'idée de départ selon laquelle il ne fallait pas laisser l'homme être la proie de l'absolutisme étatique ou des idéologies de certains groupes sociaux. Les partis qui acceptaient le principe d'une coexistence pacifique entre l'État démocratique et les Églises chrétiennes, ne trouvèrent qu'après 1945 de vastes champs d'action et la confiance d'électeurs pas uniquement liés à l'Église.

Ulrich Reusch: La diplomatie entre totalitarisme et démocratie. Le Saint-Siège, la France et le concept d'équilibre européen (pp. 59-83)

Le Saint-Siège détient dans le monde diplomatique une place prépondérante. Conscients de son importance croissante, avant la Seconde Guerre Mondiale, mais aussi pendant celle-ci, les États consolidèrent leurs relations avec le Vatican ou en préparèrent la voie. Par delà les bouleversements de la guerre, la France – la III^{ème} République ainsi que l'État français et la France libre – firent auprès du Saint-Siège la démonstration de la continuité de son existence culturelle et nationale. En effet, on refusa au Saint-Siège toute influence sur l'ordre européen d'après-guerre, ainsi du reste qu'à la France. Vers la fin de la guerre, la Curie en vint de plus en plus à la conclusion que la politique future devait aspirer à une coopération de l'Occident et à une union de l'Europe occidentale. Le rapprochement réussi entre la France et le Vatican fut la condition de cette réorientation de la politique européenne du Saint-Siège.

Bruno Béthouart: La Résistance des syndicalistes chrétiens en France, 1940-1944 (pp. 85-101)

L'histoire de la Confédération Française des Travailleurs Chrétiens (CFTC) est jalonnée de résistances. C'est avec succès que des syndicalistes chrétiens résistent aux tentatives de répression du Front Populaire (1936) et de la CGT. Ils protestent avec la CGT contre la dissolution des organisations ouvrières par le régime de Vichy. Au sein de la Résistance, les syndicalistes chrétiens agissent avec toutes les forces nationales réunies. Lors de la fondation du MRL, duquel est issu le parti chrétien démocrate MRP (Mouvement Républicain Populaire), il est convenu d'ancrer dans la structure du parti, des représentations ouvrières, conformément aux statuts. C'est l'engagement des syndicalistes chrétiens dans la Résistance qui explique leur présence et leur poids à l'Assemblée Nationale.

Stefan Donth: La fondation de la SED en Saxe (pp. 103-131)

Après la Seconde Guerre Mondial, le KPD refusa la création d'un parti unitaire avec le SPD. Ce n'est qu'après que le SPD eût fait connaître sa revendication du leadership politique, que l'Administration Militaire Soviétique en Allemagne (SMAD) et le KPD engagèrent la campagne en faveur de l'unité. La majorité des sociaux-démocrates de Saxe rejeta une unification aux conditions dictées par les communistes. Arrangé par le KPD et la force d'occupation soviétique au moyen de la ruse et des pressions, cette unification doit être qualifiée d'«unification forcée».

Gerhard Besier: La CDU d'Allemagne de l'Est, sa politique religieuse et le Ministère de la Sûreté de l'État (pp. 133-144)

Dès le milieu des années cinquante, la CDU d'Allemagne de l'Est dut affirmer sa compétence dans le domaine des relations Église-État face à la constante montée des revendications de la SED (Parti Socialiste Unitaire d'Allemagne de l'Est). Cependant, dans ce domaine, la CDU devait s'en tenir strictement aux directives idéologiques du «parti directeur», la SED; d'autre part, les membres de la CDU en charge de la politique religieuse étaient liés par leurs obligations de collaborateurs officieux du Ministère de la Sûreté, et avaient ainsi consenti à une situation de double loyalisme, envers l'Église et envers l'État. De ce fait, les controverses entre SED et CDU se jouèrent moins sur le plan idéologique que sur un plan du choix du personnel. C'est ainsi qu'en tentant d'étendre son influence sur l'occupation de positions-clés et en entretenant

des contacts spécifiques avec l'Église, la CDU chercha à compenser une diminution de son poids politique.

Carlo Masala: La CDU et la Democrazia Cristiana Italiana, 1949-1969. Des relations difficiles (pp. 145-162)

Les relations entre la CDU et la Democrazia Cristiana Italiana entre 1949 et 1969 se développent avec difficulté et ceci pour toute une série de raisons. La principale en a certainement été l'hétérogénéité et le fractionnement de la DC. Ceci interdit pratiquement à la CDU d'établir avec elle des liens institutionnalisés et c'est pourquoi on dut les pallier par l'entretien et l'élargissement des relations personnelles entre les présidents de la CDU et les dirigeants prépondérants des divers Correnti de la DC. Ainsi, l'état des relations entre la CDU et la DC fut-il également déterminé par les sympathies et antipathies des hommes politiques d'alors. D'autant plus est-il remarquable, que les relations durant la période étudiée se sont développées en l'absence de conflits majeurs.

Martin Sebaldt: Science et Politique. A propos des organisations pour la défense des intérêts de la Recherche et de l'enseignement universitaire en République Fédérale Allemande (pp. 163-193)

En Allemagne, le monde des associations dans le domaine des sciences et de l'enseignement supérieur a connu ces 20 dernières années des évolutions mouvementées. Dans le contexte d'une tendance générale qui va vers une société prestataire de services, c'est avant tout le chiffre des sociétés scientifiques qui a explosé. En comparaison, les associations professionnelles et de l'enseignement supérieur de même que celles de la recherche extra-universitaire présentent des taux de croissance sensiblement plus modérés. Ici dominent ces organisations qui contrôlaient déjà le terrain au début des années 70. Au moyen d'exemples précis, on montrera que les associations scientifiques présentent, en fonction de leur taille et de leur organisation, des structures fort différentes.

Hans-Otto Kleinmann: Adenauer, Albers et les débuts des Commissions Sociales de la CDU. Lettres inédites (pp. 195-206)

Parmi les plus importants groupes fondateurs de la CDU se trouvaient les anciens syndicalistes chrétiens que Johannes Albers, co-fondateur et président de la section CDU de Cologne, commença à réunir à l'intérieur de «Commissions Sociales» dès la fin de 1945. Les quatre lettres de Konrad Adenauer à Albers publiées ici pour la première fois, dévoilent les efforts fructueux du futur premier Président Fédéral de la CDU de contrôler l'organisation des travailleurs chrétiens au sein du parti, dans le but de procurer à cette nouvelle formation politique toutes les caractéristiques d'un parti populaire.

Heinrich Krone, 1895-1995. Discours de Hans-Peter Schwarz à l'occasion du 100ème anniversaire, le 1er Décembre 1995 au Palais Schaumburg, Bonn (pp. 207-214)

Dans le discours présenté ici, Schwarz rend hommage à la vie et à l'oeuvre de Krone à plusieurs niveaux: En le considérant premièrement comme l'incarnation de ce processus historique qui permit aux catholiques allemands, jadis minorité politique, de s'élever au rang de couche

politique de poids dans la république de Weimar; deuxièmement, comme un représentant de ces «anciens weimariens» qui, après 1945, furent les artisans de la Seconde République allemande; troisièmement, comme député (1949-1969) et chef de son groupe parlementaire (1955-1961) à Bonn; quatrièmement enfin, comme pilier du gouvernement Adenauer.

Helge Heidemeyer: Les débuts au Bundestag. Travaux et position du groupe parlementaire CDU/CSU vue par ses dossiers, 1949-53 (pp. 215-234)

Les dossiers des groupes parlementaires au Bundestag sont indubitablement significatifs sur le plan historique. Cependant il n'en ressort pas une représentation complète de leur travail, notamment en ce qui concerne les premières années. Les questions d'organisation et les décisions des groupes parlementaires sont relativement bien documentées; en revanche on trouve peu de traces de l'élaboration de la volonté politique, de la préparation des décisions ainsi que des relations personnelles tant à l'intérieur qu'à l'extérieur du Parti. Les pourparlers dans le cadre de la coalition ou entre les groupes parlementaires ne sont pratiquement pas documentés. Pour en avoir une vue plus complète, la consultation d'autres catégories de sources est nécessaire, en particulier celle constituée par les papiers privés des députés ainsi que des personnes avec lesquelles ils ont été en contact au sein des gouvernements et des partis.

Manfred Agethen: La CDU en Zone d'Occupation Soviétique/RDA 1945-1990. Un compte-rendu littéraire 1990-1996 (pp. 235-253)

Jusqu'à présent dans la littérature, la CDU de l'Est s'est présentée essentiellement comme un simple élément auxiliaire de la SED, considérablement dépendant de celle-ci. Après des débuts démocratiques et pluralistes, elle fut confinée dans ce rôle par la force d'occupation soviétique et par la SED. Cependant l'opinion à l'intérieur du parti ne fut jamais intégralement alignée: D'une part, les membres se démarquèrent de la direction de leur parti en prenant significativement leurs distances d'avec la SED. D'autre part il faut reconnaître que la CDU de l'Est, tout comme d'ailleurs les autres partis du «Bloc antifasciste» de RDA, développèrent dans des domaines particuliers apparemment davantage d'originalité politique que ne le suggère cette image de «courroies de transmission».

Resúmenes

Anselm Doering-Manteuffel y otros: Cómo son los alemanes de occidentales? (pp. 1-38)

Este artículo esboza los resultados de un proyecto de investigación sobre el desarrollo político-ideológico de la sociedad germano-occidental en las decenios después de la II Guerra Mundial. Una vez definido el término «occidente», se analiza origen y peculiaridad de la autoapercpción americana en la posguerra, configurada por un liberalismo de izquierda desde la década de los treinta. Por último, se presentan las reacciones -aceptación, persistencia, repulsa- de los diversos grupos sociales de la República Federal de Alemania a la «oferta de occidente» en ideas, sistemas y valores culturales.

Winfried Becker: Catolicismo – sociedad pluralista – democracia cristiana. Pautas de desarrollo en Alemania y Francia (pp. 39-57)

Pluralismo, democracia e Iglesia católica se consideran reiteradamente como incompatibles. La exposición presente quiere dilucidar que, desde la Edad Media, el dualismo Iglesia y Estado, requisito fundamental del pluralismo, es parte integrante de los principios constitucionales liberales de la historia de la Europa continental. En el siglo XIX, la relación Iglesia-Estado se evidenció como fructífero punto de arranque para la creación de un partido, que, en el marco de una reflexión dogmática, reivindicaba la libertad de la práctica de cultos y, partiendo de ello, contribuyó considerablemente a la génesis de los derechos fundamentales. El acrecentamiento de la potestad pública en las dictaduras del siglo XX confirmó, indirectamente, la credibilidad del principio de que el hombre no se debe dejar monopolizar por el absolutismo del Estado o por ciertas ideologías y grupos sociales. Partidos, que se cimentaron en una convivencia pacífica del Estado democrático con la Iglesia cristiana, encontraron, sólo después de 1945, amplia esfera de acción y la confianza también de votantes no ligados a una confesión.

Ulrich Reusch: Diplomacia entre totalitarismo y democracia. La Santa Sede, Francia y el concepto de equilibrio europeo 1939-1945 (pp. 59-83)

La Santa Sede ocupa una posición privilegiada en el campo de las relaciones internacionales. Conscientes de su creciente importancia, los diversos Estados consolidaron durante la II Guerra Mundial sus relaciones con el Vaticano. Haciendo abstracción de todas las convulsiones políticas, demostró Francia ante la Santa Sede – la III República tanto como el État francés y la Francia Libre – la continuidad de su existencia espiritual y nacional. De hecho, se le imposibilitó al Vaticano – así como también a Francia – toda influencia con respecto al orden europeo de posguerra. En la misma medida que el Papa Pío XII buscó y encontró apoyo en las potencias occidentales, creció también en las especulaciones curiales la importancia de una Francia refortalecida.

Bruno Béthouart: La resistencia de los Sindicatos cristianos en Francia, 1940-1944 (pp. 85-101)

El camino de la Confederación Francesa de Trabajadores Cristianos (CFTC), fundada en 1919, está sembrado de resistencia. Los sindicalistas cristianos se resistieron con éxito a los intentos de represión del Frente Popular (1936) y de la CGT (Confederación General de Trabajadores). Junto a la CGT, protestaron contra la disolución de las federaciones de trabajadores ordenada por el Gobierno de Vichy. En la Resistencia, actúan los sindicatos cristianos conjuntamente con todas las fuerzas nacionales. En la Fundación del MRL, del que surgirá el cristiano-demócrata Movimiento Popular Republicano (MRP), se acuerda, de conformidad con el estatuto, afianzar las representaciones de los trabajadores en la estructura del partido. El comprometimiento de los sindicatos cristianos con la Resistencia explica su presencia e importancia en la Asamblea Nacional tras la liberación.

Stefan Donth: La fundación del SED en Sajonia (pp. 103-131)

Al finalizar la guerra, el KPD (Partido Comunista Alemán) rechazó la formación de un partido único junto con el SPD. Sólo después de que el SPD reivindicara un liderazgo político, forzaron la SMDA (Administración Militar Soviética en Alemania) y el KPD la campaña en pro de la unidad. La mayoría de los socialdemócratas rehusó una unificación bajo condiciones comunistas.

Es así que la unificación realizada por el KPD y la fuerza de ocupación soviética, bajo presión, coacción y arteria, tiene que ser denominada unificación forzada (*Zwangvereinigung*).

Gerhard Besier: La CDU de la Alemania oriental, su política religiosa y el Ministerio para la Seguridad del Estado (MfS) (pp. 133-144)

Desde mediados de la década de los cincuenta, la CDU de la Alemania oriental tuvo que defender su competencia en el complejo Estado-Iglesia frente a las crecientes pretensiones del SED. Dado que el partido de la Unión debía atenerse estrictamente en su política eclesiástica a las directivas ideológicas del «partido rector» y que los políticos de la Unión competentes en política eclesiástica habían contraído una «segunda relación de lealtad» como colaboradores inoficiales del Ministerio para la Seguridad del Estado, las controversias entre la CDU y el SED tuvieron lugar menos en la esfera ideológica que en la de política de personal. La CDU trató de compensar su continuamente menguante importancia con la influencia en la ocupación de posiciones-clave y el mantenimiento de contactos especiales con la Iglesia.

Carlo Masala: La CDU y la Democrazia Cristiana Italiana, 1949-1969. Una relación difícil (pp. 145-162)

Entre 1949 y 1969, las relaciones entre la CDU y la Democrazia Cristiana Italiana se configuran difíciles, debido a una serie de razones. El motivo más importante fue, evidentemente, la heterogeneidad y el fraccionamiento de la DC, lo que hizo casi imposible para la CDU establecer contactos formales entre ambos partidos. En su lugar, se fomentaron relaciones personales entre el presidente de la CDU y los jefes de las «Correnti» en la DC. En este sentido, la cooperación entre CDU y DC estuvo determinada también por las simpatías y antipatías de los respectivos políticos. Tanto más notable es así, que las relaciones en el período analizado se desarrollaran relativamente poco conflictivas.

Martin Sebaldt: Ciencia y política. Sobre la representación organizada de intereses en el campo de la investigación y la enseñanza superior en la República Federal Alemana (pp. 163-193)

En las últimas dos décadas, ha habido un desarrollo enorme en el campo de las asociaciones científicas y universitarias. En el contexto de una tendencia general hacia la sociedad de servicios, ha incrementado de forma acelerada, sobre todo, el número de sociedades científicas. Asociaciones universitarias y profesionales, así como organizaciones de investigación no universitaria, crecieron mucho más moderadamente. Aquí sobresalen aquellas organizaciones, que ya dominaban el campo a comienzos de los años setenta. A base de unos cuantos ejemplos, se muestra la gran diferencia que existe entre diversos tipos de asociaciones científicas, según tamaño y estructura.

Hans-Otto Kleinmann: Adenauer, Albers y los comienzos de las Comisiones sociales de la CDU. Epistolario inédito (pp. 195-206)

Uno de los grupos fundadores más importantes de la CDU fueron los primitivos sindicalistas cristianos que Johannes Albers, cofundador y presidente de la CDU en Colonia, comenzó a agrupar en «Comisiones sociales», a finales de 1945. Publicamos, aquí, como primicia, cuatro cartas de Konrad Adenauer a Albers, las cuales muestran los esfuerzos exitosos del que después

fuera el primer presidente general de la CDU en mantener bajo control a la Organización de los trabajadores cristianos de la CDU, tanto en lo que respecta al carácter de partido popular del nuevo grupo político, como respecto a la jefatura del partido.

Heinrich Krone, 1895-1995. Discurso de *Hans-Peter Schwarz* con motivo del 100 aniversario, el 1 de diciembre de 1995 en el palacio Schaumburg, Bonn (pp. 207-214)

En el discurso aquí reproducido, Schwarz encomia la vida y obra de Krone en cuatro facetas. Primero: como personificación de aquel acontecimiento histórico, que encumbró a los católicos alemanes, una minoría política en el Imperio, a un estrato político fundamental en la República de Weimar; segundo: como representante de aquellos «viejos weimarianos», que, después de 1945, erigieron con éxito la segunda República alemana; tercero: como diputado (1949-69) y jefe de grupo parlamentario (1955-61) en Bonn y cuarto, como pilar del Gobierno Adenauer.

Helge Heidemeyer: Nuevos comienzos en el Bundestag. Sobre situación y trabajos del grupo parlamentario CDU/CSU, reflejados en sus Actas, 1949-1953 (pp. 215-234)

Las Actas de las fracciones en el Parlamento alemán son, no cabe duda, históricamente importantes. Sin embargo, no se obtiene de ellas una idea cabal de su trabajo, no, sobre todo, de la primera época. Relativamente bien documentadas están las cuestiones de organización y las decisiones tomadas; menos bien lo están el proceso de volición y los trabajos preliminares a aquellas decisiones, así como las relaciones de personal, internas y externas. No se encuentra apenas información sobre negociaciones en materias interfraccionales o en el marco de coaliciones. Para obtener un cuadro más completo, se necesita la consulta de otras fuentes. Aquí, habría que pensar, en primer lugar, en los legados de los diputados y de sus contactos en Gobierno y partidos.

Manfred Agethen: La CDU en la Zona de Ocupación Soviética/RDA 1945-1990. Una reseña bibliográfica (1990-1996) (pp. 235-253)

En la literatura actual se presenta esencialmente a la CDU (Unión Cristiano Demócrata) de la Alemania oriental como a una organización, en gran medida subordinada al SED (Partido Socialista Unitario); en este papel se vio constreñida, tras unos comienzos democráticos y pluralistas, por la fuerza de ocupación soviética y el SED. Sin embargo, el partido no estuvo nunca completamente «ajustado»: Por un lado, los miembros se mantuvieron patentemente más alejados del SED que los directivos. Por otro, la CDU oriental, como, en general, los partidos-bloque de la RDA, desplegaron en algunos campos evidentemente más iniciativa política de lo que sugiere la tan repetida imagen de «correa de transmisión».

Zusammenfassungen

Anselm Doering-Manteuffel u.a.: Wie westlich sind die Deutschen? (S. 1-38)

Der Aufsatz skizziert Rahmen und Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur politisch-ideellen Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Er untersucht nach der Bestimmung des Begriffes ›Westen‹ die Entstehung und Eigenart des amerikanischen Selbstverständnisses in den frühen Nachkriegsjahren, welches sich im Linksliberalismus seit den dreißiger Jahren ausformte. Die Reaktionen gesellschaftlicher Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland auf das ›Angebot des Westens‹ an Ideen, Ordnungsvorstellungen und kulturellen Wertorientierungen werden mit Blick auf unterschiedliche Formen von Befürwortung, Beharrung und Resistenz vorgestellt.

Winfried Becker: Katholizismus – pluralistische Gesellschaft – Christliche Demokratie. Entwicklungslinien in Deutschland und Frankreich (S. 39-57)

Pluralismus, Demokratie und katholische Kirche werden vielfach als unvereinbar betrachtet. Der vorliegende Überblick will verdeutlichen, daß seit dem Mittelalter die Dualität von Kirche und Staat, ein Grunderfordernis des Pluralismus, zu den freiheitlichen Verfassungsprinzipien der kontinentaleuropäischen Geschichte gehört. Das Staat-Kirche-Verhältnis erwies sich im 19. Jahrhundert als fruchtbarer Ausgangspunkt einer Parteibildung, die im Rahmen einer grundsätzlichen Besinnung Freiheit der Religionsausübung forderte und davon ausgehend einen wichtigen Beitrag zur Entstehung der Grundrechte leistete. Die Steigerung der Staatsgewalt in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts bestätigte indirekt die Glaubwürdigkeit des Ansatzes, den Menschen nicht vom Absolutismus des Staates oder bestimmter Ideologien und gesellschaftlicher Gruppen vereinnahmen zu lassen. Parteien, die von einem friedlichen Zusammenleben des demokratischen Staates mit den christlichen Kirchen ausgehen, fanden erst nach 1945 breite Wirkungsmöglichkeiten und das Vertrauen auch nicht kirchlich gebundener Wähler.

Ulrich Reusch: Diplomatie zwischen Totalitarismus und Demokratie. Der Heilige Stuhl, Frankreich und die Idee des europäischen Gleichgewichts 1939-1945 (S. 59-83)

Der Heilige Stuhl nimmt eine Sonderstellung in den internationalen Beziehungen ein. Im Bewußtsein seiner wachsenden Bedeutung vor, aber auch noch während des Zweiten Weltkrieges bauten die Staaten ihre Beziehungen zum Vatikan aus. Über alle Umbrüche hinweg demonstrierte Frankreich – die Dritte Republik ebenso wie der État Français und das Freie Frankreich – beim Heiligen Stuhl die Kontinuität seiner geistigen und nationalen Existenz. Tatsächlich wurde dem Vatikan – ebenso wie Frankreich – jeder Einfluß auf die Nachkriegsordnung Europas verwehrt. In dem Maße, wie Papst Pius XII. bei den Westmächten Rückhalt suchte und fand, wuchs auch die Bedeutung des wiedererstarkenden Frankreichs im kurialen Denken.

Bruno Béthouart: Der Widerstand der christlichen Gewerkschafter in Frankreich, 1940-1944 (S. 85-101)

Der Weg der 1919 gegründeten Confédération Française des Travailleurs Chrétiens (CFTC) ist begleitet von Widerstand. Erfolgreich widersetzen sich christliche Gewerkschafter den Repres-

sionsversuchen von Volksfront (1936) und CGT. Gemeinsam mit der CGT protestieren sie gegen die Auflösung der Arbeitnehmerverbände durch das Vichy-Regime. In der Résistance wirken christliche Gewerkschafter mit allen nationalen Kräften zusammen. Bei der Gründung des MRL, aus dem der christlich-demokratische Mouvement Républicain Populaire (MRP) hervorgeht, wird vereinbart, Arbeitnehmervertretungen satzungsgemäß in der Parteistruktur zu verankern. Das Engagement christlicher Gewerkschafter in der Résistance erklärt ihre Präsenz und ihr Gewicht in der Nationalversammlung nach der Befreiung.

Stefan Donth: Die Gründung der SED in Sachsen (S. 103-131)

Die KPD lehnte nach Ende des Krieges die Bildung einer gemeinsamen Partei mit der SPD ab. Erst nachdem die SPD einen politischen Führungsanspruch anmeldete, forcierten SMAD und KPD die Einheitskampagne. Die Mehrheit der sächsischen Sozialdemokraten lehnte eine Vereinigung zu kommunistischen Bedingungen ab. Die deshalb von der KPD und der sowjetischen Besatzungsmacht mit Druck, Zwang und List herbeigeführte Vereinigung muß als Zwangsvereinigung bezeichnet werden.

Gerhard Besier: Die Ost-CDU, ihre Religionspolitik und das MfS (S. 133-144).

Seit Mitte der 50er Jahre mußte die Ost-CDU ihre Kompetenz für den Staat-Kirche-Komplex gegen ständig wachsende Ansprüche der SED behaupten. Da sich die »Unionsfreunde« in der Kirchenpolitik streng an die ideologischen Vorgaben der »führenden Partei« zu halten hatten und die Unions-Kirchenpolitiker durch ihre Verpflichtung als Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit ein »zweites Loyalitätsverhältnis« eingegangen waren, spielten sich die Kontroversen zwischen SED und CDU weniger auf dem konzeptionellen als dem personalpolitischen Sektor ab. Die CDU suchte durch Einflußnahme auf die Besetzung von Schlüsselpositionen und durch die Pflege besonderer Kontakte zur Kirche ihre ständig schwindende Bedeutung zu kompensieren.

Carlo Masala: Die CDU und die Democrazia Cristiana Italiana, 1949-1969. Eine schwierige Beziehung (S. 145-162)

Die Beziehungen zwischen CDU und Democrazia Cristiana Italiana gestalteten sich zwischen 1949 und 1969 aus einer Reihe von Gründen schwierig. Der wichtigste Grund ist sicherlich die Heterogenität und die Fraktionierung der DC gewesen. Dies machte es der CDU nahezu unmöglich, institutionalisierte Beziehungen aufzubauen. An die Stelle institutionalisierter Kontakte mußte deshalb die Pflege und der Ausbau persönlicher Beziehungen zwischen den jeweiligen CDU-Parteivorsitzenden und den maßgeblichen Führern der Correnti in der DC treten. Somit wurde der Stand der Beziehungen zwischen CDU und DC auch von Sympathien und Antipathien der jeweiligen Politiker bestimmt. Um so bemerkenswerter ist, daß sich die Beziehungen im untersuchten Zeitraum relativ konfliktfrei entwickelt haben.

Martin Sebaldt: Wissenschaft und Politik. Zur organisierten Interessenvertretung von Forschung und Lehre in der Bundesrepublik Deutschland (S. 163-193)

Das Kräftefeld der bundesdeutschen Wissenschafts- und Hochschulverbände hat in den letzten 20 Jahren eine stürmische Entwicklung durchlaufen. Im Kontext des allgemeinen Trends hin

zur Dienstleistungsgesellschaft hat sich vor allem die Zahl wissenschaftlicher Gesellschaften sprunghaft erhöht. Berufs- und Hochschulverbände sowie Organisationen außeruniversitärer Forschung weisen demgegenüber wesentlich moderatere Zuwachsraten auf. Hier dominieren jene Organisationen, die bereits zu Anfang der 70er Jahre das Feld beherrschten. Anhand ausgewählter Beispiele wird gezeigt, daß Wissenschaftsorganisationen nach Größe und Organisation recht unterschiedlich beschaffen sind.

Hans-Otto Kleinmann: Adenauer, Albers und die Anfänge der CDU-Sozialausschüsse. Unveröffentlichte Briefe (S. 195-206)

Eine der wichtigsten Gründergruppen der CDU waren die früheren christlichen Gewerkschafter, die Johannes Albers, Mitgründer und Vorsitzender der CDU in Köln, ab Ende 1945 in »Sozialausschüssen« zu sammeln begann. Die vier hier erstmals veröffentlichten Briefe Konrad Adenauer an Albers zeigen die erfolgreichen Bemühungen des späteren ersten Bundesvorsitzenden, die Organisation der christlichen Arbeiter in der CDU sowohl im Hinblick auf den Volkspartei Charakter der neuen politischen Formation als auch im Hinblick auf die Parteiführung unter Kontrolle zu halten.

Heinrich Krone, 1895-1995. Ansprache von *Hans-Peter Schwarz* zum 100. Geburtstag am 1. Dezember 1995 im Palais Schaumburg, Bonn (S. 207-214)

Schwarz würdigt Krones Leben und Werk in der hier dokumentierten Rede in vierfacher Hinsicht. Erstens: als Verkörperung jenes historischen Vorgangs, der die deutschen Katholiken, einst politische Minderheit im Kaiserreich, zu einer politisch tragenden Schicht in der Weimarer Republik aufsteigen ließ; zweitens: als Repräsentanten jener »alten Weimaraner«, die dann nach 1945 erfolgreich die zweite deutsche Republik aufbauten; drittens: als Parlamentarier (1949-69) und Fraktionsführer (1955-61) in Bonn und viertens als Säule der Regierung Adenauer.

Helge Heidemeyer: Neubeginn im Bundestag. Zur Stellung und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Spiegel ihrer Akten, 1949-1953 (S. 215-234)

Die Akten der Fraktionen im Deutschen Bundestag sind historisch zweifelsohne bedeutsam. Eine abgerundete Vorstellung ihrer Arbeit läßt sich daraus aber nicht gewinnen, insbesondere nicht für die frühen Jahre. Verhältnismäßig gut dokumentiert sind Organisationsfragen und Entscheidungen der Fraktionen, weniger gut Willensbildung und Entscheidungsvorbereitung sowie persönlichen Beziehungen im Innern und nach außen. Verhandlungen im Koalitions- oder interfraktionellen Rahmen sind so gut wie nicht dokumentiert. Ein vollständigeres Bild bedarf der Hinzuziehung weiterer Quellenbestände. Hier ist in erster Linie an die Nachlässe der Abgeordneten und ihrer Kontaktpersonen in Regierung und Parteien zu denken.

Manfred Agethen: Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1990. Ein Literaturbericht (1990-1996) (S. 235-253)

In der bisherigen Literatur stellt sich die Ost-CDU im wesentlichen als eine weitgehend unselbständige Hilfsorganisation der SED dar; in diese Rolle wurde sie nach demokratischen und pluralistischen Anfängen durch die sowjetische Besatzungsmacht und die SED gezwungen.

Doch war die Partei nie vollständig »gleichgeschaltet«: Einmal blieb die Mitgliedschaft deutlich SED-ferner als die Parteileitung. Zum anderen entwickelten die Ost-CDU wie überhaupt die DDR-Blockparteien in einzelnen Feldern offenbar doch mehr politische Eigenständigkeit als es das Bild von den »Transmissionsriemen« suggeriert.

Die Mitarbeiter dieses Bandes

Dr. Manfred Agethen, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, D-53757 Sankt Augustin bei Bonn

Prof. Dr. Winfried Becker, Universität Passau, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Innstraße 25, D-94032 Passau

Prof. Dr. Gerhard Besier, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Wissenschaftlich-Theologisches Seminar, Kisselgasse 1, D-69117 Heidelberg

Bruno Béthouart, 9, Avenue du 11 novembre, F-62170 Montreuil sur Mer

Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel und Mitarbeiter (Julia Angster, Michael Hochgeschwender, Gudrun Kruij, Thomas Sauer), Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Geschichtswissenschaftliche Fakultät, Seminar für Zeitgeschichte, Wilhelmstraße 36, D-72074 Tübingen

Stefan Donth M.A., Siemeringstraße 6, D-04177 Leipzig

Dr. Helge Heidemeyer, Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Colmantstraße 39, D-53115 Bonn

Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, D-53757 Sankt Augustin bei Bonn

Carlo Masala, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln, Gottfried-Keller-Straße 6, D-50931 Köln

Dr. Ulrich Reusch M.A., Ludwig-Richter-Allee 14, D-01445 Radebeul

Priv.-Doz. Dr. Martin Sebaldt, Universität Passau, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, D-94030 Passau

Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz, Seminar für Politische Wissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Lehrstuhl für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte, Lennéstraße 25, D-53113 Bonn

böhlauWienneu

Stefan Wallisch

Von der Demokratie zur Telekratie.

Silvio Berlusconi und die Politik im Fernsehzeitalter

1996. Ca. 252 S. Br. Ca. öS 398,-/DM/sfr 58,-.

ISBN 3-205-98568-0

Am Beispiel der italienischen Politik der letzten zwei Jahre wird der Begriff der „Telekratie“ entwickelt, der das Verhältnis zwischen politischen Machtverhältnissen und Medien analysiert. Das Modell bildet der überraschende Sieg des Medienunternehmers Silvio Berlusconi 1994. Aufstieg und Fall dieses „Telepolitikers“ sollen als Laborfall für weitere Analysen dienen, die den Wandel der politischen Kommunikation in der Fernsehgesellschaft betrachten. Die politik- und kommunikationswissenschaftliche Wahlkampforschung bietet die Möglichkeit, das „Phänomen“ Berlusconi sachlich und empirisch zu betrachten.

Urs Allematt (Hg.)

Nation, Ethnizität und Staat

(Buchreihe des Institutes für den Donaauraum und Mitteleuropa, Band 4)

1996. Br. Ca. 172 S. Ca. öS 398,-/DM/sfr 58,-.

ISBN 3-205-98544-3

Der vom Schweizer Historiker Urs Allematt herausgegebene Sammelband befaßt sich mit dem hochaktuellen Thema Staat, Ethnizität und Nation in Mitteleuropa. Zahlreiche bedeutende Historiker, Soziologen und Politologen aus Polen, Ungarn, der Tschechei, Slowakei sowie aus Österreich und der Schweiz beschäftigen sich mit der Nation und dem Nationalismus in den Ländern Ostmitteleuropas. Interessant ist vor allem der Vergleich mit der multikulturellen und multinationalen Schweiz, die im Habsburgerreich vor dem Ersten Weltkrieg gelegentlich eine Vorbildfunktion besaß.

Wilfried
Mausbach

Zwischen
**Morgenthau
und
Marshall**

Das wirtschaftspolitische
Deutschlandkonzept der USA
1944 - 1947

Droste

Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg:
Agrarland oder Wiederaufbauprogramm?
Die Wirtschaftspolitik der USA für Europa.

Wilfried Mausbach
**Zwischen Morgenthau
und Marshall**

Das wirtschaftspolitische
Deutschlandkonzept der USA 1944-1947

Forschungen und Quellen
zur Zeitgeschichte, Band 30

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung
herausgegeben von Günter Buchstab,
Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts,
Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz

DROSTE

439 Seiten, Leinen DM 74,-
ISBN 3-7700-1878-8

Mitteldeutsches Jahrbuch für Kultur und Geschichte

Herausgegeben von der Stiftung Mitteldeutscher Kulturrat
durch Christof Römer

1996. Band 3. 391 S. 96 s/w-Abbildungen.

Gebunden. DM 48,-/sFr 44,50/öS 350,- ISSN 0946-3119

Das „Mitteldeutsche Jahrbuch“ veröffentlicht Beiträge zur Tradition und Gegenwart Mitteldeutschlands aus den Bereichen Kunst, Literatur, Musik, Mentalitäten und Geistesgeschichte. Im Sinne der 1955 gegründeten Stiftung Mitteldeutscher Kulturrat bringt das „Mitteldeutsche Jahrbuch“ Reflexionen und generalisierende Berichte zu wichtigen kulturellen Phänomenen aus der Geschichte Mitteldeutschlands, wobei Mitteldeutschland für den Raum der neuen Bundesländer bzw. der bisherigen DDR steht. Das Jahrbuch enthält einen Aufsatzteil, einen Berichtsteil, einen Teil Gedenktage und Rezensionen.

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Theodor-Heuss-Str. 76, D - 51149 Köln

Alexander Demandt (Hg.)

Das Attentat in der Geschichte

1996. 500 S. 32 Abb. Gb. m. SU. DM 68,-/sFr 62,-/öS 453,-
ISBN 3-412-16795-9

Es gibt historische Ereignisse, in denen lange aufgestaute Spannungen aufbrechen, Kräfte sich melden, die den Gang der Dinge aufzuhalten versuchen. Dazu gehört das Attentat - der von Einzelnen unternommene Anschlag auf eine führende Persönlichkeit, eine Versammlung, ein Fahrzeug oder ein Bauwerk. Der gezielte Terrorakt erscheint als Gewalt des Tyrannen gegen Wider-sacher, als Gegengewalt zu seiner Beseitigung und als Kampfmittel der Mäch-tigen untereinander. Das Attentat begegnet als politischer Mord, als Überfall, als Palastrevolution. Der Attentäter ist oft ein Fanatiker, er handelt wider-rechtlich, aber glaubt an sein höheres Recht. Das Motiv ist politisch oder religiös, die Absicht subjektiv gut, die Form objektiv kriminell. Attentäter für eine gerechte Sache werden zu Helden oder zu Märtyrern, ihre Opfer erhalten im Falle der Unschuld eine Gloriole. Der Hergang ist immer dramatisch, der Ausgang meistens tragisch - ein dankbares Thema für Dichter und Maler. Die Tat fasziniert Zeitgenossen und Nachwelt, die Deutung schwankt zwischen Abscheu und Bewunderung. Vielfach kommt es zur Bildung politischer My-then, die ihrerseits historisch wirken.

Die Autoren stellen Beispiele von der Antike bis zur Gegenwart vor. Es sind ausgesuchte, ausgewiesene Fachleute, die sowohl das Ereignis selbst als auch seine historische Bedeutung, die Folgen und die Verarbeitung darlegen. In einzelnen Fällen werden Neubewertungen vorgetragen, die von der For-schungsmeinung beträchtlich abweichen.

Der "falsche" Smerdis - Caesar - Thomas Becket - Papst Bonifaz VIII. - Heinrich IV. von Frankreich - Wallenstein - Kotzebue - Marat - Abraham Lincoln - Zar Alexander II. - Elisabeth von Österreich - Sarajewo 1914 - Rathenau - Der 20. Juli 1944 - Mahatma Gandhi - John F. Kennedy - Anwar el Sadat - Itzhak Rabin

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Theodor-Heuss-Str. 76, D - 51149 Köln

Wunderwirtschaft

DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren

Herausgegeben von der
Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst

2. Auflage 1996. 240 Seiten. 260, zum Teil farbige Abbildungen. Broschur.
DM 35,-/sFr 32,50/öS 256,- ISBN 3-412-08396-8

Entgegen der weitverbreiteten Stereotypisierung der DDR als Mangelgesellschaft werden in diesem Bilderlesebuch nicht nur die Versorgungskrisen und Engpässe behandelt, sondern auch die Farbigkeit und Vielfältigkeit sowohl der Gegenstände wie der Lebensstile aufgezeigt. Mangelerfahrungen gelten zudem als Ursache für angeblich DDR-typische mentale Prägungen wie Gier, Genußsucht und Anspruchsdenken. Es wird angenommen, daß es aufgrund des beschränkten Angebots an Konsumgütern zu einer weitgehenden Homogenisierung und Egalisierung von Lebensstilen und Lebenslagen in der DDR gekommen sei. Demgegenüber stehen die Selbstbilder der Konsumenten als pfißige Jäger und Sammler, als Initiatoren komplizierter sozialer Tausch-Netzwerke und als widersetzige und anspruchsvolle Kunden.

Mit diesem Band soll daher auf soziale, geschlechts- und generations-spezifische Unterschiede in Lebensstilen und Lebensweisen der 60er Jahre aufmerksam gemacht werden. In dieser Zeit gab es interessante Versuche, eine eigenständige sozialistische Produktkultur auszuprägen. Zugleich fand ein ständiger Ost-West-Diskurs über Lebensstandard, Ästhetik und Verkaufskultur statt, der auch durch den Mauerbau nicht unterbrochen wurde.

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Theodor-Heuss-Str. 76, D - 51149 Köln

Stefan Kreuzberger

Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ

(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts
für Totalitarismus-Forschung, Band 3)

1996. 216 Seiten. Gebunden. DM 54,-/sFr 49,-/öS 394,-
ISBN 3-412-04596-9

Die Studie versucht, anhand erstjüngst zugänglich gewordener Moskauer Dokumente die direkte Einflußnahme der Sowjetischen Militäradministration und ihrer Organe auf die Herausbildung des politischen Systems der SBZ für die Zeit von 1946 bis ins Vorfeld der DDR-Gründung 1948/49 herauszuarbeiten.

Michael Richter

Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR

(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts
für Totalitarismus-Forschung, Band 4)

1996. 336 Seiten. Gebunden. DM 49,80/sFr 46,-/öS 364,-
ISBN 3-412-04496-2

Eine zentrale Leistung der Revolution in den Jahren 1989/90 bestand in der Zerschlagung des Ministeriums für Staatssicherheit, dem wichtigsten Unterdrückungsapparat der SED-Diktatur. Dieser Band beschreibt die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Bürgerkomitees, Runden Tischen und Regierungsvertretern ebenso wie diejenigen um die IM-Tätigkeit der Abgeordneten der letzten DDR-Volkskammer und die Aktenberge der „Stasi“.

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Theodor-Heuss-Str. 76, D - 51149 Köln

In Verantwortung für Deutschland

50 Jahre CDU

Herausgegeben von Gerd Langguth

1996. 152 Seiten. Broschur.
DM 19,80/sFr 19,-/öS 145,-
ISBN 3-412-09596-6

Die Geschichte der CDU ist mit der Geschichte des demokratischen Neubeginns in Deutschland aufs engste verbunden. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus einer spontanen Gründungswelle hervorgegangen, entwickelte sie sich zur erfolgreichsten politischen Formation der demokratischen Parteiengeschichte Deutschlands. Mit ihrer Politik der europäischen Integration, der Sozialen Marktwirtschaft und der deutschen Einheit, mit Staatsmännern wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl hat sie im wahrsten Sinne des Wortes „Geschichte gemacht“. In diesem Band mit einem Grußwort von Helmut Kohl beschäftigen sich namhafte Wissenschaftler und Politiker mit der Gründungsgeschichte, politischen Weichenstellungen und der Zukunft der „Union“.

Aus dem Inhalt: Hans Maier: Die überkonfessionelle Volkspartei der Mitte: Zur historischen Ort der Parteigründung – Wilhelm Hahn: Das Erbe des Kirchenkampfes. Christliche Verantwortung im politischen Raum – Hans-Peter Schwarz: Die CDU und die deutsche Einheit – Gregor Schöllgen: Die CDU, die Atlantische Gemeinschaft und Europa – Gerhard Stoltenberg: Die CDU – Partei der Sozialen Marktwirtschaft – Günther Schulz: Die sozial- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen der CDU – Wolfgang Jäger: Die Zukunft der Volkspartei – Wolfgang Schäuble: Die CDU – Brücke in eine neue Zeit

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Theodor-Heuss-Str. 76, D - 51149 Köln